

Vergesellschaftung und die sozialökologische Frage: Wie wir unsere Gesellschaft gerechter, zukunftsfähiger und resilienter machen können

Pfaff, Tino (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pfaff, T. (Hrsg.). (2024). *Vergesellschaftung und die sozialökologische Frage: Wie wir unsere Gesellschaft gerechter, zukunftsfähiger und resilienter machen können*. München: oekom verlag. <https://doi.org/10.14512/9783987262937>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Tino Pfaff (Hrsg.)

Vergesellschaftung und die sozialökologische Frage

Wie wir unsere Gesellschaft
gerechter, zukunftsfähiger und
resilienter machen können



natürlich oekom!

Mit diesem Buch halten Sie ein echtes Stück Nachhaltigkeit in den Händen. Durch Ihren Kauf unterstützen Sie eine Produktion mit hohen ökologischen Ansprüchen:

- 100 % Recyclingpapier
- mineralölfreie Druckfarben
- Verzicht auf Plastikfolie
- Kompensation aller CO₂-Emissionen
- kurze Transportwege - in Deutschland gedruckt

Weitere Informationen unter www.natürlich-oekom.de
und #natürlicheoekom



Diese Publikation wurde gefördert durch den Open-Access-Publikationsfonds
der Leuphana Universität Lüneburg.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

Urheberrechte Print:

© 2024 oekom verlag, München
oekom – Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Goethestraße 28, 80336 München
+49 89 544184 – 200
www.oekom.de

Urheberrechte Open-Access-Ausgabe:

© 2024 Tino Pfaff (Hrsg.)

Lektorat: Tino Pfaff (Hrsg.)

Korrektorat: Maike Specht

Umschlaggestaltung: Sarah Schneider, oekom verlag

Umschlagabbildung: © Rytis, stock.adobe.com

Layout: Reih's Satzstudio, Lohmar

Satz: Ines Swoboda, oekom verlag

Druck: CPI Books GmbH, Leck



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz:
Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen
4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0). Diese Lizenz erlaubt die private
Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle
Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter:
creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-98726-062-9

E-ISBN 978-3-98726-293-7

<https://doi.org/10.14512/9783987262937>



Tino Pfaff
(Hrsg.)

Vergesellschaftung und die sozial- ökologische Frage

Wie wir unsere Gesellschaft
gerechter, zukunftsfähiger und
resilienter machen können

INHALT

Vergesellschaftung: Ein neues Paradigma

VORWORT

Sabine Nuss

Seite 13

Mit Vergesellschaftung die sozialökologische
Frage beantworten

EINLEITUNG

Tino Pfaff (Hrsg.)

Seite 19

PLÄDOYER

Über das untrennbare Verhältnis von Kapitalismus
und Faschismus

Tino Pfaff

Seite 29

Vergesellschaftung als Strategie gegen rechts?

Tatjana Söding

Seite 33

Kapitel 1

Historie und Kontext von Vergesellschaftung

Vergesellschaftung, Sozialisierung, Gemeinwirtschaft

Christopher Schmidt

Seite 53

Aus Commons wurde Eigentum

Friederike Habermann

Seite 67

Garrett Hardin und die Tragödie der Allmende

Stefan Campos Mühlenhoff und Swetlana von Hindte

Seite 81

The Tragedy of Commoning et al.

Marcus Meindel

Seite 97

(K)eine große Enteignung

Christopher Wimmer

Seite 109

Kapitel 2

Vergesellschaftung und Demokratie

Vergesellschaftung zukunftsweisend gestalten

**Solveig Degen, Hannah Lucia Müller, Laura Porak,
Maximilian Ray Winkin**

Seite 125

Von der Eigentümlichkeit der Demokratie

Sascha Regier

Seite 147

Die gläserne Decke der Transformation durchbrechen

Niklas Stoll

Seite 161

Kapitel 3

Vergesellschaftung, Gesellschaft und das politische System

Die Welt vergesellschaften

Jonna Klick, Nele Klemann und Indigo Drau

Seite 181

Globale Gerechtigkeit durch Vergesellschaftung?

Andrina Freitag

(Kipppunkt-Kollektiv)

Seite 193

Eine strategische Perspektive entwickeln

Lemon Bahierl, Justus Henze und Max Wilken

(communia e.V.)

Seite 209

Revolution für das Leben, aber wie?

Lukas Meisner

Seite 223

Kapitel 4

Vergesellschaftung und Ökonomie

VERGESELLSCHAFTUNG UND UNTERNEHMEN

Vergesellschaftung heißt Demokratisierung

Michael Pfundstein, Matthias Kasper und Philip Euteneuer

Seite 237

**Thesen zum Zusammenhang von Eigentumsfrage
und Produktionsverhältnissen**

Jakob Schäfer

Seite 257

**VERGESELLSCHAFTUNG UND DAS
WIRTSCHAFTSSYSTEM**

Drei Formen der Vergesellschaftung

Simon Sutterlütti

Seite 271

**Vergesellschaftung als Entprivatisierung der
sozialökologischen Transformation**

Heiner Koch

Seite 285

Suffizienz und Vergesellschaftung

Jonas Lage und Benjamin Best

Seite 303

VERGESELLSCHAFTUNG UND ARBEIT

Klassenkampf und die ökologische Frage

Juan C. Castillo Rivadeneira und Vanita Römer

Seite 317

Nieder mit dem System der Lohnarbeit

Christian Hofmann

Seite 331

Kapitel 5

Vergesellschaftung und kritische Infrastruktur

KAMPAGNENARBEIT IM KAMPF UM VERGESELLSCHAFTUNG

VW heißt VerkehrsWende

Eva Brunnemann und Tobi Rosswog

Seite 347

Vergesellschaften statt Krise

Leonie Melcher, Tristan Crampe und Selma Hornemann

(REW & Co enteignen)

Seite 361

Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung

Tilman Wendelin Alder

Seite 375

Vergesellschaften kann mehr

Marie-Luisa Wahn

Seite 393

VERGESELLSCHAFTUNG UND ENERGIE

Vergesellschaftung im Energiesektor als notwendiges sozialökologisches Transformationsprojekt

Maximilian Becker

Seite 411

Vergesellschaften konkret

Thomas Eberhardt-Köster

Seite 423

VERGESELLSCHAFTUNG UND WOHNEN

Von der Marktabhängigkeit zum Commoning: das Potential der Vergesellschaftung

Nikolas Kichler und Sigrun Preissing

Seite 437

Konvivialität und Commons

Josef Mühlbauer

Seite 453

VERGESELLSCHAFTUNG, ERNÄHRUNGSSYSTEM UND LANDWIRTSCHAFT

Landwirtschaftliche Lebensgrundlagen erhalten

Anne Kligenmeier

Seite 463

CSX – Community Supported Economy

Julia Rothamel und Janna Jung-Irrgang

Seite 473

Solidarische Landwirtschaft in einer Welt voller Krisen

Baldur Kapusta

Seite 487

Kurzbiografien

ÜBER DIE AUTOR*INNEN UND LEKTOR*INNEN

Seite 503

»Vergesellschaftung hat das Potenzial, die Welt zu retten. Eine bessere Idee haben wir gar nicht auf dem Tisch.«^{*}

Eva von Redecker

»So, wie es wichtig war, dass die Menschen irgendwann mal beschlossen haben, dass es notwendig ist, Königshäuser zu stürzen, so ist es auch wichtig, dass Leute sagen, dass das Kapital einfach enteignet gehört.«^{**}

Bini Adamczak

»Das Vergesellschaftungsthema ist eines, das das Problem ziemlich an der Wurzel packt, weil es die großen Institutionen und sozialen Strukturen angeht, die unser Leben bestimmen.«^{***}

Rahel Jaeggi

»Lebten wir aber eine kooperative Vergesellschaftung, würde die Gesellschaft demokratisch darüber entscheiden, wie die Produktionsmittel – Maschinen, Land, Computer und Bürogebäude – eingesetzt werden, und zwar bevor etwas produziert wird. Damit hätten wir auch die Verzichtsdebatte umgangen: Wenn wir vorher entscheiden, was wir brauchen, kommt vieles gar nicht erst in die Regale.«^{****}

Sabine Nuss

* Redecker, Eva von (2023): In, Video: Eva von Redecker zu Vergesellschaftung [<https://communia.de/video-eva-von-redecker-zu-vergesellschaftung/>].

** Vergesellschaftungskonferenz Eröffnungspanel: Bini Adamczak, Minute 11:20 [https://youtu.be/jKme9Cf_4ZE].

*** Jaeggi, Rahel (2023): In, Bachmann, Tobias: Eine Idee von Emanzipation. Rahel Jaeggi zu Philosophie und Wandel [<https://taz.de/Rahel-Jaeggi-zu-Philosophie-und-Wandel/!5937545/>].

**** Nuss, Sabine [2023]: Interview mit der Wochenzeitung, Nr. 17, 27. April 2023 [<https://www.sabinenuss.de/2023/05/01/ventil/>].

Vergesellschaftung: Ein neues Paradigma

Vorwort

Sabine Nuss

Die Prognosen des *Global Risk Report 2024* lesen sich wie das Drehbuch eines dystopischen Blockbusters: extreme Wetterereignisse, Kollaps der Ökosysteme, Kriege, KI-getriebene Desinformation und gesellschaftliche Spaltung bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Der Bericht wird herausgegeben vom World Economic Forum (WEF), einer Lobbyorganisation der globalen Wirtschaftselite. WEF-Direktorin Saadia Zahidi appellierte angesichts dieses katastrophalen Szenarios eindringlich an »die Führungspersonen der Welt«, sie müssten zusammenkommen, »um kurzfristige Krisen zu bewältigen und die Grundlagen für eine widerstandsfähigere, nachhaltigere und integrativere Zukunft zu schaffen«.¹

Es erschließt sich nicht, warum ausgerechnet die Repräsentant*innen einer globalen kapitalistischen Wirtschaftsweise, welche die Welt überhaupt erst an den Abgrund geführt hat, diese nun retten können soll. Die Interessen von Nationalstaaten ebenso wie die von globalen Unternehmen stehen einer Weltrettung entgegen. Zumindest wenn man darunter versteht, dass *allen* Menschen ein Überleben garantiert werden soll.

Regierungen vertreten ihre nationalen Staaten in Konkurrenz zueinander. Sie rivalisieren darum, wirtschaftlichen Erfolg bei sich zu erzielen. Dieser Erfolg bemisst sich am Wirtschaftswachstum. Die Mittel zum Zweck sind dabei vielfältig, vor allem aber zählen dazu die Eroberung und Erweiterung von Absatzmärkten, der Zugang zu Rohstoffen und freie Handelswege. Die Handlungsrationalität folgt dem Motto: Jede*r benutzt den anderen zum

eigenen Vorteil. Das harmlos klingende Ziel aller Staaten, »internationale Wettbewerbsfähigkeit«, ist alles andere als sozialökologisch nachhaltig oder friedensstiftend; im Gegenteil: Handelskrieg und militärische Auseinandersetzung liegen oft gefährlich nah beieinander.

Das Interesse von Unternehmen und Staaten, dem zerstörerischen Potenzial der herrschenden Weltordnung entgegenzuwirken, soll dabei nicht in Abrede gestellt werden. Denn die dramatischen Folgen der menschengemachten Klimaerhitzung, die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich sowie die geopolitischen Konflikte bergen eine massive Gefahr für den sozialen Frieden und für eine intakte Umwelt. Beides wiederum gefährdet eine erfolgreiche Kapitalverwertung und damit das Geschäftsmodell der herrschenden Weltordnung.

Der *Global Risk Report* empfiehlt angesichts der aktuellen Perspektive, die globale Zusammenarbeit darauf auszurichten, sich vor den Risiken der gegenwärtigen Entwicklungen zu schützen. Risikoreiche Auswirkungen von vorneherein zu vermeiden, wird allerdings nicht angegangen. So lässt sich durchaus bestätigen, dass die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft zwar bemüht sind, Lösungen zu finden und zu diesem Zweck zu kooperieren; allerdings tun sie das in einem von Konkurrenz geprägten geopolitischen Setting. Entsprechend mühsam und zäh sind die Verhandlungen – beispielsweise bei den internationalen Klimagipfeln –, wenn es um den Verzicht auf fossile Energieträger geht oder wenn über die Finanzierung von Schadensfolgen gestritten wird.

»Den Bock zum Gärtner machen« lautet somit die Philosophie des WEFs, indem das Mittel, welches zum Schaden führt, zugleich der Rettung dienen soll. Diese Logik ist kein Alleinstellungsmerkmal des WEF. Sie ist die Mutter aller Lösungsansätze – nicht nur bei den nationalen Regierungen dieser Welt.

Diese hier skizzierte globale Herrschaftsform repräsentiert das Ancien Régime des 20. Jahrhunderts. Und es hat sich im 21. Jahrhundert überlebt. Die bizarre Logik zu produzieren, um zu arbeiten, statt zu arbeiten, um zu produzieren, steht nicht im Einklang mit den Erfordernissen der Moderne.

Eine den Herausforderungen der Zeit angemessene globale Produktions- und Lebensweise würde in einer lokalen bis globalen Kooperation aushandeln,

was gebraucht und gewünscht wird. Erst dann würde gearbeitet werden. Ziel dieser Wirtschaftsweise wäre frei verfügbare Zeit und eine nachhaltige Entwicklung für alle; nicht die Maximierung von Gewinn unter dem Zwang der Konkurrenz. Der Maßstab der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen läge dann nicht mehr in der end- und maßlosen Vermehrung von Kapital. Eine gesamtgesellschaftliche Befreiung aus diesem zerstörerischen Hamsterrad wäre möglich.

Voraussetzung dafür wäre allerdings, dass die Menschen in ihren unterschiedlichen sozialen Rollen lernen, sich neu aufeinander zu beziehen: nicht mehr als Konkurrernde, sondern als Kooperierende – lokal bis global. Das scheint zu groß, um es überhaupt auch nur denken zu können. Aber um es mit Nancy Fraser zu sagen:

» Die einzige Hoffnung besteht darin, groß zu denken, im Sinne einer umfassenden Transformation. [...] Wenn wir keine neue gesellschaftliche Realität schaffen, die eine gänzlich andere Art zu leben vorsieht, sind wir verloren. Alles muss sich ändern: Wir brauchen andere Beziehungen zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, zwischen Produktion und Reproduktion, andere Beziehungen zur Natur, andere Formen von öffentlichen Gütern und der Organisation von Care.«²

Um das zu erreichen, braucht es allerdings einen gesellschaftlichen Wandel auf mehreren Ebenen, der schwerlich von jenen initiiert werden wird, die die jetzige Gesellschaftsform als alternativlos naturalisieren oder von dieser profitieren. Als Träger eines solchen Wandels rücken vielmehr jene in den Blick, die wenig bis nichts zu verlieren haben, aber viel zu gewinnen hätten.

Mit der Forderung nach Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, Grund und Boden sowie Naturschätzen ist in jüngster Zeit eine Idee auf die Agenda sozialer Bewegungen gekommen, die das Potenzial hat, einen solchen Wandel einzuleiten: Vergesellschaftung im weitesten Sinne kann beschrieben werden als eine kooperative, nicht profitorientierte Verfügungsweise über all die Mittel, mit denen sich eine Gesellschaft reproduziert. Diese Idee ist nicht neu, denn sie entstand bereits in der Arbeiter*innenbewegung des 19. Jahrhunderts. Der historische Kontext der Debatte ist heute allerdings ein ande-

rer. Bezog sich die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel seinerzeit vorwiegend auf Betriebe der Industrie, steht heute mit wenigen Ausnahmen die sogenannte Daseinsvorsorge im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Die Vergesellschaftung von Infrastruktur, die dem Wohnen, der Mobilität oder der Gesundheit dient, hat durchaus eine Chance. Nach Jahrzehnten neoliberaler Politik, die die Daseinsvorsorge dem Ziel der Kapitalvermehrung unterordnete, sind die negativen Folgen für Beschäftigte und Konsumierende längst in der öffentlichen Kritik.

Allerdings sind die vom WEF beschriebenen düsteren Prognosen derzeit eher Nährboden für das Erstarken staatlicher Repression und rechter Weltanschauung. In einer solchen Situation braucht es dringend eine emanzipatorische Alternative; eine, die dem feindlichen Individualismus der Konkurrenzgesellschaft etwas entgegensetzen kann.

Potenzial dazu hat die Auseinandersetzung um Vergesellschaftung, weil sie sich weitgehend jenseits des alten Paradigmas von ›Markt oder Staat‹ bewegt. Vielmehr zeichnet sich in den aktuellen Debatten darum ein neues Paradigma ab; eines, das die gesellschaftlichen lokalen und globalen Formen der Produktion und Konsumtion in anderen Koordinaten denkt. Dabei steht die Frage der Demokratie im Mittelpunkt. Denn Demokratie ist im bürgerlichen Staat mit seiner durch einen beständigen Wachstumszwang getriebenen Marktwirtschaft auf den politischen Raum bezogen, nicht auf den wirtschaftlichen. Es ist insofern nur die halbe Demokratie. Eines der wesentlichen Ziele von Vergesellschaftung ist daher die Durchsetzung der vollen Demokratie.

Vergesellschaftung von Produktionsmitteln zur Herstellung von Gütern und Dienstleistungen als Strategie des Wandels kann nicht darauf beruhen, eine fertige Lösung zu einem bestimmten Zeitpunkt einführen zu wollen. Stattdessen müssen im Rahmen von sukzessiven Veränderungen immer wieder vorläufige Arrangements ausgehandelt werden. In diesem Sinne geht es um einen steten Lernprozess, der zugleich auch ein Verlernenprozess ist.

Wie in einem solchen Prozess Entscheidungen getroffen werden, welche herrschaftsfreien Aushandlungsmechanismen es geben könnte, wie die Herausbildung neuer Machtzusammenballungen verhindert werden könnte, wie Partizipation ausbuchstabiert werden würde, welche Schritte

als Nächstes notwendig wären – all das muss immer wieder neu diskutiert und untersucht werden.

Allerdings wird es nicht ausreichen, wenn solche Debatten auf den akademisch-universitären Raum beschränkt bleiben. Eine gesellschaftliche Veränderung in diesem umfassenden Sinne hat nur eine Chance, wenn sie von einem breiten Bündnis mit Aktiven aus den sozialen Bewegungen, mit Fabrikarbeiterinnen, Ingenieurinnen, Krankenpflegern, Barkeepern, der alleinerziehenden Mutter, dem Rentner, der Wissenschaftlerin, dem Taxifahrer, der Bürgergeldempfängerin, also allen Menschen aus allen Bereichen des alltäglichen Lebens und Überlebens, getragen wird.

Vieles muss und kann sich erst in der Praxis finden, im Experiment, in der konkreten Umsetzung, begleitet von ständiger theoretischer Reflexion, Korrektur und so weiter. Die Debatten und Auseinandersetzungen dazu stehen erst am Anfang. Sie können einerseits Rückgriff nehmen auf die historischen Forderungen und die Erfahrung des Scheiterns, sollten andererseits aber im Bewusstsein halten, dass und wie vergesellschaftete Bereiche im Widerstreit stehen mit der herrschenden marktförmigen und staatlich abgesicherten Sphäre. Dieses Spannungsverhältnis hat die Tendenz, progressive Projekte immer wieder zu vereinnahmen beziehungsweise zur Disposition zu stellen.

Der vorliegende Sammelband bewegt sich in diesem eben aufgespannten thematischen Rahmen. Seine Beiträge repräsentieren einen Ausschnitt des »State of the Art« der aktuellen Vergesellschaftungsdebatte und ergeben in der Gesamtschau einen ergebnisoffenen Suchprozess, der überraschende, kreative und hoffnungsweckende Wege in eine andere, bessere Zukunft für alle aufscheinen lässt.

Anmerkungen

- 1 World Economic Forum: Davos Agenda. Global Risks Report 2024 [<https://www.weforum.org/agenda/2024/01/global-risks-report-2024-live-press-conference/>].
- 2 Faser, Nancy (2023): Mit öffentlichem Luxus gegen den Allesfresser, in: *communia & BUNDjugend* (Hrsg.): *Öffentlicher Luxus*, Dietz Verlag Berlin, S. 14.

Mit Vergesellschaftung die sozialökologische Frage beantworten

Einleitung

Tino Pfaff (Hrsg.)

Besitz schafft Macht: Wer besitzt, verfügt. Wer verfügt, entscheidet. Wer entscheidet, übt Macht aus. Die Beseitigung von Ausbeutungsverhältnissen sowie die damit verbundene Auflösung von sozioökonomischen¹ Ungleichheiten und die Beendigung der Zerstörung planetarer Lebensgrundlagen können nicht ohne eine Umstrukturierung bestehender Eigentumsverhältnisse bewältigt werden. Nur wenn diejenigen Menschen, die von ökonomischen und ökologischen Lebensgrundlagen abhängig sind, auch über diese verfügen und entscheiden, kann der kolonial-kapitalistischen Destruktivität ein gutes Leben entgegengestellt werden.

Worum geht es in diesem Buch?

Dieser Sammelband macht Möglichkeiten zur Überwindung von Ausbeutungs- und Zerstörungsverhältnissen sowie deren Ursachen in der ungerechten Verteilung von Besitz, Macht, Verfügung und Entscheidung aus. Der Fokus der folgenden Beiträge liegt also auf der Eigentumsfrage, denn Großkonzerne und (Super-)Reiche besitzen weiträumig für das Leben und Überleben notwendige Unternehmen, (kritische) Infrastrukturen, Einrichtungen und Dienstleistungen. Doch ihre Entscheidungen richten sich zum Großteil nicht danach, was für die Gesellschaft zuträglich ist, sondern nach kapitalistischen Wachstumszwängen.

Mit Vergesellschaftung die sozialökologische Frage beantworten

Das Vergesellschaften ökonomischer und kultureller Strukturen und Systeme wird im vorliegenden Band als eine Möglichkeit diskutiert, sozial gerechtes und ökologisch verträgliches Wirtschaften und Zusammenleben realpolitisch umzusetzen. Mittels einer Umstrukturierung von Eigentumsverhältnissen – hin zu einem besseren, würdevollen, emanzipierten, gesunden und zukunftsaffinen Leben und Arbeiten – ist eine Redemokratisierung sowohl von Wirtschaft, Politik, Kultur als auch von gesellschaftlichem und individuellem Leben möglich.

Dabei geht es nicht um das unrechtmäßige Entwenden von alltäglichem Besitz: Im Gegenteil zielt Vergesellschaftung darauf ab, die Mitbestimmungsmöglichkeiten jeder einzelnen Person zu vervielfältigen und damit die direkte Einflussnahme sowie Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeit auf das eigene Leben betreffende Lebensgrundlagen zu erweitern.

Die erste Annahme des Bandes

Die Verteilung von Macht beziehungsweise der etablierten Form von Eigentum ist ursächlich für die menschengemachte ökologische Zerstörung und die vorherrschende sozioökonomische Ungleichheit. Das deutsche Regierungssystem definiert sich durch eine oligarchische Demokratie, in der wenige über die große Mehrheit der Menschen weitestgehend bestimmen.

Die zweite Annahme des Bandes

Das Neu- beziehungsweise Umdenken der Eigentumsfrage ist eine zentrale Quelle für Momentum auf der Suche nach Lösungswegen zur Bearbeitung der ökologischen Katastrophe und sozioökonomischer Ungleichheitsverhältnisse.

Schlussfolgerung

Die Ursache für vielerlei ökologische, ökonomische und folglich gesellschaftliche Missstände liegt in der Eigentumsverteilung. Vergesellschaftung als Neukonstellation von Eigentumskonzepten muss in den Mittelpunkt der lösungsorientierten Bewältigung aktueller Missstände gestellt werden.

Eine Entmachtung von Großkonzernen ist damit eng an die Selbstermächtigung der Gesellschaft beziehungsweise an die in ihr lebenden Einzelpersonen und Kollektive gebunden. Frei nach Robin Hood: den Reichen nehmen, um es den Armen zu geben – den Ausbeutenden nehmen, um es der Gesellschaft zu geben.

Auftrag der Autor*innen in diesem Band

Welchen Beitrag kann Vergesellschaftung leisten, um die sozialökologische Frage zu bearbeiten oder gar aufzulösen?

Die sozialökologische Frage

Die soziale Frage

Seit der Etablierung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse und insbesondere seit der industriellen Revolution (Mitte des 19. Jahrhunderts) sind von kapitalistischen Wachstumszwängen ausgesaugte Gesellschaften mit einer sozialen Frage konfrontiert.

Damals entstanden aufgrund rasanter technischer Entwicklungen immer mehr Fabriken in den Städten. Vom Land zog es die Menschen auf der Suche nach Arbeit in diese urbanen Räume, sodass es dort zu einem beschleunigten Bevölkerungswachstum kam. Ein Mangel an Arbeitsplätzen, schlechte Bezahlung und untragbare Arbeitsbedingungen führten zu einer extremen Verschlechterung der Lebensumstände. Die Folgen waren soziale Missstände in einer Gesellschaft, die einer zunehmenden Verarmung und daraus resultierendem Elend ausgesetzt war.

Mit der Etablierung des Sozialstaates (Versicherungen, Daseinsfürsorge, Wohlfahrtsstaat) galt die soziale Frage Ende des 19. Jahrhunderts dann als weitestgehend gelöst. Darüber lässt sich heute allerdings streiten: Was blieb, waren kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse, die die Menschen von unwürdiger Arbeit oder vom Sozialstaat abhängig machten. Die soziale Frage wurde also nicht gelöst, vielmehr definierte sie sich durch andere (neue) Problembegegnungen.

Die neue soziale Frage

Seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre verbreitert sich die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Besitzenden und zu Besitz verdinglichten Menschen, zwischen den Verlierenden und den Nutznießenden einer endlosen Spirale des zutiefst ungerechten kapitalistischen Leistungsprinzips: Wenige Reiche und (transnationale) Großkonzerne verfügen über den Großteil von Strukturen und Systemen, die für das individuelle und kollektive (Über-) Leben unverzichtbar sind. Auch wenn es einen sozialstaatlichen Rahmen gibt, sind Arbeitslosigkeit, (Alters-)Armut, aber auch Wohnungsnot und die Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen weit verbreitet und nehmen gar zu. Die neue soziale Frage ist also eine Fortsetzung gesellschaftlicher beziehungsweise ökonomisch bedingter Missstände.

Was jedoch nach wie vor bei der Definition dieser Frage – und folglich auch bei den Versuchen, sie zu überwinden – auf der Strecke bleibt, ist die menschengemachte ökologische Katastrophe. Dabei liegt es unübersehbar auf der Hand: ohne intakte Ökosysteme keine funktionierende(n) Gesellschaft(en). Die neue soziale Frage unserer Zeit ist untrennbar an die längst in Gang gesetzte Zerstörung planetarer und lokaler Ökosysteme gekoppelt, deren Funktionen für die Aufrechterhaltung menschlicher Lebensgrundlagen unverzichtbar sind.

Da die Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen stets mit der Ausbeutung und Zerstörung der zur Ressource abgewerteten Umgebung einherging, war die ökologische Komponente zwar schon immer Teil der sozialen Frage, doch die Zuspitzung der ökologischen Katastrophe und das damit verbundene Artensterben, die Erhitzung der Erdatmosphäre sowie die Verödung, Verseuchung, Vergiftung und unwiederbringliche Zerstörung der Natur waren nie so weit fortgeschritten wie heute.

So muss – nicht resignierend, aber mindestens ernüchternd – der Schluss gezogen werden, dass die (Welt-)Gesellschaft von einem fortlaufenden Zusammenbruch der ökologischen und sozialen Systeme durchzogen ist. Ursächlich dafür ist die kolonial-kapitalistische Wachstumsideologie. Um die sozialökologische Frage adäquat zu bearbeiten, erscheint es also unumgänglich, die Systemfrage zu stellen: System Change oder Kollaps.

Der sozialökologische Kollaps

Die Weltgesellschaft ist in der heutigen Zeit komplexen ökonomisch bedingten sowie ökologisch und sozioökonomisch wirkenden Krisenphänomenen² ausgesetzt. Deren Ursachen liegen in der fortlaufenden Zerstörung planetarer Lebensgrundlagen und der Ungleichverteilung von Macht, Zugangsmöglichkeiten, Entscheidungsgewalt und Ressourcen. Spätestens seit der europäischen Kolonisierung weiter Teile der Welt und der damit einhergehenden Ausbreitung sowie Etablierung kapitalistischer Wertschöpfungslogik und patriarchaler Ideologie sind ökologische Zerstörungsakte und sozioökonomische Ungleichheitsverhältnisse bestimmend für welt- und innergesellschaftliche Machtgefüge. Zunehmend führen diese Krisenphänomene zum Kollabieren (welt-)gesellschaftlicher (Sub-)Systeme, was sich in einer Gesamtbetrachtung als sozialökologische Kollapserscheinungen bezeichnen lässt.

Die neue soziale Frage ist also als *sozialökologische* Frage auszumachen. Wobei der Aspekt des Verhinderns in manchen Belangen bereits in den Hintergrund rückt. Vielmehr ist die Weltgesellschaft dem sozialökologischen Kollaps bereits ausgesetzt, wobei sich die Möglichkeiten zur Bewältigung und die Ausmaße der Auswirkungen auf Regionen und Länder im Globalen Süden und im Globalen Norden stark voneinander unterscheiden.

Doch diese Erkenntnis sollte nicht dazu führen, den Kopf in den Sand zu stecken. Nötig für eine konstruktivere Perspektive ist eine deutliche Abgrenzung von apokalyptischen Weltuntergangsszenarien. Der sozialökologische Kollaps ist nicht gleichzusetzen mit einer Apokalypse; zugleich ist es kein singuläres Ereignis wie ein Tsunami oder ein Terroranschlag. Es ist ein komplexer Prozess, der dadurch definiert ist, dass menschliche Grundbedürfnisse unzureichend befriedigt werden: Wasser-, Lebensmittel-, Energie- und Gesundheitsversorgung (Lieferketten), Mobilität und Infrastruktur, Kultur und öffentliches Leben, Sicherheit und Freiheit.

Es geht beim sozialökologischen Kollaps also nicht um ein Endzeitszenario oder um Untergangsfantasien, sondern um globale Veränderungen und deren Einflüsse auf die (Welt-)Gesellschaft, was als Einstürzen zivilisatorischer Leitplanken bezeichnet werden kann.

Der sozialökologische Kollaps – beziehungsweise sozialökologische Kollapserscheinungen – sind als Zusammenbrüche verschiedener Subsysteme zu verstehen. Diese Zusammenbrüche werden ausgelöst, da ökologische, ökonomische sowie kulturelle und soziale Subsysteme (innergesellschaftlich und global) eng miteinander verbunden und abhängig voneinander sind. Diese Interdependenz erreichte insbesondere durch die Globalisierung in den letzten Jahrzehnten eine noch tiefergehende und fragilere Komplexität. Dies führte wiederum dazu, dass (Sub-)Systeme nicht nur regionale, nationale und internationale Abhängigkeiten von anderen Systemen und Faktoren eingegangen sind, sondern Lieferketten und Stoffkreisläufe gar zu komplexen globalen Geflechten herangewachsen sind, deren Einsturz durch wenige Risse bedrohliche Krisenphänomene nach sich ziehen könnte:

- » Diese scheinbar unaufhaltsame Tendenz der Gesellschaften zu einem höheren Grad an Komplexität, Spezialisierung und soziopolitischer Kontrolle ist sogar eine der Hauptursachen für den Zusammenbruch von Gesellschaften.«³

Das kapitalistische Wettfeiern nach unendlichem Wachstum verursacht in Verbindung mit der Endlichkeit unserer materiellen (Um-)Welt eine Verwundbarkeit in sämtlichen gesellschaftlichen Subsystemen. Denn das Wachstum eines Systems ist unmittelbar an die Schrumpfung und Zerstörung der dafür genutzten beziehungsweise ausgebeuteten Ökosysteme gekoppelt.

Viel mehr als das Aufheizen der Erdatmosphäre

Die »ökologische Katastrophe« wird noch immer zu häufig auf die menschengemachte Klimaerhitzung reduziert. Auch wenn der Zusammenhang (in der Wirkung und auch so mancher Bearbeitung) zu weiteren planetaren Grenzen⁴ gegeben ist, bleibt eine Vielzahl an Krisenphänomenen auch nach einem Stoppen der Klimaerhitzung bestehen. Ganz besonders das menschengemachte Massensterben der Arten und die Degradation der Böden stellen derart überdimensionale Bedrohungen dar, dass sie zwingend mehr beachtet und bedacht werden müssen.

Der vorliegende Band möchte also auch dazu beitragen, jener Fatalität, die durch die beschriebene Reduzierung der tatsächlichen ökologischen Bedro-

hung gegeben ist, entgegenzuwirken, indem er die Lesenden dazu motiviert, die sozialökologische Katastrophe breiter zu denken und folglich auch entsprechend zu bearbeiten.

Gestalten statt bekämpfen

Sich gedanklich und emotional auf mögliche und bereits stattfindende Zusammenbrüche einzulassen, kann mitunter sehr kräftezehrend, verstörend, beängstigend und lähmend sein. Insbesondere dann, wenn der sozialökologische Kollaps als ein (feindliches) Gegenüber verstanden wird. Doch der einzige Feind, den es in dieser Angelegenheit zu definieren gibt, ist die zutiefst ungerechte kolonial-kapitalistische Ausbeutungsideologie.

Die adäquateste Antwort auf diese Situation ist gestalterischen Ursprungs: Umgestalten statt Bekämpfen. Denn Überdimensionales wie den derzeit stattfindenden sozialökologischen Kollaps zu bekämpfen, löst womöglich drastische Maßnahmen aus, wie wir in der Abschottungspolitik der Europäischen Union gegenüber Fluchtbewegungen – die zum Teil auf die verheerenden Folgen des Klimakollapses zurückzuführen sind – bereits sehen können.

Vergesellschaften bedeutet Gestalten

Mit Bezugnahme auf das oben Dargelegte lässt sich der Akt der Vergesellschaftung als eine aktive gestalterische Chance verstehen, um eintretende Krisenphänomene abzufedern und Strukturserhalt zu ermöglichen.

Die Erhitzung der Erdatmosphäre und die Zerstörung planetarer Ökosysteme ist von Menschen verursacht: Sie wurden also aktiv »gestaltet«. Statt ein »Dagegen« zu konstruieren, bedarf es daher einer Kehrtwende im Denken, Handeln und Wirken. Die teilweise Unumkehrbarkeit verursachter Krisenphänomene erfordert darüber hinaus Ansätze, die nicht nur auf Verhinderung, sondern auch auf Abmilderung fokussiert sind.

Doch wie können diese überdimensionalen Problemebegegnungen angegangen werden, und was bedeutet das für die deutsche Gesellschaft? An erster Stelle stehen für die Umgestaltung in Deutschland die Entmachtung der Unfähigen und die gesellschaftliche Wiederaneignung von Strukturen und (Sub-)Systemen. Im Mittelpunkt muss dabei das Eigentum stehen.

Mit Vergesellschaftung die sozialökologische Frage beantworten

Die Eigentumsfrage – wer entscheidet?

Die Vergesellschaftung des sozialen Überschusses, die Wiederaneignung unseres gemeinsamen Reichtums, um öffentlichen Luxus für alle zu schaffen, bedarf einer Entmachtung des Kapitals zugunsten einer demokratischen Wirtschaft.

Sie muss daher im Mittelpunkt einer gesellschaftlichen Transformation stehen, die unterschiedliche, aber untrennbar miteinander verbundene Kämpfe vereint.⁵

Nancy Fraser

Die historisch manifestierte kolonial-kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung von als minderwertig eingestuften Individuen, Gruppen, Gemeinschaften, Völkern und Ethnien ist unter anderem durch die Definition von Eigentum ermöglicht worden. Eigentum fungiert – vor allem seit der Auflösung der Allmende⁶ – als Mittel, Mensch und Natur zu beherrschen, zu unterwerfen, bis zur Bedingungslosigkeit über sie zu verfügen und Vorangegangenes auszulöschen.⁷ Angelehnt daran, sollen in diesem Sammelband die Eigentumsfrage neu gestellt sowie Auswirkungen, Möglichkeiten und Chancen von Vergesellschaftungsformen skizziert werden, die dazu beitragen können, den sozialökologischen Kollaps abzumildern.

Statt Eigentum für wenige braucht es eine Vergesellschaftung zur Schaffung von Gemeineigentum, die auf drei zentrale Anliegen⁸ abzielt: demokratische Partizipation; soziale Gerechtigkeit, ökologisch verträgliche Nutzung und fairen Zugang zu Naturvorkommen; sowie Gemeinwohlorientierung.

Ohne Enteignung keine Vergesellschaftung

» Enteignung ist der Weg und Vergesellschaftung ist das Ziel. Enteignung ist das Mittel und Vergesellschaftung ist der Zweck.«⁹ *Bini Adamczak*

Durchatmen, setzen und zuhören: Nicht wenige erleben die affektive Abwehr im Verwandten- oder Freund*innenkreis, wenn das Thema Vergesellschaftung aufkommt. Spätestens dann, wenn das Schlagwort »Enteignung« fällt, kochen

die Emotionen hoch und machen eine faktenbasierte Debatte oft unmöglich. Bilder von der Enteignung des eigenen Hab und Gutes rasen durch die Köpfe, Erinnerungen an die DDR-Diktatur kommen auf, Verlust- und Existenzängste gewinnen die Oberhand über das Denken.

Doch werden mit dieser Reaktion grundlegende Dinge durcheinandergebracht. Die Enteignung von profitorientierten Konzernen hat nichts mit der Enteignung von Privatpersonen zu tun (allenfalls mit Ausnahme von Superreichen, deren Reichtum auf ebendieser profitorientierten Ausbeutungsideologie des Kapitalismus beruht). Ebenso bedeutet Vergesellschaftung nicht Verstaatlichung.

Also bleibt stark, aber auch verständnisvoll für die Ängste, selbst wenn sie auf fehlenden oder falschen Informationen basieren.

Was kommt nach der Enteignung?

Das Ziel von Vergesellschaftung ist die gemeinschaftliche und selbstorganisierte Verfügung und Verwaltung von Ressourcen und Gütern. Privatgüter (Eigentum von Unternehmen) werden durch den Prozess der Enteignung zu sogenannten *Commons* (Gemeineigentum). Der Prozess der gemeinschaftlichen Verfügung und Verwaltung (Aneignung, Pflege, Verwaltung, Produktion und so weiter) wird als *Commoning* bezeichnet. Dabei geht es um nicht weniger als eine individuell und kollektiv selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebens; bedürfnis- und gerechtigkeitsorientiert.

Also lasst uns zurückholen, was uns gehört! Damit wir bestimmen, wie wir leben!

Anmerkungen

- 1 Sozioökonomisch meint soziale Zusammenhänge (gesellschaftliche, politische, demografische, ökologische und räumliche Faktoren), die durch wirtschaftliches Handeln beeinflusst sind.
- 2 »Krisenphänomen« meint die Folgen der menschengemachten ökologischen Zerstörung sowie die Ungleichverteilung von Macht, Zugang, Entscheidungsgewalt und Ressourcen. So ist beispielsweise ein Extremwetterereignis oder strukturelle Armut ein Krisenphänomen, das wiederum zahlreiche Problemstellungen nach sich zieht.

Mit Vergesellschaftung die sozialökologische Frage beantworten

- 3 Servigne, Pablo / Stevens, Raphaël (2020): How everything can collapse. A Manual for Our Times, Polity Press, S.86.
- 4 Es gibt neun sogenannte planetare Grenzen, die das Ökosystem Erde und als Folge daraus die sozialen Gefüge von Gesellschaften aus dem Gleichgewicht bringen können. Zu nennen sind das Massensterben der Arten, chemische Verschmutzungen, industrielle Landnutzung/Entwaldung, die Störung des Phosphor- und Stickstoffkreislaufes, die Versauerung der Ozeane, der Abbau des Ozons in der Stratosphäre, der Einfluss von Aerosolen auf die Atmosphäre und der Verbrauch von Süßwasser. Sechs dieser planetaren Grenzen gelten als »bereits überschritten«. Siehe PIK (2023): Schwindende Widerstandskraft unseres Planeten. Planetare Belastungsgrenzen erstmals vollständig beschrieben, sechs von neun bereits überschritten [<https://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/schwindende-widerstandskraft-unseres-planeten-planetare-belastungsgrenzen-erstmalig-vollstaendig-beschrieben-sechs-von-neun-bereits-ueberschritten-1>].
- 5 Fraser, Nancy (2023): Mit öffentlichem Luxus gegen Allesfresser, Vorwort, in: *communica & BUND*jugend (Hrsg.): Öffentlicher Luxus, Karl Dietz Verlag Berlin, S. 17.
- 6 Die Tragödie der Allmende ist eine in Ökonomie und Ökologie weithin akzeptierte Metapher, mit der veranschaulicht werden soll, dass zahlreiche rationale Akteur*innen, die ungehinderten Zugang zu einer endlichen Ressource (in diesem Fall dem Meer) haben, dazu neigen, diese übermäßig auszubeuten. Da freiwillige Zurückhaltung keine rationale Entscheidung ist, führt dies zur Zerstörung der Ressource und damit zu einem vorhersehbaren Ergebnis: einer Tragödie für alle. Siehe: Hardin, Garrett (1968): The tragedy of the commons, in: *Science*, 162(3859), S. 1243–1248.
- 7 Von Redecker, Eva (2020): *Revolution das Leben. Philosophie der neuen Protestformen*. S. Fischer Verlag, S. 19–41.
- 8 Vgl. Goethe Institut: Die Commons verstehen [<https://www.goethe.de/prj/com/de/21753958.html>].
- 9 Vergesellschaftungskonferenz Eröffnungspanel: Bini Adamczak, Minute 12:50 [https://youtu.be/jKme9Cf_4zE].

Plädoyer

Über das untrennbare Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus

*Vergesellschaftung als Bastion gegen die
zweigliedrige Zerstörung des freien Lebens*

Tino Pfaff

» Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus
schweigen.«¹ *Max Horkheimer*

Unter anderem und insbesondere aus der deutschen Geschichte lässt sich eines lernen: Die Kapitalist*innenklasse ist bereit dazu, gemeinsame Sache mit Despoten, Diktatoren und Faschisten zu machen, wenn es für sie profitabel erscheint. Bevor sie Macht und Profit einbüßen oder schlichtweg zu ihrem Vorteil schlagen sie sich auf die Seite des Faschismus und fungieren künftig als ihre Geldgeber*innen. Der Faschismus ist so als ein Krisenzustand des Kapitalismus zu betrachten und kann als (zugespitztes) Mittel verstanden werden, kapitalistische Zwänge zu erhalten.

Dieses untrennbare Verhältnis hat in der Jetztzeit nicht an Gültigkeit verloren. Die gerade aufkommende faschistische Bedrohung setzt sich aus einer weiteren Komponente zusammen. Die in der Einleitung erwähnten Krisenphänomene durch den menschengemachten sozialökologischen Kollaps sorgen für Unsicherheit und Orientierungslosigkeit, sofern (wie aktuell) keine merkbar wirksamen Antworten darauf gefunden werden. Teile der Gesellschaft fühlen sich zunehmend zu Personen und Parteien hingezogen die ihnen (angeblich) einfache Lösungen präsentieren. Der Hang, autoritäre Bestre-

bungen zu unterstützen, verstärkt sich, und so sehnen sich manche nach einer stark erscheinenden Führerperson, die komplexe Probleme zu bewältigen behauptet.

Die 2020er-Jahre sind in Deutschland sehr von diesen Tendenzen und Entwicklungen geprägt, und so steht eine mehr oder weniger freiheitlich-demokratische Gesellschaft einem drohenden Neofaschismus gegenüber, der sich mittlerweile als größte Bedrohung (als eine Komponente beziehungsweise Version des sozialökologischen Kollaps) für die befreite Gesellschaft seit der Nachkriegszeit ausmachen lässt.

Der Ursache lässt sich dabei recht einfach erkennen, doch deren Bearbeitung bedarf einer komplexen Herangehensweise: Kollektivität. Die oligarchische Demokratie muss redemokratisiert werden. Großkonzerne und Superreiche sind zu entmachten, da ihnen und einer Parteienlandschaft (die sich in weiten Teilen mehr für die profitorientierten Belange Erst- und Zweitgenannter einsetzt) nicht mehr zuzutrauen ist, die wirklich essenziell gefährlichen Problembegegnungen der Jetztzeit aufzulösen und dafür Sorge zu tragen, eine emanzipierte, inklusive und zukunftsfähige (echte) Demokratie zu fördern.

Um die erneute Gefahr eines faschistischen Systems zu verhindern, muss dem deutschen Regierungssystem, das vom Profitlobbyismus durchzogen ist, Unterstützung zukommen. Eine (echte) Demokratie besteht aus mehr als gewählten Volksvertreter*innen, deren Handlungsfähigkeit und -wille in zu vielen essenziellen Belangen von einer oligarchischen Lightversion bestimmt wird. Wer den Kapitalismus inkonsequent herausfordert, bekommt Faschismus als Antwort.

Nur die Selbstermächtigung der Gesellschaft als Souverän wird imstande sein, der unwiederbringlichen Zerstörung von Lebensgrundlagen, Freiheit und Gerechtigkeit wirksam und rechtzeitig Grenzen aufzuzeigen: Vergesellschaftung ist nach diesem Verständnis nichts weniger als eine Bastion gegen die untrennbare zweigliedrige Zerstörung des freien Lebens.

Gleichzeitig, und um diese Perspektive bemüht sich der folgende Beitrag, muss ein Vergesellschaftungsprozess kritisch mit dem Wesen des Kollektivs umgehen, das es voraussetzt, vertreten will und dem es Selbstwirksamkeit ermöglichen will. Ein Blick in die Geschichte des »Dritten Reiches«

und die Politik rechter Akteur*innen heute zeigen, dass die dualen Strategien der Enteignung und Vergesellschaftung effektiv genutzt werden können, um die Interessen einer als homogen angesehenen Mehrheit gegen die einer als Gegner*innen diffamierten Minderheit durchzusetzen. Die Frage, wie eine Gesellschaft und deren vorherrschenden politischen Institutionen, die durch Machtungleichheit strukturiert sind, durch einen Vergesellschaftungsprozess zu einer gerechten Verteilung an Macht kommen kann, ist demnach eine essenzielle, die sich jedes Vergesellschaftungsprojekt stellen muss.

Anmerkung

- ¹ Horkheimer, Max (1939): Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung 8 (1939–1940), S. 115–136.

Vergesellschaftung als Strategie gegen rechts?

Annäherungen an eine ambivalente Beziehung

Tatjana Söding

Abstract

Das Erstarken rechter Kräfte in Deutschland und anderen Ländern wird immer sichtbarer. Auf der Suche nach Lösungen, diesem Trend entgegenzuwirken, wird die Notwendigkeit, in öffentliche Infrastruktur zu investieren, immer wieder thematisiert; auch von Vergesellschaftung wird in diesem Zusammenhang häufiger gesprochen. Dieser Beitrag versucht sich dieser These anzunähern, indem die ambivalente Beziehung zwischen Enteignungs- und Vergesellschaftungsdiskursen und Praktiken auf der einen Seite und rechten Akteuren auf der anderen Seite beleuchtet wird. Einerseits soll deutlich werden, wie rechte Projekte von der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem Ausverkauf des Sozialstaates profitieren. Andererseits wird aufgezeigt, dass auch Rechte Enteignung und Vergesellschaftung für sich einnehmen und anwenden können, um ihre menschenfeindlichen, antisozialen und anti-ökologischen Ziele voranzutreiben. Der Beitrag endet, indem die Wichtigkeit von Vergesellschaftung als Instrument für antifaschistische und antikapitalistische Politik herausgestellt wird und drei Schlussfolgerungen aus dem Exkurs in die Beziehung zwischen Vergesellschaftung und rechter Politik für progressive Vergesellschaftungskampagnen formuliert werden.

- » It is to be noted that a deserted street at four o'clock in the afternoon has as strong a significance as the swarming of a square at market or meeting times.«¹ *Henri Lefebvre*

Reinsberg, Mittelsachsen. Die kleine Gemeinde mit rund 3000 Einwohner*innen ist ein verträumter, doch malerischer Ort. Fachwerk- und Klinkerhäuser reihen sich hier an bäuerlich anmutende Wirtschaftsgebäude und sanierte Nachkriegsbauten. Die wohl prominentesten Gemäuer sind die des Schlosses Reinsberg, das Mitte des zwölften Jahrhunderts als Rittergut errichtet wurde und zu DDR-Zeiten als Ferienhaus des Braunkohlekombinats Schwarze Pumpe diente.² Heute sind die 62 Zimmer und 3000 Quadratmeter Innenfläche in Besitz von Martina Huss.³

Als die Potsdamer Unternehmerin der Gemeinde das Schloss im Sommer 2021 für 550000 Euro abkaufte, galt das als Segen für Dorffrieden und Gemeindekasse.⁴ Denn Reinsberg sah sich im Mai 2020 dazu gezwungen, ihren kleinen Etat aufzuwenden, um ihr Vorkaufsrecht geltend zu machen: Mitglieder der vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären Bewegung wollten das Schloss kaufen, um es als Wohn- und Schulungszentrum zu nutzen.⁵ Reinsberg sollte nicht zur Keimzelle des Rechtsextremismus werden. Die Gemeinde konnte das Schloss jedoch weder sanieren noch betreiben und brauchte schnell eine neue Käuferin, um Geld in die Gemeindekasse zu spülen. Martina Huss brachte Kapital und die große Vision: Schloss Reinsberg sollte in ein Hotel mit Tagungsräumen für internationale Wissenschaftskongressen umgebaut werden, Hofcafé und Burggraben sollten öffentlich zugänglich bleiben.

Bislang ist das Schloss jedoch weiterhin verriegelt, und Huss hat sich als Wolf im Schafspelz entpuppt. Anfang 2024 wurde durch die investigative Recherche von *Correctiv* belegt, dass Huss enge Kontakte in die rechtsextreme Szene pflegt und deren Vertreter*innen gern in ihren Immobilien beherbergt. Denn auch das Landhaus Adlon in Potsdam, in dem Mitglieder der Alternative für Deutschland (AfD), Rechtsextreme und Großunternehmer*innen gemeinsame Pläne für die Abschiebung und Vertreibung von gut 20 Millionen in Deutschland lebenden Menschen schmiedeten, gehört Huss.⁶

Orte, so lehrte der französische Marxist Henri Lefebvre, existieren nicht außerhalb sozialer Gefüge, sondern sind ihr Produkt. Reinsbergs Dilemma ist somit doppelt tragisch. Durch den Kauf wird das Schloss, nun in Privatbesitz, höchstwahrscheinlich zu einem Vernetzungsort der rechten Szene. Außerdem verlieren die Reinsberger so einen öffentlichen Ort der Begegnung, an dem gesellschaftlicher Zusammenhalt praktiziert werden könnte. Diese Zusammenhänge zu zeichnen, bedeutet nicht, einen Automatismus zu beschreiben, in dem etwa öffentlicher Besitz immer zu aktiver gemeinschaftlicher Praxis führt. Fest steht jedoch, dass in den jeweiligen Eigentumsstrukturen Potenziale verankert sind, die entweder den Ausschluss anderer Menschen oder das Ausleben geteilter Verantwortung ermöglichen. Somit präfigurieren⁷ privates und vergesellschaftetes Eigentum auch Gesellschaftsformen, die jeweils Machtungleichheit und Diskriminierung befördern oder behindern.

Wenn wir Demokratie nicht nur als institutionalisierte Politikform begreifen, sondern als gesellschaftliche Umgangsform, braucht es außerhalb des Bundestags oder Rathäusern Orte, an denen Demokratie im Alltäglichen praktiziert werden kann. Reinsberg und Potsdam sind Negativbeispiele dafür, was passieren kann, wenn der Gemeinschaft keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, um in den kollektiven Besitz von Raum zu investieren – und wie leicht es antidemokratischen Akteur*innen dadurch gemacht wird, Parallelstrukturen aufzubauen.

Faschismus als Schutzwall des privaten Kapitals

Nicht nur in Deutschland radikalisiert sich rechtspopulistische Parteien in ihren Inhalten, ihrer Sprache und ihren Taktiken und gewinnen dabei immer mehr Rückhalt in der Bevölkerung – nicht zuletzt aufgrund der Popularisierung rechter Inhalte, die durch konservative Parteien vorangetrieben wird. Der Trend ist global.⁸ Die extrem rechten Parteien Sverigedemokraterna und Fratelli d'Italia etwa wurden 2022 mit erschreckend vielen Stimmen ins Regierungsamt gehoben. Ein Jahr später feierten die Rechts-außen-Kandidaten Geert Wilders und Javier Milei ihren jeweiligen Sieg in Den Haag und Buenos Aires, und 2024 könnte das Jahr sein, in dem Donald

Trump mit einem Wahlkampf, der ausgeprägte faschistische Züge annimmt, erneut ins Weiße Haus gewählt wird.

Das Raunen, die Rückkehr des Faschismus halte Einzug, wird vor diesem Hintergrund immer lauter. Die Rede von der Wiederkehr des Faschismus übersieht allerdings, dass dieser nie verschwunden war und dass das Potenzial für breite Zustimmung zu rechten Agitationen im Kapitalismus allzeit unter der Oberfläche brodelt. Diese Beobachtung schmälert nicht die Relevanz, genau diesen oder den nächsten Moment als Eskalation rechter Politik zu begreifen und gegen sie aktiv zu werden.⁹ Allerdings ergänzt sie diese Relevanz um die analytische Perspektive, dass faschistische Mobilisierungskraft in der inhärenten Krisentendenz des Kapitalismus verankert ist, und ermöglicht antifaschistischem Aktivismus, an der Wurzel anzusetzen.

Als Clara Zetkin 1923 ihre Rede mit dem Titel »Der Kampf gegen den Faschismus« hielt, war sie die Erste, die den Faschismus aus der Arbeiter*innenbewegung heraus thematisierte.¹⁰ Für Zetkin zeigte sich deutlich, dass »der Faschismus in der Auflösung¹¹ der kapitalistischen Wirtschaft verwurzelt« ist, welche sich »nicht nur in der entsetzlichen Verarmung des Proletariats, sondern auch in der Proletarisierung sehr breiter kleinbürgerlicher und bürgerlicher Massen« zeige.¹² Das bedeutet nicht, dass Kapitalist*innen und Faschist*innen stets die gleichen Interessen verfolgen oder gar ununterscheidbar voneinander sind. Ganz im Gegenteil: Erst im Moment der tiefgreifenden Krise des Kapitalismus »begrüßt die Bourgeoisie [...] ihre neuen Bundesgenossen«, also die Faschist*innen, als »außerlegale, außerstaatliche Machtorganisation« »mit Freude«, so Zetkin.¹³ Die Anhänger*innen des Faschismus stehen in dem Moment bereit, in dem das Kapital in eine strukturelle Schiefelage gerät und einen Handlanger braucht, der die Rehabilitierung der Wirtschaft durch Gewalt erzwingen kann. Historisch gesehen, diszipliniert die faschistische Wirtschaft die Arbeitskraft bis zur äußersten Entmenschlichung derer, die ohne Lohn und in Zwangslagern schufteln müssen. Sie zerschlägt gewaltsam die Arbeiter*innenorganisationen, um den Druck auf die regulär Beschäftigten zu erhöhen, und nimmt imperialistische Tendenzen an, um sich mehr Land, Ressourcen und Arbeitskraft anzueignen. So verortete der britische Kommunist Rejani Palme Dutt Mitte der 1930er-Jahre den Ursprung des

Kolonialismus, den er als wesensgleich mit dem Faschismus sah, im »kapitalistischen Zerfall« (*capitalist decay*).¹⁴ Durch die Machtzentralisierung im faschistischen Staat können außerdem »die wirtschaftlichen Widersprüche« durch staatliche Förderungen und Verbote beglichen und »die inneren Widersprüche der Bourgeoisie« befriedet werden, deren unterschiedliche Fraktionen sich nun einer einzigen Führung unterordnen, schrieb Dutt.¹⁵

Zu Anfang des 21. Jahrhunderts steht der globale Kapitalismus der bis dato existenziellsten Krise gegenüber: der Klimakatastrophe und der mit ihr einhergehenden Notwendigkeit, aus fossilen Brennstoffen auszusteigen – aus jener Materie also, die bislang den gewaltigen Stoffwechsel der Wirtschaft befeuerte. Die »außerlegale, außerstaatliche Machtorganisation« ist dem fossilen Kapital insofern nützlich, als sie davon ablenkt, dass sein profitables Geschäft obsolet ist: Sie markiert den Klimawandel als Verschwörung, diffamiert Migrant*innen als Handlanger globaler Eliten und sozialökologische Politik als orchestrierten Angriff auf die »normalen« Menschen.

Gleichzeitig haben die Krisenbewältigungsstrategien des Kapitals, die seit dem Zweiten Weltkrieg unternommen wurden – Privatisierungswellen, die Kommerzialisierung weiter Teile des Lebens, die Verlagerung von Ressourcenextraktion ins Ausland und in bislang »unerschlossene« Regionen – eine sozioökonomische Prekarität geschaffen, die die gesellschaftliche Zustimmung für Faschist*innen befeuert. So fußt der globale Trend eines Aufschwungs und einer Radikalisierung der extremen Rechten auf materiellen Zwängen des Kapitals, deren Befriedigung an ihre Grenzen stößt.

Die Enthüllung des Treffens in Potsdam und der Pläne, über 20 Millionen Menschen aus Deutschland abschieben zu wollen, die unter anderem von AfD-Politiker*innen und -Finanziers Ende 2023 geschmiedet wurden,¹⁶ löste Schockwellen in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung aus und trieb mehrere hunderttausend Menschen über Wochen hinweg auf die Straße.¹⁷ Der Trend rechter Konsolidierung scheint endlich in die öffentliche Sichtbarkeit gerückt zu sein. Doch gegen rechts zu demonstrieren, sollte allenfalls einen initiierenden Moment oder eine komplementäre Strategie für einen weitaus tiefer greifenden Antifaschismus darstellen. Denn dieser muss die ökonomische Ausgangslage, die den Rechtsruck begünstigt, prob-

lematisieren und überwinden. Max Horkheimers berühmte Worte aus dem Jahr 1939 haben auch unter den aktuellen Umständen bemerkenswerte Deutungskraft: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.«¹⁸

Vergesellschaftung als Strategie gegen den Rechtsruck

In Zeiten des Rechtsrucks scheint also die Idee der Vergesellschaftung eine Art Renaissance zu erleben:¹⁹ Immer häufiger ist die Rede davon, dass Güter in die gemeinschaftliche Hand übergeführt werden sollen, um sie vor dem Ausverkauf an Rechte zu schützen, wie etwa in Reinsberg zunächst versucht wurde. Gleichzeitig argumentieren viele Akteur*innen, die Vergesellschaftung fordern, dass durch die Bereitstellung öffentlicher Güter dem Erstarren der Rechten entgegengewirkt werden könne.²⁰ So lesen wir etwa von der US-amerikanischen sozialistischen Philosophin Nancy Fraser (2023), dass Jahrzehnte neoliberaler Sparmaßnahmen die Löhne der arbeitenden Klasse herunterdrückten und weite Teile der Bevölkerung in Verschuldung trieben. »Im Zusammenhang mit dieser Abwärtsspirale«, schreibt Fraser, »können wir sehr komplexe und oftmals reaktionäre politische Antworten beobachten. Die extreme Rechte nutzt das Leiden von Menschen aus.«²¹ Dass diese Zeilen als Vorwort in dem Sammelband *Öffentlicher Luxus* veröffentlicht wurden,²² lässt die Leser*innen darauf hoffen, dass Vergesellschaftung diese reaktionären politischen Antworten auf den Neoliberalismus zurückdrängen und bekämpfen könnte. Es wirkt oft so, als sei der Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und rechter Machtkonsolidierung sowie das Gegenpaar einer öffentlichen Infrastruktur als Prämisse einer linksliberalen und gerechteren Gesellschaft ohne die Notwendigkeit weiterer Erläuterung gegeben. Die Gründe scheinen offensichtlich: Wenn die Rechte aufgrund von gesamtgesellschaftlichen, durch den neoliberalen Kapitalismus hervorgerufenen Gefühlen der Fremdbestimmung, Machtlosigkeit und Angst vor Armut Anhänger*innen rekrutiert,²³ ermöglicht Vergesellschaftung Selbstbestimmung, Ermächtigung und öffentliche Infrastruktur als materielle und

affektive Basis. Jedoch folgt daraus nicht zwangsläufig eine linke politische Einstellung. Im Gegenteil: Auch rechten Akteur*innen ist es nicht fremd, mit vergesellschaftetem Eigentum und Enteignungen als propagandistischer Idee oder reeller Strategie ihre eigene Politik zu verfolgen. Zwar bedeutet dies nicht, dass Vergesellschaftung Linken nicht länger als Handwerkszeug zur Verfügung steht, es erfordert aber eine generelle Auseinandersetzung mit dem rechten Vergesellschaftungsdiskurs und verlangt von politischen Kampagnen, ihre Kommunikation und Umsetzung so auszurichten, dass sie klar eine emanzipatorische Linke stärken.

Meister der Ambivalenz: Verstaatlichung während des Nationalsozialismus

Das Verhältnis zu privatem und verstaatlichtem Eigentum zur Zeit des Nationalsozialismus war doppelwertig: Einerseits wurde Privateigentum juristisch de facto abgeschafft und Enteignung als Vernichtungsstrategie eingesetzt, andererseits profitierten weite Teile der Kapitalistenklassen maßgeblich von der Wirtschaftspolitik im »Dritten Reich« – und das Reich von der Unterstützung der Kapitalisten. Zwischen 1933 und 1945 unternahmen die Nationalsozialisten eine der weitreichendsten Umstrukturierungen »in der Geschichte der bürgerlichen Eigentumsordnung in Deutschland«. ²⁴ Schon unmittelbar nach der Machtübernahme lösten diese im Februar 1933 die Eigentumsgarantie auf, die zuvor durch Artikel 153 der Weimarer Reichsverfassung gesichert war. ²⁵ Hier ging es jedoch in erster Linie nicht darum, Privateigentum gänzlich abzuschaffen. So versicherte Adolf Hitler 1933, dass »die Regierung die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes [grundsätzlich] nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie, sondern durch stärkste Förderung der privaten Initiative und Anerkennung des Privateigentums [betreiben werde]«. ²⁶ In einer Ansprache an den deutschen Reichstag stellte Hitler »privates Eigentum« 1935 gar als »eine höhere menschliche Stufe der Wirtschaftsentwicklung« dar, erlaube es, doch »höhere Lebensstandards« zu erwirtschaften ²⁷ – ein Ziel, mit dem die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) von Beginn an

für sich warb.²⁸ Laut dem Rechtswissenschaftler Thorsten Keiser leistete das Bekenntnis zum Privateigentum den Nationalsozialisten zwei Dienste: Erstens konnten sie sich so rhetorisch vom Kommunismus abgrenzen und den Anschein von individueller Freiheit gegenüber dem Staat vermitteln. Zweitens, so Keiser, »sollte Privateigentum wegen seiner Anreizfunktion für wirtschaftliche Tätigkeit bestehen bleiben«.²⁹

Auf der anderen Seite kritisierten die Nationalsozialisten die angebliche »radikal liberale Auslegung« des Privateigentums in der Weimarer Republik.³⁰ Angefochten wurde somit insbesondere das individuelle Eigentumsrecht, das das Individuum als Träger öffentlicher und subjektiver Rechte betrachtet und ihm Eigenverantwortung und Autonomie zusichert. Dieser für gescheitert erklärten Auslegung stellten die Nazis das Konzept des gesamtvölkisch gebundenen Eigentums gegenüber: »Die Gemeinschaftsbindung tritt hier nicht als etwas Zusätzliches und Nachträgliches hinzu [...], sondern wohnt der Substanz des Eigentums von vornherein inne; das Eigentum ist seinem Wesen und Inhalt nach eine gemeinschaftsgebende Befugnis«, so der Kronjurist des »Dritten Reichs« Ernst Rudolf Huber.³¹ Somit konnten die Nationalsozialisten die Machtübernahme nach dem Fall der Weimarer Republik rechtfertigen und sich durch die Umstrukturierung von Eigentumsverhältnissen nicht nur von den Bolschewiken, sondern auch von den liberal-demokratischen Kräften im In- und Ausland abgrenzen und Überlegenheit beanspruchen.

Die Abschaffung einer juristischen Garantie auf privates Eigentum im Februar 1933 diente also hauptsächlich der Machtkonzentration. Den Gerichten wurde früh die juristische Kompetenz entzogen, die Grenzen und Entschädigungssummen von Enteignungsprozessen festzulegen, privates Eigentum zu schützen und der Materialisierung nationalsozialistischer Herrschaftsformen durch die Eigentumsordnung juristisch entgegenzuwirken.³² Einzig die politische Riege der Nationalsozialisten verfügte über die Gewalt, zwischen Wahrung von privatem Eigentumsanspruch und Verfügung über Enteignung zu entscheiden. Als Faustregel galt: Förderte der Eigentumsanspruch die Ziele des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, wurde an ihm festgehalten. War dies nicht der Fall, wurde er entzogen.

Somit waren es die von den Nationalsozialisten als Feinde auserkorenen Personen, die von der gesetzlichen Abschaffung der Eigentumsgarantie in erster Linie betroffen waren. Um die »Verwirkung des Eigentumsrechts« zu institutionalisieren, erließen die Nationalsozialisten im Laufe des Sommers 1933 drei Gesetze, die die Entziehung der Vermögen von Kommunisten, Emigranten und als Volks- und Staatsfeinde Diffamierten regelte.³³ Insbesondere gegenüber jüdischen Menschen wurde die Enteignung ab 1933 als Instrument genutzt. Hermann Tietz, Besitzer der gleichnamigen Warenhauskette (die nach ihrer »Arisierung« in »Hertie« umbenannt wurde und die die Karstadt GmbH 1994 übernahm), wurde bereits 1934 aufgrund seines Jüdischseins zwangsenteignet.³⁴ Die staatliche Beschlagnahmung des Eigentums jüdischer Menschen gilt aber erst ab 1938, insbesondere ab den sogenannten Judenpogromen vom 8. bis 10. November, als weitgehend systematisiert. Die Enteignungen zerstörten nicht nur die Existenz der jüdischen Besitzer*innen, sondern stärkten gleichzeitig jenen Staat finanziell, der Menschen jüdischen Glaubens oder Kultur systematisch auslöschen wollte. So gibt Johannes Leicht an, dass »die nach dem Novemberpogrom 1938 der jüdischen Bevölkerung als Sühnezahlung auferlegte ›Judenbuße‹ in Höhe von einer Milliarde Reichsmark die Staatseinnahmen um gut sechs Prozent [erhöhte]«. ³⁵ Weiter heißt es, dass »im Haushaltsjahr 1938/39 insgesamt mindestens neun Prozent der laufenden Reichseinnahmen aus ›Arisierungserlösen‹ [stammten]«. »Im Ergebnis«, fasst von Brünneck zusammen, »wirkten sich diese Maßnahmen überwiegend zugunsten der ohnehin Privilegierten aus, die nämlich z. B. allein die Mittel zum Erwerb eines jüdischen Grundstücks besaßen, vor allem aber zugunsten der Großunternehmen, denen die Arisierung die Bildung neuer größerer Produktionseinheiten ermöglichte.«³⁶

Im Endeffekt wurden die im 25-Punkte-Programm der NSDAP geforderte Verstaatlichung aller Betriebe und Warenhäuser und eine weitreichende Bodenreform nicht umgesetzt, weil die Forderung die notwendige Unterstützung seitens der Kapitalfraktion riskierte.

Übrigens wurde eines der wichtigsten Instrumente der Propaganda, der Rundfunk, bereits 1932 durch die Zweite Weimarer Rundfunkverordnung verstaatlicht und fiel den Nationalsozialisten durch die »Machtergreifung« in

die Hände. Dies sicherte die entscheidende Rolle, die Joseph Goebbels als Leiter des neu geschaffenen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda ab Frühling 1933 in der Etablierung des »Dritten Reichs« zukam. Es darf dennoch nicht vergessen werden, dass die Nationalsozialisten die Doppelstrategie der Enteignung und Verstaatlichung effektiv einsetzten, um die Wirtschafts- und Eigentumsordnung gemäß ihrer inhumanen Zielsetzung umzustrukturieren.

Die Rächer der Entrechteten: Moderner Enteignungsdiskurs von rechts

Auch heute wird der Enteignungs- und Vergesellschaftungsdiskurs von rechts besetzt, wenn auch auf unterschiedliche Weise. Für die neonazistische Kleinstpartei *Der III. Weg*, die 2013 unter anderem durch frühere NPD-Funktionäre gegründet wurde, ist die Verstaatlichung von »Versicherungen und Betriebe[n] der allgemeinen Daseinsvorsorge (z. B. Kranken-, Strom- und Wasserversorgung)« sogar das wichtigste Anliegen ihres Zehn-Punkte-Programms. In kapitalismuskritischem Jargon wettern die Autoren des Programms darüber, dass der Mensch im »Turbokapitalismus« dem Dogma der »Profitmaximierung« des Kapitals untergeordnet sei und dass »das erarbeitete Volksvermögen [...] dem Volk selbst entzogen und über Umwege an Aktionäre, Finanzmogule und Banken abgeführt« werde. Anstelle dessen gedenkt *Der III. Weg* einen »Deutschen Sozialismus« zu schaffen, den die rechtsextreme Partei als »natürliche Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus« darstellt.

Die im Deutschen Bundestag vertretene Alternative für Deutschland (AfD), die 2015 als ordoliberalen Professorenpartei gegründet wurde und seither einen Radikalisierungsprozess durchläuft, verwendet den Enteignungs- und Vergesellschaftungsbegriff hauptsächlich, um anderen Akteur*innen ökosozialistisch-autoritäre Bestrebungen nachzusagen.³⁷ In rechts-gramscianischer³⁸ Manier wird so die Umdeutung bestehender Begrifflichkeiten vorgenommen, um rechtsideologische Versatzstücke als Common Sense zu etablieren. So lautet ein Unterpunkt zur Europapolitik des AfD-Bundestagswahlprogramms von 2021: »Erhalt des Bargelds: Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteig-

nung und Totalüberwachung.«³⁹ Die rechtsextreme Partei stellt ihre eigene Wirtschaftspolitik als soziale Marktwirtschaft einer »sozialistischen Industriepolitik« gegenüber, welche laut der AfD mit »Enteignungen, Abschaffung von Privateigentum und Vertragsfreiheit, hetzerische Klassenkampfrhetorik oder vorsätzlich herbeigeführte Konflikte« anstifte.⁴⁰ Tatsächlich verschleiert diese Sprache, dass die in der kapitalistischen Produktionsweise immanente Enteignung Strategie eines Klassenkampfes von oben gegen unten ist.

Enteignung und die darauffolgende Vergesellschaftung werden von rechten Akteuren also entweder als legitimes Instrument dargestellt, um Gerechtigkeit für ihre Anhänger*innenschaft (wieder-)herzustellen, oder als illegitime Strategie des politischen Gegners verpönt, durch die der Anhänger*innenschaft unrechtmäßig etwas entwendet werden soll. Im ersten Fall soll sich so von einem Liberalismus abgegrenzt werden, der individuelle Eigentumsrechte schützt, im zweiten von einem sozialistischen Projekt, dem vorgeworfen wird, persönliche Rechte und Freiheiten abschaffen zu wollen.

Entgegen dem Bilderverbot: Reale Utopien als Praxis für die Revolution

Das »Enteignung und Vergesellschaftung politisch und normativ mehrdeutig sind«, schreibt der Philosoph Jacob Blumenfeld in seiner Abhandlung über den Enteignungsbegriff.⁴¹ Diese knappe Einführung in die Enteignungs- und Vergesellschaftungspraxis in der Zeit des Nationalsozialismus und des modernen rechten Diskurses hat einige Aspekte dieser Mehrdeutigkeit sichtbar gemacht. Doch Mehrdeutigkeit bedeutet auch, dass Licht neben Schatten existiert. Bloß weil die politische Rechte darum bemüht ist, die Worte »Enteignung« und »Vergesellschaftung« mit ihren politischen Inhalten zu verknüpfen und die jeweiligen Praktiken für ihre eigenen Ziele einzusetzen, bedeutet das nicht, dass sich die demokratische Mehrheit von der Forderung nach Vergesellschaftung abwenden sollte. Im Gegenteil sollte es sie eher anspornen, eine Praxis zu entwerfen, die zweifelsfrei antifaschistisch ist und den Schulterchluss zwischen Kapital und Faschismus entkräftet und bekämpft.

Karl Marx wurde bereits zu Lebzeiten vorgeworfen, er habe seiner ausführlichen Kapitalismuskritik zwar den Sozialismus als Alternativmodell entgegengestellt, die Frage, wie ersteres System überwunden und letzteres erreicht werden kann, jedoch vermieden. Blumenfeld widerspricht dieser mittlerweile weitverbreiteten Annahme jedoch vehement: In dem Satz »die Enteignung der Enteigner«, den Marx selbst an Schlüsselstellen seiner Schriften verwendet und der später zum bekanntesten Slogan der Zweiten Internationalen⁴² werden sollte, habe sich Marx deutlich, wenn auch nicht deterministisch zu der Form einer revolutionären Strategie geäußert.⁴³ Tatsächlich gibt es Enteignung überall, nur nicht in einer uns bewussten Form, sondern in einer, die durch die Etablierung des kapitalistischen Systems naturalisiert wurde: Kann die Landnahme und die Aneignung des erarbeiteten Mehrwerts seit der Geburtsstunde des Kapitalismus als Enteignung, wenn auch nicht im juristischen Sinne, beschrieben werden, werden auch heute noch Menschen ihres privaten Eigentums enteignet, um Autobahnen oder Kohlegruben im Namen des Profits in die Landschaft zu schlagen.

Den Spieß umzudrehen und die unsichtbare Enteignung der Produktionsmittellosen in die bewusste Enteignung der Produktionsmittelbesitzer umzuwandeln, ist eine genuin linke Taktik. Enteignungs- und Vergesellschaftungskampagnen können insbesondere deshalb sinnvoll sein, weil sie innerhalb des Rahmens der »bürgerlichen Legalität« stattfinden. Die bürgerliche Legalität beschrieb Rosa Luxemburg 1906 als die jeweilige nationale Rechtsprechung, die die Klassenposition der Bourgeoise absichere und einem »eisernen Käfig« gleiche, »innerhalb dessen der Klassenkampf des Proletariats stattfinden muss«.⁴⁴ Dieser Kampf in prärevolutionären Zeiten ist für Luxemburg die Praxis, durch die Klassenbewusstsein geschaffen und organisiert werden kann. Das deutsche Grundgesetz bietet mit den Artikeln 14 und 15⁴⁵ jenen Rahmen, von dem Luxemburg sprach. Der Erfolg der Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen« (DWE), die insbesondere die Sensibilisierung für die Profitgier von Wohnungsgesellschaften und die Organisierung von weiten Teilen der Berliner*innen zur Folge hatte, ist ein Beweis, dass Vergesellschaftungskampagnen großes Potenzial für eine Politik mit breiter zivilgesellschaftlicher Unterstützung bieten.

Blumenfeld erinnert jedoch daran, dass »die Legitimität einer bestimmten Enteignung [...] nicht a priori⁴⁶ bestimmt werden [kann], sondern nur in Bezug auf die spezifischen Bedingungen der Eigentumsübertragung, einschließlich der Frage, wer enteignet wird, wer die Enteignung vornimmt, was enteignet wird und zu welchem Zweck«.

Drei konkrete Schlussfolgerungen lassen sich aus dieser knappen Einführung in die jeweilige Verwendung des Enteignungs- und Vergesellschaftungsdiskurses ableiten. Erstens hat sich, Georg Lukács folgend, das Verständnis von Freiheit im Kapitalismus verdinglicht: Freiheit wird nur noch auf den Erwerb von Waren bezogen und nicht länger als eine Norm verstanden, die durch soziale Beziehungen gegeben und gesichert werden kann.⁴⁷ Das bedeutet auch, dass linke Kampagnen, die damit werben, Eigentumsrechte zu verändern, sie manchen gar kompensationslos wegzunehmen, mit Widerstand rechnen müssen, der von rechts ausgeht, jedoch weit in die Mitte der Bevölkerung strahlen kann. Hier ist es wichtig, konkret aufzuzeigen, dass die aktuelle Eigentumsordnung nicht nur zu gesellschaftlicher Verarmung führt, sondern auch rechte Kräfte stärkt: durch Orte wie das Reinsberger Schloss, das für die breite Allgemeinheit verriegelt bleibt, aber als Treffpunkt der rechten Szene genutzt werden kann; durch die Lebenserfahrung, dass Staat und Gesellschaftsgefüge aufgrund von Privatisierungs- und Prekarisierungswellen immer unzuverlässiger werden und rechter Propaganda einen Nährboden bieten; und durch die Tolerierung oder Stärkung rechter Akteure durch die Kapitalfraktion. Die Reaktion auf die Enthüllungen von *Correctiv* haben gezeigt, dass es ein großes Mobilisierungspotenzial im Kampf gegen rechte Kräfte gibt. Vergesellschaftungskampagnen können dies nutzen, indem sie die Verbindung zwischen Kapitalismus und Rechtsruck aufzeigen.

Zweitens können Enteignung und Vergesellschaftung jedoch auch innerhalb des kapitalistischen Systems stattfinden, wie etwa während des Nationalsozialismus. Um sich rechter Politik, die in Zeiten der Klimakrise maßgeblich den fossilen Kapitalismus verteidigt, entgegenzuwirken, muss eine Vergesellschaftungsforderung auch mit einer starken sozialökologischen Zielsetzung einhergehen, die weder kapitalistische noch rechte Strukturen weiterführt. Eine Vergesellschaftung der Kohleindustrie, in der der Abbau von

Kohle unter anderem Eigentumstitel fortgeführt wird, oder die Verstaatlichung beispielsweise der Solarindustrie, wenn die deutsche Staatsbürgerschaft und somit das Zugangsrecht demokratischer Teilhabe nur selektiv vergeben wird, stellen keinen Fortschritt dar.

Hieran knüpft die dritte Schlussfolgerung an. Das historische und aktuelle Beispiel rechter Enteignungspolitiken, dass sich auch Rechte des Enteignungsbegriffes bedienen können, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise. Was rechte Projekte verbindet, ist die Annahme einer homogenen Gruppe – sei diese an biologischen oder kulturellen Markern festzumachen –, die hierarchisch über anderen Gruppen steht und ihre Superiorität durch Ausschluss oder Vernichtung behaupten muss. Kampagnen müssen sich deshalb ausgiebig damit befassen, wem Vergesellschaftung zugutekommt: wer in der neuen Eigentumsordnung repräsentiert, das heißt am Entscheidungstisch sitzt, repräsentiert wird, also nicht selbst am Tisch präsent ist, aber als Mitglied der Gesellschaft einen Anspruch hält, und wer (teilweise) ausgeschlossen wird, also nicht zu der Gesellschaft zählt.⁴⁸ Was banal klingen mag, ist tatsächlich nichts weniger als ein Grundproblem moderner Demokratien, die zwar dem gesamten Volk die Macht zuschreiben, dieses in seiner Gesamtheit jedoch niemals an allen Entscheidungen beteiligen; die zwar dem gesamten Volk die Macht zuschreiben, jedoch unter Ausschluss vieler festlegen, wer Teil dieses Volkes ist und wer nicht. Populismus und Nationalismus, so der finnische Politikwissenschaftler Jaakko Heiskanen, sind Antworten auf dieses Demokratieparadox. Somit läuft eine Vergesellschaftungskampagne jedoch immer auch Gefahr, antidemokratische Tendenzen zu stärken, wenn sie nicht deutlich macht, wie sichergestellt werden soll, wer wie von dem Vergesellschaftungsprozess profitieren kann. Schafft sie es jedoch, ein großes Wir zu formulieren und realistische Wege zu zeichnen, wie eine möglichst diverse und weitläufige Gruppe an dem Prozess zu ihrem Vorteil beteiligt sein kann, kann Vergesellschaftung nicht nur gesellschaftlichen Wohlstand absichern, sondern auch eine Praxis darstellen, durch die Inklusion geübt und erfahren werden kann. Beide Resultate würden dem Rechtsruck seinen Nährboden entziehen.

Nachtrag

Danke an Johanna Siebert für den Vorschlag, Schloss Reinsberg als Ausgangsort dieser Spurensuche zu nehmen, und für ihren unerlässlichen Einsatz beim Korrekturlesen. Dank gilt natürlich dem Zetkin Collective für Inspiration und Kameradschaft.

Anmerkungen

- 1 Lefebvre, Henri (1992): *Rhythmanalysis: Space, Time and Everyday Life*, S. 96.
- 2 Gemeinde Reinsberg (2019): Aus der Geschichte Reinsbergs [<https://gemeinde-reinsberg.de/reinsberg/geschichte/>].
- 3 Fuchs, Christian (2024): Das ist die Gastgeberin des Geheimtreffens der Rechtsextremen, in: *Zeit Online*, 11.01.2024.
- 4 Fuchs, Christian (2020): Kein Schloss für die Identitären, in: *Zeit Online*, 1.06.2024.
- 5 Fuchs, Christian (2020).
- 6 Correctiv (2024): Geheimplan gegen Deutschland [<https://correctiv.org/aktuelles/neurechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-novembertreffen/>].
- 7 Mit »präfigurieren« meine ich, dass das gesellschaftliche Zusammenleben bereits durch die Art und Weise, wie wir Eigentum organisieren, mitbestimmt wird, auch wenn sich diese Wirkung erst in Zukunft entfaltet. Siehe hierfür auch: Sörensen, Paul (2023): *Präfiguration: Zur Politizität einer transformativen Praxis*, Campus Verlag.
- 8 Malm, Andreas / the Zetkin Collective (2021): *White Skin, Black Fuel: On the Dangers of Fossil Fascism*, Verso.
- 9 Mit dem Verweis auf »diesen oder den nächsten Moment« lehne ich mich an Walter Benjamins Begriff der Jetztzeit an. Vor den Nationalsozialisten geflohen, fand der deutsch-jüdische Philosoph Walter Benjamin auch in Vichy (Frankreich) keine Rettung. In dieser Zeit – und vor diesem politischen Hintergrund – entstand sein Aufsatz »Über den Begriff der Geschichte«, der erst posthum veröffentlicht wurde, nachdem sich Benjamin an der französisch-spanischen Grenze das Leben genommen hatte. Benjamin warnte in seiner Schrift davor, Geschichte als Abfolge aneinandergereihter Momente zu verstehen, also als eine leere und homogene Zeit. Mit dem Begriff der Jetztzeit machte Benjamin darauf aufmerksam, dass es gewisse historische Momente gibt, in denen die politische Konfiguration einmalig ein Handeln ermöglicht.

- 10 Zetkin, Clara (2017): *Fighting Fascism: How to Struggle and How to Win*, Haymarket Books.
- 11 Zetkin spricht im Zusammenhang mit der Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft nicht von einer aus linker Sicht positiven Aufhebung des Kapitalismus. Mit Auflösung ist in diesem Kontext gemeint, dass der Kapitalismus sich in einer tiefgreifenden Krisensituation befindet und die Machtverhältnisse, die er vorher sicherte, sich verschieben.
- 12 Zetkin (2017).
- 13 Ebd.
- 14 Prashad, Vijay (2019): *Red Star over the Third World*, Pluto Press.
- 15 Dutt, Rejani Palme (1935): *The Question of Fascism and Capitalist Decay*, Marxists Internet Archive [https://www.marxists.org/archive/dutt/articles/1935/question_of_fascism.htm].
- 16 Correctiv (2024).
- 17 Sean-Elias Ansa & Lalon Sander (2024): Siebtes Wochenende – 100 Demos: Demowelle gegen Rechtsextremismus, in: *taz*, 23.02.2024.
- 18 Horkheimer, Max (1939): Die Juden und Europa, in: *Zeitschrift für Sozialforschung* (8), S. 115–137.
- 19 Schmidt, Christopher (2023): *Vergesellschaftung, Sozialisierung, Gemeinwirtschaft. Transformationspfade in eine andere Gesellschaft*, Verlag Westfälisches Dampfboot.
- 20 Siehe für den deutschsprachigen Kontext auch: Dietz, Georg (2024): Wer die AfD bekämpfen will, muss soziale Politik machen, in: *Zeit Online*, 28.01.2024.
- 21 Fraser, Nancy (2023): Mit Öffentlichem Luxus gegen den Allesfresser, in: *communia & BUNDjugend: Öffentlicher Luxus*, Dietz Berlin, S. 6–17.
- 22 *Communia & BUNDjugend* (2023): *Öffentlicher Luxus*, Dietz Berlin.
- 23 Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein Neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, P. / Kubbe, I. / Poguntke, T.: *Parties, Governments and Elites: The Comparative Study of Democracy*, Springer Fachmedien, S. 9–23.
- 24 Brünneck, Alexander von (1979): Eigentumsordnung im Nationalsozialismus, in: *Kritische Justiz*, 12(3), S. 151–172.
- 25 Ebd.
- 26 Keiser, Thorsten (2005): *Eigentumsrecht in Nationalsozialismus und Fascismo*, Mohr Siebeck.
- 27 Ebd.

- 28 Tooze, Adam (2006): *Wages of Destruction: The Making and Breaking of the Nazi Economy*, Penguin Books.
- 29 Keiser (2005).
- 30 Brünneck (1979), S. 151–172.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Leicht, Johannes (2015): *NS-Regime: Industrie und Wirtschaft* [<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/industrie-und-wirtschaft.html>].
- 35 Ebd.
- 36 Brünneck (1979), S. 151–172.
- 37 Siehe etwa die diskursive Verbindung, die Harald Laatsch (AfD) zwischen dem Votum zur Enteignungskampagne von DWE, »steten Klimadebatten«, »Linksradikalen« und »Eigentum [als] Menschenrecht« bei einer Rede im Berliner Abgeordnetenhaus schließt: *Berliner Abgeordnetenhaus* (2023): Plenarprotokoll 33. Sitzung, Donnerstag, 29. Juni 2023 [<https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IIIPlen/protokoll/plen19-033-pp.pdf>].
- 38 Der italienische Marxist und Antifaschist Antonio Gramsci (1891–1937) analysierte seinerzeit, wie Klassenverhältnisse und Machtstrukturen durch hegemoniale, also normalisierte und als gegeben angesehene Ideen, Diskurse und Praktiken verbreitet und gesichert werden. Für Gramsci stand fest, dass eine sozialistische Politik eine Gegenhegemonie entwickeln müsse, um die Breite der Bevölkerung zu mobilisieren. Die neue Rechte hat sich die Strategie Gramscis mal explizit, mal implizit angeeignet. Der französische rechte Intellektuelle Alain de Benoist plädiert etwa dafür, dass politische Interventionen auch immer Metapolitik betreiben, also nicht nur einen gezielten Inhalt vermitteln, sondern auch auf eine kulturelle und abstrakte Transformation genereller Ideen abzielen. Durch die Umdeutung bestehender Begriffe, Normen und Traditionen soll ein langsamer Kulturwandel initiiert werden, der schlussendlich in einer revolutionären Veränderung politischer Institutionen endet. Die deutsche Neue Rechte findet in Benoist ein Vorbild dafür, wie rechte Metapolitik bestehende Begriffe umdeuten kann und so ein langsamer Kulturwandel initiiert werden kann, der schlussendlich in einer revolutionären Veränderung politischer Institutionen endet soll. Siehe auch: Söding, Tatjana / Callison, William (2023): *Postwachstum von rechts und die Gefahr des Ökofaschismus*, in: *Ökologisches Wirtschaften – Fachzeitschrift*, 38(1), S. 13–15.
- 39 *Alternative für Deutschland* (2021): *Deutschland. Aber Normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag*. Dresden.

- 40 Ebd.
- 41 Blumenfeld, Jacob (2023): Expropriation of the expropriators, in: *Philosophy & Social Criticism*, 49 (4), S. 431–447.
- 42 Die Zweite Internationale war ein Zusammenschluss sozialistischer Parteien und Gewerkschaften, die 1889 gegründet und während des Ersten Weltkrieges im Jahr 1916 aufgelöst wurde.
- 43 Blumenfeld (2023), S. 431–447.
- 44 Luxemburg, Rosa (1906/2022): *The Tactics of Revolution*, in: Peter Hudis: *The Complete Works of Rosa Luxemburg. Volume IV: Political Writings 2. On Revolution 1906–1909*, Verso.
- 45 Artikel 14 des Grundgesetzes regelt das Eigentumsrecht. Darin wird festgehalten, dass das Eigentum und das Erbrecht zwar vom Staat gewährleistet werden, Eigentum jedoch ebenfalls verpflichtet und »sein Gebrauch dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll«. Daraus folgt, wie in Artikel 14 Absatz 3 festgehalten, dass Enteignung ein rechtliches Instrument ist, diese jedoch auch das Wohl der Allgemeinheit fördern muss. Enteignung ist in vielen Fällen eine Grundvoraussetzung für Vergesellschaftung, da sich viele Güter in Privatbesitz befinden. Vergesellschaftung ist in Artikel 15 des Grundgesetzes geregelt. Hier wird jedoch auch festgelegt, dass Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen oder Produktionsmitteln immer entschädigt werden muss. Die Art und Höhe der Entschädigung wird durch Bezug auf Artikel 14, also dem Eigentumsartikel, eruiert.
- 46 Auch: im Vorhinein, grundsätzlich oder unabhängig von einer Erfahrung / einem Fall.
- 47 Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2023): *Gekränkte Freiheit. Aspekte des Liberalen Autoritarismus*. Suhrkamp.
- 48 Heiskanen, Jaakko (2022): *The Nationalism-Populism Matrix*, in: *Journal of Political Ideologies* 26 (3), S. 335–355.

KAPITEL 1

Historie und Kontext von Vergesellschaftung

Vergesellschaftung, Sozialisierung, Gemeinwirtschaft

Lehren aus der Geschichte umkämpfter Begriffe

Christopher Schmidt

Abstract

Der Begriff der Vergesellschaftung ist vielschichtig und nicht leicht zu fassen. Hinter ihm verbirgt sich kein einheitliches Konzept, sondern ein schillerndes Spektrum an gemeinschaftlichen Eigentumsformen, politischen Strategien und demokratischen Organisationsstrukturen. Um verstehen zu können, was genau Vergesellschaftung eigentlich bedeutet, lohnt es sich, einen Blick auf ihre historische Begriffsgeschichte sowie ihre zentralen Akteur*innen, Kategorien und Spannungsfelder zu werfen. Auf diese Weise lässt sich herausarbeiten, wozu eine Vergesellschaftung von Eigentum eigentlich gut sein soll, auf welche Probleme sie eine Antwort geben möchte und welche historischen Versuche der Umsetzung es gab. Die Vergesellschaftung muss vor allem Konzepte alternativer Eigentumsformen, aber auch institutionelle Vorstellungen ihrer demokratischen Organisation formulieren. Im Beitrag werden idealtypische Kategorien für diese beiden Dimensionen umrissen. Von der Vollsozialisierung der gesamten Volkswirtschaft mit zentralistischer Lenkung bis zu gemeinschaftlichen dezentralen Formen des Privateigentums wie den Genossenschaften werden verschiedene Eigentumskonzepte diskutiert, um Antworten für die Herausforderungen der sozialökologischen Zangenkrise denkbar zu machen.

Wieso Vergesellschaftung

Die Verfügungsgewalt über Eigentum stellt die zentrale Machtkategorie unserer Gesellschaft dar. Wer ein Unternehmen oder genug Anteile an ihm besitzt, verfügt über seine Verwendung, Nutzung und Ausrichtung. Besitzende haben die Macht, darüber zu entscheiden, welche Ziele mit ihm verfolgt werden, und können festlegen, auf welche Art und Weise dies geschieht. Diese Dynamik ist bei Konsumgütern wie Nahrungsmitteln, Kleidungsstücken oder Schallplatten noch wenig kritisch zu betrachten (es geht dem Großteil der Befürwortenden von Vergesellschaftung auch nie um die vollkommene Abschaffung von Privatbesitz). Auf der strukturellen Ebene unserer Gesellschaft macht es jedoch durchaus einen tiefgreifenden Unterschied, wer die Macht hat, darüber zu entscheiden, was und wie produziert wird und wohin die erzielten Gewinne fließen – kurzum, welche Ziele wir als Gesellschaft verfolgen. Ob die Verfügungsgewalt über Eigentum zum Großteil in privaten Händen liegt, ist also eng mit den Möglichkeiten gesellschaftlicher und politischer Institutionen verbunden, Dinge zu ändern und Einfluss zu nehmen. Die Art und Weise, wie Privateigentum staatlich und rechtlich garantiert und abgesichert wird, ist entscheidend dafür, in was für einem Wirtschaftssystem wir leben.

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland existierten immer wieder emanzipatorische Bewegungen, die durch ihren Protest daran erinnerten, dass die private Eigentumsordnung der Marktwirtschaft Gegenstand politischer Entscheidung und nicht Produkt der Natur des Menschen ist. Von den systemoppositionellen wilden Streiks der Rätebewegung der Novemberrevolution¹ über die kollektive Selbsthilfe der breiten Genossenschaftsbewegung der 1920er-Jahre,² Programmatiken sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien, gewerkschaftliche Kämpfe um Vergesellschaftung in der Stahlindustrie in den 1980er-Jahren³ bis hin zu Commons, kybernetischer Plan- und Kollektivwirtschaft⁴ und »Deutsche Wohnen & Co enteignen«: Sie alle kämpften auf verschiedene Weise gegen die herrschende Eigentumsordnung und stellten ihr kollektive Formen des Besitzes gegenüber.

Begriffsgeschichte

Die Begriffe »Sozialisierung«, »Vergesellschaftung« und »Gemeinwirtschaft« waren dabei zentral und wurden oftmals synonym verwendet. Oft weit gefasst, wurden sie selten exakt definiert. So wurden sie von Kritiker*innen bereits zu Zeiten der Weimarer Republik als »Modeschlagwort (...), mit dem man alle Gebrechen der Zeit glaubte beschwören zu können«⁵, sowie mehr als »eine mystische Formel als ein Begriff, dessen definitorische Klarheit zu einem Programm hätte führen können«,⁶ bezeichnet. Gemein war ihnen jedoch stets, dass sie Projektionsfläche für Vorstellungen von alternativen Eigentumsordnungen, demokratischen Organisationsweisen, politischen Strategien und Utopien waren. Obgleich sie dies auch noch bis heute sind, wandelten sich ihre Konzeptionen stets mit den politischen Kräfteverhältnissen, der technologischen Entwicklung und den gesellschaftlichen Umständen der jeweiligen Zeit, in der sie formuliert wurden. Um den Begriff der Vergesellschaftung oder der Sozialisierung zu verstehen und einen Blick hinter die vermeintlich mystische Formel zu werfen, empfiehlt es sich somit, seine zentralen Spannungsfelder zu umreißen sowie seine historische Entstehung zu betrachten.

Speist man den Begriff der Vergesellschaftung in eine Suchmaschine ein, so stößt man zuallererst auf seine soziologische Bedeutung: Man landet auf Tierhaltungswebsites, die erklären, wie beispielsweise einzelne Kaninchen mit einer Gruppe ihrer Artgenossen zusammengeführt werden können. Der Begriff steht hier also für eine Verstärkung der Verflochtenheit des einzelnen Tiers mit der Gesellschaft beziehungsweise seiner Kolonie.⁷ In der Rechtswissenschaft erfolgt dann eine Eingrenzung dieses Vorgangs auf den Bereich der Eigentumsverhältnisse. Das Kaninchen ist quasi der Besitztitel eines Unternehmens oder eines ganzen Wirtschaftszweigs, der sich durch die Vergesellschaftung stärker mit einer Gemeinschaft verflcht. Rechtlich geht es bei dem Begriff also sehr konkret um die Kollektivierung von Verfügungsmacht über wirtschaftliches Eigentum. Dieser Akt wird im Grundgesetz als so wichtig erachtet, dass er als verfassungsgestaltend betrachtet wird. Um beim Beispiel zu bleiben, bedeutet dies, dass sich bei einer Vergesellschaftung nicht nur, wie im soziologischen Begriff vorgesehen, die Beziehungen des Kaninchens verän-

dern und kollektivieren, sondern dass das Kaninchen selbst in diesem Prozess ein anderes wird. Die Vergesellschaftung beinhaltet nämlich neben der Übertragung des Besitztitels vom privaten Träger auf ein Kollektiv auch eine Änderung der Verfassung des Eigentums an sich, also eine neue Strukturierung und Demokratisierung seiner Organisation. Waren vorher private Besizende zuständig, so können durch eine Vergesellschaftung verschiedene Individuen, Interessengruppen oder Akteur*innen über das Unternehmen verfügen und seine Ressourcen kontrollieren und gebrauchen, und dafür braucht es eben eine Änderung seiner Verfasstheit.

Ogleich die rechtliche Auslegung der Vergesellschaftung für viele politische Praxen von Bedeutung ist, ist es wichtig zu betonen, dass sie auch illegal außerhalb der staatlichen Rechtswege geschehen kann, zum Beispiel wenn ein leer stehendes Haus besetzt wird. Am Ende steht dabei aber ebenfalls immer eine Form des Gemeineigentums.

Bevor genauer auf die verschiedenen Konzepte und Spannungsfelder der Vergesellschaftung eingegangen wird, ist es weiterhin wichtig zu verstehen, in welchem Kontext die Forderung nach ihr überhaupt entstanden ist. Historisch sollte sie vor allen Dingen zwei Grundeigenschaften kapitalistischer Marktwirtschaften bekämpfen: die Ausbeutung lohnabhängig Beschäftigter sowie das Konkurrenzprinzip des Wettkampfs auf dem Markt.

Die Forderung nach einer Vergesellschaftung des Eigentums folgte historisch der Entstehung der privatwirtschaftlichen Arbeitsteilung und steht dieser entgegen.⁸ Wurde in den Agrarwirtschaften des Feudalismus noch unter demselben Dach produziert und konsumiert, so führte die Industrialisierung zur Schaffung eines neuen Produktionsparadigmas: Ende des 19. Jahrhunderts entstanden große Fabriken, in denen lohnabhängig Beschäftigte arbeiteten und über Arbeitsmärkte vermittelt wurden. Ihnen gegenüber stand eine neue Klasse von Besitzenden, die ihren Profit durch die Ausbeutung dieser Arbeitskraft und ein frisch entstehendes System der Märkte generierte. Eine Trennung von Arbeit und Kapital – von produktiver Kraft und Besitz an Produktionsmitteln – war vollzogen.⁹ Die Menschen produzierten nicht mehr für sich selbst und ihre Familien, sondern gingen in einer Fabrik arbeiten, produzierten dort Gegenstände, die sie sich gegebenenfalls selbst gar nicht leisten

konnten, und erhielten dafür einen Lohn, von dem sie sich dann anderweitig produzierte Güter kaufen konnten. Da es gerade in den ersten Perioden des Frühkapitalismus noch keine tiefgreifenden verteilungspolitischen Lenkungs-
eingriffe in die Märkte gab, führte diese Entwicklung zu einer massiven ökonomischen Ungleichheit.¹⁰ Ende des 19. Jahrhunderts war die gesellschaftliche Realität die einer Konzentration des wirtschaftlichen Kapitals auf kleine Teile der Gesellschaft bei gleichzeitiger Verelendung der Massen.

Daher tauchte der Begriff der Vergesellschaftung beziehungsweise Sozialisierung erstmalig gegen Ende des 19. Jahrhunderts als Forderung der sich formierenden Arbeiter*innenbewegung auf. Diese wollte vor allem die Produktionsmittel großer Betriebe und ganzer Wirtschaftsbereiche in kollektives Eigentum überführen, um Ausbeutung und Not zu beenden. Die Bewegung mit ihren Organisationen der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der (M)SPD, USPD und KPD,¹¹ der Gewerkschaften, der Genossenschaften, aber auch ihren unorganisierten wilden Armen der Rätebewegung machte die Eigentumsfrage zu ihrem Kernthema und agierte im folgenden Jahrhundert als ihre zentrale Trägerin.¹²

Neben dem Ausbeutungsverhältnis gegenüber der Arbeitskraft umfasst die zentrale Kritik an einem auf Privatbesitz an Produktionsmitteln basierenden Wirtschaftssystem das aus dem Markt hervorgehende Prinzip der Konkurrenz. Private Unternehmen treten im Kapitalismus über den Markt in Beziehung zueinander und müssen auf ihm gegeneinander bestehen. Der Markt sorgt also dafür, dass sie bei Strafe ihres ökonomischen Untergangs zur Profitmaximierung gezwungen werden. Dieser Druck der Profitmaximierung äußert sich zum Beispiel darin, dass die Produktionskosten – Löhne, Arbeitsbedingungen, aber auch Ausgaben für den Schutz der Umwelt und natürlicher Ressourcen – fortwährend gesenkt werden müssen, um zu möglichst günstigen Preisen verkaufen zu können. Die Konkurrenz ist somit ebenfalls Motor des Wachstumszwangs und prägt die Art und Weise der Unternehmensführung im Kapitalismus maßgeblich, indem sie verhindert, dass soziale und ökologische Ziele Raum neben der Fokussierung auf Profitmaximierung erhalten.¹³

Vorstellungen kollektivwirtschaftlicher Eigentumsordnungen

Der zentrale erste Schritt der Vergesellschaftung ist die Veränderung der bestehenden Eigentumsordnung. Die Konzepte der Vergesellschaftung unterscheiden sich historisch allerdings stark in ihrer Analyse, inwieweit diese revolutioniert werden muss, um Ausbeutung und Konkurrenz einzudämmen oder sogar zu beenden. Ob die auf Privateigentum basierende Ordnung grundlegend gestürzt oder in Teilbereichen umgewandelt werden muss oder ob neben ihr lediglich Rahmenbedingungen für Gemeineigentumskonzepte geschaffen werden müssen, ist Gegenstand hitziger Debatten.¹⁴ Im Folgenden sollen daher historische Stoßrichtungen in vereinfachter Form untersucht werden, um verschiedene Strategien und Formen von Vergesellschaftung herausarbeiten zu können.

Kategorie 1

Grundlegende Änderung der Eigentumsordnung: Öffentliches Eigentum durch Vollsozialisierung

(Orthodox-)marxistische Positionen fordern eine sogenannte Vollsozialisierung der Wirtschaft: eine kompromisslose Enteignung und Überführung des gesamten Privateigentums an Produktions- und Dienstleistungsmitteln von Betrieben einer gewissen Größe in die Hand gesellschaftlicher Institutionen – meist in die des Staats. Ob der Staat in den Händen der Arbeitenden liegen und beispielsweise durch Räte und sozialistische Parteien geführt werden muss oder ob bereits eine parlamentarische Demokratie ausreichend dafür ist, dass öffentliches Eigentum als vergesellschaftet bezeichnet werden kann, ist dabei kontrovers. Weniger radikale Konzepte fordern eine Überführung von Monopolen und wirkmächtigen wirtschaftlichen Bereichen wie der Energiewirtschaft in Gemeineigentum, um durch sie eine Einflussnahme auf die Gesamtwirtschaft zu sichern.¹⁵ Historisch wurde für diesen Ansatz der Begriff der Sozialisierungsreife bemüht. Ist ein Wirtschaftssektor groß und somit reich genug, wird er der privaten Hand entnommen und vergesellschaftet. Der Restkapitalismus soll meist planerisch gelenkt und langsam sozialisiert wer-

den. Ziel ist es, den Marktmechanismus von oben vollkommen aufzulösen und durch kollektive Koordination zu ersetzen.

Kategorie 2 Gemeinsames Privateigentum

Im Gegensatz zum öffentlichen Eigentum gibt es historisch viele Ansätze,¹⁶ die vergesellschaftete Eigentumsformen von unten hervorbringen wollen, statt sich gegebene Strukturen anzueignen. In ihrem Fokus steht daher eher die betriebswirtschaftliche Ebene der Vergesellschaftung: die der Teilhabe in einem Unternehmen. Selbstorganisierte, partizipative Betriebe umfassen jedoch stets einen festen Kreis von Mitgliedern. Bei ihnen handelt es sich also um eine vergesellschaftete, aber immer noch private Form des Eigentums, weshalb sie auch als »Clubgut« bezeichnet werden.¹⁷ Beispielhaft sind hier vor allem Genossenschaften, Kollektivbetriebe, aber auch Vereine und Stiftungen zu nennen. Derartige Unternehmen gewährleisten zwar eine größere interne Mitbestimmung, produzieren jedoch meist weiterhin für einen Markt und sind dort dem Konkurrenzkampf ausgesetzt, was ihren Handlungsspielraum begrenzt.

Kategorie 3 Plurale Eigentumsrechte

Gewerkschaftlich geprägte Ansätze argumentieren, dass der Eigentumsbegriff zwei zentrale Ebenen beinhaltet: die des rein rechtlichen Titels und die der konkreten Verfügungsmacht über den jeweiligen Gegenstand, die das eigentliche Ziel vergesellschaftender Maßnahmen darstelle. Eine Mehrherrschaft oder mindestens Mitherrschaft der von der Eigentumsherrschaft ausgeschlossenen sozialen Gruppen steht im Zentrum dieser Idee.¹⁸ Betriebliche sowie überbetriebliche Mitbestimmung von Beschäftigten in Aufsichtsräten und Wirtschaftskammern sowie eine Zwangsbeteiligung der öffentlichen Hand sind hier beispielhaft zu nennen.¹⁹ Es wird kein tieferer juristischer Eingriff mehr benötigt, um effektiv vergesellschaften zu können. Über diese duale Konstitution des Eigentumsbegriffs hinaus gibt es modernere Ansätze wie den der *Common Pool Resources* von Elinor Ostrom,²⁰ die ihm weitere Dimensionen zuschreiben. Sie unterscheiden zum Beispiel zwischen Nutzungsberech-

tigten, Inhabenden, Besitzenden und Eigentümer*innen, aus deren jeweiliger Rolle sich unterschiedliche Zugriffs- und Verfügungsrechte auf einen Gegenstand oder eine Ressource ergeben.²¹ Es geht derartigen Konzeptionen daher immer um konkrete, auf den zu vergesellschaftenden Gegenstand zugeschnittene institutionelle Arrangements, die nicht verallgemeinerbar sind. So muss beispielsweise ein See, der von vielen kleinen Fischereibetrieben genutzt wird, ganz anders vergesellschaftet werden als die Wohnungen Berlins.

Vorstellungen kollektivwirtschaftlicher Organisation und Strategie

Jenseits der Konzeption einer neuen Eigentumsstruktur besteht die große Herausforderung von Vergesellschaftung in der Schaffung neuer, demokratischer Organisationsstrukturen. Dies ist ihr zentraler zweiter Schritt. Sie muss für das Spannungsfeld zwischen kollektiver Koordination und dezentraler demokratischer Teilhabe praktikable und handlungsfähige institutionelle Lösungen finden. Auf der einen Seite steht dabei gegebenenfalls die Steuerung ganzer Industrien und Wirtschaftszweige. Diese benötigt Institutionen, die eine gesellschaftliche Machtausübung über die Produktion und Verteilung gewährleisten können und dabei keine Entfremdung²² in der Bevölkerung hervorrufen.²³ Auf der anderen Seite stehen nach Freiheit strebende Individuen und Betriebe, die ständig situativ flexible Entscheidungen zur Lösung diverser Probleme treffen müssen und der Kollektivwirtschaft dabei doch stets als tätige Glieder angehören. Konzepte der Vergesellschaftung müssen also fortwährend Wege finden, das Individualbedürfnis mit dem Gemeinwohl produktiv in Einklang zu bringen. Dies stellt ein demokratietheoretisches Dilemma dar, für dessen Lösung es historisch ebenfalls ein Spektrum an Ansätzen gab, die nachfolgend in idealtypischen Kategorien dargestellt werden sollen.

A: Zentralität als Maxime

Befürwortende einer Vollsozialisierung der gesamten Wirtschaft sprachen sich historisch für eine starke Zentralisierung der Wirtschaftsgewalt aus. Die Bedingung dafür war allerdings, dass die Staatsmacht in Händen der Arbei-

tenden beziehungsweise der ganzen Gesellschaft liegt. So kann eine Verstaatlichung als Vergesellschaftung gedeutet werden und braucht keine weitere demokratische Legitimation. Die gewählte politische Strategie war daher stets eine revolutionäre, die den bestehenden Staat stürzen wollte. Betriebe werden so zu einem bloßen Vollzugsorgan des zentralen Plans, und ihre Freiheit weicht der »Einsicht in die wirtschaftliche Notwendigkeit«²⁴. Gedacht waren diese konzentrierten Verstaatlichungen im Sinne der marxistischen Theorie jedoch als Durchgangsphase zur Etablierung genossenschaftlicher Produktionsverhältnisse, in denen der Staat schließlich absterben kann und die »Wirtschaft als freie, kooperative Tätigkeit assoziierter Individuen in der Zivilgesellschaft aufgegangen ist«²⁵.

B: Dezentralität als Maxime

Dem gegenüber stehen Konzepte dezentraler Vergesellschaftung. Sie argumentieren demokratiethoretisch für ein Primat der Entscheidungsfindung der unmittelbar Betroffenen. Strategisch schlagen ihre Befürwortenden den transformativen Weg selbstorganisierter Zusammenschlüsse und betrieblicher Mitbestimmung ein. Dadurch soll das emanzipatorische Potenzial von Kollektiveigentum im Sinne einer Transformation des Geists und der Verhaltensweise der Menschen hin zu solidarischem, genossenschaftlichem Handeln gefördert werden. Sie fokussieren daher auf idealtypische Best-Practice-Beispiele, die Pionierfunktion haben und Orte gelebter Utopie darstellen. Ziel ist es, ihren Umfang und Tiefgang langsam so zu erweitern, »dass kapitalistische Zwänge aufhören, ihnen verbindliche Grenzen aufzuerlegen«²⁶.

Dezentrale Ansätze sehen sich allerdings ebenfalls vor das Problem gestellt, das Individualinteresse eines Betriebs mit gesellschaftlichen Bedarfen und dem Gemeinwohl in Einklang zu bringen. Sollen sie eine entsprechende Größe erreichen, müssen auch sie koordinative Strukturen entwickeln. Außerdem ist fraglich, wie derartige Bottom-up-Konzepte²⁷ organisatorische Antworten für wirkmächtige Bereiche wie die investitionsintensive Großindustrie finden können.

Der Großteil der Vorschläge vergesellschafteter Organisationsstrukturen setzt sich allerdings unweigerlich als Mischform dieser beiden Pole zusam-

men und versucht möglichst demokratische Lösungen zu finden und sie mit Koordinierungs- und Planungsmechanismen zu versehen. Grundlegende Fragestellungen der Institutionenbildung richten sich darauf, welche gesellschaftlichen Gruppen in Partizipationsprozessen auf welcher Ebene vertreten sein sollen, wie sich das Zusammenwirken von politischer und wirtschaftlicher Sphäre gestaltet und – vor allem – wie das Verhältnis vom konkreten Betrieb (und von der Mitbestimmung in ihm) zur überbetrieblichen Wirtschaftsplanung aufgebaut sein soll.

Strategisch können viele Mischformen dem sozialreformistischen Weg zugeordnet werden, der davon ausgeht, »dass der Kapitalismus, bevor er gebrochen wird, auch gebogen werden kann«²⁸. Um dies zu tun, wird neben dem politischen Kampf um Machtausübung im Staat durch sozialistische oder sozialdemokratische Parteien der ökonomische Kampf um Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt durch Gewerkschaften geführt. Zeitgleich werden Aufbau und Ausweitung nicht profitmaximierender Unternehmensformen, wie zum Beispiel Genossenschaften, vorangetrieben. Nach und nach sollen so gemeinwirtschaftliche Elemente in die Wirtschaft hineingebaut werden. Die klassischen Akteurinnen und Akteure dieses Wegs haben sich allerdings mit dem Godesberger Programm der SPD 1959²⁹ und dem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft im Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbunds 1996³⁰ von Forderungen der Vergesellschaftung abgewandt. Soziale Bewegungen haben bis zur Entstehung der Enteignungsinitiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen«* (DWE) keine Rolle dabei gespielt, können in Zukunft aber als wichtige Impulsgeber*innen fungieren. Um im größeren Stil wirkmächtig zu werden, müssen sie aber stets die Allianz mit Arbeitskämpfen und antikapitalistischen Parteien suchen, um Vergesellschaftungsbestrebungen als konkrete Lösung diskutierbar und realisierbar zu gestalten.

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Tilman Wendelin Alder: Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung.

Schlussbemerkungen

Die Klimakatastrophe stellt unsere Gesellschaften vor massive Herausforderungen, die im konkurrenzgetriebenen System von Märkten und Wachstumsdruck bis dato nicht im ausreichenden Maß zu lösen sind. Um in diesem Kontext als Gesellschaft politisch und ökonomisch handlungsfähig werden zu können, also zunächst überhaupt in die Position zu gelangen, tiefgehende Richtungsentscheidungen treffen zu können, ist die Frage nach der Eigentumsordnung eine zentrale. In ihr enthalten sind Vorstellungen darüber, welche Entscheidungen und wirtschaftlichen Bereiche im Angesicht der notwendigen Transformationen in die Hände des Markts und privater Unternehmen gelegt werden sollen und inwiefern wir als Gesellschaft (mit) entscheiden möchten. Ebenfalls schwingt in ihr die Annahme mit, dass der Wachstumszwang der Märkte, den eine auf Privateigentum basierende Wirtschaftsordnung forciert, grundlegend durchbrochen werden muss, um eine klimagerechte Welt schaffen zu können. Allerdings ist die Frage nach einer alternativen Eigentumsordnung keine, die leicht zu beantworten ist. Befürwortende der Vergesellschaftung müssen konkrete Vorschläge für Formen des Kollektiveigentums, institutionelle Arrangements, demokratische Organisationsansätze und Strategien des Wandels formulieren, die gerade in sensiblen Bereichen wie der Energieversorgung oder dem Transport funktional und zuverlässig sind. Sie müssen eine Vorstellung davon entwickeln, welche Rolle der Staat in ihnen spielt, wer mitbestimmt und wie dies vonstattengehen soll. Ein Blick in die Vergangenheit der Vergesellschaftung kann Inspiration und Aufschlüsse geben. Die gesellschaftliche, technische und ökonomische Situation heute ist allerdings nicht mit den historischen Verweisen zu vergleichen. Es gilt, aus vergangenen Fehlern zu lernen und mutig in die Zukunft zu blicken.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Klopotek, Felix (2021): Rätekommunismus, Schmetterling Verlag, Stuttgart, S. 34.
- 2 Vgl. Notz, Gisela (2021): Genossenschaften, Schmetterling Verlag, Stuttgart, S. 34/77.
- 3 Vgl. Hoffrogge, Ralf (2023): Gemeineigentum als Krisenlösung [<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1176984.ig-metall-gemeineigentum-als-krisenloesung.html>].
- 4 Vgl. Daum, Timo & Nuss, Sabine (2021): Einleitung – die faszinierende Logistik des Kapitals, in: Daum, Timo; Nuss, Sabine (Hrsg.): Die unsichtbare Hand des Plans – Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus, Karl Dietz Verlag (2021), S. 9–24.
- 5 Heuss, Theodor (1921): Demokratie und Selbstverwaltung, S. 6.
- 6 Biechele, Eckhard (1972): Der Kampf um die Gemeinwirtschaftskonzeption des Reichswirtschaftsministeriums 1919. Eine Studie zur Wirtschaftspolitik unter Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell in der Frühphase der Weimarer Republik. Freie Universität Berlin, S. 26.
- 7 Vgl. Grupp, Winfried (1966): Sozialisierung und Mitbestimmung – Sozialisierung gemäß Art. 15 des Bonner Grundgesetzes, unter besonderer Berücksichtigung des betrieblichen Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer, Julius Wagner, S. 8.
- 8 Vgl. Krüger, Stephan (2016): Wirtschaftspolitik und Sozialismus. Vom politökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus, in: Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse Band 3, VSA Verlag (2016), S. 239.
- 9 Vgl. Nuss, Sabine (2019): Keine Enteignung ist auch keine Lösung. Die große Wiedereingung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums. Dietz Verlag (2019), S. 69f.
- 10 Vgl. Brückner, Martin Lars (2013): Sozialisierung in Deutschland, Utz, S. 10.
- 11 Hatte es vor dem Ersten Weltkrieg bereits Konflikte zwischen den verschiedenen Parteiflügeln der SPD gegeben, so spitzten sich diese mit ihrer Bewilligung der Kriegskredite zu. Sie resultierten in der Spaltung der Partei in MSPD, USPD und Spartakusbund, aus dem später die KPD hervorging. Ihre Differenzen vertieften sich in ihrem Verhältnis zum Räteystem als Gegenentwurf der gesellschaftlichen Neuordnung zur parlamentarischen Demokratie.
- 12 Vgl. Hoffrogge, Ralf (2017): Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich, Schmetterling Verlag (2017), S. 79.
- 13 Vgl. Nuss, Sabine (2019): Keine Enteignung ist auch keine Lösung. Die große Wiedereingung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums, Dietz Verlag, S. 73f.
- 14 Vgl. Wright, Erik Olin (2017): Reale Utopien – Wege aus dem Kapitalismus. Suhrkamp Verlag (2020), S. 179.

- 15 Vgl. Koolen, Bernhard (1979): Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption von Viktor Agartz zur Neuordnung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Hochschulschriften, Band 27, S. 93.
- 16 Beispielsweise Genossenschaften, Kollektivbetriebe, außerunternehmerische Formen gemeinschaftlicher Organisation wie beispielsweise Selbstverwaltung im Wohnkontext.
- 17 Wirtschaftslexikon (2015): Clubgut [<http://www.wirtschaftslexikon.co/d/clubgut/clubgut.htm>].
- 18 Vgl. Grupp, Winfried (1966): Sozialisierung und Mitbestimmung. Sozialisierung gemäß Art. 15 des Bonner Grundgesetzes, unter besonderer Berücksichtigung des betrieblichen Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer, Julius Wagner, S. 72.
- 19 Grupp, Winfried (1966): Sozialisierung und Mitbestimmung. Sozialisierung gemäß Art. 15 des Bonner Grundgesetzes, unter besonderer Berücksichtigung des betrieblichen Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer, Julius Wagner, S. 72, 90f.
- 20 Ostrom, Elinor (1990): *Governing the Commons – The Evolution of institutions for collective action*, Cambridge University Press (2019).
- 21 Vgl. Zückert, Hartmut (2012): Allmende: Von Grund auf eingehegt, in: Helfrich, Silke & Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*, Transcript (2019), S. 158f.
- 22 Entfremdung meint hier die Gefahr, dass Menschen sich nicht mehr als Teil demokratischer Prozesse und Strukturen begreifen und sich von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen, also entfremdet fühlen und nicht mehr länger in ihr partizipieren.
- 23 Vgl. Wright (2017), S. 273.
- 24 Krüger, Stephan (2016): Wirtschaftspolitik und Sozialismus. Vom politökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus, in: *Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse Band 3*, VSA Verlag, S. 258.
- 25 Wright (2017), S. 190.
- 26 Wright (2017), S. 443.
- 27 »Bottom-up« meint hier Ansätze, die basisdemokratische, dezentrale Entscheidungsstrukturen anstreben. Allerdings sind auch diese bei wachsender Größe des zu vergesellschaftenden Unternehmens oder Wirtschaftsbereich auf Repräsentation angewiesen und laufen Gefahr, ihren Bottom-up-Charakter zu verlieren.
- 28 Naphtali, Fritz (1966): *Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel*. Europäische Verlagsanstalt, S. 28.

- 29 Volltext in: Hergt, Siegfried (Hrsg.) (1976): Parteiprogramme – Grundsatzprogrammatik und aktuelle politische Ziele von SPD, CDU, CSU, FDP, DKP, NPD, Heggen Dokumentation (1976), S. 38ff.
- 30 Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 1996: Die Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, S. 2–8.

Aus Commons wurde Eigentum

Wird mit Vergesellschaftung aus Eigentum Commons?

Friederike Habermann

Abstract

Noch vor wenigen Jahren schien eine breite öffentliche Debatte zu Enteignung undenkbar. Dabei ist unser heutiges Verständnis von Eigentum als das Recht, auszuschließen von ausreichenden Ressourcen, einerseits sowie als Recht zu zerstören andererseits historisch jung. Das Konzept davor – so vielfältig, wie es sich ausgestaltete – kann als Commons gefasst werden. Erst vor gut 300 Jahren wurde Eigentum jenseits von Gewalt oder Religion in aufklärerischem Sinne begründet. Diese Begründung hatte es in sich: Sie diente der Enteignung der Bäuer*innen und der Legitimierung der kolonialen Eroberung.

Nicht selten traf dies sehr demokratische Gesellschaften. Wenn jetzt im Zuge der Kampagne von »Deutsche Wohnen & Co enteignen« (DWE) das Ziel der Vergesellschaftung ein doppeltes ist – Enteignung und Demokratisierung –, dann ist es kein Zufall, dass als Commons-public-Partnership wieder der Begriff Commons ins Spiel kommt. Denn Commons als das Konzept vor Eigentum sind mehr als gemeinsame Güter: Sie entstehen durch materielle Inklusion und letztlich durch demokratisches Miteinander.

Vergesellschaftung kann für eine sozialökologische Transformation insofern ein wesentliches Element darstellen; denn die Marktwirtschaft basiert auf dem modernen Verständnis von Eigentum, und erlaubt nicht nur den Ausschluss Bedürftiger, selbst von überreichlichen Ressourcen, sondern erfordert ihn. Entsprechend wird in diesem Beitrag auf der einen Seite die histori-

sche Entstehung des Eigentums skizziert sowie auf der anderen Seite Wege zu seiner Überwindung. Dies wird letztlich nur möglich sein als Überwindung der Marktwirtschaft hin zu einem wirklich demokratischen Wirtschaften: dem Commoning.

It's the market, stupid!

»Jeder kann Millionär werden. Aber nicht alle. Den Unterschied zwischen alle und jeder intellektuell zu durchdringen, gelingt nicht vielen«, spitzt der Kabarettist Volker Pispers den Glauben an die gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten zu.¹ Ähnlich verhält es sich mit Umweltproblemen: Theoretisch kann jede Umweltkrise von der Marktwirtschaft gemeistert werden. Aber nicht alle. Die weitere Verschärfung der Erderwärmung könnte womöglich durch einen Umstieg auf emissionsfreie Technologien abgewendet werden – doch selbst wenn (was, wie gesagt, so wahrscheinlich ist wie, dass die Autorin dieser Zeilen oder Sie Millionär*in werden), würden sich das Artensterben und andere Krisen unserer Mitwelt beziehungsweise von uns allen »im Lebensnetz«² dramatisch zuspitzen, solange wir in einem System leben, das Wachstum erzwingt: die Marktwirtschaft. Denn empirisch ist eindeutig belegt: Jedes Wirtschaftswachstum geht mit steigendem Umweltverbrauch einher.³

Insgesamt ist mit Marktwirtschaft keine emanzipatorische Gesellschaft möglich – aus vielerlei Gründen, die ich in anderen Publikationen ausführe.⁴ Hier wird lediglich die Schlussfolgerung benannt, welche auch das Netzwerk Oekonomischer Wandel – *Network Economic Transformation* (NOW NET) vereint: Mit Markt, das heißt mit Konkurrenz als handlungsleitendem Prinzip, können wir die Welt nicht retten.⁵ Darum gilt es, in allen möglichen Bereichen Markt abzubauen. Das ist wörtlich gemeint: immer und überall dort, wo es erreicht werden kann.

Die Berliner Aktivist*innen von DWE erreichten 2021 einen Volkstentscheid über die Enteignung und Vergesellschaftung privater Unternehmen, die mehr als 3 000 Wohnungen besitzen. Sie betonen, dass Vergesellschaftung nicht Verstaatlichung bedeutet. Vergesellschaftung ist weder Staat noch Markt, sondern da »steckt Demokratie drin«.⁶ Die Initiative macht kon-

krete Vorschläge, wie die 243 000 vergesellschafteten Wohnungen in Zukunft gemeinwirtschaftlich verwaltet werden sollten. Das vorgeschlagene Modell einer Anstalt öffentlichen Rechts ist derzeit die rechtlich größtmögliche Annäherung an eine Commons-public-Partnership, das heißt eine staatlich bereitgestellte Ressource, die von den sie Nutzenden gemeinschaftlich verwaltet wird.⁷

Auch das ist ein Weg, Markt in einem Teilbereich abzubauen. Der Möglichkeiten sind viele, doch beim Eigentum anzusetzen, ist ein zentrales Element, wie im folgenden Abriss der historischen Entstehung von Eigentum dargelegt wird. Anschließend folgt verstärkt der Bezug auf damit verbundene Identitätskonstruktionen. Abschließend werden die anhand von Vergesellschaftung in verschiedenen Sektoren erhofften Veränderungen kurz beleuchtet. Hieran verdeutlicht sich die Komplexität einer Demokratisierung, die auch bestehende Privilegien infrage stellt – und damit erst eine umfassende gesellschaftliche Emanzipation ermöglicht.

Wie Eigentum in die Welt kam

Es überrascht nicht, dass Vergesellschaftungsinitiativen wie DWE mit der rechtlichen Logik des Eigentums ringen, da bereits John Locke als wesentlicher Begründer des modernen Rechtsstaats sowie als derjenige, der das Eigentum erstmals in aufklärerischem Sinne begründete, den Schutz des Letzteren als Grundmotiv für Ersteren bezeichnete.^{8*}

Tatsächlich dienten rechtliche Fiktionen historisch nicht zuletzt dazu, die Allmende zu zerstören – wie es noch Karl Marx in seinen Prozessbeobachtungen zum Holzdiebstahlgesetz beschreibt.⁹ Allmende ist das alte deutsche Wort für Commons; allerdings in der heutigen Bedeutung, zum Beispiel definiert vom Digitalen Wörterbuch der Deutschen Sprache als »Gemeindeeigentum an Feldern, Wiesen und Wäldern«, doppelt verkürzt.¹⁰ Denn in der mittel-

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Regier, Sascha: Von der Eigentümlichkeit der Demokratie. Die parlamentarische Demokratie als Sicherung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in Geschichte und Gegenwart.

alterlichen Vorstellung war nicht nur Land, sondern alles von Gott geliehen. Aus diesem Grund war es nicht erlaubt, etwas, das jemandem gehörte, zu zerstören. Auch war es nicht erlaubt, andere von etwas auszuschließen, was selbst nicht genutzt wurde. Mit anderen Worten: Es gab kein Eigentum. Im Grunde war alles Commons. Oder zumindest Besitz.¹¹

Im Unterschied zu Eigentum zeichnet sich Besitz auch heute juristisch gesprochen dadurch aus, dass es in Gebrauch ist. Dies kann zusammenfallen: Der Pullover, den ich trage, ist auch mein Eigentum. Aber auch auseinander: Die Wohnung, in der ich wohne und darum rechtlich als Besitzer*in gelte, kann das Eigentum anderer sein. Commons liegt wesentlich näher an Besitz, der lateinische Wortstamm verweist jedoch darüber hinaus: *Munus* bedeutet »Gabe«, aber auch »Aufgabe«; *cum* »mit«, was Commons-Forschende als »miteinander« auslegen.¹²

John Lockes Legitimation des Eigentums geschah scheinbar durch einen einzigen Absatz in seiner Zweiten Abhandlung über die Regierung von 1690. Ausgangspunkt war auch bei ihm, die Natur als Allmende zu verstehen: Dass »die Erde und alle niedrigeren Geschöpfe den Menschen gemeinschaftlich gehören«, schrieb er; weiter argumentierte er jedoch: Wenn jemand etwas dem Zustand der Natur entrücke, schließe dies das gemeinschaftliche Recht anderer Menschen aus. Denn da der eigene Körper und damit dessen Arbeit Eigentum des Arbeitenden seien, könne niemand als der Arbeitende selbst ein Recht darauf haben. Allerdings mit einer Einschränkung: »wenigstens da, wo genug und ebenso Gutes für den gemeinschaftlichen Besitz anderer vorhanden ist«.¹³ Im Grunde legitimierte dies immer noch nur Besitzrecht und entsprach damit dem Commons-Prinzip, so viel zu haben, dass alle gut leben können.¹⁴

Dagegen ist neu am modernen Eigentumsbegriff, den Ausschluss von der Nutzung eines Gutes auch dann zu rechtfertigen, wenn andere darben. Ein Verständnis, wonach heutzutage wenigen Einzelpersonen so viel wie der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung gehören kann (von denen knapp eine Milliarde Menschen durch Unterernährung in ihrem Recht auf Leben und gesunde, auch geistige Entwicklung bedroht sind); ein Verständnis, das auch der Wegbereiter des Eigentums hätte von sich weisen müssen.

Doch nimmt John Lockes Argumentation noch eine Wendung. Zum eigenen Eigentum – nun wechselt er von der dritten Person auf die erste – gehört für ihn auch »Das Gras, das mein Pferd gefressen, der Torf, den mein Knecht gestochen«. ¹⁵ Damit wird der Mythos, Eigentum sei im Kapitalismus der Lohn für Arbeit, schon in seinem Ursprung als solcher entlarvt, wie es die Politikwissenschaftlerin Sabine Nuss auf den Punkt bringt. ¹⁶ Stattdessen gibt es für Locke Menschen, die »zu keinerlei Eigentum fähig sind, so können sie in diesem Zustand auch nicht als Teil der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet werden, da deren Endzweck die Erhaltung des Eigentums ist«. ¹⁷ Dafür benennt er versklavte Menschen und Knechte; doch für Indigene sowie europäische Frauen egal welchen Standes sollte nichts anderes gelten. Mit anderen Worten: Der Staat ist dafür da, das Eigentum zu schützen, und dieses Eigentum gehörte nicht allen Identitätskategorien – all jenen nicht, die in dieser Zeit zu den Anderen gegenüber dem weißen männlichen Bürger konstruiert wurden. ¹⁸

Der Übergang vom Mittelalter in die Neuzeit hängt wesentlich mit diesem Paradigmenwechsel von Commons zu Eigentum als vorherrschendem Prinzip zusammen. Dafür gilt es zunächst, das Wissen aus Mittelalterspielen zu vergessen. Denn mit Ritterrüstungen, Hexenverbrennungen und dem Wort »Leibeigener« hat Eigentum gemeinsam, eben kein Phänomen des Mittelalters zu sein, sondern erst für, in oder nach dem Übergang in die Neuzeit Bedeutung erhalten zu haben. Die herkömmliche Vorstellung vom Mittelalter als Feudalismus, der sich auf dem Eigentum an Land durch den Adel begründet und in dem die Bäuer*innen als Unfreie lebten, wird in der historischen Forschung heute infrage gestellt. ¹⁹ Unbestritten ist die gewaltsame Dominanz und Ausbeutung durch den Adel. Doch unterhalb dessen herrschten relativ egalitäre, demokratische Formen; Rosa Luxemburg sprach gar von Dorfkommunismus. ²⁰ Vielerorts wurde in Dorfversammlungen über die Nutzung von Wald, Wasser und Weideland sowie über die Bewirtschaftung von Ackerland entschieden; nicht selten rotierte dabei der Landbesitz. ²¹ Die feministisch-marxistische Autorin Silvia Federici warnt zwar davor, diese Verhältnisse zu idealisieren, weist aber in ihrem Buch *Caliban und die Hexe* ebenfalls darauf hin, dass im Mittelalter auf dem europäischen Land Entscheidungen in Selbstverwaltung getroffen wurden. ²²

Für die Durchsetzung des Eigentumsgedankens wurde – zunächst vom englischen Landadel – auf das Konzept des *dominium* zurückgegriffen, das im Kontext der Sklav*innenhaltergesellschaft des Römischen Reichs entstanden war. Die Vorstellung unumschränkter Verfügungsgewalt und damit die Idee von dem, was wir heute unter Eigentum verstehen, entstammt dieser Gesellschaftsform. Der Begriff *dominium* war dort eingeführt worden, um das faktische Recht des *pater familias*, die von ihm versklavten Menschen töten zu dürfen, juristisch zu fassen. Denn Besitz durfte bis dato auch in Rom nicht einfach zerstört werden. Die Logik, dass Eigentum zerstört werden darf, wurde später auf Gegenstände ausgedehnt.²³

Mit der unumschränkten Verfügungsgewalt einher ging das Recht, etwas nicht zu nutzen, obwohl andere es brauchen. Es dauerte jedoch noch rund tausend Jahre, bis diese römische Vorstellung in ganz Europa vorherrschend wurde. Mit dem Konzept *dominium* wurde es möglich, Land zu Eigentum zu erklären und Pacht von den Bauern und Bäuerinnen zu verlangen, ohne dies als Raub aussehen zu lassen oder sich auf die gottgewollte Ordnung berufen zu müssen. Vertreter*innen des sogenannten Politischen Marxismus wie Ellen Meiksins Wood interpretieren dies als Anfang der Marktwirtschaft beziehungsweise des Kapitalismus. Davon zu unterscheiden sind Gesellschaften mit Markt von einer Marktgesellschaft, in welcher der Markt als Imperativ wirkt und Menschen in permanente Konkurrenz zueinander setzt.

Indem mehr Land unter die ökonomische Ordnung der Marktgesellschaft geriet, hatten zunehmend jene Pächter*innen einen Vorteil, die durch die Erhöhung ihrer eigenen Produktivität wettbewerbsfähig produzieren und gute Pachten zahlen konnten. Die wettbewerbsfähigsten bekamen Zugang zu noch mehr Land, während andere die von ihnen bebauten Äcker verloren. Denn das Einkommen der Grundherrschaft hing vom ökonomischen Erfolg der Pächter*innen ab; damit bestand der Anreiz, so weit wie möglich die Bauern und Bäuerinnen dazu zu zwingen, ihre Arbeitsproduktivität zu erhöhen.²⁴

Später kam es für die Nutzung des Landes vor allem als Schafweiden zu dessen Einzäunung durch den Adel, verbunden mit der Zerstörung von Dörfern, was die dortige Bevölkerung als zukünftiges Proletariat in die Städte trieb (vgl. Regier in diesem Band). Wood argumentiert, diese ländliche Trans-

formation habe für Karl Marx nicht deshalb als »ursprüngliche Akkumulation« gegolten, weil sie eine kritische Masse von Reichtum schuf (wie dies oft in der Geschichte der Fall gewesen war), sondern erstens, weil der Raub der Allmende die landlos gewordene (freie) Bäuer*innenschaft zum Verkauf ihrer Arbeitskraft zwang, und zweitens, weil im Zuge dessen neue ökonomische Imperative erzeugt wurden, wie insbesondere die Zwänge des Wettbewerbs und damit die systematische Notwendigkeit, die Produktivkräfte zu entwickeln. Dies führte zu Dynamiken des Wirtschaftswachstums, aber auch zu Ausbeutung und Zerstörung, wie die Welt sie noch nie zuvor gesehen hatte.²⁵

Warum das Konzept Eigentum dem guten Leben für alle entgegensteht

John Lockes Argument für das Recht auf Eigentum war nicht die Arbeit, die ein Mensch aufwendet. In seiner Erörterung des Werts von einem Stück Land in Amerika interessierte er sich nicht für den Aufwand für dessen Pflege durch eine indigene Person. Er interessierte sich nur dafür, dass diese keinen Profit, keinen Tauschwert erzielte. Seine wirkliche Innovation lag also in der Nutzung von Eigentum für wirtschaftlichen Gewinn durch das Marktgeschehen.

Neu war damit die Verbindung von Arbeit und Eigentum mit der Schaffung von Tauschwert. Von hier, so wieder Wood, war es nur noch ein kleiner Schritt zur Verdrängung der Arbeit durch die ökonomische Aktivität des Kapitalisten: »So wird gleichsam der Tausch und nicht die produktive Arbeit als wesentliche ökonomische Aktivität definiert.«²⁶

Für die Eroberung der auf Commons beruhenden Kulturen und Ökonomien, Bevölkerungen und Länder, die dem westlichen Kolonialismus zum Opfer fielen, diente diese Argumentationsfigur von nun an den Weißen als Legitimation. Tätigkeiten zur kollektiven Versorgung – noch dazu in der gemeinhin weniger sichtbaren, weniger zerstörerischen Art und Weise indigener Bewirtschaftung – wurden nicht als Arbeit anerkannt. Ähnliches galt für pflegende Tätigkeiten, wobei diese zunehmend Frauen zugeordnet wurden.²⁷ Mit diesem Kunstgriff überbrückten die europäischen bürgerlichen Revolutionäre vermeintlich die Kluft zwischen dem Anspruch auf Freiheit und

Gleichheit aller Menschen einerseits und den eigenen klassistischen, kolonialen und patriarchalen Privilegien andererseits.

In diesem Zusammenhang spricht Eva von Redecker von »Phantombesitz« als Grundbaustein moderner Identitäten.²⁸ Denn dieser Übergang leitete nicht nur den Kapitalismus, sondern ebenso das moderne Patriarchat und den modernen Rassismus ein, durch welchen als Frauen und/oder als »nicht weiß« konstruierte Menschen zum Anderen des weißen Mannes wurden.²⁹ So wie der moderne Freiheitsbegriff absolute Sachherrschaft über das Eigentum verhielt, wurden weiße Männer durch Herrschaft über Frauen und zunehmend auch über »Nichtweiße« quasi für den Verlust ihrer Subsistenzgrundlagen entschädigt. »Auch nach dem Verbot der Sklaverei werden schwarze Leben als entbehrlich betrachtet, auch nach Abschaffung der patriarchalen Ehe gilt das weibliche Geschlecht als Beute, trotz Arbeitsrecht und Sozialversicherung wird Arbeitsvermögen ausgepresst. All das ist Phantombesitz und auf all das – sowie auf Rohstoffe, Energie und Schlachtvieh – baut der Kapitalismus.«³⁰ Phantombesitz kann man also haben – oder sein.³¹

Der Sinn von Eigentum als Institution liegt darin, von anderen, denen dieses Gut fehlt, Geld oder direkte Arbeitsleistungen verlangen zu können. Der US-amerikanische Umweltaktivist Gopal Dayaneni bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: »The opposite of freedom is property.« Sklaverei sei nur eine besonders sadistische Form; letztlich verletze jedes Eigentum Freiheit. Denn statt innerlich motiviert tätig zu werden, bedeutet, für andere arbeiten zu müssen, Unfreiheit. Und damit auch das Gegenteil von Demokratie.³² Oder wie der neomarxistische Autor André Gorz in seinem Aufsatz »Über das Altern« (1961) schreibt, dass das Leben eines nicht sein dürfe: »dass man nie tut, was man will, und dass man nie gewollt hat, was man getan hat.«³³

Mit Betonung auf diese Umwälzung der Lebensverhältnisse im Übergang zur Neuzeit weist Wood darauf hin, dass damit auch der Begriff »Einhegung« nicht nur in seiner wörtlichen Bedeutung als Einzäunen von Land verstanden werden dürfe, sondern vor allem als die Abschaffung gemeinsamer und gewohnheitsmäßiger Nutzungsrechte, von denen viele Menschen für ihren Lebensunterhalt abhängig waren.³⁴ Silvia Federici definiert »Einhegung« noch

weitgehender nicht nur als Zerstörung von Commons und als Abschaffen von Gemeinschaftsrechten, sondern auch als Zerstörung gesellschaftlicher Beziehungsweisen.³⁵

Für die sich mit Undercommons als Beziehungsweise innerhalb Schwarzer Communities auseinandersetzenden Stefano Harney und Fred Moten steht John Locke nicht nur für die Legitimierung des Eigentums und des darauf basierenden Rechtssystems, sondern auch für eine Subjektkonstitution, »beginning with the positing/positioning of a body for locating ownership, and the owned, and a mind for owning«.³⁶ Das erinnert daran, wie Michel Foucault den Staat begreift: als eine Technik der Kontrolle, als dynamische Form und historische Fixierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Auch Identitäten seien an den Staat gebunden. Foucault beschreibt es als zentrales politisches Ziel, uns sowohl vom Staat als auch vom Typ der Individualisierung, der mit ihm verbunden ist, zu befreien. Wir müssten neue Formen der Subjektivität zustande bringen, müssten das, was wir sein könnten, ausdenken und aufbauen, um diese paradoxe Anrufung abzuschütteln, die in der gleichzeitigen Individualisierung und Totalisierung durch moderne Machtstrukturen bestehe.³⁷

Demokratisierung statt Eigentum – einfacher gesagt als getan?

Wo Markt abgebaut wird und nicht länger entscheidet – und wenn wir nicht erneut ein System wollen, in dem der Staat den Markt ersetzt und zentralisiert die Entscheidungen trifft –, braucht es mehr Demokratie. Mehr Demokratie wiederum heißt nicht einfach, öfter wählen zu dürfen, sondern das eigene Leben(sumfeld) selbst mitgestalten zu können. Geschieht dies gleichberechtigt und aus innerer Motivation, nicht aus äußerlichem Zwang heraus, entstehen Commons: Güter, die gemeinschaftlich produziert und/oder gehütet werden. Das heißt, durch konsequente Demokratie werden Commons aufgebaut. So führen die drei NOW-NET-Wege »Markt abbauen«, »Demokratie ausbauen« und »Commons aufbauen« hin zu einer Gesellschaft, in der (potenziell) alle emanzipiert leben können.

DWE ist zugegebenermaßen eines der einfacheren Beispiele. Eine Vergesellschaftung des Volkswagenkonzerns, wie von der Kampagne »VW für alle« gefordert, mit der Perspektive einer Nutzung der Produktionskapazitäten für den öffentlichen Nah- und Fernverkehr* hätte vermutlich mit dem Privileg der jetzigen Autofahrenden zu kämpfen: Die durch den Individualverkehr miterzeugte Klimakatastrophe trifft kaum sie, stattdessen mit großer Wucht als »langsame Gewalt« spätere Generationen.³⁸ Die Kampagne »RWE & Co enteignen« hätte bei Erfolg wohl sogar noch mehr zu kämpfen mit postkolonialen Privilegien gegenüber Regionen und Ländern des Globalen Südens, wo Menschen heutzutage nicht nur unter dem Kohleabbau, sondern ebenso unter Umweltzerstörungen für erneuerbare Energien leiden.³⁹

In diesem Sinne müssen die »Grenzen der Demokratie« (Stephan Lessenich) global überwunden werden.⁴⁰ Und schließlich stellt sich bei der Forderung, die Tierindustrie zu vergesellschaften, die Frage: Was sagt das Huhn dazu?⁴¹ Denn die Einteilung in ein »*kingdom of ends*« und ein »*kingdom of means*«, in: Wer darf konsumieren, und wer ist Ressource, ist in dieser Binari-tät als »*hyperseparation*« ebenfalls erst mit der Neuzeit konstruiert worden.⁴² Im Zuge dessen stand im 16. Jahrhundert zur Debatte, ob Indigene, und im 17. Jahrhundert, »[o]b die Weiber Menschen seyn«.⁴³ All diese Beispiele zeigen, dass wirkliche Demokratie auch bedeutet, Privilegien zu verlernen – und zwar in einer der postkolonialen Theoretikerin Gayatri C. Spivak zuge-schriebenen Formulierung, im Sinne von »unlearning one's privileges as one's loss«.⁴⁴ Solche tiefgreifenden Demokratisierungsprozesse werden nicht nur die Ökonomie, sondern die Gesellschaft als Ganzes verändern. Und jede*n Einzelne*n mit.

Wenn nach den für die Bauern und Bäuerinnen verlorenen Aufständen bis 1525 die Losung galt, »Die Enkel fechtens besser aus«, dann zeigte dagegen die Geschichte, wie sehr die Enkel*innen und Urenkel*innen vergaßen, was ihnen genommen worden war. Der Mythos der Leibeigenschaft, vor allem

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Eva Brunnemann und Tobi Rosswog: Kampagnenarbeit im Kampf um Vergesellschaftung. VW heißt Ver-kehrswende.

aber die Naturalisierung von Eigentum und mit ihr die Naturalisierung von Geld, Tausch und Arbeit lassen Kämpfe um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen radikal erscheinen. Silvia Federici mahnt, der Verlust der historischen Erinnerung sei der Ursprung von Unterdrückung; sei gefährlich: »This is not a game.«⁴⁵

Anmerkungen

- 1 Pispers, Volker (2016): bis neulich (Der letzte Abend) im Kapitalismus [<https://www.youtube.com/watch?v=u07XONIDwX8#t=711.322041>].
- 2 Moore, Jason W. (2015): Kapitalismus im Lebensnetz. Ökologie und die Akkumulation des Kapitals, Matthes & Seitz 2020.
- 3 European Environmental Bureau, 2019: Decoupling Debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability; eeb.org/library/decoupling-debunked.
- 4 Habermann, Friederike (2023): Overcoming Exploitation and Externalisation. An Intersectional Theory of Hegemony and Transformation, Routledge; dies. (2018): Ausgetauscht! Warum gutes Leben für alle tauschlogikfrei sein muss, Ulrike Helmer-Verlag.
- 5 <https://now-net.org>.
- 6 Vergesellschaftungskonferenz DWE Aftermovie [https://www.youtube.com/watch?v=YFnON_xun9k].
- 7 Jerchel, Paul / Pape, Judith (2022): Commons-Public Partnerships. Neue Kooperationsformen für die sozialökologische Transformation. IASS Discussion Paper.
- 8 Locke, John (1690): Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1977; II § 27.
- 9 Marx, Karl (1842): Debatten über das Holzdiebstahlgesetz. Von einem Rheinländer, in: MEW, Bd. I, S. 109–147 [http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_109.htm].
- 10 Das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache: »Allmende« [<https://www.dwds.de/wb/Allmende>].
- 11 Habermann, Friederike (2016): Ecommony. UmCARE zum Miteinander, Ulrike Helmer Verlag, S. 91ff. sowie (2018): Ausgetauscht! Warum gutes Leben für alle tauschlogikfrei sein muss, Ulrike Helmer-Verlag, S. 117ff.
- 12 Helfrich, Silke / Euler, Johannes (2021): »Die Neufassung der Commons: Commoning als gemeinwohlorientiertes Gemeinwirtschaften«, in: ZGuG, 44 (1) 2021, 39–56, S. 39.

- 13 Locke, a. a. O., II § 27.
- 14 So in einer häufig verwendeten Formulierung der verstorbenen Commonsforscherin Silke Helfrich; vgl. auch [<https://netzwerk-oekonomischer-wandel.org>].
- 15 Locke, a. a. O., II § 28.
- 16 Nuss, Sabine (2006): Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informellen Kapitalismus, Westfälisches Dampfboot, S. 160.
- 17 Locke, a. a. O., II § 85.
- 18 Habermann, Friederike (2008): Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation, Nomos, S. 176ff.
- 19 Brown, Elizabeth A. R. (1974) »The Tyranny of a Construct: Feudalism and Historians of Medieval Europe«, in: The American Historical Review, Bd. 79, Nr. 4, 1063–1088; Reynolds, Susan (1994): Fiefs and Vassals. The Medieval Evidence Reinterpreted, Clarendon Press.
- 20 Luxemburg, Rosa (1925): Einführung in die Nationalökonomie, hrsg. von Paul Levi, ohne Verlag, S. 83.
- 21 Schibel, Karl (1985): Das Alte Recht auf die neue Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte der Kommune seit dem Mittelalter, Sendler; Rifkin, Jeremy (2014): Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus, Campus, S. 50.
- 22 Federici, Silvia (2004): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation, Mandelbaum 2017, S. 43f.
- 23 Graeber, David (2011): Schulden. Die ersten 5000 Jahre, Klett-Cotta 2012, S. 158ff.
- 24 Wood, Ellen Meiksins (2002): Der Ursprung des Kapitalismus. Eine Spurensuche, Laika 2015, S. 311ff.
- 25 Ebd., S. 309.
- 26 Wood, a. a. O., S. 161.
- 27 Biesecker, Adelheid / Wichterich, Christa / Winterfeld, Uta von (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich »Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität«, Hintergrundpapier für die gleichnamige Enquete-Kommission, Bremen/Bonn/Wuppertal.
- 28 Redecker, Eva von (2020): Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen, S. Fischer, S. 34.
- 29 Habermann (2008), a. a. O.
- 30 Redecker, a. a. O., S. 14.
- 31 Redecker, a. a. O., S. 35.

- 32 Dayaneni, Gopal (2017) im Rahmen der 37. Annual E. F. Schumacher Lectures: Nwamaka Agbo et al., *A Conversation about Land and Liberation*; <https://centerforneweconomics.org/publications/a-conversation-about-land-and-liberation>.
- 33 Andre Gorz (1961): »Über das Altern«, in: ders., *Der Verräter*, Rotpunktverlag 2008, S. 381.
- 34 Wood, a. a. O., S. 307.
- 35 Federici, a. a. O., S. 10.
- 36 Harney, Stefano / Moton, Fred (2021): *All Incomplete*, Colchester/New York/Port Watson: *Minor Compositions*; S. 14; deutsch: *Allseits unvollkommen*. *Plantokratie und schwarzes Studium*, Wien u. a. 2022, S. 22: »Vom ersten Moment an, der immer wiederzukehren scheint, ist alles Eigentum gesetzt, beginnend mit der Setzung/ Positionierung eines Körpers, um Eigentümerschaft und Eigentum und Eigentumsgeist zu verorten.«
- 37 Foucault, Michel (1982): »Warum ich Macht untersuche: Die Frage des Subjekts«, in: Dreyfus, Hubert L. / Rabinow, Paul (Hrsg.): *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Athenäum 1987, S. 243–250.
- 38 Die Webseite der Kampagne: <https://vw-fuer-alle.de>; Nixon, Rob (2011) *Slow Violence and the Environmentalism of the Poor*, Harvard University Press.
- 39 Die Webseite der Kampagne: [<https://rwe-enteignen.de>]; Für das Beispiel Kolumbien: [<https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/energiewende-und-sozialer-dialog>].
- 40 Lessenich, Stephan (2019) *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*, Reclam.
- 41 *Gemeinsam gegen die Tierindustrie: Unsere Forderungen* [<https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org/unsere-forderungen>].
- 42 Plumwood, Val (1993) *Feminism and the Mastery of Nature*, Routledge 2003, S. 47/145.
- 43 Wunder, Heide (1991) »Überlegungen zum Wandel der Geschlechterbeziehungen im 15. und 16. Jahrhundert aus sozialgeschichtlicher Sicht«, in: Heide Wunder / Christina Vanja (Hg.), *Wandel der Geschlechterbeziehungen zu Beginn der Neuzeit*, Suhrkamp, S. 25f.
- 44 Landry, Donna / Maclean, Gerald (1996): »Introduction«, in: dies. (Hg.), *The Spivak Reader*, Routledge, S. 4.
- 45 Federici, Silvia im Interview mit Andrews, Rachel (2011) [<https://www.thewhitereview.org/feature/interview-with-silvia-federici>].

Garrett Hardin und die Tragödie der Allmende

Eine kleine Geschichte mit großer Wirkung

**Stefan Campos Mühlenhoff und
Swetlana von Hindte**

Abstract

Garrett Hardins Artikel »Die Tragödie der Allmende« gehört bis heute zu den meistzitierten Artikeln über gemeinschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen. Die in dem Text vertretene These, wonach diese zwangsläufig scheitern müsse, da sie mit dem individuellen Streben nach Nutzenmaximierung nicht zu vereinbaren sei, gehört zum Lehrinhalt vieler gesellschaftswissenschaftlicher Studiengänge und hat akademische Debatten in verschiedenen Disziplinen beeinflusst. Die einzige Lösung des Problems liegt laut Hardin in zentralistischer Steuerung oder der Privatisierung gemeinschaftlich genutzter Güter. Der Fokus des Autors auf das nutzenmaximierende Individuum machte den Text anschlussfähig für neoliberale Theorien wie die New Resource Economics, welche Privatisierung und Marktlogik zu den effizientesten Mechanismen für den Schutz natürlicher Ressourcen erklärten. Tatsächlich führen diese jedoch weltweit dazu, dass private Profitinteressen über das Gemeinwohl gestellt werden und dadurch in weiten Teilen soziale Ungleichheiten, Menschenrechtsverletzungen sowie Umweltzerstörung zu verantworten haben und zur Verschärfung der Klimakrise beitragen.¹ Trotz des großen Einflusses sind Hardins Thesen weder empirisch korrekt noch ohne logische Widersprüche.² In diesem Beitrag werden Hardins Argumentation sowie sein weiterer Einfluss auf die Diskussion zur Nutzung natürlicher Ressourcen als Gemein-

güter einer kritischen Analyse unterzogen. Danach werden dessen Auswirkungen auf Allmenden in Regionen und Ländern des Globalen Südens beispielhaft vorgestellt.

Die Fabel von der Dorfallmende

Man stelle sich eine Dorfallmende³ vor, auf der alle so viele Kühe grasen lassen können, wie es ihnen beliebt. Was würde mit einer solchen Weide auf Dauer geschehen? Eine keinesfalls empirisch korrekte, aber eingängig formulierte Antwort auf diese Frage gibt Garrett Hardin in seinem im Jahre 1968 erschienenen und seither mehr als 55000-mal⁴ zitierten Aufsatz »Die Tragödie der Allmende« (The Tragedy of the Commons). Hardin zufolge endet ein solches Szenario in der Überweidung und somit der Zerstörung der Dorfallmende. Im Stile einer klassischen Tragödie wird dieses Schicksal als unausweichlich dargestellt. Der dem Menschen innewohnende Drang zur individualistischen Nutzenmaximierung zwingt die einzelnen Nutzenden dazu, die Anzahl der eigenen Kühe auf der Allmende zu erhöhen. Während die Erträge jeder weiteren Kuh allein dem Individuum zugutekämen, müssten die durch die zusätzliche Beweidung entstehenden Schäden an der Allmende durch alle getragen werden. Da alle Nutzenden demselben Zwang zur Nutzenmaximierung unterlägen, sei die Überweidung der Allmende somit eine unausweichliche Konsequenz. Anders als in einer tatsächlichen Tragödie sieht Hardin jedoch zwei Möglichkeiten, dieses Dilemma aufzulösen: Privatisierung oder Verstaatlichung.⁵

Bis heute gehören die von Hardin formulierte Erzählung und ihre Moral zum Lehrinhalt vieler gesellschaftswissenschaftlicher Studiengänge, und sie haben wissenschaftliche Debatten über den Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Strukturen und der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen geprägt.⁶ Dabei war die Erzählung bereits zu Hardins Zeiten keinesfalls neu. Bereits 1833 verfasste der britische Ökonom William Foster Lloyd eine ähnliche Version der Geschichte, auf welche auch Hardin Bezug nimmt. Foster Lloyd knüpft dabei an eine Tradition der Allmendekritik an, welche bereits zur Zeit des Enclosure Movements⁷ in England etabliert war.⁸ Tat-

sächlich gaukelt der Bezug zur Dorfallmende in Hardins Artikel einen Bezug zu einer historischen Realität vor. Hardin argumentiert mit einer vermeintlich universellen, natürlichen »Wahrheit«, welche schon vor Jahrhunderten als solche erkannt worden, aber durch Verleugnung und Verlernen in Vergessenheit geraten sei.⁹ So hat Hardins Aufsatz dazu beigetragen, im Nachhinein eine vorgeblich historische Realität über das Verschwinden der Allmende zu schaffen, welche mit historischen Fakten nichts zu tun hat. Statt als unausweichliche Folge der Übernutzung sind Allmenden als Folge wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Umbrüche verschwunden, welche zunächst im England des 18. und 19. Jahrhunderts auftraten. Demgegenüber sind Hinweise auf die Existenz von Allmenden bereits im 13. Jahrhundert zu finden; eine Zeitspanne, die auf die prinzipielle Tragfähigkeit gemeinschaftlicher Güternutzung hinweist.¹⁰ Tatsächlich war die Langlebigkeit der sozialen Organisation von Allmenden, wie sie in Europa und anderswo über Jahrhunderte hinweg überlebt hat (und mitunter weiterhin existiert), stets Gegenstand historischer Forschung.¹¹

Neben der vermeintlichen Historizität suggeriert Hardin eine geografische Universalität. Allerdings ist seine Perspektive eurozentristisch, da sie westliche Gesellschaftsformen universalisiert und dabei die Existenz vieler gut funktionierender Allmenden ignoriert. So ist davon auszugehen, dass etwa 70 Prozent der Landfläche in Subsahara-Afrika in verschiedenen Formen von gemeinschaftsbasierten Landrechten organisiert ist.¹² Dies zeigt – trotz der dort mitunter auftretenden Konflikte um Landnutzung –, dass Formen von Allmende bis heute existieren und keinesfalls zwangsläufig zum Scheitern verurteilt sind.

Neben der fehlenden historischen und aktuellen Faktizität zeigt eine genaue Betrachtung der Erzählung, dass der von Hardin unterstellte Determinismus in Bezug auf gemeinschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen nur durch eine geschickte Dekontextualisierung erzeugt wird.¹³ So wird die Problematik allein auf das Verhalten der Allmendenutzenden reduziert und lässt die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Handelnden außen vor. Diese Dekontextualisierung ermöglicht es, nahezu jedes Problem gemeinschaftlicher Nutzung natürlicher Ressourcen als Tragödie der Allmende zu interpretieren. Beispiele hierfür lassen sich von der Wassernutzung privater

Haushalte¹⁴ bis zur Übernutzung der Erdatmosphäre¹⁵ mehr finden, als hier aufzählbar wären.

Ein entscheidender Denkfehler in Hardins Erzählung ist seine Unfähigkeit, zwischen natürlichen Ressourcen als solchen und der Allmende als institutionellem Arrangement, welches die Nutzung dieser Ressourcen regelt, zu unterscheiden.¹⁶ Diese fehlende Unterscheidung verstellt den Blick darauf, dass sich der Misserfolg gemeinschaftlicher Ressourcennutzung in Hardins Erzählung nicht automatisch (wie durch die Form der Tragödie suggeriert), sondern durch die spezifische soziale Konstellation der Handelnden ergibt. Neben dem Trugschluss der Universalisierung des Homo oeconomicus¹⁷ unterschlägt Hardin in seiner Erzählung die Möglichkeit, dass sich die Nutzenden der Weide selbst organisieren und so eine nachhaltige Nutzung sicherstellen können.

Ein weiterer Fehler in Hardins Argumentation ist die Gleichsetzung von Allmenden mit *open access*¹⁸. Hardin geht davon aus, dass die Dorfallmende ohne Regeln für alle zur freien Verfügung steht.¹⁹ *Open access* lässt sich jedoch als eine eigene Organisationsform charakterisieren.²⁰ Demgegenüber wird die gemeinschaftliche Güternutzung in den meisten Fällen durch eine Vielzahl komplexer Mechanismen und Regeln gesteuert, zu welchen auch die Festlegung eines Nutzendenkreises gehört, wodurch der Zugang zur Ressource reguliert und begrenzt wird.²¹ Auch historisch war die Nutzung von Allmenden nicht ohne Weiteres für jede*n möglich, sondern von den Nutzenden bestimmten Regeln unterworfen.²² Weitere Einsichten zu institutionellen Arrangements, welche eine gemeinschaftliche Ressourcennutzung möglich machen, finden sich auch in den Werken von Elinor Ostrom*.

In Hardins Argumentation wird also davon abgelenkt, dass gemeinschaftliche Ressourcennutzung als solche nicht das Problem darstellt, sondern die extraktivistische²³ Ressourcennutzung zur Bereicherung weniger Menschen und Konzerne, welche sich in Gesellschaften findet, in denen das Modell des Homo Oeconomicus dominiert. Dabei wohnen die angenommenen Eigen-

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Marcus Meindel: Garrett Hardin. und die Tragödie der Allmende. Eine kleine Geschichte mit großer Wirkung.

schaften des Homo oeconomicus keineswegs allen Menschen auf natürliche Weise inne. Stattdessen werden diese durch kapitalistische Gesellschaftsstrukturen erlernt und reproduziert.

In der Rezeption Hardins wird außerdem häufig ignoriert, dass seine Erzählung von der Dorfallmende nicht der Kern seines Artikels ist, sondern die aus seiner Sicht problematischen Folgen von starkem Bevölkerungswachstum in Regionen und Länder des Globalen Südens. Auch wenn Hardin den Bezug zum Globalen Süden im Artikel selbst nicht direkt erwähnt, ist dieser aus dem Kontext sowie seiner Argumentation im sechs Jahre später erschienenen Artikel »Lifeboat Ethics: The Case Against Helping the Poor«,²⁴ welcher auf seine Einlassungen zur Tragödie der Allmende aufbaut, ersichtlich. Hardin argumentiert mit malthusianischer Logik²⁵ gegen das Recht auf selbstbestimmte Reproduktion aller, wie sie in Artikel 16 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben ist.²⁶ Er betont die für ihn bestehende Notwendigkeit, dieses Recht zu verwerfen, um eine Übernutzung der zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen zu verhindern.²⁷ Im weiteren Verlauf des Artikels geht Hardin noch über diese Forderung hinaus und ruft zur generellen Ablehnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf:

» If we love the truth we must openly deny the validity of the Universal Declaration of Human Rights.«²⁸

Diese zutiefst problematische und inakzeptable Perspektive dient als Grundlage seiner Theorie zur gemeinschaftlichen Ressourcennutzung, da er menschliche Reproduktion als die Nutzung des Gemeinguts der Bevölkerungskapazität der Erde darstellt. Die am Anfang dieses Beitrags vorgestellte Fabel von der Dorfallmende nimmt im Artikel, obwohl sie der am häufigsten zitierte Teil ist, nur eine Nebenrolle ein.

Die Tragödie der Allmende in der Ära der Ökologie – Ressourcennutzung und die Brille der Ökonomie

Die Veröffentlichung von Hardins Artikel fällt in die Zeit des Aufkommens der Umweltbewegung in Europa und den USA. Einflussreiche Schriften wie Rachel Carsons *Silent Spring* von 1962, der Bericht zu den Grenzen des Wachstums des Club of Rome von 1972 oder Ereignisse wie der erste *Earth Day* in den USA im Jahre 1970 sorgten für Debatten zu den Auswirkungen menschlichen Wirtschaftens auf die natürliche Umwelt. Der Bericht des Club of Rome gilt dabei als eine der einflussreichsten Veröffentlichungen der frühen Umweltbewegung. Er sieht die Überlebensfähigkeit der Menschheit gefährdet, da bei steigendem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum Ressourcen zur Neige gingen und die Umweltverschmutzung überhandnehme. Entsprechend müssten Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum begrenzt werden, um ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen.²⁹ Der Klimawandel wird im Bericht am Rande erwähnt, spielt aber noch eine untergeordnete Rolle.

Zeitgleich zu den eben beschriebenen Entwicklungen gewannen die Wirtschaftswissenschaften und insbesondere deren neoliberale Strömung einen immer größeren Einfluss auf Politik und Gesellschaft.³⁰ Fragen zur Nutzung natürlicher Ressourcen wurden verstärkt aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive untersucht. Basierend auf neoliberalen Annahmen mit der Grundlage der Menschen als *Homo oeconomicus*, wurde die Nutzung von Wäldern, Fischbeständen und anderen natürlichen Ressourcen analysiert. Obwohl Hardin in seinem Artikel nicht explizit auf ökonomische Konzepte eingeht, decken sich seine Grundannahmen mit denen des Neoliberalismus. Dies lässt sich nicht zuletzt aus dem auch im neoliberalen Denken vorherrschenden methodologischen Individualismus schließen.³¹ Dieser zeigt sich bei Hardin durch die Reduktion des Dilemmas auf das Handeln jedes und jeder Einzelnen, in der der soziale Kontext des individuellen Handelns keine Beachtung findet. Durch die Verknüpfung von Ökologie mit einem neoliberalen Gesellschaftsbild waren seine Ideen anschlussfähig an die Debatten

seiner Zeit. Bereits ein Jahr nach Veröffentlichung wurde der Artikel 18-mal zitiert und erschien in einer kürzeren Fassung auch in der *Washington Post*.³²

Die Kombination von Ökologie mit neoliberalen Gedankengut beeinflusste unter anderem die sich in den 1970er-Jahren entwickelnde neoliberale *New Resource Economics*³³. Basierend auf der Annahme, dass eine markt-basierte Ordnung mit privaten Eigentumsrechten die beste Möglichkeit für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sei, propagierte diese Denkschule die Privatisierung von Ressourcen als Lösung für die ökologische Krise.³⁴ Staatliche Regulierung natürlicher Ressourcen sei nicht effizient, da in diesem Falle keine neutralen Informationen zu optimaler Ressourcennutzung in Form von Marktpreisen vorlägen. Sie sei außerdem anfällig für politische Einflussnahme, welche allein Partikularinteressen und nicht das Wohl der Gesamtgesellschaft im Blick habe. Dahingegen verfügten marktgesteuerte Prozesse durch Preissignale über objektive und rationale Steuerungselemente und seien somit politisch neutral.³⁵ Die Möglichkeit einer gemeinschaftlichen Nutzung natürlicher Ressourcen wurde mit Verweis auf Hardins Artikel, welcher zum Standardkanon der *New Resource Economics* gehörte, von vornherein ausgeschlossen.³⁶ Gemeinsam mit dem neoliberalen Blick auf die Wirtschaft gewann so die Idee der Privatisierung natürlicher Ressourcen an Einfluss. Auch wenn sich diese Entwicklungen nicht zu einer direkten Folge von Hardins Tragödie der Allmende reduzieren lassen, so lässt sich dennoch festhalten, dass seine eingängige Erzählung von der Dorfalmende in nennenswerter Weise zu deren Verbreitung beigetragen hat.³⁷

Die Tragödie sozialer und ökologischer Krisen

Entgegen der von Verfechter*innen der *New Resource Economics* propagierten Annahme, Privatisierung führe zu nachhaltiger Ressourcennutzung und Umweltschutz, trägt diese maßgeblich zu Umweltzerstörung, Intensivierung der Klimakrise und Verstärkung sozialer Ungerechtigkeiten auf globaler wie lokaler Ebene bei, wie in den folgenden Beispielen gezeigt wird.

Zahlreiche Beispiele zeigen, wie transnationale Unternehmen durch *Commons-Grabbing*³⁸ im neokolonialen Stil vormalige Allmenden enteignen, ihr

Land und ihre Ressourcen ausbeuten und so die Lebensgrundlagen vieler verschiedener Lebewesen zerstören. So dokumentieren Dell'Angelo et al., wie in Afrika südlich der Sahara landwirtschaftliche Allmenden privatisiert und natürliche Ressourcen kommerzialisiert werden.³⁹ Die auf langjährigem Wissen und Traditionen beruhenden, am Gemeinwohl orientierten Lebensweisen sind häufig von nachhaltigem Umgang mit ihrer natürlichen Umgebung geprägt.⁴⁰ Commons-Grabbing, welches von internationalen Akteurinnen und Akteuren betrieben wird, ist durch den neoliberalen Diskurs gestützt, welcher im Sinne der Tragödie der Allmende für Privatisierung argumentiert. Der neoliberale Diskurs beeinflusst darüber hinaus staatliche Entscheidungen, welche ihrerseits die Landnahme erleichtern.⁴¹ Die Enteignung der Menschen bedeutet für sie einen Verlust ihrer Selbstbestimmtheit und Versorgungssicherheit auf sozialer, Produktions- und Ernährungsebene.⁴² Konflikte in unterschiedlichen Intensitäten sind die Konsequenz.

Ein Beispiel hierfür findet sich in *Páramo*, einem Gebiet in den kolumbianischen Anden. Dort wurden gemeinschaftlich verwaltete Flächen zugunsten neoliberaler Praktiken zerstört, Menschen enteignet und ihre Wasserversorgung gefährdet. Auch hier untermauert das Narrativ der Tragödie der Allmende die treibenden Ideologien von Marktsteuerung und Privateigentum. *Páramo* war traditionellerweise von kleinunternehmerischen Strukturen und Subsistenz im Bereich Goldbergbau und Landwirtschaft geprägt. Außerdem stellt das Gebiet eine wichtige Quelle für die Wasserversorgung in der Region dar. Maßnahmen im Rahmen von Modernisierung und Entwicklung führten zur Delegitimierung von Allmenden, ihrer Privatisierung sowie der Kommodifizierung von Land und Wasser. Dies hatte Konflikte um Land- und Wassernutzung sowie den Goldabbau zur Folge, welche primär zulasten der dort lebenden Gemeinschaften und ihrer traditionellen kulturellen Praktiken stattfanden. Die Profiteure waren transnationale Großkonzerne, welche in großen Mengen Gold abbauten und so die Lebens- und Wirtschaftsweise der lokalen Bevölkerung zerstörten.⁴³

Dort findet sich auch das eng mit Commons-Grabbing verbundene *green grabbing*, welches die Erschließung von Flächen für nachhaltige Zwecke beschreibt. Dazu zählen zum Beispiel die Verwandlung eines Gebiets in einen

Nationalpark oder ein Naturschutzgebiet und dessen Verwertung für den Tourismus.⁴⁴ Diese Prozesse finden innerhalb einer von Machtstrukturen geprägten Verwertungslogik statt, welche bestehende, bisher gut funktionierende Umgangsweisen mit der Natur ignoriert und delegitimiert, indem die betreffenden und betroffenen Menschen vom Land ausgeschlossen werden.

Diese und weitere Beispiele zeigen die tiefgreifenden zerstörerischen Wirkungen, welche die in der Fabel der Tragödie der Allmende ausgedrückte Weltsicht nach sich zieht. Dies geschieht nicht, wie in der Fabel suggeriert, durch Einzelne, sondern durch ein komplexes Geflecht wirtschaftlicher, politischer und sozialer Akteurinnen und Akteure, Strukturen und Diskurse, welche dazu beitragen, diese Weltsicht zu normalisieren und zu festigen.⁴⁵

Solche Beispiele machen deutlich, wie die von der New Resource Economics propagierten Ansätze zur Privatisierung soziale Ungerechtigkeiten aufrechterhalten. Von dieser schädlichen Lebensweise profitiert nur ein kleiner Teil der Menschheit.⁴⁶ Profite konzentrieren sich bei wenigen Menschen und bleiben in erster Linie im Globalen Norden, während die Kosten auf Regionen und Länder des Globalen Südens ausgelagert werden.⁴⁷ Soziale Ungleichheiten spiegeln sich auch in der Verteilung von Landbesitz, welcher in den letzten Jahrzehnten insbesondere in Afrika, Lateinamerika und Staaten der ehemaligen Sowjetunion Ziel von Großinvestitionen durch Konzerne, Fonds und Staaten geworden ist.⁴⁸ Davon sind in erster Linie kleinbäuerlich und gemeinschaftlich genutzte Flächen betroffen.⁴⁹

Neben der Vertiefung sozialer Ungleichheiten verstärkt die Privatisierung von Gemeineigentum die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, was zu massiver Umweltzerstörung und Verschmutzung des Planeten führt. Insgesamt werden weitaus mehr Rohstoffe ausgebeutet, als der Menschheit pro Jahr zur Verfügung stehen. Der Anteil industrialisierter Länder und Regionen am Verbrauch natürlicher Ressourcen ist dabei überdurchschnittlich hoch.⁵⁰ Dies wird auch durch die »grüne Ökonomie«⁵¹ fortgeführt, da sich der Umbau der Industrien hin zu mehr Nachhaltigkeit weiterhin auf Ressourcenausbeutung, primär in Regionen und Ländern des Globalen Südens, stützt.⁵² Davon sind neben Tier- und Pflanzenwelten auch indigene Gemeinschaften und ländliche Gebiete betroffen, deren Lebenswelten zerstört werden.⁵³

Statt wie von der New Resource Economics propagiert, führt Privatisierung nicht zu nachhaltiger Ressourcennutzung, sondern zu anhaltender Umweltzerstörung. Studienergebnisse zeigen, dass Großinvestitionen von Konzernen oder Staatsfonds in tropischen Regenwäldern ein signifikanter Treiber von Entwaldung sein können.⁵⁴ Versuche, negative Umweltauswirkungen an anderen Stellen zu kompensieren, ignorieren die Komplexität von Ökosystemen und sozialen Begebenheiten. Innerhalb ungleicher globaler Machtbeziehungen führen sie häufig zu neokolonialen Projekten, welche der vorangegangenen Zerstörung nur unzureichend gerecht werden.⁵⁵

Ähnliche Mechanismen lassen sich auch beim *Offsetting* von Emissionen feststellen. Dieses basiert auf der Idee, dass marktgesteuerte Prozesse und die Möglichkeit, das Recht zum Ausstoß von Emissionen käuflich zu erwerben (und damit die Erdatmosphäre als globales Gemeingut anteilig zu privatisieren), der effizienteste Weg zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise seien. So wird der Ausstoß von Emissionen in vielen Ländern (bspw. EU, USA) durch einen Emissionshandel gesteuert. Aktivitäten zur Kompensation von Emissionen folgen dabei häufig fragwürdigen Methoden. Ein Beispiel hierfür ist das REDD+-Modell (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation), bei dem Unternehmen und andere Akteure in Programme zum Schutz von Wäldern investieren können, um so ihre CO₂-Emissionen auszugleichen und Zertifikate zum Emissionsausstoß zu erwerben. Studien legen jedoch nahe, dass REDD+-Projekte in der übergroßen Mehrzahl der Fälle nicht zu CO₂-Einsparungen führen und die so gewonnenen CO₂-Zertifikate somit ökologisch wertlos sind.⁵⁶ Dennoch können solche Zertifikate im Emissionshandel auf den Markt gebracht werden, während davon auszugehen ist, dass tatsächlich wirksame Maßnahmen zur CO₂-Reduktion für Unternehmen deutlich kostenintensiver wären, beispielsweise durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Infrastruktur für erneuerbare Energien.⁵⁷ In der Folge steigen trotz der seit Jahrzehnten bekannten wissenschaftlichen Erkenntnisse über die dramatischen Folgen der Klimakrise die Emissionen weiter an.⁵⁸ Der Versuch, durch Emissionshandel nachhaltiger zu werden, ist neben dem ökologischen Aspekt auch aufgrund bestehender globaler Ungerechtigkeiten problematisch.⁵⁹ So sollen beispielsweise durch die oben

genannten REDD+-Projekte Emissionen des Globalen Nordens kompensiert werden, während Regionen und Länder des Globalen Südens in erster Linie als globale CO₂-Senken fungieren.

Angesichts der sich intensivierenden ökologischen, klimatischen und sozialen Krisen können die Lösungen, welche durch sie forciert werden, nur als falsch benannt werden. Stattdessen braucht es einen Systemwandel, in dem sich weite Teile der ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse hin zu einer nachhaltigen und sozial gerechten Lebensweise ändern. Die Abkehr von Hardins Ideologie der Tragödie der Allmende und die Wiederaneignung von Gemeinschaftsgütern sind dabei nicht die einzige Komponente, spielen jedoch eine wichtige Rolle in dieser Transformation. Noch bestehende oder neu entstehende Ansätze kollektiver Verwaltung von Ressourcen, welche zum Teil in diesem Band vorgestellt werden, bieten dabei Möglichkeiten, die ein selbstbestimmtes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen gewährleisten können.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Guerrero, Dorothy Grace (2018): The Limits Of Capitalist Solutions To The Climate Crisis, in: Satgar, Vishwas (Hrsg.) (2018): The Climate Crisis. South African And Global Democratic Eco-Socialist Alternatives. Wits University Press, Johannesburg, S. 30–46.
- 2 Vgl. Ostrom, Elinor (1990): Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action, Cambridge, Cambridge University Press.
- 3 Als »Allmende« bezeichnet man ein nutzbares Stück Land oder Gewässer (z. B. einen Wald oder eine Wiese), welches sich nicht in Privatbesitz befindet, sondern als gemeinschaftlicher Besitz von Mitgliedern einer Gemeinschaft genutzt werden kann.
- 4 Laut Google-Scholar (Dezember 2023). Im Allgemeinen gelten Aufsätze mit mehr als zehn Zitierungen bereits als häufig zitiert und somit wissenschaftlich einflussreich.
- 5 Vgl. Hardin, Garrett (1968): The Tragedy of the Commons, in: Science 162, S. 1243–1248.
- 6 Vgl. Locher, Fabien (2013): Cold War Pastures: Garrett Hardin and the »Tragedy of the Commons«, in: Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine 60-1, S. 7–36.

- 7 Das Enclosure Movement bezeichnet den Prozess der Privatisierung gemeinschaftlich genutzten Landes durch Einhegung und Umzäunung in England im 18. und 19. Jahrhundert.
- 8 Vgl. Knobloch, Clemens (2015): »The Tragedy of the Commons«. Anatomie einer Erfolgsgeschichte, in: Deus, Fabian / Dießelmann, Anna-Lena / Fischer, Luisa / Knobloch, Clemens (Hrsg.): Die Kultur des Neoevolutionismus. Zur diskursiven Renaturalisierung von Mensch und Gesellschaft, Transcript Verlag, S. 169–203.
- 9 Vgl. Hardin (1968), S. 1245.
- 10 Cox, Susan Jane (1985): No Tragedy on the Commons, in *Environmental Ethics* 7, S. 49–62.
- 11 Vgl. Knobloch (2015), S. 177.
- 12 Vgl. Dell’Angelo, Jampel / Navas, Grettel / Witteman, Marga et al. (2021): Commons grabbing and agribusiness: Violence, resistance and social mobilization, in: *Ecological Economics* 184, S. 1–13.
- 13 Vgl. Nixon, Rob (2012): Neoliberalism, Genre and »The Tragedy of the Commons«, in: *Publications of the Modern Language Association* 127, S. 593–599.
- 14 Vgl. Corral-Verdugo, Victor / Armenta, Marhta Frias / Perez-Urias, Faviola et al. (2002): Residential Water Consumption, Motivation for Conserving Water and the Continuing Tragedy of the Commons, in: *Environmental Management* 30, S. 527–535.
- 15 Vgl. Lopez, Ramon E. / Pastén, Roberto / Gutiérrez Cubillos, Pablo (2022): Climate change in times of economic uncertainty: A perverse tragedy of the commons?, in: *Modelling Economic Policy Issues* 75, S. 209–225.
- 16 Vgl. Frischmann, Brett M. / Marciano, Alain / Ramello, Giovanni Battista (2019): Tragedy of the Commons after 50 Years, in: *Journal of Economic Perspectives* 33, S. 211–228.
- 17 Der Homo oeconomicus ist ein aus den Wirtschaftswissenschaften stammendes Modell des Menschen. Diesem Modell zufolge sei menschliches Handeln allein auf die Vermehrung persönlichen Nutzens im marktwirtschaftlichen Sinne ausgerichtet. Der Homo oeconomicus verfüge jederzeit über vollständiges Wissen zum Marktgeschehen sowie zu den Auswirkungen seines Handelns und handele durchgehend nach streng rationalen Gesichtspunkten.
- 18 Open Access bedeutet einen jederzeit freien und uneingeschränkten Zugang zu einer Ressource. Der Begriff wird häufig im Zusammenhang mit im Internet zu findenden Informationen verwendet. Demgegenüber ist die Nutzung von Allmenden durch von den Nutzenden festgelegten Regeln eingeschränkt. Diese können durch die Nutzenden kontrolliert und Nutzende bei Fehlverhalten sanktioniert werden.

- 19 Vgl. Frischmann, Brett M. / Marciano, Alain / Ramello, Giovanni Battista (2019): Tragedy of the Commons after 50 Years, in: *Journal of Economic Perspectives* 33, S. 211–228.
- 20 Vgl. Dell’Angelo et al. (2021), S. 2.
- 21 Vgl. Ostrom, Elinor (1990).
- 22 Vgl. Cox (1985), S. 53.
- 23 Extraktivismus ist eine auf Abbau, Verarbeitung und Export natürlicher Ressourcen fokussierte Wirtschaftsform. Der Export erfolgt in der Regel aus Regionen und Ländern des Globalen Südens in Industrienationen. Eine extraktivistische Wirtschaftsweise lässt sich auf Dauer nur durch einen immer tiefer gehenden Abbau natürlicher Ressourcen aufrechterhalten. Dies ist in der Regel mit immer größeren negativen Folgen für die Umwelt und der Verschärfung sozialer Konflikte verbunden.
- 24 Hardin, Garrett (1974): Lifeboat Ethics: The Case Against Helping the Poor, in: *Psychology Today* 8, S. 38–43.
- 25 Thomas Robert Malthus (1766–1834) war ein britischer Ökonom. Seiner Theorie nach liegt die Ursache von Armut darin, dass die menschliche Bevölkerung schneller wächst als die der Menschheit zum Überleben zur Verfügung stehenden Ressourcen. Malthus sieht die Lösung in der Begrenzung der menschlichen Bevölkerung. Tatsächlich liegt die Ursache von Hunger in der heutigen Welt nicht am Fehlen von Lebensmitteln, sondern an deren Verteilung.
- 26 Vgl. UN-Vollversammlung (1948): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Vereinte Nationen, 217(III) A, Paris.
- 27 Hardin (1968), S. 1246.
- 28 »Wenn wir die Wahrheit lieben, müssen wir die Gültigkeit der universellen Erklärung der Menschenrechte offen ablehnen.« (Übersetzung der Autorinnen und Autoren). Ebd.
- 29 Vgl. Meadows, Donella / Meadows, Dennis / Randers, Jörgen / Behrens, William (1972): *The Limits to Growth: A Report for the Club of Rome’s Project on the Predicament of Mankind*. Universe, New York.
- 30 Vgl. Applebaum, Binyamin (2020): *Die Stunde der Ökonomen. Falsche Propheten, freie Märkte und die Spaltung der Gesellschaft*, S. Fischer 2020.
- 31 Das Konzept des methodologischen Individualismus bezieht sich auf die Vorstellung, dass sich gesellschaftliches Handeln als die Summe individueller Handlungen beschreiben und erklären lässt.
- 32 Vgl. Locher (2013).
- 33 New Resource Economics ist eine Strömung innerhalb der Umweltökonomie, welche sich besonders stark auf die Nutzung des freien Marktes zur Lösung ökologischer Pro-

- bleme bezieht. Demgegenüber stehen andere Strömungen, welche auch die Grenzen marktwirtschaftlicher Organisation benennen und kritische Theorien wie Feminismus, Marxismus oder Keynesianismus aufgreifen.
- 34 Vgl. Bonneau, Christophe (2015): Tell me where you come from, I will tell you who you are: A genealogy of biodiversity offsetting mechanisms in historical context, in *Biological Conservation* 192, S. 485–491.
- 35 Vgl. Anderson, Terry L.: *The New Resource Economics* (1982): Old Ideas and New Applications, in: *American Journal of Agricultural Economics* 64, S. 928–934.
- 36 Vgl. Locher (2013).
- 37 Vgl. Nixon (2012).
- 38 Commons sind gemeinschaftlich genutzte Flächen oder Gewässer. Der Begriff ist in diesem Kontext synonym mit dem Begriff der Allmende zu verstehen. Der Begriff Allmende wird jedoch häufig eher in einem historischen Kontext verwendet. Commons Grabbing bezieht sich auf die Überführung von Gemeinschaftsgütern in Privatbesitz zu deren ökonomischer Ausbeutung, in der Regel durch internationale Konzerne oder Staatsfonds.
- 39 Vgl. Dell'Angelo et al. (2021).
- 40 Ebd., S. 2.
- 41 Vgl. Duarte-Abadía, Bibiana / Boelens, Rutgerd / Buitrago, Emerson (2021): Neoliberal commensuration and new enclosures of the commons: mining and market-environmentalism governmentalities, Territory, Politics, Governance 11, S. 1480–1500 [DOI:10.1080/21622671.2021.1913216].
- 42 Vgl. Dell'Angelo et al. (2021), S. 8.
- 43 Vgl. Duarte-Abadía et al. (2021).
- 44 Vgl. Dell'Angelo et al. (2021), S. 3.
- 45 Vgl. Duarte-Abadía et al. (2021).
- 46 Vgl. Guerrero, Dorothy Grace (2018).
- 47 Auch innerhalb des Globalen Nordens und des Globalen Südens gibt es immense Verteilungsunterschiede, jedoch finden sich die größten Unterschiede auf globaler Ebene (vgl. Fatheuer, Thomas / Fuhr, Lili / Unmüßig, Barbara (2015): *Kritik der Grünen Ökonomie*, oekom, München, S. 46 ff.).
- 48 Vgl. Borras Jr., Saturnino M. / Hall, Ruth / Scoones, Ian et al. (2011): Towards a better understanding of global land grabbing: an editorial introduction, in: *The Journal of Peasant Studies* 38, S. 209–216.
- 49 Vgl. Fatheuer, Thomas / Fuhr, Lili / Unmüßig, Barbara (2015): *Kritik der Grünen Ökonomie*, oekom, München.

- 50 Earth Overshoot Day. Global Footprint Network (2023) [<https://www.overshootday.org/newsroom/country-overshoot-days/>].
- 51 Grüne Ökonomie bezeichnet den Versuch, wirtschaftliches Wachstum nachhaltig zu gestalten. Durch eine Abkehr von fossiler und atomarer Energie hin zu erneuerbarer Energie und die Wahrung planetarer Grenzen durch effizientere Ressourcennutzung soll anhaltendes Wirtschaftswachstum auch angesichts der Klimakrise gewährleistet werden. Die Grüne Ökonomie integriert so Nachhaltigkeit in das bestehende Wirtschaftssystem, ohne dieses grundsätzlich zu hinterfragen.
- 52 Vgl. Fatheuer et al. (2015).
- 53 Für eine detaillierte Kritik der Grünen Ökonomie siehe z. B. Guerrero (2018) oder Fatheuer et al. (2015).
- 54 Franekl Davis, Kyle / Koo, Heejin Irene / Dell'Angelo, Jampel et al. (2020): Tropical forest loss enhanced by large-scale land acquisitions, in: *Nature Geoscience* 13, S. 482–488.
- 55 Vgl. Unmüßig, Barbara (2018), S. 83f.: Die Grüne Ökonomie. Eine Kritik, in: Becker, Maximilian / Reinicke, Mathilda (Hrsg.) (2018): *Anders wachsen! Von der Krise der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft und Ansätzen einer Transformation*, oekom, S. 79–94.
- 56 West, Thales A. / Wunder, Sven / Sills, Erin O. et al. (2023): Action needed to make carbon offsets from forest conservation work for climate change mitigation, in: *Science* 381, S. 873–877.
- 57 Franki, Nicole (2022): Regulation of the Voluntary Carbon Offset Market: Shifting the Burden of Climate Change Mitigation from Individual to Collective Action, in *Columbia Journal of Environmental Law* 48, S. 177–215.
- 58 Vgl. Guerrero (2018), S. 32ff.
- 59 Vgl. Unmüßig (2018), S. 83f.

The Tragedy of Commoning et al.

Zu den Grenzen einer auf Gemeinsamen basierten Lebensweise

Marcus Meindel

Abstract

Ist Eigentum als Ursache gegenwärtiger Katastrophen wie ungleicher Machtverteilung und ökologischer Zerstörung identifiziert, lautet die konsequente Antwort darauf Vergesellschaftung. Wenn mit Vergesellschaftung nicht Verstaatlichung gemeint ist, dann wird das vergesellschaftete Eigentum zu Commons. Der Umgang mit solchen Commons birgt allerdings Herausforderungen. Auf drei davon soll in diesem Text eingegangen werden: die Herausforderung hoher kooperativer Distanzen, mangelnde Selbstorganisationskraft und marktstaatliche Gesetzlichkeit.

Um diese Herausforderungen richtig einordnen zu können, muss der Begriff der Commons, wie er im deutschsprachigen Raum gegenwärtig verwendet wird, zuerst verstanden werden. Das scheint nicht möglich, ohne den Bezug auf zwei Personen: Zum einen ist das Elinor Ostrom, die für ihre Forschung zur Komplexität von Commons-Situationen den sogenannten Wirtschaftsnobelpreis erhielt, und zum anderen ist das jemand, der sein Leben lang nichts mit Commons zu tun hatte – die Rede ist von Garrett Hardin, Gründervater der Commons-Bewegung wider Willen.

The Tragedy of the Commons

Es gibt Probleme, für die es keine technische Lösung gibt – mit dieser Annahme beginnt der Biologe Garrett Hardin 1968 seinen Text »The Tragedy of the Commons«.¹ Das ihm am Herzen liegende Problem ohne technische Lösung ist nicht der auf Ausbeutung und Wachstumszwang beruhende Kapitalismus,* sondern die rasant zunehmende Weltbevölkerung. Um dieses Problem zu lösen, schlägt Hardin eine globale Instanz zur Geburtenkontrolle vor und will dafür auch den Begriff des Zwangs politisch positiv besetzen.² Sein Text wäre vermutlich längst vergessen, hätte Hardin nicht zur Erklärung des Bevölkerungswachstums auf eine Metapher des Mathematikers William Forster Lloyd zurückgegriffen,³ welche heute fest mit Hardins Text assoziiert ist: die Tragik der Allmende.

»Picture a pasture open to all [...]«⁴, schreibt Hardin und zeichnet das Bild eines Niemandslands, auf dem Hirt*innen ihr Vieh kostenfrei grasen lassen, den Gewinn der Viehhaltung aber für sich behalten können. Hardin lässt jeden Hirten eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufstellen, in welcher die Kosten (Weideabnutzung) durch alle geteilt werden, der Gewinn (Verkauf der Tierprodukte) allerdings für sich behalten wird. Da diese Rechnung für jeden einzelnen Hirten immer gut ausgeht, wollen diese ihren Gewinn stetig erhöhen und sind durch ihre Vernunft dazu gezwungen (»Each man is locked into a system [...]«⁵), immer mehr und mehr Vieh auf die Weide zu treiben. Die Konsequenz daraus: Die Weide wird übernutzt und für alle unbrauchbar.

Als Commons zählen für Hardin allerdings nicht nur Weiden, sondern auch Sozialstaaten.⁶ Hardin argumentiert, dass in Sozialstaaten Kinder nicht länger verhungern würden, die Kosten ihrer Ernährung aber von allen getragen werden müssen. Seiner Auffassung nach ist damit die Bevölkerung von Sozialstaaten gezwungen, sich ebenso maßlos zu vermehren, wie die Hirten der Metapher dazu gezwungen waren, immer mehr Vieh zu kaufen. Hardin erklärt

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Jonna Klick, Nele Klemann und Indigo Drau: Die Welt vergesellschaften. Warum Vergesellschaftung noch mehr infrage stellen muss als nur die Eigentumsverhältnisse in einzelnen Sektoren.

also Bevölkerungswachstum mit der »Tragödie der Allmende« und schlägt entsprechend globale Geburtenkontrolle als Mittel der Wahl gegen die Übernutzung der Erde vor. Für nichts anderes standen die Commons in Hardins weltbekanntem Text, die so die Bühne des akademischen Diskurses betreten.

The Tragedy of Garrett Hardin

Wenige Jahre bevor Hardins Text erschien, arbeitete die junge Politikstudentin Elinor Ostrom gerade an ihrer Dissertation zu Nutzungskonflikten bei einem Grundwasserbecken in Südkalifornien. Bei diesem Grundwasserbecken verhielt es sich wie bei der Weide von Hardin: Es gab eine unübersichtlich große Anzahl an Personen und Unternehmen, die sich das Wasser angeeignet hatten, und gleichzeitig keine übergeordnete Instanz, welche die Nutzung und Erhaltung des Wasserbeckens kontrollierte. Außerdem verschmutzte zunehmend Salzwasser das Grundwasser und drohte das Wasserbecken in naher Zukunft unbrauchbar zu machen. Nach Hardins Auffassung würden in diesem Fall alle Instanzen versuchen, so viel Grundwasser wie möglich abzupumpen, um sich zumindest kurzfristig einen Vorteil zu sichern. Tatsächlich geschah das auch. Nachdem aber einigen Akteurinnen und Akteuren klar geworden war, worauf ihr Handeln hinauslief, schlugen sie Alarm. Sie eröffneten einen runden Tisch (später die West Basin Water Association⁷) und versuchten all diejenigen, die Wasser abschöpften, miteinander zu vernetzen. Im Laufe der Jahre entwickelten die Betroffenen komplexe Regelstrukturen, mit denen der Erhalt des Wasserbeckens für alle sichergestellt werden sollte.⁸

In der Zeit ihrer Dissertation beobachtete Ostrom, wie nachhaltige Entscheidungen ohne höhere Instanzen durch verschiedene Formen kollektiver Prozesse getroffen werden konnten. Als dann einige Jahre später – durch Hardins Text angestoßen – zum ersten Mal Commons im breiteren akademischen Feld diskutiert wurden, widersprach Ostrom zwar nicht der Gefahr einer Übernutzung, kritisierte aber deutlich die vorgegebene Allgemeingültigkeit von Hardins Metapher der Tragödie der Allmende.⁹

Ostroms lebenslanger Forschungsgegenstand war die polyzentrische Governance. Grob übersetzt, sind damit Strukturen gemeint, in denen kol-

lektive Entscheidungsprozesse über handlungsleitende Regeln bestimmen und es keine einzelnen Personen, Gruppen etc. gibt, die Entscheidungen willkürlich setzen oder unterbinden können.¹⁰ Ostrom nahm sich der Erforschung polyzentrischer Governance an durch mathematische Spieltheorie – die von Hardin zitierte Metapher war als eine solche formuliert –, durch Versuchsreihen im Labor und schließlich durch die Erforschung von Commons-Situationen in der Praxis, für welche sie die halbe Welt bereiste.¹¹ Ostroms Forschung brachte Methoden wie das Institutional Analysis & Development-Framework¹² hervor, genauso wie eine allgemeine Grammatik für Regelsysteme, die Institutional Grammar.¹³ Neben ihren im Commons-Diskurs bekannten acht Designprinzipien für langlebige Commons-Institutionen beschrieb sie etwa wiederkehrende Gefahren für Commons und Bedingungen, unter denen sich Menschen tendenziell selbst zu organisieren beginnen.¹⁴

Es gibt Probleme, für die es keine technischen Lösungen gibt – und es gibt Erklärungen, die nicht leicht zu vermitteln sind. Zur letzteren Kategorie gehören Ostroms Erkenntnisse, und so wundert es nicht, dass Professor*innen bis heute nicht von diesen sprechen, sondern weiter ihre Studierenden mit Hardins Geschichte von den vernünftigen Hirt*innen unterhalten. Hardins Text wird so über Generationen hinweg weiter zitiert, während sein Vorschlag zur Geburtenkontrolle längst vergessen ist. Die von ihm zitierte Metapher allerdings, welche er lediglich zur Erklärung des Bevölkerungswachstums nutzte, ist das Vehikel einer neoliberalen Privatisierungspolitik geworden.* Doch auch das gehört zur Kategorie von Erklärungen, die nicht leicht zu vermitteln sind: dass im privaten Eigentum als gesellschaftliche Grundlage eine Dynamik mit zerstörerischer Kraft liegt.** Unabhängig vom Willen seines Autors war Hardins Text Öl im Feuer der kapitalis-

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Stefan Campos-Mühlenhoff und Svetlana von Hindte: Garrett Hardin und die Tragödie der Allmende. Eine kleine Geschichte mit großer Wirkung.

** Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Jakob Schäfer: Thesen zum Zusammenhang von Eigentumsfrage und Produktionsverhältnissen.

tischen Maschinerie. Soll Hardin als Aktivist ernst genommen werden, der sich um diesen Planeten und das Wohlergehen der Menschheit sorgte, ist er damit im großen Stil gescheitert.

Von Commons zu Commoning und zurück

»There is no commons without commoning« – ein in der heutigen Commons-Szene geflügelter Satz unbekanntem Ursprungs mit weitreichenden Folgen. Ostrom teilte sich mit Hardin einen Commons-Begriff, der durch zwei Bedingungen definiert ist: Commons sind Ressourcen, von denen es a) schwer ist, jemanden auszuschließen, und die sich b) durch Nutzung aufbrauchen.¹⁵ Durch den verstärkten Bezug auf den Prozess des Commonings – wie ihn neben Peter Linebaugh auch weitere Aktivist*innen wie Silke Helfrich, David Bollier, Silvia Federici, Massimo de Angelis, Johannes Euler oder Stefan Meretz vorantreiben – änderte sich allerdings, was als Commons wahrgenommen wird.

Radikal vereinfacht, kann man sich diese Wandlung folgendermaßen vorstellen: Commons – oder auf Deutsch: Gemeinsames oder Geteiltes – mögen, materiell betrachtet, zwar Ressourcen sein, sind aber keine Commons ohne die Menschen, denen sie gemeinsam sind. Die Tätigkeiten zur Pflege und Nutzung von Commons werden dabei als Commoning – als Gemeinschaften – bezeichnet. Johannes Euler definiert dieses Commoning dabei (im Abgleich mit der bestehenden Wortverwendung verschiedener Autor*innen) als »freiwillige und inkludierende selbstorganisierte Tätigkeit und Vermittlung durch Gleichrangige, die auf die Befriedigung von Bedürfnissen abzielt.«¹⁶ Commoning unterscheidet sich damit deutlich von kapitalistischer Produktion. Jedoch fällt bei näherer Betrachtung auf, dass die Handlungsmuster des Commonings auch außerhalb der von Ostrom definierten Grenzen zu finden sind, etwa in Gemeinschaftswerkstätten, in politischen Bewegungen, im Bereich freier Software oder in Projekten, die durch Freiwillige getragen werden.

Commoning wurde so zur Kategorie von Handlungsweisen, zwischen denen bis dahin kein Zusammenhang hergestellt wurde. Aber was sind dann Commons, wenn Commoning überall in der Gesellschaft vorkommen kann? Zumindest Euler, dessen Definition von Commoning bereits zitiert wurde, fasst Commons als soziale Form von Dingen, wenn der Umgang damit durch Commoning geprägt ist.¹⁷ Tatsächlich gibt es im deutschsprachigen Raum derzeit keinen Konsens zu einem gemeinsamen Begriff von Commons.¹⁸

The Tragedy of Commoning

»Die Macht des Commoning ist nicht auf zwischenmenschliche Beziehungen in überschaubaren Gruppen beschränkt, sie wirkt auch in der gesamtgesellschaftlichen Organisation«,¹⁹ schreiben Helfrich und Bollier. Oder wie es bei Stefan Meretz und Simon Sutterlütti steht, eher geprägt von Karl Marx: »Entsprechend dem von uns formulierten Ziel bildet diese neue Vermittlungsform, das Commoning, bei ihrer gesellschaftlichen Verallgemeinerung den Kern der Inklusionsgesellschaft, des Commonismus.«²⁰ Im Commoning liegt also Hoffnung zur gesellschaftlichen Veränderung – die Frage ist nur, ob diese Hoffnung eine ist, die nur beruhigend wirkt, oder eine, die realisiert werden kann. Auf dem Weg zu einer auf Commoning basierten Lebensweise gibt es zahllose Herausforderungen, von denen zumindest drei wie folgt angesprochen werden:

Die erste Herausforderung ist die Überwindung hoher kooperativer Distanzen. Eine kooperative Distanz meint hier, dass diejenigen, welche sich einer Aufgabe annehmen, nicht mehr unbedingt nachvollziehen können, wem ihre sorgende oder auch produktive Tätigkeit letztendlich hilft. Innerhalb einer imaginierten autarken Dorfgemeinschaft sind die kooperativen Distanzen daher sehr gering; bei fortgeschrittenen kapitalistischen Verhältnissen jedoch, die das Zusammenwirken von Hunderten, wenn nicht Tausenden Menschen voraussetzen, ist die kooperative Distanz tendenziell sehr hoch. Ostrom beschreibt zwar ebenfalls sehr komplexe Strukturen ohne willkürlich bestimmende Entscheidungseinheiten, allerdings steht im Zentrum dieser Strukturen immer eine einzige Ressource (zum Beispiel das erwähnte

kalifornische Grundwasserbecken). Commoning als Transformationsansatz bedeutet dagegen, dass sehr viele einzelne Dinge (etwa Zwischenfabrikate und Fertigteile) zu Commons werden sollen und das Zusammenspiel von ganz verschiedenen Projekten außerhalb der Kategorien von »mein« und »dein« und ohne staatliche Planung funktionieren muss. Diese durch den Transformationsanspruch einhergehende Besonderheit im Commoning ist neues Terrain. Es darf daher nicht wundern, wenn die meisten heute als Commons bezeichneten Projekte weiter einzelne Ressourcen in den Fokus stellen (das gemeinsame Haus, den gemeinsamen Acker, das gemeinsame Lastenrad etc.) und es häufig darüber hinaus keine kooperativen Strukturen gibt.

Die zweite Herausforderung ist der Umgang mit einer mangelnden Selbstorganisationskraft. Silvia Federici weist darauf hin, dass Commoning durch die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse erschwert wird, welche Ideologien des hierarchischen Miteinanders und der ungleichen Machtverteilung in den Köpfen der Subjekte festsetzt.²¹ Im Commoning muss verstanden werden, wer in bestimmten Kontexten mitreden kann oder sollte; es muss eine gemeinsame Kommunikationsform gefunden werden; es braucht passende Regeln, wie kollektiv Entscheidungen getroffen werden, und so weiter. Nichts davon ist notwendig, wenn einzelne Personen willkürlich entscheiden können. Selbst wenn solche Kommunikationsräume aufgebaut werden konnten, wird immer noch der ständige Informationsaustausch benötigt, bedürfnisorientierte Anpassungen bestehender Strukturen, geduldige Konfliktklärung und freiwillige, aber verbindliche Aufgabenübernahmen. Commoning muss gelernt werden, während hierarchisch gegliederte Arbeit befohlen werden kann. Doch von einer Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung zu einem solchen Lernprozess kann heute keine Rede sein.

Die letzte hier vorgestellte Herausforderung des Commonings ist die bürgerliche Gesetzgebung, welche nicht auf Commons ausgelegt ist. Nach Ostrom stehen Regeln nie nur für sich, sondern bewegen sich innerhalb zugrunde liegender Regelsysteme.²² Ein historisch gewachsenes,* dabei aber

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag: Friederike Habermann: Aus Commons wurde Eigentum. Wird mit Vergesellschaftung aus Eigentum Commons?

relativ primitives Regelkonstrukt, auf welchem unsere Gesellschaft heute aufbaut, ist die willkürliche Verfügungsmacht über die Dinge der Welt in Form des privaten Eigentums. In dieser Gesellschaft sind Commons (als strukturelle Negation der willkürlichen Verfügung) Fremdkörper. Zwar beschreiben Helfrich und Bollier, dass Eigentum »gehackt« werden kann, um Commons daraus zu machen (das Mietshäuser Syndikat ist ein prominentes Beispiel),²³ ein solcher Hack – der auch nicht immer möglich ist – benötigt allerdings ein rechtliches Verständnis und zusätzliche Kraft. Fraglich ist nur, wer gegenwärtig neben dem Lohnerwerb dieses Verständnis aufbauen beziehungsweise diese Kraft aufbringen kann. Selbst der Vorstellung, dass Commons auf Verfassungsebene gefestigt werden, sind Grenzen gesetzt: Marktstaaten sind in ihrer Handlungsfähigkeit von einem Wirtschaftswachstum abhängig, das durch Commons nicht erreicht werden kann.* Hierin liegt dann auch eine wirkliche, mit Commoning verbundene Tragödie: dass zwar ein wirklicher sozialer und ökologischer Wandel gewollt erscheint und notwendig ist, doch bürgerliche Gesellschaften ganz einfach nicht auf einen Wandel ausgelegt sind.

Einordnung

Commoning ist der Versuch, Situationen polyzentrischer Governance erfolgreich zu gestalten – also Situationen, in denen sich Personen und Gruppen auf Augenhöhe treffen (müssen), um ein gemeinsames, für alle passendes Ergebnis zu erzielen. Solche Situationen polyzentrischer Governance finden sich in jedem Hausprojekt und jeder geteilten Werkstatt, sie finden sich aber auch in der Transformationsbewegung selbst. Commoning mag strukturell die konsequenteste Praxis sein, die auf Vergesellschaftung folgen kann, doch die beschriebenen Herausforderungen sollten nicht kleingeredet werden. Ich

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Jonna Klick, Nele Klemann und Indigo Drau: Die Welt vergesellschaften. Warum Vergesellschaftung noch mehr infrage stellen muss als nur die Eigentumsverhältnisse in einzelnen Sektoren (Kapitel: Geld und mehr Geld: Die kapitalistische Totalität).

meine daher, dass wir Commoner*innen nicht versuchen dürfen, die Transformationsbewegung zu bestimmen, sondern dass wir uns vielmehr in diese einordnen sollten.

Wie können Dinge der Welt nach ihrer Vergesellschaftung konsequent einer Logik von Markt und Marktstaat entzogen werden? Bei solchen Fragestellungen haben wir Commoner*innen Expertise und sollten diese entsprechend weitergeben: durch Infomaterial, Diskursbeiträge und Lösungsvorschläge. Das kann eine unserer Aufgaben sein, aber es gibt noch eine wesentliche andere: Die Transformationsbewegung ist breit verteilt und besteht aus ganz unterschiedlichen Initiativen mit anderen Fragestellungen, Schwerpunkten und darüber hinaus verschiedenen Sprachen und Vokabularen. Ein ganz wesentliches gemeinsames Ziel ist dabei, die sozialökologische Katastrophe abzumildern und Alternativen zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen aufzubauen. Unbedingt notwendig hierfür ist die Vergesellschaftung. Als Commoner*innen können wir Prozesse unterstützen, um diese Ziele gemeinsam zu erreichen. Wir können Kommunikation zwischen den Initiativen aufbauen und Methoden etablieren, die das Zusammenspiel erfolgreich und lebendig werden lassen.

Offen bleibt schließlich die Frage, was auf Vergesellschaftung folgt, wenn Commoning aufgrund der damit einhergehenden Herausforderungen nicht für sich stehen kann. Welche Antworten gibt es hier aus anderen Bewegungen? Wie kann ein mögliches Zusammenspiel zwischen diesen Antworten und Commoning aussehen? Die Einordnung in einen größeren Zusammenhang kann uns Commoner*innen auch helfen, Commons selbst besser zu verstehen und abzustecken.

Nachruf

Noch kann und will ich keinen Text schreiben, ohne an die im Herbst 2021 verstorbene Commons-Aktivistin Silke Helfrich zu erinnern. Silke Helfrich war das Herz unserer Bewegung – lebendig und undogmatisch, international vernetzt und allen gegenüber hilfsbereit. Ihre mit David Bollier verfassten Werke und ihr Anstoß zu einer Mustersprache des Commonings sind

Geschenke, die sie wie selbstverständlich allen zugänglich machte. Mit jeder neuen Erkenntnis, die ich im Bereich der Commons zu haben meine, lerne ich besser zu verstehen, was Silke schon längst wusste. Und Silke war nicht naiv; sie kannte die Herausforderungen und ist trotzdem immer weiter den Weg der Commons gegangen. Immer noch ist es Silke, die mir allen Schwierigkeiten zum Trotz Hoffnung gibt.

Anmerkungen

- 1 Hardin, Garrett (1968): The tragedy of the commons, in: SCIENCE Vol. 162, S. 1243.
- 2 Ebd., S. 1247–1248.
- 3 Lloyd, William Forster (1833): Two Lectures on the Checks to Population, in: Hardin, Garrett (Hrsg.): Population, Evolution, and Birth Control (Freeman, 1964), S. 28–31.
- 4 Ebd., S. 1244.
- 5 Ebd., S. 1244.
- 6 Ebd., S. 1245.
- 7 West Basin Water Association [<https://www.wbwa.info/>].
- 8 Ostrom, Elinor (2010): A Long Polycentric Journey, in: Annual Review of Political Science (13:1), S. 4–6.
- 9 Ebd., S. 6.
- 10 Vgl. McGinnis, Michael / Stephan, Mark / Marshall, Graham (2019): An Introduction to Polycentricity and Governance, in: Thiel, Andreas / Blomquist, William A. / Garrick, Dustin E. (Hrsg.): Governing Complexity. Cambridge Studies in Economics, Choice, and Society, Cambridge University Press, S. 24.
- 11 Vgl. Elinor Ostrom (1990): Governing the Commons: The evolution for institutions for collective action. Cambridge University Press.
- 12 Ostrom, Elinor (2005): Understanding Institutional Diversity. Princeton University Press. S. 1–134.
- 13 Ebd., S. 135–216.
- 14 Ebd., S. 255–288.
- 15 Ebd., S. 79.

- 16 Euler, Johannes (2018): Conceptualizing the Commons: Moving Beyond the Goods-based Definition by Introducing the Social Practices of Commoning as Vital Determinant, in: *Ecological Economics* 143 (218), S. 12 (Übersetzung: Marcus Meindel).
- 17 Ebd., S. 12.
- 18 Vgl. ebd., S. 10–12.
- 19 Helfrich, Silke / Bollier, David (2019): Fair, frei und lebendig. Die Macht der Commons. Transcript Verlag. Creative Commons Lizenz: Namensnennung – Teilen unter gleichen Bedingungen, S. 73.
- 20 Sutterlütti, Simon / Meretz, Stefan (2018): Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken. VSA: Verlag Hamburg. Creative Commons Lizenz: Namensnennung – nicht-kommerziell – Teilen unter gleichen Bedingungen, S. 214.
- 21 Federici, Silvia (2019): Re-Enchanting the World. Feminism and the Politics of the Commons, PM Press, S. 164–166.
- 22 Ebd., S. 58–61.
- 23 Helfrich, Silke / Bollier, David (2019): S. 240–245.

(K)eine große Enteignung

Die Entstehung des Proletariats: Ursprüngliche Akkumulation oder aktiver Prozess?

Christopher Wimmer

Abstract

Eigentum ist ohne Enteignung nicht zu denken. Etwas kann jemandem nur gehören, wenn sie oder er andere vom Gebrauch ausschließen kann. So verhält es sich nicht nur mit stofflichen Dingen, sondern auch mit Menschen (als Arbeitskraft) und Gruppen (als sozialen Klassen).¹ Menschen, die kein Eigentum an Produktionsmitteln besitzen, müssen für ihr Überleben die eigene Arbeitskraft an andere verkaufen; sie bilden das Proletariat. Doch sind Eigentum und Klassen nicht einfach Kategorien der politischen Ökonomie, sondern historisch-spezifische Formen gesellschaftlicher Verhältnisse. Wie entstanden sie, und wie kann man den Prozess der Klassenbildung des Proletariats begreifen? Und vor allem: Wie und wovon wurden die Proletarier*innen enteignet, und welche Bedeutung hat diese Enteignung für gegenwärtige sozial-ökologische Klassenpolitik?

Im vorliegenden Beitrag sollen diese Fragen historisch und theoretisch beantwortet werden. Zunächst wird die klassische Argumentation von Karl Marx nachgezeichnet. Marx hat sich im Kapitel zur »sogenannten ursprünglichen Akkumulation« am Ende des ersten Bandes des *Kapitals* mit der Entstehung des Proletariats beschäftigt. Durch die Privatisierung von Gemeineigentum musste sich die nun enteignete Bevölkerung (Lohn-)Arbeit in den neu entstehenden Manufakturen und Fabriken suchen. Als Effekt dieses Prozesses entstand das Proletariat.

Gleichzeitig darf dessen Entstehung nicht als rein passiver Prozess verstanden werden. Über Bräuche, Traditionen, widerständige Praktiken und Bewusstsein waren die Klassenmitglieder selbst aktiv an der Klassenbildung beteiligt. Klassen bildeten sich durch das Handeln konkreter Akteur*innen, die sich über ihre Haltungen und Handlungen voneinander abgrenzten und sich damit formten. Meisterhaft hat dies der britische Historiker Edward Palmer Thompson herausgearbeitet, der in diesem Beitrag mit Marx ins Gespräch kommen soll.

Dieser doppelte Blick auf die Entstehung des Proletariats reflektiert auch die Doppelbedeutung des Begriffs der »Klassenbildung«². Mit Marx ist damit einerseits ein Prozess der Klassifikation gemeint – also die funktionale Ordnung der Gesellschaft in verschiedene soziale Klassen. Neben einer solchen Verwendung verweist Klassenbildung mit Thompson aber auch auf die Ausbildung von Klassen als sozialen Kollektiveinheiten. In diesem Sinn wird Klasse zu einem Begriff von Selbstidentifikation der Subjekte, die dann Klasse real fassen und begreifen können. Als Ausdruck einer solch kollektiven Identität wird sie somit zu einem politischen Begriff. So bleibt Klasse aktuell und umkämpft. Denn ebenso im Zusammenhang mit der aktuellen sozialökologischen Krise des Kapitalismus, die nicht nur das ökonomische System beinhaltet, sondern das pure Überleben auf dem Planeten Erde betrifft, das durch Umweltzerstörung und Klimakatastrophe akut bedroht ist, können diese Sichtweisen der Klassenbildung dazu beitragen, auf die aktuelle Krise eine politische Antwort zu finden.

Das Proletariat als Effekt: »Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation«

Zunächst zu Marx. Zu Beginn des *Kapitals* analysiert er die Warenform der Arbeitsprodukte in Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht. Eigentum erschöpft sich nicht in einer Beziehung zwischen Person und Sache (wie in der Rechtsphilosophie Georg Wilhelm Friedrich Hegels), sondern hat ein gesellschaftliches Verhältnis, das Klassenverhältnis, zur Folge. Sind Menschen von Eigentum ausgeschlossen, müssen sie ihre

Arbeitskraft verkaufen, um ihr Überleben zu sichern. Nur als Lohnarbeitende kommen sie – gleichwohl keineswegs garantiert – an das dafür notwendige Geld. Im weiteren Verlauf fragt sich Marx, wieso Arbeitskraft überhaupt zu Ware wird. Denn dass die Eigentumslosen eigentumslos sind, ist erklärungsbedürftig. Die Erklärung dessen ist Gegenstand der »historischen Skizze«³, die Marx im 24. Kapitel des *Kapitals* mit dem Titel »Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation« unternimmt.⁴

Erst einmal meint Marx mit dem Begriff der »sogenannten ursprüngliche(n) Akkumulation« eine Ansammlung von Kapital, welche die Voraussetzung und nicht das Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise ist. Mit dem Zusatz »sogenannt« distanziert sich Marx explizit von der Perspektive der klassischen Ökonomie, insbesondere der von Adam Smith, die von einer Anhäufung eines Kapitalstocks durch eigene Arbeit und Sparsamkeit Einzelner ausging und dies als die Voraussetzung kapitalistischer Akkumulation ansah. Stattdessen zeigt Marx, dass eben nicht individueller Fleiß oder Leistung den Kapitalismus hervorgebracht haben. Vielmehr handelt es sich bei der kapitalistischen Produktionsweise um ein soziales Verhältnis, das erst gewaltsam im Kontext einer spezifischen historischen Konstellation hergestellt und durchgesetzt werden musste. Dafür beschreibt Marx den Wandel zur industriellen Moderne als den Prozess einer groß angelegten Enteignung und gewaltsamen Umverteilung der gesellschaftlichen Produktionsmittel mitsamt revolutionärer Erneuerung der Produktionsverhältnisse sowie der Lebensweisen und Klassenverhältnisse.

Im Mittelpunkt steht dabei die im 15. Jahrhundert beginnende gewaltsame Trennung der landwirtschaftlichen Bevölkerung sowie Landarbeitenden von ihren traditionellen Landrechten. Der gemeinschaftlich bearbeitete Grund und Boden wurde in private Viehweiden überführt, da die Wolle der Schafe in den neu entstehenden Textilmanufakturen größere Profite garantierte als die bisherige Landwirtschaft, die in erster Linie die Selbstversorgung sicherstellen sollte. Die kommunalen Wiesen und Felder wurden eingezäunt (*enclosure*) und das Gemeindeland (Commons) durch den neu entstehenden Landadel eingehegt und dadurch zerstört.

Die Landbevölkerung – ihrer bisherigen Existenzgrundlage beraubt – suchte verstärkt ab dem 18. Jahrhundert Arbeit in den neuen Manufakturen

der Städte oder saisonale Beschäftigung in den ländlichen Hausindustrien und wurde somit zur Lohnarbeit gezwungen.⁵ Dabei war die gesamte Bevölkerung – Männer, Frauen und Kinder – betroffen. Die historische – und feministische – Klassenforschung hat immer wieder auf den Fehlschluss hingewiesen, sich insbesondere das Proletariat des Frühkapitalismus als männlich dominierte Gruppe vorzustellen.⁶ Auch und vor allem Frauen und Kinder mussten bis aufs Blut in den neu entstandenen Manufakturen und Fabriken schuften und wurden damit Teil der neuen Klasse. Alle Geschlechter wurden »in ihrer Kapazität, Mehrwert erarbeiten zu können, vom Arbeitsmarkt aufgesaugt oder abgestoßen«.⁷ Wie divers man sich das Proletariat vorstellen muss, hat etwa Dorothea Schmidt am deutschen Beispiel verdeutlicht.⁸ Mit dieser Diversität einher gingen unterschiedliche Arrangements von Sorgearbeiten, deren gegenwärtige Form man nicht einfach auf die Vergangenheit projizieren kann.⁹

Die Enteignung all jener Frauen, Männer und Kinder brachte dabei die historisch-spezifische Klassenstruktur erst hervor, die das Kapitalverhältnis bis heute kennzeichnet: eine Klasse an Produktionsmittelbesitzenden sowie die Klasse der »doppelt freien Arbeiter«. Einmal hergestellt, reproduziert sich diese Trennung im normalen Gang der kapitalistischen Produktionsweise. Mit der »doppelten Freiheit« der Lohnarbeit ist die historische Spezifik, welche die kapitalistische Produktionsweise von allen anderen unterscheidet, gekennzeichnet. Die Arbeitenden können ihre Arbeitskraft (anders als etwa im Zunftwesen) frei am Markt verkaufen, weil sie rechtlich frei sind. Gleichzeitig müssen sie ihre Arbeitskraft verkaufen, weil sie frei von Produktionsmitteln sind und ihnen somit nichts anderes übrig bleibt.

Zweifellos verengte ein beträchtlicher Teil der Klassenforschung nach Marx sowohl ihre Entstehung als auch »die Klasse« selbst auf die männliche Lohnarbeit – was immer wieder heftige Diskussionen hervorrief.¹⁰ Doch wurde und wird von marxistischer Seite nicht bestritten, dass Klassenverhältnisse immer auch geschlechtsspezifische und ethnische Spezifika aufweisen und es neben der Klassenungleichheit ebenso Herrschaftsverhältnisse gibt, die allein auf Geschlecht und Ethnie basieren.¹¹

Damit wird bereits angedeutet, dass der Prozess der Klassenbildung als Ergebnis der Trennung zwischen Kapital und Arbeit nur ein Bestandteil der

Durchsetzung des Kapitalismus ist. Als zentrale Momente der »ursprünglichen Akkumulation« beschreibt Marx neben dem ökonomischen Prozess die Disziplinierung des neu entstehenden Proletariats in das Lohnarbeitsverhältnis – mit allen Folgen, die das auf das Geschlechterverhältnis sowie auf die Familien hatte¹² –, die Etablierung des Weltmarkts, die Herausbildung des Kolonialsystems sowie die Entwicklung eines kapitalistischen Finanzsystems mit Staatsschulden und Steuern.¹³ Somit ist die »ursprüngliche Akkumulation« ausdrücklich kein rein ökonomisches Gesetz, sondern muss über außerökonomische Mittel in Gang gesetzt werden.

All diese Prozesse gründen auf Unterdrückung. Kapital ist »von Kopf bis Zeh, aus allen Poren blut- und schmutztriefend«.¹⁴ Die kapitalistische Produktionsweise ist das Ergebnis einer individualisierten Gewalt (der Enteignung) unter wesentlicher Mithilfe des Staates als »organisierte und konzentrierte Gewalt der Gesellschaft«.¹⁵ Die gesamte »ursprüngliche Akkumulation« war ein Prozess, der sich »durch die furchtbare Primitivität seiner Grausamkeit, durch eine ungeschminkte, nackte Brutalität«¹⁶ auszeichnete. Die Arbeitskräfte arrangierten sich nämlich keineswegs freiwillig mit ihrem (neuen) Dasein, sondern mussten von staatlicher Seite dazu gezwungen werden. Sie wurden »durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, gebrandmarkt, gefoltert«,¹⁷ wie Marx schreibt. Dies zeichnet er anhand der englischen »Blutgesetzgebung« des 15. und 16. Jahrhunderts im Kapitel 24 nach und ebenso im achten Kapitel entlang der Zwangsgesetze zur Verlängerung des Arbeitstages.

Das neu entstehende Proletariat wurde zunehmend zu einem Problem für den Staat. Das enteignete Volk konnte »unmöglich ebenso rasch von der aufkommenden Manufaktur absorbiert werden, als es auf die Welt gesetzt ward«.¹⁸ Damit entstand eine große Schicht armer und erwerbsloser Menschen, die, von ihren Ländereien »verjagt« und aus ihren Verhältnissen »herausgeschleudert«, zu »Bettlern, Räubern oder Vagabunden« gemacht wurden.¹⁹ Mehr und mehr Menschen wurden »überflüssig« gemacht und mussten sich jenseits des Produktionsprozesses ihr Überleben sichern.²⁰ Die gewaltsame Zerstörung der feudalen »Sozialverfassung, die Gemeinheitsteilungen, die Verteilung der Weiden, Wiesen und Wälder der ehemaligen Dorfge-

meinde, und die Umwandlung von Natural- in Geldwirtschaft und Marktbeziehungen verliefen überall auf Kosten des Landproletariats und riefen eine grenzenlose Verelendung von Kleinstbauern und Landarmen, von Tagelöhnern, Spinnern und Webern der ländlichen Hausindustrie hervor.«²¹ Die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise brachte Armut als Massenphänomen (den Pauperismus) überhaupt erst hervor.²²

Zwei Aspekte sind aus der Lektüre des Kapitels zur »ursprünglichen Akkumulation« entscheidend. Einerseits betont Marx die unmittelbare Grausamkeit des Prozesses sowie seine umfassenden Folgen: Die »ursprüngliche Akkumulation« als große Enteignung veränderte nicht nur die Arbeitsbeziehungen (Normalisierung der Fabrikarbeit), sondern auch den bisherigen außerbetrieblichen Alltag, Bräuche, Gewohnheiten und Feste sowie religiöse und nichtreligiöse Feiertage, ganze Dörfer und zunehmend die gesamte, alte Gesellschaft. Andererseits versteht Marx das Proletariat hier als Produkt der entstehenden kapitalistischen Produktionsweise. Das Kapital bringt das Proletariat als Klasse erst hervor. Hierbei schließt Marx an Formulierungen aus dem *Manifest der Kommunistischen Partei* von 1848 an. Dort gehen er und Friedrich Engels von der produktiven Kraft des Kapitals aus.²³ Sie wird als vorgängig angesehen, durch die das Proletariat erst entstehen kann. Ausführlich beschreiben sie im »Manifest« die Fähigkeit der Bourgeoisie, sich »eine Welt nach ihrem eigenen Bilde« zu schaffen.²⁴

Das Proletariat ist handlungsfähig: das *making* der Arbeiterklasse

Wenn Marx das Proletariat als Effekt der kapitalistischen Produktionsweise darstellt, widerspricht er damit einer anderen Stelle im *Kapital*. Im vierten Kapitel schreibt er, das Kapital könne erst dort entstehen, wo der »Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln, den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markt vorfindet.«²⁵ Diese – von der marxistischen Orthodoxie selten beachtete – Bemerkung gilt es in ihrer ganzen politischen Dimension zu verstehen: Der Satz sagt aus, dass das *Klassenverhältnis* dem *Kapitalverhältnis* historisch und begrifflich vorausgeht. Somit ist nicht das

Kapital der bewegende Motor in der Geschichte des Kapitalismus, sondern die Existenz des Proletariats.²⁶ Damit wird es möglich, von einer wissenschaftlichen, aber vor allem politischen Sichtweise auszugehen, die in den konkreten Klassenkämpfen ihren Ausgangspunkt nimmt und nicht in der (logischen) Bewegung des Kapitals.

Diese These vertrat Edward P. Thompson, der in seinem voluminösen Hauptwerk *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse* die marxistische Klassentheorie fundamental weiterentwickelt hat.²⁷ Das Proletariat sei nicht (passiver) Effekt der aufkommenden kapitalistischen Produktionsweise – ein Produkt der Enteignung –, sondern durch vielfältige Aktionen an seiner Entstehung selbst beteiligt gewesen. Soziale Klasse findet im Handeln konkreter Akteur*innen statt, deren Subjektivität und Bewusstsein Thompson betont: »Die Arbeiterklasse wurde nicht nur geschaffen, sie war zugleich ihr eigener Schöpfer.«²⁸ Darin besteht die Doppeldeutigkeit des *making* im englischen Originaltitel.

Für Thompson ist soziale Klasse zunächst also keine Kategorie mit festen Eigenschaften, sondern ein Geschehen.²⁹ Dieses Geschehen zeichnet er in *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse* mit einer unglaublichen Detailtreue und -kenntnis nach. Er beschreibt, wie sich das Proletariat, vermittelt über Lernprozesse, in konkreten Kämpfen herausbildete und wie die Klassenmitglieder dabei auf moralische, religiöse und demokratische Traditionen zurückgriffen. Somit fokussiert sich Thompson auf Kampf- und Kulturgeschichte sowie auf die Ausbildung einer proletarischen Subjektivität. Seine Geschichte der Klassenbildung ist eine Geschichte der politischen, aber auch religiösen Traditionen, Erfahrungen und Denkformen. Hinzu werden Rituale in Werkstätten erwähnt, Volkslieder und -feste, Predigten ebenso wie spontane Aufstände oder Aktionsformen wie militante Streiks, informelle Zusammenschlüsse wie Netzwerke in Nachbarschaftsklubs oder Kirchen und vieles mehr. Überall dort sammeln die Proletarier*innen spezifische Erfahrungen, wodurch sie sich zu einer Klasse bilden.³⁰

Wenn Thompson von Klassenbildung spricht, meint er auch immer politische Formgebung. Die Formierung findet in der Masse statt, die sich zusammen tut und die auf dem Bewusstsein der Menschen basiert. Ein Kolle-

tivbewusstsein (ein Sichfinden als Klasse) entsteht dann, wenn zunächst zusammenhanglos erscheinende Erfahrungen der einzelnen Klassenmitglieder in Beziehung treten, kollektiviert werden und sich in Traditionen, Normen und Regeln festsetzen. Sie werden jedoch nicht nur in der unmittelbaren Produktion (Arbeiterbewusstsein) gesammelt, sondern »umspannen die gesamte Alltagswirklichkeit in ihren Leiden und Genüssen, Erinnerungen und Hoffnungen«;³¹ sie werden gelernt in der Familie, bei der Arbeit und in der unmittelbaren Gemeinschaft.³² Die gesamte gelebte proletarische Kultur bildet die Grundlage für das Klassenbewusstsein. Somit werden auch Erfahrungen jener Menschen einbezogen, die sich nicht in der doppelt freien Lohnarbeit verdingen müssen, jedoch die gleiche Lebenswelt teilen. Anders ausgedrückt: Ebenso die Erfahrungen von Kindern, Alten oder informell Beschäftigten bilden die Klasse und formen das Klassenbewusstsein.

Proletarisches Multiversum gegen die ökologische Krise

Mit dieser Interpretation wird Thompson anschlussfähig an moderne Vorstellungen sozialer Klasse. So haben etwa feministische Autorinnen wie Gabriele Winkler, Maria Mies oder Tithi Bhattacharya immer wieder auf die Bedeutung nicht warenförmiger Produktion hingewiesen und diese wahlweise als »Produktion des Lebens«, als »Subsistenzproduktion«, als »Care-Ökonomie« oder als »Reproduktion« der kapitalistischen Warenproduktion bezeichnet.³³ Bislang meist ausgeschlossene Gruppen – entlohnt oder nicht entlohnt arbeitende Frauen und Kinder, Dienstpersonal, das auf dem Land lebt und in die Stadt pendelt, Hausangestellte, migrantische Saisonarbeitskräfte, Prostituierte – finden damit verstärkt Beachtung in Klassenanalysen. Der Blick auf die Klassenverhältnisse in Afrika, Asien und Lateinamerika – und der Blick zurück in die westlichen Metropolen – macht es zudem möglich, weitere Arbeits- und Vergesellschaftungsformen zu integrieren, die nicht der Lohnarbeit in den kapitalistischen Zentren entsprechen: Formen von Sklaverei und anderer unfreier Arbeit, Reste subsistenzwirtschaftlicher Reproduktion, Wanderarbeit und informelle Arbeit. Dieses unscharf umris-

sene Heer proletarisierter und pauperisierter Gruppen existiert neben den industriell arbeitenden männlichen »Voll«-Proletariern.

- » Ausbeuterische Arbeit auf Zuckerrohrfeldern, kleinbäuerliche landwirtschaftliche Subsistenzsektoren und unbezahlte Hausfrauenarbeit sind somit nicht die Überreste einer vorkapitalistischen Zeit, sondern sind genauso modern wie die proletarisierte Lohnarbeit.«³⁴

Somit bildet das Proletariat ein multiethnisches, transnationales, geschlechterübergreifendes Subjekt, das keine vorausgesetzte Identität besitzt, sondern diese erst transversal konstituiert. Bisherige Begriffe reflektieren diese Pluralität: Peter Linebaugh und Marcus Rediker sprechen von »motley crew«, einem »buntscheckigen Haufen«;³⁵ bei Karl Heinz Roth rückt ein »proletarisches Multiversum«³⁶ in den Blick. Aus dieser *global perspective* entstehe jedoch gleichzeitig eine Globalität des Widerstandes, wie es Nicole Mayer-Ahuja formuliert hat.³⁷

Die Mitglieder dieser heterogenen Klasse teilen konkrete Erfahrungen sozialer Herrschaft, die häufig über die Kontrolle der Naturverhältnisse vermittelt ist. Damit treffen sie die sozialökologische Frage unserer Zeit, in der – wie oben angedeutet – der globale Kapitalismus das pure Überleben der Menschheit gefährdet. Konkret begegnet Menschen diese Krise etwa in Staudämmen, die bestehende Gemeinschaften bedrohen, Monokulturen, die das Grundwasser abschöpfen, Luftverschmutzungen im Rahmen von Industrieanlagen oder in der gegenwärtigen Enteignung öffentlicher Güter über Landgrabbing, die bisweilen als »fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation« bezeichnet wird.³⁸ Hinzu kommt green grabbing, womit eine umweltpolitische Strategie gemeint ist, natürliche Ressourcen zu ihrem Schutz ökonomisch in Wert zu setzen und damit neue Enteignungsprozesse kleinbäuerlicher und anderer lokaler Gemeinschaften auszulösen.³⁹

Doch klassenbasierter Widerstand weist verstärkt direkte ökologische Bezüge auf.⁴⁰ Mit dem *environmentalism of the poor*⁴¹ sind ökologische Bewegungen gemeint, deren Grundmotivation in der Verteidigung des Überlebens der Menschen sowie der ökologischen Kreisläufe, die sie umgeben, liegt – gegen eine fortschreitende ursprüngliche Akkumulation als gegenwärtige Zerstörung der Lebensgrundlagen.⁴²

In diesen Konflikten formt sich, laut Thompson, die soziale Klasse. Dabei kommt es immer wieder zu einer Überlagerung der sozialen und der ökologischen Frage. In vielen Fällen artikulieren größere gesellschaftliche Aufstände eine derartige Verbindung der Widersprüche explizit.⁴³ Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Regulation des globalen Kapitalismus neoliberal dominiert ist und die (semi-)proletarischen Haushalte von der weitgehenden Kommodifizierung der sozialen Infrastrukturen sowie der natürlichen Ressourcen gleichermaßen betroffen sind.⁴⁴

Ihnen geht es um die Verteidigung der Voraussetzungen nicht-kapitalistischer (Re-)Produktionsweisen innerhalb des komplex strukturierten Ganzen. Der »environmentalism of the poor« kann somit (kleinbäuerliche) Bewegungen meinen, die sich in Regionen und Ländern des Globalen Südens – meist gegen Akteur*innen aus dem Globalen Norden, aber auch gegen lokale Eliten – für den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen einsetzen, aber ebenso die weltweiten Kämpfe gegen die sozialökologischen Folgen der Privatisierung von Wasser, das gemeinsame Engagement der Klimagerechtigkeitsbewegung und der Gewerkschaft ver.di für eine klimaschützende Verkehrswende und bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Personennahverkehr oder Aktionen der radikalen Linken (#BlockIAA), für die die ökologischen Fragen immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Anmerkungen

- 1 Mitglieder einer sozialen Klasse teilen einerseits die Stellung im ökonomischen System einer Gesellschaft. Es geht hier also um ihr Verhältnis zum Eigentum an den Produktionsmitteln und, daraus abgeleitet, um den Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum. Andererseits weisen Klassenmitglieder jedoch auch meist ähnliche Haltungen, Werte und Einstellungen auf, die sich in ähnlichen klassenspezifischen Vorlieben und Praktiken ausdrücken.
- 2 Blome, Eva / Eiden-Offe, Patrick / Weinberg, Manfred (2010): Klassen-Bildung. Ein Problemaufriss, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur 35, H. 2, S. 158–194.
- 3 Marx, Karl (1962 [1867]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie Band I, in: Marx-Engels-Werke (zit. als: MEW) 23, Dietz, S. 313.

- 4 MEW 23, S. 741–791.
- 5 Ebd., S. 742.
- 6 Gerstenberger, Heide (2017): Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus. Westfälisches Dampfboot; Hallgrimsdottir, Helga Kristin / Benoit, Cecilia (2007): From Wage Slaves to Wage Workers: Cultural Opportunity Structures and the Evolution of the Wage Demands of the Knights of Labor and the American Federation of Labor, 1880–1900, in: *Social Forces* 85 H. 3, S. 1393–1411.
- 7 Senghaas-Knobloch, Eva (1976): Weibliche Arbeitskraft und gesellschaftliche Reproduktion. Eine Problemskizze, in: *Leviathan* 4 H. 4, S. 543–558.
- 8 Schmidt, Dorothea (2014): Mythen und Erfahrungen: die Einheit der deutschen Arbeiterklasse um 1900, in: *Prokla* 175, 44. Jg., S. 191–208.
- 9 Aulenbacher, Brigitte / Dammayr, Maria / Décieux, Fabienne (2014): Herrschaft, Arbeitsteilung, Ungleichheit, in: *Prokla* 175, 44. Jg., S. 209–224.
- 10 Federici, Silvia (2004): *Caliban and the Witch. Women, the Body and Primitive Accumulation*, Autonomedia. Silvia Federici ist eine der prominentesten Kritikerinnen des Marx'schen Konzepts der »ursprünglichen Akkumulation«. In »Caliban and the Witch« will sie zeigen, dass der Kapitalismus als sozioökonomisches System zwingend auf Rassismus und Sexismus angewiesen ist. Sie erläutert und begründet dies zentral mit dem Hinweis auf die Hexenverfolgung, die Ende des 15. Jahrhunderts begann und erst im 18. Jahrhundert beendet wurde. Die gewaltvolle Unterdrückung von Frauen bzw. die grausame Politik der Hexenverbrennung, die direkt ihre Körper betraf, sieht sie als wesentliche Aspekte, ohne die die »ursprüngliche Akkumulation« gar nicht zu denken sei. Eine textimmanente und historische Kritik an dieser Sichtweise findet sich u. a. hier: [<https://mcmxix.org/2019/10/23/caliban-and-the-witch-a-critical-analysis/>].
- 11 Scheele, Alexandra / Wöhl, Stefanie (Hrsg.) (2018): *Feminismus und Marxismus*, Beltz Juventa; Vogel, Lise (2019): *Marxismus und Frauenunterdrückung*, Unrast.
- 12 Brown, Heather (2021): *Geschlecht und Familie bei Marx*, Dietz.
- 13 MEW 23, S. 779.
- 14 Ebd., S. 742.
- 15 Ebd., S. 779.
- 16 Kuczynski, Jürgen (1961): *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*. Band 1, Akademie, S. 17.
- 17 MEW 23, S. 765.
- 18 Ebd., S. 761.
- 19 Ebd.

- 20 Wimmer, Christopher (2021): Lumpenproletariat. Die Unterklassen zwischen Diffamierung und revolutionärer Handlungsmacht, Schmetterling, S. 14ff.
- 21 Meyer, Ahlrich (1999): Die Logik der Revolten. Studien zur Sozialgeschichte 1789–1848, Verlag der Buchläden Schwarze Risse, Rote Straße, S. 12.
- 22 MEW 23, S. 660.
- 23 Marx, Karl / Engels, Friedrich (1963 [1848]): Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW 4, S. 464ff.
- 24 Ebd., S. 466.
- 25 MEW 23, S. 184.
- 26 Tronti, Mario (1974): Arbeiter und Kapital, Neue Kritik.
- 27 Thompson, Edward P. (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Suhrkamp.
- 28 Ebd., S. 209.
- 29 Ebd., S. 7/268.
- 30 Wimmer, Christopher (2023): Erfahrung und Arbeit. Die praxeologische Erweiterung des Marxismus bei Georg Lukács und Edward P. Thompson, in: Jahrbuch der Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft 21/22, S. 133–139.
- 31 Lüdtke, Alf (2015): Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Westfälisches Dampfboot, S. 315.
- 32 Thompson, Edward P. (1980): Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Campus, S. 237f.
- 33 Winker, Gabriele (2011): Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive, in: Das Argument 53. Jg., H. 3, S. 333–344; Mies Maria (2015): Patriarchat und Kapital, bge-Verlag; Bhattacharya, Tithi (2017): Social Reproduction Theory, Pluto.
- 34 Backhouse, Maria (2017): Ursprüngliche Akkumulation und Ideologie. Impulse von Stuart Hall, in: Backhouse Maria / Kalmring, Stefan / Nowak, Andreas (Hrsg.): In Hörweite von Stuart Hall: Gesellschaftskritik ohne Gewähr, Argument, S. 52.
- 35 Linebaugh, Peter / Rediker, Marcus (2008): Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks, Assoziation A.
- 36 Van der Linden, Marcel; Roth, Karl Heinz (Hrsg.) (2009): Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts, Assoziation A.
- 37 Mayer-Ahuja, Nicole / van der Linden, Marcel (Hrsg.) (2023): Power at Work. A Global Perspective on Work and Resistance, de Gruyter.

- 38 Glassman, Jim (2006): Primitive Accumulation, Accumulation by Dispossession, Accumulation by ›extra-economic‹ Means, in: *Progress in Human Geography*. 30. Jg., H. 5, S. 609.
- 39 Backhouse, Maria (2019): Green Grabbing, in: Brunner, Jana et al. (Hrsg.): *Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte*, Transcript, S. 122–126.
- 40 Wissen, Markus (2020): Klimakrise und Klassenkampf. Zum Verhältnis von ökologischen und sozialen Konflikten, in: *PROKLA* 200, 50. Jg., H. 3, S. 447f., 455f.
- 41 Martinez-Alier, Joan (2002): *Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation*, Edward Elgar.
- 42 Ebd., S. 10ff.
- 43 Ebd., S. 205.
- 44 Graf, Jakob / Landherr, Anna (2020): Der Tanz der Überflüssigen. Klassenkämpfe im Globalen Süden am Beispiel Chiles, in: *PROKLA* 200, 50. Jg., H. 3, S. 467–489.

KAPITEL 2

Vergesellschaftung und Demokratie

Vergesellschaftung zukunftsweisend gestalten

*Ein Entwurf von Prinzipien für
emanzipative und sozialökologisch
transformative Demokratisierung in
Vergesellschaftungsprozessen*

**Solveig Degen, Hannah Lucia Müller, Laura Porak,
Maximilian Ray Winkin**

Abstract

In akademischen und populären Diskursen um Vergesellschaftung geht es immer auch um Demokratisierung. Dabei bleibt oft unklar, was Demokratisierung im Kontext von Vergesellschaftung bedeutet und welche Voraussetzungen für eine emanzipative und sozialökologisch transformative Demokratisierung ökonomischer Prozesse erforderlich sind. Gestützt von radikaler Demokratietheorie und kritischem Realismus, argumentieren wir, dass verschiedene Prinzipien berücksichtigt werden sollten, um Demokratisierung in Vergesellschaftungsvorhaben emanzipativ und sozialökologisch transformativ zu gestalten. Bezugnehmend auf Steffen Herrmann und Matthias Flatscher, führen wir fünf Prinzipien ein: 1. die aktive und gleiche Teilhabe aller politischen Subjekte, 2. die Schaffung von Anfechtungsverfahren, 3. die Gewährleistung von Transparenz und Möglichkeitssinn, 4. die Etablierung institutioneller Selbstinfragestellung sowie 5. die Anerkennung biophysischer Grenzen. Diese Prinzipien können jedoch nicht immer gleich angewendet werden, sondern sollen vor allem der kontextspezifischen Ausgestaltung und kritischen Befragung von Vergesellschaftungsprozessen dienen. Neben der theoretischen

schen Herleitung diskutiert der Text die Prinzipien auch anhand von historischen und gegenwärtigen Vergesellschaftungsvorhaben.

Einleitung

Wenn von Vergesellschaftung die Rede ist, meint dies stets auch Demokratisierung. Aber was bedeutet Demokratisierung im Kontext von Vergesellschaftung? Es bleibt in akademischen und populären Diskursen zu Vergesellschaftung oft unklar, welche Voraussetzungen für eine Demokratisierung ökonomischer Prozesse erforderlich sind und welche Beteiligungs- und Organisationsformen sich dafür eignen. Diese Lücke findet sich auch in der Literatur zu sozialökologischen Transformationen, denn auch dort wird häufig keine präzise Definition für den Begriff »Demokratisierung« angegeben.¹ Darüber hinaus wird Demokratie sowohl als Ziel als auch als Instrument zur Förderung gesellschaftlichen Wandels genannt.² Dies geht oft mit einer sehr optimistischen, wenig begründeten Einschätzung des transformativen Potenzials von Demokratisierung einher.³ Vor diesem Hintergrund stellen sich uns zwei Fragen: Welche Formen und Prinzipien von Demokratisierung sind relevant, wenn wir über Vergesellschaftung sprechen? Und unter welchen Voraussetzungen kann Demokratisierung durch Vergesellschaftung zur sozialökologischen Transformation beitragen?

Vergesellschaftung sollte über eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse und die formale Erweiterung von Teilhabe in Entscheidungsprozessen hinausgehen. Wir argumentieren dafür, dass bei Vergesellschaftungsvorhaben verschiedene Prinzipien berücksichtigt werden müssen, um eine demokratische Entwicklung zu fördern, die sowohl emanzipatorisch als auch sozial-ökologisch transformativ ist. Basierend auf unserer Auseinandersetzung mit der radikalen Demokratietheorie und der kritisch-realistischen Annahme, dass soziale Systeme in biophysische Prozesse eingebettet sind, möchten wir im Folgenden fünf Prinzipien hervorheben. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass diese Prinzipien nicht in jedem Projekt gleichermaßen anwendbar sind, da die Ausformung von Demokratie immer kontextabhängig ist. Die Prinzipien können jedoch nicht immer identisch auf unterschiedliche Projekte

angewandt werden, da die Ausformung von Demokratie immer kontextabhängig ist.⁴ Vielmehr sollen sie eine emanzipative und sozialökologische Ausrichtung von Vergesellschaftungsvorhaben begünstigen und zugleich der kritischen Befragung von Vergesellschaftungsprozessen dienen.

Unser Beitrag ist wie folgt strukturiert: Zunächst identifizieren wir eine Leerstelle bezüglich der Definition von Demokratie in der Vergesellschaftungsliteratur. Dann, mit Bezug auf Steffen Herrmann und Matthias Flatscher,⁵ führen wir vier Prinzipien für emanzipative Demokratisierung ein, die jeweils durch ein Praxisbeispiel eines Vergesellschaftungsprozesses veranschaulicht werden. Weitergehend entwickeln wir die Anerkennung biophysischer Grenzen als fünftes Prinzip und diskutieren abschließend, inwiefern dieses in den Praxisbeispielen (nicht) adressiert wird.

Die Demokratie-»Leerstelle« in der Vergesellschaftungsdebatte

Dieser Beitrag fügt sich in eine Leerstelle zur Debatte um Demokratisierung, Vergesellschaftung und die sozialökologische Transformation ein. In der Literatur identifizieren wir zwei zentrale Argumentationsstränge.

Erstens wird die Demokratisierung der Wirtschaft als zentrales Mittel und Ziel einer sozialökologischen Transformation angesehen.⁶ Bei Heinz Bierbaum heißt es etwa, dass kapitalistische Eigentumsverhältnisse eine Schranke für die Weiterentwicklung moderner Gesellschaften darstellten.⁷ Doch während Probleme der kapitalistischen Produktionsweise intensiv debattiert werden, bleibt das Konzept der Demokratisierung oft unpräzise. Stattdessen werden Vergesellschaftung und Demokratisierung häufig gleichgesetzt bzw. erscheint Vergesellschaftung als konsequente Fortführung einer wirtschaftlichen Demokratisierung. Beide werden als Formen der Kooperation und Solidarität betrachtet, die im Gegensatz zu Verstaatlichung und einer auf den Markt ausgerichteten Wirtschaftsweise stehen. Zudem wird, wie auch von Felix Butzlaff kritisiert, nicht auf die erforderlichen Bedingungen (insbesondere Wertvorstellungen) eingegangen, damit Demokratisierung eine sozialökologische Transformation erwirkt.⁸

Zweitens beschäftigt sich die Literatur mit historischen sowie aktuellen Beispielen von Vergesellschaftung oder Wirtschaftsdemokratie.⁹ Oft geht es in den Texten um Konzepte oder Programme zur Demokratisierung der Wirtschaft oder spezifische Strukturmerkmale, wie etwa Entscheidungssysteme (z. B. das Rätssystem¹⁰ oder Subsidiaritätsprinzip¹¹). Doch bleibt unklar, welche Demokratieverständnisse den Konzepten zugrunde liegen und inwiefern normative Prinzipien (Werturteile) als Grundlage für Prozesse wirtschaftlicher Demokratisierung dienen sollten.

Prinzipien für emanzipative und sozialökologisch transformative Demokratisierung

Im folgenden Abschnitt legen wir, basierend auf Steffen Hermann und Matthias Flatscher,¹² vier Prinzipien für emanzipative Demokratisierung in Vergesellschaftungsprozessen dar und erweitern diese um ein fünftes Prinzip für sozialökologisch transformative Demokratisierung. Dafür stützen wir uns auf Einsichten der radikalen Demokratietheorie sowie des kritischen Realismus und greifen zur Illustration auf historische und gegenwärtige Vergesellschaftungsvorhaben zurück.

Emanzipative Demokratisierung in der radikalen Demokratietheorie

Der Begriff »radikale Demokratietheorien« umfasst verschiedene postfundamentale Theorien der Demokratie,¹³ die von einer radikalen Kontingenz ausgehen.¹⁴ Kontingenz bezeichnet hier die Vorstellung, dass soziale und politische Ordnungen immer veränderbar sind und nicht durch final festgelegte bzw. universal geltende Gesetze begründet werden können.¹⁵ Radikale Demokratietheorie hat sich vor allem in Abgrenzung zur liberal-demokratischen¹⁶ Annahme, dass Demokratie durch die Institutionalisierung von Repräsentationsformen (etwa durch Wahlen und politische Parteien) gegeben ist, entwickelt. Sie setzt dem entgegen, dass der Kern des Demokratischen in der menschlichen Fähigkeit besteht, über die Hervorbringung und Einrichtung der

Welt zu streiten und so bestehende Ordnungen zu verändern.¹⁷ Diese Anerkennung von Konflikt als Motor des Politischen, der Kontingenzgedanke sowie der Inklusions- und Pluralitätsanspruch machen die radikale Demokratietheorie zu einer passenden Theorie, um die Ausgestaltung und Ausrichtung von Vergesellschaftungsvorhaben daran zu orientieren: In der radikalen Demokratietheorie beschränkt sich die Anfechtung demokratischer Verhältnisse »nicht auf die Sphäre der Politik im engeren Sinne, sondern rekurriert auf eine Ausweitung und Vertiefung [...] von Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Selbstregierung auf sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens«.¹⁸ Strukturanalog zielen Vergesellschaftungsvorhaben häufig auf die Einbindung pluraler Interessen und die Ausweitung der demokratischen Selbstregierung, vor allem aber auf die demokratische Verfügung über Produktionsmittel ab.¹⁹ Hermann und Flatscher^{20,21} formulieren vier Prinzipien, die radikaldemokratische Grundsätze institutionstheoretisch zugänglich und anwendbar machen. Im Folgenden werden wir diese Prinzipien und ihren Beitrag zu emanzipativer Demokratisierung in Vergesellschaftungsvorhaben genauer erläutern.

Pluralität durch Gleichheit und Offenheit aller politischen Subjekte

Radikale Demokratietheorie betont die Bedeutung eines »pluralistischen Streits um die Gestaltung der Welt«²² für emanzipative Demokratisierung. Nicht nur sollen verschiedene Meinungen zugelassen, sondern auch die Andersartigkeit von Menschen im Handeln sowie die Legitimität multippler Kämpfe anerkannt werden.²³ Pluralität kann politisch nur verwirklicht werden, wenn durch die Etablierung von »sozio-politische[n] Institutionen der Universalität« universelle Gleichheit aktiv geschaffen wird.²⁴ Doch weder formale liberale Gleichheit noch sozialistisch wirtschaftliche Gleichheit gewährleisten universelle Gleichheit.²⁵ Für Vergesellschaftungsvorhaben bedeutet dies, Partizipationsmöglichkeiten für Betroffene und Nichtbetroffene zu schaffen und aktiv nach der Einbindung pluraler Interessen zu streben. Daher müsste die Vergesellschaftung eines Betriebes, wenn sie emanzipativ demokratisierend wirken soll, beispielsweise auch die demokratische Teilhabe von Nichtarbeitnehmer*innen ermöglichen.

Wie dies aussehen könnte, wollen wir anhand von Lucas Aerospace illustrieren: In den 1970er-Jahren waren die Arbeiter*innen des britischen Rüstungsunternehmens aufgrund staatlicher Kürzung der Verteidigungsausgaben mit der plötzlichen Prekarität ihrer Arbeitsplätze konfrontiert. Anstatt klassische Mittel des Arbeitskampfes zu wählen, versuchten sie ihre Arbeitsplätze langfristig zu sichern:²⁶ Arbeiter*innen jeglicher Produktionsstandorte und Qualifikationsniveaus wurden aufgerufen, Ideen für sozialökologische Produkte zu entwickeln, die mit den im Unternehmen vorhandenen Technologien und Fähigkeiten hergestellt werden könnten.²⁷ Daraus erarbeitete ein Komitee aus demokratisch gewählten gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen einen Katalog mit mehr als 150 Produkten wie z. B. Windturbinen, Hybridmotoren und Wärmepumpen.²⁸ Darüber hinaus erfragte das Komitee die Unterstützung von Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.²⁹ Zusätzlich war für das Komitee die Herstellung demokratischer Kontrolle auch über den Konzern hinaus ein zentrales Anliegen.³⁰ Es forderte die Produktion von lokal betriebenen Wärmepumpen, welche die demokratische Kontrolle der Stromproduktion und demokratische Teilhabe an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen für alle örtlichen Bewohner*innen ermöglichen.³¹ Trotzdem finden sich bei diesem Beispiel Exklusionsmechanismen. So kritisiert etwa Sonia Liff den Fokus auf die vornehmlich männliche Belegschaft, wodurch die Rolle von Care-Arbeit³² in sozial wünschenswerter Produktion vernachlässigt würde.³³

Konfliktualität durch Schaffung von Kontestationsverfahren und -institutionen

Die Befürwortung von Pluralität und die damit verbundenen unterschiedlichen Weltansichten, Werte und Interessen führen dazu, dass Konflikt ein integraler Bestandteil des menschlichen Zusammenlebens ist. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe betonen, dass Pluralismus zu Auseinandersetzungen führt, die auf die Durchsetzung einer diskursiven und politischen Hegemonie³⁴ abzielen.³⁵ Konflikt wird dabei als wünschenswert angesehen, da er die Kontinenz von soziopolitischen Ordnungen betont und eine aktive Austragung von Streit um die Gestaltung des Zusammenlebens ermöglicht. Dies erfordert die

Schaffung von Verfahren und Institutionen der Anfechtung, in denen widersprüchliche Standpunkte gehört werden.³⁶ Anstatt eines Stillstands im Entscheidungsprozess soll so ein auf Wechselseitigkeit beruhender Dialogprozess ermöglicht werden.³⁷ Durch die Bereitschaft, die Argumente der anderen Seite anzuhören, wird es möglich, für alle Beteiligten akzeptable Kompromisse zu erarbeiten.^{38,39} In Vergesellschaftungsvorhaben ist die Bejahung von Konflikt besonders wichtig, wenn sie den Anspruch haben, demokratisierend und sozialökologisch transformativ zu wirken. Nur wenn agonistisch⁴⁰ über verschiedene Interessen in der demokratischen Verwaltung von Produktionsmitteln gestritten wird und es einen geeigneten Rahmen gibt, Entscheidungen anzufechten und neu zu verhandeln, kann von einer demokratischen Vergesellschaftung gesprochen werden.

Dieses Prinzip illustrieren wir anhand des Beispiels der *Empresas Recuperadas*: Als Folge der argentinischen Wirtschaftskrise von 2001 meldeten fast 3000 argentinische Unternehmen Insolvenz an, und etwa jede fünfte Person wurde arbeitslos.⁴¹ Als Reaktion besetzten etwa 10000 Arbeitnehmer*innen zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze ihre Betriebe, um diese selbstverwaltet weiterzuführen. 2023 waren etwa 430 *Empresas Recuperadas* oder »reaktivierte Unternehmen« verschiedenster Sektoren registriert.⁴² Dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle, sondern um eine Bewegung von Belegschaften zur Vergesellschaftung und Demokratisierung von Betrieben handelt, macht die *Empresas Recuperadas* zu einem beispielhaften Fall emanzipativer Vergesellschaftungsprozesse.

Auch wenn die wieder in Gang gesetzten Unternehmen eine heterogene Gruppe darstellen, teilen sie Grundprinzipien wie Solidarität unter den Arbeiter*innen und ihrem sozialen Umfeld, demokratische und gleichberechtigte Entscheidungsfindungsprozesse, kollektivierte Eigentum an den Produktionsmitteln sowie die praktische Anwendung dieser Grundsätze.⁴³ Die sich durch flache Hierarchien auszeichnende demokratische und flexible Gestaltung der Arbeitsverhältnisse ermöglicht dabei eine politisierte Konflikthaftigkeit, für die mit der Vollversammlung als höchstem Entscheidungsgremium ein Rahmen zur aktiven und kontinuierlichen Kontestation geschaffen ist.⁴⁴

Kontingenz durch die Gewährleistung von Transparenz und Möglichkeitssinn

Hermanns und Flatschers drittes Prinzip geht auf den Kerngedanken radikaler Demokratietheorien zurück.⁴⁵ Wenn jede Ordnung veränderbar ist, dann sollte eine demokratische Organisationsform auch ihre eigene Veränderung befürworten und begünstigen. Das bedeutet, Pfadabhängigkeiten in der eigenen historischen Entwicklung sichtbar zu machen. In der Folge können sie in einem politischen Diskurs auf Grundlage von Werten wie Freiheit, Gleichheit oder Selbstbestimmung neu konzipiert werden. Die Institutionalisierung von Kontingenz in politischen Organisationen kann durch Transparenz und Möglichkeitssinn gewährleistet werden. Transparenz meint hier neben der Offenlegung von Entscheidungsfindungen auch die proaktive und klare Darlegung der Gründe für politische Entscheidungen und ihre Präsentation als nicht unumstößlich, sondern offen für Überprüfungen und Gegenentwürfe. Um die Tendenz von sich selbst verschließenden Institutionen zu bekämpfen, soll durch die Kultivierung von »Möglichkeitssinn« die Botschaft vermittelt werden, dass es immer Alternativen gibt.⁴⁶ Für Vergesellschaftungsvorhaben sind diese offene Kommunikation von Entscheidungsfindungen und die Offenheit für alternative Gestaltung wichtig, um keine sich reproduzierenden Hierarchien entstehen zu lassen und niemanden von Entscheidungsprozessen auszuschließen.

Dies wird am Beispiel von GKN veranschaulicht:⁴⁷ 2021 besetzten rund 500 Arbeiter*innen des Autozulieferbetriebs GKN in der Nähe von Florenz ihre Fabrik durch eine permanente Betriebsversammlung, um diese vor der Schließung zu bewahren. Im Rahmen der dauerhaften Betriebsversammlung entwarfen die Arbeiter*innen zur Arbeitsplatzerhaltung einen Vorschlag für ökologisch nachhaltigere Produktionsalternativen (etwa Elektrolyseure zur Herstellung von grünem Wasserstoff, Achswellen für Busse, Photovoltaikanlagen und Lastenräder), die mit den Gegebenheiten der Fabrik und Fähigkeiten der Arbeiter*innen zu verwirklichen sind. In den Kampf für einen ökologischen Umbau nach einem Konversionsplan sind die Klimagerechtigkeitsbewegung und Wissenschaftler*innen involviert.⁴⁸

Der GKN-Konversionskampf ist ein anschauliches Beispiel für die Transparenz von Institutionen in einem Vergesellschaftungsprozess: Unter Einbezug einer breiten Öffentlichkeit werden ein Konversionsplan ausgearbeitet und eine Perspektive für nachhaltige Produktion geschaffen. Gerade die Berücksichtigung unterschiedlicher Standpunkte auch außerhalb der Fabrik fördert zusätzliche Transparenz.

Sichtbarmachung politischer Urgewalt durch institutionelle Selbstinfragestellung

Das letzte von Hermann und Flatscher diskutierte Prinzip ist die institutionelle Selbstinfragestellung.⁴⁹ Demokratische Ordnungen etablieren, auch wenn sie hierarchische Strukturen ablösen, dennoch eine gesellschaftliche Ordnung auf Kosten einer anderen. Besonders demokratische Organisationen sollten daher das Bewusstsein für dieses »politische Paradox« schärfen und Institutionen etablieren, die politische Abläufe kontinuierlich überwachen, um Inklusions- und Exklusionsmechanismen aufzudecken und transparent zu machen.⁵⁰ In Vergesellschaftungsprozessen könnte dies bedeuten, dass die Satzung der sozialen Organisation Mechanismen zur institutionellen Neugestaltung beinhaltet. Darüber hinaus könnten Gremien zur kritischen Reflexion von Diskriminierungsstrukturen und anonyme Beschwerdestellen eingerichtet werden.

Dieses Prinzip soll anhand der Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« (DWE)* dargestellt werden: Am 26. April 2018 verkündete die DWE-Kampagne erstmals ihre Pläne für ein Volksbegehren zur Vergesellschaftung großer in Berlin tätiger Immobilienunternehmen. Die Bewegung entstand 2016 aus einem aktiven Netzwerk von Mieter*innen als eine Reaktion auf die neoliberale Verschiebung des Berliner Wohnungsmarkts, die sich in steigenden Mieten und fehlenden Renovierungen zeigte.⁵¹ DWE fordert zum einen die Enteignung aller nicht gemeinnützigen Immobilienunternehmen mit mehr als 3000 Wohnungen und deren Umwandlung in Gemeingut; zum

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Tilman Wendelin Alder: Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung.

anderen die Überführung dieser in eine »Anstalt des öffentlichen Rechts«, welche die demokratische Kontrolle über die Verwendung der Mieteinnahmen und Veränderungen an der Bausubstanz garantieren soll. Dabei sollen Betroffene und weitere Teile der Bevölkerung konsequent Teil der Entscheidungsprozesse sein.⁵²

Aufbauend auf einem Verständnis von Demokratisierung als dynamischem Prozess, erkennt DWE an, dass demokratische Institutionen nicht automatisch zu Partizipation führen und folglich kontinuierlich kritisch geprüft, angepasst oder, falls erforderlich, neu gestaltet werden müssen.⁵³ Infolgedessen deklariert DWE, dass die Selbstorganisation der Mieter*innen zu fördern sei.⁵⁴ Weitergehend plant DWE, sogenannte Organizer zu beschäftigen, die durch Workshops, das Verteilen von Infomaterial und Stadtteilarbeit Barrieren zur Partizipation abbauen sollen. Eine Partizipations- und Antidiskriminierungsstelle soll aktiv Diversität in den partizipativen Organen fördern,⁵⁵ strukturelle Diskriminierung und andere Barrieren zur Partizipation kritisch reflektieren und als Anlaufstelle für von Diskriminierung Betroffene dienen. So schafft DWE bewusst Institutionen, um Inklusions- und Exklusionsmechanismen transparent zu machen und abzubauen.

Die Anerkennung biophysischer Grenzen als Prinzip für sozialökologisch transformative Demokratisierung

Den oben genannten vier Prinzipien für eine emanzipative Demokratisierung wollen wir für eine sozialökologisch transformative Ausrichtung ein fünftes zur Seite stellen: die Anerkennung der Einbettung von sozialen Systemen in biophysische Prozesse. Wir argumentieren, dass dieses Prinzip die Lösung wirtschaftlichen Determinismus⁵⁶ und den Schutz zukünftiger demokratischer Erfahrungsräume ermöglicht. Wir nehmen an, dass die vollständige Entkopplung von Umweltverbrauch und Wirtschaftswachstum unmöglich ist.⁵⁷ Folglich bedeutet ein Festhalten am Wachstumsparadigma mittelfristig eine Überschreitung biophysischer Grenzen mit nichtlinearen, abrupten und nicht umkehrbaren Umweltveränderungen.⁵⁸ Diese Abwägung gründet nicht

nur auf moralischen Überlegungen, sondern auf einer kritisch-realistischen Ontologie und steht somit nicht im Konflikt zum kontingenten Demokratieverständnis der radikalen Demokratietheorie.

Der kritische Realismus ist eine Wissenschaftsphilosophie, die ontologischen⁵⁹ Realismus, epistemologischen⁶⁰ Relativismus und wertenden Rationalismus⁶¹ vereint.⁶² Ontologischer Realismus betont die Existenz einer äußeren Welt, in der das Soziale in nichtmenschliche Naturprozesse eingebettet ist.⁶³ Im Rahmen des epistemologischen Relativismus lehnt der kritische Realismus einen direkten Zugang zum Realen ab und stimmt mit der sozial konstruktivistischen These überein, dass ein prä- oder nicht diskursiver Zugang zur realen Welt nicht möglich sei.⁶⁴ Strukturanalog zur radikalen Demokratietheorie ist die Wissensproduktion umkämpft, aber nicht beliebig. Vielmehr ist eine bestimmte Entsprechung zur realen Welt notwendig, was in der Annahme des wertenden Rationalismus gefasst ist.⁶⁵

Diese kritisch-realistische Ontologie bietet die Grundlage für das Argument, dass Wirtschaftssysteme in die natürliche Umwelt eingebettet sind und biophysikalischen Gesetzmäßigkeiten wie der Thermodynamik unterliegen.⁶⁶ Da der Zugang zu Forschungsgegenständen aus Sicht des kritischen Realismus immer diskursiv vermittelt und normativ vorgeprägt ist, sind biophysikalische Grenzen jedoch auch nicht endgültig oder objektiv bestimmbar.⁶⁷

Die Relevanz dieses fünften Prinzips für sozialökologische und emanzipative Vergesellschaftung lässt sich aus dreifacher Sicht argumentieren: Erstens führt unkontrolliertes wirtschaftliches Wachstum zu einer Überschreitung planetarer Grenzen mit destruktiven Konsequenzen. Folglich dürfen Vergesellschaftungsprozesse, sofern diese zur sozialökologischen Transformation beitragen sollen, den Wachstumszwang nicht reproduzieren. Dies könnte auf gesamtwirtschaftlicher oder auf betrieblicher Ebene beispielsweise durch demokratische Investitionsräte, die über die Verteilung und den Umfang von Ressourcenverbrauch entscheiden,⁶⁸ oder durch die Gleichstellung von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen organisiert werden.

Zweitens kann argumentiert werden, dass erst durch die Abkehr vom Wachstumszwang die nötige Autonomie für demokratisches Handeln erlangt

wird.⁶⁹ Das Potenzial von Gesellschaften, sich demokratisch zu organisieren und politisch autonom zu werden, wird durch den strukturellen Wachstumszwang im kapitalistischen System eingeschränkt.⁷⁰ Eine Abkehr vom Wachstumszwang ist daher nicht nur aus ökologischer Sicht notwendig, sondern auch ein Schlüssel zur Emanzipation von wirtschaftlichem Determinismus.⁷¹ Die Wirtschaft soll nicht mehr als Selbstzweck existieren, sondern in die Gesellschaft »eingebettet«⁷² und für alle gesellschaftlichen Bereiche einer demokratischen Steuerung und Gestaltung zugänglich sein. Daher muss ein emanzipatives und sozialökologisch transformatives Vergesellschaftungskonzept nicht nur ein alternatives Wirtschafts- und Entscheidungsmodell bieten, sondern sich immer auch dem wirtschaftlichen Determinismus widersetzen und die politische Gestaltbarkeit wieder aneignen.

Drittens ist der Mensch für seine eigene Reproduktion sowie die Reproduktion sozialer Systeme darauf angewiesen, sich die Natur anzueignen.⁷³ Dabei ist die Art der Aneignung und Reproduktionsform jedoch nicht festgelegt.⁷⁴ Verfolgt man ein kontingentes Demokratieverständnis, dann ist die Organisation dieser Reproduktion Teil der demokratischen Gestaltungsfreiheit. Diese wird jedoch von der Überlastung biophysischer Prozesse begrenzt. Eine solche Überlastung intensiviert Versorgungsprobleme und vertieft bestehende Ungleichheiten. Laut Dagmar Comtesse et al. ist das Potenzial radikaler Demokratie durch die Kontingenz sozialer Ordnungen zwar immer gegeben, Gesellschaften müssen allerdings »fortwährend bereit sein, ihre eigene Kontingenz auszuweisen.«⁷⁵ Demokratische Politik steht daher stets vor der Herausforderung, die Kontingenz von hegemonialen Ordnungen wahrnehmbar zu machen. Dies wird in Zeiten von Versorgungsproblemen und Ressourcenknappheit einerseits begünstigt, da diese Missverhältnisse und Ausschlussprozesse bestehender Strukturen schonungslos aufzeigen. Andererseits schränkt es möglicherweise auch die Kapazitäten für politische Mobilisierung und streithafte Umgestaltung ein.

Im Folgenden diskutieren wir, inwiefern dieses fünfte Prinzip in den zuvor besprochenen Beispielen von Vergesellschaftung berücksichtigt wird.

Im ersten Beispiel der Firma Lucas Aerospace betont das Komitee die Ressourcenknappheit als Auslöser verschiedener Krisen und leitet daraus

eine Verantwortung für eine möglichst nachhaltige und ressourcenschonende Produktionsweise ab.⁷⁶ Neben diesem Fokus auf sozialökologische Produktion zeigt auch die Ablehnung geplanter Obsoleszenz aufgrund negativer Umweltauswirkungen die Anerkennung planetarer Grenzen. Wenn auch die Arbeitsplatzsicherung oberste Priorität für die Konversionspläne hatte,⁷⁷ so wurden physische Grenzen menschlicher Produktion und Konsumtion anerkannt und entsprechend sozialökologische Ansätze in den Lucas Plan integriert.⁷⁸

Entstanden als Reaktion auf wirtschaftliche Unsicherheit, stand auch bei der Bewegung der *Empresas Recuperadas* die Arbeitsplatzsicherung im Mittelpunkt. Ökologische Aspekte scheinen dabei bis heute, zumindest auf unternehmensübergreifender Ebene (z. B. bei Dachverbänden), keine zentrale Rolle zu spielen.⁷⁹ Bereits bestehende Strukturen und Mechanismen wie Dachverbände, die Vollversammlung oder eine rotierende Arbeitsorganisation ermöglichen jedoch die demokratische Kontrolle über Ressourcennutzung und bieten Potenzial für eine Anerkennung planetarer Grenzen.

In der »Deutsche Wohnen & Co enteignen«-Kampagne (DWE) und im Kampf für die Konversion des Autozulieferers GKN ist die Abkehr vom kapitalistischen Wachstumsparadigma ein erklärtes Ziel. DWE integriert dabei zwar ökologische Zielsetzungen in ihre Satzung, jedoch wird kritisiert, dass ökologische Ziele bisher nicht ausreichend berücksichtigt werden und die für ihre Berücksichtigung etablierte »Klimataskforce« in ihren Bestrebungen nicht ernstgenommen wird.⁸⁰

Im Zuge der Betriebsbesetzung gegen die Schließung des GKN-Werks bildeten dessen Arbeiter*innen Allianzen mit der Klimabewegung und mobilisierten Wissenschaftler*innen für die Ausarbeitung eines Konversionsplans für die Fabrik. Neben der Selbstverwaltung des Betriebs ist die ökologische Transformation der Produktionsstrukturen mittlerweile das Hauptziel dieses Plans. Dabei werden nicht nur planetare Grenzen anerkannt, es gibt auch ein Bewusstsein dafür, dass die Konversion eines Werkes allein noch keine sozialökologische Transformation erzielt. Dies erfordere laut ehemaligem Betriebsrat einen landesweiten Generalstreik, getragen von der Klima- und Arbeiter*innenbewegung.⁸¹

Die vorgestellten Beispiele zeigen, dass Vergesellschaftungsvorhaben das Potenzial haben, sich vom wirtschaftlichen Determinismus zu lösen und eine demokratische Kontrolle über Produktionsmittel zu ermöglichen. Allerdings operieren sie innerhalb eines kapitalistischen Wirtschaftssystems, was die Handlungsspielräume von Vergesellschaftungsvorhaben begrenzt. Gleichzeitig kann das Ansetzen an bestehenden Strukturen aber auch im Sinne von »symbiotischen⁸² Transformationsstrategien«⁸³ zu sozialökologischen Lebens- und Produktionsweisen beitragen. Anders als Strategien, die auf eine Transformation durch konfrontative Brüche mit bestehenden Institutionen und gesellschaftlichen Strukturen setzen, oder Nischenstrategien, die versuchen, neue Formen sozialer Ermächtigung in den Zwischenräumen der Gesellschaft und jenseits des Staats zu verwirklichen, setzen symbiotische Strategien auf die Veränderung bestehender institutioneller Formen, um gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten innerhalb des existierenden Systems auszuweiten und dieses letztlich zu transformieren. Sowohl die sektorenübergreifenden *Empresas Recuperadas* in Argentinien als auch die DWE-Initiative in Berlin lassen erkennen, wie Demokratisierung und die Anerkennung planerter Grenzen durch Vergesellschaftung in der Wirtschaft langsam vorangetrieben werden könnten.

Fazit

In unserem Beitrag haben wir fünf Prinzipien für Demokratisierung vorgestellt, die eine emanzipatorische sowie sozialökologisch transformative Ausrichtung von Vergesellschaftungsprozessen unterstützen können. Diese Prinzipien stehen dabei in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander: So zeigen die diskutierten Beispiele, dass mittels Möglichkeitssinn gegenüber bestehenden Fähigkeiten und Produktionsmitteln verschiedenste sozialökologische Alternativen entworfen werden können. Anfechtungsverfahren ermöglichen zudem die Bearbeitung (vermeintlich) widerstreitender Zielsetzungen, wie etwa des Erhalts von Arbeitsplätzen und einer Abkehr von wachstumsorientierter Produktion. Im Sinne des Prinzips der Pluralität ist außerdem die Einbindung von weiten Teilen der Gesellschaft nötig, um unvorhersehbaren

Effekten der Klimakrise Rechnung zu tragen und den symbiotisch-transformativen Charakter von Vergesellschaftungsvorhaben zu entfalten. Schließlich illustrieren die Beispiele die größte Herausforderung für Demokratisierung und Vergesellschaftung die Logik des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Dabei ist die »kapitalistische Umwelt« oft Triebkraft und Hindernis zugleich. Gerade in Anbetracht dessen ist eine kritische Auseinandersetzung mit den fünf von uns genannten Prinzipien von zentraler Bedeutung für sozialökologisch transformative und demokratisch emanzipative Vergesellschaftung.

Anmerkungen

- 1 Blühdorn, Ingolfur (2018): Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft, in: Berliner Journal für Soziologie, 28(1-2), 151–180; Blühdorn, Ingolfur (2020): The legitimation crisis of democracy: emancipatory politics, the environmental state and the glass ceiling to socio-ecological transformation. in: Environmental Politics, 29(1), S. 38–57; Bohmann, Ulf / Muraca, Barbara (2016): Demokratische Transformation als Transformation der Demokratie: Postwachstum und radikale Demokratie, in: Wachstum – Krise und Kritik, S. 289–311.
- 2 Ebd.
- 3 Vgl. z. B. Butzlaff, Felix (2020): Transformation durch Demokratisierung? Wertewandel und neue Konfliktlinien, in: Hausknot, Daniel / Mock, Mirijam / Butzlaff, Felix / Deflorian, Michael (Hrsg.): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet, Transcript Verlag, S. 273–302; Blühdorn (2018, 2020).
- 4 Comtesse, Dagmar / Flügel-Martinsen, Oliver / Martinsen, Franziska, et al. (Hrsg.): Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch, Suhrkamp, S. 457–483.
- 5 Herrmann, Steffen / Flatscher, Matthias (2020): Institutionen des Politischen. Ein Problemaufriss aus radikaldemokratischer Perspektive, in: Herrmann, Steffen / Flatscher Matthias (Hrsg.): Institutionen des Politischen, Nomos Verlag, S. 7–24.
- 6 Vgl. z. B. Butzlaff (2020). Stoll, Niklas (2022): Vergesellschaftung als Transformationsstrategie. »Deutsche Wohnen & Co enteignen« im diskursiven und politischen Kontext. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 52(209), S. 631–648; Demirović, Alexander (2018): Wirtschaftsdemokratie neu denken. Westfälisches Dampfboot, 1. Edition.

- 7 Bierbaum, Heinz (2018): Wirtschaftsdemokratie – von der Mitbestimmung zur sozialistischen Transformation, in: Demirović, Alexander (2018): Wirtschaftsdemokratie neu denken. Westfälisches Dampfboot, 1. Edition.
- 8 Butzlaff (2020).
- 9 Zum Beispiel Beerhorst, Joachim (2009): Vergesellschaftung! Welche Vergesellschaftung? Über Finanzmarktkapitalismus, Krise und Demokratisierung der Wirtschaft. KJ / Kritische Justiz 42, 148–166. 10.5771/0023-4834-2009-2-148. Hoffrogge, Ralf (2014): Wirtschaftsdemokratie als Weg zum Sozialismus? Ein kurzer Abriss der Ideen zur Wirtschaftsdemokratie in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Weipert, Axel (Hrsg.): Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie, Nora (Verlag), S. 80–99.
- 10 Das Rätssystem bezeichnet ein direktdemokratisches System, das aus marxistischen bzw. anarchistischen Strömungen kommt. Grundgedanke ist es, durch Hierarchien von Räten, die sich aus Vertreter*innen unterschiedlicher betroffener Bevölkerungsgruppen zusammensetzen, basisdemokratisch legitimierte Entscheidungen zu treffen. Das Rätssystem soll also der Umsetzung eines direktdemokratischen Volkswillens dienen.
- 11 Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass (höhere) staatliche Institutionen nur dann (aber auch immer dann) regulativ eingreifen sollten, wenn die Möglichkeiten des Einzelnen, einer kleineren Gruppe oder niedrigeren Hierarchieebene allein nicht ausreichen, eine bestimmte Aufgabe zu lösen.
- 12 Herrmann, Steffen / Flatscher, Matthias (2020): Institutionen des Politischen. Ein Problemaufriss aus radikaldemokratischer Perspektive, in: Herrmann, Steffen / Flatscher Matthias (Hrsg.): Institutionen des Politischen, Nomos Verlag, S. 7–24.
- 13 Der Begriff »postfundamentale Demokratietheorien« bezieht sich auf eine Gruppe von demokratietheoretischen Ansätzen, die sich kritisch mit traditionellen Demokratievorstellungen auseinandersetzen. In traditionellen Demokratietheorien, zum Beispiel liberalen Demokratietheorien, besteht die Ansicht, dass Demokratie auf festen Grundlagen wie bestimmten Rechten, Gesetzen oder bestimmten institutionellen Strukturen beruht. Postfundamentale Ansätze hinterfragen diese Annahme und bestreiten, dass es eine universelle und unveränderliche Grundlage für Demokratie gibt. Sie betonen dagegen die Vielfalt und Dynamik demokratischer Praktiken und sind der Meinung, dass sich Demokratie nie abschließend definieren lässt und immer kontextabhängig von Menschen gestaltet wird.
- 14 Comtesse / Flügel-Martinsen / Martinsen / Nonhoff (2019).
- 15 Marchart, Oliver (2019): Kontingenz/Grundlosigkeit, in: Comtesse, Dagmar / Flügel-Martinsen, Oliver / Martinsen, Franziska / Nonhoff, Martin (Hrsg.): Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch, Suhrkamp, S. 572–576.

- 16 Liberal-demokratisch bezeichnet liberale Demokratietheorien, die auf eine individualistische und repräsentative Demokratie fokussiert sind. Dieser Fokus resultiert aus dem Individualismus, der der liberalen politischen Theorie inhärent ist.
- 17 Comtesse / Flügel-Martinsen / Martinsen / Nonhoff (2019), S. 472.
- 18 Herrmann / Flatscher (2020).
- 19 Stupka, Jenny (2023): Die politisch-strategischen und theoretischen Potenziale von Vergesellschaftung, in: Banhierl, Lemon / Elsler, Rafaela / Gerner, Nadine, et al. (Hrsg.): *Neue Energie für Vergesellschaftung für neue Energie* [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Vergesellschaftung_Broschur_Web.pdf], S. 12–17; Candeias, Marios / Demirović, Alex / Fried, Barbara, et al. (2022): Believe the hype! Vergesellschaftung kann ein Kompass für die Erneuerung der Linken sein, in: *Besitz ergreifen. LuXemburg 1/2022*, S. 20–31.
- 20 Herrmann / Flatscher (2020).
- 21 Für einen aktuellen und umfassenden Beitrag zur Institutionenfrage in der radikalen Demokratietheorie siehe Herrmann, Steffen / Flatscher, Matthias (Hrsg.) (2020): *Institutionen des Politischen*, Nomos Verlag.
- 22 Flügel-Martinsen, Oliver / Friedrichs, Werner (2019): Intensive versus grundlose Demokratie, in: Comtesse, Dagmar / Flügel-Martinsen, Oliver / Martinsen, Franziska / Nonhoff, Martin (Hrsg.): *Radikale Demokratietheorie: Ein Handbuch*, Suhrkamp, S. 703–716.
- 23 Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (1985): *Hegemonie und radikale Demokratie zur Dekonstruktion des Marxismus*, Passagen Verlag, S. 188. Prinz, Janosch (2019): Pluralismus, in: Comtesse, Dagmar / Flügel-Martinsen, Oliver / Martinsen, Franziska / Nonhoff, Martin (Hrsg.): *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Suhrkamp, S. 681–689.
- 24 Herrmann / Flatscher (2020).
- 25 Vgl. ebd., S. 19.
- 26 McLoughlin, Kate (2017): Socially useful production in the defence industry: the Lucas Aerospace combine committee and the Labour government, 1974–1979. *Contemporary British History*, 31(4), S. 524–545.
- 27 Räthzel, Nora / Uzzell, David / Elliott, Dave (2010): Can trade unions become environmental innovators? *Soundings*, 46(46), S. 76–87.
- 28 Smith, Adrian (2014): Technology networks for socially useful production. *Journal of Peer Production*, 5, S. 1–9. Braybrooke, Kate / Smith, Adrian (2020): Makerspaces and peer production, in: O’Neil, Mathieu / Pentzold, Christian / Toupin, Sophie: *The handbook of peer production*, Wiley-Blackwell [<https://doi.org/10.1002/9781119537151.ch26>], S. 347–358.
- 29 Mc Loughlin (2017).

- 30 Wainwright, Hillary / Elliott, Dave (1982): *The Lucas plan. A new trade unionism in the making?* London: Allison & Busby.
- 31 Correia Luis (producer) / Sprung, Steve (director) (2018): *THE PLAN* that came from the bottom up (movie). Vereinigtes Königreich, Portugal: LX Films (PT), Faction Films (UK), 00:14:20.
- 32 Care-Arbeit beschreibt die Tätigkeiten der Sorgearbeit und des Sichkümmerns. Beispiele dafür sind neben Alten- und häuslicher Pflege die Kinderbetreuung und familiäre Unterstützung. Care-Arbeit wurde historisch und wird auch heute noch primär unbezahlt oder unterbezahlt von Flinta*-Personen geleistet.
- 33 Liff, Sonia (1985): *Women Factory Workers – What Could Socially Useful Production Mean for Them?* Collective Design/Projects, Very Nice Work If You Can Get It, Nottingham: Spokesman.
- 34 Hegemonie bezieht sich auf die dominierende kulturelle, politische und ideologische Führung einer Gruppe oder Klasse über die Gesellschaft. Es geht dabei um die Fähigkeit einer bestimmten sozialen Gruppe, ihre Werte, Überzeugungen und Interessen als allgemein akzeptiert und normalisiert durchzusetzen, wodurch sie eine führende Position in der Gesellschaft einnimmt.
- 35 Laclau / Mouffe (1985), S. 161.
- 36 Herrmann / Flatscher (2020), S. 28.
- 37 Tully, James (2002): *The Unfreedom of the Moderns in Comparison to Their Ideals of Constitutional Democracy*, in: *The Modern Law Review* 65 (2), S. 218, zitiert in: Westphal, Manon (2020): *Politische Institutionen als Gegenstand agonaler Demokratietheorie. Kritik und Design*, in: Herrmann, Steffen / Flatscher, Matthias (Hrsg): *Institutionen des Politischen*, Nomos Verlag, S. 210.
- 38 Im Gegensatz zu deliberativen Ansätzen nimmt ein radikaldemokratisches Verständnis von Dialog jedoch nicht an, dass ein Konsens zwischen strittigen Positionen erreicht werden muss. Vielmehr zielt gelungene Konfliktregulierung auf »kompromisshafte Einigungen über strittige Fragen unter Bedingungen fortbestehender Dissense« (Westphal 2020, S. 211).
- 39 Westphal, Manon (2020): *Politische Institutionen als Gegenstand agonaler Demokratietheorie. Kritik und Design*. In: Herrmann, Steffen / Flatscher, Matthias (Hrsg): *Institutionen des Politischen*, Nomos Verlag, S. 203–224.
- 40 Agonismus nach Chantal Mouffe bezieht sich auf die Idee, dass politische Diskussionen und Debatten von einem Geist des respektvollen Wettbewerbs und der Anerkennung der legitimen Existenz unterschiedlicher Perspektiven geprägt sein sollten. Agonismus hebt die Bedeutung von politischem Streit und Kompromissfindung hervor, anstatt nach einem unrealistischen Konsens zu streben, der die Vielfalt der Meinungen ignoriert. Agonismus grenzt sich dabei vom Antagonismus ab, der einen tie-

- feren und unüberbrückbaren Konflikt bezeichnet und der zu einer feindseligen Haltung zwischen den politischen Akteur*innen führen kann.
- 41 Roesler, Jörg (2014): Die empresas recuperadas. Entstehen und Erfahrungen mit Selbstverwaltungsbetrieben in Argentinien während des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts. Musterbeispiel für die Demokratisierung der Wirtschaft von unten?, in: Weipert, Axel (Hrsg.): Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie. Nora (Verlag), S. 191–200.
- 42 Instituto Nacional de Asociativismo y Economía Social (2023): Registro Nacional de Empresas Recuperadas [<https://www.argentina.gob.ar/inaes/registro-nacional-de-empresas-recuperadas>].
- 43 Tauss, Aaron (2012): Argentinien besetzte Betriebe. Über das emanzipatorische Potenzial und die Dilemmas der Selbstverwaltung. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 42 (168), S. 501–516; Bauni, Natalia / Fajn, Gabriel (2010): Las regulaciones de trabajo en las empresas recuperadas, in: *Gestion Obrera: Del fragmento a la acción colectiva*. Libros, S. 19–30.
- 44 Kasparian, Denise Romina (2017): *Lucha ¿sin patrón?: Un estudio sobre la configuración de la conflictividad de trabajo en empresas recuperadas y cooperativas del Programa Argentina Trabaja*. Universidad de Buenos Aires. Facultad de Ciencias Sociales (Dissertation). Tauss (2012).
- 45 Herrmann / Flatscher (2020).
- 46 Vgl. ebd., S. 20.
- 47 Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Artikels (Dezember 2023) wird die ehemalige GKN-Fabrik in der Nähe von Florenz weiterhin von 350 Arbeiter*innen des Collettivo di Fabbrica im Rahmen einer dauerhaften Betriebsversammlung besetzt. Die Arbeiter*innen organisierten zuletzt gemeinsam mit Fridays for Future und ökologischen Landwirt*innen den Klimastreik in Florenz und arbeiten mit Wissenschaftler*innen an einem Transformationsplan für die Fabrik. Sie finanzieren sich durch Spenden und Reste eines vom letzten Besitzer ausgezahlten Transformationsgeldes.
- 48 Keil, Katharina (2022): Fabrikbesetzung for Future, in: *Express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*. 12. Leonardi, Emanuele / Perrotta, Mimmo (2022): Emanuele Leonardi & Mimmo Perrotta interview Dario Salvetti. *Platforms, Populisms, Pandemics and Riots (PPPR)* [<https://projectpppr.org/populisms/emmanuele-leonardi-amp-mimmo-perrotta-interview-dario-salvetti>]; Behr, Alexander / Steinwender, Lucia (2023): GKN Florenz: Fabrikschließung oder ökologischer Umbau? [Radiobeitrag], *Österreich 1* [<https://oe1.orf.at/programm/20230925/733596/GKN-Florenz-Fabrikschliessung-oder-oekologischer-Umbau>].
- 49 Herrmann / Flatscher (2020).

- 50 Vgl. Herrmann / Flatscher (2020); Ricœur, Paul (1974): Das politische Paradox, in: Ricœur, Paul / Leick, Romain: Geschichte und Wahrheit, List, S. 248–276.
- 51 Banabak, Selim / Dorner, Julia (2023): Zur Enteignungsfrage. Linke Hoffnungen in der Debatte über die Vergesellschaftung von Wohnkonzernen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 36(1), S. 162–169; Hoffrogge, Ralf / Junker, Stephan (2021): Vergesellschaftung von Wohnraum – vom Schlagwort zur Umsetzung, in: Metzger, Philip P. (Hrsg.): Wohnkonzerne enteignen. Wie Deutsche Wohnen & Co ein Grundbedürfnis zu Profit machen, mandelbaum kritik und utopie, S. 243–264.
- 52 Stoll (2022), S. 634–635.
- 53 DWE (2023a): Gemeingut Wohnen. Eine Anstalt öffentlichen Rechts für Berlins vergesellschaftete Wohnungsbestände [https://content.dwenteignen.de/uploads/Gemeingut_Wohnen_3a03fa4c87.pdf], S. 41.
- 54 DWE (2020): Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaft. Lösungen für die Berliner Wohnungskrise [https://content.dwenteignen.de/uploads/Vergesellschaftung_and_Gemeinwirtschaft_Download_2_Auflage_2ed2704fa2.pdf], S. 25f.
- 55 DWE (2023).
- 56 Der Begriff »wirtschaftlicher Determinismus« bezieht sich auf die Annahme, dass wirtschaftliche Strukturen und Bedingungen die Entwicklung und Veränderung sozialer Strukturen maßgeblich bestimmen (determinieren). Damit einher gehen oft eine Überbetonung ökonomischer Faktoren, die Betrachtung gesellschaftlicher Entwicklung durch eine vornehmlich »wirtschaftliche Brille« und vermeintliche gesellschaftliche Abhängigkeiten von Annahmen des ökonomischen Mainstreams wie Gewinn- und Wettbewerbsorientierung. Im Gegensatz dazu steht die z. B. in der ökologischen Ökonomik vertretene Sichtweise der Wirtschaft als Teil des sozialen Systems, welches wiederum in ein übergeordnetes ökologisches System eingebettet ist.
- 57 Siehe Parrique, Timothée / Barth, Jonathan / Briens, François, et al. (2019): Decoupling debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. European Environment Bureau [<https://www.almendron.com/tribuna/wp-content/uploads/2019/11/decoupling-debunked.pdf>]; Hickel, Jason / Kallis, Giorgos (2020): Is green growth possible? *New political economy*, 25(4), S. 469–486; Spash, Clive (2017): Soziales, ökologisches und ökonomisches Wissen. Zum Synthetisierungspotenzial des Critical Realism, in: Lindner, Urs / Mader, Dimitri (Hrsg.): Critical realism meets kritische Sozialtheorie. Ontologie, Erklärung und Kritik in den Sozialwissenschaften, Transcript Verlag, S. 217–242.
- 58 O'Neill, Daniel W. / Fanning, Andrew L. / Lamb, William F. / Steinberger Julia K. (2018): A good life for all within planetary boundaries. *Nature Sustainability*, 1(2), S. 88–95.

- 59 Ontologie bedeutet Weltanschauung bzw. Weltansicht. In Bezug auf Wissenschaftstheorie betrifft Ontologie Annahmen über die Konstitution der Welt bzw. sozialen Realität («Wie ist die Welt beschaffen?»).
- 60 Epistemologie betrifft die wissenschaftlichen Erkenntnismöglichkeiten – also die Frage, wie man etwas über die Welt erfahren bzw. wissen kann. Positivismus, Kritischer Rationalismus oder Konstruktivismus sind Beispiele für epistemologische Positionen.
- 61 Der wertende oder urteilende Rationalismus basiert auf der Idee, dass, obwohl Wissen fehlerhaft sein kann, nicht alles Wissen in gleichem Maße fehlerhaft ist. Es gibt also gute Gründe, bestimmte theoretische Erklärungen oder Überzeugungen anderen vorzuziehen. In dieser Perspektive können Theorien nicht einfach durch einfache »Faktendarlegung« widerlegt werden, da empirische Fakten selbst von Theorien beeinflusst sind, sondern die »Richtigkeit« von Theorien wird durch andere Kriterien bestimmt, wie z. B. das der praktischen Adäquanz. Die praktische Adäquanz von Wissen bezieht sich auf die Wirksamkeit oder Nützlichkeit einer Theorie oder Erklärung bei der Anleitung zu praktischen Handlungen oder Entscheidungen in der realen Welt.
- 62 Bhaskar, Roy (2016): *Enlightened Common Sense. The Philosophy of Critical Realism*, Routledge, S. 25.
- 63 Mader, Dimitri / Linder, Urs / Pühretmayer, Hans (2017): Einleitung: Critical Realism als Philosophie der Sozialwissenschaften, in: Lindner, Urs / Mader, Dimitri (Hrsg.): *Critical realism meets kritische Sozialtheorie. Ontologie, Erklärung und Kritik in den Sozialwissenschaften*, Transcript Verlag, S. 7–73.
- 64 Schoppek, Dorothea Elena (2021): How do we research possible roads to alternative futures? Theoretical and methodological considerations. *Journal of Critical Realism*, 20(2), S. 146–158.
- 65 Danermark, Berth / Ekstrom, Mats / Jakobsen, Liselotte / Karlsson, Jan Ch. (2002): *Explaining Society. An Introduction to Critical Realism in the Social Sciences*. Routledge, S. 15.
- 66 Siehe Georgescu-Roegen, Nicholas (1979): *Methods in Economic Science*. *Journal of Economic issues* 13(2), S. 317–328.
- 67 Siehe auch Brand, Ulrich / Muraca, Barbara / Pineault, Éric et al. (2021): From planetary to societal boundaries. an argument for collectively defined self-limitation. in: *Sustainability: science, practice and policy*, 17(1), S. 264–291.
- 68 Süß, Rahel (2022): Radikale Demokratie für das Klima, in: *Luxemburg*, 14(3) [<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/radikale-demokratie-fuer-das-klima/>].
- 69 Vgl. Asara, Viviana / Profumi, Emanuele / Kallis, Giorgos (2013): Degrowth, democracy and autonomy. in: *Environmental Values*, 22(2), S. 217–239.
- 70 Castoriadis, Cornelius (1997): *The Castoriadis Reader*. Blackwell Publishers.

- 71 Vgl. Hausknost, Daniel (2017): Degrowth and democracy, in: Spash, Clive (Hrsg.) Routledge Handbook of Ecological Economics, Routledge, S. 457–466.
- 72 Polanyi, Karl (1944): The Great Transformation, Farrar and Reinhart.
- 73 Vgl. Krausmann, Fridolin / Weisz, Helga / Eisenmenger, Nina (2016): Transitions in sociometabolic regimes throughout human history, in: Haberl, Helmut / Fischer-Kowalski, Marina / Krausmann Fridolin / Winiwarter, Verena (Hrsg.): Social ecology: society-nature relations across time and space, Springer International Publishing Switzerland, S. 63–92.
- 74 Demirović, Alexander (2019): Materialismus und Konstruktivismus – ein Gegensatz?, in: Comtesse, Dagmar / Martinsen, Franziska / Nonhoff, Martin (Hrsg.): Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch, Suhrkamp, S. 777–792.
- 75 Comtesse / Flügel-Martinsen / Martinsen / Nonhoff (2019).
- 76 Baybrooke / Smith (2020), S. 354.
- 77 Beerhorst (2009).
- 78 Rätzzel / Uzzell / Elliott (2010).
- 79 Siehe z. B. Movimiento Nacional de Empresas Recuperadas (2023): Qué hacemos? [<https://mner.ar/>].
- 80 Movimiento Nacional de Fábricas Recuperadas por los Trabajadores (2001–2003): Dos documentos fundamentales para comprender el proceso de recuperacion de fabricas por parte de los trabajadores [<https://lae.princeton.edu/catalog/4dc7b2e9-0ae7-4c03-93e6-3549df1413e1?locale=es#?c=0&m=0&s=0&cv=6&xywh=557%2C-290%2C3305%2C2988>]. DWE (2023b). Sozial UND Klimagerecht vergesellschaften?. Von Menschen und Mieten [Podcast]. [<https://dwenteignen.de/aktuelles/neuigkeiten/klimagerecht-enteignen>].
- 81 Keil (2022); Leonardi / Perrotta (2022); Behr / Steinwender (2023).
- 82 Die Symbiose ist ein in der Biologie genutzter Begriff, der eine wechselseitige Beziehung zwischen zwei Lebewesen beschreibt, die für beide vorteilhaft ist.
- 83 Wright, Erik Olin (2010): Envisioning real utopias, Verso Books.

Von der Eigentümlichkeit der Demokratie

Die Parlamentarische Demokratie als Sicherung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in Geschichte und Gegenwart

Sascha Regier

Abstract

In diesem Beitrag geht es um das Verhältnis von Demokratie und Eigentum. Die Grundthese ist, dass zwischen dem liberalen Demokratiemodell und Kapitalismus ein unauflösliches Widerspruchsverhältnis besteht. Die Gesellschaftsmitglieder haben gleiche politische Rechte bezüglich der Politik, hingegen ungleiche Eigentumsrechte in der Wirtschaft. Hieraus resultiert soziale Ungleichheit, die neben politischer Gleichheit koexistiert. Dieses Widerspruchsverhältnis lässt sich historisch begründen. Im Beitrag wird erstens nachgezeichnet, wie das Bürgertum im 19. Jahrhundert die arbeitende Klasse durch die Bindung des Wahlrechts an den Grundbesitz und das Vermögen von der demokratischen Mitbestimmung ausgeschlossen hat. Zweitens wird aufgezeigt, dass die Demokratie bis heute weitestgehend auf die parlamentarische Demokratie beschränkt bleibt und nicht auf den Bereich der Wirtschaft ausgeweitet wird, was ebenfalls darauf abzielt, die kapitalistischen Eigentums- und Aneignungsverhältnisse vor Vergesellschaftung zu bewahren.

Einleitung

Aus der sozialökologischen Krise der Gegenwart resultiert auch eine Krise der Demokratie. In Medien und Politik werden beide Krisen oft separat behandelt, ihr struktureller Zusammenhang wird jedoch selten thematisiert. In der Regel werden als Gründe für die Krise der Demokratie die weltweit zunehmenden Autokratien und der Rückbau parlamentarischer Gesetzgebungskompetenzen genannt. In den OECD-Staaten werden das nachlassende Vertrauen in die demokratischen Institutionen und die Bedrohung durch den Rechtsextremismus als Ursachen gesehen. Die allgemein konstatierte Politikverdrossenheit der Bevölkerung wird mit der faktischen Nichtrepräsentation der unteren Einkommenschichten in den Parlamenten begründet.¹ Jedoch greifen diese Sichtweisen zu kurz: Demokratische Errungenschaften waren und sind immer durch die kapitalistische Marktwirtschaft gefährdet. Um die kapitalistische Marktgesellschaft aufrechtzuerhalten, ist die Sicherung des Privateigentums grundlegend. Gerade diese gefährdet demokratische Mitbestimmung. Allerdings mangelt es an »politischen und öffentlichen Debatten über das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus«.²

In der Regel wird das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus als komplementär angesehen. So behaupten liberale Denker*innen eine »natürliche Affinität zwischen »wirtschaftlicher Freiheit« und »politischer Freiheit«.³ Linksliberale Analysen⁴ beurteilen dies allerdings kritischer. Hier wird vor allem die spezifische Kapitalismusformation des Neoliberalismus als Gefährdung der Demokratie angesehen. Denn Neoliberalismus bedeutet eine Wirtschaftspolitik der Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und die Stärkung der Macht der Finanzmärkte. All diese kritischen Analysen des Neoliberalismus fußen jedoch auf einer Idealisierung der westlichen sozialdemokratisch orientierten Nachkriegsgesellschaften der 1950er- bis 1970er-Jahre. Der demokratische Ausschluss von zum Beispiel Frauen, Migrant*innen oder Nichterwerbstätigen kommt in dieser normativen Verklärung des fordistischen Kapitalismusmodells genauso wenig vor wie das strukturelle Widerspruchsverhältnis zwischen Kapitalismus an sich und Demokratie.

Auch um die Kritik an der bestehenden Demokratie nicht den Rechten zu überlassen, ist das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus/Eigentum grundsätzlich zu reflektieren.⁵ Hierdurch können auch die Gegenwarts Krisen – wie die soziale, ökologische und demokratische Krise – strukturell begriffen werden. Eine emanzipatorische Politik, die auf die Ausweitung der Demokratie zielt, kann somit ermöglicht werden. Nach jahrelangem Stillstand erfolgt diese notwendige Debatte zunehmend im Zusammenhang mit der Forderung nach Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen wie »Deutsche Wohnen & Co enteignen«* und dem Wunsch nach Demokratisierung der Wirtschaft.

Um die gegenwärtige Demokratie steht es nicht gut. Stephan Lessenich kommt gar zu der These, »wir sind nie demokratisch gewesen«,⁶ denn die Demokratie macht »immer noch vor den Werkstoren, Bürotürmen und virtuellen Arbeitswelten Halt«. ⁷ In diesem Beitrag geht es um die analytische und historische Darstellung des Verhältnisses von Demokratie und Kapitalismus und um die Begründung, warum die Demokratie in der Gegenwart auf den Bereich des Parlaments beschränkt bleibt. Es wird argumentiert, dass diese Beschränkung die demokratische Mitbestimmung in der Wirtschaft ausspart, was auf die Sicherung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse abzielt – historisch wie aktuell.

Gleichheit, Politik und Eigentum

Das Eigentum stellt das zentrale Rechtskonstrukt der bürgerlichen Gesellschaft dar. Es konstituiert in der Form des Privateigentums den »bürgerliche[n] Widerspruch«⁸ zwischen liberalem Demokratiemodell und kapitalistischer Wirtschaft. Die Gesellschaftsmitglieder besitzen – soweit sie Staatsbürger*innen des Landes sind – gleiche politische Rechte (Wahlrecht, Grundrechte), jedoch ungleiche Eigentumsrechte in der privatkapitalistisch organisierten Wirtschaftsordnung. Zum Privateigentum gehört hier der

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Tilman Wendelin Alder: Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung.

rechtlich garantierte Besitz von Produktionsmitteln wie Maschinen, Fabriken, Boden etc., der Nichteigentümer*innen von der Nutzung ausschließt. Aus diesem Widerspruch resultiert Gleichheit in der Politik, aber soziale Ungleichheit in Wirtschaft und Gesellschaft.⁹

Soziale Ungleichheit begründet sich nicht nur durch unterschiedliche Einkommensverhältnisse, sondern durch konkrete Eigentumsverhältnisse. Die Eigentumsverhältnisse bestimmen die Produktions- und Klassenverhältnisse kapitalistischer Marktgesellschaften. Erst hieraus resultiert strukturell monetäre Ungleichheit. Die kleine Gruppe der Unternehmer*innen verfügt rechtlich über das Privateigentum. Die viel größere Gruppe der Lohnarbeitenden ist hingegen »doppelt frei«:¹⁰ frei von direktem Zwang, aber auch frei von Eigentum. Folglich sind sie genötigt, ihre Arbeitskraft auf dem Markt Arbeitgebenden gegen Lohn anzubieten. Daher sind sie *abhängig* beschäftigt. Die abhängig Beschäftigten haben keine Mitbestimmungsmöglichkeiten bezüglich des Produktionsprozesses. Diese obliegen nur den Unternehmer*innen. Demokratie als Selbstbestimmung ist im Betrieb – anders als im staatlichen Bereich – massiv beschnitten, was den Grundwiderspruch kapitalistischer Gesellschaft auszeichnet: Der Reichtum einer Gesellschaft wird gesellschaftlich produziert, aber privat angeeignet. Im Kapitalismus können die eigentumslosen Lohnarbeitenden staatsbürgerliche Gleichheit – und damit das Wahlrecht – genießen, ohne dass dem Kapital dadurch die ökonomische Aneignungsmacht entzogen wird.¹¹

Im Gegensatz zum Besitz – der konkreten Verfügungsgewalt über eine Sache – existiert Eigentum nur als rechtlich definiertes Institut. Neben dem kapitalistischen Privateigentum gibt es unter anderem Gruppeneigentum (Genossenschaften, Kollektivbetriebe) und öffentliches Eigentum (Eigentum des Bundes, der Länder und Kommunen). Es legt fest, wer worüber verfügen darf und wer von der Verfügung ausgeschlossen ist. Eigentum ist Ausschließungsrecht und konstituiert eine »Beziehung zwischen mehreren Menschen bezogen auf eine Sache«.¹² Im Gegenwartskapitalismus fallen in die juristische Definition des Eigentums alle privatrechtlichen Vermögenswerte, vor allem das Eigentum an Produktionsmitteln, Boden und Urheberrechten. Das Eigentumsregime der bürgerlichen kapitalistischen

Gesellschaft ist vor nicht allzu langer Zeit entstanden. Es wurde durch die gewaltförmige und parlamentarisch abgesegnete Enteignung von Allmendegütern der Bauern und Bäuerinnen und deren Umwandlung in Privateigentum durch das Bürgertum in Großbritannien zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert etabliert. Marx bezeichnet diesen Prozess als »ursprüngliche Akkumulation«¹³. Dies war die Geburtsstunde des Industriekapitalismus. Zuvor waren die Menschen im Mittelalter und in der Neuzeit nicht individuell, sondern gemeinschaftlich orientiert, wobei die Gemeinschaftsbezüge unter anderem Familien-, Dorf- und Kirchengemeinschaften umfassten.¹⁴ Somit war auch das Eigentum zumeist Kollektiveigentum.

Das Privateigentum wird vor allem durch das Bürgerliche Recht aufrecht erhalten. Dieses wurde durch Napoleons Code Civil von 1803 etabliert und in Deutschland durch das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) von 1900 begründet. Das BGB definiert Eigentum als »das Recht, seine Sache völlig uneingeschränkt zu gebrauchen und über sie zu verfügen, vorausgesetzt, dass man davon keinen durch Gesetze und Verordnungen verbotenen Gebrauch macht.«¹⁵ Andere können von der Verfügung ausgeschlossen werden. Daher enthalten die liberalen Verfassungen entgegen ihrem Anspruch auf Neutralität »durchaus eine bestimmte Entscheidung im Sinne des Bürgertums. In der Garantie von Privateigentum, Vertrags-, Handels- und Gewerbefreiheit wird dies besonders deutlich.«¹⁶ Das Privateigentum hat folglich drei Dimensionen: Historisch beruht es auf sozialer Enteignung, im Rahmen kapitalistischer Produktionsweise auf ökonomischer Ungleichheit und auf rechtlicher Gleichheit.¹⁷

Repräsentation versus Sicherung der Eigentumsverhältnisse

Der bürgerliche Staat zeichnet sich durch widersprüchliche Ziele aus: Einerseits soll durch demokratische Politik die Gesellschaft über sich selbst bestimmen, andererseits hat der Staat das Eigentum zu schützen. Zudem ist er auf Steuereinkommen und damit Wirtschaftswachstum angewiesen, wodurch die Kapitaleseite samt kapitalistischen Verwertungsinteressen poli-

tisch bevorzugt wird.¹⁸ Durch die Dominanz der Ökonomie haben die Privateigentümer*innen der Produktionsmittel indirekt einen demokratisch nicht legitimierten Einfluss auf den politischen Prozess. Zudem zeigt sich gegenwärtig, dass in den Parlamenten kaum Menschen aus der arbeitenden Klasse vertreten sind. Gerade in Deutschland sind die Mittelschichten und Studierenden hier stark überrepräsentiert,¹⁹ was Auswirkungen auf die konkrete Gesetzgebung hat. Strukturell besteht folglich zwischen liberaler Demokratie und Kapitalismus ein unauflösliches Spannungsverhältnis. Dieses Problem wird sowohl im Alltag als auch in den meisten politikwissenschaftlichen Demokratietheorien nicht gesehen. Hier wird Demokratie – neben den politischen Grundrechten – institutionell auf das Parlament reduziert.

Dabei war Demokratie immer ein ausgesprochen vager und politisch unkämpfter Begriff. Er setzt sich aus *demos* (Volk) und *kratos* (Macht, Herrschaft) zusammen und bezeichnet die Herrschaft des Volkes über sich selbst. Dieses Demokratieverständnis geht eurozentristisch vom antiken Athen als Ursprung der Demokratie aus, trotz der Tatsache, dass dort Frauen, Sklaven und sogenannte Fremde – und damit 80 bis 90 Prozent der erwachsenen Bevölkerung – von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen wurden.²⁰ Durch die europäischen Revolutionen der Neuzeit und Moderne etablierte sich im 19. Jahrhundert der Parlamentarismus, wenn auch nicht alle Staaten Demokratien waren. Nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich – trotz Faschismus und Autoritarismus – die repräsentative Demokratie in vielen Ländern durch.

Zumeist werden als grundlegende Merkmale von Demokratien unter anderem parlamentarische Repräsentationsverfahren, regelmäßige Wahlen, Gewaltenteilung, Neutralität der Justiz und Menschen- und Bürger*innenrechte gesehen.²¹ Erweiterte Demokratiebegriffe beziehen über diese formalen Merkmale hinaus noch soziale wie ökonomische Wohlfahrt und sozialstaatliche Garantien mit ein.²² Dennoch reduzieren auch sie den Demokratiebegriff auf politische – und eben nicht wirtschaftliche – Demokratie. Dieses Demokratieverständnis, das auf die liberale Demokratietheorie zurückgeht, betrachtet lediglich die Gegenüberstellung von Volk und Regierung. Eine

Differenzierung des Volkes nach Klassen, Geschlechtern, (Nicht-)Staatsbürger*innen etc. erfolgt nicht.

Nicht nur der Begriff, auch die Demokratie selbst war immer politisch umkämpft.²³ Sie ist keine formale Abstraktion, sondern wurde immer durch bestimmte politische Bewegungen, soziale Klassen und (bürgerliche) Revolutionen in ihrer spezifischen Form durchgesetzt. Demokratisierung fand durch Klassenkämpfe um die Verteilung von Berechtigungspositionen und Rechtsansprüchen statt.²⁴ Der politische Kampf richtete sich danach, wer wie in die politische Herrschaft inkludiert und wer exkludiert wird. Vor allem die arbeitende Klasse – und damit die Eigentumslosen – war historisch von demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen.²⁵ Nachdem das europäische Bürgertum demokratische Mitbestimmung durch die Etablierung des Parlamentarismus gegen Adel und die Monarchie im 17. und 18. Jahrhundert durchgesetzt hatte,²⁶ beschnitt es die Ausweitung demokratischer Mitbestimmungsrechte sowohl durch die Beschränkung des Wahlrechts als auch durch die Reduzierung der Demokratie auf den staatlichen Bereich. Nur die Besitzenden besaßen das aktive und passive Wahlrecht, die besitzlosen Klassen wurden von der parlamentarischen Vertretung ausgeschlossen. Das Wahlrecht für erwachsene Männer war an das Steueraufkommen (Zensuswahlrecht), den Grundbesitz und das Vermögen gebunden. Lediglich das männliche Bürgertum wurde damit parlamentarisch vertreten. So war es in Großbritannien, Preußen und Frankreich ab 1791 als Ergebnis der Französischen Revolution. Das Bürgertum behielt somit die Alleinverfügung über das Privateigentum. Hinter dem Repräsentationsprinzip als zentraler Institution der neuen demokratischen Legitimation stand »nicht weniger als die Angst der Eliten vor der Partizipation der ›breiten Massen‹«. ²⁷ Die *Maxime* lautete: »Das Volk sollte an der Volksregierung nicht beteiligt sein.«²⁸ Der französische Journalist Antoine Rivarol brachte dies nach der Französischen Revolution auf den Punkt:

- » Es gibt zwei Wahrheiten, die auf dieser Welt nie getrennt werden dürfen:
Die eine lautet, dass die Souveränität beim Volk liegt; die zweite, dass das Volk sie nie ausüben darf.«²⁹

In England beschrieb 1842 der Politiker Thomas Macaulay die vom allgemeinen Wahlrecht ausgehende Gefahr für das Privateigentum:

- » Es ist meine feste Überzeugung, dass das allgemeine Wahlrecht in unserem Land [...] unvereinbar [ist] mit dem Eigentum und folglich unvereinbar mit der Zivilisation.«³⁰

In den USA formulierte es der Verfassungsvater und spätere Präsident James Madison folgendermaßen:

- » Demokratien [...] sind stets [...] unvereinbar mit den Erfordernissen der persönlichen Sicherheit oder den Eigentumsrechten.«³¹

Folglich bestand der »Trick der Repräsentation [...] darin, etwas in der Demokratie beständig Anwesendes abwesend zu halten«,³² nämlich die arbeitende Klasse. Beim Parlamentarismus ging es um »Repression by Representation«,³³ Es bedurfte des Erstarkens der europäischen Arbeiter*innenbewegung und vor allem der Pariser Kommune von 1871, um die herrschenden Klassen Europas dazu zu bringen, ein allgemeines Wahlrecht – bei Ausschluss der Frauen – Ende des 19. Jahrhunderts als unvermeidliches Übel zu akzeptieren.³⁴ Eine soziale Revolution mit anschließender Rätedemokratie – und damit die Vergesellschaftung der Produktionsmittel – sollte verhindert werden.

Durch den Parlamentarismus wird auch weiterhin der Klassenantagonismus des Kapitalismus politisch eingefangen und damit unterbunden. Wenn Parteien keine Konformität an den Tag legen, reagiert der Staat autoritär und demokratieeinschränkend. So wurde die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) im Jahr 1956 verboten, da sie eine Umstrukturierung der Eigentumsordnung anvisierte.

Demokratie und Wirtschaft

Die Demokratie bleibt auf die staatlichen Institutionen beschränkt und wird in der Wirtschaft ausgespart. Es handelt sich folglich um eine halbierte Demokratie. Trotz allgemeinen Wahlrechts im politischen Bereich verbleiben in der Gegenwart die betrieblichen Prozesse in der privaten Verfügungs-

gewalt der Eigentümer*innen. Daran hat auch die rechtliche Etablierung des dualen Systems betrieblicher Interessenvertretung – des Betriebsrats und des Tarifvertrags – 1918 in der Weimarer Republik (Stinnes-Legien-Abkommen) nichts geändert. Vielmehr wurden hierdurch bewusst radikalere Ansätze der Betriebsrätebewegung (Rätedemokratie) zurückgewiesen. Die Gewerkschaften und die SPD wandten sich damit gegen das Ziel der Revolution und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Dafür wurden die Rechte der Arbeitenden gestärkt, der Achtstundentag eingeführt und die Abmachung getroffen, in der Zukunft Kollektivvereinbarungen zwischen Kapital und Arbeit zu treffen. Bis heute hat daher der Betriebsrat keine Mitentscheidungsrechte bei wirtschaftlichen Angelegenheiten sowie kein Streikrecht.³⁵

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es dann Debatten bezüglich der Neuordnung und Demokratisierung der Wirtschaft in der Bundesrepublik. Vorherrschend in der Bevölkerung war die kapitalismuskritische Sichtweise, dass das Kapital mit dem Faschismus kooperiert hatte und die Weimarer Republik dadurch zugrunde ging. Selbst die CDU hatte im Ahlener Programm 1947 die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, ein umfassendes Mitbestimmungsrecht der Beschäftigten sowie die Planung und Lenkung der Gesamtwirtschaft gefordert.³⁶ Jedoch hatten die alliierten Besatzungsmächte die sozialistische Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse vereitelt. 1946/47 verhinderten sie in Hessen und Nordrhein-Westfalen (NRW) die in den dortigen Landesverfassungen beschlossenen Sozialisierungen wichtiger Industrien. In NRW sollte zum Beispiel die Kohlewirtschaft vergesellschaftet werden.³⁷ Die Forderungen nach Möglichkeiten der Vergesellschaftung zeigten sich auch in den Debatten des Parlamentarischen Rats, der über die Inhalte des Grundgesetzes bestimmte. Hier wurde explizit nicht der Kapitalismus als Wirtschaftssystem vorgegeben, was bis heute die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes (GG) ausmacht. Zudem wurde die Möglichkeit der Vergesellschaftung (Artikel 15 GG) neben dem Schutz des Eigentums (Artikel 14 Absatz 1 GG) beschlossen. Allerdings wurden weder der Räteparagraf noch die sozialen Grundrechte der Weimarer Verfassung in das Grundgesetz übernommen, wodurch die Demokratie nicht – wie

von Linken gefordert – »zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert«³⁸ wurde. Die konservativen Kräfte hatten sich durchgesetzt.

In der Nachkriegszeit vertrat auch der neu gegründete Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die Sichtweise, dass die privatkapitalistische Struktur der Wirtschaft der gesellschaftlichen Kontrolle und den Bedürfnissen und dem Willen der Gesellschaft untergeordnet werden sollte, damit »die Demokratie realen Inhalt gewinnen und ihre inneren Widersprüche überwinden [kann]«. ³⁹ Daher bezog sich der DGB auf das Konzept der Wirtschaftsdemokratie, das unter anderem Fritz Naphtali in der Weimarer Republik ausgearbeitet hatte. Das Konzept zielte neben der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien wie Stahl, Chemie und Bergbau auf die wirkliche Mitbestimmung und demokratische Teilhabe der abhängig Beschäftigten an wirtschaftlichen Entscheidungen. ⁴⁰ Die Arbeitnehmer*innen sollten korporativ durch gewerkschaftliche Vertreter*innen in Sozial- und Wirtschaftsräten auf der Branchen- und gesamtwirtschaftlichen Ebene vertreten sein. Dies wurde vom DGB sowohl auf seinem Gründungskongress 1949 (Münchener Grundsatzprogramm) als auch noch im Grundsatzprogramm von 1981 gefordert, ⁴¹ jedoch ohne Erfolg. 1951 wurde hingegen nach massiven Streikdrohungen von IG Metall und DGB mit dem Gesetz über die Montanmitbestimmung die numerische Parität bei der Sitzverteilung zwischen Kapital und Arbeit in den Aufsichtsräten festgesetzt. Damit konnten Mitbestimmung und »einigermaßen weitreichende Gewährleistungen gewerkschaftlicher Kontroll- und Mitspracherechte«⁴² in der Kohle-, Stahl- und Eisenindustrie durchgesetzt werden. ⁴³ Allerdings war dies dann »auch schon das höchste der wirtschaftsdemokratischen Gefühle in der Bundesrepublik«. ⁴⁴

Arbeitgeber*innen- und Wirtschaftsverbände sowie reaktionäre Kräfte in der Politik verhinderten die Einführung von betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten seitens der Beschäftigten in den übrigen Sektoren, was sich im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 rechtlich niederschlug. Der Betriebsrat erlangte lediglich ein Mitspracherecht bei personellen und sozialen Entscheidungen, wobei er sich am Wohl des Betriebes zu orientieren hat und zudem an die Friedenspflicht gebunden ist. Formal hat der Betriebsrat bis

heute nichts mit Tarifverträgen zu tun und darf keine Betriebsvereinbarungen über Löhne und die Länge der Arbeitszeiten abschließen. Dies fällt in den Zuständigkeitsbereich der Gewerkschaften. Es handelt sich bei der Mitbestimmung um eine »Mogelpackung«⁴⁵. Daran änderte auch die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 nichts, trotz Willy Brandts berühmten Ausspruchs »Mehr Demokratie wagen«.

Bis heute verfügen viele Menschen in für sie wichtigen Bereichen nicht über demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten. Dies betrifft vor allem die Wirtschaft, was durch politische Auseinandersetzungen und den Erfolg reaktionärer Kräfte bedingt ist. Daher bleibt das Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie – zwischen politischer Demokratie und wirtschaftlicher Nichtmitbestimmung – weiterhin vorhanden. Für die Entschärfung der mannigfaltigen Gegenwarts Krisen ist es jedoch notwendig, die Übermacht der Kapitaleite durch Demokratisierung der Wirtschaft zurückzudrängen. Dies trifft ins Herz der kapitalistischen Produktionsweise: Privateigentum ist in gesellschaftliches Eigentum zu überführen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Brülle, Jan/Spannagel, Dorothee (2023): Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie, in: WSI-Verteilungsbericht 2023.
- 2 Heitmeyer, Wilhelm (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem unsicheren Jahrzehnt, in: ders. (Hg.): Deutsche Zustände 10, Frankfurt a. M. S. 20.
- 3 Przeworski, Adam (2020): Krisen der Demokratie, Berlin, S. 28.
- 4 Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Berlin.
- 5 Wood, Ellen M. (2010): Demokratie contra Kapitalismus, Köln, Karlsruhe, S. 215.
- 6 Vgl. hierzu Lessenich, Stephan: Wir sind nie demokratisch gewesen, in: Le Monde Diplomatique, 10.10.2019.
- 7 Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem, Stuttgart, S. 53.

- 8 Röhrich, Wilfried (1979): Sozialgeschichte politischer Ideen. Die bürgerliche Gesellschaft, Hamburg, S. 14.
- 9 Vgl. Wood (2010), S. 215.
- 10 Marx, Karl (1967): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Frankfurt a. M., S. 354.
- 11 Vgl. Wood (2010), S. 204.
- 12 Nuss, Sabine (2019): Keine Enteignung ist auch keine Lösung. Die große Wiederaneignung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums, Berlin, S. 9.
- 13 Marx (1967), S. 741ff.
- 14 Vgl. Loick, Daniel (2021): Der Missbrauch des Eigentums, Köln, S. 19f.
- 15 BGB zit. n. ebd., S. 75.
- 16 Kühnl, Reinhard (1968): Das liberale Modell öffentlicher Herrschaft, in: Abendroth, Wolfgang/ Lenk, Kurt (Hg.): Einführung in die politische Wissenschaft, Bern, S. 73.
- 17 Nuss (2019), S. 70.
- 18 Vgl. Regier, Sascha (2023): Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung, Bielefeld, S. 196f.
- 19 Vgl. Hartmann, Michael (2013): Soziale Ungleichheit. Kein Thema für die Elite?, S. 64ff.
- 20 Vgl. Vorländer, Hans (2003): Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien, München, S. 34.
- 21 Vgl. ebd., S. 7.
- 22 Vgl. Merkel, Wolfgang (2023): Was ist Demokratie?, in: ders.: Im Zwielicht. Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert, Frankfurt a. M., S. 48.
- 23 So gibt es die Demokratie in vielen Spielarten, u. a. als soziale, liberale, radikale, republikanische, repräsentative, autoritäre, direkte, partizipatorische, deliberative, plebiszitäre und rätekommunistische.
- 24 Vgl. Lessenich (2019), S. 22.
- 25 Vgl. Canfora, Luciano (2006): Eine kurze Geschichte der Demokratie, Köln, S. 98ff.
- 26 Vgl. Hobsbawm, Eric (2017): Europäische Revolutionen 1789–1848, Darmstadt, S. 82ff.
- 27 Manow, Philip (2021): Repräsentative Politik zwischen Demokratisierung und Entdemokratisierung, in: Aus Parlament und Zeitgeschichte, 26-27/2021, S. 32–38, S. 32.
- 28 Ebd., S. 36.
- 29 Zit. n. Manow (2020), S. 35.

- 30 Zit. n. Przeworski (2020), S. 29.
- 31 Zit. n. Manow (2020), S. 31f.
- 32 Ebd., S. 32.
- 33 Ebd., S. 45.
- 34 Vgl. Hobsbawm (2017), S. 15.
- 35 Vgl. Kittner, Michael (2005): *Arbeitskampf. Geschichte, Recht, Gegenwart*, München. S. 414.
- 36 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1975): *Demokratie als Institution und Aufgabe*, in: ders.: *Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie*, Frankfurt a. M., Köln, S. 64.
- 37 Vgl. Kittner (2005), S. 556.
- 38 Abendroth (1975), S. 32.
- 39 Ebd., S. 24.
- 40 Vgl. Naphtali, Fritz (1966): *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Frankfurt a. M., S. 24f.
- 41 Vgl. Müller-Jentsch, Walther (1997): *Soziologie der Industriellen Beziehungen. Eine Einführung*, Frankfurt a. M., S. 50.
- 42 Lessenich (2019), S. 53.
- 43 Vgl. Bontrup, Heinz-J. (2016): *Mitbestimmung. Eine Mogelpackung*, in: *Sozialismus* 9/2016, S. 55.
- 44 Lessenich (2019), S. 53.
- 45 Bontrup (2016), S. 56.

Die gläserne Decke der Transformation durchbrechen

Demokratie und Deliberation im sozialökologischen Vergesellschaften

Niklas Stoll

Abstract

Vergesellschaftung als sozialökologische Transformationsstrategie ist mit mehreren demokratischen Herausforderungen zugleich konfrontiert. Sie muss zu einem Wandel der gesellschaftlichen Naturverhältnisse beitragen. Dafür ist es notwendig, sozialökologisch bedeutsame, derzeit privatisierte Entscheidungen etwa darüber, was wie produziert wird, öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen. Diese demokratisierten Entscheidungsprozesse sollten so gestaltet werden, dass gesellschaftliche Aushandlungsprozesse über legitime »gesellschaftliche Grenzen« möglich werden: kollektiv definierte Grenzen für Emissionen, Ressourcenverbrauch, Konsum etc. Zugleich muss Vergesellschaftung dazu beitragen, die »gläserne Decke der Transformation« abzutragen: die fehlende Bereitschaft breiter Milieus, die eigene Lebensweise zu hinterfragen und sich an ebensolchen Selbstbeschränkungen zu beteiligen. In diesem Beitrag werden entsprechende im Diskurs um Vergesellschaftung bereits enthaltene Dimensionen von Demokratisierung herausgearbeitet. Anschließend wird die Frage beleuchtet, wie vergesellschaftete Entscheidungsprozesse demokratisch ausgestaltet werden müssen, um die aktuellen demokratischen Herausforderungen bearbeitbar zu machen. Auf dieser Grundlage wird schließlich begründet, warum sich Vergesellschaftung als sozialökologische Transformationsstrategie zugleich als Teil einer umfassenderen Demokratiereformstrategie verstehen sollte.

Vergesellschaftung und die sozialökologische Transformation

Während der historischen »Sozialisierungsdebatte« zur Frühphase der Weimarer Republik waren von Beginn an auch wirtschaftsdemokratische Überlegungen mit dem Konzept der Vergesellschaftung verknüpft.¹ Dessen neuerliche Renaissance steht aktuell vor dem Hintergrund einer weithin diagnostizierten Krise der Demokratie² besonders prägnant unter dem Vorzeichen der Demokratisierung. Inspiriert durch den Erfolg von »Deutsche Wohnen & Co entgegen« (DWE) wird Vergesellschaftung neuerdings auch in der Klimagerechtigkeitsbewegung als vielversprechende Transformationsstrategie diskutiert. Dabei werden immer wieder die Vorteile demokratisierten öffentlichen Eigentums für sozialökologisch relevante Gesellschaftsbereiche betont.³

Eine sozialökologische Transformation, die diesen Namen auch verdient, muss den notwendigen gesellschaftlichen Wandel so gestalten, dass Gesellschaften dazu befähigt werden, im nationalen wie globalen Maßstab »planetare Grenzen«⁴ im Sinne »gesellschaftlicher Grenzen« einzuhalten: kollektiv ausgehandelte Selbstbeschränkungen und Bedingungen, die ein »gutes Leben für alle« ermöglichen und zugleich Natur und Klima schonen.⁵ Gesellschaftliche Grenzen sind demnach nicht objektiv durch biophysische Gegebenheiten definiert, sondern müssen als kollektive Selbstbeschränkungen (unter anderem des Ressourcenverbrauchs, fossiler Emissionen, des Konsums) partizipativ und demokratisch ausgehandelt werden. Nur so lässt sich gesellschaftliche Legitimität für solche Einschränkungen herstellen.⁶ Entsprechende Aushandlungen müssten zudem wiederkehrend angelegt werden, da sich radikal wandelnde ökologische Bedingungen immer wieder neue Anpassungsleistungen erfordern werden. Transformation sollte im Zuge dessen zwingend zu einem Wandel der »gesellschaftlichen Naturverhältnisse« führen, also die Art und Weise der Austauschbeziehungen zwischen Gesellschaft und Natur radikal verändern.⁷

Derartige Selbstbeschränkungen sind nicht möglich, solange Produktions-, Investitions- und Verteilungsentscheidungen privatwirtschaftlich organisiert sind und keiner demokratischen Aushandlung unterliegen.⁸ Die sozialöko-

logische Krise ist eine Folge extrem ungleicher kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und der damit verbundenen privatisierten Verfügungsgewalt über sozialökologisch weitreichende Einflussfaktoren, wie beispielsweise Entscheidungen in der Produktion. Auch die Folgen der Krise treffen Bevölkerungsgruppen im nationalen wie globalen Maßstab äußerst ungleich. Ziel einer sozialökologischen Transformation muss es also sein, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse zusammen mit den untrennbar mit ihnen verwobenen kapitalistischen sozialen Verhältnissen zu verändern.

Von einer unveränderten repräsentativen Demokratie ist eine solche Transformation etwa im Sinne ordnungspolitischer Vorgaben oder Verbote allerdings nach wie vor nicht zu erwarten.⁹ Zudem würden diese derzeit wohl kaum auf mehrheitliche gesellschaftliche Akzeptanz stoßen.¹⁰ Diese »gläserne Decke der Transformation im demokratischen Staat«¹¹ besteht insbesondere in der Transformationsunwilligkeit breiter Milieus: Es fehlt an Bereitschaft, die eigene Lebensweise und damit zentrale gesellschaftliche Strukturen zu hinterfragen und zu den nötigen Selbstbeschränkungen beizutragen.¹² Staatlich verordnete Transformation sowie die zentralen Akteur*innen des politischen Systems – Regierungen und Parteien – sind aber von Legitimation durch diese Gruppen, insbesondere in Form von Wählendenstimmen, abhängig. Nicht die einzige, aber eine der zentralen demokratietheoretischen Herausforderungen der Transformation besteht also in der Erzeugung von Legitimation, Akzeptanz und Unterstützung von radikalen transformativen Maßnahmen – woran die »real existierende Demokratie«¹³ bisher kolossal scheitert.¹⁴

Um ihrem transformativen Auftrag gerecht zu werden, muss Vergesellschaftung zur Lösung dieses Problems beitragen. Vergesellschaftung sollte folglich nicht bloß als »Wirtschaftsreformstrategie«¹⁵, sondern auch als Demokratiereformstrategie verstanden werden. Die Konturen des demokratischen Paradigmas, dem Vergesellschaftung im Sinne einer solchen Transformationsstrategie folgt, werden im nächsten Abschnitt beschrieben. Dabei werden jene Fäden aufgegriffen, die im aktuellen Diskurs bereits (latent) enthalten sind. Abschließend werden zwei praktische Probleme der Demokratisierung von sozialökologischen Vergesellschaftungen diskutiert.

Die Demokratie der Vergesellschaftung

Meines Erachtens sind vor dem skizzierten Hintergrund drei demokratiethoretische Diskussionen besonders relevant für die Frage nach dem Transformationspotenzial von Vergesellschaftung: Erstens weist die Debatte Überschneidungen zum Paradigma der Ökologischen Demokratie auf.¹⁶ Dieses greift die liberale Demokratie für unter ihrer Verantwortung verursachte ökologische Schäden und Katastrophen an und kritisiert ihre Unempfänglichkeit gegenüber politischen Kämpfen für stärkeren Umwelt- und Klimaschutz.¹⁷ Dabei stellt es den ökologisch und demokratisch willkürlichen Charakter nationaler Grenzen infrage und nimmt systematisch unterrepräsentierte oder ausgeschlossene Gemeinschaften in den Blick, die auch nichtmenschliche Spezies umfassen können. Die Ökologische Demokratie baut zentral auf dem »Betroffenheitsprinzip« auf.¹⁸ Demzufolge sollen alle potenziell von einem Risiko Betroffenen echte Möglichkeiten haben, sich am entsprechenden Entscheidungsprozess zu beteiligen oder anderweitig in diesem repräsentiert zu sein. Dies soll eine Konstellation erzeugen, die unfaire Verdrängungen oder Auslagerungen von Risiken vermeidet.

Das Paradigma der Ökologischen Demokratie weist zweitens eine Wahlverwandtschaft zur deliberativen Demokratie und Demokratietheorie auf.¹⁹ Deliberation lässt sich als wechselseitige Kommunikation definieren, bei der Präferenzen, Werte und Interessen gemeinsam reflektiert und abgewogen werden.²⁰ Dementsprechend ist deliberative Demokratie eine demokratische Praxis, die solcher gemeinsamen Reflexion einen zentralen Stellenwert einräumt, wobei dieses Ideal nie vollständig erreicht werden kann.²¹ Während Deliberation ursprünglich im Sinne des Austauschs rationaler Argumente gedacht wurde, wird sie in der heutigen Demokratietheorie inklusiver als Austausch »relevanter Erwägungen« begriffen, die etwa auch emotionales Sprechen umfassen können.²² Immer wieder geäußerte Standards und Normen für Deliberation umfassen Respekt, Gleichheit, Konsens- und Gemeinwohlorientierung, Öffentlichkeit, Verantwortlichkeit, Ernsthaftigkeit und die Abwesenheit von Macht.

Ein Fokus der Forschung zu diesem Thema liegt auf der Institutionalisierung von Deliberation in mehr oder weniger formalisierten Foren, sogenannten »deliberativen Mini-Öffentlichkeiten«.²³ Solche Foren, etwa Klimabürger*innenräte, die per Zufallsauswahl (»Sortition«) besetzt werden, finden in Europa immer häufiger Anwendung – allerdings in der Regel in bloß beratender Funktion anstatt mit echten Entscheidungsbefugnissen.²⁴ Die jeweiligen politischen Autoritäten nutzen derartige Beteiligungsformate üblicherweise, um legitimere und effizientere Politiken zu generieren.²⁵ Wenn deliberative Formate »von unten« angestoßen werden, eine enge Verbindung zur Zivilgesellschaft und entsprechende Unterstützung im politischen System bestehen, hat die Umsetzung entsprechender demokratischer Normen aber auch das Potenzial, politische Macht umzuverteilen.²⁶ Darüber hinaus wird vielfach vertreten, dass Deliberation über einzelne Foren hinaus als eingebettet in ein »deliberatives System« gedacht werden muss, in dem Deliberation über verschiedene Stätten und Akteur*innen arbeitsteilig verteilt ist.²⁷ Demokratisierung bedeutet demnach nicht nur die Etablierung zeitlich begrenzter Foren mit hoher interner deliberativer Qualität, sondern erfordert die dauerhafte Institutionalisierung und Verbesserung der Bedingungen für Deliberation.²⁸ Vergesellschaftung fügt diesem Diskurs eine machtkritische und für soziale Ungleichheit sensible Perspektive hinzu, welche von der eher »idealistisch« geführten deliberativen Demokratietheorie meistens ausgeblendet wird.²⁹

Drittens lässt sich Vergesellschaftung als Umsetzung einer »ermächtigenden partizipativen Governance« verstehen.³⁰ Dieses Konzept umschreibt seit einiger Zeit beobachtbare »demokratische Innovationen«³¹ und Reformen und versucht diese für eine dauerhafte Transformation der demokratischen Institutionenordnung nutzbar zu machen. Das »Participatory Budgeting« in Porto Alegre etwa ermöglicht es Bürger*innen, mit echtem Einfluss an der Ausgestaltung des kommunalen Haushalts mitzuwirken.³² DWEs Vorschlag für eine Anstalt öffentlichen Rechts entspricht weitgehend diesem Konzept. Die ermächtigende partizipative Governance folgt drei Prinzipien: Fokussierung auf praktische, greifbare und bearbeitbare Probleme, basisdemokratische Beteiligung und deliberative Entscheidungsfindung sowie Planung.³³

Reformen, die diese Prinzipien berücksichtigen, weisen typische Design-eigenschaften auf: erstens die Dezentralisierung von politischer Macht und Verwaltungsprozessen an lokale Einheiten, zweitens eine zentralisierte Überwachung, Kommunikation und Koordination dieser selbstständig agierenden Einheiten sowie drittens die Umschichtung staatlicher Macht in dauerhaft mobilisierte, deliberativ-demokratische Beteiligungsformen. Solche Vorschläge zielen darauf ab, die anhaltende Partizipation »normaler« Bürger*innen zu institutionalisieren. Meistens betrifft dies ihre Rolle als Konsument*innen öffentlicher Güter sowie die Frage, wie diese bereitgestellt werden sollen.³⁴

Ohne dies hier im Detail zeigen zu können, konkretisiert sich mit der Hervorhebung dieser demokratietheoretischen Diskussionen die im gegenwärtigen Vergesellschaftungsdiskurs enthaltene Konzeption von Demokratisierung. Vor diesem Hintergrund bedeutet Demokratisierung erstens die demokratische Beteiligung (oder anderweitige Repräsentation) aller betroffenen Gruppen in den vergesellschafteten Entscheidungsprozessen, zweitens eine in diesen Prozessen stattfindende, an deliberativen Standards ausgerichtete Diskussion sowie Abwägung der zutage tretenden Interessen und Bedürfnisse, drittens eine dauerhafte Institutionalisierung solcher Aushandlungsprozesse und viertens eine Dezentralisierung von Macht und Verfügungsgewalt.

Ungeachtet der beschriebenen demokratischen Ideale muss sich der Ansatz der Vergesellschaftung mit einigen praktischen Herausforderungen konfrontieren lassen, die diese Konzeption von Demokratisierung weiter präzisieren können. Im Folgenden greife ich zwei Probleme heraus, die im Diskurs um Vergesellschaftung bislang kaum oder keine Aufmerksamkeit erfahren haben.

Die gläserne Decke abtragen

Das erste Problem betrifft die Implikationen der gläsernen Decke für die Gestaltung der demokratischen Strukturen vergesellschafteter Entitäten, also der für Vergesellschaftung infrage kommenden Objekte. Wie eingangs skizziert, erfordert die sozialökologische Transformation die Institutionalisierung von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen um legitime gesellschaftliche Grenzen. Vergesellschaftung ermöglicht solche Aushandlungen erst, indem

sie vormalig privatwirtschaftlich organisierte Entitäten unter öffentliche Kontrolle bringt. Die somit demokratisierten Prozesse müssen in der Folge so gestaltet werden, dass sie dabei helfen, die gläserne Decke abzutragen, also insbesondere Widerstände gegen tiefgreifende gesellschaftliche Transformationen abzubauen. Dafür ist zentral, die durch Vergesellschaftung veranlasste Transformation und das damit einhergehende Setzen gesellschaftlicher Grenzen als lebensweltlichen Mehrwert anstatt als Verlust zu rahmen, um Abwehrreaktionen zu vermeiden.³⁵ Denn öffentliche Kontrolle über vormaliges Privateigentum nützt wenig, wenn die Öffentlichkeit mehrheitlich nicht bereit ist, dadurch ermöglichte Transformationen voranzubringen und mitzutragen. Folglich impliziert Transformation auch kulturellen Wandel.³⁶

Zunächst muss jedoch die Demokratie im Rahmen vergesellschafteter Entitäten das Betroffenheitsprinzip in einer Weise umsetzen, dass nicht nur im nationalstaatlichen Rahmen, sondern auch anderswo betroffene Gruppen und Gemeinschaften in den demokratischen Strukturen repräsentiert werden. Das wäre etwa dann der Fall, wenn ein vergesellschafteter Energiesektor zur Energiewende auf Metalle aus Abbauregionen in Regionen und Länder des Globalen Südens angewiesen ist. Solche Zusammenhänge werfen komplexe Fragen der demokratischen Repräsentation auf. Allerdings sind auch pragmatische Hilfskonstruktionen denkbar. Die Teilnehmenden von Bürger*innenräten etwa erhalten in der Regel anfängliche Informationsinputs von Expert*innen, Praktiker*innen im jeweiligen Feld oder Betroffenen des jeweiligen Themas und werden so auf einen einheitlichen Wissensstand gebracht. Solche Abläufe, die auch Stimmen aus Regionen und Ländern des Globalen Südens (verpflichtend) integrieren können, lassen sich auch für vergesellschaftete Entitäten umsetzen.

Diese Sichtbarmachung ansonsten marginalisierter Stimmen ist essenziell, um die Entfremdungen der »imperialen Lebensweise«³⁷ aufzubrechen. Diese kann nur auf der Grundlage weitreichender »Externalisierungen«³⁸, also der zeitlichen und räumlichen Auslagerung und Verdrängung ihrer katastrophalen Folgen, fortbestehen. Entsprechend um gesellschaftliche Grenzen geweitete Perspektiven konfrontieren die Teilnehmenden von demokratischen Aus Handlungsprozessen mit den notwendigen Diskussionen um angemessene

Lebensformen, individuelle und gesellschaftliche Verantwortung sowie Deliberationen über legitime gegenüber »falschen« Bedürfnissen.³⁹ Die Integration von Perspektiven aus Regionen und Ländern des Globalen Südens kann zudem notwendige Reflexionsprozesse über Privilegien und Ungerechtigkeiten im globalen Maßstab anregen. Eine solche Auseinandersetzung legt so die Grundlage für die kollektive Definition neuer gemeinwohlorientierter und sozial-ökologischer Maximen für das nicht länger profitorientierte Organisationshandeln. Entsprechende Aushandlungen werden kaum ohne teils heftige Konflikte ablaufen.

Eine Besetzung von Gremien durch Zufallslos kann dazu beitragen, dass nicht vermehrt Gruppen mit starken, möglicherweise antitransformativen Agenden oder Partikularinteressen, sondern die gesamte Bandbreite der »constituency« der neuen Institution vertreten wird. Vergesellschaftete Entitäten, etwa ein vergesellschafteter Energiesektor in Nordrhein-Westfalen wie er »RWE & Co enteignen« vorschwebt, werden teils kleinteilige politische Gemeinschaften versorgen und repräsentieren, die durch bestimmte Kriterien definiert sind. Dieser jeweilige *demos* sollte alle Gruppen umfassen, die in irgendeiner Weise an Produktion, Verteilung, Konsum oder Ressourcenbeschaffung für die Güter, Dienstleistungen und Infrastrukturen, die die Institution bereitstellt, beteiligt oder davon betroffen sind. Denkbar wären Quoten für einzelne Gruppen entsprechend ihres Anteils am jeweiligen *demos* oder je nach Betroffenheit durch das Agieren der Institution. Mittelbar oder nur äußerst indirekt Betroffene könnten stattdessen über die genannten Expert*inneninputs oder ähnliche Verfahren im demokratischen Prozess repräsentiert werden. Dabei müsste sorgfältig und ebenfalls demokratisch ausgehandelt werden, was unter Betroffenheit und (Un-)Mittelbarkeit zu verstehen ist. Solche anfänglichen Prozesse der Grenzziehung und Zweckbestimmung für neu zu vergesellschaftende Entitäten sollten im Sinne der Legitimität ebenfalls in Form deliberativ-partizipativer Beteiligungsformate und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft ablaufen.

Die Demokratie im Rahmen vergesellschafteter Institutionen muss darüber hinaus alle Stimmen – auch die transformationsunwilligen – einbinden und dennoch handlungsfähig bleiben. Gelingen kann dies über die Institu-

tionalisierung deliberativer Normen in den demokratischen Gremien, denen vielfach attestiert wird, im deliberativen Prozess Einstellungen und Präferenzen in Richtung gemeinwohlorientierter Lösungen verschieben zu können.⁴⁰ Eine gleichzeitige Orientierung der demokratischen Strukturen an basisdemokratischer Governance und praktischen Problemen sowie eine Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen können für den nötigen Pragmatismus sorgen. Transformation hat dann weniger den Charakter eines fundamentalen Kulturkampfes, sondern dreht sich eher um pragmatische Lösungen für konkrete, technisch-organisatorische Probleme der Daseinsvorsorge. Normative Aushandlungsprozesse und das Alltagsgeschäft demokratischer Verwaltung ließen sich auf verschiedene Gremien oder Räte aufteilen; diese sollten jedoch klar definierte Rollen und Kompetenzen im institutionellen Gefüge der neuen Entität einnehmen.

Vergesellschaftung muss solche Aushandlungsprozesse auch über die kleinen Kreise von gelosten Repräsentant*innen hinaus erweitern, um nicht Gefahr zu laufen, bloße Enklaven der Deliberation zu schaffen.⁴¹ Um ihrem sozialökologisch transformativen Zweck gerecht zu werden, sollten vergesellschaftete Entitäten Öffentlichkeit für diese Aushandlungen schaffen und sie in die Breite ihres *demos* – sowie bestenfalls über dessen Grenzen hinaus – tragen, um möglichst viele Menschen an Diskussionen um gesellschaftliche Grenzen zu beteiligen.

Als öffentliche demokratische Institutionen in Gemeineigentum haben vergesellschaftete Entitäten nicht nur einen sozialen Versorgungs- und sozialökologischen Transformationsauftrag, sondern zugleich einen gesellschaftlichen Bildungsauftrag. Dies impliziert die Ergänzung eng verstandener demokratischer, auf Repräsentation (durch Los) beruhender Gremien durch die Einrichtung von Beteiligungsverfahren, öffentlichen Foren etc., deren Ergebnisse wiederum als Input für die demokratischen Strukturen dienen sollten. Die Forschung ist reich an Beispielen solcher Mischformen, in denen deliberative mit direktdemokratischen Verfahren in schrittweisen arbeitsteiligen Prozessen verknüpft werden. Dadurch lässt sich Deliberation auch außerhalb formaler Strukturen anstoßen. Die Produkte solcher Prozesse können wiederum an Entscheidungsorte zurückgespielt werden.⁴²

Die Demokratie transformieren

Nachdem im vorherigen Abschnitt Vorschläge für die Berücksichtigung des Problems der gläsernen Decke in den demokratischen Strukturen vergesellschafteter Entitäten unterbreitet wurden, soll zum Abschluss Vergesellschaftung in einen breiteren demokratiepolitischen und -reformerischen Kontext eingebettet werden. Vergesellschaftung ablehnende Regierungen haben, wie der Fall von DWE zeigt, zahlreiche Möglichkeiten, selbst erfolgreiche Volksentscheide zu sabotieren.⁴³ Es gibt keinen Grund zu glauben, dass andere Initiativen anderswo in absehbarer Zukunft auf wohlwollendere Regierungen stoßen werden. Eine unveränderte repräsentative Demokratie konfrontiert Vergesellschaftungsinitiativen also mit grundlegenden Problemen.

Eine Antwort darauf besteht in einer Ausweitung der Demokratisierungskonzeption. Als reine Wirtschaftsreformstrategie belässt Vergesellschaftung die Funktionsweise des politischen Systems unverändert. Vergesellschaftung als *Demokratiereformstrategie* geht hier bereits einen Schritt weiter und zielt auf Veränderungen der Art und Weise, wie sozialökologisch relevante Entscheidungen unter demokratischer Beteiligung und öffentlicher Kontrolle getroffen werden. Verstanden als Teil eines deliberativen Systems und unter Berücksichtigung der im vorherigen Abschnitt aufgebrauchten Dimensionen tragen vergesellschaftete Entitäten im Lauf der Zeit zu einer Transformation der Demokratie bei. Ohne diese Funktion zu erfüllen, kann Vergesellschaftung nicht zu einem Wandel der gesellschaftlichen Naturverhältnisse beitragen – nicht zuletzt, weil die liberale Demokratie fundamental mit der imperialen Lebensweise verwoben ist.⁴⁴

Vergesellschaftung flankierend, muss dementsprechend auch die repräsentative Demokratie selbst umgebaut werden. Sie sollte unter anderem responsiver, sprich empfänglicher, gegenüber Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen werden, die Rolle von gewählten Repräsentant*innen und Parteien beschneiden sowie den Einfluss von Bürger*innen und direkter Partizipation ausweiten. Es braucht also über Vergesellschaftung hinaus ebenfalls eine Umverteilung politischer Macht. Auch dabei sind deliberativ-partizipative Prinzipien unerlässlich.⁴⁵ Denn selbst wenn einzelne Vergesellschaftungen

erfolgreich sein sollten, lassen sich damit allein nur Teilaspekte der Aushandlungsprozesse um gesellschaftliche Grenzen institutionalisieren.

Als Teil einer sozialökologischen Transformationsstrategie sollte sich Vergesellschaftung daher sowohl theoretisch als auch praktisch mit demokratie-reformerischen Ansätzen verbinden. Die Demokratiekonzeption der Vergesellschaftung weist einige Überschneidungen mit der munizipalistischen Bewegung, die sich für eine Stärkung lokaler und kommunaler Demokratie sowie für das »Recht auf Stadt« einsetzt, auf.⁴⁶ Weiter ergeben sich über das Praxisrepertoire der entstehenden Vergesellschaftungsbewegung Anknüpfungspunkte zum direktdemokratischen Spektrum der Klimabewegung. Akteur*innen wie German Zero, Bürgerbegehren Klimaschutz, die Klimaliste oder auch Mehr Demokratie nutzen direktdemokratische Verfahren, um Klimavolksentscheide auf kommunaler und auf Landesebene durchzuführen, oder unterstützen diese. Gruppen wie Letzte Generation (Gesellschaftsrat) und Extinction Rebellion (Bürger*innenrat) fordern bereits seit längerer Zeit die Einführung verbindlicher Klimabürger*innenräte.

Im direktdemokratischen Spektrum wird zudem an Konzepten für eine Erleichterung direkter Demokratie sowie an deliberativen Reformvorschlägen – auch für die Bundesebene – gearbeitet. Viele dieser Vorschläge kürzen die nötige demokratische Transformation zwar eher ab, anstatt sie in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen. So tasten sie den Grundaufbau der repräsentativen Demokratie nicht an, sind demokratiepolitisch aber trotzdem konkreter als die meisten Positionierungen innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung. Zudem lässt sich ohne Volksentscheidsgesetzgebung auf Bundesebene das Potenzial von Vergesellschaftung ohnehin nicht voll ausschöpfen, weshalb ein solches Gesetz als anzustrebender Meilenstein der Vergesellschaftungsbewegung angesehen werden sollte. Der Ausbau direkter Demokratie muss jedoch mit deliberativen Reformen einhergehen. Denn für sich genommen liegt die direkte Demokratie ihrer Logik nach zu nah an derjenigen der repräsentativen Demokratie und bietet ohne robuste öffentliche Deliberation zu viele Einfallstore für Missbrauch und Beeinflussung durch mächtige (Partikular-)Interessen.⁴⁷

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich das politische Projekt sozialökologisch motivierter Vergesellschaftung noch in den Kinderschuhen befin-

det. Es steht im Kontext einer notwendigen Transformation der Grundausrichtung der Demokratie als Ganzem – als deren Teilprojekt Vergesellschaftung verstanden werden sollte. Vergesellschaftung kann diese Debatte durch die wichtige Verknüpfung von Demokratie, Eigentumsverhältnissen und kollektiver gesellschaftlicher Entscheidungsgewalt bedeutend voranbringen. Sozialökologische Vergesellschaftungsinitiativen sollten sich folglich durch kluge Bündnispolitik mit der direktdemokratischen und der deliberativen Szene verbinden, auch um deren Blick auf die sozialökologischen und auf Machtungleichheiten beruhenden Probleme der Demokratie zu weiten.⁴⁸

Über die demokratiepolitischen Aspekte von Vergesellschaftung besteht das Potenzial, Bündnispartner*innen zu finden. Gleichzeitig liegt hier wertvolles Wissen zur direkten und deliberativen Demokratie vor, welches der institutionellen Ausgestaltung vergesellschafteter Entitäten zugutekommen kann. Schließlich bietet eine solche Bündnispolitik die Chance, sukzessive die Rahmenbedingungen für Vergesellschaftung zu verbessern. Denn auch kleine, von einer breiten Demokratiebewegung erstrittene demokratische Reformen können die Fähigkeit der Zivilgesellschaft, Regierungen bei der Umsetzung von Volksentscheiden unter Druck zu setzen, verbessern. Daher sollten sozialökologische Vergesellschaftungsprojekte diesen Fluchtpunkt einer neuen Demokratie immer im Blick behalten.

Fazit

Wie in diesem Beitrag dargelegt, kommt Vergesellschaftung als sozialökologische Transformationsstrategie nicht umhin, sich zugleich als Demokratiereformstrategie zu begreifen – sowohl in ihren internen Strukturen als auch im gesellschaftlichen Kontext der real existierenden Demokratie. Selbstverständlich gehen damit unter den Bedingungen der gläsernen Decke, der imperialen Lebensweise und der »postdemokratischen Wende« zahlreiche Probleme einher, die nicht unterschätzt werden dürfen.⁴⁹ So sind bereits seit einiger Zeit wichtige Normen, Werte und Voraussetzungen der Demokratie auf dem Rückzug, immer weniger Menschen verbinden utopische Hoffnungen mit der Demokratie, und die individuellen Zumutungen der Transformation werden

häufig mit heftigen Abwehrreaktionen beantwortet. Diese Entwicklungen lassen sich nicht ohne Weiteres umkehren. Umso wichtiger ist die Etablierung demokratischer »realer Utopien«, die eine andere Demokratie und ihre Vorzüge erfahrbar machen.⁵⁰

Sozialökologisch weitreichende Entscheidungen überhaupt demokratischer Aushandlung zugänglich zu machen, stellt eine Vorbedingung des notwendigen Wandels der gesellschaftlichen Naturverhältnisse dar. Entgegen möglichen Kritikpunkten an den optimistischen Prämissen bezüglich der Potenz von Vergesellschaftung, die gläserne Decke abzutragen, muss festgehalten werden: Es bleibt nichts anderes übrig, als es zu versuchen. Die Alternativen zu einer demokratischen Transformation bestehen in einer Fortsetzung des Modernisierungsprojekts eines grünen Kapitalismus, welches früher oder später scheitern muss, und in der Herausbildung einer autoritären Kontrollgesellschaft, die bestehende Grenzziehungen, Ungleichheiten und Privilegien zunehmend gewaltvoll verteidigt.⁵¹ Ohne die Etablierung einer neuen Demokratie wird Transformation nicht gelingen. Reichen bisherige Konzepte dafür nicht aus, müssen neue gefunden werden. Vergesellschaftung ist ein Teil dieses Projektes.

Anmerkungen

- 1 Novy, Klaus (1978): Strategien der Sozialisierung: Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik, Campus.
- 2 Z. B. Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie: Neue Politik nach der postdemokratischen Wende, Suhrkamp. Selk, Veit (2023): Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie, Suhrkamp.
- 3 communia (Hrsg.) (2023): Neue Energie für Vergesellschaftung für Neue Energie [https://vergesellschaftungskonferenz.de/wp-content/uploads/2023/03/vergesellschaftung_Broschüre_Web.pdf]. RWE & Co enteignen (2023): Aufruf an die Bewegung: Nach Lüzérath ist vor der Vergesellschaftung [<https://rwe-enteignen.de/wp-content/uploads/2023/01/aufruf-an-die-bewegung.pdf>]. RWE & Co enteignen (2023): Nehmen was uns zusteht: Klimagerechtigkeit heißt Vergesellschaftung [https://rwe-enteignen.de/wp-content/uploads/2023/05/Nehmen-was-uns-zusteht-Klimagerechtigkeit-heisst-Vergesellschaftung_mitLinks-1.pdf]. Verkehrswendestadt (2022): Warum

- brauchen wir eine Vergesellschaftung von Volkswagen? [<https://verkehrswendestadt.de/warum-brauchen-wir-eine-vergesellschaftung-von-volkswagen/>]. Brunnemann, Eva / Rosswog, Tobi (2023): VW steht für VerkehrsWende. Konversion & Vergesellschaftung zwischen Theorie & Praxis [<https://verkehrswendestadt.de/vw-steht-fuer-verkehrswende-broschuere/>]. Deutsche Wohnen & Co enteignen (2023): Wohnen, klimagerecht! Fünf Argumente warum das nur mit einer gemeinwirtschaftlichen Wohnraumversorgung zu schaffen ist [https://content.dwenteignen.de/uploads/3_Wohnen_klimagerecht_Eine_Broschuere_von_Deutsche_Wohnen_and_Co_enteignen_8e56c7ac3b.pdf].
- 4 Rockström, Johan / Steffen, Will / Noone, Kevin u. a. (2009): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity, in: *Ecology and Society* 14(2), S. 32.
 - 5 Brand, Ulrich / Muraca, Barbara / Pineault, Éric u. a. (2021): From planetary to societal boundaries: an argument for collectively defined self-limitation, in: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 17(1), S. 265–292.
 - 6 Brand, Ulrich / Muraca, Barbara / Pineault, Éric u. a. (2021): From planetary to societal boundaries: an argument for collectively defined self-limitation, in: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 17(1), S. 265–292: S. 266 ff.
 - 7 Brand, Ulrich / Görg, Christoph (2022): Gesellschaftliche Naturverhältnisse, in: Gottschlich, Daniela / Hackfort, Sarah / Schmitt, Tobias / Winterfeld, Uta von (Hrsg.): *Handbuch Politische Ökologie*, transcript, S. 37–50.
 - 8 RWE & Co enteignen (2023): Nehmen was uns zusteht. Klimagerechtigkeit heißt Vergesellschaftung [https://rwe-enteignen.de/wp-content/uploads/2023/05/Nehmen-was-uns-zusteht-Klimagerechtigkeit-heisst-Vergesellschaftung_mitLinks-1.pdf].
 - 9 Hausknost, Daniel (2020): The environmental state and the glass ceiling of transformation, in: *Environmental Politics* 29(1), S. 17–37. Hausknost, Daniel / Hammond, Margit (2020): Beyond the environmental state? The political prospects of a sustainability transformation, in: *Environmental Politics* 29(1), S. 1–16. Blühdorn, Ingolfur (2020): The legitimization crisis of democracy: emancipatory politics, the environmental state and the glass ceiling to socio-ecological transformation, in: *Environmental Politics* 29(1), S. 38–57.
 - 10 Lepenies, Philipp (2022): Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens, Suhrkamp. Nachtwey, Oliver / Amlinger, Carolin (2022): *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Suhrkamp.
 - 11 Hausknost, Daniel (2020): The environmental state and the glass ceiling of transformation, in: *Environmental Politics* 29(1), S. 17–37.
 - 12 Eversberg, Dennis (2023): Anpassung, Verteilung, Externalisierung: Drei Dimensionen des sozialökologischen Transformationskonflikts, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 53(210), S. 137–159.
 - 13 Dahl, Robert A. (1998): *On Democracy*, Yale University Press.

- 14 Das bedeutet nicht, dass auf der Angebotsseite der Politik die nötigen Lösungen vorhanden wären, denen lediglich die Legitimation fehlt. Zusätzlich zur Abwesenheit transformativer Ambitionen ist das Parteienspektrum in weiten Teilen von derselben neoliberal geprägten Ablehnung staatlicher Ordnungspolitik und steuernder Regulierung durchzogen wie weite Teile der Wahlbevölkerung.
- 15 Novy, Klaus (1978): *Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik*, Campus.
- 16 Eckersley, Robyn (2004): *The green state: rethinking democracy and sovereignty*, MIT Press. Eckersley, Robyn (2019): *Ecological democracy and the rise and decline of liberal democracy: looking back, looking forward*, in: *Environmental Politics* 29(2), S. 214–234. Pickering, Jonathan / Bäckstrand, Karin / Schlosberg, David (2020): *Between environmental and ecological democracy: theory and practice at the democracy-environment nexus*, in: *Journal of Environmental Policy & Planning* 22(1), S. 1–15.
- 17 Eckersley, Robyn (2019): *Ecological democracy and the rise and decline of liberal democracy: looking back, looking forward*, in: *Environmental Politics* 29(2), S. 214–234, S. 2.
- 18 Eckersley, Robyn (2004): *The green state: rethinking democracy and sovereignty*, MIT Press, S. III.
- 19 Ebd., S. 115. Lepori, Matthew (2019): *Towards a New Ecological Democracy: A Critical Evaluation of the Deliberation Paradigm Within Green Political Theory*, in: *Environmental Values* 28(1), S. 75–99.
- 20 Bächtiger, André / Dryzek, John / Mansbridge, Jane / Warren, Mark (2018): *Deliberative Democracy: An Introduction*, in: Bächtiger, André / Dryzek, John / Mansbridge, Jane / Warren, Mark (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*, Oxford University Press, S. 1–32, S. 2.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd., S. 7.
- 23 Curato, Nicole / Farrell, David M. / Geissel, Brigitte et al. (2021): *Deliberative mini-publics: core design features*, Bristol University Press. Reuchamps, Min / Vrydagh, Julien / Welp, Yanina (Hrsg.) (2023): *De Gruyter Handbook of Citizens' Assemblies*, De Gruyter.
- 24 Vgl. OECD (2020): *Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave* [https://www.oecd-ilibrary.org/governance/innovative-citizen-participation-and-new-democratic-institutions_339306da-en]. Courant, Dimitri (2022): *Institutionalizing deliberative mini-publics? Issues of legitimacy and power for randomly selected assemblies in political systems*, in: *Critical Policy Studies* 16(2), S. 162–180.

- 25 Warren, Mark E. (2009): Governance-driven democratization, in: *Critical Policy Studies* 3(1), S. 3–13.
- 26 Bua, Adrian / Bussu, Sonia (2021): Between governance-driven democratisation and democracy-driven governance: Explaining changes in participatory governance in the case of Barcelona, in: *European Journal of Political Research* 60(3), S. 716–737. Della Porta, Donatella / Felicetti, Andrea (2019): Innovating Democracy Against Democratic Stress in Europe: Social Movements and Democratic Experiments, in: *Representation* 58(1), S. 67–84.
- 27 Mansbridge, Jane / Bohman, James / Chambers, Simone et al. (2012): A systemic approach to deliberative democracy, in: Parkinson, James / Mansbridge, Jane (Hrsg.): *Deliberative Systems: Deliberative Democracy at the Large Scale*, Cambridge University Press, S. 1–26.
- 28 Curato, Nicole & Böker, Marit (2016): Linking mini-publics to the deliberative system: a research agenda, in: *Policy Sciences* 49(2), S. 173–190.
- 29 Bua, Adrian (2022): Bringing political economy back into participatory-deliberative democracy: a Marxist perspective. Working Paper für die American Political Science Association General Conference. Montreal, 15. bis 18.09.2022.
- 30 Fung, Archon / Wright, Erik Olin (2011): Thinking about Empowered Participatory Governance, in: Fung, Archon & Wright, Erik Olin (Hrsg.), *Deepening democracy: institutional innovations in empowered participatory governance*, Verso, S. 3–42. Vgl. Stoll, Niklas (2022): Vergesellschaftung als Transformationsstrategie: »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« im diskursiven und politischen Kontext, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 52(209), S. 631–648.
- 31 Elstub, Stephen / Escobar, Oliver (2017): A Typology of Democratic Innovations. Vortrag auf der Political Studies Association's Annual Conference, 10. bis 12.04.2017, Glasgow [https://www.psa.ac.uk/sites/default/files/conference/papers/2017/A%20Typology%20of%20Democratic%20Innovations%20-%20Elstub%20and%20Escobar%202017.pdf].
- 32 Baiocchi, Gianpolo (2011): Participation, Activism, and Politics: The Porto Allegre Experiment, in: Fung, Archon / Wright, Erik Olin (Hrsg.): *Deepening democracy: institutional innovations in empowered participatory governance*, Verso, S. 45–76.
- 33 Vgl. Berfelde, Rabea / Möller, Philipp (2023): Radikaldemokratische Planung der Wohnraumversorgung? Das Vergesellschaftungskonzept von »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 53(212), S. 561–577.
- 34 Fung, Archon / Wright, Erik Olin (2011): Thinking about Empowered Participatory Governance, in: Fung, Archon & Wright, Erik Olin (Hrsg.): *Deepening democracy: institutional innovations in empowered participatory governance*, Verso, S. 3–42: S. 22. »Governance« bezeichnet ein populäres, aber relativ diffuses Konzept für politi-

- sche Beteiligung bzw. das Regieren, das neue Politikformen beschreiben soll, die sich von älteren repräsentativen Formen unterscheiden. Häufig werden dabei verschiedene Stakeholder netzwerkförmig eingebunden, die auf unterschiedliche Weisen entsprechende Ansprüche geltend machen können.
- 35 Hausknot, Daniel (2020): The environmental state and the glass ceiling of transformation, in: *Environmental Politics* 29(1), S. 17–37.
- 36 Hammond, Marit (2020): Sustainability as a cultural transformation: the role of deliberative democracy, in: *Environmental Politics* 29(1), S. 173–192.
- 37 Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München, oekom verlag.
- 38 Lessenich, Stefan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, Hanser Berlin im Carl Hanser Verlag.
- 39 Der Begriff des »falschen« Bedürfnisses spielt auf eine Diskussion an, die im Rahmen der kritischen Theorie der 1960er-Jahre geführt wurde. Es ging dabei um die Frage, wie man »richtige«, also legitime, von »falschen«, also illegitimen Bedürfnissen unterscheiden kann. Diese Diskussion wird heute für die Problematik der Transformation wieder relevant angesichts weitreichender persönlicher Freiheiten, Lebensweisen zu pflegen und Bedürfnisse zu befriedigen, die mit einer Einhaltung planetarer Grenzen nicht kompatibel sind (etwa Luxusjachten oder Privatjets zu nutzen, regelmäßige Flugreisen zu unternehmen etc.). Vgl. Marcuse, Herbert (2004): *Schriften Band 7: Der Eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, zu Klampen.
- 40 French, Damien / Laver, Michael (2009): Participation Bias, Durable Opinion Shifts and Sabotage through Withdrawal in Citizens' Juries, in: *Political Studies* 57(2), S. 422–450. Niemeyer, Simon (2011): The Emancipatory Effect of Deliberation: Empirical Lessons from Mini-Publics, in: *Politics & Society* 39(1), S. 103–140.
- 41 Grönlund, Kimmo / Herne, Kaisa / Setälä, Maija (2015): Does Enclave Deliberation Polarize Opinions?, in: *Political Behavior* 37(4), S. 995–1020.
- 42 Bächtiger, André / Dryzek, John / Mansbridge, Jane / Warren, Mark (2018): Deliberative Democracy: An Introduction, in: Bächtiger, André / Dryzek, John / Mansbridge, Jane / Warren, Mark (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*, Oxford University Press, S. 1–32, S. 13ff. Curato, Nicole / Farrell, David M. / Geissel, Brigitte et al. (2021): Deliberative mini-publics: core design features, Bristol University Press, S. 6ff.
- 43 Stoll, Niklas (2022): Vergesellschaftung als Transformationsstrategie. »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« im diskursiven und politischen Kontext, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 52(209), S. 631–648.

- 44 Pichler, Melanie / Brand, Ulrich / Görg, Christoph (2020): The double materiality of democracy in capitalist societies: challenges for social-ecological transformations, in: *Environmental Politics* 29(2), S. 193–213.
- 45 Gastil, John / Wright, Erik Olin (Hrsg.) (2019): *Legislature by Lot: transformative designs for deliberative governance*, Verso. Bua, Adrian / Bussu, Sonia (Hrsg.) (2023): *Reclaiming participatory governance: social movements and the reinvention of democratic innovation*, Routledge.
- 46 Thompson, Matthew (2020): What's so new about New Municipalism?, in: *Progress in Human Geography* 45(2), S. 317–342.
- 47 LeDuc, Lawrence (2015): Referendums and deliberative democracy, in: *Electoral Studies* 38, S. 139–148.
- 48 Bua, Adrian (2022): Bringing political economy back into participatory-deliberative democracy: a Marxist perspective. Working Paper für die American Political Science Association General Conference. Montreal, 15. bis 18.09.2022, S. 13.
- 49 Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Suhrkamp. Selk, Veit (2023): *Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie*, Suhrkamp.
- 50 Stoll, Niklas (2022): Vergesellschaftung als Transformationsstrategie. »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« im diskursiven und politischen Kontext, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 52(209), S. 631–648. Wright, Erik Olin (2017): *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*, Suhrkamp.
- 51 Vgl. Adloff, Frank / Neckel, Sighard (2019): Futures of sustainability as modernization, transformation, and control: a conceptual framework, in: *Sustainability Science* 14(4), S. 1015–1025.

KAPITEL 3

Vergesellschaftung, Gesellschaft und das politische System

Die Welt vergesellschaften

Warum Vergesellschaftung noch mehr infrage stellen muss als nur die Eigentumsverhältnisse in einzelnen Sektoren

Jonna Klick, Nele Klemann und Indigo Drau

Abstract

Die Vergesellschaftung einzelner Bereiche reicht nicht aus, um die sozialen und ökologischen Probleme unserer Zeit zu lösen – wie an den Beispielen Wohnraum und Energie exemplarisch gezeigt wird. Vergesellschaftung kann ihr Potenzial nicht entfalten, solange die kapitalistische Totalität, die die gesellschaftlichen Beziehungen über Geld organisiert, fortbesteht. Stattdessen braucht es eine Vergesellschaftung der ganzen Welt, also aller Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion, mit der die gesamtgesellschaftliche Vermittlung geändert wird – weg vom Geld hin zu bedürfnisorientierter gesellschaftlicher Selbstorganisation bzw. Commoning. Eine solche Vergesellschaftung ist mit dem Staat nicht zu machen, da er abhängig von einer funktionierenden Kapitalakkumulation ist und deshalb ein Interesse an ihrer Aufrechterhaltung hat. Dies stellt Bewegungen für Vergesellschaftung vor die Herausforderung, einerseits reale Handlungsspielräume (auch über den Staat) zu nutzen, andererseits aber die Perspektive eines Bruchs mit Staat und Kapitalismus zu entwickeln.

Kämpfe für Vergesellschaftung: Erste Schritte und ihre Grenzen

Die Bewegungen für Vergesellschaftung machen uns Hoffnung. Sie zeigen auf, dass die herrschenden Vorstellungen von Privateigentum nicht alternativlos sind, dass sie sogar von einem breiten Spektrum der Bevölkerung infrage gestellt werden. Doch die schrittweise Vergesellschaftung einzelner Bereiche über den legalen Weg – nach dem Vorbild der Kampagne »Deutsche Wohnen und Co enteignen« (DWE) – reicht nicht aus. Wenn wir die ökologischen und sozialen Probleme unserer Zeit lösen wollen, dann muss Vergesellschaftung darüber hinausgehen, dann kann sie nicht auf einzelne Bereiche beschränkt werden, sondern muss die kapitalistische Totalität als Ganzes angehen – die ganze Welt vergesellschaften. Wir argumentieren in diesem Beitrag also für ein Verständnis von Vergesellschaftung, das viel mehr infrage stellt als die Eigentumsverhältnisse in einzelnen Sektoren und stattdessen auch eine Änderung der gesamtgesellschaftlichen Vermittlung anstrebt. Davon ausgehend, argumentieren wir, dass eine solche Veränderung mit Staaten nicht zu machen ist, und überlegen, was dies für die Praxis einer Vergesellschaftungsbewegung bedeuten könnte.

Beginnen wir da, wo die Kämpfe um Vergesellschaftung im deutschsprachigen Raum in den letzten Jahren am erfolgreichsten waren, wo sie Mehrheiten gewinnen konnten: beim Wohnraum. Mit einem rechtlich bindenden Volksentscheid und einer Menge Druck von der Straße ist es vorstellbar, dass die Kampagne DEW* in den nächsten Jahren ihr Ziel auch gegen den Berliner Senat durchsetzen kann und einen vergesellschafteten Wohnungssektor schafft. Da Vergesellschaftung nicht Verstaatlichung sein soll, sondern eine demokratische Verfügung durch die Betroffenen, hat die Kampagne dafür Konzepte entwickelt, die einen großen Spielraum von Selbstorganisation (Commoning¹) ermöglichen. Miete zahlen müssten die Bewohner*innen jedoch weiterhin, wenn auch das rasante Ansteigen der Mieten gestoppt wäre. Denn

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Tilman Wendelin Alder: Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung.

zum einen müssen die Entschädigungskosten für die Enteignung abbezahlt werden, zum anderen aber muss auch Geld in Instandhaltung, Aus- und Neubau fließen. Ebenso müssen Nebenkosten, vor allem für Energie, weiterhin finanziert werden. Bei ihrer Rede zur Eröffnung der Vergesellschaftungskonferenz 2022 sagte die Philosophin Bini Adamczak, es sei darum klar, was der nächste Schritt sei: die Vergesellschaftung des Energiesektors.² Doch wie können wir uns die Vergesellschaftung des Energiesektors vorstellen? Wenn wir³ damit nicht nur günstigere Strompreise erreichen, sondern auch die Energieproduktion ökologisch umstellen wollen, dann würde dies vor allem bedeuten, deutlich weniger Strom zu produzieren. Denn auch für erneuerbare Energien werden Rohstoffe gebraucht, die nicht selten aus Raubbau in Regionen und Ländern des Globalen Südens stammen.⁴ Eine reine Umstellung auf erneuerbare Energien könnte zwar die Treibhausgasemissionen reduzieren, würde aber die Zerstörung von Ökosystemen, Übernutzung endlicher Ressourcen und neokoloniale Verhältnisse fortschreiben. Eine Drosselung des Stromverbrauchs wäre an sich kein Problem. Die durch eine Vergesellschaftung demokratisierte Entscheidungsmacht darüber, wie der Strom verwendet wird, geht unweigerlich mit Aushandlungsprozessen einher: Nach welchen Prinzipien soll der Strom produziert und verteilt werden? Wenn die Konsument*innen, die einen vergesellschafteten Energiesektor demokratisch verwalten, dies nach ökologischen Kriterien tun möchten, aber trotzdem den Menschen ein gutes Leben ermöglichen wollen, könnten sie sich entscheiden, die Energie, die sie der Industrie zur Verfügung stellen, zu drosseln. Das gilt insbesondere für Bereiche, die nur begrenzt nötige und schädliche Waren wie Autos oder Waffen produzieren, sodass noch genug Strom für die Haushalte übrig wäre. Das Problem ist jedoch, dass die Stromkonsument*innen nicht nur konsumieren, sondern in der großen Mehrzahl auch Lohnabhängige sind, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um überleben zu können – eben unter anderem an die Waffen- oder Autoindustrie. Wenn diese Industrien abgeschaltet würden, dann könnten sie ihre Arbeitskräfte nicht mehr bezahlen. Die Stromkonsument*innen, die zugleich Lohnabhängige sind, würden damit also ihre eigene Existenzgrundlage untergraben, solange diese noch vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängt. Mit Wohnraum und Energieversorgung haben wir nur zwei

Beispiele durchgespielt, die verdeutlichen, dass Vergesellschaftung, wenn sie auf einzelne Sektoren begrenzt bleibt, ihr ökologisches und soziales Potenzial nicht voll entfalten kann, da sie auf Beschränkungen durch die kapitalistische Totalität und die Vermittlung der gesellschaftlichen Beziehungen durch Geld stößt. Bei anderen Bereichen sähe dies ähnlich aus. Wenn wir sowohl das Potenzial von Vergesellschaftung als auch die Akutheit ökologischer und sozialer Krisen ernst nehmen, muss die Zielrichtung von Kämpfen um Vergesellschaftung über einzelne Sektoren hinausreichen: in Richtung eines revolutionären Bruchs mit der kapitalistischen Totalität und der Vergesellschaftung der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion – der ganzen Welt also.

Geld und mehr Geld: die kapitalistische Totalität

Wenn wir füreinander tätig werden, Dinge für andere herstellen oder Dienstleistungen ausüben, dann ist das im Kapitalismus meist über Geld vermittelt. Das bedeutet, dass wir auch die Dinge, die wir zum Leben brauchen, nur über den monetären Erwerb bekommen können. Wir müssen unsere Arbeitskraft verkaufen, einer Erwerbsarbeit nachgehen, um Geld zu verdienen und um Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum und einem würdevollen Leben, einschließlich immaterieller Aspekte wie Partizipation, Teilhabe und Anerkennung zu bekommen.⁵ Dementsprechend muss uns im Zweifelsfall egal sein, was wir da in unserer Arbeit tun und dass wir im Zweifelsfall auch nur begrenzt nötige und schädliche Dinge wie Waffen oder Autos in immensen Umfang herstellen müssen. Geld ist dabei nicht nur ein Tauschmittel, sondern, da der Tausch unter Ungleichen stattfindet, auch immer ein Herrschaftsinstrument, mit dem Arbeit erzwungen werden kann. Geld ist also ein Mittel, um die Arbeit anderer zu kontrollieren. Und das Geld, mit dem unsere Arbeitskraft gekauft wird, ist meist zugleich auch Kapital, das sich vermehren muss. Denn Unternehmen stehen auf dem Markt in Konkurrenz zueinander. Sie sind deshalb stets bemüht, kosteneffizienter zu produzieren als die anderen Marktteilnehmer, müssen also Gewinn erwirtschaften, den sie reinvestieren können in effizientere Produktionsmittel. Angetrieben von der Konkurrenz, werden so die Vermehrung von Geld und die maßlose Bewegung des

Kapitals zum absurden Selbstzweck dieser Gesellschaft, die wir deshalb auch *Kapitalismus* nennen. Und da wir alle Geld brauchen, um überleben zu können, hängen wir auch alle am Tropf dieser Kapitalverwertung.

Das hat zerstörerische Folgen: Der Zwang des Kapitals zu wachsen geht mit einem Wachstum an Ressourcenverbrauch einher und zerstört damit unsere ökologischen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen. Wir müssen einen Großteil unserer Lebenszeit mit sinnlosen Arbeiten verbringen, die uns stressen, zermürben und krank machen. Wer nicht arbeiten kann oder sich dem Lohnarbeitszwang widersetzt, kann meist kaum seinen Lebensunterhalt bestreiten. Da für die Bedürfnisbefriedigung im Kapitalismus Zahlungskraft eine zentrale Voraussetzung ist, hat dies weitreichende Einschränkungen der Befriedigung von materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen zur Folge. Die Menschen in den Regionen und Ländern des Globalen Südens, die aufgrund von Kolonialismus und fortdauernden post- und neokolonialen Abhängigkeits-, Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen schlechtere Ausgangsbedingungen auf dem Weltmarkt haben, werden systematisch in Armut gehalten.⁶ Care-Arbeit, die sich nicht ohne Weiteres in die Logik der Kapitalverwertung integrieren lässt, die aber trotzdem notwendig ist für den Erhalt menschlichen Lebens, wird abgespalten und – da der Kapitalismus sich auf der Grundlage des schon deutlich länger bestehenden Patriarchats entwickelte – Frauen⁷ überlassen, die diese meist unbezahlt erledigen.⁸

Die Vergesellschaftung einzelner Sektoren kann diese Missstände, die aus der gesellschaftlichen Vermittlung über Geld und Märkte resultieren, zwar vermindern, aber nicht beseitigen und ist damit eine unzureichende Antwort auf die heutigen ökologischen und sozialen Probleme. Vergesellschaftung könnte zwar einige Bereiche den direkten Marktkräften entziehen und die Abhängigkeit vom Geld sowie die Machtkonzentration über Eigentum verringern. In einem vergesellschafteten Wohnungssektor etwa wäre der Zugang zu gutem Wohnraum auch Menschen möglich, die sich die horrend steigenden Mieten in den Großstädten nicht leisten können. Mit einem vergesellschafteten Energiesektor könnte entschieden werden, Menschen ein Grundkontingent an Strom auch ohne oder mit nur geringer Bezahlung zur Verfügung zu stellen. Vollkommen außerhalb der gesellschaftlichen Vermittlung über das

Geld und den damit einhergehenden Zwängen steht jedoch kein vergesellschafteter Bereich. Denn zum einen haben alle Bereiche monetäre Außenbeziehungen, sie müssen Vorprodukte kaufen und Löhne zahlen, weshalb das Geld dafür auch wieder eingenommen werden muss. Und zum anderen werden die Vermittlung über das Geld und der Zwang zur Kapitalverwertung außerhalb der vergesellschafteten Bereiche weiterhin die oben geschilderten Zerstörungen anrichten.

Es muss also ums Ganze gehen. Die Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen und die sozialen Verwerfungen, die mit der Vermittlung über das Geld und den Zwang zu seiner steten Verwertung einhergehen, können wir nur beenden, wenn wir die gesamtgesellschaftliche Form der Vermittlung verändern. Wenn wir also nicht nur einzelne Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion der Logik des Marktes entziehen und vergesellschaften, sondern alle. Vergesellschaftung bedeutet, die Trennung zwischen uns und den Mitteln, die wir für unser Leben brauchen, aufzuheben und demokratisch in gesellschaftlicher, solidarischer Selbstorganisation gemäß unseren Bedürfnissen darüber zu entscheiden, wie und was wir produzieren und welche Ziele wir uns als Gesellschaft setzen wollen. Welche Form solche gesellschaftlichen Entscheidungsfindungsstrukturen konkret annehmen, kann sehr unterschiedlich sein. Sie müssten aber in jedem Fall alle Betroffenen einbeziehen und Verfügung und Versorgung nicht an Geld oder sonstige Gegenleistung koppeln, sondern sich an den Bedürfnissen orientieren. Eine solche Vergesellschaftung kann sich erst in einem gesamtgesellschaftlichen Bruch mit der kapitalistischen Totalität voll entfalten. Denn erst dann müssten wir nicht mehr dem absurden Selbstzweck der auf Anhäufung abzielenden Verwertung von Geld folgen und uns den Zwängen beugen, die dieser auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausübt.

Not our buddy: Der Staat

Eine Vergesellschaftung, die alle Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion erfasst und mit der kapitalistischen Totalität bricht, ist mit Staaten nicht zu machen. Das hat zwei Gründe: Zum einen ist Vergesellschaftung etwas grundlegend anderes als Verstaatlichung, und zum anderen ist der Staat ein

integraler Bestandteil des Kapitalismus, und seine Handlungsfähigkeit ist beschränkt.

Beginnen wir beim zweiten Punkt: Der Staat scheint zwar, im Gegensatz zum Markt, bewusst Entscheidungen zu treffen und auch gegen den Markt durchsetzen zu können.

Doch der Schein trügt. Staat und Markt sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille. Der Staat stellt die Voraussetzungen für den Markt her, vor allem indem er mit seinem Gewaltmonopol ganz grundlegend das Eigentum und damit die Bedingung kapitalistischer Produktion schützt, aber auch indem er durch Sozialversicherungen und öffentliche Güter die Härte des Marktes wenigstens so weit abfedert, dass Menschen überhaupt als Lohnarbeiter*innen existieren können. Andersherum stellt aber auch der Markt die Voraussetzungen für den Staat her, indem über Steuereinnahmen der Staatshaushalt überhaupt erst finanziert wird.⁹

Der Staat ist also darauf angewiesen, dass die Wirtschaft gut läuft, und zwar eigentlich nicht nur gut, sondern besser als in anderen Staaten. Denn auch Staaten stehen in Konkurrenz zueinander. Als Standortkonkurrenten versuchen sie die besten Bedingungen für Konzerne, das heißt sichere Investitionsmöglichkeiten, gute Infrastruktur, nicht zu hohe Umweltstandards und nicht zu hohe Mindestlöhne, zu schaffen, damit die Konzerne in dem jeweiligen Nationalstaat bleiben bzw. aus anderen Staaten abgeworben werden.

Das bedeutet leider auch, dass wir in Sachen Vergesellschaftung nicht so viel vom Staat erwarten können. Denn er kann vergesellschaftete Bereiche nicht einfach endlos finanzieren, um den monetären Druck abzufedern. Finanzieren kann er überhaupt nur, wenn gleichzeitig die Kapitalverwertung ordentlich weiterläuft.

Ein Interesse daran, einen Bereich der Wirtschaft der Marktlogik zu entziehen, hat ein Staat kaum. Das würde bedeuten, dass durch dieses auch keine Steuereinnahmen mehr zu erwarten sind. Ausnahmen sind vielleicht Bereiche, die sich wirtschaftlich nicht mehr halten können, aber für die nationale Wirtschaft oder die gesamtgesellschaftliche Reproduktion essenziell sind. In allen anderen Bereichen muss Vergesellschaftung aber gegen die Interessen des Staates erkämpft werden.

Hinzu kommt – hier kommen wir zum oben genannten weiteren Grund für unsere Staatsskepsis –, dass der Staat, wenn er Konzerne enteignet, eher dazu tendieren wird, sie lediglich zu verstaatlichen, nicht aber zu vergesellschaften. Das bedeutet, dass der Staat die Verfügungsmacht über die enteigneten Mittel behält, anstatt sie in wirklich demokratische Verfügungsmacht der Gesellschaft zu geben. Denn damit würden staatliche Akteure ihre Macht abgeben und riskieren, dass über die vergesellschafteten Mittel entgegen den staatlichen Interessen verfügt wird. Selbst wenn der Staat dazu gebracht werden könnte, Konzerne zu enteignen, bliebe der Kampf darum bestehen, dass die Gesellschaft in Selbstorganisation über Dinge verfügen kann.¹⁰

Der Staat ist also nicht unser Freund, auf den wir setzen, kein Werkzeug, das wir einfach verwenden können, um mit ihm nach und nach alle Konzerne zu enteignen. Da er selbst über seine Steuereinnahmen von einer funktionierenden Kapitalverwertung abhängig ist, wird er dieser und damit sich selbst nicht die Grundlage untergraben, indem er immer mehr Bereiche dem Markt entzieht. Und selbst wenn der Staat Konzerne enteignet, wird er sie eher verstaatlichen als vergesellschaften. Das ist relativ unabhängig davon, wer regiert, und ergibt sich schlichtweg aus der Funktion und Rolle des Staates im Kapitalismus, der alle folgen müssen, die in ihm »Regierungsverantwortung« übernehmen wollen. Eine Vergesellschaftungsbewegung muss deshalb nicht nur kapitalismus-, sondern auch staatskritisch sein.

Über Reformen hinaus: Überlegungen für eine Vergesellschaftungsbewegung

Vergesellschaftung, so haben wir argumentiert, muss auf alle Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion zielen. Es reicht nicht, einzelne Bereiche zu vergesellschaften, sondern es geht uns um die Vergesellschaftung der ganzen Welt – um einen Bruch mit der kapitalistischen Totalität. Der Staat ist als Teil dieser Totalität selbst abhängig von einem funktionierenden Kapitalismus und deshalb kein Werkzeug, um die Vergesellschaftung herbeizuführen, die es braucht, um die ökologischen und sozialen Probleme unserer Zeit zu lösen.

Was bedeutet diese Analyse für die Praxis?

Sie bedeutet nicht etwa, dass es keinen Sinn hat, für die Vergesellschaftung einzelner Bereiche zu kämpfen und diese auch über den Staat abzusichern. Diese Kämpfe können unsere Lebensbedingungen hier und heute real verbessern und so einen gesamtgesellschaftlichen Bruch vorbereiten, in dem die Menschen durch sie wichtige Lernerfahrungen machen. Es sind Spielräume, die wir nutzen sollten, ohne dabei ihre Beschränkungen zu ignorieren.

Die Rolle des Staates ist dabei eine widersprüchliche: Einerseits neigen wir, wenn es um die Lösung von Problemen geht, dazu, ihm mehr Macht zuzusprechen, als er hat. Letztendlich stellt nicht der Staat die gesellschaftlichen Verhältnisse her, sondern wir – allerdings in den Formen des Kapitals. Indem wir arbeiten gehen, konsumieren und Care-Arbeit leisten, schaffen wir die Grundlage dafür, dass das Kapital sich vermehren kann. Andererseits wäre es naiv, den Staat zu ignorieren. Da es demokratische Einflussmöglichkeiten auf ihn gibt, die wir auf die Bewegung des Kapitals nicht haben, und der Staat, wenn auch beschränkt, in die Wirtschaft eingreifen kann, müssen wir dafür kämpfen, dass er dies so sozial und ökologisch wie möglich tut. Auch weil sich Menschen nur dann organisieren, wenn sie glauben, dass sie in absehbarer Zeit etwas gewinnen können, und auch weil im Alltagsverstand der meisten Menschen verankert ist, dass der Staat der Adressat für politische Anliegen ist.

Das bedeutet, dass wir vor einer schwierigen, widersprüchlichen Aufgabe stehen: Einerseits gilt es, um Veränderungen im Staat zu kämpfen, andererseits in diesen Kämpfen den Staat zu entfetischisieren und zu zeigen, dass die Macht eigentlich nicht bei ihm, sondern bei uns liegt.

Dafür gälte es, die Erfahrung des Scheiterns zu politisieren. Früher oder später werden wir mit unseren Bestrebungen nach Vergesellschaftung an Grenzen stoßen. Aus der Reflexion dieser Erlebnisse müssen wir kollektiv eine Markt- und Staatskritik begründen. Die Verknüpfung von Erlebnis und Analyse kann auch ein Ausgangspunkt dafür sein, in der Bewegung einen Diskurs über Utopien jenseits von Markt und Staat zu stärken. Und über die Bewegung hinaus müssten wir die Diskursmacht – die wir gewinnen, selbst wenn wir verlieren – nutzen, um die kapitalistische Totalität als solche zu kritisieren.

Andererseits müssen wir das, was neben Diskursmacht und politischem Druck in unseren Bewegungen entsteht, ernst nehmen: Solidarität. Diese Solidarität kann sich zum Beispiel in vergesellschaftetem Wohnraum verfestigen. Aber auch in unserer Organisationsweise gedeiht Solidarität, gedeiht bedürfnisorientierte Selbstorganisation. Diese Solidarität ist mehr als ein Mittel. Sie ist auch die grundlegende Beziehungsweise der Gesellschaft, die wir aufbauen wollen und müssen, um innerhalb der planetaren Grenzen ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.¹¹

Historisch gab es immer wieder Möglichkeitsfenster, die durch Kämpfe geschaffen oder ausgeweitet wurden, in denen nicht mehr darauf gewartet werden musste, Produktionsmittel, Häuser und Boden zu kaufen oder vom Staat zu bekommen, sondern in denen massenhafte Aneignungen dieser Produktionsmittel möglich wurden, weil Staat und Markt in eine Krise gerieten. In solchen Momenten wäre es denkbar, mehrere Bereiche gleichzeitig zu vergesellschaften – in denen die Verteilung von Gütern anstatt nach Zahlungskraft nach Bedürfnissen organisiert wird und die gesellschaftliche Vermittlung anstatt der Form des Geldes die Form des Commoning, der bedürfnisorientierten Selbstorganisation, annimmt.

Ob aber diese Momente genutzt werden, um die ganze Welt zu vergesellschaften oder nur um neue, noch autoritärere Formen der gesellschaftlichen Vermittlung zu schaffen, hängt letztlich davon ab, wie gut wir auf solche Momente vorbereitet sind. Damit ist nicht nur gemeint, wie stark wir im Kämpfen sind, sondern auch, wie sehr unsere Solidarität trägt, wie sehr Menschen darauf vertrauen, durch Commoning versorgt zu werden.

Kämpfe um Vergesellschaftung schaffen bereits im Hier und Jetzt einen Nährboden für das Wachsen solidarischer Beziehungs- und Organisationsweisen. Trotz aller Beschränkungen gilt es also, durchaus Kämpfe um die Vergesellschaftung von verschiedenen Bereichen wie Wohnraum, Energie etc. zu führen, aber diese Kämpfe jeweils zusammenzuführen und zu verbinden mit der Perspektive einer Vergesellschaftung aller Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion – einer Vergesellschaftung der ganzen Welt, die letztendlich nur gegen Staaten durchzusetzen ist.

Anmerkungen

- 1 Habermann, Friederike (2016): Ecommony – UmCARE zum Miteinander, Ulrike Helmer Verlag.
- 2 Adamczak, Bini (2022): Vergesellschaftungskonferenz Eröffnungspanel [https://www.youtube.com/watch?v=jKme9Cf_4zE].
- 3 Wir benutzen an mehreren Stellen dieses Textes die Formulierung »wir«. Es ist ein offenes »wir«, das alle einlädt, die sich als Teil einer emanzipatorischen Bewegung für Vergesellschaftung verstehen. Da wir selber das tun, schreiben wir aus der ersten Person. Wir brechen dadurch bewusst mit der im akademischen Betrieb üblichen Distanzierung von gesellschaftlichen Prozessen und sozialen Bewegungen, über die dann meist nur in der dritten Person geschrieben werden soll.
- 4 Ngam, Roland (2022): Green Grabbing beenden [<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/green-grabbing-beenden/>].
- 5 Holloway, John (2022): Hope in Hopeless Times, Pluto Press; Marx, Karl/ Engels, Friedrich (2013): Marx-Engels-Werke Band 23-25, Karl Dietz Verlag Berlin.
- 6 Prebisch, Raul (1950): The Economic Development of Latin America and its principal problems, United Nation Publications.
- 7 Dies betrifft auch andere weiblich sozialisierte und/oder gelesene Personen, auch wenn sie sich nicht als Frauen identifizieren.
- 8 Scholz, Roswitha (1999): Wert und Geschlechterverhältnis, in: Streifzüge 2/1999.
- 9 Agnoli, Johannes (1995): Der Staat des Kapitals. Und weitere Schriften zur Kritik der Politik, ça ira-Verlag; Zeiler, Moritz (2017): Materialistische Staatskritik. Eine Einführung, Schmetterling Verlag.
- 10 Dies zeigt sich etwa auch in den Konflikten zwischen Arbeiter*innenselbstverwaltung und staatlicher Steuerung unter sozialistischen Regierungen, vgl. Exner, Andreas / Kratzwald, Brigitte (2012): Solidarische Ökonomie & Commons. Mandelbaum, S. 121f. Azzelini, Dario (2018): Vom Protest zum sozialen Prozess. Betriebsbesetzungen und Arbeiten in Selbstverwaltung, VSA, S. 88.
- 11 Drau, Indigo / Klick, Jonna (2024): Alles für alle. Revolution als Commonisierung. Schmetterling Verlag (erscheint 1. Jahreshälfte 2024).

Globale Gerechtigkeit durch Vergesellschaftung?

Chancen und Herausforderungen aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive

Andrina Freitag

(Kippunkt-Kollektiv)

Abstract

Vergesellschaftung als Enteignung von Privateigentum zielt darauf ab, eine Form des Wirtschaftens zu realisieren, in der das Gemeinwohl und nicht die Profite einiger weniger im Mittelpunkt steht. Eine hieraus resultierende Wirtschaft, die demokratisch verwaltet und organisiert ist, birgt aus Perspektive der Klimagerechtigkeit das Potenzial, gleichzeitig soziale Ungerechtigkeit zu reduzieren, die Erderhitzung zu stoppen und die Biosphäre als Ganzes zu schützen. Dafür müssen geeignete Beteiligungsverfahren entworfen werden, die gewährleisten, dass es zu keinen Ausschlüssen oder Diskriminierungen kommt. Klimagerechte Vergesellschaftung bedeutet in diesem Kontext, bestehende Macht- und Unterdrückungsstrukturen – insbesondere in Bezug auf Klasse, Geschlecht und rassistische Zuschreibungen, aber auch andere Diskriminierungsformen – anzuerkennen und die sozialen Kategorien, die den Kapitalismus als Produktionsweise grundlegend organisieren, aufzugreifen und diese kritisch zu reflektieren. Um Vergesellschaftung im Sinne von Klimagerechtigkeit zu denken, sollte die Überwindung sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit als ein zentrales Ziel formuliert werden. Entscheidungsstrukturen, die eine gleichberechtigte Teilnahme derjenigen, die wirtschaftliche Aktivitäten betreffen, ermöglichen, sind hiernach zentral. Dies gilt besonders, wenn es darum geht, globale Ungerechtigkeit zu bearbeiten, aber auch für die Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge und für

reproduktive Tätigkeiten. Veränderungen und Forderungen können so im Sinne der Klimagerechtigkeit direkt von den betroffenen Menschen eingebracht und verhandelt werden. Zudem sind konkrete Planungs- und Koordinierungsprozesse notwendig. Güter und Dienstleistungen, die zur ausreichenden Erfüllung der Grundbedürfnisse und öffentlichen Daseinsvorsorge beitragen, müssen emissionslos, ressourcenschonend und ökologisch nachhaltig ausgebaut werden. Emissionsstarke und umweltschädliche Praktiken der aktuellen imperialen Lebens- und Produktionsweise müssen im Gegensatz dazu verboten und überwunden werden.

Die vielfachen ökologischen und sozialen Krisen der Gegenwart offenbaren einen grundlegenden Widerspruch, den der Kapitalismus in keiner seiner Ausprägungen lösen kann: Die kapitalistische Produktionsweise ist auf Profit und ständiges Wirtschaftswachstum ausgerichtet, während der Planet, auf dem wir leben, nicht über unendliche Naturgüter verfügt.¹ Zudem sind die Prozesse und Systeme innerhalb der Biosphäre der Erde, welche die Grundlage jeglichen Lebens bilden, dynamisch-fragil.² Sie sind durch eine imperiale Produktions- und Lebensweise unter der Vorherrschaft hauptsächlich *weißer*³ Menschen unter starken Druck geraten. Die Folgen und Kosten dieser Entwicklung betreffen dabei aber nicht alle Menschen gleichermaßen, sondern verschärfen bereits bestehende soziale Ungleichheiten. Ebendiesen Umstand und die Rolle vergangener sowie aktueller Machtverhältnisse erfasst und priorisiert der Ansatz der Klimagerechtigkeit.

Inwiefern Vergesellschaftung zur Lösung der gegenwärtigen Krisen beitragen kann, soll im Folgenden durch das Konzept der Klimagerechtigkeit⁴ erörtert und diskutiert werden. Warum und unter welchen Bedingungen bietet Vergesellschaftung einen Ansatzpunkt, um gleichzeitig die Klimaerwärmung zu reduzieren, die Biosphäre als Ganzes zu schützen und zur Überwindung von sozialer Ungleichheit – insbesondere in Bezug auf rassistische Zuschreibungen⁵, Geschlecht und Klasse, aber auch weitere Diskriminierungen – beizutragen? Welche Chancen und Herausforderungen ergeben sich hierbei – vor allem aus einer diskriminierungssensiblen und machtkritischen Perspektive – für eine sozialökologisch gerechte Transformation?

Klimagerechtigkeit und Vergesellschaftung

Im gegenwärtigen hegemonialen kapitalistischen Kompromiss⁶ werden Menschen und ihre verschiedenen Tätigkeiten über den Marker Arbeit weltweit auf sehr unterschiedliche Weise – als ausgebeutete oder enteignete, bezahlte, unterbezahlte oder nicht bezahlte Arbeitende, als Produktiv- oder Reproduktivkräfte und als Konsumierende – eingebunden und für die Kapitalakkumulation⁷ genutzt.⁸ Die sich hieraus ergebende »systematic and hierarchic division of labour«⁹ korreliert mit Grenzziehungsprozessen, welche Differenzen anhand der Marker *Rasse* und Geschlecht, aber auch beispielsweise sexueller Orientierung, Religion, Herkunft, Be_hinderung¹⁰ oder Alter, in Bezug auf die Kategorie *Klasse* konstituieren. Durch komplexe und intersektional wirkende Kombinationen und Verflechtungen von Ungleichheiten wird so nicht nur der ökonomische Status einer Person bestimmt, sondern auch die soziale Position – in Form von Subjektpositionen und Identitäten – die Menschen einnehmen können oder müssen.¹¹ In Bezug auf die Klimakrise ergeben sich folgende Aspekte,¹² deren Betonung und Anerkennung zentral für den Klimagerechtigkeitsansatz sind:

- a) Je nach sozialer Positionierung tragen Menschen ganz unterschiedlich zur Erhitzung des Erdklimas und zur Zerstörung des Erdsystems bei.
- b) Gleichzeitig sind die Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen beziehungsweise beigetragen haben, derzeit und in Zukunft am stärksten von den Folgen der Klimaerhitzung betroffen.
- c) Diese können sich zudem am wenigsten vor der Krise schützen und an die damit einhergehenden Veränderungen anpassen.
- d) Sie haben dabei wenige bis gar keine Möglichkeiten zur politischen Mitsprache und Gestaltung zur Bearbeitung der Krise.

Die Klimakrise beziehungsweise alle weiteren ökologischen Krisen werden hier gleichzeitig als soziale Krisen verstanden. Daraus ergibt sich ferner, dass diese Krisen nicht getrennt voneinander zu lösen sind, sondern nur im Zusammenhang miteinander.¹³

Die Ursprünge der zuvor beschriebenen Ungerechtigkeiten beruhen nicht nur auf der beschriebenen Hierarchisierung von Menschen, sondern sie sind auch mit einem bestimmten Modell von Eigentum verknüpft. Beides ist konstitutiv für die kapitalistische Produktionsweise und eine Voraussetzung, um die Kapitalakkumulation möglichst hochzuhalten.¹⁴ Konkret bedeutet dies, dass die Produktionsmittel¹⁵ üblicherweise im Besitz von Privatpersonen oder Unternehmen sind. In der Folge sind diese Besitzenden allein diejenigen, die die Produktionskräfte kontrollieren, die Bedingungen der Produktion festlegen und über den generierten Mehrwert entscheiden können. Hier zeigt sich der undemokratische Charakter des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Menschen haben als Arbeitende bestimmter Betriebe oder Unternehmen kaum Möglichkeiten zu beeinflussen, was und wie produziert wird. Demokratische Entscheidungsmöglichkeiten sind in der Regel auf das politische Feld beschränkt.¹⁶

Im Gegensatz dazu bricht Vergesellschaftung mit dem gegenwärtig hegemonialen Modell von privatem Eigentum. Durch die Enteignung von Produktionsmitteln in Privateigentum und deren Übertragung an die Gemeinschaft kann eine Form des Wirtschaftens und Zusammenlebens realisiert werden, in der das Gemeinwohl und die Bedürfnisse von Menschen und nicht die Profite einiger weniger im Mittelpunkt stehen.¹⁷ Planung und Koordination sowie die Entscheidung über erwirtschaftete Überschüsse, Reichtum und Wohlstand liegen dann nicht in den Händen weniger, sondern in der Verantwortung der Gemeinschaft.¹⁸

Damit Vergesellschaftung zu mehr Klimagerechtigkeit führt, sollte diese mit einer grundsätzlichen Demokratisierung des ökonomischen Feldes einhergehen. Gemeinschaftliches Eigentum soll in diesem Sinne durch demokratische und gesellschaftliche Prozesse organisiert und verwaltet sein. Entscheidungsstrukturen, die eine gleichberechtigte Teilnahme derjenigen, die direkt oder indirekt betroffen sind, ermöglicht, sind hiernach zentral für ein klimagerechtes Zusammenleben.¹⁹ Dies gilt besonders, wenn es darum geht, globale Ungerechtigkeit zu bearbeiten, genauso wie für die Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge und reproduktiver Tätigkeiten. Veränderungen und Forderungen können so im Sinne der Klimagerechtigkeit direkt von den

betroffenen Menschen eingebracht und verhandelt werden. Damit können sie die Gestaltung ihrer Lebensumstände, Umwelt und Arbeitszusammenhänge selbst untereinander abstimmen. Gleichzeitig lassen sich auf diese Weise Formen des Wirtschaftens und eine Gesellschaft, die solidarisch und ohne Ausschlüsse auskommt, realisieren. So kann Vergesellschaftung einen emanzipatorischen Charakter annehmen.²⁰

Klimagerecht vergesellschaften: Chancen

Vergesellschaftung kann dann klimagerecht sein, wenn die Überwindung struktureller Diskriminierungen und der bereits beschriebenen hierarchischen globalen Arbeitsteilung²¹ als Ziel festgelegt wird. Wie Theorien des Racial Capitalism oder Theorien der sozialen Reproduktion betonen, sind solche Ungerechtigkeiten konstitutiv für den Kapitalismus und müssen im Rahmen von Vergesellschaftung infrage gestellt werden. In einer Wirtschaft ohne Ausschlüsse und Hierarchien reduziert sich soziale Ungerechtigkeit.²²

Klimagerecht zu vergesellschaften, bedeutet in diesem Kontext, zunächst einmal anzuerkennen, dass sich die aktuelle kapitalistische Dienstleistungsgesellschaft und Produktionsweise durch eine rassistische und patriarchale Grundlogik auszeichnen. In Bezug auf Rassismus bedeutet dies, dass rassistische Denkmuster und Diskriminierungen beeinflussen, wer unter welchen Konditionen Zugang zu verschiedenen Formen von Arbeit im Sinne von freier Lohnarbeit, enteigneter oder ausgebeuteter Arbeit hat.²³ Über rassifizierte Grenzziehungsprozesse werden Menschen, ihren Identitäten und Körpern unterschiedliche Werte zugeschrieben. Anhand dieser entscheidet sich, ob es sich um bezahlte, unterbezahlte oder nichtbezahlte Arbeit handelt und wie sich nicht nur die Arbeits-, sondern auch die Lebensbedingungen der betreffenden Menschen unter voranschreitender Klimaerhitzung gestalten. So wird die hierarchische globale Arbeitsteilung zu einer »racially hierarchical organization of global space«²⁴.

Diese materialisiert sich am deutlichsten in den unterschiedlichen (Re-)Produktionsverhältnissen und Lebensweisen im Globalen Norden im Unterschied zu Regionen und Ländern des Globalen Südens beziehungsweise zwi-

schen *weißen* und rassifizierten Menschen. Ohne Rassismus wären weder die sogenannte ursprüngliche Akkumulation²⁵ im Rahmen von Kolonialismus noch die gegenwärtigen Formen von Enteignungen und Ausbeutungen von Menschen, Boden und Naturgütern – sprich der Biosphäre – möglich. Diese sind heute genauso wie gestern die Grundlage für die Profite kapitalistischer Unternehmen.²⁶

Eine ähnliche strukturelle Ungleichheit ist in Bezug auf gegenwärtig dominierende patriarchale und sexistische (Re-)Produktionsverhältnisse zu konstatieren. Im aktuellen kapitalistischen System werden Reproduktions- und Sorgearbeiten, die grundlegend für alle weiteren wirtschaftlichen Aktivitäten und für den Erhalt der Gesellschaft insgesamt sind, schlecht oder gar nicht bezahlt. Sie werden hauptsächlich von Frauen, weiblich sozialisierten Personen, rassifizierten Menschen sowie von Menschen mit geringerem Einkommen geleistet.²⁷

Vergesellschaftung bietet hier die Chance, in demokratisch organisierten Koordinierungs- und Planungsprozessen zu reflektieren und zu überlegen, wie den beschriebenen Ungerechtigkeiten beizukommen ist. Um mehr Klimagerechtigkeit zu erlangen, muss unter anderem das Verhältnis von bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten verhandelt, neu bewertet und umverteilt werden. Sichere, faire und nachhaltigere Arbeitsbedingungen und eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit sind dabei weitere wichtige Schritte im Sinne der Klimagerechtigkeit.²⁸

Konkrete wirtschaftliche Koordinations- und Planungsprozesse sind noch aus einem weiteren Grund relevant, wenn es darum geht, den ökologischen Krisen – allen voran der Klimaerhitzung – durch Vergesellschaftung beizukommen. Sind diese Prozesse nämlich demokratisch und partizipativ gestaltet, können Menschen selbst darüber entschieden, was in welcher Menge und unter welchen Bedingungen produziert wird und welche Dienstleistungen bereitgestellt werden. Gleiches gilt in Bezug auf die Organisation des Konsums: Wer bekommt wie viel wovon und unter welchen Bedingungen?²⁹ Dabei müssen aus Klimagerechtigkeitsperspektive materielle Güter wie Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnen, die zur ausreichenden Erfüllung der Grundbedürfnisse nötig sind, und die soziale und öffentliche Daseinsvorsorge wie

Bildung, Care-Arbeit, Gesundheit, Pflege, Mobilität oder Energie emissionslos, ressourcenschonend und ökologisch nachhaltig ausgebaut werden.³⁰

Wenn nicht mehr ausschließlich der Markt, der sich durch Angebot und Nachfrage, Wettbewerb und (künstliche) Knappheit auszeichnet, den Zugang zu und die Verfügbarkeit von all jenen Dingen und Dienstleistungen, die zur Erfüllung der Grundbedürfnisse nötig sind, regelt, sondern diese zu einem selbstverwalteten Gemeingut werden, über das Menschen selbst verhandeln und bestimmen können, kann Klimagerechtigkeit erreicht werden. Denn dann entscheidet nicht mehr die soziale Positionierung darüber, ob und wie Menschen lebenserhaltende Güter und Dienstleistungen beziehen können, sondern die Verteilung wird zu einer Frage von Bedürfnissen.³¹

Zusätzlich zur Vergesellschaftung müssen emissionsstarke und umweltschädliche Praktiken sowie Logiken der aktuellen imperialen Lebens- und Produktionsweise³² verboten und überwunden werden. Auf diese Weise kann der dringend benötigte Verbrauch an Energie und Material drastisch gesenkt werden. Gleichzeitig kann beispielsweise auch der Kreislauf von Konsum und Verschleiß durchbrochen und im Gegenzug dazu die Qualität von Gütern verbessert werden.³³ Eine klimagerechte Vergesellschaftung ist nur in Kombination mit Degrowth realisierbar, um die Folgen für all jene, die jetzt schon am stärksten betroffen sind, nicht noch weiter zu verstärken und insgesamt für alle Menschen einen möglichst lebenswerten Planeten zu erhalten.³⁴

Klimagerecht vergesellschaften: Herausforderungen

Einige der eben beschriebenen Maßnahmen, wie zum Beispiel der Zugang zu Bildung oder die Verteilung von Wohnraum, die zentral für eine klimagerechte Vergesellschaftung sind, können eher auf der lokalen Ebene verhandelt und kontextabhängig angepasst werden. Viele andere Ungerechtigkeiten lassen sich aber nur auf globaler Ebene durch die Inklusion vieler verschiedener Akteur*innen lösen, wie zum Beispiel die Umstellung auf erneuerbare Energien. Die Rohstoffe, die benötigt werden, um die Technik für eine solche Energiegewinnung bauen zu können, sind geografisch unterschiedlich verfü-

bar.³⁵ Gleiches gilt für Elektromobilität als Anker einer Verkehrswende hin zu einem gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr. Hinzu kommt, dass sich unter voranschreitender Klimakrise und Veränderungen in der Biosphäre³⁶ die Bedingungen, Möglichkeiten und Räume für ökologisch nachhaltige Handlungen einschränken werden. Der Zugang zu bewohnbaren und lebenswerten Orten sowie zu Süßwasser und den Flächen, auf denen der Anbau von Lebensmitteln möglich ist, wird sich zunehmend verringern und damit sowohl die sozialökologische Transformation in höchstem Maße beeinflussen als auch die Frage nach einer gerechten Verteilung mehr denn je verschärfen.³⁷

Klimagerecht zu vergesellschaften bedeutet deswegen, Umverteilungsmaßnahmen auf globaler Ebene einzuleiten. Es ist eine Voraussetzung dafür, dass all jene Menschen, die im gegenwärtigen kapitalistischen System ausgebeutet, benachteiligt und unterdrückt werden, in dem alternativen System bessergestellt sind. Planungsprozesse in Bezug auf Produktions- und Dienstleistungsweisen, Konsum und öffentliche Daseinsvorsorge müssen hierfür also mit konkreten Umverteilungen kombiniert werden. Dabei werden die Effekte für jene Menschen, die aktuell an eine imperiale Lebensweise gewöhnt sind, andere sein als für Menschen, die gegenwärtig eine marginalisierte Position einnehmen. Hinzu kommt hier außerdem, dass die Profiteur*innen einer imperialen Lebens- und Produktionsweise, die deswegen im aktuellen hegemonialen Kompromiss materielle, soziale und psychologische Vorteile genießen, mit Veränderungen konfrontiert sind, welche sie als Verlust und Einschränkungen wahrnehmen können.

Das bedeutet, es ist nicht gegeben, dass diese in partizipativen Planungsprozessen solidarische und gerechte Arbeitsbedingungen, Degrowth- und Umverteilungsmaßnahmen automatisch einleiten beziehungsweise diesen zustimmen werden. Hier kommt zum Tragen, dass die für den Kapitalismus spezifischen Grenzziehungsprozesse nicht nur auf im ökonomischen, sondern auch auf im politischen wie kulturellen Bereich reproduziert werden. Sie sind grundlegend für die Herstellung von Bedeutungen³⁸ und damit für die Wahrnehmung und Interpretation sozialer Wirklichkeit und (kollektiver) Identitäten.

Kapitalismus als ein gesamtgesellschaftliches Verhältnis zu begreifen, bedeutet, dass es sich bei der Etablierung einer alternativen Wirtschaftsform im Sinne von Vergesellschaftung auch um ein gesamtgesellschaftliches Projekt handeln muss, das nicht nur auf die Wirtschaft begrenzt bleibt.

Es ist also zentral, darüber nachzudenken, wie demokratische Beteiligungsverfahren aufgebaut sein müssen, damit »gemeinwohlorientiert« nicht beschränkt auf eine bestimmte Gruppe bleibt³⁹ und Vergesellschaftung – welche Form sie genau annimmt, wird je nach Kontext variieren⁴⁰ – wirklich klimagerecht sein kann.

Hier wird grundsätzlich vorgeschlagen, dass all jene, die von einer Aktivität betroffen sind, gleichberechtigt an der Entscheidungsfindung im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit beteiligt sind, und zwar in dem Maße, in dem sie von ihr betroffen sind. Oder in anderen Worten, diejenigen, die von einer Entscheidung betroffen sind, sollten diejenigen sein, die die Entscheidung treffen.⁴¹ Nur so kann zum Beispiel sichergestellt werden, dass Forderungen nach fairen und gerechten Arbeitsbedingungen formuliert und umgesetzt werden, klimafreundliche Methoden der Energiegewinnung und der Ausbau der sozialen Infrastruktur vorangetrieben, umweltschädliche Praktiken in Wohnorten und Lebensräumen verboten und solidarische Lösungen in Bezug auf die Folgen und die Anpassung im Zuge der Klimaerhitzung gefunden werden.

Die Liste potenziell Beteiligter ist lang, und die Auswahl wird je nach genauer Tätigkeit, Produktionsweise, Organisation und Kontext variieren. Nach Margaret Lund⁴² können drei Kategorien potenzieller Mitglieder unterschieden werden:

- a) Nutzer*innen (z. B. Verbraucher*innen, Erzeuger*innen, institutionelle Abnehmer*innen, Händler*innen)
- b) Erzeuger*innen (z. B. Arbeiter*innen, Angestellte)
- c) unterstützende Mitglieder (z. B. Mitglieder der Gemeinschaft, Gemeinden und Regionen sowie unter Umständen einzelne Interessengruppen, die sich z. B. für die Auswirkungen des Unternehmens auf die Umwelt oder soziale Gerechtigkeit interessieren).⁴³

Klar ist, je nach Art und Wirkungsgrad der Tätigkeit müssen dabei regionale, nationale oder transnationale Planungs- und Entscheidungskommissionen eingesetzt werden, um alle betroffenen Menschen ausreichend erreichen und inkludieren zu können. Hierbei gilt es, zu beachten und anzuerkennen, dass schon heute im Sinne einer *diverse economy*⁴⁴ eine Vielzahl an Lösungsansätzen und alternativen Wirtschaftsweisen existiert. Diese sichtbar zu machen, zu stärken und auszubauen, ist von essenzieller Bedeutung, um Klimagerechtigkeit herzustellen.

Fazit

Um für alle Menschen ein klimagerechtes Zusammenleben zu etablieren, das die Biosphäre schützt und einen bewohnbaren Planeten für gegenwärtige wie zukünftige Generationen und andere Lebensformen sichert, können Vergesellschaftungsprozesse einen wichtigen Baustein darstellen. Vorangegangenes macht aber deutlich, dass aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive in aktuellen Überlegungen zu und Forderungen nach Vergesellschaftung sichergestellt sein muss, dass es zu keiner Übernahme, Reproduktion oder Neuformulierung der existierenden globalen Ungleichheiten und Ungechtigkeiten kommt.

Damit einher geht vor allem, dafür sensibel zu sein, dass je nach geografischer beziehungsweise sozialer Positionierung die Bedürfnisse und damit die Interessen – in Bezug auf ein gutes Leben und die Klimakrise – der Menschen unterschiedlich sind und dass zu deren gerechter Erfüllung sehr unterschiedliche Maßnahmen notwendig sein werden.⁴⁵

Vergesellschaftung birgt dann ein emanzipatorisches Potenzial, um mit den gegenwärtig klimaschädlichen, hegemonialen und kapitalistischen Verhältnissen zu brechen, wenn die vielfachen sozialen und ökologischen Krisen der Gegenwart zusammengedacht und in direkten Bezug zu existierenden Macht- und Unterdrückungsstrukturen gesetzt werden und deren kolonialen Ursprung anerkennt. So stellen beispielsweise Eleonora Roldán Mendívil und Hannah Vögele klar:

- » Für eine sozialistische Mobilisierung in allen Bereichen und Zwischenräumen müssen wir sämtliche zugeschriebene Kategorien – seien es Geschlecht, Rasse, Sexualität usw. – in ihrer Bedeutung für das kapitalistische Wirtschaftssystem verstehen und als solche theoretisch und praktisch kritisieren.«⁴⁶

Die sozialen Kategorien, die den Kapitalismus als Produktionsweise konstituieren, müssen also im Zuge von Vergesellschaftungsforderungen aufgegriffen und kritisiert werden. Darüber hinaus muss deren Abschaffung als ein zentrales Ziel von Vergesellschaftung formuliert werden, um sie im Sinne der Klimagerechtigkeit zu denken.

Anmerkungen

- 1 Foster, J. B. / Clark, B. (2016): Marx's Ecology and the Left, *Monthly Review*, 68(2), S. 16.
- 2 Als Biosphäre wird hier die Gesamtheit aller mit Lebewesen besiedelten Schichten und Ökosysteme der Erde bezeichnet. Sie umfasst sowohl die unterste Schicht der Atmosphäre (planetare Grenzschicht) als auch die oberste Schicht der Erdkruste (Lithosphäre), einschließlich des Wassers (Hydrosphäre). Vgl. Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2014). *Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change, Contribution of Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, S. 1254. Das Klimasystem, die Prozesse in Biosphäre und soziale Systeme stehen in einem dynamischen wechselseitigen Verhältnis. Im Gegensatz zu den dominierenden wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen wird hier die »Natur« nicht als eine getrennte Sphäre der Ökonomie betrachtet, sondern als etwas, was in direkter Beziehung zu Formen von Produktion als auch Reproduktion steht. Siehe dazu auch: Croeser, Eve (2021): *Ecosocialism and Climate Justice. An Ecological Neo-Gramscian Analysis*, Routledge, S. 163.
- 3 *Weiß* meint keine Farbe oder Hautfarbe, sondern ist ein politischer Begriff und wird in internationalen Rassismusedebatte als Gegensatz zu *BIPoC* (Black, Indigenous and People of Color) und im Deutschen für Schwarz, Indigen und Menschen of Color verwendet. Die Hervorhebung soll die gesellschaftspolitische (Macht-)Position, Privileg und Norm, die für *weiße* Menschen oft unbemerkt bleibt, hervorheben und sichtbar machen.
- 4 Klimagerechtigkeit hat keine feststehende Definition. Der hier hergeleitete Klimagerechtigkeitsansatz bezieht sich hauptsächlich auf Theorien des Ökosozialismus, Theo-

rien der sozialen Reproduktion und Theorien des Racial Capitalism. Alle drei Ansätze stehen dabei in einer marxistischen beziehungsweise materialistischen Denktradition und haben diese mit unterschiedlichen Schwerpunkten weiterentwickelt. Während ökozialistische Ansätze auf das Verhältnis von »Natur« und Kapitalismus fokussieren, ist das Ziel der Theorien der sozialen Reproduktion aufzuzeigen, dass im Kapitalismus ein grundlegender Zusammenhang zwischen der Reproduktion der Arbeitskräfte und der Produktion von Waren und Dienstleistungen besteht. Dagegen zentriert sich der Racial Capitalism darauf, wie rassistische Hierarchien und Diskriminierung in kapitalistischen Systemen eingebettet sind und in welchem Verhältnis beides zueinandersteht.

- 5 Die Formulierung »rassistische Zuschreibungen« verweist darauf, dass Rassismus auf vielfältigen rassistischen Zuschreibungen und daraus resultierenden Diskriminierungen fußt, die nicht nur rassenbiologisch, sondern auch ethisch-kulturell, national oder religiös begründet sein können. Siehe zu der historischen Entwicklung zum Beispiel Hund, Wulf D. (2007): Rassismus. Bielefeld, Transcript.
- 6 Hegemonie wird hier nach Antonio Gramsci verstanden. Sie beschreibt die Fähigkeit der herrschenden Klasse, die führenden Gruppen der Ausgebeuteten und Unterdrückten mittels eines Kompromisses in einen sogenannten historischen Block einzubinden. Dazu ausführlicher: Gramsci, Antonio (1992): Gefängnishefte, Bd. 4, Hamburg, S. 783, und in Bezug auf die Klimakrise Croeser, Eve (2021): Ecosocialism and Climate Justice. An Ecological Neo-Gramscian Analysis, Routledge.
- 7 Der Begriff beschreibt vereinfacht die Erweiterung bereits vorhandenen Kapitals beziehungsweise die Ansammlung neuen Kapitals. In Anschluss an marxistische Theorien ist der Zwang zur Akkumulation der kapitalistischen Produktionsweise strukturell inhärent, und es wird versucht durch möglichst geringe Produktionskosten die Akkumulation möglichst hochzuhalten. Daraus ergibt sich die Tendenz, Produktionsmittel, die zur Herstellung von Gütern oder Dienstleistungen erforderlich sind, möglichst kostengünstig einzubeziehen beziehungsweise anfallende Kosten zu externalisieren. Marx, Karl (2000) [1865]: Lohn, Preis, Profit. Unter: www.enteignung.com (Zugriff: 01.01.2024) und Luxemburg, Rosa 1975 [1913]: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus.
- 8 Bhattacharyya, Gargi (2018): Racial Capitalism (Cultural Studies and Marxism), Rowman & Littlefield Pub, S. 67f.; Fraser; Nancy (2022): Cannibal Capitalism. How our System is Devouring Democracy, Care, and the Planet – and What We Can Do About It, Verso.
- 9 Hervorhebung durch die Autorin, Lebowitz, Michael A. (2003): Beyond ›Capital: Marx's Political Economy of the Working Class, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 1944.

- 10 Die Schreibweise mit einem Unterstrich macht die äußeren Umstände (zum Beispiel Bauweisen oder Strukturen), die dem be_hinderten Menschen aufgestellt werden und er*sie überwinden muss, sichtbar. Siehe dazu ausführlicher: Payk, Katharina: Hä? Was bedeutet be_hindert?, in: Missy Magazine, 12.03.2019.
- 11 Bafta, Sarbo (2023): Rassismus und gesellschaftliche Produktionsverhältnisse, in: Roldán Mendivil, Eleonora / Bafta, Sarbo (Hrsg.) (2023): Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus, Dietz Berlin, S. 44.
- 12 Ökozialistische Ansätze argumentieren, dass die Klimakrise nicht allein auf Ungleichheit zwischen Globalem Norden und Süden, sondern auf Klassenverhältnisse zurückzuführen ist. In einem kapitalistischen System sind es die materiellen Möglichkeiten von Individuen und Gemeinschaften, die bestimmen, wie sie ihre Lebensumstände gestalten können. Croeser, Eve (2021): Ecosocialism and Climate Justice. An Ecological Neo-Gramscian Analysis, Routledge, S. 164/170.
- 13 BUNDjugend (Hrsg.) (2021): Kolonialismus & Klimakrise. Über 500 Jahre Widerstand; Angus, I. (2016): Facing the Anthropocene: Fossil Capitalism and the Crisis of the Earth System. New York: Monthly Review Press.
- 14 BUNDjugend (2023): Klimagerechtigkeit und Öffentlicher Luxus. Kämpfe verbinden für ein schönes Leben für alle, in: communia & BUNDjugend (2023): Öffentlicher Luxus, Dietz Berlin, S. 57ff.
- 15 Produktionsmittel bezieht sich hier auf natürliche wie technologische Ressourcen, Fabriken, Werkzeuge, Maschinen, Anlagen und alles andere, was in einem Produktionsprozess verwendet wird, um Güter und Dienstleistungen herzustellen.
- 16 Ferras, Isabella (2023): Democratizing the Corporation: The Bicameral Form as Real Utopia, in: Politics & Society 51(2), S. 188–193; Fraser; Nancy (2022): Cannibal Capitalism. How our System is Devouring Democracy, Care, and the Planet – and What We Can Do About It, Verso.
- 17 Nuss, Sabine (2019): Keine Enteignung ist auch keine Lösung. Die große Wiederingabe und das vergiftete Versprechen des Privateigentums, Dietz Berlin, S. 124f.; Communia e.V. (Hrsg.) (2023): Einleitung, in: Neue Energie für Vergesellschaftung. Vergesellschaftungsperspektiven für den Energiesektor, S. 6f.
- 18 Ebd.
- 19 Communia (2023): Öffentlicher Luxus. Eine verheißungsvolle Zukunft. Einleitung, in: communia & BUNDjugend (Hrsg.) (2023): Öffentlicher Luxus, Dietz Berlin, S. 33f.; Löwy, Micheal (2023): Ökosozialismus, in: Kothari, Ashish et al. (Hrsg.) (2023): Pluriversum. Ein Lexikon des Guten Lebens für alle, S. 37f.
- 20 Ebd.

- 21 Durch verschiedene Diskriminierungs- und Ausschlusspraktiken entsteht eine hierarchische Ordnung der Weltbevölkerung als Arbeiter*innenschaft. Durch sie können Produktionskosten niedrig gehalten und somit die Kapitalakkumulation gesteigert werden. Siehe hierzu zum Beispiel Virdee, Satnam (2019): Racialized capitalism: An account of its contested origins and consolidation, in: *The Sociological Review* 2019, 67(1), S. 3–27.
- 22 BUNDjugend (2023): Klimagerechtigkeit und Öffentlicher Luxus. Kämpfe verbinden für ein schönes Leben für alle, in: *communia & BUNDjugend (2023): Öffentlicher Luxus*, Dietz Berlin, S. 58.
- 23 Bhattacharyya, Gargi (2018): *Racial Capitalism (Cultural Studies and Marxism)*, Rowman & Littlefield Pub, S. 56.
- 24 Hervorhebung durch die Autorin. McIntyre, Michael / Nast, Heidi J. (2011): Bio-(necro)polis: Marx, Surplus Populations, and the Spatial Dialectics of Reproduction and »Race«, in: *Antipode*, 43(5), S. 1466.
- 25 Als sogenannte ursprüngliche Akkumulation bezeichnet Karl Marx den historischen Ausgangspunkt der kapitalistischen Anhäufung von Kapital, der auf einer gewaltsamen Enteignung von Gemeindeeigentum und dessen Überführung in Privateigentum beruht. Marx, Karl (1968) [1867]: *Das Kapital*, Band I, Siebzehnter Abschnitt, S. 74ff.
- 26 Melamed, Jodi (2015): *Racial Capitalism*. In: *Critical Ethnic Studies* 1 (1), S. 77–80; Fraser, Nancy (2018): *Roepke Lecture in Economic Geography – From Exploitation to Expropriation: Historic Geographies of Racialized Capitalism*, in: *Economic Geography* 94(1), S. 1–17.
- 27 Dalla Costa, Mariarosa (1978): *Die Frau und der Umsturz der Gesellschaft*, in: Dalla Costa, Mariarosa / James, Selma (1978): *Die Macht der Frau und der Umsturz der Gesellschaft*, Merve, S. 27–67.
- 28 Konzeptwerk für Neue Ökonomie (2023): *Arbeitszeitverkürzung. Für die 4-Tage-Woche und ein gutes Leben für alle*, in: *Bausteine für Klimagerechtigkeit. 8 Maßnahmen für eine solidarische Zukunft*, oekom Verlag, S. 105–132.
- 29 Löwy, Michael / Akbulut, Bengi / Fernandes, Sabrina / Kallis, Giorgos (2022): *For an Ecosocialist Degrowth*, in: *Monthly Review*, 73(11).
- 30 Ajil, Max (2021): *A People’s Green New Deal*, Pluto Pres, S. 95f.; Hickel, Jason (2023): *Universal public services: The power of decommodifying survival*, *Monthly Review*, 11.04.2023 [<https://mronline.org/2023/04/21/universal-public-services/>].
- 31 Ebd.
- 32 Das Konzept geht auf Ulrich Brand und Markus Wissen zurück und ermöglicht es die globale Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise, die auf der Ausbeutung von Menschen und Natur basiert, im Zusammenhang mit alltäglichen, verin-

- nerlichten und weithin sozial akzeptierten Gewohnheiten und Handlungsweisen zu verstehen, die vor allem im Globalen Norden beziehungsweise bei privilegierten Menschen verbreitet ist. Ausführlicher in: Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Menschen und Natur im globalen Kapitalismus*, oekom verlag.
- 33 Spear, Jess / Murphy, Paul (2022): Die Notwendigkeit Ökosozialismus und Degrowth zusammenzudenken [<https://emanzipation.org/2022/07/die-notwendigkeit-oekosozialismus-und-degrowth-zusammen-zu-denken/>].
- 34 Löwy, Michael / Akbulut, Bengi / Fernandes, Sabrina / Kallis, Giorgos (2022): For an Ecosocialist Degrowth, in: *Monthly Review*, 73(11).
- 35 Ebd.
- 36 Wissenschaftler*innen warnen, dass sich die Biosphäre und die Ökosysteme, in die Menschen eingebettet sind, so drastisch verändern werden, dass der Planet für sie unbewohnbar wird. Steffen, W. et al. (2015). The Trajectory of the Anthropocene: The Great Acceleration. *The Anthropocene Review*, 2(1), S. 81–98; IPCC (2023): Summary for Policymakers, in: *Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, S. 5.
- 37 IPCC (2022): Summary for Policymakers [https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf], S. 13ff.
- 38 Bedeutungen illustrieren nicht einfach die Welt in der Sprache, sondern ergeben sich »aus den Differenzen zwischen Begriffen und Kategorien, den Bezugssystemen, die die Welt klassifizieren und auf diese Weise erlauben, dass sie vom sozialen Denken, vom common sense [...] angeeignet wird«. Hall, Stuart (2013): Bedeutung, Repräsentation, Ideologie. Althusser und die poststrukturalistische Debatte. Ideologie. Identität. Repräsentation, *Ausgewählte Schriften* 4. Hamburg: Argument, S. 58. Bedeutungen von Dingen, Praxen, aber auch sozialen Identitäten sind ihnen nicht inhärent, und sie stellen keine zeitlos fixierten Entitäten dar, sondern sie konstituieren sich vor dem Hintergrund spezifischer diskursiver und Macht dominierter Kontexte. Siehe ausführlicher: Hall, Stuart (1997): Introduction, in: Stuart Hall (Hrsg.) (1997): *Representation. Cultural Representations and Signifying Practices*, London: Sage, S. 1–14.
- 39 Pek, Simon (2023): Learning from Cooperatives to Strengthen Economic Bicameralism*, in: *Politics & Society* 2023, Vol. 51(2), S. 258–277.
- 40 Communia (2023): *Öffentlicher Luxus. Eine verheißungsvolle Zukunft. Einleitung*, in: communia & BUNDjugend (Hrsg.) (2023): *Öffentlicher Luxus*, Dietz Berlin, S. 34.
- 41 Pat, Devine (2002): Participatory Planning Through Negotiated Coordination, in: *Science & Society*, 66(1), S. 77.

- 42 Lund, Margaret (2011): *Solidarity as a Business Model: A Multi-stakeholder Cooperatives Manual*, Cooperative Development Center, Kent State University.
- 43 Vgl. auch mit Pat, Devine (2002): *Participatory Planning Through Negotiated Coordination*, in: *Science & Society*, 66(1), S. 77.
- 44 Gibson-Graham, J. K. / Dombroski, Kelly (Hrsg.) (2020): *The Handbook of Diverse Economies*, Cheltenham, UK: Edgar Elgar.
- 45 Gibson-Graham, J. K. / Dombroski, Kelly (2020): *Introduction to The Handbook on Diverse Economies: Inventory as ethical intervention*, in: Gibson-Graham, J. K. / Dombroski, Kelly (Hrsg.) (2020): *The Handbook of Diverse Economies*, Cheltenham, UK: Edgar Elgar, S. 3.
- 46 *Hervorhebung im Original*. Roldán Mendívil, Eleonora / Vögele, Hannah (2023): *Soziale Reproduktion, Geschlecht und Rassismus*, in: Roldán Mendívil, Eleonora / Bafta, Sarbo (Hrsg.) (2023): *Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus*, Dietz Berlin, S. 82.

Eine strategische Perspektive entwickeln

Vergesellschaftung als Horizont für eine Linke in der Krise

Lemon Bahnerl, Justus Henze und Max Wilken

(communia e.V.)

Abstract

Die derzeitigen Eigentums- und Machtverhältnisse stehen im eklatanten Widerspruch zu Klimagerechtigkeit und der 1,5-Grad-Celsius-Grenze. Wenn die Eigentumsverhältnisse aber die Lösung der sozialökologischen Krise verhindern, gilt es, die Eigentumsverhältnisse zu verändern. Durch Vergesellschaftung erreichen wir einen Energiesektor, der eine bedingungslose und bedarfsgerechte Versorgung mit Energie für alle sicherstellt und dadurch ein Mehr an Freiheit und Sicherheit für die vielen bedeutet.

In Anerkennung der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse, unter denen die gesellschaftliche Linke weit an den Rand gedrängt ist, muss es allerdings um den langsamen, grundlegenden Neuaufbau eines linken Hegemonieprojekts gehen, das sich über die Etablierung lokaler, radikalierter Projekte mittelfristig zu einer gegenhegemonialen Kraft entwickeln kann. Im Kern dieses Projekts sollte die Formulierung von Verteilungsfragen als Eigentumsfragen stehen.

Vergesellschaftung steht unter den gegebenen Machtverhältnissen zurzeit nicht auf der realpolitischen Tagesordnung. Doch aus der Position der Schwäche heraus sind die Möglichkeiten zur Etablierung eines radikalisierten – und gerade dadurch breiter zustimmungsfähigen – linken Projektes besser als im Rahmen einer Partizipation an den Strukturen der gegenwärtigen Machtkonstellationen. Gerade jetzt ist also eine Rückbesinnung auf die lange aus den

Augen verlorene Sozialisierungsfrage als vergessene Kernforderung der Arbeiter*innenbewegung möglich und mittelfristig erfolgversprechend, da sie für die meisten Menschen eine echte Lösungsperspektive für die kommenden Krisen und Verteilungskonflikte darstellen kann.

Der Kampf um Lützerath, der als Höhepunkt einer Phase von Konflikten rund um die Frage der Kohleverstromung in Deutschland gedeutet werden kann, hat eines noch einmal deutlich gemacht: Die derzeitigen Eigentums- und Machtverhältnisse stehen im eklatanten Widerspruch zu Klimagerechtigkeit und der 1,5-Grad-Celsius-Grenze. Der daher naheliegende Schluss liegt diesem Sammelband zugrunde: Wenn die Eigentumsverhältnisse die Lösung der sozialökologischen Krise verhindern, gilt es, die Eigentumsverhältnisse zu verändern.

Die Umsetzung ist in groben politischen Linien mehr oder weniger klar: Eine ernsthafte Klimapolitik würde jetzt die erneuerbaren und fossilen Produktionskapazitäten der großen Energiekonzerne enteignen und mit dem Ziel der Abschaltung der fossilen Energiegewinnung in Gemeinwirtschaft überführen, Arbeitskräfte und Ressourcen aus fossilen Industrien in sichere tarifgebundene Arbeitsplätze für die Energiewende überführen, die Übertragungsnetzbetreiber in öffentliche Hand bringen und den Netzausbau bedürfnisgerecht vorantreiben, lokales und genossenschaftliches Eigentum an erneuerbaren Energien weiter fördern und Kapazitäten für Großanlagen wie On- und Offshore-Windparks sowie Produktionskapazitäten für Zukunftstechnologien ausbauen.

Der Fluchtpunkt einer solchen Perspektive wäre ein Energiesektor, der eine bedingungslose und bedarfsgerechte Versorgung mit Energie für alle sicherstellt und dadurch ein Mehr an Freiheit und Sicherheit für die überwiegende Mehrheit der Menschen schafft.¹ Linke Politik muss also ein solches Programm ausbuchstabieren und um Mehrheiten dafür kämpfen. Diese grundlegende Perspektive soll im vorliegenden Beitrag im Rahmen einer Einordnung in die aktuellen Machtverhältnisse und Kontextbedingungen kritisch reflektiert werden.

Nach der Räumung von Lützerath überschlugen sich im Sommer 2023 die Nachrichten über immer stärkere Überschwemmungen und Wald-

brände – die Folgen der eskalierenden Klimaerhitzung. Der Klimakollaps ist da, das 1,5-Grad-Celsius-Ziel mit großer Wahrscheinlichkeit² etwas für die Geschichtsbücher, und der linke Kampf um eine sozial gerechte und schnelle ökologische Transformation ist gescheitert.

Eine soziale Gestaltung der Transformation durch Vergesellschaftung und insbesondere das Einhalten des 1,5-Grad-Celsius-Ziels sind zwar prinzipiell möglich, aber aufgrund der realen Machtverhältnisse absehbar unrealistisch. Das bedeutet für die Kämpfe der Linken eine zentrale Kontextverschiebung, die sie anerkennen und deren Auswirkungen sie noch begreifen muss. Außerdem ist die Anerkennung einer zweiten Realität notwendig: Das Scheitern einer linken Form von sozialökologischer Transformation liegt nicht zuletzt daran, dass die teilweise hoffnungsvollen Aufbrüche progressiver Politik und Bewegungen in den letzten Jahren größtenteils letztlich erfolglos oder ohne nachhaltige Stabilisierung geblieben sind und sich stattdessen eine neue Machtkonstellation gefestigt hat, in der der Linken eine bloße Außenseiterrolle zukommt.³ Die Rede davon, Mehrheiten für progressive Politiken wie Vergesellschaftung zu erkämpfen, scheint folglich derzeit eher unrealistisch. Demgegenüber muss es uns jetzt darum gehen, die realen Bedingungen für zukünftige Kämpfe zu analysieren und anzuerkennen. Ausgehend von diesen veränderten Kontextbedingungen, gilt es, die Frage nach dem Potenzial und der Rolle von Vergesellschaftung für linke Politik konkreter zu stellen und neu zu beantworten.

Dieser Beitrag verfolgt deshalb das Ziel, die genannten Kontextveränderungen, insbesondere die aktuellen Machtverhältnisse, sowie die Position linker Kräfte darin zu klären. Davon ausgehend soll nach den Möglichkeiten für linke Politik aus dieser Position heraus und in die sozialökologische Krise hinein gefragt werden.

Unsere These ist, dass es in Anerkennung der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse um den langsamen, aber grundlegenden Neuaufbau eines linken Hegemonieprojekts gehen muss, das sich über die Etablierung lokaler, radikalisierte Projekte mittelfristig zu einer gegenhegemonialen Kraft entwickeln kann. Im Kern dieses Projekts sollte die Formulierung von Verteilungsfragen als Eigentumsfragen stehen. Diese These mag widersprüchlich erscheinen,

steht Vergesellschaftung unserer Analyse nach unter den gegebenen Machtverhältnissen ja gerade nicht auf der realpolitischen Tagesordnung (außer beim Thema Wohnraum in Berlin). Doch gerade aus der Position der Schwäche heraus scheinen uns die Möglichkeiten zur Etablierung eines radikalisierten – und gerade dadurch breiter zustimmungsfähigen – linken Projektes besser als im Rahmen einer Partizipation an den Strukturen der gegenwärtigen Machtkonstellationen. Gerade jetzt ist also eine Rückbesinnung auf die lange aus den Augen verlorene Sozialisierungsfrage⁴ als vergessene Kernforderung der Arbeiter*innenbewegung möglich und mittelfristig erfolversprechend, da sie für die meisten Menschen eine echte Lösungsperspektive für die kommenden Krisen und Verteilungskonflikte darstellen kann.

Nicht nur Mehrheiten, sondern Hegemonie

Die bestehenden Institutionen – von Parteien über Gewerkschaften bis hin zu Umweltverbänden – sind mit der Lösung der sozialökologischen Krise überfordert. Es gelingt ihnen nicht, ihre eigenen Ziele (vorrangig dasjenige, die Erwärmung der Erde auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken) zu halten, da sie Teil eines Systems sind, das auf der Verbrennung von fossilen Energien beruht und darauf angewiesen ist.

Vergesellschaftung ist das naheliegende Mittel zur Lösung dieses Problems: Sie würde den Umweg, über parlamentarische Politik Druck auf Konzerne auszuüben, damit diese ihr Wirtschaften ökologisch verträglich gestalten, überflüssig machen. Wären Produktionsmittel, Naturschätze und Infrastrukturen unter direkter gesellschaftlicher Kontrolle, könnte die Transformation ganz anders gestaltet werden als jetzt: schneller, effizienter, gerechter. Und auch auf die unvermeidlichen Folgen der Klimakrise könnte sich die Bevölkerung dann besser vorbereiten. Wie jedoch dahin kommen? Das Stichwort, das nicht nur bei dieser Frage immer wieder genannt wird, ist: gesellschaftliche Mehrheiten. Die im Framing bürgerlicher Politik gefangene Frage nach Mehrheiten verdeckt jedoch gerade eine Einsicht, die mit der Forderung nach Vergesellschaftung selbst eigentlich zutiefst verbunden ist: dass poli-

tische und ökonomische Macht sich eben nicht mit gesellschaftlichen oder parlamentarischen Mehrheiten deckt.

Das hat zuletzt das Schicksal des Volksentscheids von »Deutsche Wohnen & Co enteignen« (DWE) gezeigt: Trotz einer klaren Mehrheit für Vergesellschaftung warten die Berliner*innen auch Jahre später immer noch auf die Enteignung. Eine gesellschaftliche und demokratische Mehrheit für Vergesellschaftung führt also noch lange nicht zu dieser, vor allem nicht zügig. Wir müssen deshalb die Frage nach den Wegen der Durchsetzung von Vergesellschaftung komplexer stellen: Wie können wir nicht nur Mehrheiten, sondern Hegemonie erringen? Dafür bedarf es neben einem grundsätzlichen Verständnis von Hegemonie einer konkreten Analyse der derzeitigen Kräfteverhältnisse. Für diese Analyse wird im Folgenden auf neogramscianische Ansätze der Politikwissenschaft und das Konzept der Hegemonieprojekte zurückgegriffen.

Gramsci grundlegende Einsicht ist, dass politische Herrschaft nicht allein im staatlichen Gewaltmonopol begründet liegt, sondern mehr noch als im Staat in der Zivilgesellschaft wirksam ist.⁵ Dort wird Herrschaft nicht vorrangig als Zwang, sondern als moralische, politische und intellektuelle Führung⁶ ausgeübt, die die (passive) Zustimmung zum Bestehenden sichert. Solche Herrschaft nennt Gramsci »Hegemonie«. Für politische Kämpfe bedeutet das, dass sie immer (auch) außerhalb von staatlichen Institutionen in der Zivilgesellschaft geführt werden. Gramsci ging dabei davon aus, dass die politischen Kämpfe solche zwischen Klassen sind. Dabei denkt er Klassen nicht als »einfach gegebene politische Akteure mit festgelegten, vorab bestimmbareren Interessen«, sondern als »plurale Zusammensetzung unterschiedlicher Gruppen«, die sich »erst im Prozess der Entwicklung politischer Ziele, geteilter Werte und kollektiver Praxis [...] als Klassen heraus[bilden]«⁷. Hegemonial kann eine Klasse (oder Klassenfraktion) dabei nur werden, wenn es ihr gelingt, andere Gruppen im Rahmen einer gemeinsamen Perspektive und auch durch das Eingehen von Kompromissen einzubinden und so ein bestimmtes Kräfteverhältnis temporär zu stabilisieren.

Das Verständnis des Prozesses der Vereinigung und Stabilisierung von Herrschaft wurde im Anschluss an Gramsci von kritischen Politikwissenschaftler*innen weiterentwickelt. Dabei hat sich aus der Einsicht, dass Hege-

monie immer umkämpft ist, unter anderem das Konzept der Hegemonieprojekte entwickelt: Innerhalb von Staat und Zivilgesellschaft ringen stets verschiedene Projekte darum, hegemonial zu werden. Hegemonieprojekte entstehen dabei nicht einfach aufgrund von geteilten Interessen, sondern erfordern konkrete politische Projekte, die Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme anbieten. So ermöglichen sie, dass sich unterschiedliche Akteurskonstellationen dynamisch zusammenschließen.

Hegemonieprojekte sind jedoch keine organisierten, klar abgrenzbaren Bündnisse, vielmehr sind sie als »Aggregation von sehr unterschiedlich motivierten und oft nebeneinander ablaufenden Taktiken und Strategien«⁸ verschiedener zivilgesellschaftlicher und politisch-institutioneller Akteure zu verstehen, deren Strategien sich »vor dem Hintergrund [ihrer] jeweiligen Situations- und Problemanalysen«⁹ herausbilden.

Aktuelle Kräfteverhältnisse

Mit dem Konzept der Hegemonieprojekte lässt sich die aktuelle Situation der Linken besser verstehen. Aufgrund der vielfachen Krisen¹⁰ seit 2008, die auch als Krisen des Neoliberalismus interpretierbar sind, wurde der Ausgang des Ringens um Hegemonie im letzten Jahrzehnt vielfach als offen eingeschätzt.¹¹ Die bis dahin bestehende neoliberale Hegemonie schien vielen als beendet, wodurch sich ein Raum für die Entwicklung neuer Hegemonieprojekte bildete. In dieser Phase des Interregnums, in der keine Kraft über Hegemonie verfügte, entwickelten sich in Deutschland und global sowohl rechte als auch linke Alternativprojekte, die danach strebten, hegemonial zu werden, und sich aufgrund der Zuspitzung von sozialökologischen Krisen zu immer größeren Teilen um die Frage der ökologischen Transformation positionierten.

Eine Übersicht über diese Projekte in Deutschland hat 2022 Hendrik Sander vorgelegt.¹² Er identifiziert fünf Hegemonieprojekte, die sich in den letzten Jahren ausdifferenziert haben. Das inzwischen dominante Projekt wird von Sander als »grün-kapitalistisches Hegemonieprojekt« bezeichnet. Dieses vereint

- » inzwischen die meisten liberalen, auf Wandel und Modernisierung setzenden Kräfte in der Gesellschaft. Das Ziel des Projekts ist es, die ökologische Krise zu bearbeiten und zu einer Erneuerung der Gesellschaft und des Kapitalismus in Deutschland zu nutzen. Der Fokus liegt auf einer Bearbeitung der Klimakrise und der Etablierung einer klimaneutralen Produktions- und Lebensweise, allerdings auf Basis der bisherigen gesellschaftlichen Strukturen.«¹³

Derzeit wird das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt insbesondere von rechter Seite herausgefordert, wo sich gleich zwei starke, sich teils überschneidende Hegemonieprojekte herausgebildet haben. Neben dem etablierten fossilistisch-konservativen Hegemonieprojekt, das Sander als »Manifestation einer immer noch starken konservativen und privilegierten Strömung in der breiten Bevölkerung und der Bourgeoisie«¹⁴ versteht, der es darum gehe, »traditionelle, von einer sozialökologischen Transformation bedrohte Industrien und (imperiale) Lebensweisen zu verteidigen«¹⁵, sieht er das reaktionäre Hegemonieprojekt als »Ausdruck des neu formierten und erstarkten rechten Pols in der deutschen Gesellschaft«¹⁶. Diesem gehe es darum, »weiße und patriarchale materielle Privilegien zu verteidigen und jedwede sozialökologische Transformation zu verhindern«¹⁷.

Politisch schwer zu verorten und am schwächsten konturiert sieht Sander das sozial-defensive Projekt, dessen Ziel es ist,

- » soziale Sicherheiten und prekäre ökonomische Lebensbedingungen gegen Zumutungen durch unsoziale neoliberale, aber auch sozialökologische Politiken zu verteidigen«.¹⁸

Im emanzipatorischen Projekt verdichten sich links des grün-kapitalistischen Projektes »die sozialen und ökologischen Kämpfe, Bewegungen und Akteure der letzten Jahre«¹⁹:

- » Das Ziel des emanzipatorischen Projekts ist ein system change, also die fundamentale Transformation der bestehenden Gesellschaft, um die grundlegenden Ursachen der sozialökologischen Krise zu beseitigen.«²⁰

Zuletzt ist es dem grün-kapitalistischen Projekt laut Sander gelungen, »wesentliche Teile der Bourgeoisie [...] einschließlich der großen Konzerne und Leitbranchen«²¹ hinter sich zu versammeln und sich zunehmend auch in den »Kernstrategien und -programmen der dominanten Staatsapparate«²² zu verdichten. Die Dominanz dieses Projektes wurde in den letzten Jahren insbesondere von rechts infrage gestellt, während nach 2008 linke Protestbewegungen und Parteien (und nicht nur in Deutschland) zwar immer wieder große Dynamik entfalten, sich jedoch kaum stabilisieren konnten. Sander attestiert dem emanzipatorischen Projekt dementsprechend »in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation [...] kaum [...] hegemoniales Potenzial«. ²³

Ausgehend von dieser Situation, formulierte der Politikwissenschaftler Mario Candeias kürzlich die umstrittene These²⁴, dass die Phase des Interregnums zu Ende sei.²⁵ Ob man dem zustimmt oder nicht, zumindest für die linken Kräfte dürfte gelten, dass sie derzeit an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen kaum Anteil haben. Ob das sozial-defensive Hegemonieprojekt mit einer Wagenknecht-Partei²⁶ an Stärke gewinnt, bleibt abzuwarten. Das emanzipatorische Hegemonieprojekt jedenfalls ist derzeit in der Krise und weitgehend ohne Machtbasis.

Neben der offensichtlichen Krise der Partei Die Linke zeigt sich dies auch am Wegbrechen linker Medien sowie der Mobilisierungsschwäche und strategischen Orientierungslosigkeit sozialer Bewegungen. Diese konnten zwar gegen erhebliche Widerstände bestehender hegemonialer Akteurskonstellationen Teilerfolge erzielen, haben allerdings keine ernsthafte politische Alternative formieren können. Die Musik spielt aktuell in dem sich immer weiter zuspitzenden Konflikt zwischen dem grün-kapitalistischen und den beiden rechten Hegemonieprojekten, die jedoch alle drei gemein haben, die kapitalistische Eigentumsordnung nicht anrühren zu wollen.

Eine Ausnahme stellt dabei die Berliner Initiative DWE dar, der es mit der Forderung nach Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne, kommuniziert im Rahmen einer strategischen, öffentlichkeitswirksamen Kampagne, und dem Aufbau von organisierten Strukturen in allen Berliner Bezirken 2021 gelang, ein starkes lokales Hegemonieprojekt zu etablieren, einen

Volksentscheid zu gewinnen und die Idee von Vergesellschaftung als strategische Perspektive für die Linke zu etablieren.

Vergesellschaftung als strategische Perspektive

So vielversprechend die Geschichte von DWE ist, so zeigt sich auch an ihr, dass der Kampf für Vergesellschaftung aufgrund der Widerstände im Staat langwierig und mühsam ist. Um die gegenwärtige ökologische Transformation zu beschleunigen und zugleich zu einer sozialen zu machen, stellt Vergesellschaftung eine offensichtliche, aufgrund der aktuellen Kräfteverhältnisse jedoch keine kurzfristig erreichbare Lösung dar. Denn eine Umsetzung mit dem Mittel des Volksentscheids und ohne breite gesellschaftliche Hegemonie kann von etablierten Kräften, wie bereits beschrieben, bedeutend verzögert werden.

Realistisch betrachtet, wird der ökologische Umbau in den nächsten Jahren im Kampf zwischen den rechten und dem grün-kapitalistischen Hegemonieprojekt entweder weiter verschleppt, oder Letzteres kann zwar eine langsame Transformation umsetzen, die jedoch mit einer Intensivierung von globaler Ausbeutung und zunehmender ökonomischer Ungleichheit einhergehen würde. In jedem Fall werden die anstehenden Umbauprozesse wohl im Kontext dieser Auseinandersetzung stattfinden. Emanzipatorische Kräfte können dabei vor allem von außen kommentieren, aber kaum (mit)gestalten, da sie nicht an den Strukturen der Macht teilhaben werden.

Was bedeutet diese Situation für das emanzipatorische Projekt? So ernüchternd die Diagnose in Bezug auf die nächsten Jahre ist, so sehr birgt sie auch die Gelegenheit, den Blick zu weiten und abseits kurzfristiger oder taktischer Erwägungen und Ziele eine mittelfristige, strategische Perspektive für emanzipatorische Kämpfe zu entwickeln. Dabei geht es nicht um den ängstlichen Rückzug der Linken auf »Inseln des Überlebens«²⁷, von denen in Candeias Thesen die Rede ist, sondern um die Fokussierung auf organisierenden Aufbau und radikale Zuspitzung in konkreten politischen Kämpfen, anstatt am Umbau des Kapitalismus zu einer grüneren Variation mitzuwirken.

Abseits von Zwängen, die aus der Partizipation an der Macht entstehen und das Mögliche auf realpolitisch Machbares verkürzen, könnte (nicht nur)

die gesellschaftliche Linke an einem radikalen inhaltlichen Programm und stärkeren organisatorischen Strukturen arbeiten, die für einen längerfristigen Aufbau von Gegenhegemonie unverzichtbar sind. Der Aufbau von Macht muss sich dabei nicht (unmittelbar) in institutioneller Partizipation oder realpolitischen Erfolgen ausdrücken. Vielmehr können gerade die kompromissorientierte programmatische Radikalisierung und die antagonistische, populistische Zuspitzung von Konflikten zu breiter Zustimmung auch innerhalb von Kreisen beitragen, welche die gesellschaftliche Linke in den letzten Jahrzehnten nicht erreicht hat.

DWE hat gezeigt, dass populistische und radikale Frames wie Enteignung oder die Identifikation von Gegner*innen wie die Deutsche Wohnen nicht abschrecken, sondern vielmehr eine breitere Zustimmung erfahren als realpolitisch eingehetzte Reformvorschläge. Menschen verstehen, worum es geht. Zugleich helfen radikalisierte Forderungen nicht allein: Kommunikation und Praxis müssen darauf abzielen, die Perspektive einer grundlegenden Veränderung mit der Aussicht auf konkrete materielle Verbesserungen zu verknüpfen und die Menschen so bei ihren alltäglichen Sorgen abzuholen. Dazu bedarf es einerseits durchdachter und konkreter – aber ambitionierter – Konzepte, andererseits organisierender und aufsuchender Basisarbeit, um diese zu vermitteln.

Über all das hinaus ist allerdings eine reale Umsetzungsperspektive nötig, an die die Menschen glauben können, denn was nützt die Wahrheit ohne Macht? Der Erfolg von DWE hing nicht zuletzt daran, dass der angestrebte Volksentscheid unter Bezug auf Artikel 15 des Grundgesetzes zumindest potenziell umsetzbar war.

Mittelfristig stellt sich einem erstarkenden emanzipatorischen Hegemonieprojekt daher unweigerlich die Frage nach seinen Machtressourcen. Diese müssen nicht in parlamentarischen Mehrheiten bestehen, die Etablierung von Massenorganisationen wie Parteien oder Gewerkschaften ist dabei jedoch unverzichtbar.

Dem emanzipatorischen Hegemonieprojekt kann die Forderung nach Vergesellschaftung im Aufbau als zentrale Orientierung dienen. Mit der Klimakrise notwendigerweise zunehmende Verteilungskonflikte um Wasser, Land,

Wohnraum, Gesundheit und Energie können über die Eigentumsfrage populistisch zugespitzt werden. Gleichzeitig verhindert der Fokus auf die Eigentumsfrage kompromisshafte Einbindungen, denn die Eigentumsordnung als zentraler Pfeiler des Kapitalismus ist für Rechte und das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt unantastbar. Zugleich ist Vergesellschaftung als Konzept in der Lage, eine Vielzahl unterschiedlicher Akteur*innen aus verschiedenen Kämpfen um diese Strategie zu versammeln und damit ein themenübergreifendes Projekt zu etablieren.

Vergesellschaftung ist zudem ein offenes Konzept, das verbinden kann, ohne Differenzen zu übergehen. Initiativen wie DWE können einzelne, gewinnbare Kämpfe zuspitzen und sich dabei in dieses übergeordnete Projekt einschreiben. In unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen sind Zuspitzungen mit dem Fluchtpunkt der Vergesellschaftung denkbar und finden bereits statt. Diese im Aufschwung befindlichen politischen Projekte werden zwar nicht kurzfristig zur Formierung einer schlagkräftigen Alternative zu den kapitalistischen Hegemonieprojekten führen, können aber eine mittelfristige Perspektive zum Aufbau einer Gegenhegemonie bedeuten.

Beispielhaft soll dies abschließend an Vergesellschaftungsperspektiven im Energiesektor verdeutlicht werden. Dieser Sektor ist zum einen als Bereich der kritischen Infrastruktur und allgemeinen Daseinsvorsorge direkt für das alltägliche Leben aller relevant, zum anderen stehen die Energietransformation und vor allem die Stromproduktion und -verteilung im Zentrum der Klimatransformation. Sie werden durch die allgemeine Elektrifizierung weiter an Bedeutung gewinnen und somit fortwährend umkämpft bleiben. Die Vergesellschaftung des Energiesektors eignet sich daher als perspektivisches Ziel eines emanzipatorischen Hegemonieprojektes, über das einerseits global agierende private Konzerne wie RWE oder E.ON in einer populistischen Zuspitzung angegangen werden können und das andererseits an die konkreten Alltagsorgen der Menschen anschließt (vgl. auch den Text zu *RWE & Co enteignen* in diesem Band).

Zugleich ermöglicht dieses Ziel die Einordnung lokaler Kämpfe in einen größeren Zusammenhang. Der Aufbau von Energiegenossenschaften ebenso wie Kämpfe für die Demokratisierung von Stadtwerken oder der kommunalen

len Wärmeplanung lassen sich als Teil eines übergeordneten Kampfes um ein öffentliches, demokratisiertes Energiesystem betrachten.

Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass die Intensität der Auseinandersetzungen um die Transformation allgemein und um die Energietransformation insbesondere weiter zunehmen wird. Auch wenn es zunächst wahrscheinlich scheint, dass das grün-kapitalistische Projekt für die kommenden Jahre relativ fest installiert bleibt, können sich die politischen Koordinaten durch interne Eruptionen oder externe Schocks schneller verschieben als erwartet. Mithilfe systematischen Organisationsaufbaus, der Entwicklung von zukunftsweisenden Erzählungen, der Erarbeitung konkreter und ambitionierter Konzepte sowie der Verankerung in lokalen Kämpfen sollten wir uns darauf vorbereiten. Das wäre kein Überwintern und keine bloße Defensive, sondern eine hoffnungsvolle, kämpferische und zukunftsgerichtete Politik in Anerkennung der aktuellen Kräfteverhältnisse.

Anmerkungen

- 1 communia & BUND-Jugend (2023): *Öffentlicher Luxus*. Karl Dietz Verlag.
- 2 Vgl. Engels, Anita / Marotzke, Jochem / Gonçalves Gresse, Eduardo et al. (Hrsg.) (2023). *Hamburg Climate Futures Outlook 2023. The plausibility of a 1.5 °C limit to global warming – Social drivers and physical processes*. Cluster of Excellence Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS). Hamburg, Germany.
- 3 Das Scheitern der gesellschaftlichen Linken am Ziel, die ökologische Katastrophe aufzuhalten, liegt selbstverständlich nicht nur an den Bewegungsakteuren selber, sondern auch am Widerstand und den Beharrungskräften der neoliberal-fossilistischen Hegemonie.
- 4 Vergesellschaftung war, insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg, unter dem Begriff »Sozialisierung« eine Kernforderung der Arbeiter*innenbewegung. In dieser Zeit fanden umfassende theoretische Debatten, aber auch praktische Kämpfe um Sozialisierung statt, wie zum Beispiel in der kurzlebigen bayerischen Räterepublik und den Streikbewegungen im Ruhrgebiet im Jahre 1919.
- 5 Vgl. Gramsci, Antonio (1992): *Gefängnishefte*. Band 4, Argument Verlag.
- 6 Vgl. Buckel, Sonja / Georgi, Fabian / Kannankulam, John / Wissel, Jens (2014): *Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung*, in: Forschungsgruppe

- »Staatsprojekt Europa« (Hrsg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Transcript, 2014, S. 15–84; hier S. 31.
- 7 Ebd., S. 20.
- 8 Kannankulam, John / Georgi, Fabian (2012): Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das ›Staatsprojekt Europa‹ (Arbeitspapier), Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg, 35.
- 9 Buckel, Sonja (2021): Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, S. 46, in: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hrsg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Transcript.
- 10 Dazu gehören sowohl die Weltwirtschaftskrise ab 2007, die Eurokrise ab 2010 sowie die Coronakrise und der Ukrainekrieg, aber auch langfristige, strukturelle Krisen wie der ökologische Kollaps und überlappende ökonomische Ungerechtigkeitskrisen.
- 11 Vgl. beispielsweise: Candeias, Mario (2011): Interregnum – molekulare Verdichtung und organische Krise, in: Demirović, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian / Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus, VSA, S. 45–61.
- 12 Vgl. Sander, Hendrik (2022): An der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozialökologische Hegemonieprojekte in Deutschland, Rosa-Luxemburg-Stiftung (Online-Publikation), S. 8.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd., S. 7.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd., S. 8.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd., S. 24.
- 23 Ebd., S. 26.
- 24 Die Kritik bezog sich vor allem auf die Feststellung, dass die Festigung der grün-kapitalistischen Hegemonie mittelfristig die Potenziale emanzipatorischer gegenhegemonialer Projekte massiv einschränkt. Vgl. Schwerdtner, Ines (2023): Wir leben in keiner offenen Situation mehr? Aber natürlich! in: LUXEMBURG, Juli 2023.

- 25 Vgl. Candeias, Mario (2023): Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Thesen zum Ende des Interregnums und warum es gerade jetzt einen Neustart der LINKEN braucht [<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/>], These 1.
- 26 Mit dem Austritt Sahra Wagenknechts und zahlreicher weiterer Fraktionsmitglieder aus der Linkspartei und der Vorbereitung der Gründung einer neuen Partei formiert sich aktuell ein parteipolitischer Ausdruck des sozial-defensiven Hegemonieprojekts.
- 27 Ebd., These 11.

Revolution für das Leben, aber wie?

Die neueste Linke und ihre Forderung nach politischer Autonomie

Lukas Meisner

Abstract

Seit der Finanzkrise 2007/08 dämmert der Linken wieder, dass sie sich vom Antikapitalismus nicht trennen kann, ohne sich von sich selbst loszusagen. Die Debatten zur Vergesellschaftung nicht nur in Berlin machen dies deutlich. Statt der alten Prophezeiung vom Kollaps des Kapitalismus als automatischem Emanzipationsvorgang muss die neueste Linke eine neue – über Naturbeherrschung hinausgehende – Form politischer Autonomie gegenüber der eigenen Kulturgeschichte umso mehr einfordern, je weniger Naturgeschichte sich von ihr noch lösen lässt. Andernfalls bleibt ein Ende des Kapitalismus durch die ökologische Krise als Anfang besserer Alternativen unwahrscheinlicher als die Neuerfindung eines grünen Kapitalismus oder sein Ersatz durch noch verheerendere politisch-ökonomische Systeme. Jedoch verheißt politische Autonomie nicht die Beherrschung innerer oder äußerer bzw. erster durch zweite Natur¹, sondern verantwortungsvolle, kooperative Selbstorganisation des menschlichen Stoffwechsels in und mit dem eigenen Lebensnetz. In einer solchen Revolution für das Leben mittels politischer Autonomie wären Postwachstum und das marxistische Anwachsen des Reichs der Freiheit nicht mehr gegeneinander ausspielbar, weil sie miteinander identisch würden. Nicht Askese, sondern ein neuer Hedonismus jenseits der Warenwelt ist Motiv einer sozialökologischen Transformation, die über die Monetarisierung der Natur und einen grünen Kapitalismus hinaus in Richtung eines demokratischen Sozialismus und grünen Kommunismus weist.

Von den Krisen zur Kritik, vom objektiven Widerspruch zur subjektiven Politisierung

- » Die materialistische Geschichtsauffassung stellt einen grundrealistischen Anspruch mit der Besonderheit, dem positivistischen Faktizitätsfetischismus ein praktisch-dialektisches Wirklichkeitsverständnis entgegenzusetzen, das dem ›Witz der Widersprüche‹ (Brecht), selbst noch dem finsternen, Handlungsfähigkeit abgewinnt.«²

Die neueste Linke, die Marxismus und neuere soziale Bewegungen miteinander kombiniert, hat den Kapitalismus als ihr Hauptproblem zurück auf die Tagesordnung und einen inklusiv-pluralistischen Universalismus der Freiheit und Gleichheit als ihr neues Hauptziel gesetzt.³ Bei ihrer Rückkehr zum Antikapitalismus einerseits und zum Universalismus andererseits darf sie allerdings nicht in die klassische Behauptung vom »notwendigen Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung aufgrund objektiver innerer Widersprüche« zurückfallen, wie sie nicht nur vom einstigen szientistischen – Wissenschaft fetischisierenden – Marxismus, sondern auch von einigen apokalypseaffinen Intellektuellen unserer Zeit bekannt ist. Schließlich hat sich dieses Narrativ von der Endzeit des Kapitalismus nicht nur wiederholt als historisch falsch erwiesen. Mehr noch wird es sich höchstwahrscheinlich auch weiter nicht bewahrheiten, sofern keine substantielle globale Politisierung die gegenwärtige (häufig postpolitische bzw. postdemokratische) Gesamtsituation fundamental verschiebt. Denn der Kapitalismus – der nie nur eine separate ökonomische Sphäre, sondern stets eine gesamtgesellschaftliche Infrastruktur ist⁴ – dürfte auch unter seinem selbst verursachten Krisenmodus ökologischer Zerstörung, extremer Ungleichheit, rechtsextremer Reaktionen und psychopathologischer Pandemien (von Burnout und Depression über Angststörungen und Psychosen) fortbestehen. Sicher können diese kapitalinduzierten Krisenformationen zum Zusammenbruch liberaler Demokratien und zur weiteren Zerstörung wohlfahrtsstaatlicher Regulation führen, wie auch zum Niedergang anderer zivilisatorischer Errungenschaften, die einst durch emanzipatorische Bewegungen von unten sowie durch die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West bzw.

Nord und Süd erzwungen wurden. Doch führt keiner dieser Krisenkomplexe an und für sich schon zur Abschaffung des Kapitalismus, ganz zu schweigen von der Einführung eines demokratischen Sozialismus oder grünen Kommunismus – wie Pietro Daniel Omodeo es ausdrückt:

» In fact, if capitalism is founded on a mechanism of accumulative concentration of wealth and power, which has the tendency to colonize and subsume all spheres of existence (from natural resources to psychic attitudes) and coopt them to its logic as instrumental to its own development, then not even the ecological collapse necessarily implies its end.«⁵

Kurz gesagt: Damit kapitalistische Widersprüche in eine bessere und nicht bloß in eine andere (gar schlechtere) Zukunft führen, bedarf es zusätzlich zum Phänomen der objektiven Krisen der subjektiven Kritik und politischer Aktion. Entscheidend ist an dieser Stelle, dass diese These die inzwischen allseits bekannte ökologische Krisenkonstellation einschließt. Wenn wir den Kapitalismus überwinden wollen, wird die Klimakrise das nicht von selbst tun, denn sie ist zwar eine der gefährlichsten Resultanten der Kapitalherrschaft, aber kein Szenario, das Emanzipation verspricht. Wenn wir also der Klimakrise korrektiv begegnen wollen, anstatt sie einfach geschehen zu lassen, müssen wir den Kapitalismus überwinden, der uns diesen Gefallen nicht von sich aus tut. Explizit heißt das: Um das Bedrohungspotenzial der Erwärmung des Planeten, des zunehmenden Artensterbens, der globalen Wüstenbildung, Entwaldung und Umweltverschmutzung, der Übersäuerung der Ozeane, des Zusammenbruchs der Ökosysteme usw. – kurz: der Verschärfung des Ungleichgewichts natürlicher Selbstregulierung – in den Griff zu bekommen, müssen wir Menschen unsere Verantwortung für unsere eigenen Produktivkräfte und die Organisation unserer Wirtschaft von der Herrschaft des Kapitals zurückfordern. Insofern bedarf es einer neuesten Linken, die politische Autonomie über die eigene Wirtschaft und deren technologisches Potenzial einfordert, um die Klimakrise lindern zu können.⁶ Die Krisen der alten und der neuen Linken, die vom Zusammenbruch des Realsozialismus bis zur Schwäche linker Kulturpolitik gegenüber rechtspopulistischen Ressentiments reichen, müssen gemeinsam überwunden werden, um das Pro-

blem der Klimakrise auf eine Weise anzugehen, die dem Leben und seinen Wesen überall auf der Erde förderlich ist. Das Programm der neuesten Linken muss daher sein, die Krisen der Linken und die des Klimas, der Politik und der Ökonomie gleichzeitig anzugehen.⁷ Politische Autonomie ist der vielversprechendste Weg, um aus der Sackgasse der politischen und ökologischen Katastrophenszenarien gleichermaßen herauszukommen.

Politische Autonomie: Die friedliche Organisation unseres Stoffwechsels mit und in der Natur

- » The point of leading a free life – both individually and collectively – is not to transcend the realm of necessity but to be able to negotiate its relation to the realm of freedom.«⁸

Politische Autonomie bezeichnet den Prozess der Vermittlung von gesellschaftlicher Objektivität der materiellen Kultur mit der sozialen Intersubjektivität der Individuen auf substanziell demokratische Weise.

Als solche Vermittlung reorganisiert politische Autonomie auch den stets notwendigen Stoffwechsel der Gesellschaft und jedes ihrer Mitglieder mit dem Rest der Natur, weil jede Form der gesellschaftlichen Reproduktion von ihren natürlichen Grundlagen untrennbar ist. Diese Vermittlung hat um unser aller Willen möglichst lebensfördernd zu geschehen. Schon Karl Marx sah darin eine der entscheidenden Aufgaben des Sozialismus, wobei Sozialismus das »qualitativ Neue« einer »gesamtgesellschaftlichen Beherrschung der gesellschaftlichen Naturbeherrschung« erreichen will.⁹ Da die »gesamtgesellschaftliche Beherrschung« des Sozialismus jedoch nichts anderes ist als eine Selbstbeherrschung der gesellschaftlichen Prozesse vonseiten der Gesellschaft, ließe er sich weniger missverständlich auch als »substanzielle Demokratisierung der gesellschaftlichen Herrschaft über sich selbst« oder eben als »politische Autonomie« bezeichnen. Bei dem, was Marx als Herrschaft bezeichnet, geht es schließlich nicht um Herr und Knecht, sondern um die Rückeroberung des Schicksals des Lebens auf der Erde durch jene Lebewesen, die dieses Leben – und damit sich selbst – an den Rand der Ausrottung gebracht haben. Wie Friedrich Engels bereits bemerkte,

» werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können«. ¹⁰

In diesem Sinn ist der Marxismus entgegen der landläufigen Meinung kein Verfechter einer den Menschen aus dem Naturzusammenhang hebenden Naturbeherrschung, ¹¹ sondern vielmehr einer möglichst friedlichen menschlichen Verantwortungsentscheidung nicht über Natur, sondern über die Art und Weise der menschlichen Beziehung sowohl zur eigenen wie zur nicht-menschlichen Natur. Diese Art menschlicher »Selbstbeherrschung« bzw. Selbstbestimmung der eigenen Beziehungen zum Nichtmenschlichen lässt sich auch zusammenfassen als eine gesellschaftliche Beherrschung bisher unbeherrschter gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse ¹² und somit als die gesellschaftliche Verantwortung, die gesellschaftliche Beherrschung der Natur so weit wie möglich zurückdrängt.

Auch hier geht es bei politischer Autonomie nicht um die Beherrschung der Natur, sondern darum, die spezifischen Formen des Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur auf möglichst lebensfördernde, naturverträgliche und friedliche Weise zu reorganisieren. Anders ausgedrückt, geht es bei politischer Autonomie nicht darum, das natürliche Reich der Notwendigkeit abstrakt – und damit in Potenz auch konkret – auszulöschen, sondern die Art und Weise, wie es in ständigem Austausch mit dem menschlichen Reich der Freiheit steht, demokratisch zu vermitteln. ¹³ Wie John Bellamy Foster wiederholt gezeigt hat, ist die Kluft des Stoffwechselprozesses (»metabolic rift«) ¹⁴ zwischen Gesellschaft und Natur schließlich keine Notwendigkeit der Zivilisation, der Vernunft oder der modernen Produktion, sondern eine falsche oder historische Notwendigkeit der spezifischen kapitalistischen Fehlorganisation des besagten notwendigen Stoffwechsels zum Nachteil sowohl der Menschen als auch der übrigen Natur. ¹⁵ Da nun die politische Autonomie die lebensförderlichste Organisation des Stoffwechsels zwischen Gesellschaft

und Natur einschließen muss, kann das Problem der sozialökologischen Krise ohne sie gar nicht angegangen werden. Denn der politischen Autonomie liegt nicht nur der faktische Einfluss des Menschen als Akteur*in zugrunde, der das Lebensnetz¹⁶ des Erdsystems tiefgreifend verändert, sondern sie umfasst zudem auch die Forderung nach einer selbstbestimmten und damit verantwortlichen Gestaltung ebendieses Einflusses.

Politische Autonomie ist also nicht nur für die menschliche, sondern für Emanzipation im Allgemeinen von entscheidender Bedeutung, weil auch der Tiere »objective interest – as subjectively mute as it might be – aligns neatly with that of the human enemies of the 1 percent«. Entsprechend ist mit Andreas Malm zu folgern: »Other species, too, await our liberation.«¹⁷ Politische Autonomie, die eine möglichst lebensfördernde Gestaltung des Stoffwechsels mit der Natur umfasst, schließt in ihrer universellen Emanzipation darum nicht nur alle Menschen, sondern auch alle nichtmenschlichen Lebewesen und ihre Lebensbedingungen mit ein.

Das Reich der Freiheit und sein neuer Hedonismus: Postwachstum – Postarbeit – Postmangel

- » The survival of humanity depends on our ability to stop performing abstract labour and do something sensible instead. Humanity is simply the struggle of doing against labour.«¹⁸

Hierin liegt die ganze Tragweite der Revolution für das Leben,¹⁹ von der Eva von Redecker spricht, die auf mikroskopischer Ebene die Emanzipation des Lebendigseins der Lebewesen und auf makroskopischer Ebene die Emanzipation der Lebensbedingungen und ihrer Netze des Lebens von den Ausbeutungen, Plündereien und Enteignungen des Kapitals bedeutet. Ohne eine solche Revolution für das Leben blieben wir *geknebelte Untote des Kapitals*, wie grün es sich auch gibt, und damit mörderisch für uns selbst und unsere Mitlebewesen.²⁰ Postwachstum²¹ und die Gewinnung des Reichs der Freiheit sind insofern nicht gegensätzlich, sondern identisch. Wie Michael Löwy es ausdrückt: »Eco-socialist civilisation breaks with productivism and consume-

atism, in favour of shorter working time, thus more free time devoted to social, political, recreational, artistic, erotic, and other activities.«²² Postwachstum ist also eine Postarbeits- und Postkonsumismusdoktrin, die in weniger Wirtschaftswachstum resultiert, aber genau darum in mehr Lebenszeit und mehr ideellem Reichtum. Folglich sollte nicht Askese als Motiv für die sozialökologische Transformation herangezogen werden, sondern ein neuer Hedonismus, der nicht warenförmig gestanz und autokannibalistisch²³ gegen sich selbst gewandt ist, sondern der transkapitalistisch die Bedingungen der eigenen Möglichkeiten zum guten gemeinsamen Leben enthält.

In dem Moment, in dem die politische Autonomie der Menschen die ökonomische Herrschaft des Kapitals ersetzte, würde eine Postwachstums- als Postarbeitsgesellschaft eingeläutet, denn sie kündigte in Herbert Marcuses Worten eine »liberation from repressive affluence: a reversal in the direction of progress«²⁴ an. Statt dass der Trend des sogenannten Fortschritts weiter blindlings in die Zukunft stürmte, die ihrerseits qua sozialökologischer Krise in eine zunehmend apokalyptische Gegenwart kollabierte, bedeutete die politische Autonomie »reversal of this trend: elimination of overdevelopment« und damit Eliminierung der »deadly efficient organization of affluent society«.²⁵ Der transkapitalistische Horizont politischer Autonomie ist folglich der Horizont einer Postwachstumsgesellschaft, die sich jenseits von Arbeits- und Konsumismusdisziplin in ein neues Reich der Freiheit stellt, das befreit ist nicht zuletzt von den falschen Bedürfnissen der Überentwicklung und ihrem falschen Mangelempfinden. Der sozialökologische Wandel gegen den Klimawandel der Ökologie und der Politik wird jedoch nicht einfach durch die Beschwörung, dass alles mit allem zusammenhänge, erfolgen, wie es etwa die Netzwerktheorien eines Bruno Latour nahelegen. Vielmehr muss der Wandel von verantwortungsvoll autonomen Lebewesen politisch realisiert werden, die ihren Stoffwechsel auf die lebensförderndste und demokratischste Weise organisieren.

Die neueste Linke kann ihren pluralistischen Universalismus der Emanzipation also in einer transkapitalistischen Revolution für das Leben als ihrer radikalsten Schlussfolgerung finden. Emanzipation gibt es nur universalistisch, weil sie als Partikularismus bloß manche befreit zuungunsten

anderer – jedoch auch nur pluralistisch, weil Universalismus ohne Pluralismus in den Partikularismus zurückfällt und somit bloße Worthülse bliebe. Emanzipation aber bleibt das Kernanliegen der neuesten Linken, die sich weder für einen imperialen Universalismus noch für einen zynischen Partikularismus, sondern für einen pluralistischen Universalismus entscheidet. Die Vision einer transkapitalistischen Revolution für das Leben würde die Linke revitalisieren und eine tiefe Hoffnung auf ein geteiltes Leben entfachen, in dem die Menschen endlich sein dürften, wer und was sie sind; in einer Welt, die nicht mehr entlang von Herrschaftslinien – sei es gegenüber der inneren oder der äußeren Natur, der ersten oder der zweiten Natur – entfremdet²⁶ ist, sondern die neu justiert wurde entlang der urkommunistischen Lebensweisen von Kooperation, Kollaboration und Kommunikation. Schon Marx stellte fest:

» Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus Humanismus, als vollendeter Humanismus Naturalismus, er ist die wahrhaftige Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung.«²⁷

Würde die neueste Linke alles auf diese konkrete, realistische und historische Utopie des demokratischen Sozialismus und grünen Kommunismus setzen, könnten die Krisen des ökologischen, ökonomischen und politischen Klimas gemeinsam mit den Krisen der alten und der neuen Linken angegangen werden. Ohne kollektive, aktivierende Kritik aber wird sich die multiple ökologische, politische und psychologische Krise der Gegenwart nicht zum Besseren wenden, sondern zum passiven Kollaps im Bestehenden enthemmen. Das objektive Widerspruchsbündel des Kapitalismus, von seinen Krisen bis zu seinen Zerstörungskräften, wird ohne das subjektive Moment der Politisierung im Bann des Katastrophalen verbleiben müssen. Die sozialökologische Transformation wäre erst die transkapitalistische politische Autonomie, in deren Zentrum die demokratische Vergesellschaftung bislang aus der Mitbestimmung ausgeschlossener Bereiche – insbesondere der kapitalis-

tisch fehlorganisierten Wirtschaft – läge. Soll die Revolution für das Leben nicht auf private Mentalitäten oder lokale Experimente beschränkt bleiben, braucht sie Menschen, die Verantwortung übernehmen und den globalen Stoffwechselprozess zwischen Gesellschaft und Natur in politischer Autonomie reorganisieren.

Anmerkungen

- 1 Nach Hegel sowie, im Anschluss an ihn, etwa Adorno oder Lukács verwandeln sich für den Menschen auch Gewohnheiten, Institutionen bzw. gesellschaftlich Gewordenes in Pseudonatürlichkeiten, also in nicht weiter Hinterfragbares, vermeintlich Ewiges, vom Menschen Unabhängiges, womit sie sich auch als »zweite Natur« oder als »falsche Notwendigkeit« bezeichnen lassen, die – in Parallelität zur ersten Natur etwa der Gravitation oder der Evolution – als naturgesetzmäßig erscheinen, obwohl sie historisch kontingent sind. Verdinglichung ist demgemäß eine der statischen Erscheinungsweisen zweiter Natur bzw. der Naturalisierung des geschichtlich Gewordenen, fälschlicherweise als Notwendigkeit Betrachteten. Siehe für den Begriff, erneuert für unsere Zeit, etwa Meisner, Lukas (2023): Liquid Reification. A conceptual update in Lukács' Spirit, in: Jahrbuch der internationalen Lukács-Gesellschaft, 19, S. 113–126.
- 2 Haug, Wolfgang Fritz (2023): Das Blut der anderen – ein Jahr später. Versuch einer Antwort auf Lulas Frage, wie es dazu kam, in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 340, S. 228–250, S. 238.
- 3 Zur Substanzialisierung dieser These siehe Meisner, Lukas (2023): Medienkritik ist links. Warum wir eine medienkritische Linke brauchen, Berlin: Das Neue Berlin, S. 23–76.
- 4 Der Kapitalismus ist eine politische Ökonomie, die nicht nur eine spezifische Verwaltung des Mangels oder eine besondere Vermittlung von Angebot und Nachfrage ist, sondern eine fundamentale Transformation des Weltzugangs der Menschen erzwingt, von ihrer Beziehung zueinander bis zur Beziehung mit der bzw. gegen die Natur. Nur aufgrund dieser Transformation, die das Eingebettetsein der Menschen in ökologische, soziale, politische Kontexte strukturell verleugnet, konnte überhaupt ein Wirtschaftssystem entstehen, das Leben und Überleben grundsätzlich infrage stellt, statt sie wirtschaftlich zu gewährleisten.
- 5 Omodeo, Pietro Daniel (2021): Bacon's Anthropocene: The Historical-Epistemological Entanglement of Power, Knowledge, and Nature Reassessed, vom Autor geteiltes Manuskript, S. 12.

- 6 Vgl. Meisner, Lukas (2023): Wir müssen mehr leisten – für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen, in: Wirtschaftswoche, 28.1.2023, online und gedruckt [<https://www.wiwo.de/my/politik/deutschland/essay-wir-muessen-mehr-leisten-fuer-die-erhaltung-unserer-lebensgrundlagen-/28944976.html>].
- 7 Für ein verwandtes Argument im Zusammenhang mit der erneuerten Krise der Wissenschaften siehe Omodeo, Pietro / Meisner, Lukas (2022): *Laut aut di fatticità scien- tista e relativismo postmoderno quale semplificazione ideologica del problema epis- temologico di expertise e populismo post-veritativo*, in: Ienna, Gerardo; D’Abramo, Flavio; Badino, Massimiliano (Hrsgb.) (2022): *Expertise ed epistemologia politica*, Milano: Meltemi Press, S. 37–70.
- 8 Hägglund, Martin (2020): *This Life. Secular Faith and Spiritual Freedom*, New York: Ancher Books, S. 278.
- 9 Vgl. Schmidt, Alfred (1971): *The Concept of Nature in Marx*, London: NLB, S. 12f.
- 10 Engels, Friedrich (1925): *Dialektik der Natur*, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1962): *Werke*. Band 20, Berlin (DDR): Dietz, S. 305–570, hier S. 453. Siehe auch Foster, John Bellamy (2016): *The Return of Engels*, auf Jacobin, online [<https://jacobin.com/2016/11/engels-marx-ecology-climate-crisis-materialism/>].
- 11 Unter »Naturbeherrschung« wird gemeinhin ein Sich-über-die-Natur-Stellen des Menschen (etwa als Krone der Schöpfung) verstanden, womit alles Nichtmenschliche als wertlos oder wertloser eingestuft und damit der Ausbeutung zugunsten menschlichen Reichtums freigegeben wird. Die Frankfurter Schule hat überzeugend nach- gewiesen, dass der Naturbeherrschung strukturell auch die Beherrschung der Men- schen folgen muss, die schließlich ihrerseits nicht nur geschichtliche soziale Wesen, sondern auch natürliche Lebewesen sind.
- 12 Vgl. Habermas, Jürgen (1968): *Technology and Science as ‚Ideology‘*, in: Habermas, Jürgen (1970): *Toward a Rational Society: Student Protest, Science, and Politics*, Boston: Beacon Press, S. 117; auch Meisner, Lukas (2023): *Vom Klassenkampf zur Zivilisati- onskritik*, auf Jacobin, online, ohne Seitenzahl [<https://jacobin.de/artikel/vom-klas senkampf-zur-zivilisationskritik-frankfurter-schule-kritische-theorie-lukas-meisner/>]; sowie Fraser, Nancy / Jaeggi, Rahel (2023): *Capitalism. A Conversation in Critical Theory*, London/New York: Verso.
- 13 Die Begriffe »Reich der Freiheit« und »Reich der Notwendigkeit« entstammen dem Marxismus und bezeichnen den Bereich des Notwendigen, das nicht zu tun nicht zur Disposition steht (etwa Essen oder Arbeiten), und das Reich der Freiheit als Art und Weise, wie Menschen dieses Notwendige freiheitlich gestalten können (etwa durch kulinarische Künste oder kreative Selbstbestimmung der eigenen Lebenspraxis). Im Marxismus, anders als im Kantianismus, sind Freiheit und Notwendigkeit mitein- ander vermittelt, sodass die zwei Reiche eine Dialektik bilden und keine einander aus- schließenden Momente.

- 14 Unter »metabolic rift« ist die kapitalistische Fehlorganisation der Vermittlung zwischen Menschen und restlicher Natur zu verstehen, die etwa im enormen CO₂-Ausstoß des Fordismus oder im ökologischen Fußabdruck der Globalisierung besonders deutlich hervortritt. Stets musste der Mensch wie alle anderen Lebewesen natürliches Material verbrauchen, um zu überleben, doch war dieses Verbrauchen vor dem Kapitalismus zyklisch bzw. reproduktiv oder erneuerbar und nicht kannibalisch, widersprüchlich oder selbstzerstörerisch.
- 15 Siehe Foster, John Bellamy (2000): *Marx's Ecology: Materialism and Nature*, New York: Monthly Review Press, S. 163.
- 16 Für den Begriff »web of life« siehe Moore, Jason W. (2015): *Capitalism in the Web of Life: Ecology and the Accumulation of Capital*, London/New York: Verso.
- 17 Malm, Andreas (2020): *The Progress of this Storm. Nature and Society in a Warming World*, London/New York: Verso, S. 190; Und Malm hebt hervor, ebd., S. 116: »insofar as the appeal is to humanity to alter its ways, it presupposes our possession of capacities by which we are singled out from other living creatures and inorganic matter.« Die Differenz des Menschen als Differenzierung *der und in* Natur ist somit keine »Krone der Schöpfung«-Fantasie, sondern eine notwendige Voraussetzung für die Fähigkeit des Menschen, sein Verhalten gegenüber der Umwelt entlang von Verantwortlichkeit zu verändern.
- 18 Holloway, John (2010): *Doing – In-Against-and-Beyond-Labour*, in: *Reinventing Labour*, auf Void Network, online, ohne Seitenzahl [<https://voidnetwork.gr/2010/09/26/doing-in-against-and-beyond-labour-by-john-holloway/>].
- 19 Vgl. Redecker, Eva von (2020): *Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen*, Frankfurt/Main: Fischer. Unter »Revolution« sind hier nicht ein gewaltvoller Umsturz und das Ersetzen einer Gruppe von Menschen in den Chefetagen eines Staates durch eine andere zu verstehen, sondern ein globaler fundamentaler demokratischer Wandel der Sozialstrukturen der Moderne durch die sich assoziierenden Menschen selbst.
- 20 Zelik, Raul (2020): *Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp.
- 21 Unter »Postwachstum« ist eine gesellschaftsweite Wirtschaftsstruktur zu verstehen, die Wachstum weder erzwingt noch verunmöglicht, sondern den Bürger*innen von sozialer Situation zu Situation die Entscheidung überlässt, welches Mittel für welchen Zweck zu wählen ist.
- 22 Löwy, Michael (2020): *XV Theses on the Ecological Crisis and the Pandemia*, in: *Crisis & Critique*, 7:3, S. 196–200, hier S. 199. Vgl. zu diesem Punkt auch Saito, Kohei (2023): *Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus*, München: dtv.
- 23 Vgl. Fraser, Nancy (2023): *Cannibal Capitalism. How our System is Devouring Democracy, Care, and the Planet – and what we can do about it*, London/New York: Verso.

- 24 Marcuse, Herbert (1966): *Eros and Civilization. A Philosophical Inquiry into Freud*, Boston: Beacon Press, S. xiv.
- 25 Ebd., S. xviii, xxi.
- 26 Zu einem zeitgenössischen marxistischen Begriff von Entfremdung siehe Meisner, Lukas (2022): *Objective Alienation. No essentialism, nowhere*, in: *Berlin Journal of Critical Theory*, 6:3, S. 95–134.
- 27 Marx, Karl (1844) *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich (1968) *Werke. Ergänzungsband 1. Teil*, Berlin (DDR): Dietz, S. 465–588, hier S. 536.

KAPITEL 4

Vergesellschaftung und Ökonomie

Vergesellschaftung und Unternehmen

Vergesellschaftung heißt Demokratisierung

Eine Auseinandersetzung mit betrieblichen Räte-Modellen als Baustein für eine demokratische Wirtschaft

**Michael Pfundstein, Matthias Kasper
und Philip Euteneuer**

Abstract

Ausgehend von der Debatte um Vergesellschaftung als ein Lösungsansatz für die sozialökologischen Krisen, beschäftigt sich dieser Beitrag mit der Frage, wie die mit der Vergesellschaftung notwendig einhergehende Demokratisierung auf betrieblicher Ebene gelingen kann. Einleitend wird zunächst auf den Zusammenhang von Privateigentum und der damit verbundenen Entscheidungsgewalt darüber, was wie und wozu produziert wird, eingegangen und mit einigen demokratiethoretischen Überlegungen verknüpft. Im Hauptteil werden vier betriebliche Räte-Modelle vorgestellt: das »Parlament der Firma«, das »Bontrup-Modell«, der »Betriebliche Wirtschaftsrat« und die »Gemeingut Wohnen«. In einem Vergleich dieser Modelle werden im Anschluss deren Vorzüge und Leerstellen diskutiert sowie, darauf aufbauend, die wichtigsten Implikationen für kommende Vergesellschaftungskonzepte und -initiativen herausgearbeitet.

Vergesellschaftung heißt Demokratisierung

Abschließend erfolgt ein Ausblick auf die Potenziale und Herausforderungen von Vergesellschaftung im Kontext der sozialökologischen Frage, indem die Autoren dafür plädieren, Vergesellschaftungskonzepte auch über die Mikroebene hinauszudenken und beispielsweise in den Kontext demokratischer Planung einzubetten.

Einleitung

Die historisch gewachsene kapitalistische Ökonomie beruht auf privaten Eigentumsformen und ist in Verbindung mit den Logiken der Konkurrenz und Profitmaximierung ursächlich für die ökologische Zerstörung und soziale Ungleichheit. Sie zeichnet sich durch »Externalisierung«¹ sozialer und ökologischer Kosten aus, bei der die Verursachenden² aus der Verantwortung genommen und die Folgen auf die Gesellschaft abgewälzt werden.³ Zugleich bringt die kapitalistische Verwertungslogik⁴ soziale Krisen hervor, indem sie die Reproduktionssphäre (z. B. Pflege und Kinderbetreuung) einer Gesellschaft »kannibalisiert« – also nahezu gratis vereinnahmt⁵ – und die ökonomische Ungleichheit befördert.⁶ Die kapitalistische Ökonomie ist damit für viele Menschen und andere Organismen existenzbedrohend, gleichzeitig aber auch undemokratisch: Die Eigentümer*innen eines Unternehmens dürfen nicht nur die erwirtschafteten Profite einbehalten, sondern auch darüber entscheiden, was wie und wozu mit den Ressourcen eines Betriebs produziert wird. Solange ein Unternehmen sich rechtlich in Privateigentum befindet, ist die Partizipation von anderen Anspruchsgruppen vom Wohlwollen der einzelnen Eigentümer*innen abhängig. Dass damit dem Großteil der Menschen die Entscheidung darüber, was wie und wozu produziert wird, verwehrt wird, zeigt sich empirisch: So besitzt das vermögendste ein Prozent in Deutschland etwa zwei Drittel der Unternehmensanteile.⁷ Dadurch besteht faktisch ein »Investitionsmonopol des Kapitals«.⁸

Als Lösungsansatz für die sozialökologischen Krisen, der die Veränderung ökonomischer Machtverhältnisse adressiert und damit die derzeit fehlenden demokratischen Entscheidungsprozesse über die Produktion ermöglicht, wird Vergesellschaftung diskutiert.⁹ Seit dem erfolgreichen Volksentscheid

der Initiative »Deutsche Wohnen und Co enteignen« (DWE)* ist die Vergesellschaftung entscheidender Teile der Wirtschaft – die beispielsweise für die Daseinsvorsorge (z. B. Gesundheit oder Wohnen) zuständig oder besonders zerstörerisch (wie etwa die fossile Industrie) sind – als konkrete Strategie wieder in Erscheinung getreten. Sie verändert die bestehenden Eigentumsstrukturen und kann den strukturellen Drängen wie der Profitmaximierung entgegenstehen. Vergesellschaftung geht dabei über »klassische« Ansätze einer Verstaatlichung hinaus, indem nicht »nur« ein Eigentumswechsel, sondern auch eine Demokratisierung angestrebt wird. Dieser Demokratisierungsprozess ist aus unserer Sicht entscheidend für die tatsächliche Neuverteilung von Macht – und damit auch zentral für den Erfolg von Vergesellschaftung. Mit Blick auf diesen Aspekt bleibt die Debatte bisher jedoch weitgehend unkonkret. Mit diesem Beitrag wollen wir an der Schließung dieser Lücke mitwirken.

Zunächst wird dafür definiert, was eine Demokratisierung der Wirtschaft auf volkswirtschaftlicher (makro)¹⁰ und betriebswirtschaftlicher (mikro)¹¹ Ebene bedeutet. Daran anschließend werden vier Modelle für Formen der Demokratisierung vorgestellt und miteinander verglichen. Dabei wird insbesondere der Partizipationsgrad der von Unternehmensentscheidungen Betroffenen – inwiefern also alle relevanten Anspruchsgruppen einbezogen sind – Bestandteil des Vergleichs sein sowie der Beitrag der Modelle zu einer sozialökologischen Ausrichtung von Unternehmen.¹² Abschließend werden Stärken und Schwächen der Modelle sowie offene Fragen mit Blick auf die Ausgestaltung von Räte-Modellen für vergesellschaftete Unternehmen diskutiert. Darauf aufbauend werden fruchtbare Aspekte für die Praxis von Vergesellschaftungsinitiativen herausgestellt.

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Tilman Wendelin Alder: Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung.

Demokratisierung der Wirtschaft und Vergesellschaftung

Unter Demokratie lässt sich ein Konzept verstehen, das zum Ziel hat, dass »alle diejenigen, die von allgemeinverbindlichen Entscheidungen betroffen sind, auch deren Autor*innen sein sollten [...]«. ¹³ Übertragen auf die Sphäre der Ökonomie und die Ebene der Volkswirtschaft, würde das bedeuten, dass das »Investitionsmonopol des Kapitals« gebrochen und die Frage, was wie und wozu produziert wird, demokratisiert wird. Eine Demokratisierung der Wirtschaft ist dabei nicht »nur« Selbstzweck. Sondern damit verbunden ist auch die These, dass strukturelles sozialökologisches Handeln gerade dann erst ermöglicht wird, wenn jene, die von den Auswirkungen einer Produktionsweise betroffen sind, auch bei relevanten Entscheidungen mitbestimmen können. Vergesellschaftung kann dabei eine zentrale Rolle spielen, weil sie ein Instrument bietet, das gesellschaftlich essenzielle Wirtschaftssektoren bzw. Unternehmen dem Profitdruck entziehen und diese an gesellschaftlichen Bedarfen ausrichten kann.

Bezogen auf Vergesellschaftungsprozesse und die mikroökonomische Ebene von Unternehmen, geht es bei der Demokratisierung nicht bloß um die Schaffung von Strukturen, in denen Beschäftigte mit ihren Ideen und Bedürfnissen angehört werden, aber einige wenige ressourcenstarke Akteur*innen schließlich die Entscheidungen treffen. Vielmehr geht es nach Carol Pateman um »full participation«, einen »Prozess, in dem jedes individuelle Mitglied eines Entscheidungskörpers die gleiche Macht hat, das Ergebnis der Entscheidungen zu bestimmen«. ¹⁴ Zu unterscheiden sind dabei operative und strategische Entscheidungen. Während es bei Ersteren um kurzfristige, für das Unternehmen nicht existenzielle Entscheidungen (z. B. Wahl des Arbeitsorts) geht, adressieren Zweitere langfristige und für das Unternehmen existenzielle Entscheidungen (z. B. Ausrichtung des Unternehmens, Investitionsentscheidungen, Überschussverwendung und -verteilung). Während einige Unternehmen in der Praxis bereits die Partizipation von Mitarbeitenden auf operativer Ebene ermöglichen, bleibt der Partizipationsgrad auf strategischer Ebene zumeist stark begrenzt. Externe Anspruchsgruppen (z. B. Ver-

braucher*innen, Lieferant*innen, gesellschaftliches Umfeld) besitzen – wenn überhaupt – lediglich ein Anhörungsrecht (z. B. in Form von Beiräten). Eine konsequente Demokratisierung muss daher immer auch die Mitbestimmung aller Betroffenen auf strategischer Ebene ermöglichen.

Diese besitzt nicht »nur« einen Wert an sich, sondern könnte erstens zu einer gerechteren Arbeitswelt führen und die Kooperation und den Interessenausgleich der verschiedenen Anspruchsgruppen fördern. Denn durch die konsequente Beteiligung und Mitbestimmung Betroffener an Entscheidungsprozessen werden Räume des Austauschs geschaffen, die es Anspruchsgruppen ermöglichen, ihre jeweiligen Bedürfnisse und Interessen gegenseitig einzubringen und besser zu verstehen. Zweitens könnte dadurch die sozialökologische Ausrichtung von Unternehmen begünstigt werden. So deuten z. B. die Arbeiten von Raymond Markey et al. darauf hin, dass eine Ausweitung der Mitbestimmung das ökologische Handeln von Unternehmen stärkt.¹⁵ Die im Folgenden vorgestellten Konzepte präsentieren unterschiedliche Ideen, wie eine Demokratisierung von Unternehmen aussehen könnte. Dabei gehen die Verfasser*innen von durchaus unterschiedlichen Eigentumsformen und Rätmodellen aus.

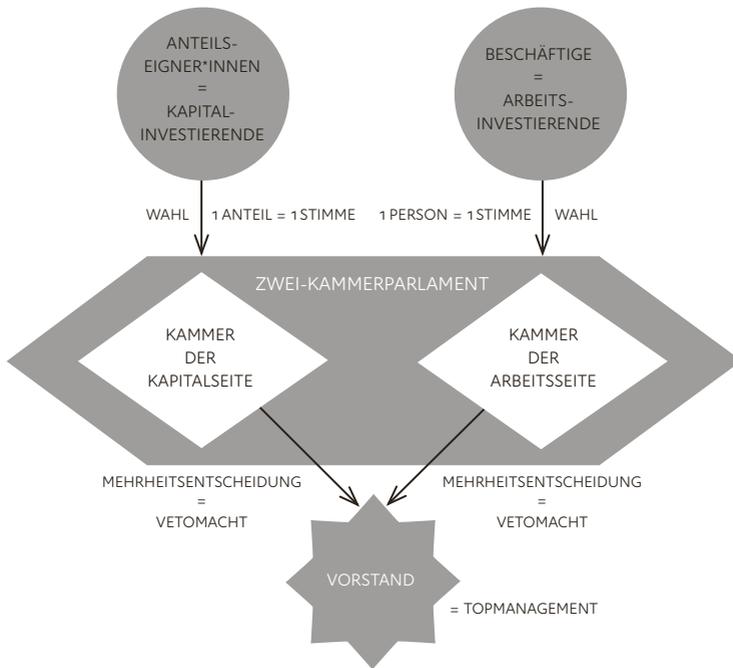
Vorstellung und Diskussion der Modelle

Ferreras' »Parlament der Firma«

Isabelle Ferreras orientiert sich mit ihrem Ansatz am Verlauf der Demokratisierung von Staaten, die im Übergang vom Absolutismus zur parlamentarischen Demokratie mit der Einführung eines Zwei-Kammer-Systems (bikameral) einherging.¹⁶ Sie plädiert für die Übertragung des bikameralen Systems auf Unternehmen. Dahinter steht die

- » [...] Feststellung, dass die Investition von Arbeit in Unternehmen mindestens ebenso notwendig und legitim ist, wie die Investition von Kapital, und dass den Unternehmen besser gedient wäre, wenn alle ihre Investoren in ihrer Regierung vertreten wären.«¹⁷

Die bikamerale Struktur setzt sich aus Anteilseigner*innen (»Kapitalinvestierenden«) und Beschäftigten (»Arbeitsinvestierenden«) zusammen. Beide



1 Ferreras' »Parlament der Firma«.

Quelle: in Anlehnung an Ferreras 2017, S. 141. Eigene Übersetzung.

Kammern bestehen aus Vertreter*innen, die jeweils in einer Art Generalversammlung gewählt werden. Im Entscheidungsprozess besteht Parität zwischen den Kammern. Den beiden Kammern untergeordnet ist ein weiteres Gremium – ähnlich einem Vorstand –, das strategische Entscheidungen für das Parlament vorbereitet und sich um das operative Geschäft kümmert.

Jede vom Vorstand geplante Maßnahme muss im bikameralen System von beiden Kammern jeweils mit einer absoluten Mehrheit bestätigt werden und wird deshalb von vornherein mit Blick auf die Interessen beider Kammern vorbereitet.

Neben den beiden oben genannten Anspruchsgruppen gibt es noch weitere von Firmenentscheidungen Betroffene, die in die Firma »investieren« (z. B. Nutzer*innen, Anwohner*innen). Deren Einbezug muss für jedes Unterneh-

men spezifisch entschieden werden. Grundsätzlich ist die Vertretung in der Kammer der Arbeit angesiedelt. Ferreras betont, dass sich das Parlament vor allem mit strategischen Entscheidungen beschäftigen soll. Wichtig ist, dass sich beide Kammern als Teil des »Firmenparlaments« verstehen und ihre regelmäßigen Treffen in diesem gemeinschaftlichen Rahmen abhalten, damit die Kammern in der gemeinsamen Diskussion Verständnis und Zustimmung erlangen.

Zusammengefasst besteht das Ziel der bikameralen Organisation einer Firma darin, deren Anreizsysteme grundlegend zu verändern, indem sie auf die Bedürfnisse der verschiedenen Parteien innerhalb der Firma und deren Umfeld abgestimmt werden.

Das »Bontrup-Modell«

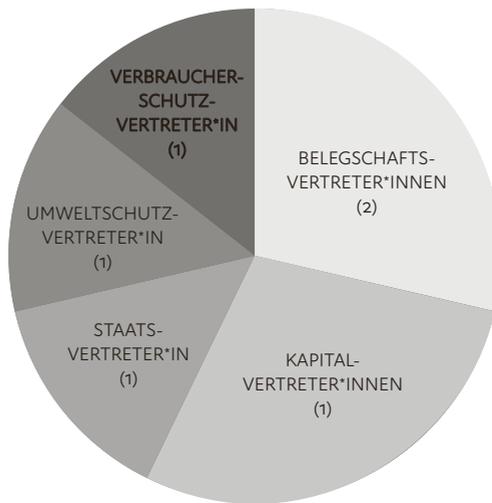
Heinz-Josef Bontrup sieht als Ausgangspunkt seines »Bontrup-Modells« den grundlegenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit im Kapitalismus, der auf der fehlenden Mitbestimmung der Beschäftigten und dem Auseinanderfallen von einzel- und gesamtwirtschaftlicher Rationalität beruht.¹⁸ Ergänzend dazu beruft sich Bontrup auf eine ökonomische Argumentation, da zwischen beiden Inputfaktoren eine ökonomische Abhängigkeit besteht, die zeigt, dass Produktion ohne einen der beiden Faktoren unmöglich ist. Um diese Widersprüche zu überwinden, schlägt Bontrup eine Transformation der Beteiligungsstruktur in Verbindung mit einer Transformation der bestehenden Eigentumslogik vor.

Für Ersteres entwickelt Bontrup sogenannte Unternehmensräte, die das Unternehmen strategisch leiten. Der Unternehmensrat soll aus ausgewählten Vertreter*innen von Kapitalgeber*innen, Belegschaft, Umweltschutz, Verbraucher*innenschutz und Staat bestehen, und die Stimmanteile der Kapitalgeber*innen und der Belegschaft sollen ähnlich wie im Montanmitbestimmungsgesetz¹⁹ paritätisch besetzt sein.

Der Unternehmensrat wählt auch den sogenannten Managementausschuss und deren Direktor*in, welche strategische und operative Aufgaben übernehmen. Der Managementausschuss ist dem Unternehmensrat gegenüber rechenschaftspflichtig und kann jederzeit abgewählt werden.

2 Bontrups
**»Unternehmensrat«
und dessen Zusammen-
setzung bei einer
Unternehmensgröße
von 100 bis 500
Beschäftigten.**

*Quelle: in Anlehnung
an Bontrup 2021, S. 898.
Eigene Übersetzung.*



Flankiert wird dieser Vorschlag durch die Schaffung einer neuen Eigentumsform – des neutralisierten Kapitals. Dieses konkrete »Gewinn- und Kapitalbeteiligungsmo-
dell« sieht einen entsprechenden Einsatz der Gewinne vor, sodass der Anteil der Kapitalgeber*innen am Unternehmen sinkt und das Unternehmen mittel- bis langfristig zunehmend sich selbst gehört und dadurch immer weniger von den Kapitalinteressen Einzelner bestimmt werden kann. Mit der Verbindung der beiden Maßnahmen soll der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital durch eine institutionelle Einbettung sowie Ergänzung weiterer Anspruchsgruppen auf Entscheidungsebene aufgelöst werden.

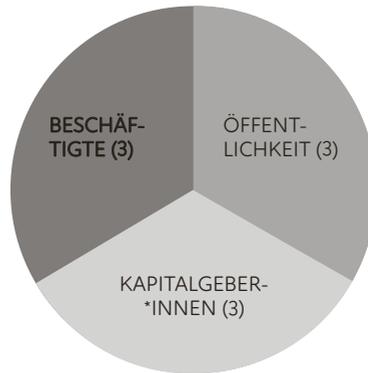
Bernholts »Betrieblicher Wirtschaftsrat«

Ein weiterer Ansatz findet sich bei Norbert Bernholts Konzept »betrieblicher Wirtschaftsrate«. ²⁰ Aus seiner Sicht muss beim Aufbau einer partizipativen Steuerung von Unternehmen analysiert werden, welche gesellschaftlichen Gruppen unmittelbar an der Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen beteiligt sind. Gleichzeitig ist zu fragen, wer Verantwortung und Risiken der Produktion trägt und wie mögliche Überschüsse aus dieser verteilt werden.

Michael Pfundstein, Matthias Kasper und Philip Euteneuer

3 Bernholts »Betrieblicher Wirtschaftsrat« und dessen drittelparitätische Zusammensetzung.

Quelle: in Anlehnung an Bernholt 2012, S. 134.



Auf dieser Basis ermittelt Bernholt die Beschäftigten, Vertreter*innen »der Öffentlichkeit« und Kapitalgeber*innen (Eigen- und Fremdkapital) als relevante Anspruchsgruppen, die im »betrieblichen Wirtschaftsrat« drittelparitätisch in unternehmerische Entscheidungsprozesse einzubeziehen sind. »Die Öffentlichkeit« wird wiederum drittelparitätisch repräsentiert durch Vertreter*innen des jeweiligen kommunalen Parlaments, der Kund*innen und Vertreter*innen ökologischer Interessen.

Durch die Drittelparität im »betrieblichen Wirtschaftsrat« soll eine einseitige Machtanhäufung einer Gruppe verhindert werden. Im Falle von strittigen Entscheidungen sollen Verhandlungen geführt bzw. Koalitionen gebildet werden. Die Aufgaben des betrieblichen Wirtschaftsrats bestehen vor allem in der Entwicklung einer langfristigen strategischen Ausrichtung des Unternehmens, der Entscheidung über die Überschussverwendung und der Wahl und Kontrolle des Vorstands, der sich um das operative Geschäft kümmert.

Die partizipative Steuerung von Unternehmen durch den betrieblichen Wirtschaftsrat soll zudem durch eine Nachhaltigkeitsbilanzierung nach sozialen und ökologischen Kriterien z. B. in Form einer »Gemeinwohl-Bilanz«²¹ ergänzt und unterstützt werden.

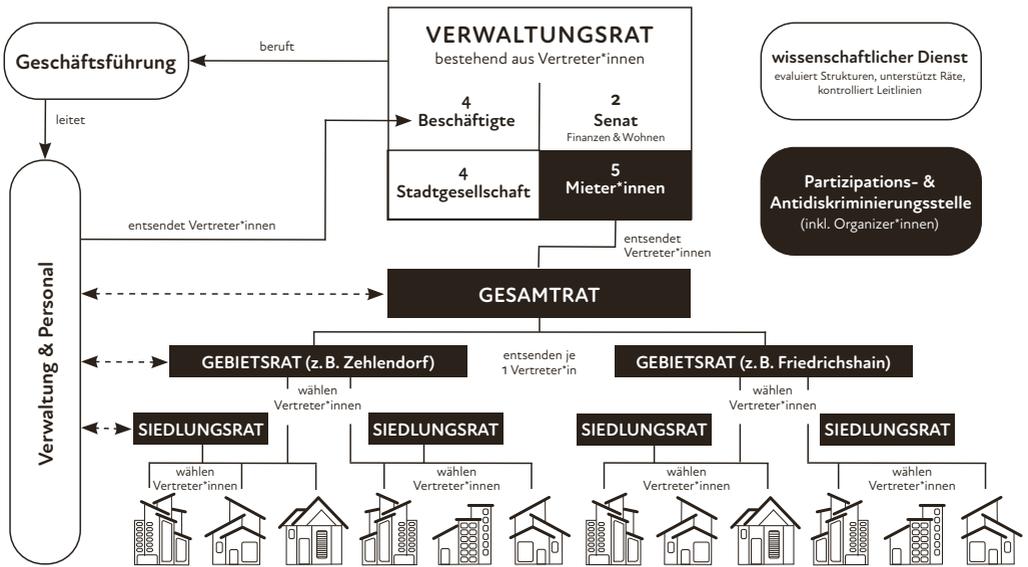
Gemeingut Wohnen der Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen«*

Einen weiteren Ansatz bietet die Initiative »Deutsche Wohnen und Co enteignen«, in dem das Modell einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)²² entworfen wird, in die die vergesellschafteten Wohnungsbestände (ca. 240 000 Wohnungen in Berlin) überführt werden sollen.²³ DWE bietet ein Konzept der gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltung, das mit einer umfassenden Demokratisierung einhergeht. Begründet wird die Wahl einer AöR als Rechtsform mit der erleichterten Bedarfs- und Gemeinwohlorientierung sowie der Möglichkeit, umfassende Mitbestimmungsansprüche verschiedener Anspruchsgruppen zu gewährleisten.

Für die Steuerung der AöR ist eine Rätestruktur vorgesehen, die zum einen den Anspruch an die Einbeziehung Betroffener und zum anderen die tiefgreifende Mitbestimmung der Mieter*innen über dezentrale Beteiligungsstrukturen ermöglicht. Ersteres wird über den Verwaltungsrat gewährleistet, der das oberste Organ der AöR darstellt. Dort werden u. a. Leitlinien erarbeitet, um den gesetzlichen Zweck der AöR umzusetzen. Zusätzlich bestellt der Verwaltungsrat die Geschäftsführung und kann diese abberufen. Die Initiative schlägt für dessen Besetzung ein 15-köpfiges Gremium vor, das sich aus fünf Vertreter*innen der Mieter*innen, vier der Beschäftigten, vier der Stadtgesellschaft und jeweils einem*r der Senatsverwaltung für Wohnen sowie Finanzen zusammensetzt. Keine der Vertretungen verfügt damit über eine alleinige Mehrheit. Die jeweiligen Vertreter*innen der Beschäftigten bzw. der Stadtgesellschaft werden durch Wahlen bestimmt. Die Vertreter*innen des Senats sollen direkt von den Senatsverwaltungen ernannt und entsandt werden.

Für die Vertretung der Mieter*innen ist eine dezentrale Rätestruktur auf mehreren Ebenen vorgesehen. Auf der untersten Ebene gibt es die Möglichkeit, Hausräte zu gründen. Darauf folgt die erste zwingend verfasste Siedlungsebene (etwa jeweils 2 000 Wohneinheiten), die durch einen direkt

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Tilman Wendelin Alder: Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung.



1 Rätestruktur der »Gemeingut Wohnen«.

Quelle: Deutsche Wohnen & Co enteignen 2023, S. 28.

gewählten Siedlungsrat (etwa sieben Personen) vertreten wird. Dieser befasst sich unter anderem mit Gewerbeentwicklung sowie Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen.

Die nächsthöhere Ebene, der Gebietsrat (23 delegierte Gebietsrät*innen für 23 Gebiete), soll fünf bis sechs Siedlungen vertreten und wird ebenfalls direkt gewählt. Seine Hauptaufgabe besteht darin, »Willensbildungsprozesse an der Basis zu aktuellen Entscheidungen zu ermöglichen und dafür Sorge zu tragen, dass sie auf den oberen Ebenen Beachtung finden«. ²⁴ Außerdem entsenden die Gebietsräte jeweils eine*n Delegierte*n in den Gesamtrat. Der Gesamtrat wirkt an der Erarbeitung der Leitlinien mit und kontrolliert die Verwaltung auf Gesamtebene. Zudem entsendet er die fünf Vertreter*innen der Mieter*innen in den Verwaltungsrat.

Neben den vorgestellten institutionellen Arrangements arbeitet DWE auch Vorschläge für die aktive Förderung der demokratischen Beteiligung in den dezentralen Rätestrukturen aus. Dies umfasst u. a. kostenlose Beratungs- und

Schulungsangebote und Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Räte. Zudem ist die Einrichtung einer Partizipations- und Antidiskriminierungsstelle vorgesehen, deren Aufgabe es u. a. wäre, »die Arbeit der AöR verständlich zu machen und über Wahlverfahren und die Gestaltungsmöglichkeiten der Mieter*innen aufzuklären«²⁵ sowie auf eine diverse Besetzung der Gremien hinzuwirken. Als weiteres Beratungs- und Kontrollorgan soll ein wissenschaftlicher Dienst wirken, der von den Verwaltungsangestellten unabhängig agieren können und die Räte zur Kontrolle der Verwaltung befähigen soll. Er erstellt außerdem regelmäßige Berichte, um die Einhaltung der Leitlinien zu überprüfen. Um auch für die Stadtgesellschaft eine Kontrollmöglichkeit zu gewährleisten, sollen die Sitzungen aller Gremien grundsätzlich öffentlich sein und Berichte des wissenschaftlichen Dienstes sowie beispielsweise über die wirtschaftliche Lage der AöR veröffentlicht werden.

Für die Berücksichtigung ökologischer Interessen sieht das Modell die Erarbeitung von Leitlinien vor. Durch diese soll geklärt werden, mit welchen konkreten Maßnahmen die AöR Klimaschutz betreibt. Darüber hinaus sind im Bereich der Investitionen drei Mechanismen vorgesehen, die sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Modernisierungen ermöglichen sollen: Energetische Modernisierungen sollen aus den Gesamteinnahmen finanziert werden, anstatt auf die betroffenen Mieteinheiten umgelegt zu werden. Modernisierungen dürfen keine Mehreinnahmen nach sich ziehen, sondern lediglich die Kosten decken. Energetische Modernisierungen müssen die Ökobilanz tatsächlich verbessern, damit sie durchgeführt werden dürfen.

Diskussion der Modelle

Beim Vergleich der Modelle fällt auf, dass es Ferreras' Ansatz gelingt, die Beschäftigten durch das Zwei-Kammer-System dem Kapital gleichberechtigt gegenüberzustellen. Die Einbeziehung weiterer Betroffener ist nicht explizit vorgesehen, sondern soll durch die Beschäftigten geschehen. Wer dabei die Betroffenheit feststellt und ihre Vertretung in der Kammer der Beschäftigten sicherstellt, bleibt offen. Die Vertretung ökologischer Interessen ist aus unserer Sicht nicht ausreichend sichergestellt, da weder eine institutionalisierte

Vertretung vorgesehen ist noch Mechanismen oder Richtlinien, die Entscheidungen ökologisch eingrenzen. Der Fokus auf Kapital und Arbeit vernachlässigt den dritten »Produktionsfaktor« Umwelt. Der Beitrag zu einer sozialeren Ausrichtung erscheint über die gleichberechtigte Kammerstellung grundsätzlich gegeben, beschränkt die soziale Dimension jedoch auf die Beschäftigten.

Im »betrieblichen Wirtschaftsrat« von Bernholt ist zusätzlich zu den Beschäftigten auch »die Öffentlichkeit« (Umweltschutz, Verbraucher*innen und Staat) insgesamt gleichberechtigt vertreten, was die Einbeziehung Betroffener im Vergleich zu Ferreras' Ansatz erweitert. In Bontrups Modell ist »die Öffentlichkeit« in einer noch stärkeren Position als bei Bernholt, da sie zusammengefasst die Drittelparität in Bernholts Modell sogar übersteigt. Beiden Ansätzen ist im Vergleich zu Ferreras' Modell gemein, dass sie die soziale Sphäre um weitere Vertreter*innen (z. B. Verbraucher*innen) ergänzen. Während Bernholt den Beitrag zur sozialökologischen Ausrichtung durch eine Nachhaltigkeitsbilanzierung stärken will, ist Bontrup mehr daran gelegen, eine Machtverschiebung weg vom Kapital hin zu sozialökologischen Interessen durch das neutralisierte Kapital zu erreichen.

Das Modell von DWE ist konkret auf die zu schaffende AöR zugeschnitten, und in dem für strategische Entscheidungen zuständigen Verwaltungsrat ist die Einbeziehung Betroffener am differenziertesten gewährleistet. Die Demokratisierung innerhalb der AöR zeichnet sich im Vergleich zu den anderen Modellen durch ihre »Tiefe« aus. So ist tatsächliche Beteiligung der Mieter*innen nicht nur über die dezentrale Rätestruktur, sondern auch durch die aktive Förderung der demokratischen Beteiligung besonders berücksichtigt und wird über die Bereitstellung der dafür erforderlichen Ressourcen gewährleistet. Die Berücksichtigung ökologischer Interessen thematisiert das Modell zwar ausführlich und beschreibt dabei auch konkrete Mechanismen, es beschränkt sich jedoch auf die Formulierung von unternehmensinternen Richtlinien und sieht keine explizite Vertretung im Verwaltungsrat vor.

Aus unserer Sicht lassen sich für Vergesellschaftung und deren konkrete Ausgestaltung in Form demokratischer Unternehmensstrukturen aus den vorgestellten Modellen insbesondere folgende Aspekte hervorheben. Wich-

tig für den Aufbau einer gelungenen Rätestruktur ist die Erweiterung um Anspruchsgruppen, die über die Beschäftigten hinausgeht (vgl. Bontrup, Bernholt & DWE). Der Einbezug ökologischer Interessen kann durch eine explizite Vertretung (vgl. Bontrup und Bernholt) und durch unternehmensinterne Richtlinien (vgl. DWE) gefördert werden. Um eine über die reine Repräsentation hinausgehende Partizipation der Anspruchsgruppen zu ermöglichen, kann die konsequente Einbindung in Entscheidungsprozesse, wie DWE sie für die Mieter*innen vorsieht, als Vorbild dienen. Zudem kann eine alternative Form der Bilanzierung als Steuerungsinstrument einen wichtigen Beitrag für die sozialökologische Ausrichtung leisten (vgl. Bernholt).

Die kritische Reflexion der Modelle zeigt, dass implizit vorliegende Hierarchien wenig reflektiert und die Durchbrechung dieser kaum berücksichtigt werden. Ebenfalls kaum beachtet werden Fragen, die über formale Strukturen, Repräsentation und »tiefe« Partizipation hinausgehen: Inwiefern müssten sich z. B. auch Beziehungsweisen zwischen den Akteur*innen verändern?^{26*} Zudem ist fraglich, ob die ökologische Dimension in der derzeitigen Form der Modelle – durch eine Vertretung bzw. Berücksichtigung in internen Richtlinien – hinreichend erfasst wird. Auch wenn diese durch eine sozialökologische Bilanzierung stärker in den Blick genommen würde, ist unklar, ob dies der Komplexität dieser Dimension, die weit über die Klimakrise hinausgeht und mindestens alle weiteren planetaren Grenzen umfasst, gerecht wird. Mit Blick auf globale Lieferketten scheint uns außerdem der Einbezug von Anspruchsgruppen aus Regionen und Ländern des Globalen Südens nicht ausreichend reflektiert. Dabei wäre aus unserer Sicht zu fragen, an welchen Stellen diese Anspruchsgruppen von Entscheidungen betroffen sind und durch welche Mechanismen die Vertretung ihrer Interessen gewährleistet werden kann.

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Solveig Degen, Hannah Lucia Müller, Laura Porak, Maximilian Ray Winkin: Vergesellschaftung zukunftsweisend gestalten. Ein Entwurf von Prinzipien für emanzipative und sozialökologisch transformative Demokratisierung in Vergesellschaftungsprozessen.

Fazit und Ausblick

Abschließend lässt sich sagen, dass Vergesellschaftung in Verbindung mit einer Demokratisierung, die die oben genannten Aspekte – Rätestrukturen mit Einbeziehung von Anspruchsgruppen über die Beschäftigten hinaus, die institutionalisierte Vertretung ökologischer Interessen und Richtlinien für ökologische Entscheidungen, die aktive Förderung demokratischer Beteiligung sowie sozialökologische Ausrichtung über alternative Bilanzierung – berücksichtigt, einen wichtigen Beitrag zur Lösung der sozialökologischen Frage* leisten kann. Gleichzeitig wurde jedoch offengelegt, dass bei der Ausgestaltung der Demokratisierung auch Fragen offenbleiben, denen sich kommende Vergesellschaftungskonzepte und -initiativen widmen sollten. Diese bestehen aus Sicht der Autoren u. a. im Umgang mit impliziten Hierarchien, in der Veränderung von Beziehungsweisen und dem Einbezug von Anspruchsgruppen aus Regionen und Ländern des Globalen Südens.

Mit Blick auf die überregionale und teilweise globale Dimension sozialökologischer Krisen (z. B. Klimakrise, Endlichkeit zur Verfügung stehender Ressourcen, Verlust der Existenzgrundlagen, kriegerische Auseinandersetzungen) bedarf der vielversprechende Ansatz von Vergesellschaftung aus unserer Sicht auch einer Perspektive, die über die Mikroebene hinausgeht. Dabei geht es beispielsweise um die Frage, wie der gesamtwirtschaftliche Rahmen (z. B. was wie und wozu produziert wird und wie viel Arbeitszeit, Energie und Ressourcen dafür aufgebracht werden soll) demokratisch ausgehandelt werden kann, während gleichzeitig lokale Akteur*innen weiterhin dezentral agieren können. Ansatzpunkte dafür, wie das gelingen könnte, bieten die Debatten um demokratische Planung.²⁷

* Zur sozialökologischen Frage siehe die Einführung vom Herausgeber Tino Pfaff in diesem Band.

Anmerkungen

- 1 Stephan Lessenich definiert »Externalisierung« als den Prozess, bei dem etwas aus dem Inneren nach außen verlagert wird. Externalisierungen beziehen sich spezifisch auf die Art und Weise, wie reichere Regionen und Länder des Globalen Nordens Kosten und Risiken auf Regionen und Ländern des Globalen Südens abwälzen (z.B. durch einen unverhältnismäßig hohen Ausstoß an Treibhausgasen, der die Klimakrise befeuert und die Menschen in den Regionen und Ländern des Globalen Südens am härtesten trifft). Das Konzept der Externalisierung verdeutlicht, wie eng verbunden und abhängig globale Systeme sind und wie der Reichtum einiger auf der Ausbeutung anderer basiert. Wir nutzen »Externalisierung« weniger spezifisch als Lessenich und meinen damit auch die Abwälzung von sozialen und ökologischen Kosten von den reicheren Mitgliedern einer Gesellschaft auf die ärmeren. Das kann für uns sowohl global geschehen als auch innerhalb eines reicheren Landes wie Deutschland; siehe dazu Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, Hanser Berlin.
- 2 Aus einer Klima(un)gerechtigkeitsperspektive ist hier in erster Linie die Rolle von Unternehmen zu nennen. So sind allein 100 fossile Energieunternehmen für 71 Prozent der industriellen CO₂-Emissionen seit 1988 verantwortlich (vgl. Griffin, Paul (2017): *The Carbon Majors Database. CDP Carbon Majors Report 2017* [<https://cdn.cdp.net/cdp-production/cms/reports/documents/000/002/327/original/Carbon-Majors-Report-2017.pdf?1501833772>]). Diese Unternehmen gehören i. d. R. den reichsten Menschen der Welt, die die Klimakrise nicht nur durch ihren Lebensstil und Luxuskonsum (das reichste Prozent der Weltbevölkerung war 2019 für 16 Prozent der CO₂-Emissionen und damit für so viel wie die ärmeren zwei Drittel der Weltbevölkerung verantwortlich), sondern vor allem durch ihre Beteiligungen und Investitionen in klimaschädliche Industrien befeuern (im Durchschnitt erzeugen die reichsten 125 Milliardär*innen der Welt mit ihren Investitionen in etwa so viele CO₂-Emissionen wie etwa eine Million Menschen aus den ärmeren 90 Prozent der Weltbevölkerung). Aber auch Staaten spielen eine wichtige Rolle. So sind einige der oben genannten Unternehmen Staatskonzerne, deren Praxis sich kaum von denen der Privatunternehmen unterscheidet (vgl. Oxfam (2023): *Klima der Ungleichheit. Wie extremer Reichtum weltweit die Klimakrise, Armut und Ungleichheit verschärft* [<https://www.oxfam.de/system/files/documents/20231120-oxfam-klima-ungleichheit.pdf>]). Des Weiteren halten Staaten teilweise immense Militärapparate, deren Rolle im Kontext von Klima(un)gerechtigkeit oft ausgeblendet wird. Damit sind nicht nur die diversen negativen Auswirkungen kriegerischer Auseinandersetzungen, sondern auch schätzungsweise fünf bis sechs Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes verbunden (vgl. Scientists for Global Responsibility (2022): *Estimating the Military's Global Greenhouse Gas Emissions* [https://www.sgr.org.uk/sites/default/files/2022-11/SGR%20BCEOBS_Estimating_Global_Military_GHG_Emissions_Nov22_rev.pdf]).

- 3 Vgl. Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Hanser.
- 4 »Kapitalistische Verwertungslogik« bezeichnet das Prinzip, wonach im Kapitalismus – getrieben durch die Konkurrenz – in erster Linie mit dem Ziel der Profitmaximierung produziert wird. Dadurch wird z. B. der Erhalt sozialer und ökologischer Lebensgrundlagen i. d. R. nicht berücksichtigt, und gesellschaftliche Bedarfe werden maximal zu einer Nebenbedingung der Produktion.
- 5 Vgl. Fraser, Nancy (2023): Der Allesfresser – wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt, Suhrkamp, S. 97ff.
- 6 Vgl. Piketty, Thomas (2020): Kapital und Ideologie, C. H. Beck, S. 13ff.
- 7 Vgl. Cremer, Julia / Huwe, Vera (2023): Wie Ungleichheit die Klimatransformation blockiert [https://makronom.de/wie-ungleichheit-die-klimatransformation-blockiert-43880?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=wie-ungleichheit-die-klimatransformation-blockiert].
- 8 Vgl. Bontrup, Heinz-Josef / Marquardt, Ralf-Michael (2021): Volkswirtschaftslehre aus orthodoxer und heterodoxer Sicht, De Gruyter, S. 845f.
- 9 Gemeint ist hier in erster Linie eine Form von Vergesellschaftung im Sinne von Artikel 15 Grundgesetz, wonach »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel [...] in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden« können. Der Zweck von Vergesellschaftung besteht darin, bestimmte Bereiche der Wirtschaft dem kapitalistischen Markt zu entziehen, um sie sodann gemeinwirtschaftlich zu organisieren und demokratisch zu verwalten. Dadurch geht es bei Vergesellschaftung im Kern um eine Demokratisierung der Wirtschaft, indem die gesellschaftliche Verfügungsmacht über zentrale Güter und Ressourcen erlangt wird, vgl. Drohsel, Franziska / Röhner, Cara (2022): Was kann Artikel 15 Grundgesetz? Verfassungsrechtlich ist Vergesellschaftung kein Problem [<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/artikel-15-grundgesetz/>].
- 10 Auf der Makroebene steht die Demokratisierung von gesamtwirtschaftlichen Fragen im Fokus. Zum Beispiel durch eine demokratische Rahmenplanung, eine grundsätzliche Förderung gemeinwirtschaftlich-genossenschaftlichen Eigentums oder eine Ausweitung der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- 11 Die Mikroebene adressiert die Demokratisierung von unternehmenspolitischen Fragen, zum Beispiel die Mitbestimmung der Beschäftigten am Arbeitsplatz und in der Arbeitsorganisation sowie an der strategischen Ausrichtung und der Produktpolitik bis hin zur Beteiligung an Eigentum und Gewinn.
- 12 Mit sozialökologischer Ausrichtung ist hier eine Form des Wirtschaftens gemeint, die sich bei der Frage nach dem »Was?« und »Wozu?« der Produktion nicht an Profit, sondern an gesellschaftlichen Bedarfen orientiert. Bei der Frage des »Wie?« der Produk-

tion sind umfassende demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle Mitarbeitenden (aber auch Anspruchsgruppen darüber hinaus) in Verbindung mit guten Arbeitsbedingungen (sozial) ebenso zentral wie ein Wirtschaften, das sich innerhalb planetarer Grenzen (z. B. Verlust an Biodiversität, Versauerung der Ozeane, Süßwasserverbrauch, Luftverschmutzung u. a.) bewegt bzw. im Idealfall zur Regenerationsfähigkeit von Ökosystemen (z. B. Wälder, Meere, Böden u. a.) beiträgt.

- 13 Demirovic, Alex (2018): Einleitung, in: Demirovic, Alex (Hrsg.): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*, Westfälisches Dampfboot, S. 9.
- 14 Sack, Detlef (2019): Partizipation, in: Comtese, Dagmar / Flügel-Martinsen, Oliver / Martinsen, Franziska / Nonhoff, Martin (Hrsg.): *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Suhrkamp, S. 957.
- 15 Vgl. Markey, Raymond / McIvor, Joseph / O'Brien, Martin / Wright, Chris G. (2019): Reducing carbon emissions through employee participation: evidence from Australia, in: *Industrial Relations Journal*, 50(4), S. 57–83.
- 16 Vgl. zu den nachfolgenden Absätzen: Ferreras, Isabelle (2017): *Firms as Political Entities. Saving Democracy through Economic Bi-cameralism*, Cambridge University Press, S. 127ff.
- 17 Ebd., S. 8.
- 18 Vgl. zu den nachfolgenden Absätzen: Bontrup, Heinz-Josef / Marquardt, Ralf-Michael (2021): *Volkswirtschaftslehre aus orthodoxer und heterodoxer Sicht*, De Gruyter, S. 884ff.
- 19 Das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 für die unternehmensbezogene Mitbestimmung in Aufsichtsräten von Unternehmen des Bergbaus, der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie mit über 1000 Beschäftigten ist das einzige Gesetz der unternehmerischen Mitbestimmung in Deutschland, das eine tatsächliche Parität zwischen Vertreter*innen von Kapital und Arbeit gewährleistet. Alle anderen Mitbestimmungsgesetze sehen in Pattsituationen ein höheres Stimmgewicht für die Vertreter*innen der Kapitalseite vor (vgl. Bontrup [2023], S. 894ff.).
- 20 Vgl. zu den nachfolgenden Absätzen: Bernholt, Norbert (2012): *Partizipatorische Unternehmensverfassung. Vorschläge zu einer Unternehmensverfassung in einer solidarisch organisierten Ökonomie*, in: Akademie Solidarische Ökonomie (Hrsg.): *Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation*, oekom verlag, S. 133ff.
- 21 Die Gemeinwohlbilanz bietet eine alternative Form der Bilanzierung, die weit über finanzielle Kennzahlen und Indikatoren hinausgeht. Im Fokus stehen dabei soziale und ökologische Kriterien, wie z. B. die Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen für Arbeitende in der gesamten Lieferkette oder die Reduktion von Treibhausgasen bei der Herstellung und Entsorgung der Produkte und Dienstleistungen. Darüber hinaus

- beleuchtet die Gemeinwohlbilanz auch die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Anspruchsgruppen eines Betriebs. Für weitere Informationen zum Aufbau der Gemeinwohlbilanz siehe z. B. [https://germany.ecogood.org/wp-content/uploads/sites/8/2022/05/GWOE_Arbeitsbuch_5_o_1_voll_FIN_WEB2.pdf].
- 22 Anstalten öffentlichen Rechts (AöR) werden von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe als öffentlich-rechtliche Unternehmen definiert, die eine gesetzlich zugewiesene öffentliche Aufgabe erfüllen, oft im Bereich der Daseinsvorsorge. Diese Aufgaben sind durch entsprechende Satzungen geregelt, welche das Verhältnis zwischen der Anstalt und ihren Nutzer*innen definieren. Das Hauptziel einer AöR ist es, eine nachhaltige Daseinsvorsorge zu gewährleisten, wobei eine wirtschaftliche Unternehmensführung und die Beachtung gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen einschließlich eines Sozialauftrags im Vordergrund stehen, vgl. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe Berlin (2023): Anstalten öffentlichen Rechts [<https://www.berlin.de/sen/betriebe/anstalten-oeffentlichen-rechts/>].
- 23 Vgl. zu den nachfolgenden Absätzen: Deutsche Wohnen & Co enteignen (2023): Gemeingut Wohnen. Eine Anstalt öffentlichen Rechts für Berlins vergesellschaftete Wohnungsbestände [https://content.dwenteignen.de/uploads/Gemeingut_Wohnen_3a03fa4c87.pdf], S. 9 ff.
- 24 Ebd., S. 31.
- 25 Ebd., S. 41.
- 26 Vgl. Demirovic, Alex / Hamann, Ulrike (2022): Vergesellschaftung–und dann? Warum wir kollektive Selbstverwaltung erst lernen müssen [<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/vergesellschaftung-und-dann/>].
- 27 Vgl. dazu z. B.: Heyer, Jakob (2021): Demokratie und Planung, in: Analyse und Kritik, 17.08.2021.

Thesen zum Zusammenhang von Eigentumsfrage und Produktionsverhältnissen

Jakob Schäfer

Abstract

Im vorliegenden Beitrag soll die Aufmerksamkeit auf die Produktionsverhältnisse in einer Gesellschaft gelenkt werden. Nach Auffassung des Autors ist eine umfassende und dauerhafte sozialökologische Wirtschaftsweise nur möglich, wenn nicht mehr die Kapitalinteressen die wirtschaftliche Gesamtentwicklung bestimmen, sondern die Befriedigung sozialer und ökologischer Bedürfnisse der Menschen. Dies wird allerdings nur möglich sein, wenn Produktion und Verteilung der Wirtschaftsgüter gemeinschaftlich geplant und entschieden werden. Zu diesem Zweck ist die Bildung von Genossenschaften sinnvoll, doch für eine sozialökologische Wende der Gesamtwirtschaft nicht ausreichend. Um eine gesamtgesellschaftliche Lösung durchzusetzen, wird kein Weg an der Enteignung des Kapitals vorbeigehen. Nur wenn der gesamte Produktionsapparat vergesellschaftet ist – wenn also die Bevölkerung gemeinschaftlich entscheidet, was und wie produziert wird –, kann die Warenproduktion auf die Produktion von Gebrauchsgütern umgestellt werden. Solche weitreichenden Umwälzungen sind allerdings nur vorstellbar, wenn die Mehrheit der Bevölkerung für diese Ziele zu gewinnen ist. Auf den bürgerlichen Staat als Akteur zu vertrauen, wäre illusionär, sind doch seine oberen Ränge auf das Engste mit den Kapitalinteressen verbunden. Die vordringlichste Aufgabe besteht darin, die politischen Kräfteverhältnisse zu ändern, was am besten gelingt, wenn die Menschen mit erfolgreichen Tageskämpfen aus der politischen Defensive herauskommen und neues Vertrauen entwickeln.

Die Vergrößerung der sozialen Kluft

Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist durch krasse Gegensätze gekennzeichnet. So besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung die Hälfte des materiellen Reichtums beziehungsweise des wirtschaftlichen Vermögens.¹ Zum weiteren Anwachsen des Reichtums der Reichen schreibt Oxfam: »Vermögenszuwachs: Reichstes Prozent kassiert fast doppelt so viel wie der Rest der Welt zusammen. Konzerne und Superreiche profitieren von den Krisen, während Armut und Hunger rasant steigen.«²

Um Umweltkatastrophen und soziale Ungleichheiten zu verhindern, muss die Gemeinschaft die Kontrolle über Produktionsmittel haben. Beschränkt sich allerdings die Umstellung auf die Aufteilung des Eigentums, dann werden zwar die Auswirkungen der Warenproduktion abgemildert, aber nur für eine begrenzte Zeit, bis sich nämlich die heutigen Klassenunterschiede³ und -gegensätze wieder in bekannter Form durchgesetzt haben. Wir dürfen die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, dass sich die Ungleichverteilung aus den Mechanismen der Warenwirtschaft und der Wirkung der Marktgesetze ergibt.⁴

Die Auswirkungen der Warenproduktion

Wir müssen uns vergegenwärtigen, welche Mechanismen überhaupt für den Reichtum eines bestimmten Teils der Gesellschaft verantwortlich sind und welche Machtverhältnisse, Klassegegensätze und sich widersprechende Interessen daraus resultieren: Wenn die besitzende Klasse heute im voll entwickelten Kapitalismus immer reicher und mächtiger wird, dann im Wesentlichen nicht deswegen, weil sie raubt und betrügt, sondern weil die Produktion von Mehrwert und seine Umwandlung in Profit dafür sorgen, dass sich unaufhörlich ein bedeutender Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts in den Händen der Produktionsmittelbesitzenden konzentriert und ständig weiter wächst.⁵ Grundlage dafür sind die Mechanismen der Warenproduktion, also die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die für den Markt bestimmt sind und dort gemäß den Marktgesetzen getauscht (verkauft und

gekauft) werden. Der Tausch wird nicht durch den Gebrauchswert, sondern durch den Marktwert (Tauschwert) bestimmt. Die Gesellschaft produziert demzufolge nicht das, was sie gemeinsam demokratisch entschieden hat, und verteilt es auch nicht gemäß den sozialen Bedürfnissen und ökologischen Notwendigkeiten. Die Gesamtproduktion ergibt sich aus dem, was die Einzelproduzierenden (im Kapitalismus die konkurrierenden Kapitale) für den Markt produzieren. Für die Warenproduktion ist die Verwertung des Kapitals Kriterium und Maßstab.⁶

Entscheidend für die vorliegende Betrachtung ist: Warenwirtschaft und Wertgesetz leben auch dann weiter fort, wenn es kein Großkapital mehr gibt, solange nämlich die Warenproduktion – also die Produktion von Gütern und Dienstleistungen für den Markt – nicht durch eine grundlegend andere Produktionsweise ersetzt worden ist. Bestimmt weiterhin die Produktion für den Markt das Geschehen, kann es also zwangsläufig keine gesamtgesellschaftliche Planung geben; erst recht keine, die den dringenden ökologischen und sozialen Erfordernissen wirklich gerecht wird. Vielmehr wird weiterhin chaotisch (also ohne rationalen Plan) produziert, und es gilt weiter der folgende Mechanismus: »Das Wertgesetz beherrscht [...] [die] Bewegung [der Preise], indem Verminderung oder Vermehrung der zur Produktion erheischten Arbeitszeit die Produktionspreise steigen[d] oder fallen[d] macht.«⁷ Mit anderen Worten: Die Wirkung des Wertgesetzes steht im Widerspruch zu den menschlichen Bedürfnissen und den ökologischen Erfordernissen. Die Eigentumsverhältnisse sind eine Folge der Produktionsverhältnisse und nur deshalb eine Ursache für den drohenden sozialökologischen Kollaps.

Allerdings: Hätte es keine ursprüngliche Kapitalakkumulation gegeben, die in der Geschichte zu einem beträchtlichen Teil auf Raub, Ausplünderung und Enteignungen (etwa den *Enclosures* in England) beruhten, wäre es nicht zur Proletarisierung breiter Bevölkerungsschichten gekommen.⁸ («Proletarier*innen» sind hier als diejenigen zu verstehen, die für ihren Lebensunterhalt im Wesentlichen auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind; auf andere abhängige und unterdrückte Schichten⁹ kann in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden.) Und: Die ungleiche Verteilung öko-

nomischer und politischer Macht ist sowohl Voraussetzung als auch Garant für den grundlegenden Mechanismus der anhaltenden, ungleichen Anhäufung von Reichtum.

Genossenschaften und Vergesellschaftung

Wie wir oben sehen konnten, ist eine Umkehr nur über den Weg der Vergesellschaftung möglich. Wenn die Vergesellschaftung – also die Überführung in Gemeineigentum – allerdings nicht über die Bildung von Genossenschaften hinausgeht und die Gesellschaft nicht in ihrer Gesamtheit bestimmt, was und wie produziert und verteilt wird, stehen die Genossenschaften – soweit sie keine Allein anbietenden sind – unweigerlich in Konkurrenz zueinander. Schließlich produzieren sie weiterhin für den Markt. Einzelne Genossenschaften können Werte anhäufen, was anderen – wegen fehlender gesamtgesellschaftlicher Planung und ausbleibender sozial gerechter Verteilung – nicht möglich ist. Somit akkumulieren sich Produktionsmittel mehrheitlich ganz urwüchsig bei den ökonomisch Stärkeren. Auf diese Weise entwickelt sich gleichsam der Reichtum unterschiedlich. Zunächst mag diese Entwicklung auf die Unterschiede zwischen verschiedenen Genossenschaften beschränkt bleiben, früher oder später werden sich auch die Mitglieder der Genossenschaften sozial differenzieren.

Solange also die Warenproduktion das Wirtschaftsgeschehen bestimmt, werden die damit verbundenen Mechanismen nicht verschwinden. Sie sorgen unvermeidlich bei produzierenden Genossenschaften für soziale Stratifikation¹⁰ (Schichtung) mit den entsprechenden Folgen, vor allem mit neu aufkommendem Konkurrenzverhalten (also einem Gegeneinander statt Miteinander) sogar innerhalb von Genossenschaften.

Es widerspricht allen geschichtlichen Erfahrungen, eine sozial gerechte Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums ohne Enteignung des Kapitals (das bestenfalls symbolisch zu entschädigen ist) bewerkstelligen zu können. Mit einer Umverteilung wird das Ziel, dauerhaft soziale Gleichheit herzustellen, nicht zu erreichen sein. Denn ohne eine sich daran anschließende Änderung der Produktionsverhältnisse (also ohne Überwindung der Warenwirt-

schaft) bleibt – wie oben dargelegt – das Projekt auf halbem Weg stecken. Zuvor allerdings sollte die Frage beantwortet werden, wie Enteignung überhaupt vorstattgehen kann. Wenn es noch keine Umwälzung der Produktionsverhältnisse gegeben hat, stößt eine bedeutende Änderung der Eigentumsverhältnisse auf zwei fundamentale Hindernisse:

- a) Eine allmähliche Zunahme von genossenschaftlichen (oder vergleichbaren) Eigentumsformen gelangt recht bald an die Grenzen, die sich aus dem Wertgesetz ergeben. Solange es um Nischenprodukte geht, kann diese Eigentumsform gegebenenfalls endlos funktionieren. Sobald größere Sachanlagen (Investitionen) erforderlich sind, scheitert diese Idee an der unerbittlichen Konkurrenz des Kapitals (erst recht des Großkapitals), das gegenüber neuen Marktteilnehmenden äußerst aggressiv auftritt – erst recht, wenn damit tendenziell ein anderes Gesellschaftsmodell verbunden ist. Die Geschichte lehrt uns, dass die Reaktion des Großkapitals recht schnell mit einem scharfen ökonomischen und politischen Klassenkampf von oben verbunden wird. Dieser Klassenkampf von oben – Warren Buffet nennt es »Klassenkrieg«¹¹ – läuft unaufhörlich und würde sich nochmals verstärken; fokussiert vor allem auf jene, die die freie Marktwirtschaft infrage stellen.
- b) Solange die Produktionsverhältnisse und – in engem Zusammenhang damit – die »Existenzweise« der Menschen (Erich Fromm)¹² nicht von Grund auf umgestoßen sind, wird auch innerhalb der Genossenschaft die Tendenz zur sozialen Differenzierung bestehen bleiben. Vor allem deswegen, weil der Druck von außen – der ökonomische Druck seitens der anderen Marktteilnehmenden wie auch der politische Druck durch die Herrschenden – nicht nachlassen, sondern sich vor dem Hintergrund knapper werdender Ressourcen eher noch verschärfen wird.

Auch unabhängig vom Druck der Konkurrenz und seitens des Staates gilt: Große Investitionen können schwerlich allein durch örtliche »Basisgenossenschaften« realisiert werden. So erfordert beispielsweise die Wärmewende nicht nur eine stadtweite und regionale Planung, sondern auch die Bereitstellung von sachlichen Mitteln, die eine Genossenschaft allein nicht stemmen kann.¹³

Gebrauchsgüterproduktion

Eine wirkliche Alternative ist nur mit einer gesamtgesellschaftlichen Umstellung auf Gebrauchsgüterproduktion möglich, also mit der Überwindung der Warenproduktion. Eine bedürfnisorientierte Ökonomie erfordert Produktionsverhältnisse, in denen die Produktion von Gütern und Dienstleistungen auf der Grundlage demokratisch gefasster Beschlüsse geplant wird. Nur wenn die Menschen gemeinsam feststellen, was ihre Bedürfnisse sind und was gleichzeitig den ökologischen Erfordernissen gerecht wird, können menschlich und ökologisch verantwortbare Entscheidungen getroffen werden.

Eine solche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann nur dann demokratisch verfasst sein, wenn a) ihr erstes Standbein in einer beteiligungsorientierten, kommunalistischen Verfassung verankert ist und b) gleichzeitig überörtlich dasjenige gemeinsam geplant wird, was nicht lokal zu bewältigen ist. Mit anderen Worten: Dezentralisierung muss die wesentliche Grundlage sein, dennoch muss für die Entscheidungsprozesse die Maxime lauten: Lokal so viel wie möglich, überörtlich und überregional so viel wie nötig.

Die Durchsetzung solcher – nicht mehr auf Kapitalverwertung basierten – Produktionsverhältnisse ist nicht mit »von oben« vollzogenen Enteignungsprozessen vorstellbar, denn:

- a) Der bürgerliche Staat dient der Aufrechterhaltung der bestehenden Produktionsverhältnisse. Dies ergibt sich sowohl aus seiner Genese als auch konkret aus der Tatsache, dass die Spitze des Staates Teil der herrschenden Klasse ist. Dazu gehören vor allem die obersten Ränge des Beamt*innenapparats mit all seinen bekannten und weniger bekannten Verästelungen, einschließlich der Spitzen der diversen Repressionsapparate.¹⁴
- b) Insgesamt wird sich die herrschende Klasse nicht einfach über einen Verwaltungsakt (oder ein Gesetz) ihre ökonomische und politische Macht entreißen lassen. Notfalls wird sich diese Klasse nicht um ihre eigene Rechtsordnung (die vorhandene Legalität) scheren, gegebenenfalls auch unter Inanspruchnahme der helfenden Hand des Militärs, der Bereitschaftspo-

lizei, der Geheimdienste und so weiter. Schlagende aktuelle Beispiele sind die Brutalisierung der Polizeieinsätze bei den Protesten gegen die Rentenreform in Frankreich oder auch das Verbot der Umweltschutzorganisation *Les soulèvements de la terre*.¹⁵

Daraus resultiert, dass eine grundlegende Veränderung ohne eine breite Bewusstwerdung, Selbstorganisation und Aktivierung derjenigen nicht möglich sein wird, die die potenzielle Macht für die Durchsetzung anderer Produktionsverhältnisse haben. Es versteht sich, dass ein solcher Prozess nicht von heute auf morgen zu realisieren ist, sondern Jahre erfordert, aber er ist unerlässlich. Gelingt dies nicht, ist der Kataklysmus, also die unbeherrschbare Katastrophe, nicht zu verhindern.¹⁶

Aktiv werden, um Kräfteverhältnisse zu ändern

Ein wesentlicher Faktor, der die sozialökologische Krise vorantreibt, ist die autozentrierte Gesellschaft.¹⁷ Sie ist nicht nur unsozial und gesundheitsschädlich, ihr Anteil an der Emission von Treibhausgasen ist gewaltig und wird unter kapitalistischen Bedingungen auch nicht abnehmen. Eine Konversion der Industrie (zwecks Herstellung gesellschaftlich nützlicher Güter) ist aus einer Reihe von Gründen dringend geboten. Dem stehen jedoch gewaltige Profitinteressen entgegen, weshalb unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen ein Umbau illusorisch ist. Schließlich handelt die Klasse der Kapitaleigner*innen nach dem Prinzip »Nach mir die Sintflut«.

Für die Abwendung des Kataklysmus ist der Ausstieg aus der autozentrierten Gesellschaft unabdingbar. Ganz besonders, wenn die Konversion der Autoindustrie sozial gerecht vollzogen werden soll, ist eine Vergesellschaftung die einzige Möglichkeit. Nur dann ist eine gesamtgesellschaftliche Planung möglich. Wenn nun aber ein Umbau »von oben« (seitens der Konzerne oder von einer Regierung angeordnet) nicht vorstellbar ist – schließlich ist in einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung der Staat nur »der ideelle Gesamtkapitalist« (Friedrich Engels)¹⁸ –, dann muss das gesellschaftliche Kräfteverhältnis verschoben werden.

Die erste wesentliche Voraussetzung dafür ist die Bewusstseinsänderung breiter Schichten der Bevölkerung. Dies gelingt etwa mit der Vervielfältigung von Aktionen, wie sie das Verkehrswendezentrum »Amsel 44« in Wolfsburg betreibt.¹⁹ Vorzüglich sind auch solche Aktionen wie das Kapern eines Autozugs nach dem Verlassen des Volkswagenwerks und das Verkleiden dieses Autozugs mit einem Riesenbanner, das den Zug als Straßenbahn erscheinen lässt.²⁰ Vergleichbare Aktivitäten überall im Land durchzuführen und die Bewegung zu vernetzen, sollte das Ziel sein.

Gleichzeitig muss allerdings auch in der breiten Bevölkerung die allgemeine Konfliktbereitschaft wachsen, was dann am besten gelingt, wenn bei diesem oder jenem Kampf Teilerfolge errungen werden. Der Kampf für Konversion ist andernorts schon etwas weiter vorangeschritten, siehe die Aktivitäten in und um die von den Arbeitenden besetzte Fabrik Guest, Keen and Nettlefolds (GKN) in Florenz.²¹ Ein anderes Beispiel ist das selbstverwaltete Werk Vio.me in Griechenland.²² Dort und anderswo braucht es eine breite Unterstützung von außerhalb.

Ist eine selbstverwaltete Gesellschaft möglich?

Unabhängig von den strategischen Fragen, die sich um die Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung drehen, ist den meisten Menschen zunächst recht unklar, wie denn eine andere Gesellschaft aussehen könnte. Nicht zuletzt das abschreckende Beispiel der Kommandowirtschaft unter der stalinistischen Diktatur des ehemaligen Ostblocks entfaltet immer noch seine Wirkung.²³ Umso mehr müssen sich fortschrittliche Kräfte bemühen, alternative Modelle greifbarer werden zu lassen und – über die Beispiele besetzter Betriebe hinaus – als Gesamtgesellschaft vorstellbar zu machen.

Ohne die Grundzüge einer solchen Gesellschaft an dieser Stelle näher ausbreiten zu können,²⁴ seien ein paar kurze Anhaltspunkte erlaubt:

Lassen wir die kulturellen und politischen Faktoren beiseite, die für einen durchgreifenden gesellschaftlichen Wandel eine bedeutsame Rolle spielen, so sind mindestens drei sozioökonomische Umwälzungen unabdingbar,

wenn eine betriebliche und gesamtgesellschaftliche Selbstverwaltung realisiert werden soll.

- a) Für eine tatsächliche und ausreichende Beteiligung der großen Mehrheit der Bevölkerung an den betrieblichen und sozioökonomischen Entscheidungsprozessen muss für jede und jeden in der Gesellschaft eine grundlegende, unumstößlich soziale Sicherheit gewährleistet sein. Erst dann wird die Mehrzahl der Menschen motiviert sein, sich umfänglich in diese Prozesse einzubringen. Es versteht sich, dass dies mit dem Fortbestehen großer sozialer Diskrepanzen unvereinbar ist.
- b) Um überhaupt ausreichend Zeit für eine aktive Beteiligung an Beratungs- und Entscheidungsprozessen sowie an gesellschaftlichen Diskussionen (und Abstimmungen!) aufzubringen, ist eine generelle Arbeitszeitverkürzung (AZV) unerlässlich. Eine AZV muss in großen Schritten und bei definierten Arbeitsbedingungen erfolgen, also ohne Arbeitsverdichtung.
- c) All dies wird ökonomisch nur umsetzbar sein, wenn gleichzeitig vieles von dem, was heute produziert wird, ersatzlos gestrichen wird, und zwar weil es entweder überflüssig oder – was sogar meistens der Fall ist – gesellschaftlich wie auch ökologisch schädlich ist. Das betrifft nicht nur die gesamte Rüstungsproduktion, sondern auch die Herstellung von Privatflugzeugen, den größten Teil der Automobilproduktion, die Werbeindustrie, den größten Teil des Finanzsektors und so weiter. Zu den Vorteilen einer vergesellschafteten Wirtschaft gehören natürlich auch die vielen Synergieeffekte, die sich aus der Abschaffung der unsinnigen Parallelarbeiten in Forschung und Fertigungseinrichtungen ergeben, ganz zu schweigen von der geplanten Obsoleszenz und anderen Übeln kapitalistischer Produktion. Gesundheitsschädliche und ökologisch abträgliche Produktionen auszuschalten, muss zu den obersten Zielen einer umgestellten Wirtschaftsweise gehören.

Es liegt auf der Hand, dass diese weitreichenden Umbrüche nicht nur eine durchgreifende Vergesellschaftung dieser Sektoren erfordern. Ohne breiteste Bewegung in der Bevölkerung wird dies gegen die Kapitaleigner nicht möglich sein. Von heute aus betrachtet, erscheint dies ein weiter Weg zu sein.

Gewiss! Für uns ist es die einzige realistische Chance. Auf dieser Wegstrecke sind Projekte alternativen Wirtschaftens sehr wertvoll, auch dann, wenn sie zunächst auf einzelne (Klein-)Betriebe beschränkt sind. Die Sammlung und die Systematisierung der Erfahrungen werden wichtige Bausteine für die Änderung des allgemeinen Bewusstseins bilden. Parallel dazu wird es allerdings auch darauf ankommen, die Gewerkschaften (und letztlich die betroffenen Belegschaften) für einen Kampf zur Konversion schädlicher Produktionen zu gewinnen.

Anmerkungen

- 1 »Nach Berechnungen von Oxfam aus dem Jahr 2014 verfügen die reichsten 85 Menschen über denselben Reichtum wie die ärmere Hälfte der Erdbevölkerung zusammen. Nach dem Bericht verfügen diese 85 reichsten Menschen über ein Vermögen von einer Billion Britischer Pfund, was dem Vermögen der 3,5 Milliarden ärmsten Menschen entspricht. Das Vermögen des reichsten Prozentes der Weltbevölkerung belaufe sich weiterhin auf insgesamt 60,88 Billionen Pfund.« Wikipedia (2023): Reichtum [<https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Reichtum&oldid=236938863>]
- 2 Oxfam (2023): Oxfam-Bericht zur sozialen Ungleichheit. Vermögenszuwachs: Reichstes Prozent kassiert fast doppelt so viel wie Rest der Welt zusammen [<https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2023-01-16-vermoegenszuwachs-reichstes-prozent-kassiert-fast-doppelt-so>].
- 3 Die soziale Schichtung unserer Gesellschaft lässt sich gut an einer Grafik des Statistikportals statista ablesen: [<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1207353/umfrage/soziale-klassen-in-deutschland/>]. Die soziale Durchlässigkeit ist sehr gering, d. h., auch mit viel Arbeit kann jemand, der in eine der unteren Schichten »hineingeboren« wurde, in den allerseltensten Fällen (und auch das zumeist nur mit Glück) in eine der oberen Schichten aufsteigen. Deshalb spricht man in der Politikwissenschaft und der Soziologie oft von einer Klassengesellschaft.
- 4 In *Das Kapital*, Band I, erläutert Marx, wie die Marktgesetze sich aus dem Wertgesetz ergeben, wie also diejenigen Waren sich auf dem Markt durchsetzen, in denen weniger Arbeit vergegenständlicht ist. Friedrich Engels schreibt zur Bedeutung des Wertgesetzes: »... die Austauschbarkeit [der Handel] von Produkten gleicherschäftlichen Arbeit gegeneinander, also das Wertgesetz, ist das Grundgesetz gerade der Warenproduktion, also auch der höchsten Form derselben, der kapitalistischen Produktion. Es setzt sich in der heutigen Gesellschaft durch in derselben Weise, in der

allein ökonomische Gesetze in einer Gesellschaft von Privatproduzenten [im Kapitalismus sind dies konkurrierende Kapitaleigner*innen] sich durchsetzen können: als in den Dingen und Verhältnissen liegendes, vom Laufen der Produzenten unabhängiges blind wirkendes Naturgesetz.« Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, MEW 20, S. 291).

- 5 Marx analysierte diesen Prozess in *Das Kapital* Bd. I (MEW 23, S. 526, 528, 653–65). Für den Spätkapitalismus untersuchte dies Ernest Mandel (1972): Der Spätkapitalismus, Suhrkamp, Kapitel 10. Die weiter oben zitierten Untersuchungen von Oxfam bestätigen aktuell diese Analyse.
- 6 Marx entwickelt dies im Detail in seinem Hauptwerk *Das Kapital*. Dort heißt es in Band III: »Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: dass das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; dass die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind.« Marx, Karl *Das Kapital* Bd. III, MEW 25, S. 260.
- 7 Marx, Karl: *Das Kapital*, Bd. III, MEW 25, S. 189.
- 8 Zu den Mechanismen der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals: Marx, Karl: *Das Kapital*, Bd. I, MEW 23, S. 741ff. Speziell zur Frage des Raubs in der Kolonialzeit: Mandel, Ernest (1967): Die Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt, in: Folgen einer Theorie. Essays über *Das Kapital* von Karl Marx, Beiträge von Ernst Theodor Mohl, Werner Hofmann u. a., Frankfurt (Suhrkamp) 1972⁵, S. 71–93.
- 9 Unterdrückte bzw. benachteiligte Schichten sind beispielsweise Kleinbauernfamilien, Migranten*innen, kleine Handwerker*innen, kleine Kulturschaffende usw.
- 10 Die heute existierenden Genossenschaften (es sind in der BRD etwa 7000) sind in ihrer großen Mehrheit nur bedingt gemeinwirtschaftlich im Sinne des hier vorliegenden Buches aktiv. Doch ein Blick auf die warenwirtschaftlichen Genossenschaften macht deutlich, wie sehr sich ihre wirtschaftliche Lage unterscheidet. Das betrifft Konsumgenossenschaften, Molkereigenossenschaften und andere. Zur Gesamtzahl und den Branchen siehe [https://www.dgrv.de/wp-content/uploads/2023/07/DGRV_Zahlen_und_Fakten_2023.pdf] und [<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/199852/umfrage/anzahl-mitglieder-und-mitarbeiter-von-genossenschaftlichen-unternehmen/>].
- 11 Buffet, Warren: »There’s class warfare, all right, but it’s my class, the rich class, that’s making war, and we’re winning.« [<https://www.goodreads.com/quotes/123058-there-s-class-warfare-all-right-but-it-s-my-class-the>].
- 12 Fromm, Erich: *Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft*, Stuttgart (dtv) 1980⁵ (insbesondere S. 73ff.).

- 13 Zu den erforderlichen Investitionen für eine sozialökologische Wärmewende: Meier, Klaus (2023): Wie können die Städte klimaneutral geheizt werden? [<https://intersoz.org/wie-koennen-die-staedte-klimaneutral-geheizt-werden/>].
- 14 Mehr dazu in: Schäfer, Jakob (2020): Zur Konstitution des bürgerlichen Staates [<https://intersoz.org/zur-konstitution-des-buergerlichen-staates/>].
- 15 Schmid, Bernard (2023): Frankreich: Repression gegen Gewerkschaften und/oder Umweltaktivist*innen – nachdem eine reaktionäre »Bauergewerkschaft« mit Selbstjustiz gedroht hatte [<https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2023/07/fr-schmid030723.pdf>].
- 16 Zur Strategie für die Veränderung der Kräfteverhältnisse und der Überwindung des Systems: Schäfer, Jakob (2022): Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise, new academic press.
- 17 Die verheerenden Auswirkungen der Autogesellschaft wurden in zahlreichen Büchern des 2023 verstorbenen Verkehrsexperten Winfried Wolf erläutert (angefangen bei seinem 1986 erschienenen Standardwerk *Eisenbahn und Autowahn*). Eine gute Übersicht über die Gesamtproblematik findet sich in: Waßmuth, Carl / Wolf, Winfried (2020): Verkehrswende. Ein Manifest, PapyRossa.
- 18 »Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist.« Engels, Friedrich, 1878: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, MEW Bd. 20, S. 260.
- 19 Amsel44 (2023): Warum die Amsel44 in Wolfsburg? Im Zentrum der Automobilindustrie gibt es viel zu tun [<https://amsel44.de/>].
- 20 Netzwerk Ökosozialismus (2023): »Wolfsburg: Die erste ›Strassenbahn‹ verlässt das VW-Stammwerk« [<https://netzwerk-oekosozialismus.de/strassenbahn-verlaesst-ww-wolfsburg/>].
- 21 Netzwerk Ökosozialismus (2023): GKN: Arbeiter besetzen Autobetrieb und treten für ökologische Produkte ein [<https://netzwerk-oekosozialismus.de/italien-autozulieferer-besetzung/>].
- 22 Details dazu veröffentlicht regelmäßig das Griechenlandsolidaritätskomitee Köln [<http://gskk.org/>].
- 23 In den Ländern des ehemaligen Ostblocks bestimmte seit Mitte der 1920er-Jahre die Partei- und Staatsführung mit diktatorischen Mitteln das gesamte gesellschaftliche Leben. Oppositionelle wurden brutal verfolgt, zur Zwangsarbeit verurteilt oder auch kurzerhand umgebracht. Die erste umfassende Analyse der stalinistischen Herrschaft findet sich in: Trotzki, Leo (1936) Verratene Revolution, in: Trotzki, Leo: Schriften 1. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur, Band 1.2 (1936–1940), hrsg. von Dahmer, Helmut / Segall, Rudolf / Tosstorff, Reiner, Rasch und Röhring, 1988.

²⁴ Ich habe das näher ausgeführt in: Schäfer, Jakob (2023): Mellopolis '48 – eine Reportage. Vision einer Gesellschaftsordnung nach der Überwindung des Kapitalismus, new academic press.

Vergesellschaftung und das Wirtschaftssystem

Drei Formen der Vergesellschaftung

*Marktsozialistisches Vergemeinschaften,
kommandosozialistisches Verstaatlichen
oder kommunistisch/anarchistisches
Vergesellschaften*

Simon Sutterlütti

Abstract

Innerhalb der sozialökologischen Bewegung existieren drei Strömungen mit jeweils unterschiedlichen Praktiken von Vergesellschaftung. Marktsozialist*innen wollen vor allem Produktionsmittel innerhalb der Betriebe vergemeinschaften. Kommandosozialist*innen wollen sie verstaatlichen. Kommunist*innen und Anarchist*innen wollen Geld und Lohnarbeit abschaffen, Reichtum nach Bedürfnissen und nicht nach Leistung oder Macht verteilen und so Produktions- und Konsumtionsmittel vergesellschaften. Dieser Beitrag stellt die verschiedenen Strömungen dar und argumentiert, dass nur die kommunistisch/anarchistische Strömung eine realistische Antwort auf die sozialen und ökologischen Krisen der heutigen Zeit bietet.

Die drei linken Utopien

Linke Politik will den Kapitalismus überwinden, dabei hat sie jedoch sehr unterschiedliche Analysen, was Kapitalismus eigentlich ist, und somit auch, wie eine Alternative aussehen könnte. Heute lassen sich drei große linke Strömungen (Marktsozialismus, Kommandosozialismus und Kommunismus/Anarchismus) aufzeigen. Jede dieser Strömungen hat eine andere Vorstellung von Vergesellschaftung, die dieser Beitrag darstellt. Schlussendlich wird argumentiert, dass nur die kommunistisch/anarchistische Strömung echte Vergesellschaftung anstrebt, während der Marktsozialismus lediglich vergemeinschaftet und der Kommandosozialismus nur verstaatlicht, während eine sozialökologische Gesellschaft aber anarchistisch-kommunistisch sein muss.

Wie eine Strömung Vergesellschaftung anstrebt, versteht man am besten über ihre Vorstellung einer postkapitalistischen Alternative – also wie Vergesellschaftung gesamtgesellschaftlich umgesetzt werden soll –, und diese Perspektive basiert wiederum auf ihrer Kapitalismuskritik. Kapitalismus lässt sich durch drei Elemente charakterisieren, wobei jede Strömung eines dieser Elemente für die Essenz des Kapitalismus hält:

1. *Privateigentum an Produktionsmitteln*: Im Kapitalismus besitzt eine gesellschaftliche Minderheit den Großteil der Produktionsmittel und damit des gesellschaftlichen Reichtums. Diese Kapitalismuskritik fokussiert sich auf Ausbeutung und Klasse.¹
2. *Markt*: Im Kapitalismus dominiert der Markt die Wirtschaft, die meisten ökonomischen Entscheidungen fallen private Unternehmen, die in Konkurrenz zueinander stehen. Diese Kritik fokussiert sich auf den daraus entstehenden Profit- und Wachstumszwang sowie auf die Herrschaft des Marktes über den Staat.²
3. *Arbeitszwang/Lohnarbeit*: Menschen müssen ihre Arbeitskraft für Geld verkaufen, um Güter zu erhalten. Kritik hieran ist auf Unfreiheit, eine disziplinarisch-konsumistische Subjektivierung, Abspaltung von Sorgearbeit und die Herrschaft des Tauscherts über den Gebrauchswert fokussiert.³

	Marktsozialismus	Kommando- sozialismus	Kommunismus/ Anarchismus
Zentrales Element des Kapitalismus	Klassenverhältnis	Marktvermittlung	Arbeitszwang/ Lohnarbeit
Vergesellschaftung	Vergemeinschaften (Betriebsgenossen- schaften)	Verstaatlichen (Kommando- planung)	Vergesellschaftung (dezentral oder zentral)

Marktsozialist*innen wollen Klassenverhältnisse beseitigen, Marktsozialismus aufbauen und verstehen unter Vergesellschaftung vor allem Vergemeinschaftung. Kommandosozialist*innen wollen Klassenverhältnisse und Markt beseitigen, eine lohnarbeitsbasierte Planwirtschaft schaffen und streben Vergesellschaftung vor allem als Verstaatlichung an. Kommunist*innen und Anarchist*innen hingegen wollen alle drei kapitalistischen Elemente beseitigen, eine Verteilung und Arbeit nach Bedürfnissen schaffen und so die Gesellschaft tatsächlich vergesellschaften.⁴

Sozialökologische Marktwirtschaft – Kapitalismus als Neoliberalismus: Markt staatlich einhegen

Für Vertreter*innen einer sozialökologischen Marktwirtschaft ist der Hauptgegner weder das Klassenverhältnis noch die Marktwirtschaft und schon gar nicht der Arbeitszwang, sondern der Neoliberalismus. Politisch wollen sie die Marktwirtschaft mittels des Staates sozialökologisch einhegen. Die sozialökologische Marktwirtschaft ist eine sozialdemokratische Strömung und findet sich bei der SPD oder dem Bündnis 90/Die Grünen; Letztere wollen »eine sozialökologische Neubegründung unserer Marktwirtschaft«.⁵ Aber selbst weiter links, beispielsweise bei Maja Göpel, findet sich keine Absage an die Marktwirtschaft, sondern bloß das Ziel ihrer verstärkten Regulierung.⁶ Vergesellschaftung bedeutet in dieser Strömung maximal Teilverstaatlichung beispielsweise der Energieinfrastruktur, aber Vergesellschaftung als eine grundsätzliche »Eroberung der Produktion«⁷ und Neugestaltung der gesamten Wirtschaft werden in dieser Strömung keineswegs angestrebt.

Marktsozialismus – Kapitalismus als Klassenverhältnis: Vergemeinschaften

Folgen wir dem Verlauf von grün-sozialdemokratischer Regulierung weiter nach links, erreichen wir den Marktsozialismus. Der Marktsozialismus gehört zur Strömung der sozialökologischen Marktwirtschaft und wird innerhalb dieser vom linken Flügel vertreten. Die Ineffizienz und der Autoritarismus der Kommandowirtschaften des 20. Jahrhunderts haben die Marktsozialist*innen davon überzeugt, dass Marktwirtschaft effizienter und freier ist als Planwirtschaft.

Marktsozialist*innen wollen das Privateigentum an Produktionsmitteln und damit die Ausbeutung der Arbeiter*innen durch Kapitalist*innen⁸ beenden. Deshalb soll nicht nur ein starker Staat den Markt regulieren, sondern zusätzlich sollen den Arbeiter*innen die Produktionsmittel ihres Betriebs genossenschaftlich gehören. Den Markt behalten sie als nützliches Werkzeug, die Genossenschaften produzieren weiter in Konkurrenz zueinander Waren. So wollen die Marktsozialist*innen die positiven Aspekte der Konkurrenz nutzen und die negativen durch starke staatliche Eingriffe eindämmen. Unter Kapitalismus verstehen sie vor allem Klassenverhältnis und Ausbeutung – eine heute verbreitete Definition von Kapitalismus, die den Markt eher als neutrales, demokratisch gestaltbares Instrument ansieht.⁹

Der Marxist Karl Korsch unterschied in seiner Schrift *Was ist Sozialisierung?*¹⁰ zwei Vergesellschaftungsideen: Verstaatlichung, wobei eine zentrale Institution über die Produktion, Güterverteilung und Produktionsmittel bestimmt, und Vergemeinschaftung, wobei die Arbeiter*innen eines Betriebes selbst genossenschaftlich entscheiden.¹¹ Diese beiden Sozialisierungsideen könnten sogar tendenziell den beiden großen Strömungen der Arbeiter*innenbewegung zugeordnet werden: Für Kommunist*innen sollen die Arbeiter*innen in gemeinsamer Organisation als Partei bzw. Staat entscheiden, Anarchist*innen legen die Macht stärker in die Hände arbeitergeführter Betriebe. Verbindet sich nun die Vergemeinschaftung mit Markt, entsteht der Marktsozialismus.

Soll bei Vergesellschaftung die »Wirtschaft der Gesellschaft gehören« bzw. diese über die Ziele der (Re-)Produktion entscheiden, lässt sich beim Marktsozialismus kaum von Vergesellschaftung sprechen. Marktsozialismus reduziert Vergesellschaftung. Erstens indem die Arbeiter*innen des Betriebs autonom gegenüber der Gesellschaft über ihre Produktionsmittel verfügen.¹² Zweitens können die Arbeiter*innen aber keineswegs autonom handeln, denn sie müssen sich auf dem Markt in der Konkurrenz bewähren. Den Arbeiter*innen muss es weiter primär um den Tauschwert ihrer Arbeit – ihren Lohn – gehen, nicht um ihren Gebrauchswert: gute und ökologisch produzierte Produkte. So handelten die selbstverwalteten Betriebe im jugoslawischen Marktsozialismus völlig rational, wenn galt: »Zielgröße ist für die jugoslawischen ›Kollektivunternehmer‹ das höchstmögliche Einkommen je Arbeiter.«¹³ Hierbei kann es betrieblich rational sein, Umwelt und Mensch auszubeuten, Kosten zu externalisieren und Arbeitsdruck zu steigern. Der Marktsozialismus verändert Beziehungen im Betrieb, nicht aber die Beziehungen der Betriebe zueinander.¹⁴ Die innerjugoslawische Debatte sprach dabei von »Anarcholiberalismus selbstverwalteter Gruppen«,¹⁵ die versuchten, ihr Einzelinteresse gegen gesellschaftliche Ziele durchzusetzen. Diesen Widerspruch von Einzel- und Gesamtinteressen muss der Marktsozialismus wie auch die Marktwirtschaft über staatliche Regeln einzufangen versuchen.

Nicht nur ist die Vergesellschaftung hier deutlich mangelhaft in ihrem Wirken, Kritiker*innen halten diese Position für ein linkskapitalistisches Märchen. Der Staat ist auf funktionierende Kapitalvermehrung bzw. Verwertung angewiesen, um seine Steuern und Kreditwürdigkeit zu erhalten. Deshalb ist es höchst fraglich, ob der Staat zu größeren Reformen innerhalb des Kapitalismus überhaupt fähig ist – wie die frustrierenden Erfahrungen linker Regierungen der letzten Jahr(zehnt)e in Südamerika (bspw. MAS in Bolivien), Griechenland (Syriza) und Spanien (Podemos) gezeigt haben. Marktsozialismus könnte etwas anstreben, was die Marktwirtschaft nicht leisten kann, und sie so als Märchen, als bloß scheinbar demokratische und flexible Gesellschaft stabilisieren: »Die Marktwirtschaft könnte so viel, wenn wir an der Macht wären.« Stimmt diese Analyse, ist eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftsweise realistischer als die ökosoziale Reform des Marktes.

Kommandosozialismus – Kapitalismus als Marktwirtschaft: Verstaatlichen

Kommandosozialist*innen wollen sowohl Privateigentum an Produktionsmitteln als auch den Markt überwinden, aber an der Entlohnung der Arbeit festhalten. Sie argumentieren, dass der Markt nicht ausreichend reguliert werden kann beziehungsweise dass Staaten innerhalb einer globalen Marktwirtschaft zu schwach dazu sind.¹⁶ Die meisten Kommandosozialist*innen wollen keine genossenschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel – dies führe nur zu »Betriebsegoismus«.¹⁷ Der Theorie nach sollen die Arbeiter*innen gemeinsam als »Arbeiterstaat« über alle Produktionsmittel verfügen und die Produktion planen – Verstaatlichung statt Vergemeinschaftung.¹⁸ Im 20. Jahrhundert ist die Kommandowirtschaft autoritär und ineffizient gescheitert, aber diesmal soll es mit Computer, Demokratie, Internet und manchmal einigen Marktelementen besser werden.¹⁹

Kommandosozialist*innen kritisieren den Realsozialismus weniger politökonomisch, sondern vor allem politisch: »Hier herrschte die Partei, nicht die Bevölkerung.« Sie wollen eine staatliche Lenkung der Wirtschaft, die wirklich die Gesellschaft repräsentiert. Aber der Realsozialismus scheiterte bisher nicht nur wegen autoritärer oder inkompetenter Führung (oder auch schwacher Anreize, Auslandsboykott oder fehlender Rechenpower): Nach antiautoritären Kommunist*innen und Anarchist*innen scheiterte er, weil er im Kern kapitalistisch war, da er weiter Arbeit durch Lohn erzwang.²⁰ Er war eine kapitalistische Planwirtschaft. Die fortgesetzte Lohnarbeit scheint nur ein kleiner Fehler, bei Karl Marx ein »Muttermal«²¹ der alten Gesellschaft, ein unbeliebtes, aber unvermeidliches Zugeständnis an die kapitalistische Subjektivierung. Aber Lohnarbeit ist nicht das Muttermal, sondern die Lunge des Kapitalismus.

Mit dem Beibehalten der Lohnarbeit herrschte im Realsozialismus nicht die Partei, sondern weiter der (Tausch-)Wert. Der Realsozialismus schaffte die betriebliche Konkurrenz – und damit den Profitzwang – ab, aber nicht die kapitalistische Basis; die beherrschte weiter das Handeln der Subjekte. In einer Kommandowirtschaft mag Arbeitenden und Betrieben der

Gebrauchswert von Produkten und Dienstleistungen persönlich am Herz liegen, aber sie müssen sich am Tauschwert orientieren. Arbeit dient vorrangig dem Lohnerwerb. Deshalb stritten die Lohnarbeitenden im Realsozialismus sehr vernünftig für Lohnsteigerung, Minimierung der Arbeitslast und hohe Boni. Der Gebrauchswert der hergestellten Güter, fristgerechte Lieferung und Produktivitätssteigerung waren sekundär. Ihnen gegenüber stand der Planstaat, der gute Produkte, ehrliche Zahlen und Produktivitätssteigerung forderte. Aber ohne die Disziplinierung der Konkurrenz verschleierte kommandosozialistische Betriebsdirektor*innen in der DDR oder der Sowjetunion mit offenbar beträchtlichem Erfolg ihre Leistungsfähigkeit und gewannen weiche Pläne, das heißt Pläne, die keine Höchstleistung der Betriebe erforderten.²²

Unter der Herrschaft der Lohnarbeit sind unter anderem Maschinen, Wohnraum oder Nahrungsmittel nicht vergesellschaftet. Ihre Eigentümer*innen versuchen damit möglichst viel Tauschwert für sich herauszuschlagen. Die Betriebe produzieren meist schlechte Ware, zerstören außerdem die Umwelt und verkaufen Güter auf dem illegalen Schwarzmarkt. Die Arbeitenden liefern schlechte Arbeit und betrügen völlig rational den universellen Arbeitgeber – den Staat. Dieser versucht wiederum seine eigenen Interessen durchzusetzen.

So beendet die kommandowirtschaftliche Verstaatlichung keineswegs das gesellschaftliche Gegeneinander, sondern lenkt es nur in neue Bahnen. Auch hier gehört die Wirtschaft nicht der Gesellschaft, und Bedürfnisse lassen sich weiterhin am besten auf Kosten anderer befriedigen.²³

Die meisten Kommando- und auch Marktsozialist*innen wollen irgendwann den Arbeitszwang beseitigen, nach Bedürfnissen verteilen und damit Kommunismus erreichen. Sie sind nur davon überzeugt, dass es eine Übergangsgesellschaft benötigt. Das Problem liegt darin, dass Markt- und Kommandosozialismus als kapitalistische Gesellschaften keine grundlegende Veränderung zur Marktwirtschaft darstellen. Denn eine bezahlte, produktive Sphäre existiert ebenso weiter wie eine abgespaltene, abgewertete – und patriarchal feminisierte – unbezahlte Sphäre. Noch immer disziplinieren sich Menschen für die Arbeit und erwarten als Kompensation möglichst

hohe materielle Konsumoptionen – eine Subjektform, die kaum zu ökologischer Begrenzung oder globaler Angleichung von Wohlstand passt. Deshalb braucht die Linke eine neue Vision jenseits dieser sozialistischen Varianten des Kapitalismus.

Anarchismus & Kommunismus – Kapitalismus als Lohnarbeitsgesellschaft: Vergesellschaften

Laut Anarchist*innen und Kommunist*innen betrifft Vergesellschaftung die Produktionsmittel ebenso wie die Konsumtionsmittel: Der Reichtum wird gerecht geteilt. Das bedeutet das kommunistische »jede nach ihren Bedürfnissen« – nicht das realsozialistische »jede nach ihrer Leistung« – und damit das Ende der Lohnarbeit.

Dieses Wissen findet sich auch heute in der Vergesellschaftungsbewegung, so fordert beispielsweise die Bewegung »Deutsche Wohnen & Co enteignen«* (DWE): »Nicht die Zahlungsfähigkeit, sondern der Bedarf entscheidet.«²⁴ Vergesellschaftete Wohnungen will DWE nach einem gewichteten Losverfahren verteilen, indem unterversorgte und bedürftige Gruppen zusätzliche Lose und damit eine höhere Chance erhalten.²⁵ Mit dem Ende der Verteilung nach Macht und Arbeitsleistung regiert nur ein Prinzip: der Gebrauchswert. Der einzige Grund für Menschen, zu arbeiten oder zu verfügen, ist der Gebrauchswert, egal ob Fahrräder, Pflege oder erneuerbare Energien. Nicht mehr der Tauschwert beziehungsweise der Lohn beherrscht die Arbeit, sondern Arbeiter*innen haben gute Gründe, umweltverträglich, effizient, ausgelastet und gut zu (re-)produzieren. Die Bedürfnisse regieren die Wirtschaft. Damit wären alle drei Elemente des Kapitalismus beseitigt, aber keineswegs alle Konflikte, denn Bedürfnisse widersprechen sich. Viel Zeit für Muße oder viel materieller Wohlstand? Viel Arbeit und Ressourcen für erneuerbare Energien oder menschenwürdiges Wohnen?

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Tilman Wendelin Alder: Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung.

Zur Aushandlung dieser Konflikte existieren zwei große Modelle einer Postarbeitszwangsgesellschaft, die Korsch's Gedanken und den Markt- beziehungsweise Kommandosozialismus widerspiegeln. Für zentralistische Kommunist*innen wie beispielsweise Rätekommunist*innen braucht es eine zentrale Institution, die Bedürfnisse aufnimmt, Pläne zur Abstimmung stellt oder ökologische Normen durchsetzt. Viele Anarchist*innen und dezentrale Kommunist*innen halten es mit Korsch: »Die Durchführung der ›Sozialisierung‹ denkt sich der Unkundige gewöhnlich in der Form der einfachen Verstaatlichung.«²⁶ Aber keine einzelne Institution kann die Gesellschaft repräsentieren, Gesellschaft ist nicht monoinstitutionalisierbar. Solch eine Institution würde zu viel Macht anhäufen, sich verkrusten und abdichten, sich vielleicht immer weiter ausdehnen oder sogar zur Durchsetzung ihrer Entscheidungen wieder Geld und Lohn einführen. Nur eine Vielzahl von Institutionen könnte die Bedürfnisse der Menschen herrschaftsarm in sich aufnehmen und repräsentieren. Hierzu würde der Ansatz des Commonismus tendieren.²⁷ Dagegen wenden die Zentralist*innen allerdings ein, dass ein dezentraler Ansatz unklare Entscheidungsprozesse, informelle Hierarchien und Ineffizienz produziere.

Unabhängig davon, ob eine kommunistisch/anarchistische Vergesellschaftungsbewegung nun zentraler oder dezentraler Koordination zuneigen würde, in ihrem Kern hat sie eine grundlegend andere linke Erzählung, ein anderes linkes Versprechen als die anderen beiden Strömungen. Kommando- und Marktsozialismus versprechen vor allem Gerechtigkeit sowie (häufig sekundär) Ökologie und Zukunftsfähigkeit, aber Gerechtigkeit ist global zu denken und nicht nur national. Deshalb verlangt die kommunistisch/anarchistische Vergesellschaftungsbewegung eine enorme Umverteilung des Reichtums vom Globalen Norden in Regionen und Länder des Globalen Südens. Auch eine ökologische Gesellschaft braucht trotz allem *public luxury and private sufficiency*²⁸ Konsumreduktion im Globalen Norden. Diese notwendige Reduktion beziehungsweise Verlagerung trifft aber nun auf kapitalistische Subjekte, die Konsum als Kompensation für jene Gewalt erfahren, die sie sich in der Lohnarbeit antun.²⁹ Eine Gewalt und Subjektivität, die Markt- und Kommandosozialismus zwar abschwächen,

aber auch verlängern. Genau diese Subjektivität und diesen konsumistisch reduzierten Wohlstand mobilisiert die Rechte so erfolgreich – und teilweise mit Recht – gegen die Grünen.

Die ökologisch und sozial notwendige Konsumreduktion ist nur tragbar bei radikaler Gerechtigkeit – alles nach Bedürfnissen – und damit einem Ende für die Quelle der Konsumfixierung: die Arbeitsgewalt. Solch eine Gesellschaft könnte auch eine Freiheit anbieten, die die gegenwärtige Klassengesellschaft nur ihrer Elite anbietet: über die eigene Zeit frei verfügen zu können. Mit dem Ende der Lohnarbeit entsteht nicht nur eine neue Praxis des Reichtums, sondern fällt auch die Abspaltung der Sorgearbeit. Wir müssen sie nicht mehr der Herrschaft des Geldverdienens unterwerfen und sie in Nischen prekär und ständig beschleunigt erledigen, sondern den Kindern, Alten und Kranken die Zeit und Energie geben, die sie tatsächlich benötigen und verdienen. Wir würden nicht mehr erschöpfen, sondern re-generieren wie Eva von Redecker schreibt.³⁰

Schlussendlich bedeutet das Einstehen für Verteilung nach Bedürfnissen und – was dasselbe ist – motivierte Tätigkeit nur ein Ernstnehmen der eigenen linken Praxis. Denn die Linke organisiert sich zentral auf kommunistisch/anarchistischer Basis von Freiwilligkeit und kollektiver Verfügung, die wir »Commons« nennen würden.* Wir würden nicht mehr antreten mit dem Märchen einer Reform des Marktes oder einer erneuten Kommandoplanung, nicht mehr mit der gleichmäßigen Unterwerfung der Gesellschaft unter die Lohnklaverei, sondern mit der Praxis und Idee einer Gesellschaft *nach* dem Geld, in der Menschen echte Freie und Gleiche sind.

* Siehe dazu auch folgende Beiträge in diesem Band: Jonna Klick, Nele Klemann und Indigo Drau: Die Welt vergesellschaften. Warum Vergesellschaftung noch mehr infrage stellen muss als nur die Eigentumsverhältnisse in einzelnen Sektoren; Friederike Habermann: Aus Commons wurde Eigentum. Wird mit Vergesellschaftung aus Eigentum Commons? S. 69.

Anmerkungen

- 1 Wright, Erik Olin (2017): Reale Utopien: Wege aus dem Kapitalismus. Suhrkamp Verlag.
- 2 U. a. Gruppen gegen Kapital und Nation (2019): Die Misere hat System: Kapitalismus [<https://gegen-kapital-und-nation.org/page/die-misere-hat-system-kapitalismus/>].
- 3 Theoretisch am elaboriertesten ausgedrückt in der Wertkritik und Neuen Marxlektüre bspw. Gruppe Krisis (1999): Manifest gegen die Arbeit [<https://www.krisis.org/1999/manifest-gegen-die-arbeit/>].
- 4 Über diese Strömungsbestimmung kann man sich viel streiten. Kommandosozialist*innen nennen sich selbst häufig Sozialist*innen oder Kommunist*innen, und auch Anarchist*innen können einen Marktsozialismus als Übergangsgesellschaft anstreben. Die Terminologie ist nur ein Vorschlag, mir geht es um die Inhalte dahinter.
- 5 Bündnis 90/Die Grünen (2021): Deutschland. Alles Drin. – Bundestagswahlprogramm 2021.
- 6 Göpel, Maja (2020) Unsere Welt neu denken: eine Einladung, Ullstein Buchverlage.
- 7 Benanav, Aaron (2021): Associational Socialism and Democratic Planning, Future Histories Podcast.
- 8 Unter Kapitalist*innen verstehen Marxist*innen Eigentümer*innen der Produktionsmittel, die durch dieses Eigentum nicht arbeiten müssen, sondern von der Ausbeutung ihrer Arbeiter*innen leben.
- 9 Für den bekannten Marktsozialist Erik Olin Wright müssen Märkte ein »wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsorganisation« des Sozialismus sein (Wright, Erik Olin (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus, Suhrkamp, S. 274); Und die Marktwirtschaft ist nicht an sich kapitalistisch, sondern Kapitalismus ist »Markt in Verbindung mit kapitalistischen Klassenverhältnissen« (ebd. 363).
- 10 Korsch, Karl (1919): Was ist Sozialisierung? [https://www.praxisphilosophie.de/korsch_sozialisierung.pdf].
- 11 Korsch nennt das eine »Konsumentenkapitalismus« oder »Staatskapitalismus« und das andere »Produzentenkapitalismus«. Seine zentrale Frage ist, wie der fortbestehende Interessensgegensatz zwischen Produzentinnen und Konsumentinnen, »Arbeitern und Genießern« gut bewegt werden kann und plädiert dann für eine Mischvariante. Es scheint, dass der Interessensgegensatz aber v.a. daraus resultiert, dass Korsch in der »ersten Phase der Gemeinwirtschaft« die Arbeit und Leistungsgebundenheit nicht abschaffen will – Korsch spricht gar von der »Ausdehnung des Motivs des wirtschaftlichen Eigennutzes« und »bessere Bezahlung« für Unternehmerinnen. Nun schreibt Korsch, dass vor den Erfahrungen eines Arbeitssozialismus, aber schon in seiner Diskussion und Begrifflichkeit Produzentenkapitalismus, etc. ist das Problem benannt.

- 12 Deshalb erweitern bspw. David Laibman diese betriebliche Demokratie, um Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, betroffenen Gebieten, etc. (vgl. Laibman, David (2022): Negotiated Coordination [<https://www.futurehistories.today/episoden-blog/s02/e33-pat-devine-on-negotiated-coordination/>]).
- 13 Lemân, Gudrun (1976): Das jugoslawische Modell. Wege zur Demokratisierung, Europäische Verlags-Anstalt, S. 131.
- 14 Creydt, Meinhard (2001): Zur Kritik des Marktsozialismus [<http://www.meinhard-creydt.de/archives/212>]
- 15 Stojanovic, Svetozar (1970): Kritik und Zukunft des Sozialismus, Hanser, S. 117ff.
- 16 Philip Broistedt / Christian Hofmann (2020): Goodbye Kapital – Die Alternative zu Geld, sozialem Elend und ökologischer Katastrophe, Papy Rossa / Malm, Andreas (2020): Corona, climate, chronic emergency. War communism in the twenty-first century, Verso Books.
- 17 Autorenkollektiv (1969): Lehrbuch Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Dietz Verlag.
- 18 Ebd.
- 19 Die bekannten Computersozialist*innen Cockshott/Cottrell fordern sanften Wettbewerb bei den Konsumgütermärkten, der dann die Planung anleiten und verbessern soll.
- 20 Stahlmann, Johanna (1990): Die Quadratur des Kreises [<https://www.krisis.org/1990/die-quadratur-des-kreises/>].
- 21 Marx, Karl (1875): Kritik des Gothaer Programms [<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1875/kritik/index.htm>].
- 22 Vgl. Kurz, Robert (1991): Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie; Eichborn Verlag / Roesler, Jörg (2002): Die Wirtschaft der DDR, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.
- 23 Deshalb spricht Robert Kurz weiter von der »Konkurrenz der Betriebe« – trotz dem Ende der Marktkonkurrenz (vgl. Kurz 1991).
- 24 Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen (2020): Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaft [https://content.dwenteignen.de/uploads/Vergesellschaftung_and_Gemeinwirtschaft_Download_2_Auflage_2ed2704fa2.pdf], S. 14.
- 25 Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen (2023): Gemeingut Wohnen. Eine Anstalt öffentlichen Rechts für Berlins vergesellschaftete Wohnungsbestände [https://content.dwenteignen.de/uploads/Gemeingut_Wohnen_3ao3fa4c87.pdf], S. 26.
- 26 Korsch, Karl (1919): Was ist Sozialisierung? [https://www.praxisphilosophie.de/korsch_sozialisierung.pdf], S. 13.

- 27 Sutterlütti, Simon / Meretz, Stefan (2018): Kapitalismus aufheben, VSA [<https://communism.us/>].
- 28 Monbiot, Georges (2023): Private Suffizienz, Öffentlicher Luxus in: BUNDJugend & communia (hrsg.): Öffentlicher Luxus, Dietz Verlag.
- 29 Gorz, Andre (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft, Rotbuch.
- 30 Von Redecker, Eva (2020): Revolution für das Leben, S. Fischer Verlag.

Vergesellschaftung als Entprivatisierung der sozialökologischen Transformation

Heiner Koch

Abstract

In diesem Beitrag sollen auf theoretischer Ebene Zusammenhänge zwischen Vergesellschaftung und sozialökologischer Transformation hergestellt werden. Dies bedeutet, Begriffe zu klären (was ist Vergesellschaftung eigentlich?) und Probleme aufzuzeigen, die auftreten, wenn soziale Gerechtigkeit, ökologische Transformation, Demokratie und Vergesellschaftung in Beziehung zueinander gesetzt werden. Damit wird in dem Beitrag theoretische Hintergrundarbeit für konkrete sozialökologische Vergesellschaftungsprojekte geliefert.

Eine sozialökologische Transformation steht dabei vor zumindest vier Herausforderungen: (1) Es existiert noch kein kollektiver Akteur, der die Transformation umsetzen könnte, (2) der Transformationsprozess muss demokratisch gestaltet werden, obwohl Demokratie diesen Prozess manchmal erschwert, (3) Fragen sozialer Gerechtigkeit müssen berücksichtigt werden, und (4) soziale Bewegungen müssen diese ersten drei Punkte erkämpfen. Vergesellschaftung kann Antworten auf diese Herausforderungen liefern. Dies gilt insbesondere dann, wenn Vergesellschaftung als Entprivatisierung verstanden wird.

Für eine sozialökologische Transformation sind mindestens vier Probleme zu lösen:

- 1) Im Kapitalismus fehlt ein umfassendes kollektives Handlungssubjekt, das über hinreichende Kontrolle verfügt, um den Transformationsprozess einzuleiten.

- 2) Anstelle autoritärer Lösungen (Ökodiktatur) braucht es einen demokratischen Transformationsprozess.
- 3) Die ökologisch notwendige Transformation muss soziale Unterschiede verringern und nicht verstärken.
- 4) Es muss sich eine Bewegung herausbilden, die bereit ist, die ersten drei Punkte zu erkämpfen.

Vergesellschaftung, so lautet die hier vertretene These, kann eine Antwort auf die ersten drei Punkte sein und den vierten Punkt zumindest teilweise adressieren. Zunächst werde ich kurz mein Verständnis von »Vergesellschaftung« darlegen, um anschließend die vier Punkte eingehender diskutieren zu können.

Vergesellschaftung verstehe ich als Entprivatisierung. Diese Entprivatisierung kann im ökonomischen Bereich zumindest drei Ebenen betreffen. Die erste Ebene ist die Entprivatisierung von Verfügungsrechten. Hier geht es um einen Wechsel von Privateigentum (insbesondere an Produktionsmitteln und Ressourcen) zu Gemeineigentum oder sogar zur Auflösung von Eigentumsstrukturen. Die zweite Ebene besteht in der Entprivatisierung der Verfügungsweise. Im Kontrast zur privaten Wirtschaftstätigkeit im Kapitalismus bedeutet dies beispielsweise Planwirtschaft. Die dritte Ebene bezieht sich auf den Verfügungszweck. Anstelle von Privatnutzen und einer damit einhergehenden Profitorientierung geht es um Gemeinnützigkeit.

Diese Idee von Vergesellschaftung lässt sich teilweise auch in historischen, juristischen und politischen Diskursen finden,¹ weshalb sich mit diesem Verständnis die verschiedenen Debatten gut zusammenführen lassen. Dennoch gibt es in diesen Diskursen immer auch verschiedene Schwerpunktsetzungen.

Vergesellschaftung und Kontrolle über den Transformationsprozess

Kapitalismus ist dadurch geprägt, dass es Privateigentum an Produktionsmitteln gibt und private Akteur*innen über Märkte Waren kaufen und verkaufen. Dies bedeutet, dass ökonomische Prozesse ungeplant und nicht kooperativ-koordiniert ablaufen.² Hierdurch werden wesentliche ökonomische

Prozesse weder von einzelnen ökonomischen Akteur*innen (seien dies nun große Konzerne, Genossenschaften oder Banken) noch von der Gesellschaft (ob nun Staat, Nichtregierungsorganisationen oder Rätestrukturen) kontrolliert. Diese fehlende Kontrolle und das Ausgeliefertsein gegenüber ökonomischen Effekten (wie etwa Wirtschaftskrisen oder Umweltzerstörungen) lassen sich auch als Form struktureller Herrschaft verstehen. Solche strukturellen Herrschaftsformen sind erst durch kollektiv koordinierte Handlungen überwindbar.³ Im Bereich der Ökonomie bedeutet dies (demokratische) Planwirtschaft. Durch diese Form der Vergesellschaftung verfügt die Gesellschaft über eine (demokratische) Kontrolle der ökonomischen Prozesse und kann somit die sozialökologische Transformation geplant umsetzen.⁴

Oft wird im Rahmen neoliberaler Ideologie versucht, die Verantwortung für ökologische Fragen auf die einzelnen Konsumierenden abzuwälzen. Durch private ethische Konsumententscheidungen sollen die Probleme gelöst werden. Beispielsweise sollen Personen so konsumieren, dass ihr CO₂-Fußabdruck möglichst gering ist.⁵ Ethischer Konsum ist jedoch nicht dazu geeignet, Probleme zu lösen, die umfassende Koordination erfordern. Die starke Verringerung von CO₂-Emissionen erfordert etwa die grundlegende Umgestaltung von Mobilität, Industrie, Landwirtschaft und Bausektor. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Auch die private Produktion für den Markt stellt ein Hindernis für die sozialökologische Transformation dar. Solange privat darüber entschieden werden kann, was wie und für welchen Zweck produziert wird, wird die Produktion kaum nachhaltig sein. Hieran ändern auch freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen nichts.⁶ Profitorientierte Produktion berücksichtigt die externen Kosten des Ressourcenverbrauchs und der Umweltzerstörung nicht und ist auf kurzfristigen Profit anstatt langfristige nachhaltige Ziele orientiert und wird verstärkt durch einen Konkurrenzmechanismus, bei dem nachhaltige Produktion durch höhere Verkaufspreise einen Nachteil auf dem Markt hat.

Die ökologische Regulierung von Produktion und Märkten müsste im Kapitalismus sehr umfassend sein, um diese Effekte abzumildern. Dies kann jedoch unter kapitalistischen Bedingungen und globaler Konkurrenz zu einer Wirtschaftskrise führen, da die Produktion teurer wird und dadurch oft nicht

mehr wettbewerbsfähig wäre. Anstelle eines regulierten »grünen« Kapitalismus (also eines Kapitalismus, der versucht, nachhaltig und ohne Umweltzerstörung zu wirtschaften) ist es erfolgversprechender, private Produktion und Märkte durch gesellschaftliche demokratische Planung zu ersetzen. Die negativen Effekte von Märkten sind selbst in marktsozialistischen Modellen vorhanden, weshalb auch diese nicht unbedingt eine Lösung für Klimawandel und Umweltzerstörung sind.

Für eine sozialökologische Transformation sind die richtigen Investitionen entscheidend. Diese können zwar teilweise durch den Staat getätigt werden, über den Großteil des verfügbaren Investitionsvermögens wird im Kapitalismus jedoch durch private Entscheidungen verfügt.⁷ Nun kann zwar versucht werden, diese Investitionen durch Rahmenregelungen zu steuern, wirklich effizient wäre jedoch eine zentrale, umfassende und ausschließliche Investition in nachhaltige Wirtschaftsformen (etwa erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft ohne Tierhaltung, grünes Bauen, öffentlicher statt Individualverkehr, Kreislaufwirtschaft, soziale Innovationen und so weiter). Um noch die Chance zu haben, ökologische Katastrophen aufzuhalten, wird ein schneller und sehr umfassender Umbau der Wirtschaft benötigt. Das können (regulierte) private Investitionsentscheidungen kaum leisten. Erst geplantes und koordiniertes Vorgehen erlaubt es, Kräfte zu bündeln und auf ein gemeinsames Ziel auszurichten, um dieses möglichst schnell und effizient zu erreichen. Vergesellschaftung bietet auch hier durch Entprivatisierung der Investitionsentscheidungen einen Ausweg.

Für eine sozialökologische Transformation müssen der private Konsum, die private Produktion und die privaten Investitionen vergesellschaftet und kapitalistische Märkte durch langfristige Planungen ersetzt werden. Damit wird auch klar, dass eine Fokussierung auf die Entprivatisierung von Eigentum nicht ausreicht. Staatliches Eigentum und Kollektiveigentum in Genossenschaftsform oder selbstverwalteten Betrieben lassen Märkte und zum Teil private Investitionsentscheidungen intakt. Dies spricht nicht gegen Demokratie auf betrieblicher Ebene, doch reicht diese allein noch nicht aus. Davon abgesehen, garantiert gesellschaftliches Eigentum sowieso auch noch keine ökologische Wirtschaftsweise.⁸

Vergesellschaftung stellt eine geeignete Lösungsstrategie dar, um die Wirtschaft durch ein demokratisches kollektives Handlungssubjekt zu entprivatisieren. Im Rahmen der Vergesellschaftung bleiben jedoch einige Fragen offen. So ist unklar, in welchem Ausmaß wirtschaftliche Bereiche vergesellschaftet werden müssen. Eine Teilsozialisierung⁹, die etwa nur den Energiesektor betrifft, könnte zwar ein erster Schritt sein, erlaubt es aber noch nicht, beispielsweise dem Wachstumszwang krisenfrei entgegenzutreten oder sogar ein Negativwachstum anzustreben (Degrowth), der Krisentendenz von Märkten zu begegnen oder Investitionen umfassend zu steuern. Eine Vollsozialisierung scheint jedoch in weiter Ferne zu liegen. Dann ist zu klären, welche Bereiche aus ökologischer Perspektive sozialisierungsreif¹⁰ sind¹¹ und welche Sozialisierungsschritte erfolgreich aufeinanderfolgen können. Auch stellt sich die Frage, in welcher Form die Gesellschaft wirtschaftliche Prozesse steuern soll. Naheliegender wäre es, den Staat hierfür zu verwenden. Hier haben viele zu Recht Bedenken, da der Staat, zumindest wie er gerade beschaffen ist, unzureichend demokratisch¹² ist und außerdem auch immer droht autoritär zu werden. Dann bleibt jedoch offen, in welcher Organisationsform Wirtschaft strukturiert werden soll. Genossenschaften und selbstverwaltete Betriebe etwa haben das Problem, dass eine zentrale Instanz fehlt, die Produktion, Konsum und Investitionen im Hinblick auf Nachhaltigkeitsziele steuern könnte. Dies alles sind Fragen, die im Kontext von Planwirtschaftsdebatten verhandelt werden und zu denen verschiedene Vorschläge vorgelegt wurden.¹³

Ein weiterer ungeklärter Punkt ist die Rolle der Demokratie im Zusammenhang mit Vergesellschaftung und Ökologie. Diesen werde ich im nächsten Abschnitt diskutieren.

Vergesellschaftung und Demokratie

Das Verhältnis von Vergesellschaftung zur Demokratie ist nicht umfassend geklärt. So gibt es etwa im rechtswissenschaftlichen Bereich ein Verständnis von Vergesellschaftung, für das Demokratie nur in sehr geringem Maße Bedeutung hat.¹⁴ Historisch wurde die Rolle der Demokratie mal mehr, mal weniger betont. Im Spannungsverhältnis mit ökologischen Fragestellungen

wird dieses Verhältnis noch komplizierter. So gibt es schließlich einige Theoretiker*innen, die annehmen, dass Demokratie eher ein Hindernis für die ökologische Transformation der Gesellschaft sein kann.¹⁵ Während Positionen der *environmental democracy*¹⁶ davon ausgehen, dass es nur einige Reformen braucht, um einen funktionierenden demokratischen »grünen« Kapitalismus zu erhalten (in Deutschland hauptsächlich von Bündnis 90/Die Grünen vertreten), gehen Positionen der *ecological democracy*¹⁷ davon aus, dass die Demokratie grundlegend erneuert werden muss. Hierzu gehören auch Formen der Wirtschaftsdemokratie.¹⁸ Vergesellschaftung lässt sich nun als konkrete Lösung des Spannungsfeldes von Ökologie und Demokratie im Sinne einer *ecological democracy* verstehen. Hierdurch besteht dann auch Anschluss an ökosozialistische Diskurse.¹⁹

Zunächst ist jedoch zu klären, warum Demokratie eigentlich relevant ist. Zum einen lässt sich Demokratie als eigenständiger Wert verstehen, der unabhängig von Vergesellschaftung und ökologischer Transformation relevant ist. Eine ökologische Transformation lässt sich schließlich – zumindest theoretisch – auch diktatorisch umsetzen. Es lässt sich zum anderen jedoch auch annehmen, dass Demokratie notwendiger Bestandteil für eine erfolgreiche Vergesellschaftung und ökologische Transformation ist. An dieser Stelle soll nicht die Frage behandelt werden, inwiefern Demokratie unabhängig von ökologischen Fragestellungen relevant ist und wie dann etwa ökologische Ziele gegen demokratische Werte abgewogen werden können. Stattdessen soll der Zusammenwirkung von Demokratie, Vergesellschaftung und ökologischer Transformation in aller Kürze nachgegangen werden.

Es ist nicht klar, inwiefern Vergesellschaftung im Sinne von Artikel 15 des Grundgesetzes (GG)²⁰ es erfordert, wirtschaftsdemokratische Strukturen einzuführen. So wird in Artikel 15 etwa auf »Gemeineigentum« verwiesen, und dies impliziert immerhin eine gesellschaftliche Verfügung über Eigentum. Insofern diese jedoch allein durch den Staat ausgeübt werden sollte, ist diese Form der Verfügung nur schwach demokratisch und schließt außerdem noch keine innerbetriebliche Demokratie ein. Noch deutlicher wird das neutrale Verhältnis zur Demokratie, wenn es um die Deutung von »Gemeinwirtschaft« in Artikel 15 geht. Diese sei durch Allgemeinwohlorientierung charakterisiert

und könne auch durch private Wirtschaftsakteur*innen realisiert werden.²¹ Die Folge dieser Deutung ist dann, dass es weder die ohnehin schon schwache demokratische Kontrolle einer repräsentativen Demokratie braucht noch eine betriebliche Demokratie.²² Die öffentliche Kontrolle sei dann höchstens notwendig, um die Allgemeinwohlbindung sicherzustellen.²³ Die betriebliche Demokratie ist hierbei weniger relevant, da diese weniger verlässlich eine Allgemeinwohlbindung sicherstellen kann als eine öffentliche Kontrolle. Damit würde juristisch die Demokratisierung jedoch zu einer Frage werden, die unabhängig von der Vergesellschaftung zu klären wäre, da diese durch Vergesellschaftung noch nicht erfasst ist. Dies wäre sehr unbefriedigend. Der relativ unbestimmte Gemeinwirtschaftsbegriff müsste also demokratisch angereichert werden, damit auch der Vergesellschaftungsbegriff des juristischen Diskurses einen internen Zusammenhang zu Demokratie aufweist.

Historisch wird jedoch Wirtschaftsdemokratie oft als wesentlicher Bestandteil der Vergesellschaftung aufgefasst.²⁴ Hierbei ist aber umstritten, ob etwa betriebliche Demokratie entscheidend ist²⁵ oder sogar ein Problem darstellt, weil dann demokratische gesamtgesellschaftliche Entscheidungen auf betrieblicher Ebene nicht umgesetzt werden könnten.²⁶ Karl Korsch²⁷ und Felix Weil²⁸ etwa argumentieren, dass »Konsumentenkapitalismus« (hier entscheiden nur die Konsumierenden über wirtschaftliche Fragen) nur durch betriebliche Demokratie verhindert werden könne. Korsch argumentiert weiterhin, dass »Produzentenkapitalismus« (hier entscheiden nur die Betriebe über wirtschaftliche Fragen) nur durch demokratische Planung von Konsum verhindert werden kann. Für Weil²⁹ und Otto Neurath³⁰ ist zumindest klar, dass selbstverwaltete Betriebe, die für Märkte produzieren, noch keine Vergesellschaftung darstellen. Erst die Ersetzung von Märkten durch demokratische Planung verwirkliche Vergesellschaftung.

In einigen aktuellen Debatten um die ökologische Transformation wird – wie bereits erwähnt – Demokratie mitunter als Hindernis gesehen. Dies liege hauptsächlich daran, dass Demokratie Legitimation erfordert (also die Bevölkerung Entscheidungen der Regierung als gerechtfertigt betrachtet).³¹ Legitimation hängt hierbei wesentlich von Wohlstand und dem damit verbundenen Wirtschaftswachstum ab. Kapitalistische Demokratien benötigen damit

ökonomisch³² und politisch Wachstum. Weiterhin begünstige Legitimation kurzfristige Ziele und nicht langfristige Ziele, die jedoch für Nachhaltigkeit notwendig sind. Hierbei begünstige die kapitalistische, liberale Demokratie Egoismus und Eigennutzen.³³ Dies stehe im Konflikt zu (insbesondere globalen) Nachhaltigkeitszielen. Darüber hinaus seien demokratische Prozesse zu langsam, um in der nötigen Geschwindigkeit umfassende Transformationsprozesse durchzuführen.

Unter diesem Eindruck könnte es rational erscheinen, eine Ökodiktatur anzustreben. Abgesehen von den politisch-moralischen Problemen, die mit einer solchen autoritären antidemokratischen Ordnung einhergehen, ist es unrealistisch, dass (in Europa) eine Ökodiktatur etabliert werden könnte. Dennoch ist es möglich, dass Demokratien zumindest autoritärer werden, um ökologische Ziele erreichen zu können. Dies steht auch im Einklang mit einer Verschiebung von Input-Legitimationen (demokratischen Verfahren) zu Output-Legitimationen (Ergebnissen der Regierungsentscheidungen) und Ideen der Postdemokratie³⁴ (Bedeutungsverlust demokratischer Partizipation, Formen der Scheindemokratie). Eine autoritäre und unsoziale ökologische Politik würde jedoch die gesellschaftlichen Konflikte verschärfen, zu einer Delegation der Demokratie führen und rechte autoritäre Projekte stärken, die eine alles andere als nachhaltige Politik betreiben und bereits jetzt in einigen Ländern mehrheitsfähig sind. So lässt sich sagen, dass Demokratie – mit all den damit verbundenen Problemen – noch immer die geeignetste Lösung für eine ökologische Transformation ist.

Demokratie kann hauptsächlich dann als vorteilhaft für eine sozialökologische Transformation verstanden werden, wenn es im Sinne einer *ecological democracy* gelingt, demokratische Institutionen zu erneuern, zu vertiefen und auf den gesamtökonomischen Bereich (nicht nur den innerbetrieblichen) auszudehnen. Aus den Erfahrungen mit dem Realsozialismus lässt sich nicht nur lernen, dass Planwirtschaft und Sozialismus nicht automatisch eine nachhaltige Wirtschaftsweise bedeuten.³⁵ Der Mangel an demokratischen Strukturen hat im Realsozialismus außerdem zu Problemen bei der Legitimation, Motivation und Innovation geführt. Demokratie ist weiterhin ein geeigneter Modus, um Fehlerkorrekturen durchzuführen.³⁶

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Vergesellschaftung aus historischer und politischer Perspektive zwar eine Demokratisierung impliziert, das Ausmaß der Demokratisierung aber nicht festlegt. Gerade rechtlich (auf Grundlage von Artikel 15 GG) ist Demokratisierung hierbei keine Selbstverständlichkeit. Eine Vergesellschaftungsbewegung sollte also den demokratischen Charakter des Projekts betonen und nicht leichtfertig als selbstverständlich voraussetzen. Es ist zwar plausibel anzunehmen, dass Demokratie notwendig ist, um eine ökologische Transformation zu realisieren, sicher ist dies jedoch nicht. Insofern Demokratie nicht als notwendig für eine ökologische Transformation betrachtet wird, ist sie als wichtiger externer Wert stark zu machen. Die Verbindung von demokratischer Vergesellschaftung und ökologischer Transformation bietet jedoch über die Vergesellschaftung einen Rahmen, um demokratische Ansprüche geltend zu machen.

Vergesellschaftung und Gemeinwohl

Für den sozialen Charakter (etwa soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit) der ökologischen Transformation stellt sich eine ähnliche Frage wie bei der Demokratie: Handelt es sich um einen externen Wert, den wir aus politisch-ethischen Gründen einfach gerne verwirklicht sehen würden (externer Zusammenhang), oder ist der soziale Charakter der ökologischen Transformation ein Bestandteil, ohne den die Transformation nicht gelingen würde und ohne den auch Vergesellschaftung nicht auskommt (interner Zusammenhang)? Auch hier soll nur der interne Zusammenhang zwischen sozialem Anspruch und ökologischer Transformation beleuchtet werden.

Ökologische Bewegungen sind besonders dann erfolgreich, wenn sie es schaffen, gleichzeitig soziale Fragen zu adressieren. Dies ist dann wichtig, wenn zeitnah eine breite Bewegung für ökologische Transformationsprozesse aufgebaut werden soll und Mehrheiten gewonnen werden sollen.³⁷ »Grüner« Kapitalismus hingegen führt leicht zu massiver Ungerechtigkeit (lokal und global). Diese Ungerechtigkeit (ärmere Länder sollen auf gleichen Lebensstandard wie in reichen Ländern verzichten, ärmere Personen sollen auf Konsum verzichten, während reiche Personen sich nicht einschränken müssen) und

der Widerstand dagegen zwingen den »grünen« Kapitalismus dazu, entweder ökologische Ziele aufzugeben (oder abzumildern) oder aber zunehmend autoritärere Durchsetzungsstrategien zu nutzen.³⁸

Daher ist davon auszugehen, dass gerade in Demokratien eine ökologische Transformation deutlich erfolversprechender ist, wenn sie sozial ausgerichtet ist. Ohne die Adressierung sozialer Fragen drohen ein Legitimitätsverlust und das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen, die dann ökologische Entscheidungen als Verlust von Wohlstand thematisieren (etwa die Verteuerung von Benzin, Strom, Heizung oder Fleisch). Die gerechtere Gestaltung der Ökonomie ist durch massive Eingriffe möglich, konsequenter wäre es jedoch, eine postkapitalistische Organisationsform für die Ökonomie zu wählen, um soziale und ökologische Ziele gleichzeitig verwirklichen zu können.

Denkbar ist auch eine unsoziale ökologische Transformation in autoritären Staaten, die es schaffen, die Bevölkerung so weit zu unterdrücken, dass soziale Proteste die ökologische Transformation nicht aufhalten. Dann würde es sich jedoch um eine sehr fragile, unsoziale und undemokratische ökologische Transformation handeln.

Vergesellschaftung ist dazu geeignet, soziale Ansprüche in der ökologischen Transformation zur Geltung zu bringen. Dies liegt daran, dass vergesellschaftete Wirtschaftsbereiche nicht auf Privatnutzen und damit Profit ausgerichtet sind. Durch die Entprivatisierung des Verfügungszwecks rückt die Gemeinwohlorientierung in den Mittelpunkt der Überlegungen. Hierbei bleibt jedoch offen, was das Gemeinwohl genau ist und wie dieses verwirklicht werden soll. Diese Offenheit bietet aber einen Anknüpfungspunkt für Vorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität. In diesem Zusammenhang lassen sich etwa Degrowth³⁹-Forderungen diskutieren und alternative Messungen von Wohlstand und gesellschaftlichem Reichtum⁴⁰ in den Blick nehmen, die nicht von Wirtschaftswachstum, sondern von Lebensqualität (oder *buen vivir*⁴¹) ausgehen. Hierzu gehören dann etwa auch gelingende Sorgebeziehungen⁴², weshalb hier eine Verbindung zur Care Revolution⁴³ besteht. Auf diese Weise lässt sich also der soziale Aspekt bei der ökologischen Transformation berücksichtigen. Die Verbindung von ökologischer Transformation und Ver-

gesellschaftung erlaubt es in einem stärkeren Ausmaß, soziale Ansprüche einzubringen, als dies etwa im Rahmen eines grünen Kapitalismus möglich wäre.

Fazit: Bewegung und Vergesellschaftung

Es hat sich gezeigt, dass Vergesellschaftung eine Antwort auf mindestens drei Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation sein kann: Es wird ein kollektives Handlungssubjekt erzeugt,⁴⁴ das die sozialökologische Transformation durchführen kann, die Demokratie wird erweitert und vertieft, und es werden über den Gemeinwohlbezug soziale Ansprüche realisiert. Es ist jedoch unklar, ob Vergesellschaftung auch einen Beitrag zur vierten Herausforderung liefern kann, also zum Aufbau einer Bewegung, die diese Transformation erkämpft.

Insofern Vergesellschaftung auch die soziale Frage im Kontext einer ökologischen Transformation stellt, hat sie das Potenzial, für den Aufbau einer breiten sozialökologischen Bewegung geeignet zu sein. Wie breit solche Vergesellschaftungsbündnisse sein können, hängt jedoch auch davon ab, wie weit oder eng »Vergesellschaftung« ausgelegt wird.⁴⁵ Ein enger Begriff (etwa Vollsozialisierung mit Planwirtschaft und Rätedemokratie mit Beschränkung auf die Transformation der Warenproduktion) erlaubt es, konkrete Transformationsprozesse anzugehen, schließt jedoch Personen aus, denen dies zu radikal ist. Für den Aufbau einer Bewegung kann es daher sinnvoll sein, einen vagen und eher weiteren Begriff zu verwenden, dem sich verschiedene politische Bewegungen anschließen können. Dies birgt jedoch auch die Gefahr, dass der Begriff weniger Schärfe hat und von Regierungen, die nicht vergesellschaften wollen, entleert und gekapert werden kann. Hier muss eine soziale Bewegung immer strategisch zwischen Konkretisierung und Vagheit balancieren. Mindestens stellt sich im Zusammenhang mit ökologischen Themen jedoch die Frage, wie das Verhältnis zwischen Vergesellschaftung und Ökofeminismus⁴⁶ zu denken ist oder wie sich das Verhältnis zu Bewegungen gegen *environmental racism*⁴⁷ und *eco-imperialism*⁴⁸ darstellt. Können mit Vergesellschaftung Bündnisse erzeugt werden, oder braucht es darüberhinausgehende, breitere politische Ziele wie etwa das der Emanzipation?

Der Aufbau politischer Bewegungen hängt jedoch von dem Erfolg vieler Basisbewegungen ab und von deren strategischem Agieren. Hier ist beispielsweise auch Dörres⁴⁹ Kritik an Rosas Theorie der Resonanz (als gelingende Weltbeziehungen) verfrüht. Jonathan Pickering et al.⁵⁰ und Eckersley⁵¹ argumentieren etwa, dass Menschen sich aktuell oft von globalen Problemen abwenden und versuchen, ökologische Fragestellungen im Alltag zu verhandeln, einen nachhaltigen Lebensstil zu führen oder eine nachhaltige Lebensform⁵² zu wählen. Dies kann als ein Bedürfnis nach Resonanz gelesen werden. Hier besteht jedoch ein ähnliches Problem wie bei ethischem Konsum. Nicht individuelle Lebensentscheidungen, sondern kollektives politisches Handeln ist dazu in der Lage, eine sozialökologische Transformation einzuleiten.⁵³ Dies bedeutet nicht, dass individuelle Lebensentscheidungen keinerlei Änderungen bewirken können, nur die großen gesellschaftlichen Transformationsprojekte liegen außerhalb ihrer Reichweite. Aber auch wenn zum Beispiel ethischer Konsum ökonomisch geringe Auswirkungen hat, kann er dennoch Teil eines politischen Organisationsprozesses sein.⁵⁴ Vergesellschaftung müsste es idealerweise gelingen, die Resonanzerfahrung eines nachhaltigen Lebensstils mit konkreten Transformationsprojekten zu verbinden.

Damit das Vergesellschaftungsprojekt attraktiver Bezugspunkt für eine sozialökologische Transformation sein kann, ist es notwendig, dass Kämpfe erfolgreich geführt werden können. Dies ist wahrscheinlicher, wenn Vergesellschaftung nicht zu anspruchsvoll verstanden wird. Teilsozialisierungen sollten etwa nicht diskreditiert werden, aber gleichzeitig der utopische Überschuss der Vergesellschaftung nicht verloren gehen. Erfolgreiche Teilsozialisierungen mit ausgeprägter Demokratie und sozialem Anspruch, die einen (bedingt) nachhaltigen Lebensstil ermöglichen, können dies leisten und müssten dann in eine Strategie der Vollsozialisierung (unter Berücksichtigung der Sozialisierungsreife) eingebettet sein.⁵⁵

Anmerkungen

- 1 Koch, Heiner (2023): Vergesellschaftung als Entprivatisierung, in: Zeitschrift für Politische Theorie.
- 2 Auch wenn Markt und private Produktion bedeuten, dass nicht geplant wird, heißt das nicht, dass im Kapitalismus nicht trotzdem oft geplant wird. Hierzu etwa: Phillips, L. / Rozworski, M. (2019): *The people's republic of Walmart. How the world's biggest corporations are laying the foundation for socialism*, Verso Books. Dies kann etwa durch staatliche Eingriffe oder Monopole geschehen. Dies bedeutet jedoch auch, dass der Kapitalismus nicht mehr in Reinform vorliegt, sondern Markt und private Produktion reguliert, ersetzt oder abgeschwächt werden.
- 3 Koch, Heiner (2022): *Strukturelle Herrschaft*, Dissertationsschrift.
- 4 Dörre, Klaus (2021): *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*, Matthes & Seitz Berlin Verlag. Cockshott, W. P. / Cottrell, A. / Dapprich, J. P. (2022): *Economic Planning in an age of Climate Crisis*, Independently published. Vettese, T., & Pendergrass, D. (2022): *Half-Earth Socialism. A Plan to Save the Future from Extinction, Climate Change and Pandemics*, Verso Books.
- 5 Bogun, Roland (2020). Was wissen wir über die ökologischen Wirkungen des privaten Konsums? Anmerkungen zum Stand der Forschung und den Problemen des »Fußabdruck-Denkens«, in: *Waren – Wissen – Raum. Interdependenz von Produktion, Markt und Konsum in Lebensmittelwarenketten*, S. 517–560.
- 6 Martens, Jens (2000). Die Grenzen der Selbstregulierung. Verbindliche Umwelt- und Sozialstandards für transnationale Unternehmen, in: Fichter, K., Schneidewind, U. (Hrsg.): *Umweltschutz im globalen Wettbewerb*, Springer, S. 91–99. Martens, J. (2003): Die Grenzen der Selbstverpflichtung, in: *Ökologisches Wirtschaften-Fachzeitschrift*, 18(5), S. 18–19.
- 7 European Investment Bank (2023): *Investment report 2022/2023 – Resilience and renewal in Europe*, European Investment Bank.
- 8 Dörre (2021), S. 33f.
- 9 Gerade in der Debatte nach 1918 wurde Teilsozialisierung als die Sozialisierung von nur Teilen der Gesamtwirtschaft (etwa nur der Rohstoffproduktion) verstanden, während Vollsozialisierung die Einführung einer gesamtgesellschaftlichen Planwirtschaft meinte, die alle Wirtschaftssektoren erfasst.
- 10 Zur Sozialisierungsreife siehe insbesondere auch: Novy, K. (1978): *Strategien der Sozialisierung*, Campus Verlag.
- 11 Dörre (2021), S. 109.

- 12 So existieren etwa kaum basisdemokratische Elemente, und die repräsentative Demokratie ist durch Lobbyarbeit, eine dysfunktionale Öffentlichkeit und postdemokratische Elemente geprägt.
- 13 Cockshott, William Paul / Cottrell, Alin / Dapprich, Jan Phillip (2022): *Economic Planning in an age of Climate Crisis*, Independently published. Dapprich J. P. (2022): *Optimal planning with consumer feedback. A simulation of a socialist economy*, in: *Review of Political Economy*, S. 1136–1156. Hahnel, R. (2021): *Democratic economic planning*, Routledge. Devine, P. (1988): *Democracy and economic planning. The political economy of a self-governing society*, Westview Press. Daum, T. / Nuss, S. (Hrsg.) (2021): *Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus*, Dietz.
- 14 Durner, Wolfgang (2018), Art. 15 GG, Rn. 90f., in: Maunz, Theodor / Dürig, Günter (Hrsg.) *Grundgesetz*, C. H. Beck.
- 15 Aydurmuş, Didem (2016): *Survival Despite the People. Democratic Destruction Or Ecological Meritocracy*, CreateSpace Independent Publishing Platform. Blühdorn, I. (2020): *The legitimation crisis of democracy. Emancipatory politics, the environmental state and the glass ceiling to socio-ecological transformation*, in: *Environmental Politics* 29:1, S. 38–57. Malm, A. (2021). *How to blow up a pipeline*, Verso Books.
- 16 Mason, Michael (2012): *Environmental democracy. A contextual approach*, Routledge.
- 17 Beispielsweise Pickering / Bäckstrand / Schlosberg (2020), S. 1–15; Eckersley, Robyn (2020): *Ecological democracy and the rise and decline of liberal democracy. Looking back, looking forward*, in: *Environmental Politics*, 29:2, S. 214–234; Fischer, Frank (2018): *Environmental Democracy. Participation, Deliberation and Citizenship*, in: Bosström, Magnus, Davidson, Debra (Hrsg.) *Environment and Society*, Palgrave Macmillan.
- 18 Wirtschaftsdemokratie bedeutet, dass auch über wirtschaftliche Fragen demokratisch entschieden wird. Dies kann Demokratie auf betrieblicher Ebene bedeuten, aber auch, demokratisch-planwirtschaftliche Entscheidungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu treffen.
- 19 Foster, John Bellamy (2022): *Capitalism in the Anthropocene. Ecological ruin or ecological revolution*, NYU Press; Dörre (2021); Zelik, Raul (2020): *Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus*, Suhrkamp Verlag; Löwy, Michael (2016): *Ökosozialismus. Die radikale Alternative zur ökologischen und kapitalistischen Katastrophe*.
- 20 Der Artikel 15 GG lautet: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.«

- 21 Durner (2018).
- 22 Betriebliche Demokratie würde bedeuten, dass nicht nur die Eigentümer*innen eines Unternehmens über wirtschaftliche Fragen entscheiden, sondern auch die Belegschaft. Anders als bei den etablierten Betriebsratsstrukturen würde dies explizit auch die Entscheidungen über Investitionen einschließen.
- 23 Durner (2018).
- 24 Korsch, Karl (1919): Was ist Sozialisierung, Freies Deutschland Verlagsgesellschaft. Weil, F. (1921): Sozialisierung. Versuch einer begrifflichen Grundlegung nebst einer Kritik der Sozialisierungspläne (No. 7), Verlag Gesellschaft und Erziehung GmbH.
- 25 Betriebliche Demokratie ist etwa für Ridder entscheidend: Ridder, H. (1975): Die soziale Ordnung des Grundgesetzes, Opladen, S. 104.
- 26 Neurath, Otto (1919): Wesen und Weg der Sozialisierung, Verlag von George D. W. Callwey, S. 7.
- 27 Korsch (1919).
- 28 Weil, Felix (1921): Sozialisierung. Versuch einer begrifflichen Grundlegung nebst einer Kritik der Sozialisierungspläne (No. 7), Verlag Gesellschaft und Erziehung GmbH, S. 68f.
- 29 Weil (1921), S. 71.
- 30 Neurath (1919).
- 31 Blühdorn, Ingolfur (2020): The legitimization crisis of democracy: emancipatory politics, the environmental state and the glass ceiling to socio-ecological transformation, in: Environmental Politics, 29:1, S. 39.
- 32 Dörre (2021), S. 54.
- 33 Blühdorn (2020), 38–57; Pickering/ Bäckstrand/ Schlosberg (2020), 1–15, S. 3 unter Verweis auf: Heilbroner, Robert (1974): An Inquiry into the Human Prospect. New York, NY: Norton.
- 34 Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Suhrkamp.
- 35 Zeller, Christian (2020): Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen, München, S. 49–52.
- 36 Dörre (2021), S. 15.
- 37 Brunnengräber, Achim (2018): Umweltorganisationen und die soziale Frage. Eine sozialökologische Transformation braucht Antworten auf soziale Ungleichheiten, in: Forum Umwelt & Entwicklung, 2/2018, S. 2–3.
- 38 Wenn beispielsweise ein Heizungsgesetz Widerstand in der Bevölkerung erzeugt, kann dieses entweder abgeschwächt oder gegen Widerstand durchgesetzt werden.

Ähnliches gilt etwa für Benzinpreise, Energiepreise, die Regulation von Fleischproduktion und -konsumption oder den Umbau der Wirtschaft mit den verbundenen Arbeitsplatzverlusten (beispielsweise Kohleausstieg). Hierbei ist davon auszugehen, dass es sich oft nicht nur um ein Kommunikationsproblem handelt, sondern um echte Interessenkonflikte.

- 39 Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Junius.
- 40 Saito, Kohei (2023): Marx in the Anthropocene. Towards the Idea of Degrowth Communism, Cambridge University Press, Kapitel 7.
- 41 Acosta, Alberto (2015): Buen vivir – Vom Recht auf ein gutes Leben, oekom; Esteva, Gustavo / Babones, Salvatore / Babcicky, Philipp (2013): The future of development. A radical manifesto, Policy Press.
- 42 Zu den Sorgebeziehungen gehört unentgeltliche Hausarbeit, aber auch generell Pflege, Gesundheit, Beziehungsarbeit, Kinderbetreuung usw.
- 43 Care Revolution ist ein politisches Netzwerk, aber auch eine feministische politische Transformationsstrategie, bei der Sorgearbeit ins Zentrum der Überlegungen gerückt wird.
- 44 Dies kann der Staat sein, doch wird der Staat in dieser Rolle von vielen abgelehnt. Alternativ kämen Genossenschaften, Rätestrukturen, ein demokratischer Konföderalismus oder ähnliche Strukturen infrage. Mitunter wird jedoch auch argumentiert, dass diese Strukturen erst noch zu entwickeln seien.
- 45 Koch, Heiner (im Erscheinen): Vergesellschaftung als Entprivatisierung, in: Zeitschrift für Politische Theorie.
- 46 Warren, Karen (2000): Ecofeminist philosophy. A western perspective on what it is and why it matters, Rowman & Littlefield.
- 47 Bullard, Robert D., ed (1983): Confronting Environmental Racism. Voices from the Grassroots, South End Press.
- 48 Dies lässt sich etwa über eine imperiale Lebensweise oder eine Externalisierungsgesellschaft thematisieren. Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, oekom; Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Hanser Berlin.
- 49 Dörre (2021), S. 96ff.
- 50 Pickering / Bäckstrand / Schlosberg (2020), S. 7.
- 51 Eckersley, Robyn (2020): Ecological democracy and the rise and decline of liberal democracy. Looking back, looking forward, in: Environmental Politics, 29:2, S. 216.

- 52 Lebensformen sind eingebettet in gesellschaftliche Normen und Praktiken, vor deren Hintergrund die einzelnen Personen handeln. Es handelt sich gewissermaßen um einen Lebensstil, der umfassend in gesellschaftliche Normen und Praktiken eingebunden ist und nicht einfach Ausdruck rein individueller, gesellschaftlich unbeeinflusster Entscheidungen.
- 53 Jo, Littler (2013). 2 What's wrong with ethical consumption? in: *Ethical consumption*, Routledge, S. 27–37; Carrington, Michael Jemma / Zwick, Detlev / Neville, Benjamin (2016): The ideology of the ethical consumption gap, in: *Marketing Theory*, 16(1), S. 21–38; Forsyth, Tim / Young, Zoe (2007): Climate Change CO₂lonialism, in: *Mute*, 2;5. S. 28–35; Hartmann, Kathrin (2018): Die grüne Lüge. Weltrettung als profitables Geschäftsmodell, Karl Blessing Verlag; Monbiot, George (2007): Eco-junk. Green consumerism will not save the biosphere, in: *Guardian* 24th July 2007.
- 54 Barnett, Clive / Cloke, Paul / Clarke, Nick / Malpass, Alice (2010): *Globalizing responsibility. The political rationalities of ethical consumption*, John Wiley & Sons.
- 55 Wrights Idee der Realutopie ist etwa dazu geeignet, das Ziel einer sozialökologischen Transformation mit Realisierungsstrategien wie der der Vergesellschaftung zusammenzubringen. Wright, Erik Olin (2010): *Envisioning Real Utopias*, Verso.

Suffizienz und Vergesellschaftung

Eine transformative Verbindung

Jonas Lage und Benjamin Best

Abstract

Suffizienz und Vergesellschaftung sind zwei zentrale Konzepte und Strategien einer sozialökologischen Transformation, die in den letzten Jahren in sozialen Bewegungen, Wissenschaft und teilweise auch Politik zunehmende Aufmerksamkeit erlangt haben. Die Notwendigkeit einer grundlegenden, im ursprünglichen Wortsinn radikalen (*radix*, lateinisch für »Wurzel«) Transformation teilen beide Konzepte. Nichtsdestotrotz wurden die beiden Ansätze bislang weitestgehend getrennt voneinander diskutiert. Vergesellschaftungsansätze entstammen stärker sozialpolitischen Diskursen und Kämpfen, wohingegen Suffizienzansätze primär ökologisch motiviert sind. In diesem Beitrag wird für eine stärkere Verknüpfung der beiden Konzepte argumentiert, und es werden Punkte identifiziert, in denen die Suffizienz- beziehungsweise Vergesellschaftungsperspektive durch die jeweils andere bereichert werden kann.

Einleitung

Vergesellschaftung und Suffizienz sind zwei bekannte Schlagwörter der Debatten um sozialökologische Transformation. In den vergangenen Jahren haben sie jedoch deutlich an Aufmerksamkeit und Bedeutung dazugewonnen. Auf der einen Seite ist vor allem der große und national wie international geachtete Erfolg der Kampagne von »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«* (DWE)

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Tilman Wendelin Alder: Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung.

zu nennen. Gefolgt wurde jene von einer Vergesellschaftungskonferenz im September 2022 in Berlin. Beide Ereignisse zusammen haben Fragen rund um Eigentum und Vergesellschaftung diskurs- und mehrheitsfähig gemacht.

Suffizienz auf der anderen Seite wird zunehmend auch auf den großen politischen Bühnen als zentrale Nachhaltigkeitsstrategie zur Bekämpfung des Klimawandels und anderer sozialökologischer Krisen anerkannt. So hat beispielsweise der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) im Jahr 2022 erstmals Suffizienz als unumgängliche Strategie beschrieben.¹ Dass Suffizienz in den Vordergrund tritt, gründet einerseits auf der immer deutlicher zutage tretenden Erkenntnis, dass marktförmige und technische Lösungsansätze einer »grünen Modernisierung«² (allein) nicht ausreichen, um soziale und ökologische Krisen zu beheben.³ Andererseits wird sowohl im Vergesellschaftungsdiskurs – welcher stärker sozial motiviert ist – als auch im Suffizienzdiskurs – der sich stärker ökologischer Begründungen bedient – die Notwendigkeit der verknüpften Adressierung sozialökologischer Probleme betont.⁴

Verbunden sind die Ansätze der Suffizienz und der Vergesellschaftung auch in ihrer Radikalität. Radikalität hier nicht allein verstanden als Abweichung vom diskursiven Mainstream, sondern vor allem im ursprünglichen Wortsinn als »an der Wurzel ansetzend«. Denn Vergesellschaftung, beispielsweise von Wohnraum, setzt nicht auf Marktreformen, um profitgetriebene Mietpreiserhöhungen stärker zu regulieren und Entscheidungsprozesse zu demokratisieren, sondern auf eine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und damit der materiell-rechtlichen Basis.

Eigentum ist eine grundlegende Kategorie sozialer Ordnung – wie im noch folgenden Abschnitt »Vergesellschaftung wirkt auf Suffizienzpolitik« ausgeführt wird –, die das Primat der Profitorientierung strukturell verankert.⁵ Ähnlich setzt Suffizienz nicht auf die Entwicklung neuer »grüner« und effizienter Produkte, sondern auf die Reduktion von Konsum- und Produktionsniveaus (in den materiell exzessiven Teilen der Welt).⁶ Nichtsdestotrotz verlaufen die Vergesellschaftungs- und die Suffizienzdiskurse bislang weitestgehend unabhängig voneinander. Daher sollen in diesem Debattenbeitrag die potenziellen Verknüpfungspunkte der beiden Konzepte für eine sozialökologische Transformation⁷ diskutiert werden.

Zwei Begriffe und Strategien sozialökologischer Transformation

Suffizienz

Wir verstehen Suffizienz als eine Strategie zur drastischen Reduktion von Konsum sowie Produktion von Endkonsumgütern und -dienstleistungen (zum Beispiel beheizte Wohnfläche, tierische Lebensmittel oder Autoproduktion und -besitz) durch die Veränderung sozialer Praktiken.⁸ Ziel dessen sind die Einhaltung von ökologischen Nachhaltigkeitszielen (zum Beispiel die Einhaltung planetarer Grenzen oder des 1,5-Grad-Celsius-Ziels) sowie die Gewährleistung eines adäquaten sozialen Fundaments für alle Menschen.⁹

In einem transformativen Strang der Suffizienzliteratur¹⁰ wird Suffizienz als »politischer Stachel«¹¹ sowie macht- und herrschaftskritischer Gegenentwurf zu einer auf Wachstum und Effizienz ausgerichteten gesellschaftlichen Organisationsweise konzeptioniert.¹² Aus Suffizienzperspektive werden Fragen sozialer Ungleichheit nicht mit weiterem Wachstum, sondern durch Umverteilung adressiert. So verstanden, stellt Suffizienz auch bürgerliche Eigentumsstrukturen infrage¹³ und bietet eine Strategie für eine radikale Transformation.¹⁴

Wie bereits beschrieben, ist ein Ausgangspunkt die Erkenntnis, dass die technischen Strategien der Effizienz¹⁵ und Konsistenz¹⁶ nicht ausreichen, um Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.¹⁷ Da die in der Regel angestrebte Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch nicht ausreichend schnell erreicht wird, ist das Konzept der Suffizienz in den letzten Jahren aus der wissenschaftlichen Forschung zunehmend auch von der Politik – von lokaler bis globaler Ebene – aufgegriffen worden.¹⁸ Im Rahmen dieses Prozesses zunehmender politischer Aufmerksamkeit findet aber eine Verzerrung statt – die macht- und herrschaftskritische Perspektive der Suffizienz spielt in der politischen Verwendung kaum eine Rolle.

Vergesellschaftung

Gegenwärtig erlebt »grüne« Industriepolitik eine Renaissance. Dabei führen Staaten vielfach Anreize, Subventionen und Steuererleichterungen ein, um heimische Industrien zu stützen. Vergesellschaftung, so wie wir sie verstehen, ginge da deutlich weiter und würde die Eigentumsfrage ins Zentrum der Debatte stellen. In privater Hand konzentriertes Eigentum an Produktionsmitteln – wie etwa Fabriken oder Gebäude privater Wohnungsunternehmen – würde durch Vergesellschaftung in gemeinschaftliches Eigentum überführt.¹⁹ Das kann etwa in Form von Verstaatlichung, Genossenschaften oder Stiftungen geschehen, wobei insbesondere die Verstaatlichung von Teilen der Vergesellschaftungsbewegung kritisch gesehen wird.

In der Wissenschaft werden die Notwendigkeit der teilweisen Aufhebung privater Märkte und die Rolle staatlicher Steuerung beziehungsweise Planung bereits intensiv diskutiert. Ziel ist dabei »selektives Wachstum«, das heißt, Teilbereiche der Wirtschaft oder ganze Industrien zu schrumpfen und solche Industrien, die wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen, zu fördern und gegebenenfalls zu vergesellschaften.²⁰ Richard Bärnthaler und Ian Gough differenzieren dafür zwischen exzessiver und essenzieller Produktion (sowie einem großen In-between-Bereich).²¹ Vorgeschlagen werden bei ihnen die Vergesellschaftung wichtiger Bedarfsfelder wie Energieversorgung, Ernährung, Wohnen, Telekommunikation oder Gesundheit und die Schrumpfung der Finanz- und Werbeindustrie, da jene nicht maßgeblich zum gesellschaftlichen Wohlergehen beitragen.

Durch Vergesellschaftung kann Gemeinwohl an die Stelle der Profitorientierung treten. So lautet der Wahlspruch der Wohngenossenschaft Lobeda-West e. G., welcher sich in ähnlicher Form auch bei anderen Wohnungsgenossenschaften finden lässt: »Treu zu Treu ist Genossenschaftspflicht, wer bei uns wohnt, den vergessen wir nicht!«²² Profit und Investitionen gehören zwar auch bei Genossenschaften zu den Voraussetzungen erfolgreichen Wirtschaftens, die Gewinne gehen jedoch immer an die Mitglieder, mittelbar oder unmittelbar in Form von Investitionen in das eigene Kapital.²³ Auch werden demokratische Verfügung beziehungsweise Entscheidungsprozesse gestärkt: In Genossenschaften gelten etwa basisdemokratischere Prinzipien als in Akti-

engesellschaften, da jede*r Anteilseigner*in unabhängig von der Höhe der Einlage nur eine Stimme hat.

Somit umfasst Vergesellschaftung nicht nur die Überführung von privatem in kollektives Eigentum, sondern auch eine Priorisierung von Gemeinwohl- gegenüber Privatinteressen sowie eine Demokratisierung von Entscheidungsprozessen.

Suffizienzpolitik wirkt auf Vergesellschaftung

Vergesellschaftungsperspektiven können durch wichtige Argumente angereichert werden, wenn sie Forderungen nach Suffizienz(politik) integrieren. Denn Suffizienz erweitert materiell und diskursiv den Möglichkeitsraum für Vergesellschaftung.

Erstens argumentiert Suffizienz für eine Begrenzung von Konsum und Produktion und damit für eine Abkehr von der Wachstumsorientierung. Diese Reduktion kann mit unterschiedlichen Mitteln verfolgt werden, etwa durch staatliche Vorgaben oder Anreize, neue Geschäftsmodelle, Grassroots-Initiativen oder Protestbewegungen. Wenn sich dadurch diskursive, institutionelle oder materielle Rahmenbedingungen in Richtung Suffizienz ändern, werden herkömmliche Geschäftsmodelle, die primär auf materielles Wachstum setzen, weniger attraktiv beziehungsweise auf Dauer nicht mehr tragbar. Wird materielles Wachstum begrenzt, bedeutet dies, dass es neuer Geschäftsmodelle und Eigentumsformen bedarf, die nicht inhärent auf Wachstum und weitere Kapitalakkumulation ausgelegt sind. Wenn Suffizienzpolitik konsequent umgesetzt wird, kommt man daher um vergesellschaftete Unternehmen nicht herum, da sie eine wichtige Stütze des wachstumsunabhängigen Wirtschaftens sind. So kann Suffizienzpolitik als Booster für Vergesellschaftungsdebatten wirken.

Zweitens stärkt Suffizienzpolitik öffentlichen Wohlstand anstelle von privatem Luxus und stellt damit – wie bereits angedeutet – Gemeinwohl- über privatwirtschaftliche Interessen.²⁴ Wie wäre es eigentlich, wenn nicht so gut wie jede*r in der privaten Küche täglich ein Essen kocht, sondern mehr gemeinschaftliche Versorgung im Haus oder im Quartier stattfindet? Politische Anreize und Vorschriften zur Errichtung von Gemeinschaftsküchen und

Kantinen in Wohngebäuden könnten helfen, einen Teil der Versorgung für alle abzudecken, private Quadratmeter zu sparen und etwas gegen die Vereinsamung in Städten zu tun. Auf diese Weise würde es auch einfacher, auf eine gesunde Ernährungsweise für alle zu achten.

Ähnlich bei den Straßen: Was wäre, wenn nicht immer mehr Autos den Straßenraum »privatisieren«, sondern die Straße gleichrangig für unterschiedliche Verkehrsträger und Bedürfnisse wie Mobilität, Ruhe, Aufenthaltsqualität etc. zur Verfügung steht? So verstanden, trüge Suffizienzpolitik unmittelbar zur Vergesellschaftung bei, denn die Erfüllung von Bedürfnissen innerhalb sozialökologischer Grenzen erfordert einerseits eine Begrenzung von privaten Konsumpraktiken und andererseits neue Subsistenzpraktiken, die durch gemeinschaftliche Herstellung und Nutzung gekennzeichnet sind.²⁵ Damit öffnet Suffizienz auch einen Diskussionsraum für Fragen nach gemeinschaftlichem Eigentum und der gesellschaftlichen Organisation von Infrastruktur, Gebäuden und Technologien und leistet bereits im Hier und Jetzt einen Beitrag zur materiellen Umwidmung von Privatem zu Öffentlichem.

Drittens, in Anlehnung an Wolfgang Sachs,²⁶ bleibt Vergesellschaftung ohne Suffizienzperspektive richtungsblind. Die Frage nach dem, was genug ist, gilt nicht nur für die Konsum-, sondern auch für die Produktionsseite. Es gilt, sich als Gesellschaft klarzumachen, dass durch die Begrenztheit von Ressourcen und ökologischen Senken das hochproduktive Ergebnis kapitalistischer Wirtschaftsformen nicht mehr nachgebildet werden kann und soll. Vielmehr wird gestrichen, was unnötig ist, weil es nicht zum Wohlergehen der Gesamtbevölkerung beiträgt;²⁷ und es wird weit weniger gearbeitet, da weniger produziert werden muss, sodass mehr Zeit für freie Entfaltung bleibt.²⁸

Vergesellschaftung wirkt auf Suffizienzpolitik

Die Umsetzung von Suffizienzpolitik kann andersherum durch vergesellschaftete Strukturen erleichtert werden. Die oben bereits erwähnte Gemeinwohl- und Bedürfnisorientierung der Suffizienzperspektive kann in vergesellschafteten Eigentums- und Organisationsstrukturen ihre materielle und organisatorische Basis finden.

Abstrakt gesprochen, strukturiert Eigentum als Kategorie sozialer Ordnung²⁹ Beziehungen, Zugänge, Inhalte und politische Ausrichtung von Institutionen und Individuen.³⁰ Das heißt, die Frage, wie Eigentumsrechte verteilt sind, kann Einfluss darauf haben, ob Suffizienzpolitische Ziele und Praktiken verfolgt und erreicht werden. Stehen bei individuellen Eigentumsrechten eher individuelle und Profitinteressen im Fokus, stärken gemeinschaftliche Eigentumsrechte eine Ausrichtung der Handlungen entlang von gemeinschaftlichen Interessen.³¹ Über die reine Umverteilung von Eigentumsrechten hinaus sollte eine Vergesellschaftung deshalb mit partizipativen Institutionen und Entscheidungsprozessen einhergehen, durch welche eine Orientierung an gemeinschaftlichen Interessen weiter gestärkt wird.

Konkret können eine solche Demokratisierung und Orientierung an gemeinschaftlichen statt Profitinteressen beispielsweise in Form von (Mit-)Bestimmung durch Arbeitnehmende, Nutzende oder auch andere Kollektive – beispielsweise demokratische staatliche – Strukturen gestärkt werden. Im Rahmen dieser demokratischen Mitbestimmung ist es im Vergleich zu nicht vergesellschafteten Strukturen wahrscheinlicher, dass die Bedürfnisse der Arbeitnehmenden, Nutzenden oder nicht direkt beteiligter Dritter (zum Beispiel Menschen, die in der Nähe von Fabriken wohnen) gegenüber (privaten) Profitinteressen in den Vordergrund gerückt werden.

Diese Gemeinwohlorientierung ist auch im Vorschlag von DWE für die Organisationsstruktur der Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) enthalten. Vorgesehen ist in dieser Struktur nicht nur die Selbstverwaltung durch die Bewohnenden, sondern auch die Integration Dritter – also Menschen aus den Stadtteilen – in die Entscheidungsprozesse.³² So ist eine Förderung des Wohnungstausches mit dem Ziel einer passgenaueren Belegung der Wohnungen und damit einer Reduktion der Wohnfläche pro Kopf erklärtes Ziel von DWE.³³ Auch in Schweizer Genossenschaften lassen sich ähnliche Praktiken bereits beobachten.³⁴ Jenseits des Wohnens kann eine Verantwortungsübernahme, beispielsweise in Form von Energiegenossenschaften, zu einer stärkeren Sensibilisierung für Suffizienzfragen beitragen.³⁵

Allgemein gesprochen, erweitert eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Möglichkeiten der Mitbestimmung suffizienzgemäß über das alt-

bekannte »Wie wird produziert?« – was sich auf die oberflächlichen Arbeitsbedingungen beschränkt – hinaus zu einem »Was wird produziert?« und vor allem »Wie viel wird produziert?«. Vergesellschaftung wird so zu einem Booster für Suffizienz.

In vergesellschafteten Strukturen werden eine stärkere Partizipation von Arbeitnehmenden, Nutzenden und Dritten sowie die Orientierung an gemeinschaftlichen Interessen durch andere Eigentumsformen, die nicht auf Rendite und Wachstum angewiesen sind, ermöglicht und unterstützt. So müssen beispielsweise Genossenschaften im Gegensatz zu Aktiengesellschaften, deren Kapital von renditeorientierten Anlegenden bereitgestellt wird, bei ausbleibendem Wachstum nicht den Abzug des Kapitals fürchten. Suffizienzpolitik kann damit in vergesellschafteten Strukturen aufgrund des gesellschaftlich orientierten Unternehmenszwecks sowie der stärkeren Mitbestimmung leichter auf gesellschaftliche Zustimmung treffen und aufgrund der weniger wachstumsabhängigen Eigentumsverhältnisse krisenärmer umgesetzt werden.

Andersherum wird in diesem Beitrag die These vertreten, dass eine konsequente und substanzielle Suffizienzpolitik, die beispielsweise auf Rationierung setzt, aber wie bei Ulrike Herrmann (deutsche Journalistin und Publizistin) die Eigentumsfragen ausblendet,³⁶ die Stabilität des gegenwärtigen wachstumsabhängigen Produktionssystems gefährden könnte. Wenn keine unternehmerischen wachstumsunabhängigen Alternativen entwickelt und etabliert werden, verbleibt Suffizienzpolitik entweder oberflächlich und zahnlos oder könnte einen Kollaps zahlreicher Unternehmen und damit eine unkontrollierte Wirtschaftskrise befördern.

Fazit: Suffizienzorientierte Vergesellschaftung für eine sozialökologische Transformation

Suffizienz und Vergesellschaftung sind zwei inhaltlich eng verbundene Konzepte und Strategien sozialökologischer Transformation. Beide verbindet eine Gemeinwohl- statt Profitorientierung und eine Perspektive zur Überwindung von Wachstumswängen. In der Kombination beider Ansätze ergeben

sich produktive Anregungen. Um eine Gemeinwohlorientierung zu stärken, wird aus Vergesellschaftungsperspektive der grundlegende Einfluss von Eigentumsstrukturen und demokratietheoretischen Fragen betont, wohingegen aus Suffizienzperspektive eine nötige drastische Reduktion der Menge an Endkonsumgütern und -dienstleistungen hervorgehoben wird. So kann aus der konzeptionellen Verbindung der beiden eine integrierte Strategie für die sozialökologische Transformation entstehen, die sich auf strukturelle Veränderungen anstatt auf Symptombekämpfung fokussiert.

Vereinzelte existieren auch bereits Verknüpfungen zwischen den beiden Konzepten. So bezieht DWE Suffizienzansätze in ihre Forderungen für eine klimafreundliche Umgestaltung des zu vergesellschaftenden Wohnungsbestandes ein.³⁷ Aktivist*innen des besetzten Automobilzulieferers GKN in Campi Bisenzio (Italien) fordern nicht nur die Vergesellschaftung des Unternehmens, sondern auch eine Umstellung der Produktion auf Produkte, die für suffizienzorientierte Praktiken benötigt werden.³⁸ Suffizienz wird hier aber nur selten als explizite Perspektive verwendet. Andererseits existiert im Suffizienzdiskurs ein macht- und herrschaftskritischer Strang, der Eigentums- und Organisationsstrukturen mit Nichtnachhaltigkeit verknüpft und damit als einen zentralen Ansatzpunkt für Suffizienzpolitik konzeptioniert.³⁹ Insbesondere in der jüngeren Entwicklung des Suffizienzdiskurses scheinen macht- und herrschaftskritische Perspektiven aber eine geringere Rolle zu spielen.

Realpolitische Kämpfe wie in Berlin oder Campi Bisenzio können gute Orte sein, um die konzeptionellen Gedanken, die in diesem Debattenbeitrag aufgegriffen wurden, in der politischen Praxis enger miteinander zu verknüpfen und damit weiter zu operationalisieren. Dann hätten Ansätze einer suffizienzorientierten Vergesellschaftung ein großes radikales und transformatives Potenzial.

Anmerkungen

- 1 Der IPCC-Bericht enthielt erstmals ein Kapitel mit dem Titel »Demand, Services and Social Aspects of Mitigation«, in dem zahlreiche Suffizienzmaßnahmen beschrieben wurden. Quelle: IPCC, Climate Change 2022 Mitigation of Climate Change – Full Report, IPCC, (2022), S. 503ff. Eine Definition von Suffizienzpolitik enthält der Bericht ebenfalls: »Sufficiency policies are a set of measures and daily practices that avoid demand for energy, materials, land and water while delivering human well-being-for-all within planetary boundaries« (ebd., S. 101).
- 2 Brand, Ulrich (2016): Transformation als »neue kritische Orthodoxie« und Perspektiven eines kritisch-emanzipatorischen Verständnisses, in: Brie, Michael / Reißig, Rolf / Thomas, Michael (Hrsg.): Transformation. Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs, Berlin; Münster, LIT, S. 209–224.
- 3 Wiedmann, Thomas / Lenzen, Manfred / Keyßer, Lorenz T. / Steinberger, Julia K. (2020): Scientists’ warning on affluence, in: Nature Communications, Vol. 11, S. 1–10.
- 4 Behrfelde, Rabea / Möller, Philipp (2023): Radikaldemokratische Planung der Wohnraumversorgung, in: PROKLA 53 (3), S. 561–577. Jungell-Michelsson, Jessica / Heikkurinen, Pasi (2021): Sufficiency: A systematic literature review, in: Ecological Economics, Vol. 195, S. 1–13. Lage, Jonas (2022): Sufficiency and transformation – A semi-systematic literature review of notions of social change in different concepts of sufficiency, in: Frontiers in Sustainability, Vol. 3, S. 1–21.
- 5 Benda-Beckmann, Franz von / Benda-Beckmann, Keebet von / Wieber, Melanie G. (2006): The Properties of Property, in: Benda-Beckmann, Franz von / Benda-Beckmann, Keebet von / Wieber, Melanie G. (Hrsg.): Changing properties of property, New York, NY, Berghahn Books.
- 6 Dabei wird in Vergesellschaftungs- wie auch Suffizienzdiskursen anerkannt, dass Marktreformen, Regulierungen und technisch verbesserte, »grünere« Produkte und Prozesse wie die Nutzung von erneuerbaren Energien, Elektromobilität und die Elektrifizierung von Industrieprozessen und, zu einem geringfügigen Teil, Negativemissionstechnologien weiterhin ergänzender Teil der Lösung sein müssen.
- 7 Eine sozialökologische Transformation verstehen wir als einen gerechten und partizipativen Pfad zur Sicherung von ökologischer Nachhaltigkeit und Wohlstand für alle. Dieser Prozess wird in Ländern des Globalen Nordens wahrscheinlich mit einer Senkung des BIP einhergehen und deren Energie- und Ressourcenverbrauch absolut reduzieren. Er basiert auf strukturellen Veränderungen des wachstumsbasierten, profitorientierten und globalisierten Wirtschaftssystems.
- 8 Lage, Jonas / Thema, Johannes / Zell-Ziegler, Carina et al. (2023): Citizens call for sufficiency and regulation – A comparison of European citizen assemblies and National Energy and Climate Plans, in: Energy Research & Social Science, Vol. 104, S. 1–14.

- 9 Raworth, Kate (2012): A Safe and Just Space for Humanity: Can We Live Within the Doughnut? [<https://policy-practice.oxfam.org/resources/a-safe-and-just-space-for-humanity-can-we-live-within-the-doughnut-210490/>].
- 10 Lage, Jonas (2022): Sufficiency and transformation – A semi-systematic literature review of notions of social change in different concepts of sufficiency, in: *Frontiers in Sustainability*, Vol. 3, S. 1–21.
- 11 Winterfeld, Uta von (2017): Politische Stachel der Suffizienz, in: Adler, Frank / Schachtschneider, Ulrich (Hrsg.): *Postwachstumspolitiken. Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft*, München, oekom, S. 65–76.
- 12 Princen, Thomas (2005): *The logic of sufficiency*, Cambridge, Mass., MIT Press.
- 13 Salleh, Ariel (2010): From Metabolic Rift to »Metabolic Value«: Reflections on Environmental Sociology and the Alternative Globalization Movement, in: *Organization & Environment*, Vol. 23, S. 205–219.
- 14 Brand, Ulrich (2016): Transformation als „neue kritische Orthodoxie« und Perspektiven eines kritisch-emanzipatorischen Verständnisses, in: Brie, Michael / Reißig, Rolf / Thomas, Michael (Hrsg.): *Transformation. Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs*, Berlin; Münster, LIT, S. 209–224.
- 15 Mit »Effizienz« wird eine Steigerung von Wirkungsgraden beschrieben, wodurch das Verhältnis von Output zu Ressourcen- und Umweltverbrauch verbessert werden soll. Effizienzgewinne führen häufig zu Rebound- und Wachstumseffekten, sodass der absolute Gewinn für die Umwelt geringer als erwartet oder sogar negativ ausfallen kann. Dementsprechend werden Effizienzsteigerungen nicht allein aus Umweltschutzgründen angestrebt, sondern sind von Beginn an ein zentrales Element kapitalistischer Produktion zur Steigerung von Wachstum und Kapitalrendite.
- 16 Mit »Konsistenz« wird der Austausch einer Technologie durch eine umweltschonendere Technologie beschrieben. Beispiele wären die Umstellung auf Elektromobilität mit dem Ziel der Nutzung erneuerbarer Energie. Der Begriff »Konsistenz« wird primär im deutschsprachigen Diskurs verwendet. Im Französischen wird von »erneuerbaren Energien« gesprochen, im Englischen neben »consistency« auch von »grünen Technologien«.
- 17 Vogel, Jefim / Hickel, Jason (2023): Is green growth happening? An empirical analysis of achieved versus Paris-compliant CO₂ – GDP decoupling in high-income countries, in: *The Lancet Planetary Health*, Vol. 7, S. e759–e769. Für einen Überblick über die drei Strategien Suffizienz, Effizienz und Konsistenz siehe Böcker, Maike / Brüggemann, Henning / Christ, Michaela et al. (2021): *Wie wird weniger genug?*, oekom verlag, S. 8–12.
- 18 Schmitt, Corinna / Leuser, Leon / Brischke, Lars-Arvid et al. (2015): Suffizienz-Maßnahmen und -Politiken in kommunalen Klimaschutzkonzepten und Masterplänen –

- ein Überblick, Heidelberg; Berlin, ifeu Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, European Parliament (2023), Committee on Industry, Research and Energy, Draft report on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on the energy performance of buildings. Verfügbar unter [https://www.europa.eu/doi/ceo/document/ITRE-PR-732742_EN.pdf]. IPCC, Climate Change 2022 Mitigation of Climate Change – Full Report, IPCC, (2022), S. 503ff.
- 19 Deppe, Frank (2020): ABC der Transformation: Vergesellschaftung, Zeitschrift Luxemburg [<https://legacy.zeitschrift-luxemburg.de/abc-der-transformation-vergesellschaftung/>].
 - 20 Bärnthaler, Richard / Gough, Ian (2023): Provisioning for sufficiency: envisaging production corridors, in: Sustainability: Science, Practice and Policy, Vol. 19.
 - 21 Ebd.
 - 22 Wohngenossenschaft Lobeda-West e. G. [<https://wg-lobeda.de/>].
 - 23 Schmitt, Wolfgang M. / Nymoen, Ole (2023): Helfen Genossenschaften gegen die Wohnungskrise?
 - 24 Lage, Jonas / Leuser, Leon (2019): Fläche unter Druck, in: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society, S. 365–373.
 - 25 Paech, Björn / Paech, Niko: Suffizienz plus Subsistenz ergibt ökonomische Souveränität. Stadt und Postwachstumsökonomie, in: politische ökologie, Post Oil City. Die Stadt von morgen 29 (2011), S. 54–60.
 - 26 In »Die vier E's«, einem 30 Jahre alten, grundlegenden Essay von W. Sachs, schreibt jener: »[D]ie »Effizienzrevolution« bleibt richtungsblind, wenn sie nicht von einer »Suffizienzrevolution« begleitet wird. Nichts ist schließlich so irrational, als mit einem Höchstmaß an Effizienz in die falsche Richtung zu jagen.« Sachs, Wolfgang (1993): Die vier E's. Merkposten für einen maßvollen Wirtschaftsstil, S. 69: Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Manuskripts rangierte es nach wie vor unter den meistgelesenen Publikationen des Wuppertal Instituts.
 - 27 Richard Bärnthaler / Ian Gough, Provisioning for sufficiency: envisaging production corridors, in, Sustainability: Science, Practice and Policy 19 (2023) 1, Taylor & Francis.
 - 28 Johannes Buhl / José Acosta, Work less, do less? in, Sustainability Science 11 (2016) 2, S. 261–276.
 - 29 Benda-Beckmann, Franz von / Benda-Beckmann, Keebet von / Wieber, Melanie G. (2006): The Properties of Property, in: Benda-Beckmann, Franz von / Benda-Beckmann, Keebet von / Wieber, Melanie G. (Hrsg.): Changing properties of property, New York, NY, Berghahn Books.
 - 30 Carruthers, Bruce G. / Ariovich, Laura (2004): The Sociology of Property Rights, in: Annual Review of Sociology, Vol. 30, S. 23–46.

- 31 Bromley, Daniel W. (1990): *Environment and economy: property rights and public policy*, Oxford, UK ; Cambridge, USA, Blackwell.
- 32 Deutsche Wohnen & Co enteignen (2023): *Gemeingut Wohnen – eine Anstalt öffentlichen Rechts*, Berlin, Deutsche Wohnen & Co enteignen.
- 33 Ebd. Behrfelde, Rabea / Möller, Philipp (2023): Radikaldemokratische Planung der Wohnraumversorgung, in: *PROKLA* 53(3), S. 561–577.
- 34 Blumer, Daniel (2012): *Vermietungskriterien der gemeinnützigen Wohnbauträger in der Schweiz*, Bern, Bundesamt für Wohnungswesen (BWO).
- 35 Frick, Vivian / Fülling, Julia / Anger, Kathrin / Knörzer, Ulrike / Tornow, Maren / Schnee, Hannah (2022): *Mit Suffizienz zur Energiewende. Wie Energiegenossenschaften Verbrauchsreduktion in Haushalten fördern können*, Berlin, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung.
- 36 Herrmann, Ulrike (2023): *Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden*.
- 37 Deutsche Wohnen & Co enteignen (2023).
- 38 Ferrari, Lukas / Kaiser, Julia (2022): *#Insorgiamo – Fabrikbesetzung fürs Klima*, in: Luxemburg, S. 1–5.
- 39 Lage, Jonas (2022): Sufficiency and transformation – A semi-systematic literature review of notions of social change in different concepts of sufficiency, in: *Frontiers in Sustainability*, Vol. 3, S. 1–21.

Vergesellschaftung und Arbeit

Klassenkampf und die ökologische Frage

Zum Phänomen der »Drehtüren« als Hindernis für wirksame Klimapolitik

Juan C. Castillo Rivadeneira
und Vanita Römer

Abstract

In diesem Beitrag wird ein wenig thematisierter Aspekt des Einflusses der Wirtschaft in der Politik behandelt: das Drehtürphänomen und seine Implikationen für die politische Auseinandersetzung mit der sozialökologischen Katastrophe. Im Beitrag wird das sogenannte Drehtürphänomen als eine aktuelle Repräsentation des Klassenkampfes nach Marx' Definition begriffen und somit als eine Einflussform auf politische Entscheidungen beschrieben, die nur für finanzstarke Großunternehmen möglich ist. Es wird außerdem versucht zu zeigen, inwiefern das Drehtürphänomen ein großes Hindernis für Vergesellschaftungsinitiativen sein kann. Dafür ist der Beitrag in vier Abschnitte unterteilt, beginnend mit einer Einleitung, auf die ein Abschnitt über die Idee des Klassenkampfes bei Marx und einer über die Aktualität des Begriffs folgen. Im vierten Abschnitt wird das Phänomen der Drehtüren behandelt. Der Beitrag endet mit einem Fazit.

» There's class warfare, all right, but it's my class, the rich class, that's making war, and we're winning.« Warren Buffet¹

Einleitung

Der Kampf gegen die kommunistischen Ideen im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde von Karl Marx wie folgt erläutert: »Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.«² Wenige Aussagen könnten präziser den aktuellen Stand des Kampfs gegen die sozialökologische Katastrophe* ausmalen als eine Paraphrase dieser bekannten Passage Karl Marx': Ein Gespenst geht um in der Welt – das Gespenst des Klimawandels. Unterschiedliche Mächte³ der heutigen Gesellschaft bekämpfen zusammen dieses Gespenst: Große Nichtregierungsorganisationen weisen auf das sozialökologische Problem hin, die Politik beschließt Maßnahmen, um Klimaziele zu erreichen, die Wirtschaft entwickelt neue angeblich klimaneutrale Technologien, die den Konsum unberührt lassen können und dem Klima helfen würden. Die Klimafrage befindet sich somit seit Ende des vorherigen Jahrhunderts im vermeintlichen Zentrum der politischen Diskussion.⁴

Die Realität sieht aber anders aus: Politik und Wirtschaft schieben sich gegenseitig die vollständige Verantwortung für die Klimakatastrophe und ihre sozialen Folgen zu. Sie versuchen dadurch der eigenen moralischen und politischen Verantwortung zu entkommen sowie ihre sozioökonomischen und politischen Entscheidungen zu legitimieren. Dieser Versuch widerspricht der Annahme, dass es sich bei der politisch-ökonomischen Diskussion über die Klimafrage um einen genuinen Strukturwandel⁵ handelt, denn die Zentralität der Klimathemen in der öffentlich-politischen Diskussion ist nur scheinbar und verschleiert ihre Instrumentalisierung durch die hegemonial-ökonomischen globalen Mächte⁶ zugunsten derer Interessen.

Aus dieser Beobachtung der Rolle des Klimathemas in der politischen Diskussion resultiert eine der Hypothesen dieses Beitrags: Das Klimapro-

* Zur sozialökologischen Frage siehe die Einleitung vom Herausgeber Tino Pfaff in diesem Band.

lem⁷ und seine sozialen Folgen werden als zentrales Thema der politischen Diskussion strategisch genutzt. Die Klimafrage wird nur als zentrales Thema behandelt, wenn sie nicht mit den Klasseninteressen einer Wirtschaftselite kollidiert. Daraus lässt sich folgern, dass aktuell die politische Diskussion der Klimafrage keine reellen Absichten hat, bestehende Machtrelationen infrage zu stellen, die für eine effektive Thematisierung und Diskussion der Klimafrage notwendig wären.

Parallel dazu werden durch Politik und Wirtschaft kontinuierlich neue Gesetze, Regelungen und Pläne zur Bekämpfung des Klimawandels angekündigt. Diese repräsentieren das Resultat eines Machtkampfs hegemonialer Gruppen, die über die Macht zur Festlegung einer politischen oder wirtschaftlichen Richtung verfügen.⁸ Diese Situation wirft wiederum die Frage nach der Notwendigkeit demokratischer Entscheidungsmechanismen bezüglich der sozialökologischen Frage auf. In diesem Beitrag wird daher eine zweite Hypothese aufgestellt, nämlich dass die Erlassung von Gesetzen zur Vergesellschaftung als eine Antwort auf die Klimakatastrophe und auf die bestehende Ungleichverteilung der Einflussnahme mehreren Hindernissen gegenübersteht. Durch das sogenannte Drehtürphänomen werden nicht nur wirksame Klimagesetze verhindert und klimaschädliche Unternehmen weiterhin subventioniert, sondern es werden gleichzeitig genau die Machtverhältnisse bestärkt, die den notwendigen und nachhaltigen Wandel in der (Klima-)Politik verhindern. Das Phänomen der Drehtüren als verdecktes, wenig thematisiertes und prinzipiell unreguliertes System der Realpolitik dient dabei den aktuell einflussreichen Akteur*innen als Taktik der Einflussnahme weit über den – an sich diskutablen – Rahmen des Lobbyismus hinaus.

Das bedeutet, dass für die Entwicklung wirksamer politischer Strategien zur Bekämpfung der Klimakatastrophe den hegemonialen Mächten im Klassenkampf entgegengetreten werden muss. Diese Thematik wird in vier Teilen behandelt: Erstens werden die Idee des Klassenkampfes nach Marx und die Aktualität dieses Begriffs vorgestellt, um die sozioökonomischen Relationen in der heutigen Gesellschaft zu interpretieren. Zweitens werden die Phänomene der Drehtüren und des Lobbyismus vorgestellt, und drittens wer-

den diese in den Rahmen einer Klassenkampffarchitektur gestellt. Schließlich wird viertens die Bedeutung des Drehtürphänomens für die Politik und seine Relevanz in Bezug auf die Lösung der sozialökologischen Frage durch einen Ansatz der Vergesellschaftung diskutiert.

Die Idee des Klassenkampfes

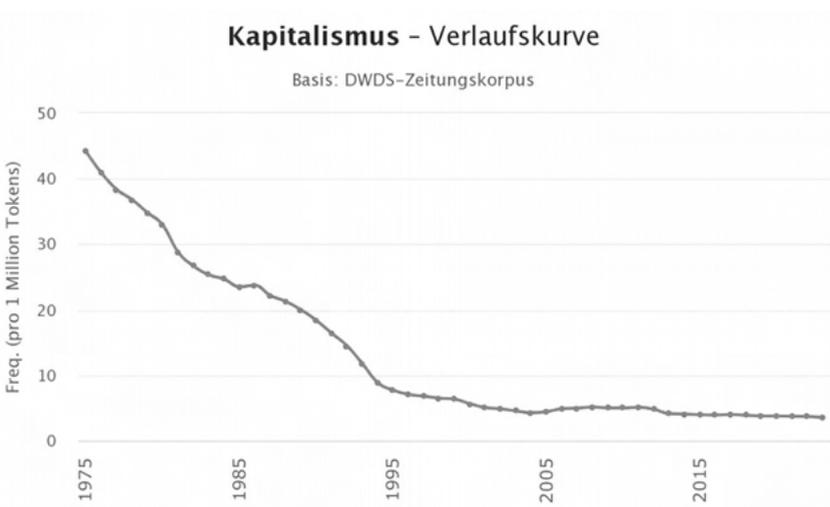
Der Klassenkampf ist überall in Marx' Werk zu finden. Die Idee des Klassenkampfes ist sowohl das Fundament von Marx' Theorie über die notwendigen Bedingungen für gesellschaftliche Transformationen als auch die Grundlage der Analyse der sozialen Interaktionen im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft. Als Fundament seiner Theorie der Geschichte spielt der Klassenkampf eine wesentliche Rolle, die am einfachsten in der bekanntesten These im *Manifest der kommunistischen Partei* dargestellt wird, nämlich: »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.« Marx begründet seine These durch einige Beispiele: »Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedes Mal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.«⁹ Demzufolge ist die Geschichte das Resultat von Konflikten zwischen gegenüberstehenden Klassen mit unterschiedlichen Interessen, Anstrengungen und Machtpositionierungen, die historisch entstanden und historisch transformierbar sind.

Der Klassenkampfbegriff bezieht sich auf die ökonomischen Beziehungen¹⁰ und versucht die Unterdrücker-Unterdrückte-Relation zwischen den entgegengesetzten Gruppen zu erklären. In Rahmen dieser Konzeption der Geschichte werden die Interessen und Werte der herrschenden Klasse als geistiges Fundament der aktuellen Gesellschaft betrachtet. Die Politik, das Recht und der Staat entkommen nicht der Omnipräsenz des Klassengedankens. Der Staat konzentriert die Legitimität, Repräsentations- und Unterdrückungsformen der Herrschaft selbst in einer einzigen Struk-

tur. Er ist somit der Ort des politischen Kampfes. Der Klassenkampf bei Marx bekommt eine doppelte Rolle als Diagnostik der Gesellschaft und als Erklärungswerkzeug der sozialen Relationen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft.

Zur Aktualität der Idee des Klassenkampfes

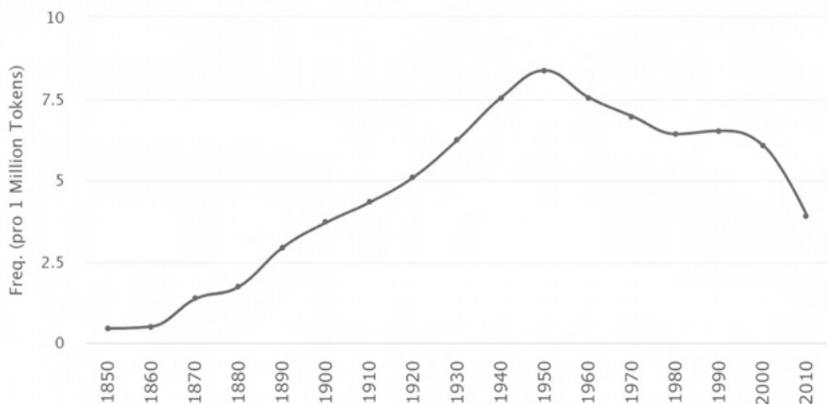
Aufgrund der Vielzahl von politischen und sozialen Bewegungen, die weltweit die These des Klassenkampfes für sich adoptierten, scheint es nicht übertrieben zu behaupten, dass diese Idee zu den wichtigsten und einflussreichsten der Weltpolitik im Laufe des 20. Jahrhunderts gehört. Außerhalb des ehemaligen Ostblocks¹¹ und Chinas, wo die Idee des Klassenkampfes eine zentrale Rolle bei der Staatsgründung spielte, war der Begriff des Klassenkampfes in einigen Ländern Afrikas und Lateinamerikas von Bedeutung. Dort kämpften verschiedene Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen um »eine neue klassenlose Gesellschaft«.¹²



- 1** Gebrauchsverlaufskurve des Wortes »Kapitalismus« zwischen 1975–2018
Quelle: Deutsches Wörterbuch der deutschen Sprache.

Klassenkampf – Verlaufskurve

Basis: Referenz- und Zeitungskorpora



2 Gebrauchsverlaufskurve des Wortes »Klassenkampf« zwischen 1975–2018

Quelle: Deutsches Wörterbuch der deutschen Sprache.

Nachdem der Begriff Klassenkampf sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft im Laufe des 20. Jahrhunderts relativ zentral gewesen war (siehe die Gebrauchsverlaufskurve in der Grafik oben), verlor er allmählich diese Zentralität zwischen den 1950er-Jahren und 1990. Ab 1990 und vor allem nach dem Zerfallen der politischen Systeme der Sowjetunion und ihres Einflussbereichs ist die politische Irrelevanz des Begriffs exponentiell gestiegen.

In der Gegenwart spielt der Begriff des Klassenkampfs somit eine unbedeutende Rolle und leidet auch unter einer gewissen Dämonisierung, wenn es darum geht, die Interessen unterschiedlicher sozioökonomischer Akteur*innen in der Gesellschaft zu analysieren. Dies geschieht in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens, wie zum Beispiel in der Politik, in der Wissenschaft, in den Pressemeldungen und so weiter. Zu den Folgen der geringen Bedeutung des Klassenkampfbegriffs gehört zum einen die Verschiebung der ökonomisch-strukturellen Perspektive in der öffentlichen Diskussion gesellschaftlicher Probleme und zum anderen die Verschleierung der tatsächlichen Entscheidungsmacht gesellschaftlicher Akteur*innen, die

auch durch die geringe Thematisierung des Charakters des Wirtschaftssystems – zu analysieren in der expliziten Nennung des Kapitalismusbegriffs (siehe Abbildung 2) – verstärkt wird. Das weitgehende Verschwinden dieser beiden Begriffe aus der öffentlichen Diskussion deutet auf eine starke Tendenz hin, die ökonomisch-strukturellen Bedingungen gesellschaftlicher Probleme weniger zu betrachten.

Große Unternehmen verfügen im Rahmen der kapitalistischen Architektur über eine riesige Einflussmacht auf Entscheidungsrichtungen der Politik, die wiederum den Klasseninteressen eines bestimmten Segments der Bevölkerung entsprechen. Im folgenden Abschnitt werden das Drehtürphänomen und seine Besonderheiten vorgestellt. Dafür wird ein prominentes Beispiel benutzt, das gleichzeitig den potenziellen Einfluss von Unternehmen auf politische Entscheidungsstrukturen annehmen lässt.

Zum Phänomen der Drehtüren

Lobbyismus als Teil eines demokratischen politischen Systems wird definiert als »[...] die Einflussnahme von Interessengruppen auf politische Entscheidungsverfahren mit dem Ziel, eine Politik durchzusetzen, die den eigenen Präferenzen entspricht«¹³. Zu den Mitteln der Einflussnahme gehören die Recherche und Ausarbeitung von Informationsmaterialien wie Studien zu bestimmten Fachthemen, die dann den entsprechenden Abgeordneten überreicht werden. Darüber hinaus zählt zu Lobbyarbeit aber auch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, beispielsweise über Medienkampagnen. Schließlich sind auch Geldspenden und andere Aufwendungen an Parteien und Politiker*innen ein geduldetes Mittel der Einflussnahme. Lobbyismus spielt eine zentrale, wenn auch nicht immer beachtete Rolle in der aktuellen Realpolitik und lässt sich auch als »(heimliche) fünfte Gewalt in Deutschland und Europa«¹⁴ bezeichnen. Zwar gibt es Analysen von Lobbyismus als Einflussnahme in der Politik, wie etwa Parteispendenregister oder Veröffentlichungen von Lobbygesprächen, jedoch fehlen eine systematische und kritische Aufarbeitung und Transparenz beispielsweise in Gesetzgebungsverfahren. Kritische Analysen werden meist nur von gemeinnüt-

zigen Organisationen und Vereinen veranlasst und veröffentlicht. Diese Nichtthematisierung trägt im Umkehrschluss zur Festigung ebender Ungleichheiten bei, die der Lobbyismus zur Durchsetzung hegemonialer Politik ausnutzt.

Ein Punkt, der in der Thematisierung von Lobbyismus oft vergessen wird, ist die Einflussnahme großer wirtschaftlicher Interessenverbände mithilfe von Drehtürkarrieren bestimmter Personen. Der Lobbyismus kann in dieser Form auch als die Grundlage einer klassenvertretenden Politik verstanden werden. Das Drehtürprinzip beschreibt das strukturelle Vorgehen von Einzelpersonen, Positionen zwischen hohen politischen Ämtern und (Lobby-)Positionen in der freien Wirtschaft (mehrfach) zu wechseln.¹⁵ Strukturell in dem Sinne, dass der Wechsel in die jeweils andere Position nicht nur persönliche Vorteile wie etwa ein höheres Gehalt oder Prestige, sondern auch Vorteile für die betreffende wirtschaftliche Interessengruppe verspricht.

Ein besonders prominentes Beispiel¹⁶ ist etwa der Übergang von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder zum russischen Konzern Gazprom. Nachdem dieser am 22. November 2005 seinen Kanzlerposten an Angela Merkel abgetreten hatte, übernahm er nach weniger als drei Wochen in Vertretung der Gazprom die Rolle als Aufsichtsratschef des Konsortiums der Nord Stream AG.¹⁷ Ein wichtiger Punkt an diesem Wechsel ist die Tatsache, dass Schröder sich während seiner Amtszeit gemeinsam mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin für den Bau der Nord-Stream-I-Pipeline eingesetzt hatte, die durch die Nord Stream AG gebaut werden sollte. Diese Entscheidung wurde in den letzten Zügen seiner Kanzlerzeit bewilligt. Stimmen aus der Öffentlichkeit, die behaupteten, Schröder habe diesen Posten als Belohnung für seine politische Ermöglichung bekommen, gab es zwar,¹⁸ sie wurden jedoch teilweise per Gerichtsverfahren verboten.¹⁹

Was dieses prominente Beispiel verdeutlicht, sind die Undurchsichtigkeit und die *hidden agendas* – also Motivationen abseits der behaupteten Beweggründe – hinter diesen Wechseln. Erklärungen, die für solche Wechsel öffentlich herangezogen werden, sind etwa spezifische Fachexpertisen und wichtige Erfahrungen, die die jeweiligen Personen aus der vorherigen in die neue Position mitbringen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage: Sind es nicht vor allem die Möglichkeiten der Einflussnahme, die zum Beispiel bei Wechseln aus der Politik in die Wirtschaft eine große Rolle spielen? Persönliche Kontakte in Ministerien und Referate sowie interne Kenntnisse um Vorgänge und Dynamiken sind ein großer Pluspunkt, wenn es um politische Einflussnahme geht. Gerade große und finanzstarke Unternehmen profitieren dann wiederum davon, dass sie ehemaligen Politiker*innen ein attraktives Gehalt bieten können. Somit stellen diese Drehtüren sowohl für die Unternehmen als auch für Politiker*innen eine Win-win-Situation dar. Gleichzeitig behindern sie die Möglichkeiten, weitreichende politische Entscheidungen ohne die Einflussnahme solcher Unternehmen fällen zu können.

Zur Bedeutung der Drehtüren und ihre Relevanz für die sozialökologische Frage²⁰

Die Drehtüren ökonomisieren und korrumpieren die Politik, während sie außerdem einen Aspekt der Depolitisierung des Politischen selbst darstellen. Die Politik verwandelt sich so in einen Austausch von Stellvertretenden großer Konzerne. Der Fall des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder ist zu einem paradigmatischen Fall für die Analyse des Drehtürphänomens geworden: Nicht nur weil er ein außergewöhnliches Verhalten im Rahmen der Beziehung zwischen Wirtschaft und Politik sichtbar macht, sondern vielmehr, weil er die Einflussmöglichkeiten großer Wirtschaftsmächte aufzeigt.

Durch ihr großes Einflusspotenzial können sie nicht nur die Richtung von Entscheidungen bestimmen, sondern auch die Themen der politischen Diskussion festlegen. Die klassenbasierte Macht produziert so das Wissen für ihre Legitimität.^{21,22} Der paradigmatische Fall von Schröder zeigt, wie vorwiegend die wirtschaftlichen Perspektiven und Konsequenzen in der Presse repräsentiert wurden, wie zum Beispiel bei *Tagesschau*^{23,24} und *Deutsche Welle*²⁵.

Während die Bürger*innen ohne große ökonomische Macht alle vier Jahre zum Wählen gerufen werden,²⁶ um die potenzielle Entscheidungsrichtung eines Landes zu definieren, haben große Unternehmen aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Macht ständig einen direkten Einflussspielraum auf konkrete

und strategische Entscheidungen, ohne demokratische Legitimation oder Kontrolle. Diese Einflussnahme der Wirtschaft wird in der Gesellschaft allmählich zur Normalität, was daran zu sehen ist, wie wenig das Drehtürphänomen öffentlich thematisiert und problematisiert wird.

Fazit

Das Drehtürphänomen ist eine wenig thematisierte Form der direkten und unregulierten Einflussnahme von großen Unternehmen auf die Politik und die demokratischen Institutionen ausschließlich zugunsten ihrer privaten Interessen und auf Basis ihrer finanziellen Kraft. Dieses Phänomen stellt somit eine aktuelle Thematik des Klassenkampfes dar, welche jedoch in der Öffentlichkeit fast nicht problematisiert wird, gerade im Kontext der politischen Grundlagen der Klimakatastrophe, wie das Beispiel vom ehemaligen Bundeskanzler gezeigt hat, der in den letzten Momenten seiner Amtszeit die Interessen von privaten Unternehmen im Bereich der fossilen Brennstoffen favorisierte. Da die Bekämpfung der Klima- und sozialökologischen Katastrophe ausschließlich durch politische Entscheidungen, die Menschen und Natur wieder ins Zentrum bringen, gelingen kann, ist die Thematik des Drehtürphänomens für die sozialökologische Frage wesentlich. Obwohl im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Artikel 15 das Recht auf Vergesellschaftung verankert ist, fehlt es an politischem Willen, dieses Recht in Gesetzen zu realisieren. Gerade in der Klimafrage braucht es jedoch für eine nachhaltige politische Grundlage und Demokratisierung der Einflussnahmen nicht nur Gesetze, die die Erzeugung von Klimagasen regeln, sondern es braucht eine reale Umverteilung der Möglichkeiten der Machtstrukturen und damit der politischen Einflussnahme. Nur so kann wirksame Klimapolitik als Antwort auf die sozialökologische Krise gestaltet werden. Eine gesetzliche Realisierung des Grundrechts auf Vergesellschaftung könnte dafür ein wirksamerer Ansatz und erster Schritt sein, der Machtverhältnisse langfristig verschiebt und so demokratischere Entscheidungswege und Gesetzgebung stärkt. Dadurch könnte das Ungleichgewicht zwischen großen Unternehmen und Bürger*innen in Bezug auf die politischen Einflussmöglichkeiten langfristig

ausgeglichen und eine Verschlimmerung sozialer und politischer Ungleichheiten verhindert werden. Um diese Realisierung zu ermöglichen, braucht es dringend eine öffentliche Thematisierung und Kritik des Drehtürphänomens und damit der Verstrickung von Wirtschaft und Politik und eine extensive kritische Analyse der Beeinflussung in der Gesetzgebung.

Anmerkungen

- 1 Stein, Ben (2006): In Class Warfare, Guess Which Class Is Winning. In: The New York Times, 26.11.2006 [<https://www.nytimes.com/2006/11/26/business/yourmoney/26every.html>].
- 2 Marx, Karl/ Engels, Friedrich (2016): Das Manifest der kommunistischen Partei. In: Kurt Lhotzky (Hg.): Karl Marx – Friedrich Engels. Gesammelte Werke. Köln: Ananconda GmbH, S. 129–166.
- 3 Anders als der Ausdruck »unterschiedliche Mächte« wird die Bezeichnung »alle ökonomischen Mächte« hier dafür benutzt, die ökonomischen Großunternehmen mit soziopolitischem Einfluss und potenzieller Kraft für eine Realitätsbildung oder Realitätsvariation zu bezeichnen. Es handelt sich um eine Kategorie für die Verallgemeinerung der Existenz einer gesellschaftlichen Elite anhand der ökonomischen Macht. Diese schließt keineswegs die Möglichkeit aus, dass innerhalb der Elite mehrmals heterogene Interessen vertreten werden können.
- 4 United Nations Climate Change (13.12.2023): COP28 Agreement Signals »Beginning of the End« of the Fossil Fuel Era [<https://unfccc.int/news/cop28-agreement-signals-beginning-of-the-end-of-the-fossil-fuel-era>]. Obwohl dagegen argumentiert werden könnte, dass Kriege und Armut eher dieses Zentrum der Diskussion dominieren, kann dies durch zwei Argumente widerlegt werden. Einerseits wäre es falsch anzunehmen, dass im Zentrum der politischen Diskussion nur ein einziges Thema sein kann. Diese Annahme würde zum einen den vielfältigen Charakter der Ursachen vieler Probleme aberkennen und zum anderen die unterschiedlichen möglichen Repräsentationsformen eines Problems im öffentlichen Diskurs ausblenden. Andererseits ist die Tatsache, dass die Klimafrage doch im Zentrum der Diskussionen steht, allein durch die immer größer werdende Relevanz und Präsenz beispielsweise der Klimakonferenzen – wie zuletzt die COP27 und COP28, als bislang größte ihrer Art – zu belegen. Über die Wirksamkeit solcher Organe und Repräsentationen zu debattieren, ist möglich und sogar notwendig, aber dies wäre dann eine Debatte über die Wirksamkeit und Ehrlichkeit der Debatte und nicht über die Position der Klimafrage in der politischen Diskussion.
- 5 Mit dem Ausdruck eines genuinen Strukturwandels wird hier auf einen ehrlichen Charakter der öffentlichen Debatte hingewiesen, die sich mit wirksamen Methoden

für die Überwindung der fossilen Brennstoffe als Hauptenergiequellen des kapitalistischen Produktionswegs auseinandersetzt.

- 6 Durch die Kategorie einer Hegemonie wird auf die ökonomische Macht in Bezug auf die Bildung und Transformation der sozialen Realität jenseits jeglicher Kontrolle hingewiesen.
- 7 Ausdrücke wie »Klimaproblem« oder »Klimafrage« können hier als Synonyme angenommen werden und beziehen sich auf die Debatten um Ursachen, Folgen und Überwindung der Klimakatastrophe mitsamt der Bandbreite ihrer sozialen Implikationen.
- 8 Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1987): *Hegemonía y estrategia socialista. Hacia una radicalización de la democracia*. Siglo XXI: Madrid.
- 9 Marx, Karl / Engels, Friedrich (2016): Das Manifest der kommunistischen Partei. In: Kurt Lhotzky (Hg.): *Karl Marx / Friedrich Engels. Gesammelte Werke*. Köln: Anaconda GmbH, S. 129–166.
- 10 In der Marx'schen Theorie der Geschichte sind die Bedingungen der ökonomischen Interaktion, die die Menschen zur Verfügung haben, das Hauptmerkmal dafür, wer zu welcher Klasse gehört. Demzufolge ist es möglich zu behaupten, dass der Begriff des Klassenkampfes ein Rekurs ist, um die ökonomischen Relationen zu erklären.
- 11 Schneider, Gerd / Toyka-Seid, Christiane (2024): Ostblock. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Bundeszentrale für politische Bildung, [<https://www.bpb.de/kurzknapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320891/ostblock/>].
- 12 Pizarro Leongoméz, Eduardo (2020): La Revolución cubana, el nacimiento del mito guerrillero en América Latina y las respuestas contrainsurgentes. In: *La razón de las armas, las armas de la razón* 9 (18) [<https://doi.org/10.5565/rev/rubrica.212>].
- 13 Jan Schnellenbach (2022): Lobby. Online verfügbar unter [<https://www.staatslexikononline.de/Lexikon/Lobby>].
- 14 Leif, Thomas; Speth, Rudolf (2003): Lobbyismus in Deutschland. Fünfte Gewalt – einflussreich und unkontrolliert? In: *Forschungsjournal NSB* 16(3), S. 24–36.
- 15 Traufetter, Gerald (2019): Drehtür-Karrieren am Beispiel der Automobilindustrie [<https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/lobbyismus/276820/drehtuer-karrieren-am-beispiel-der-automobilindustrie>].
- 16 Aufgrund der Begrenztheit des Texts wird hier nur ein Beispiel beschrieben. Weitere Beispiele für das Drehtürphänomen sind beispielsweise Werner Müller (Bundeswirtschaftsminister zur Ruhrkohle AG), Wolfgang Clement (Bundeswirtschaftsminister zur RWE Power AG) und Dirk Niebel (Bundesentwicklungsminister zu Rheinmetall AG).

- 17 Gründiger, Wolfgang (2015): Lobbyisten als Politiker und andersherum [<https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/212523/lobbyisten-als-politiker-und-andersherum/#skip-nav-target>].
- 18 Kohler, Berthold (2005): Der Privatier. Schröders zweite Karriere. Hg. v. Frankfurter Allgemeine Zeitung [<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/schroeders-zweite-karriere-der-privatier-1283612.html>].
- 19 Volkery, Carsten (2006): Projekt Ehrenrettung. Schröders Gasprom-Affäre. Spiegel Politik [<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/schroeders-gasprom-affaere-projekt-ehrenrettung-a-409572.html>].
- 20 Die Relevanz der Drehtüren für den Kampf gegen die sozialökologische Katastrophe besteht darin, dass die Drehtüren de facto die Bildung und die Entwicklung einer »Institution« außerhalb der demokratischen Staatsgewalten und jenseits jeglicher demokratischen Kontrollen darstellen. Die Drehtüren sind ausschließlich in der Hand großer Unternehmen, um ihre wirtschaftlichen Interessen im Rahmen von politischen Entscheidung zu gewährleisten.
- 21 Foucault, Michel (2014): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main: Fischer.
- 22 Foucault, Michel (2020): Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- 23 Tagesschau (2005a): Putin als Wahlhelfer. Tagesthemen, 08.09.2005 [<https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesthemen/video-ts-12828.html>].
- 24 Tagesschau (2005b): Putin und Schröder unterzeichnen Pipeline-Vertrag. Tagesthemen, 08.09.2005 [https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesschau_20_uhr/video-ts-12846.html].
- 25 Beck, Johannes (2005): Merkwürdigkeiten bei deutsch-russischer Pipeline. Hg. v. Deutsche Welle [<https://www.dw.com/de/merkw%C3%BCrdigkeiten-bei-deutsch-russischer-pipeline/a-1703014>].
- 26 Dagegen kann argumentiert werden, dass es ein breites Spektrum von zivilgesellschaftlichen Organisationen (zO) gibt, die ebenfalls eine wesentliche Form der demokratischen Partizipation repräsentieren und über eine potenzielle Einflussmacht auf Entscheidungen verfügen. Daraus ließe sich schlussfolgern, dass nicht nur alle vier Jahre die Möglichkeit besteht, dass Bürger*innen die Entscheidungsrichtung eines Landes definieren. Drei Punkte zeigen eine praktische Ungültigkeit des Gegenarguments im Rahmen der Realpolitik: Erstens erschwert die generelle Struktur von zO den Organisationen, eine vielseitige kämpferische Kapazität zu haben. Anders gesagt, zO sind in der Regel Fokusorganisationen, die sich in einem spezifischen Problemfeld bewegen. Zweitens verfügen zO anders als große Unternehmen, die zum Beispiel das Argument der Arbeitsplätze jederzeit in der Hand haben, über ein reduziertes Verhandlungspotenzial. Drittens haben zO in der Regel keine wirtschaftliche Macht als Ausgangspunkt der politischen Auseinandersetzung.

Nieder mit dem System der Lohnarbeit

Christian Hofmann

Abstract

Der Beitrag argumentiert, dass die Ökologiebewegung ihre Fokussierung auf Konsum und Politizismus aufgeben sollte. Stattdessen müssten die Produktion und das Kapitalverhältnis in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Anhand der Betrachtung von Überlegungen zur Wärmewende wird dieser Standpunkt konkretisiert. Um die beschriebene Transformation umzusetzen, ist allerdings eine gesellschaftliche Umwälzung der Arbeit und der Produktion notwendig. Aus dieser Perspektive gilt es egalitären Komfort einzufordern, der den Energie- und Ressourcenverbrauch senkt. Es gilt, kollektive Produktions-, Konsumtions- und letztlich Lebensprozesse zu organisieren.

Produktion und Konsumtion

Individuelles Umsteuern und Konsumkritik sind nicht ausreichend, um die sozialökologische Katastrophe noch zu verhindern. Vielmehr kann diese Ausrichtung auf die Privatleben der Individuen dazu führen, dass heute Umwelt- und Klimaschutz als »ein hübsches Hobby für Besserverdienende« erscheinen.¹ Schon Mitte der 2010er-Jahre spitzte die kanadische Journalistin Naomi Klein zu, dass viele Menschen »die Nase voll haben« von den »einseitigen Opfern, also dass der Einzelne aufgefordert wird, höhere Preise für angeblich ökologische Lösungen zu zahlen.«² Was also tun? Naheliegend wäre es, den Blick weg von der Konsumtionssphäre hin zur Produktion zu lenken:³ Was wird warum und in welchem Umfang hergestellt?

Das Verhältnis, in welchem Produktion und Konsumtion zueinander stehen, hat Rosa Luxemburg einmal folgendermaßen auf den Punkt gebracht:

- » Die kapitalistische Produktionsweise hat das Eigentümliche, daß für sie die menschliche Konsumtion, die in jeder früheren Wirtschaftsform Zweck war, nur ein Mittel ist, das dem eigentlichen Zweck dient: der Anhäufung von kapitalistischem Profit. Das Selbstwachstum des Kapitals erscheint als Anfang und Ende, als Selbstzweck und Sinn der ganzen Produktion. Das Hirnverbrante dieser Verhältnisse kommt aber in dem Maße erst zum Vorschein, wie sich die kapitalistische Produktion zur Weltproduktion auswächst.«⁴

Die Globalisierung, also die rasante Entwicklung des Weltmarktes innerhalb der letzten Jahrzehnte, hat diese »hirnverbrannten Verhältnisse« nunmehr auf die Spitze getrieben. Als sozialökologische Katastrophe treten sie bereits offen in Erscheinung. Während des Arbeitsprozesses, also in der Produktion, wird die Natur nicht nur angeeignet, sondern grundlegend zerstört. Vermittelt über die Arbeit, werden auf Anordnung des Kapitals die Lebensgrundlagen der Menschheit vernichtet. Mit dieser Maßgabe argumentiert der vorliegende Beitrag dafür, Produktion und (Lohn-)Arbeit ins Zentrum der sozialökologischen Frage zu rücken. Im ersten Teil werden Beispiele benannt, die verdeutlichen, wie theoretisch ein schnellstmöglicher Um- und Rückbau ganzer Produktionszweige begonnen werden könnte. Anschließend wird der Frage nachgegangen, warum solche Schritte bisher nicht umgesetzt werden. Am Ende des Beitrags wird skizziert, aus welcher Richtung dieser Widerspruch angegangen werden könnte.

Um- und Rückbau von Fertigungsverfahren und Materialkreisläufen

Die Wärmewende ist ein gutes Beispiel für die dringend notwendige sozialökologische Transformation. In diesem Bereich sind die beiden größten Anwendungsbereiche in Deutschland die Prozesswärme in der Industrie, dicht gefolgt von der Raumwärme der privaten Haushalte.⁵ Beginnen

wir mit Letzterer. Auf diesem Gebiet bedarf die Wärmewende gewaltiger Infrastrukturmaßnahmen für Fernwärmeanschlüsse, Wärmepumpen und Solarthermie.⁶ Eine Verkürzung der Genehmigungsverfahren für solcherlei Großprojekte wäre zwingend notwendig, aber nicht der maßgebliche Punkt. Entscheidender sind Fachkräfte, Rohstoffe und Vorprodukte: Daran herrscht Mangel, zumindest dort, wo sie gebraucht werden. Ein gutes Beispiel dafür sind die dringend benötigten Halbleiter: Was von diesen heute in Autos und besonders Elektroautos verbaut wird – für Steuerung, Infotainment und das Schalten von Strömen –, müsste zwingend für die Wärmewende eingesetzt werden, also für die Produktion von Wärmepumpen, Wechselrichtern für Solarenergie und dergleichen mehr. Auch Fabriken könnten umgerüstet werden. Jede Wärmepumpe bedarf mindestens einer Kühlpumpe. Fabriken, die bisher die Automobilindustrie mit Benzinpumpen beliefern, könnten auf Kühlpumpen umgerüstet werden. Zumindest technisch wäre dies möglich.⁷

Bei der dringend benötigten Sanierung von Gebäuden gibt es vergleichbare Möglichkeiten des technischen Umbaus. Das Tempo, in welchem die Sanierungsmaßnahmen derzeit vor sich gehen, ist viel zu langsam im Verhältnis zur angestrebten Klimaneutralität. Wenn Deutschland die selbst gesteckten Klimaziele noch erreichen will, bedürfte es schleunigst groß angelegter Konzepte, also etwa einer industriellen Vorfertigung von Fassaden- und Dachelementen. Obwohl diese Techniken des seriellen Bauens bekannt sind – etwa das niederländische Energiesprung-Konzept –, ist davon bisher sehr wenig in Deutschland zu sehen.⁸

Neben den privaten Haushalten muss aber in puncto Wärmewende auch die Industrie in den Blick genommen werden. Nehmen wir als naheliegendes Beispiel den Gasverbrauch: In Deutschland ist der mit Abstand größte industrielle Gasverbraucher die Chemiebranche. Diese nutzt Gas einerseits als Rohstoff für Plastik und Dünger und andererseits als Brennstoff zur Herstellung von Strom und Dampf für chemische Prozesse. Nur bei einem kleinen Teil der Chemieerzeugnisse handelt es sich um unabhkömmliche Produkte, etwa für die Elektronik oder die Pharmaindustrie. Der größte Teil des eingesetzten Erdgases – und nebenbei bemerkt auch des Rohöls – wird dage-

gen stofflich und energetisch für die Herstellung von Kunststoffen genutzt. Hier reden wir vor allem über die Produktion von Verpackungen, den Bausektor und selbstredend den Automobilbereich.

Die Verpackungsschwemme ließe sich recht einfach durch eine gesetzlich verankerte Pfandpflicht für Behälter etwa von Duschgels, Reinigungs- oder Waschmittel drastisch reduzieren.⁹ Mehrfachverpackungen könnte man schlicht und einfach verbieten und zusätzlich eine konsequente Material-, Etikettierungs- und Formvereinheitlichung durchsetzen. Entsprechende Maßnahmen könnten die Basis für eine Kunststoffkreislaufwirtschaft bilden, welche auf eine Mehrfachnutzung und später auf ein Werkstoffrecycling setzt. Am Ende könnten dann die Kunststoffreste zu einem Pyrolyseöl verarbeitet werden, das wiederum der Ausgangspunkt für einen neuen Kreislauf wäre.¹⁰

Im Bausektor müsste insgesamt viel mehr mit Naturstoffen gearbeitet werden, etwa durch vermehrten Holzbau und die Nutzung von Dämmmaterial aus Pflanzenfasern. Der Kunststoffeinsatz in der Automobilbranche könnte durch ein Zurückdrängen des individuellen motorisierten Verkehrs reduziert werden. Neben der Chemie- hat auch die Papierbranche einen extrem hohen Gasbedarf. Interessant dabei ist, dass in der Produktion dieser Branche die Sparte der Verpackungen einen gigantischen Teil ausmacht. Eine Reduktion wäre durch gesetzlich strengere Auflagen für den Versandhandel schnell zu erreichen. Blicke die Glasbranche als ein weiterer Gasgroßverbraucher. Die Argumentation der Hersteller ist nicht grundsätzlich falsch: Glas wird in großen Wannen geschmolzen und unmittelbar weiterverarbeitet. Die Anlagen dürfen dabei nicht erkalten. Dem Argument kann allerdings wiederum mit einer drastischen Gesamtreduktion widersprochen werden, welche weniger Glasanlagen zur Folge hätte. Enorme Anteile der Produktion sind Einwegglas, sprich Getränkeflaschen und Gläser für Nahrungsmittel wie Marmelade, Alkoholika, Konserven und dergleichen. Ähnlich wie beim Plastik müsste es umgehend eine konsequente Normierung der Behältertypen für eine Mehrfach- statt Einmalnutzung geben.¹¹

Synergien beim Um- und Rückbau

Bei den oben benannten Beispielen wird deutlich, dass sich positive Synergien ergäben, wenn man mit dem Rückbau erster Industrien beginnen würde. Wenn man es schafft, die Automobilindustrie zurückzufahren, bewirkt dies sofort auch eine Reduktion der energieintensiven Chemie-, Glas- und Metallproduktion. Maßnahmen gegen die riesigen Mengen an Verpackungen würden ebenso zu einer Absenkung der primären energieverbrauchenden Industrien führen. Und was für die Verpackungen gilt, betrifft ebenso die Werbebranche. Hier werden riesige Mengen an Energie und Rohstoffen verschwendet, ohne dadurch mehr nützliche Gebrauchsgegenstände für die Gesellschaft hervorzubringen. Selbst der viel beklagte Fachkräftemangel wäre, gesamtgesellschaftlich betrachtet, lösbar. Was etwa in der Automobilbranche oder Werbeindustrie an Arbeit entfallen würde, könnte an den Stellen des ökologischen Umbaus aufgefangen werden.¹²

Wenn aber Maßnahmen des energetischen Um- und Rückbaus technisch und planerisch einfach umgesetzt werden könnten, warum passiert es dann nicht einfach? Warum werden etwa Fabriken für Benzinpumpen nicht auf Pumpen für Kühlmittel umgestellt, obwohl dies möglich wäre? Warum denken so viele Menschen, dass eine Reduktion des Material- und Energieumsatzes dazu führen würde, dass die Wohnungen unbeheizt blieben? Wer die tiefergehenden Ursachen hinter diesen Problemen verstehen will, muss sich den von Luxemburg konstatierten »hirnverbrannten Verhältnissen« zuwenden.

Lohnarbeit und Kapital

Wärmepumpen oder Solarthermie werden heute nicht für eine nachhaltige Wärmeversorgung produziert. Vielmehr sind sie zunächst nur Mittel für das Wachstum des Kapitals. Kapital verwertet sich, indem es in Form von Geld in die Produktion eingeht, um hinterher als mehr Geld wieder herauszukommen und diesen Prozess dann wieder und wieder in immer höherer Größenordnung zu durchlaufen.

Bei diesem »Selbstwachstum des Kapitals« geht es nicht um einfache Geldvermehrung, sondern darum, was im Produktionsprozess vor sich geht, damit sich das Kapital vermehren kann: Ein kapitalistisches Unternehmen *mus* die Produktionsfaktoren Arbeit und Natur immer schneller und intensiver auspressen, um so viel Profit wie möglich zu generieren. Die Lohnabhängigen werden zu immer längeren Arbeitszeiten gezwungen, die Lebensgrundlagen der Menschen rücksichtslos zerstört. Das Kapital kann sich nicht einfach in Genügsamkeit üben und mit weniger Gewinn zufriedengeben, denn der Profit von heute bildet die Produktionskapazitäten von morgen. Geht das einzelne Unternehmen nicht aufs Ganze, dann wird es in der Konkurrenz nicht bestehen können und über kurz oder lang untergehen. Eine Schrumpfung oder ein Rückbau von Industrien widerspricht damit grundsätzlich dem Kapitalverhältnis.¹³

Um der Sache weiter auf den Grund zu gehen, hören wir noch einmal Luxemburg: Um die »innere Achse« zu verstehen, »um die sich die Erscheinungen drehen«, müssen wir uns der »menschlichen Arbeit« zuwenden. Dabei geht es um »die Verhältnisse, in denen die Menschen bei der Arbeit zueinander stehen«¹⁴. Luxemburg fährt fort:

- » Das Verhältnis nun der arbeitenden Menschen zu ihren Produktionsmitteln ist die erste Frage der Produktion und ihr ausschlaggebender Faktor. Wir meinen hier nicht das technische Verhältnis, nicht die größere oder geringere Vollkommenheit der Produktionsmittel, mit denen die Menschen arbeiten, nicht die Art und Weise, wie sie bei ihrer Arbeit verfahren. Wir meinen das gesellschaftliche Verhältnis von menschlicher Arbeitskraft und den toten Produktionsmitteln, nämlich die Frage, wem die Produktionsmittel gehören.«¹⁵

Mit einem Wort ist es die Eigentumsfrage, die darüber entscheidet, wie die Menschen in ihrem Arbeitsprozess zueinander stehen. Wem gehören die Arbeitsinstrumente, die Werkhallen, Fabriken, Einkaufszentren und Bürotürme? Wer diese Produktionsmittel besitzt, der bestimmt auch über ihren Einsatz. Wer keine Produktionsmittel besitzt, wird gezwungen sein, seine Arbeitskraft als Ware an die Besitzenden zu verkaufen und Lohnarbeit zu

verrichten. An den Ergebnissen ihrer Arbeit haben die Lohnabhängigen keinen Anteil. Sie stehen ihrem Arbeitsprozess daher interesselos, entfremdet gegenüber. Dieses Verhältnis führt zu fehlender Selbstwirksamkeit der Lohnabhängigen und verhindert oder blockiert ihre freie Entfaltung und Entwicklung.

Arbeit an sich ist immer eine Notwendigkeit, eine Existenzbedingung des Menschen. Mit Marx gesprochen, vermittelt sie den »Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur«. ¹⁶ Der Terminus »Stoffwechsel« soll bekräftigen, dass der Mensch erst über die Arbeit seine Beziehung zur Natur einget. Die kapitalistische Produktionsweise transformiert diese Beziehung nun dahingehend, sie unter das Diktat der Profitmaximierung zu stellen.

- » Das Kapital bedroht damit das Fortbestehen des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, indem es ihn unter dem Gesichtspunkt der maximalen Auspressung abstrakter Arbeit gründlich reorganisiert.«¹⁷

Diese Transformation ändert den Inhalt und die Form der gesellschaftlichen Arbeit sowie ihren Umgang mit den natürlichen Ressourcen radikal. Die Strukturen der Profitwirtschaft definieren nun, was wo in welchem Umfang und von wem produziert wird. Hier sind die sozialökologischen Probleme der Gegenwart angelegt: Überproduktion, Krisen und der Zwang zu grenzenloser Akkumulation. Hinter diesen Erscheinungen steht die maßlose Bewegung des Kapitals zulasten der Quellen allen Reichtums: der Erde und der Lohnabhängigen.¹⁸

- » Arbeiten konnten und mussten die Menschen zu allen Zeiten, solange die menschliche Gesellschaft existiert, und doch vergingen ganze Jahrtausende, in denen die Arbeitskraft als käufliche Ware etwas gänzlich Unbekanntes war.«¹⁹

Erst wo Besitzende von Geld und Produktionsmitteln auf freie Arbeitende und Verkäufer*innen von Arbeit trafen, bildete sich historisch die kapitalistische Produktionsweise heraus.²⁰ Die Lohnarbeit ist also konstitutiv sowohl für die Entstehung als auch für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

Aneignung und Ende der Lohnarbeit

Wie beschrieben, sind es also die Lohnabhängigen, die die Vernichtung der menschlichen Lebensgrundlagen in ihrem Arbeitsprozess vollführen. Sie tun dies auf Anweisung des Kapitals. Zweck ihrer Arbeit ist die Anhäufung von Reichtum, auf den sie selbst keinen Zugriff haben. Innerhalb dieser Verhältnisse ähnelt die viel beschworene Nachhaltigkeit der Quadratur des Kreises. Wenn die menschlichen Lebensgrundlagen heute im Produktionsprozess zerstört werden, dann muss der Produktionsprozess so umgewälzt werden, dass die Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Dabei können, wie bereits erläutert, Form und Inhalt der Arbeit nicht getrennt werden. Wie eingangs beispielhaft aufgezeigt, sind die technischen Möglichkeiten für einen Umbau der Fertigungsverfahren und Materialkreisläufe durchaus vorhanden. Es sind die gesellschaftlichen Formen von Lohnarbeit und Kapital, die diese Transformation verhindern. Theoretisch ist es vielleicht möglich, auch bei diesen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den nächsten hundert Jahren eine Emmissionsrate von null zu erreichen, nur ist dies viel zu spät, wenn man die Kippelemente im Erdsystem bedenkt.²¹

Neue Horizonte würden sich durch eine Vergesellschaftungsperspektive ergeben. Würden die Erde, die Rohstoffe und die Produktionsmittel genossenschaftlich besessen, müsste die gesellschaftliche Arbeit nicht mehr als Lohnarbeit über den Markt vermittelt werden. Es gäbe dann keine Klasse von Lohnabhängigen mehr, die ihre Arbeitskraft an die besitzende Klasse verkaufen müssten. Das Verhältnis, in welchem die Menschen zueinander stehen würden, wäre ein gänzlich anderes. Es müsste keine Produktion für anonyme Märkte mehr geben, sondern es ginge unmittelbar um Bedürfnisbefriedigung, wie etwa die Wärmeversorgung. Beispielsweise könnten dann schnellstmöglich so viele Wärmepumpen produziert werden, wie benötigt, um eine sozialökologische Wärmewende zu vollziehen. Basis der demokratischen Entscheidungsfindung über die Anzahl und die Geschwindigkeit der Produktion wäre die Frage, wie viel der gesellschaftlichen Arbeit für Wärmepumpen eingesetzt werden soll und kann. Die vorhandenen natürlichen Ressourcen und die nötige Regeneration der Ökosysteme wären die Grenze der Produktion.²²

Bei einer solchen Umstrukturierung ginge es aber mitnichten um eine Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft, sondern um die Produktion von genossenschaftlichem Reichtum auf der Grundlage von gesellschaftlicher Arbeit bei genossenschaftlichem Besitz der Produktionsmittel. Die alles entscheidenden Fragen, was wo in welchen Mengen und von wem produziert wird, könnten hier die assoziierten Produzierenden, die keine Lohnabhängigen mehr wären, miteinander vereinbaren. Diese für den Stoffwechsel mit der Natur zentralen Entscheidungen werden heute von blinden Marktgesetzen gefällt. Von deren Diktat befreit, hätten die Menschen die Möglichkeit, diesen Stoffwechsel wieder in Einklang mit den Naturgesetzen zu gestalten.

Auch die beschwerlichen Formen, welche die Lohnarbeit begleiten, könnten verschwinden. Heute tritt den Produzierenden ihre Tätigkeit als entfremdete gegenüber: Die Arbeitsteilung, gerade die gnadenlose Trennung von Hand- und Kopfarbeit, führt zur Verkümmern der Menschen. Demütigungen des Alltags und fehlende Selbstwirksamkeit suchen ihren Ausgleich in Ersatzbefriedigungen:

- » Man muss sich im Besitz und Verbrauch von möglichst vielen, möglichst (tausch-)wertvollen Dingen und Diensten dafür schadlos halten, dass man in den eigentlichen menschlichen Bedürfnissen zu kurz gekommen ist.«²³

Das scheinbar individuelle Konsumverhalten der Menschen ist das Pendant zum Imperativ des »Immer schneller« und »Immer mehr« in der Produktion. Das Verlangen nach Ersatzbefriedigungen kann erst überwunden werden, wenn die Menschen ihre heutige Ohnmacht hinter sich lassen und Selbstwirksamkeit erfahren. Ein neues Verhältnis der Produzierenden zueinander und zu ihren Produktionsmitteln böte die Chance dazu. Der eigene Lebensprozess wäre nicht mehr wie heute der fremden und anonymen Macht der Kapitalverwertung unterworfen, sondern könnte (selbst)bewusst gestaltet werden. Es gäbe eine neue Lebensqualität auf Grundlage von echter Demokratie und tatsächlicher Mitbestimmung.

Kampf für eine verbesserte gesellschaftliche Infrastruktur

Faktisch ist es einfacher, kollektive Eigentumsformen zu propagieren und mit diesen die Lohnarbeit theoretisch infrage zu stellen, als diese Erkenntnisse in praktische Kämpfe zu übersetzen. Letztlich muss es aber um die Umsetzung gehen. Nur die Klasse der Lohnarbeit Verrichtenden hat die Fähigkeiten und das Potenzial, die Produktion umzuwälzen und dadurch die Ausbeutung von Mensch und Natur zu überwinden.

Dass sich in Deutschland in den letzten Jahren etwa Kooperationen zwischen Klimaaktivist*innen und Gewerkschaften angebahnt haben, ist hierzulande ein erster Ansatzpunkt, auch wenn die Erfolge bisher bescheiden sind. Ein solcher Prozess müsste allerdings nicht nur in dem Sinne intensiviert werden, dass jeweils die Aktionen und Auseinandersetzungen der anderen unterstützt werden. Vielmehr müssten die Akteur*innen gemeinsam eine neue Perspektive entwickeln. Es müssten Kampffelder und -formen entstehen, in denen es gelingt, den Warencharakter der Arbeit zurückzudrängen und auf die Produktion für gesellschaftliche Bedürfnisse zu pochen. Im vorliegenden Beitrag wurde dies anhand der Wärmewende konkretisiert. Über dieses Beispiel hinaus könnte der Kampf für eine verbesserte gesellschaftliche Infrastruktur ein Ausgangspunkt sein:

- » Wer eine kostenlose oder günstige flächendeckende Infrastruktur in Gesundheitsversorgung, Pflege, Schulen, Kindertagesstätten und im öffentlichen Verkehr nutzen kann, lebt besser und ökologisch verträglicher. Städte der kurzen Wege emittieren weniger Treibhausgase bei einer hohen Lebensqualität. Eine gute Gesundheits-, Pflege-, Bildungs- und Transportinfrastruktur ermöglicht es, die individualisierte Ressourcenverschwendung zu reduzieren, die Geschlechterverhältnisse gerechter zu organisieren und insgesamt besser zu leben.«²⁴

Eine solche Orientierung zielt auf die Zurückdrängung der Waren- und Profitlogik ab und damit auch auf ein Ende des Lohnarbeitsverhältnisses. Statt ausschließlich vereinzelt Arbeitskämpfe um Tarife und Lohnerhöhungen zu

führen, könnte ein Kampf für eine gesellschaftliche Infrastruktur die Perspektive auf radikale Umbauschritte eröffnen. Diese wären im ureigenen Sinne des gewerkschaftlichen Gedankens, da die gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen im Mittelpunkt stehen würden. Es könnte um kostenlose öffentliche Mobilität gekämpft werden oder um sanierte Wohnungen; um eine bessere kollektive gesundheitliche Versorgung, Bildung oder Energie. Oder um öffentliche Kantinen, in denen alle ein Anrecht auf gesunde und gute Ernährung hätten. Diese Kämpfe wären jeweils mit den ökologischen Herausforderungen zu verknüpfen.

Statt Verzicht zu propagieren, könnte man im Kampf für eine gesellschaftliche Infrastruktur egalitären Komfort einfordern, der den Energie- und Ressourcenverbrauch senkt. Es ginge darum, kollektive Produktions-, Konsumtions- und letztlich Lebensprozesse zu organisieren. Damit man sich in diesen Kämpfen nicht in rein lokalen oder partikularen Interessen verfängt, müsste man Wege finden, in denen lokale Formen der Umsetzung und Selbstverwaltung mit zentraler Koordinierung verbunden werden. Denn solange das Kapitalverhältnis vorherrscht, wird es schwer werden, dauerhafte Siege zu erringen.

Aber die Kämpfe könnten ein Startpunkt für die Selbstermächtigung sein. Denn in Keimform stecken im Kampf für eine gesellschaftliche Infrastruktur viele jener Fragen, die die Gesellschaft auch bei kollektiven Besitzverhältnissen jenseits von Lohnarbeit und Kapital noch klären müsste: Wie viel der gesellschaftlichen Arbeit kann wofür verausgabt werden? Welche Formen der Bedürfnisbefriedigung sind in ökologischer Hinsicht und globaler Perspektive noch vertretbar? Was sind Grundbedürfnisse, wo braucht es Kontingente und wo Verbote? Wie kommen wir schnellstmöglich vom verinnerlichten Konsumwahn weg und hin zu genossenschaftlichem Reichtum? All diese Fragen müssen als sozialökologischer Kampf der Lohnabhängigen gegen das Kapital aufgeworfen werden. Über eine Vergesellschaftungsperspektive kann aufgezeigt werden, dass Umwelt- und Klimaschutz nicht als Hobbys für Besserverdienende oder Verteilungskampf von oben verkümmern dürfen; vielmehr sind sie die Grundbedingung der menschlichen Emanzipation.

Anmerkungen

- 1 Hartmann, Kathrin (2020): Grüner wird's nicht. Warum wir mit der ökologischen Krise völlig falsch umgehen, Blessing, S. 35.
- 2 Klein, Naomi (2015): Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima, Fischer Verlag GmbH, S. 149.
- 3 Dieser Text argumentiert aus einer marxistischen Perspektive. Unter das Wort »Produktion« fällt somit auch das, was heute oftmals als Dienstleistung oder Dienstleistungsgesellschaft beschrieben wird. Produktion bedeutet bei Marx Produktion von Kapital bzw. Mehrwert und nicht ausschließlich von materiellen Waren.
- 4 Luxemburg, Rosa (1990): Gesammelte Werke. Band 5, Dietz Verlag Berlin, S. 775.
- 5 Umweltbundesamt (2023): Energieverbrauch für fossile und erneuerbare Wärme [https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energieverbrauch-fuer-fossile-erneuerbare-waerme#warmeverbrauch-und-erzeugung-nach-sektoren].
- 6 Lisa / Godzinska, Kamila / Hanoteaux, Raphael / Koch, Matthias / Medak, Brick / Palmer, Ronan (2022): Bezahlbare Wärme ohne Flüssigerdgas, S. 18f. [https://e3g.wpenginepowered.com/wp-content/uploads/REPORT-Bezahlbare-Waerme-ohne-Flussigerdgas.pdf].
- 7 Vgl. für diesen Absatz Broistedt, Philip / Hofmann, Christian (2022): Krise als Chance. Wie sähe eine öko-soziale Wärmewende aus? [https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/krise-als-chance-wie-saehe-eine-oeko-soziale-waermewende-aus].
- 8 Morhart, Alexander (2022): Wie die energetische Sanierung im Bestand den Turbo einlegen kann [https://www.vdi-nachrichten.com/technik/bau/wie-die-energetische-sanierung-im-bestand-den-turbo-einlegen-kann/]. Vgl. zum Energiesprung-Konzept ebenfalls Deutsche Energie-Agentur (2023): Das Energiesprung-Factsheet [https://www.energiesprung.de/newsroom/publikationsdetailansicht/pub/factsheet-energiesprung/].
- 9 Meier, Klaus (2021): Was tun gegen die wachsende Müllflut? [https://netzwerk-oeko-sozialismus.de/muellflut/].
- 10 Meier, Klaus (2021): Eine Chemieindustrie ohne CO₂-Emissionen? [https://netzwerk-oekosozialismus.de/wp-content/uploads/2021/10/OeSD-1-Umbau-der-Chemieindustrie.pdf].
- 11 Vgl. für diesen Absatz Hofmann, Christian / Meier, Klaus (2022): Ist ohne Gas unser Wohlstand in Gefahr? Oder nur der schlechte Status Quo? [https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-gaskrise-ist-auch-eine-chance-fuer-einen-oekosozialen-rueckbau-der-industrie].
- 12 Ebd.
- 13 Saito, Kohei (2023): Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus, dtv, S. 104.

- 14 Luxemburg, Rosa (1990): *Gesammelte Werke*. Band 5, Dietz Verlag Berlin, S. 643.
- 15 Ebd., S. 644.
- 16 Marx, Karl (1972): MEW 23, S. 57, Dietz Verlag Berlin.
- 17 Saito, Kohei (2016): *Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus*, campus, S. 137.
- 18 Marx, Karl (1972): MEW 23, S. 529f., Dietz Verlag Berlin.
- 19 Luxemburg, Rosa (1990): *Gesammelte Werke*. Band 5, S. 734, Dietz Verlag Berlin.
- 20 Broistedt, Philip / Hofmann, Christian (2020): *Goodbye Kapital. Die Alternative zu Geld, sozialem Elend und ökologischer Katastrophe*, PapyRossa Verlag, S. 63. Vgl. auch Marx, Karl (1972): MEW 23, S. 742, Dietz Verlag Berlin.
- 21 Saito, Kohei (2023): *Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus*, dtv, S. 53.
- 22 Saito plädiert dafür, eine solche Gesellschaftsordnung als Degrowth-Kommunismus zu bezeichnen. Vgl. Saito, Kohei (2023): *Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus*, dtv, S. 224–244.
- 23 Bahro, Rudolf (1977): *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Europäische Verlagsanstalt, S. 322.
- 24 Zeller, Christian (2022): *Energiekrise ökologisch und solidarisch anpacken* [<https://emanzipation.org/2022/09/energiekrise-oekologisch-und-solidarisch-anpacken/>].

KAPITEL 5

Vergesellschaftung und kritische Infrastruktur

Kampagnenarbeit im Kampf um Vergesellschaftung

VW heißt VerkehrsWende

Eva Brunnemann und Tobi Rosswog

Abstract

Eine Transformation, die gute Arbeit, Befriedigung realer Mobilitätsbedürfnisse und Klimagerechtigkeit vorantreibt, ist mit dem VW-Konzern in seiner heutigen Form nicht zu machen. Das Gebot der kurzfristigen Profitmaximierung steht jeder langfristigen gemeinwohlorientierten Planung entgegen. Volkswagen bietet wie kein anderes Unternehmen die Chance zur Vergesellschaftung.

Die sozialökologische Transformation im Verkehrssektor ist notwendig. Die Automobilindustrie steckt in einer massiven Krise. Der Weg der Antriebswende hin zum E-Auto kostet mehrere Hunderttausend Jobs¹ und ist ökologisch nicht hilfreich.² Es braucht einen Umbau weg vom Auto hin zu Bussen, Bahnen und Lastenrädern, um die notwendige sozialökologische Transformation im Verkehrssektor zu ermöglichen. Diese Konversion ist allerdings nicht so profitabel, weshalb eine Konversion ohne Vergesellschaftung nicht möglich ist. Beide Themen sind somit unmittelbar miteinander verknüpft. Was es jetzt braucht? Ein neues Mobilitätskonzept. Die Beschäftigten haben die Ideen und das Know-how für den Umbau. Sie brauchen die Politik für die Umsetzung. Die Politik braucht den Druck der Gewerkschaft. Und beide – Politik und Gewerkschaft – brauchen den Druck von der Straße, von den

Aktivist*innen und Arbeiter*innen. Ein Erfahrungsbericht aus eineinhalb Jahren konkreter Auseinandersetzung in Wolfsburg mit dem VW-Konzern zeigt Probleme und Perspektiven auf.

In der Höhle des Löwen: Aktivist*innen starten eine Kampagne zur Verkehrswende in Wolfsburg

VW ist der zweitgrößte Automobilkonzern der Welt und Europas größtes Industrieunternehmen. Das Besondere: Mit einem eigenen VW-Gesetz und überdurchschnittlich viel Einfluss von Gewerkschaften und Betriebsräten ergeben sich für die Klimagerechtigkeitsbewegung besondere Ansatzpunkte. Das bedeutet, dass eine politische Intervention direkt am Stammsitz in Wolfsburg im öffentlichen Raum möglich ist, weil mehr Menschen mitreden können als bei reinen Kapitalkonzernen.

Deshalb haben Verkehrswendeaktivist*innen 2019 den VW-Konzern für eine sehr spektakuläre Aktion ausgewählt, die den Auftakt für weitere Aktionen bildete, bis im Spätsommer 2022 eine intensive Kampagne für die Transformation von Volkswagen begann.

Amsel44³: Das Projekt- und Verkehrswendehaus in Wolfsburg

Im August 2022 entstand im Amselweg 44 mitten in Wolfsburg ein Projekt-haus namens Amsel44, welches als offene Plattform für Aktivist*innen, Arbeiter*innen und Zivilgesellschaft nutzbar ist. Das Ziel: Impulse setzen für eine lokale Verkehrswende und eine Transformation von Autokonzernen und eine verbesserte Infrastruktur für Fuß, Rad und ÖPNV. Wolfsburg als Hauptstadt des Automobilismus soll dafür zum Symbol werden. So weit der Plan. Die vier Kampagnenziele »keine neue E-Autofabrik«, »Konversion und Vergesellschaftung von VW«, »keine A39«, »von der Autostadt zur Verkehrswendestadt« werden auf der Website amsel44.de und den dort verlinkten Seiten⁴ kurz erläutert.

VW für alle

Im Beitrag stehen das zweite Kampagnenziel und dabei besonders das Thema Vergesellschaftung des Volkswagenkonzerns im Fokus. Für diesen Strang wurde unter dem Slogan »VW für alle« mit befreundeten kritischen Arbeiter*innen ein gemeinsames Papier abgestimmt, wo es unter anderem heißt:

» *Wir sind der Überzeugung, die Konzernstrategie, die auf E-Autos und autonomes Fahren setzt, ist eine Sackgasse. Die Produktion muss vielfältiger aufgestellt werden, sonst ist in wenigen Jahren Schluss. E-Autos und autonomes Fahren verschlingen übermäßig viele Ressourcen. Wir brauchen ein breiter aufgestelltes Konzept und wir brauchen die Produktionskapazitäten von VW für den öffentlichen Nah- und Fernverkehr. [...] Wir sind überzeugt, in der Belegschaft gibt es das Know-How [sic] für den Umbau in der Entwicklung und in der Produktion. [...] Wir brauchen einen Plan. Wir brauchen dich.*«⁵

Aber: Warum ausgerechnet Wolfsburg und VW?

» Wer die kapitalistischen Produktionsverhältnisse umgestalten, ja umbrechen möchte – zum Schutz der natürlichen Restressourcen der Welt und zum Wohle der arbeitenden Menschen auf ihr –, [...] der muss, statt in die Reservate der Paradiesvögel, in die Höhle des Löwen gehen: in die kapitalistische Produktion.«⁶

Diese Aussage des Soziologen Stephan Lessenich könnte nicht passender sein, um eine erste Antwort auf diese Frage zu geben. Wenn wir diesen Gedanken ernst nehmen, gibt es keinen geeigneteren Ort. VW ist Europas größtes Industrieunternehmen und ein riesiges Markenkonglomerat⁷ mit Stammsitz in Wolfsburg, einer Stadt, die für Volkswagen geschaffen wurde. Doch das Erfolgsmodell zeigt tiefe Risse. Von der Kapitalseite, in Person des Haupteigentümers Wolfgang Porsche, wird in der Presse deutlich über die Absicht gesprochen, ganze Standorte zu schließen und soziale Standards abzubauen.

- » Wir müssen Leistung stärken und Kosten in den Griff bekommen, um wettbewerbsfähig zu sein. Es sind auch Einsparungen nötig, es muss über alles nachgedacht werden. [...] das Soziale kann man sich nur leisten, wenn auch das unternehmerische Ergebnis stimmt.«⁸

Ihr Anliegen ist es, die Rendite zu sichern. In den vorherrschenden Transformationsdebatten werden überwiegend der Staat, das Unternehmensmanagement und die Konsument*innen adressiert. Die Beschäftigten kommen als Betroffene vor, nicht aber als Akteur*innen.

Eine sozialökologische Transformation, die gute Arbeit, Befriedigung individueller Mobilitätsbedürfnisse und Klimagerechtigkeit ohne Raubbau in Regionen und Ländern des Globalen Südens vorantreibt, ist mit der VW-Konzernführung nicht zu machen. Das Gebot der kurzfristigen Profitmaximierung steht jeder langfristigen gemeinwohlorientierten Planung entgegen. Daher ist eine Konversion ohne Vergesellschaftung nicht realistisch. Der Volkswagenkonzern hat aber gute Voraussetzungen für eine Vergesellschaftung und ist daher dafür prädestiniert, in der Konversion eine Vorreiterrolle zu spielen. Denn Konversion ist ohne Vergesellschaftung nicht zu machen. Es gibt kein zweites Unternehmen weltweit, das folgende Vorteile aufweist:

1. das VW-Gesetz mit den besten Möglichkeiten der Mitbestimmung in Deutschland;⁹
2. die Beteiligung der öffentlichen Hand, also des Landes Niedersachsen, als Großaktionär mit 20 Prozent;¹⁰
3. die Macht der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) mit dem hohen Organisationsgrad und satzungsgemäßen Ziel der Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum.¹¹
4. Es gab bereits eine Konversion. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 wurde die gesamte Rüstungsproduktion auf die Produktion von Autos umgestellt.

Der mühsame Anfang: Aktionen verändern die Stimmung in der Autostadt Wolfsburg

Kreative Aktionen und Kampagnen der Aktivist*innen, welche mit Arbeiter*innen und Teilen der Stadtgesellschaft kooperieren, erzeugen positive Berichterstattung. Bereits nach dem Erreichen des ersten Kampagnenziels titelte die lokale Presse in der Volkswagen-Rubrik: »Nach wahrscheinlichem Aus der E-Auto-Fabrik in Warmenau fordern die Protestler nun den Umbau und die Vergesellschaftung Volkswagens.«¹² Unter dem Titel »Baut mehr Straßenbahnen« heißt es im Wochenendkommentar: »Manche Dinge werden einfach weniger abstrus, je öfter man sie hört.«¹³ Und ein lokales Onlinemagazin titelt: »VW-Mitarbeiter hält zu Klima-Aktivisten – Belegschaft ist egal, was sie produziert.«¹⁴, nachdem ein Autozug zum Halten gebracht und als Straßenbahn verkleidet wurde. Die Aktionen und Auseinandersetzungen vor Ort finden auch bundesweite Erwähnung, wie beispielsweise in der *Frankfurter Rundschau* unter dem Titel »Künftig Züge aus VW-Produktion? Wie Autokonzerne der Wachstumsfalle entkommen könnten.«¹⁵

Der renommierte »Gesprächskreis Zukunft Auto Umwelt Mobilität« der Rosa-Luxemburg-Stiftung fasst es in seinem aktuellen Papier unter dem Titel »Verkehrswende jetzt – für Klimaschutz und gutes Leben« wie folgt zusammen: »In der Autostadt Wolfsburg mischt eine Verkehrswendeinitiative wahrnehmbar und mit viel öffentlicher Resonanz den automobilen Konsens auf.«¹⁶

Soziale und ökologische Frage verbinden, genauso wie Arbeiter*innen und Aktivist*innen

Eine wichtige Grundlage dieser Aktionen ist der Versuch, mit den Arbeiter*innen die soziale und ökologische Frage zusammenzudenken und gemeinsam zu handeln. Aus einem Interview mit dem VW-Betriebsratsmitglied Lars Hirsekorn aus Braunschweig wird deutlich, dass das gelingen kann:

- » Es kommt ja manchmal vor, dass es Klimaaktivisten egal ist, was mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in der Automobilbranche passiert.

Aber in diesem Fall hat die Initiative klare Vorstellungen, die eine Zusammenarbeit zwischen Beschäftigten und Klimabewegung ermöglicht. Sie sagen, dass Wolfsburg nicht eine Stadt der Antriebswende werden muss, also vom Verbrenner- zum Elektroantrieb, sondern eine Stadt der Verkehrswende. Ich schließe mich dem inhaltlich an: [...] Bei Volkswagen könnten auch Busse und Straßenbahnen gefertigt werden.«¹⁷

Die IG Metall als wichtige Akteurin handelt nicht

Sie ist die größte Industriegewerkschaft der Welt, und besonders in Wolfsburg gibt es mit über 90 Prozent den weltweit höchsten Organisationsgrad in der Belegschaft.¹⁸ Doch ist die offizielle Gewerkschaftspolitik in Co-Management und Sozialpartnerschaft verhaftet und nicht auf dem Weg, eine Debatte über eine nicht verwertungsorientierte Produktionsweise zu initiieren. Noch sind es zu wenige progressive Stimmen in der IG Metall, die über die wichtigen Kämpfe um gute Löhne und Tarifbindung hinaus ihre gesellschaftliche Mitverantwortung für den Transformationsprozess sehen und »eine entsprechende Strategiebildung auf der Grundlage eines erweiterten politischen Mandats«¹⁹ fordern.

Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende des zweitgrößten VW-Werks Kassel-Baunatal, Carsten Bätzold, beschreibt es in einem Interview unter dem Titel »Elektro-SUVs lösen kein Problem« so:

- » Wir können vielleicht wieder neue Stärke gewinnen – aber nur, wenn wir den Kopf nicht in den Sand stecken. Meine Erfahrung ist, dass unsere Leute von uns erwarten, dass wir mit ihnen ehrlich über Alternativen diskutieren. Dann sind sie auch bereit, zusammenzustehen und etwas zu riskieren.«²⁰

Am 27. Juni 2023 wurde beim Transformationsforum der IG Metall ein Debattenpapier unter dem vielversprechenden Titel »Speed Matters – Weichen für die Mobilitätswende stellen« veröffentlicht. Doch anstatt positive Bilder der Mobilität für alle zu vertreten, verliert sich der Text in Ausweglosigkeit:

- » Die Mobilitätsdebatte krankt an Wunschdenken und Großentwürfen, die seit Jahrzehnten die gleichen sind, kaum Fortschritte bringen und zu steigender Frustration führen.«²¹

Stephan Krull, der ehemalige VW-Arbeiter und Mitglied des Betriebsrats in Wolfsburg, schreibt dazu:

- » Realismus statt Reißbrett nennt die Gewerkschaft dieses Herangehen – und doch ist es die Angst vor der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Autokapital, eine Anpassung an real-kapitalistische Verhältnisse, eine Absage an gesellschaftliche Planung, eine Absage an jede Utopie. Angesichts der Zukunftsängste, die auch von den Rechten geschürt werden, ist dieser Versuch der Vermeidung der Auseinandersetzung, der Vermeidung des Kampfes um eine wirkliche sozialökologische Transformation, zum Scheitern verurteilt. Von der Gewerkschaft kann erwartet werden, dass sie ein Zielbild einer menschlichen Zukunft, von internationaler Solidarität, nachhaltiger Mobilität und guter Arbeit beschreibt und so Hoffnung und Lust auf eine bessere Gesellschaft macht.«²²

Weil die IG Metall von heute davon nichts mehr wissen will und es als Schnee von gestern abtut, bleibt es Aufgabe der weiteren Akteur*innen, sie immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen: die Satzung mit dem Ziel der Vergesellschaftung.

- » § 2 Aufgaben und Ziele der IG Metall
4. Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten; Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum«²³

Die Beschäftigten als wichtige Akteur*innen

Arbeiter*innen von Volkswagen und Aktivist*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung haben sich in der Kampagne »VW für alle« zusammengeschlossen. Wenn dieser Zusammenschluss über »VW für alle« mit dem Ziel der Vergesellschaftung spricht, dann werden damit die Beschäftigten angesprochen, die ihre eigenen Bedürfnisse nach Arbeit und Sicherheit in der Lebensplanung befriedigen wollen – und das auch können, wenn sie sich dafür gemeinsam organisieren und Macht aufbauen. Jede*r Beschäftigte, der*die sich für den Erhalt ihres Arbeitsplatzes einsetzt, ist ein Gewinn fürs Klima, wenn dieser Arbeitsplatz dem Gemeinwohl, in diesem Fall den Mobilitätsbedürfnissen und der Verkehrswende, gewidmet ist. Jede*r Arbeiter*in und Angestellte sorgt dann für die Mobilität für alle, ohne jemals ein*e Klimaaktivist*in zu werden. Die Entscheidung, was wie und wo produziert wird, gehört unter demokratische Kontrolle. Das bringt der Arbeits- und Industriosozologe Dörre treffend auf den Punkt:

- » Wer derart weitreichende Produktionsentscheidungen zu beeinflussen beabsichtigt, darf nicht länger akzeptieren, dass winzige Managereliten darüber befinden, welche Produkte für die Menschheit bedeutsam und welche unwichtig sind. Produktionsentscheidungen müssen radikal demokratisiert, das heißt für die Zivilgesellschaft geöffnet werden. Nur wenn diese Entscheidungen strikt an Nachhaltigkeitsziele rückgebunden werden, besteht überhaupt eine Chance, den menschengemachten Klimawandel noch in halbwegs kontrollierbaren Grenzen zu halten und die Übernutzung von Ressourcen einzudämmen.«²⁴

Das VW-Gesetz nutzen

Land- und Betriebsrat kommen im Aufsichtsrat auf 70 Prozent²⁵ der Stimmen und könnten die Konversion und die Vergesellschaftung beschließen. Die Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten sind gegeben. Ebenso wie der »Gesprächskreis Zukunft Auto Umwelt Mobilität« der Rosa-

Luxemburg-Stiftung spricht Dörre von Transformationsräten²⁶, in denen sich Akteur*innen aus Gewerkschaften, regionaler Politik, Umwelt- und Verkehrsverbänden, Energie- und Verkehrswendeinitiativen versammeln, um gesellschaftliche Foren zu initiieren und direkten Einfluss auf die sozialökologische Transformation der Produkte in der gesamten Mobilitätsindustrie zu nehmen. Diese umfangreiche Transformation setzt voraus, dass die Gewerkschaften ihr politisches Mandat wahrnehmen, sich nicht länger nur auf Tarifpolitik konzentrieren und in Hinterzimmer zurückziehen. Da weder Politik noch Gewerkschaft aktuell Bestrebungen in diese Richtung erkennen lassen, ist es erforderlich, mehr Druck von unten aufzubauen durch Aktionen, die öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen oder sich direkt an die Beschäftigten wenden, mehr Druck von unten aufzubauen.

Wie könnte nun eine Vergesellschaftung aussehen?

In einem Extrablatt zum Thema Verkehrswende, welches in knapp 25000 Haushalten in Wolfsburg verteilt und zuvor gemeinsam von Aktivist*innen und Arbeiter*innen geschrieben wurde, heißt es:

- » Genauso wie wir das ›Was‹ der Produktion infrage stellen, können wir auch die aktuell vorherrschende Eigentumsform kritisieren und anders denken. Sogar die Verfasser:innen unseres Grundgesetzes haben erkannt, dass es ein Gegenmittel braucht, gegen Eigentumsinteressen, die zum Schaden der Allgemeinheit durchgesetzt werden. Die Vergesellschaftung nach Artikel 15 bietet eine Chance, uns die Eigentumsrechte gemeinschaftlich zurückzuholen und den Konzern an den Interessen aller auszurichten. Wie funktioniert Vergesellschaftung? Der vergesellschaftete VW-Konzern könnte wieder als Staatskonzern geführt werden. Dazu müssten wir allerdings in der Lage sein, Repräsentant:innen zu wählen, die weit genug außerhalb des ehemaligen Machtkomplexes stehen, anders als es beispielsweise das Land Niedersachsen als aktuelle Miteigentümerin tut. Die Erfolgsaussichten einer sozialökologischen Transformation in Regierungshand sind aktuell sehr überschaubar. Daher ist die Überführung in eine zivilgesellschaft-

liche Organisation vorzuziehen. Ein Beispiel für eine konkrete Form ist die Stiftung, ihre Stiftungszwecke werden in den Satzungen festgeschrieben und durch Räte kontrolliert. Das Kapital ist in der Stiftung verselbstständigt und die Entscheidungen darüber dem Einfluss der Kapitalgeber:innen entzogen. Wie wäre es, wenn nicht mehr nur Forschung und Lehre oder die Kunstmuseen diese Unabhängigkeit genießen würden [...], sondern die ganze Produktion? Dass diese Trennung von Kapital und Entscheidungen, sowie ein Fokus auf Fortbestand statt auf Profit und Wachstum auch bei großen, am Markt tätigen Produktionsunternehmen funktionieren, haben Beispiele wie Bosch und Zeiss längst bewiesen. Andere Formen, wie Crowdfundings oder Genossenschaften, zeigen zudem, dass Menschen und Organisationen, die von einem Produkt oder einer Idee überzeugt sind, durchaus in finanzielle Vorleistung gehen. Auch wenn offen ist, wann und was sie dafür genau erhalten.«²⁷

Daran anknüpfend, können wir die Idee einer Vergesellschaftung auf zwei Ebenen denken. Zum einen in Form von Wirtschaftsdemokratie und der Vergesellschaftung der Konzerne nach dem Motto »Fabriken denen, die darin arbeiten«. Zum anderen als die Entkommerzialisierung von Lebensbereichen und der Verwirklichung von Commonsräumen²⁸. Beim Thema Mobilität bedeutet es die Umsetzung des Rechts auf Mobilität für alle und damit der Idee des Nulltarifs. Beide Varianten gilt es in der Klimagerechtigkeitsbewegung stark zu machen.

Eine andere Welt ist möglich

- » Das Morgen, zurzeit noch durch seine Einordnung in die Vergesellschaftungsformen des Kapitalismus fern von seinen künftigen Entfaltungsmöglichkeiten, könnte beginnen, im Heute zu tanzen.«²⁹

Narrative, sinnstiftende gesellschaftliche Erzählungen prägen unser Alltagsdenken. Nach über 30 Jahren neoliberaler Zurichtung durch Thinktanks und Politik mit entsprechender Verfestigung marktideologischer Glaubenssätze braucht es die Kraft starker Bilder, um TINA – »there is no alternative« – zu erschüttern.

Wir erschaffen eine Mobilität und einen öffentlichen Raum, der sozial und ökologisch die Bedürfnisse der vielen befriedigt. Wir sollten den öffentlichen Raum selbst als Commons, als Gemeingut, verstehen und allen Menschen verfügbar machen. Es geht um Flächengerechtigkeit. Der öffentliche Raum ist kein Abstellplatz für Autos. Er ist vielmehr ein Begegnungsort, ein Platz zum Verweilen, für Kontakte und Beziehungen zwischen Menschen ohne Konsumzwang und befriedigt so die Bedürfnisse des alltäglichen Lebens. Das utopische Moment darf in den Aktionen und Kampagnen deutlich werden, um mehr Stimmung zu machen. Diese spektakulären Aktionen und öffentlichkeitswirksamen Kampagnen von Arbeiter*innen und Aktivist*innen in der Autostadt Wolfsburg machen das Udenkbare denkbar. Sie ermöglichen andere Vorstellungshorizonte. Die Themen Konversion und Vergesellschaftung werden dadurch medial gesetzt. Doch wie kommt das alles auf dem Hallenboden an? Das zeigt sich bei der direkten Ansprache am Werkstor, vor den Türen von IG-Metall-Delegiertenversammlungen oder anderen Orten des öffentlichen Lebens.

» Mit unseren Interventionen kommen wir näher an die Beschäftigten ran und wir bleiben an den Beschäftigten dran. Denn wir kommen wieder.«³⁰

Gelingt es, eine Brücke aufzubauen zwischen Beschäftigten und Klimagerechtigkeitsbewegung? Wird es gelingen, gemeinsame Interessen herauszuarbeiten und zu organisieren? #wirfahrezusammen³¹ hat vorgemacht, wie neue Bündiskonstellationen entstehen und wachsen können. Unter #Insergiamo macht es das Fabrikkollektiv in Italien³² gerade vor. Arbeiter*innen, Klimabewegung, Wissenschaftler*innen, einzelne linke Politiker*innen und die vielen aus der Zivilgesellschaft mit ihrem solidarischen Beitrag arbeiten an dem einen Ziel: in Würde arbeiten und Sinnvolles produzieren. Das lässt erahnen, wohin die Reise gehen kann. Wir haben viel zu gewinnen: das gute Leben für alle!

Anmerkungen

- 1 Weitere Infos unter: <https://stephankrull.info/2023/01/19/dafuer-braucht-es-unglaublich-viel-arbeitskraft/>.
- 2 Warum E-Autos eine Scheinlösung sind, wird hier nicht weiter diskutiert und als bekannt vorausgesetzt. Eine Übersicht der wichtigsten Gründe hat die Kampagne »Stop Trinity« während der anfänglichen Auseinandersetzung um den Neubau einer E-Auto-fabrik zusammengestellt [http://verkehrswendestadt.de/wp-content/uploads/2024/01/verkehr_eautos_faktenpapier.pdf].
- 3 Weitere Infos unter [www.amsel44.de].
- 4 Weitere Infos zur Idee der Verkehrswendestadt unter [www.verkehrswendestadt.de].
- 5 Die Kampagnenseite »VW für alle« ist hier zu finden [<https://vw-fuer-alle.de>].
- 6 Lessenich, Stephan (2014): Ab in die Produktion oder Der diskrete Charme der Ökonomie, in: WSI Mitteilungen, S. 566–567.
- 7 »Die heutige VW AG agiert als Muttergesellschaft der Fahrzeugmarke Volkswagen Pkw sowie der Tochtergesellschaften Seat, Škoda Auto und Audi sowie der Luxusmarken Bentley, Ducati (Motorräder), Lamborghini und Porsche. 2007 bis 2011 erweiterte der Konzern auch seine Nutzfahrzeugsparte (Lkw und Busse) mit dem Geschäftsbereich Volkswagen Nutzfahrzeuge um die Unternehmen MAN und Scania.« [https://de.wikipedia.org/wiki/Volkswagen_AG].
- 8 Hage, Simon (2023): Der Tanker Volkswagen lässt sich nicht so leicht umdrehen [<https://www.spiegel.de/wirtschaft/vw-grossaktionaeer-wolfgang-porsche-der-tanker-volkswagen-laesst-sich-nicht-so-leicht-umdrehen-a-2f68cecf-34ec-499a-8c59-1bc0925a6ba9>].
- 9 Mehr Infos unter [https://www.stk.niedersachsen.de/download/81377/VW-Gesetz_Material_Anlage.pdf].
- 10 Mehr Infos dazu unter: <https://www.volkswagen-group.com/de/aktionaersstruktur-15951>.
- 11 Die Satzung der IG Metall ist hier zum Download [https://www.igmetall.de/download/20231222_IGM_Satzung_2024_232da4272e6e85e92c762acbccd45acb4569dafd.pdf].
- 12 Schmidt, Steffen (2022): Trinity-Mahnwache beendet. Klima-Aktivisten nehmen jetzt VW-Stammwerk ins Visier, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung, 28.11.2022.
- 13 Schmitz, Hannah (2023): Baut mehr Straßenbahnen!, in Braunschweiger Zeitung, 16.01.2023.
- 14 Kokoska, Janine (2023): VW-Mitarbeiter hält zu Klima-Aktivisten – Belegschaft ist egal, was sie produziert [<https://www.news38.de/wolfsburg/vw/article300099430/vw-mitarbeiter-wolfsburg-klima-aktivisten-news-greta-thunberg-harz-d.html>].

- 15 Arnhold, Maximilian (2023): Künftig Züge aus VW-Produktion? Wie Autokonzerne der Wachstumsfalle entkommen könnten [https://www.fr.de/wirtschaft/vw-zuege-automobilindustrie-elekto-mobilitaet-deutschland-92653402.html].
- 16 Gesprächskreis Zukunft.Auto.Umwelt.Mobilität ZAUM der RosaLuxemburg Stiftung [https://www.rosalux.de/news/id/50452/verkehrswende-jetzt-fuer-klimaschutz-und-gutes-leben].
- 17 Rautenberg, Marius (2022): E-Autos. Ein Autobauer blickt kritisch auf den Zukunftstrend [https://www.nationalgeographic.de/umwelt/2022/12/e-autos-ein-autobauer-blickt-kritisch-auf-den-zukunftstrend].
- 18 Weitere Infos unter [https://www.igmetall.de/im-betrieb/die-historische-verantwortung-fuer-vw].
- 19 Urban, Hans-Jürgen (2022): Gewerkschaftliche Strategiebildung in der ökologischen Transformation, in: WSI Mitteilungen, 75(4), S. 341.
- 20 Boewe, Jörn; Schulten, Johannes (2021): Elektro-SUVs lösen kein Problem, in: der Freitag, 04.06.2021.
- 21 Weitere Infos zum Debattenpapier unter [https://www.igmetall.de/download/20230627_IGM_Debattenpapier_zur_Mobilit_tswende_2023_4227a0d235410485d129c689f29244e5273a4001.pdf].
- 22 Krull, Stephan (2023): Klimakatastrophe und Verkehrswende – die Uhr tickt! [https://www.isw-muenchen.de/online-publikationen/texte-artikel/5129-klimakatastrophe-und-verkehrswende-die-uhr-tickt].
- 23 Satzung der IG Metall, abrufbar hier [https://www.igmetall.de/download/20191231_IGM_Satzung_2020_web_4bcoa0e0054f65e751cf12b6d4b17c76doao1873.pdf].
- 24 Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus, Matthes & Seitz Berlin, S. 134.
- 25 Seiwert, Martin (2023): Umbau bei Volkswagen. Es geht um 80 weitere Jahre für VW. Oder 18 [https://www.wiwo.de/unternehmen/auto/umbau-bei-volkswagen-es-geht-um-80-weitere-jahre-fuer-vw-oder-18-/29163648.html]. Die Mehrheit liegt also nicht auf der Kapital-, sondern auf der Arbeiter*innenseite. Siehe dazu auch Krull, Stephan: Zwischenruf: Autoindustrie vergesellschaften! Warum eine entschädigungslose Vergesellschaftung auf die Tagesordnung gehört! [https://stephankrull.info/2023/01/17/zwischenruf-autoindustrie-vergesellschaften/].
- 26 Ebd.
- 27 Zeitung abrufbar unter [http://verkehrswendestadt.de/wp-content/uploads/2023/12/VW_Zeitung_2023-2024.pdf].
- 28 Was sind Commons? Das Commons-Institut beschreibt es auf ihrer Website so: »Commons sind gemeinsam hergestellte, gepflegte und genutzte Produkte und Ressourcen unterschiedlicher Art. Im Deutschen gibt es dafür das Wort Gemeingüter, was aber zu

sehr auf die Ressourcen oder Produkte (Güter) fokussiert. Daher verwenden wir auch im Deutschen das Wort Commons. Das Wort Commons mit ›s‹ steht dabei sowohl für die Einzahl wie für die Mehrzahl, es gibt also das Commons und die Commons.«

- 29 Klein, Dieter (2013): *Das Morgen tanzt im Heute*, VSA: Verlag Hamburg, S. 13.
- 30 Weitere Infos dazu unter [<https://vw-fuer-alle.de>].
- 31 Weitere Infos dazu unter <https://www.wir-fahren-zusammen.de/>].
- 32 Brunnemann, Eva / Rosswog, Tobi (Hrsg.) (2023): *VW steht für VerkehrsWende – Konversion und Vergesellschaftung zwischen Theorie und Praxis*, Verlag Graswurzelrevolution.

Vergesellschaften statt Krise

Die Kampagne »REW & Co enteignen«

**Leonie Melcher, Tristan Crampe
und Selma Hornemann**

(REW & Co enteignen)

Abstract

Die Kampagne »RWE & Co enteignen« entstand aus den Kämpfen der Klimagerechtigkeitsbewegung im rheinischen Braunkohlerevier und plädiert für zwei zentrale Entwicklungsschritte der Bewegung. Zum einen ist dies die Verknüpfung der ökologischen Mobilisierung mit sozialen Kämpfen rund um Themen wie Heiz- und Stromkosten und drohender Prekarisierung durch wegfallende Arbeitsplätze. Zum anderen geht es um ein aktives Gestalten der Energie- und des gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftens durch die Bevölkerung selbst, anstatt nur in der Kritik nicht ausreichender politischer Reaktionen zu verharren.

In der Forderung nach Vergesellschaftung der bislang profitorientiert organisierten Grundversorgung liegt ein grundgesetzlich verankerter Weg, der sozio-ökonomischen Polykrise solidarisch entgegenzutreten. In diesem Beitrag wird die Entstehung der Kampagne »RWE & Co enteignen« skizziert und bereits erfolgreiche sowie anstehende Beispiele der Vernetzung der Kampagne mit sozialen Initiativen vorgestellt. Erste Gestaltungsmerkmale der neu zu entwickelnden Organisation der Grundversorgung mit Energie, die bedürfnisorientiert und radikal demokratisch statt profitorientiert und ausschließend sein soll, werden vorgestellt und offene Fragen benannt.

Raus aus der Krise der Klimagerechtigkeitsbewegung

Die Krisenhaftigkeit unserer Zeit zeigt sich inzwischen auch in der Klimagerechtigkeitsbewegung selbst. Nach einem hoffnungsvollen Höhepunkt zu Zeiten starker Mobilisierungen durch Gruppen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion 2018/19 bremste die Covid-19-Pandemie die Bewegung aus und hinterließ sie weitgehend orientierungslos. Der auf Sympathien in der Bevölkerung setzende, gegenüber der Regierung rein appellierende Kurs ist dabei gescheitert und kann zukünftig nur noch eine ergänzende Rolle für die Bewegung spielen. Spätestens die erfolglosen Versuche der Letzten Generation, die Regierung zum Handeln zu bewegen, sollten verdeutlichen, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung Neues bieten und sich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen muss, statt nur Forderungen zu formulieren und um Umsetzung zu bitten. Die minimalen staatlichen Maßnahmen, die erreicht wurden, stellen keine ausreichende Antwort auf die sich zuspitzenden sozialökologischen Krisen dar.

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass sich die Klimagerechtigkeitsbewegung¹ immer mehr in eine Defensivhaltung begibt. Sie blockiert Orte der kapitalistischen Zerstörung,² macht die Ursachen der Klimakatastrophe sichtbar und leistet Widerstand durch Demonstrationen, Besetzungen und direkte Aktionen. Aber sie verweilt im Gegenhalten und in aufreibenden Abwehrkämpfen.³ Auch wenn es diesen Widerstand weiterhin dringend braucht, so sollte er vielmehr konstruktiven Forderungen einer Bewegung Nachdruck verleihen, als lediglich das bestehende System zu kritisieren. Nicht trotz, sondern wegen des Zeitdrucks der Klimakatastrophe muss sich die Klimagerechtigkeitsbewegung mit inhaltlichen und strategischen Fragen auseinandersetzen. Wir brauchen Lösungsansätze, die radikal und realpolitisch zugleich sind und die der Bewegung neue Hoffnung geben.

Im Folgenden soll aufgezeigt werden, dass das Konzept einer Vergesellschaftung der großen Energiekonzerne der Klimagerechtigkeitsbewegung einen in unterschiedlichen Sektoren realpolitisch wirksamen Hebel liefern kann. Als radikal-transformativer Ansatz⁴ packt die Vergesellschaftung das

Problem an der Wurzel: dem auf Profit basierenden Wirtschaftssystem. Sie hat das Potenzial, soziale und ökologische Kämpfe miteinander zu verbinden,⁵ und ist eine nachfolgend zu skizzierende radikaldemokratische Antwort auf die Frage, wie ein von Teilen der Bewegung propagierter System Change in der Praxis aussehen kann. Und bei alledem ist die Vergesellschaftung grundgesetzlich verankert.

Die Debatte über die 1,5-Grad-Grenze darf nicht zu einer rein technischen gemacht werden, in der es nur um Kohlenstoffbudgets und planetare Grenzen geht.⁶ Die Klimagerechtigkeitsbewegung muss insgesamt beginnen, über die Logik des Marktes, Profitinteressen und insbesondere über Eigentumsverhältnisse zu sprechen. Privateigentum von Gütern, welche die Grundbedürfnisse befriedigen, bedeutet zentralisierte Verfügungsgewalt, auf die die Konsumierenden keinen Einfluss haben und die somit demokratische Prozesse und Teilhabe untergräbt.⁷ Wenn wir Machtverhältnisse verändern wollen, müssen wir beginnen, diese Eigentumsverhältnisse infrage zu stellen.⁸ Genau hier setzt Vergesellschaftung an. Durch sie können Krisen verursachende Machtverhältnisse angegangen und ihnen etwas entgegengesetzt werden: die gemeinschaftlich demokratische Verfügung und Organisation unserer Grundbedürfnisse, sei es im Energie-, Gesundheits- oder Bildungssektor. Durch die Reorganisation dieser Wirtschaftssektoren können herrschende Verhältnisse aufgelöst und unter Einbeziehung aller – vor allem benachteiligter und vulnerabler – Menschen strukturiert werden.

Die Kampagne »RWE & Co. enteignen«

Das Ziel unserer Initiative ist es, den Energiesektor in Nordrhein-Westfalen (NRW) zu demokratisieren⁹ und die Energieversorgung so der dem Profitzwang unterliegenden Warenförmigkeit¹⁰ zu entziehen und sie zu einem Grundrecht zu machen. Damit knüpfen wir an vorangegangene Kämpfe an: Schon 2011 wurde von der Initiative Berliner Energietisch¹¹ eine städtische Energieversorgung in öffentlicher Hand gefordert. Die Forderung nach einer sozialen, ökologischen Energieversorgung in Form einer Anstalt öffentlichen Rechts wurde bis zu einem Volksentscheid geführt. Aufgrund einer zu nied-

rigen Wahlbeteiligung wurde dieser nicht umgesetzt, ebnete allerdings den Weg für weitere Kämpfe. So kam es am 22. September 2013 zum erfolgreichen Volksentscheid »Unser Hamburg – Unser Netz«¹², durch den die Hamburger*innen die Rekommunalisierung von Strom, Gas- und Fernwärmenetzen in ihrer Stadt erwirkten. Diesen Vorbildern folgend, ist »RWE & Co enteignen«¹³ nun die erste Initiative, die eine Vergesellschaftung der Energieversorgung in einem Flächenland zu erstreiten sucht.

Die Kampagne ging aus den Erfahrungen der Widerstandskämpfe im rheinischen Braunkohlerevier, namentlich im Hambacher Forst¹⁴ und in der Verteidigung der von den Kohlebaggern bedrohten Dörfer wie Lützerath¹⁵, hervor. Die dort wohnenden Menschen bekommen schon seit Jahrzehnten die Zerstörungskraft des fossilen Energiesystems zu spüren. Ende September 2021 starteten wir die NRW-weite Kampagnenarbeit, die auf dem Krisenbewusstsein der Aktivist*innen und Bewohnenden der Braunkohleregion aufbaut und eine langfristige Perspektive schaffen soll, die effektiv bei den systematischen Ursachen ansetzt. Das Ziel der Kampagne ist die Vergesellschaftung der Energieversorgung in NRW, die dann sozial, ökologisch und auf umfassende gesellschaftliche Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgerichtet werden soll. Lokale Vernetzung und Bewegungsaufbau waren von Anfang an Teil der Praxis der Kampagne.

Inspiriert durch den mit 59,9 Prozent erfolgreichen Volksentscheid von »Deutsche Wohnen & Co enteignen« (DWE) fiel die Entscheidung, uns wie die Berliner Initiative ebenfalls des direktdemokratischen mittels eines Volksentscheids auf Grundlage von Artikel 15 des deutschen Grundgesetzes zu bedienen. Dieser lange Zeit auch im juristischen Fachdiskurs völlig ignorierte Artikel 15 ermöglicht es privatwirtschaftlich organisierte(n) »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel«¹⁶ zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeinwirtschaft zu überführen und bedürfnisorientiert zu verwalten.

Volksentscheide sind in Deutschland nur auf Landesebene möglich. Anders als in Berlin existieren in NRW nur Gesetzesvolksentscheide, die im Gegensatz zum dort angewandten Beschlussvolksentscheid ein eigenständiges, rechtsgültiges Gesetzgebungsverfahren darstellen.¹⁷ Damit einher gehen einerseits größere juristische Herausforderungen, andererseits werden dadurch

auch die Möglichkeiten des Landtags beschränkt, das von der Bevölkerung befürwortete Gesetz abzuändern oder zu blockieren. Das direktdemokratische Mittel eines Volksentscheids ist für uns ein möglicher Hebel, der uns Handlungsmacht gibt, die Forderungen einer breiten politischen Bewegung in die Realität umzusetzen.

Unsere bisherigen Erfahrungen

Innerhalb von zwei Jahren hat sich das Thema Vergesellschaftung in der Klimagerechtigkeitsbewegung mehr und mehr etabliert. Im Sommer 2022 wurde die Forderung nach Vergesellschaftung der Energieversorgung von Fridays for Future, Ende Gelände, »Lützerath lebt« und »RWE & Co enteignen« unter dem Motto »Enteignen statt Krise«¹⁸ in einer Großdemonstration auf die Straßen getragen. Im Frühjahr 2023 stellte sie eine der Hauptforderungen bei der »End Fossil«¹⁹-Besetzungswelle dar.

Ziel war es, die gemeinsame Praxis noch weiter auszudehnen sowie den Austausch und die Zusammenarbeit mit sozialen Akteur*innen zu vertiefen. Trotz zuvor getrennter Praxis von Klimagerechtigkeitsbewegung und sozialen Bewegungen war die Resonanz auf eine Verbindung der beiden Themen bereits groß. Im Herbst 2022 sprach sich die öffentlichkeitswirksame Kampagne »Genug ist Genug«,²⁰ die sich als Antwort auf die Inflation und steigende Energiepreise gründete, für eine Stromversorgung in öffentlicher Hand aus. Auf lokaler Ebene gab es im Winter 2022/23 zwischen »RWE & Co enteignen« und sozialen Initiativen, die sich gegen Verarmung und Unterversorgung von Menschen wehren, bereits punktuelle Zusammenarbeit, die im November und Dezember 2023 mit der Initiative #ichbinarmutsbetroffen²¹ vertieft wurde.

Während DWE auf die in Berlin stark etablierte Mieter*innenbewegung als tragende Kraft bauen konnte, stellt sich bei »RWE & Co enteignen« die Herausforderung, ökologische und soziale Bewegungen, die in NRW aktiv sind, erstmals zu verknüpfen. Darauf aufbauend, wird die Kampagne mit Energiegenoss*innenschaften, Mietenden (verunsichert durch Wärmewende und steigende Energiepreise) und nicht zuletzt mit den Beschäftigten der fossilen Industrie Gespräche aufnehmen müssen.

Wie soll ein vergesellschafteter Energiesektor aussehen?

Ein direktdemokratisches Instrument wie das des Volksentscheids verlangt eine präzise Ausbuchstabierung dessen, wie die Energieversorgung nach der Vergesellschaftung geregelt werden soll. Dies zu formulieren, wird eine der Hauptaufgaben der nächsten Zeit sein und fordert eine intensive Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Eigentum und den daraus resultierenden Machtverhältnissen.

Im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen ist das Eigentum in der Praxis nie unantastbar gewesen. Bislang wurden jedoch nur Hausbesitzer*innen enteignet, um Kohle abzubaggern oder Autobahnen zu bauen. Es ist also eine Frage der politischen Machtverhältnisse, wie die rechtlichen Mittel eingesetzt werden. Daher zielte die Kampagne bislang darauf ab, zunächst den Grundstein für eine breite politische Bewegung zu legen, die juristische Diskurse in der Entwicklung des Gesetzesentwurfs in Gang setzen kann. Der Entwurf und die darin zum Ausdruck gebrachte Vorstellung, wie ein vergesellschafteter Energiesektor aussehen soll, sollte von Anfang an ebenso ein demokratischer Prozess sein, in dem die Sichtweisen verschiedener Betroffenen- und Fachpositionen einfließen. Er kann auf Erfahrungen und Vorarbeiten der Kampagne DWE aufbauen, auch wenn nicht alle Aspekte vom Wohnungs- auf den Energiemarkt übertragbar sind.

Nicht selten wird die Forderung nach einer Vergesellschaftung fälschlicherweise mit einer Verstaatlichung gleichgesetzt. Bei einer Verstaatlichung tritt der Staat als gewinnorientierter Marktakteur an die Stelle der enteigneten Konzerne; es ist auch dort keine basisdemokratische Einflussnahme vorgesehen. Zudem unterliegt Staatseigentum politischen Machtverhältnissen und könnte je nach Haushaltsplan der Regierung veräußert beziehungsweise reprivatisiert werden. Die Entscheidungsmacht über die Verteilung von Energie sollte nicht in der Kontrolle einzelner Gruppen liegen – weder privater Unternehmen noch der regierenden Parteien.

Der Energiesektor ist kein Wirtschaftssektor, dessen Produktionskapazitäten einfach übernommen und in eine bedürfnisorientierte und demokra-

tisierte Verwaltung überführt werden können. Er ist vielmehr ein Teil der Daseinsfürsorge, der einen immens hohen Transformationsbedarf und Transformationsdruck aufweist.²²

Für den Zweck einer demokratischen und solidarischen Organisation ist die Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) die geeignetste, da sie es ermöglicht, Gemeineigentum mittels rechtlich definierter demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten zu verwalten. Die Aufgaben der AöR werden ebenso per Satzung oder Gesetz festgeschrieben wie ihre Handlungsrichtlinien. Letztere würden im Falle einer AöR für die Energieversorgung in NRW beispielsweise einen Ausschluss von Reprivatisierung, die Verpflichtung zu klimagerechter Energieproduktion und soziale Garantien beinhalten.

Eine AöR hat anders als eine Genoss*innenschaft keine Mitglieder, sondern Nutzende. Das bedeutet im Falle der Energieversorgung in NRW zunächst abstrakt, dass alle Menschen, die den zur Verfügung gestellten Strom nutzen, ein Mitbestimmungsrecht haben. Die AöR würde von unterschiedlichen Interessengruppen gestaltet. Am klarsten lässt sich die breiteste Gruppe, die der Nutzenden, identifizieren. Zusätzlich sind Expert*innen für die Sicherstellung einer ökologischen Energieversorgung und schließlich die Angestellten der enteigneten Betriebe beteiligt. Letztere müssen Arbeitsplätze und sichere Renten garantiert bekommen.

Entscheidungen sollen in der AöR durch ein Rätssystem nach dem Subsidiaritätsprinzip²³ getroffen werden, wo immer möglich, dezentral. Das vereinfacht Mitbestimmungsmöglichkeiten und nutzt Wissen über lokale Verhältnisse. Der Aufbau der Verwaltungsstruktur einer AöR muss sich aber auch daran orientieren, wie das Gut, das die AöR bereitstellt, produziert und verteilt wird. Im Falle von Energieversorgung gibt es einerseits produktive Infrastrukturen (Kraftwerke, Wind- und Solarparks) und andererseits verteilende Infrastrukturen (Übertragungs- und Verteilernetze, Umspannwerke etc.). Im Bereich der Energieproduktion ergibt es Sinn, die Transformation, also den Abbau von fossilen und den Ausbau von erneuerbaren Produktionskapazitäten, auf Landesebene gemeinsam zu koordinieren und zu bestimmen, während die konkrete Gestaltung weiterhin eine lokale Angelegenheit bleibt und damit in den Händen jener Menschen, die sie tagtäglich betrifft. Die vertei-

lende Infrastruktur muss deutlich weniger verändert werden. Es fallen weniger Entscheidungen an, weshalb hier eine Zentralisierung der Verwaltung, insbesondere der Übertragungsnetze, sinnvoll erscheint. Bei all dem soll die bedürfnisorientierte Versorgung im Mittelpunkt stehen, nicht der Profit.

Viele Fragen sind hier noch offen, in denen wir auf die Zusammenarbeit mit Gruppen verschiedenster Expertisen angewiesen sind, um in den kommenden Monaten die Details auszuarbeiten.²⁴

Die besondere Stellung des Energiesektors

Die Vergesellschaftung des Energiesektors hätte eine besondere Wirksamkeit gegenüber anderen Sektoren. Zum einen unter ökologischen Gesichtspunkten: Der Energiesektor ist der Wirtschaftsbereich mit den höchsten Treibhausgasemissionen und stellt zugleich die fundamentale Voraussetzung für andere Wirtschaftssektoren bereit, denn: keine Wirtschaft ohne Energie. Daher beschränken sich die Folgen und Auswirkungen einer Vergesellschaftung des Energiesektors nicht auf diesen, sondern wirken in andere Industriezweige, deren Produktionsbedingungen und Emissionen hinein. Zum anderen wäre die Wirkung im sozialen Bereich groß: Als lebensnotwendige, aber privatisierte und damit ausschließende Daseinsvorsorge ermöglicht die Vergesellschaftung des Energiesektors eine sozial gerechte Verteilung von Energie. Gegenwärtig werden legal Menschen in Form von Stromsperrern von diesem zentralen Bereich der Daseinsvorsorge ausgeschlossen. Im Jahr 2021 waren allein 235000 Haushalte davon betroffen.²⁵

Ein weiteres gewichtiges Argument der Kampagne ist es, dass die Energiewende selbst dringend zu vergesellschaften ist: Sie muss beschleunigt werden, gesetzliche Hürden müssen abgebaut und der Handlungswille von vielen Verbraucher*innen produktiv genutzt werden.²⁶ Gleichzeitig sollten deren Sorgen ernst genommen und die Beschäftigten der Industrie innerhalb der Transformation abgesichert werden, etwa durch Arbeitsplatzgarantien und Umschulungsoffensiven. Hier sind solidarische Wege unabdingbar, um unvermeidbare soziale Herausforderungen der Transformation gemeinsam zu tragen. Die Dekarbonisierung der Energieproduktion kann nur sichergestellt werden,

wenn die Zivilgesellschaft sie selbst in die Hand nimmt. Wenn nicht, drohen erneute Verschiebungen und Zugeständnisse, sei es aus geopolitischen Erwägungen oder aufgrund erfolgreicher Lobbyarbeit.

An der rechten Instrumentalisierung des stark kritisierten Heizungsgesetzes im Sommer 2023 wird das gesellschaftliche Risiko deutlich, politisch verzögerte Klimaschutzmaßnahmen auf die Bürger*innen abzuwälzen, sie also mit hohen Umbau- und Anpassungskosten alleinzulassen und so ökologische Fragen von sozialen Fragen getrennt zu betrachten.²⁷ Es braucht politische Projekte, die auf beiden Ebenen emanzipatorische Antworten anbieten und den hegemonialen, neoliberalen Erzählungen etwas entgegensetzen. Anstelle der moralisierenden Argumentation, dass die oder der Einzelne in die Verantwortung genommen werden soll, stünde die entschlossene solidarische Perspektive, die Bewältigung der Klimakrise als gesamtgesellschaftliches Projekt zu sehen. Auch sozialverträgliche Stromtarife sollten auf der Agenda stehen, doch ist hierbei noch die genaue Rahmenwirkung der EU-Gesetzgebung zu klären. Aktuelle Berechnungen vom Konzeptwerk neue Ökonomie²⁸ bieten eine erste Orientierung für Tarifmodelle, die einerseits den Grundbedarf an Strom garantieren und andererseits die ökologische Notwendigkeit, den Stromverbrauch insgesamt zu senken, mitdenken, indem der Strompreis über einem gewissen Basisverbrauch stärker ansteigt.

Ein transformatorischer Ausblick

System Change bedeutet, Neues aufzubauen und zu entwickeln, während zeitgleich Bestehendes abgebaut werden soll. Ein aktueller Grundpfeiler unserer Gesellschaft, das Privateigentum, ist besonders im Bereich der Grundbedürfnisse von antisozialer und antiökologischer Verwertung geprägt.²⁹ Eigentum ist ein soziales Verhältnis, das unser Miteinander maßgeblich gestaltet, indem es regelt, wer in welchem Maß worüber verfügen darf – und wer nicht. Strom wird zur Genüge produziert, aber da er für die Realisierung von Profit der Eigentümer*innen produziert wird, gehen manche – Eigentumslose – leer aus und sitzen in einer kalten und dunklen Wohnung, die noch dazu ihren Vermieter*innen gehört und nicht ihnen selbst. So ist das Eigentum

inhärent mit Hierarchien und Unterdrückung verflochten. Wir sehen eine fast uneingeschränkte Verfügungsgewalt der Eigentümer*innen der (Energie-) Produktionsmittel auf der einen Seite und eine entmündigte Zivilgesellschaft auf der anderen. Um es in den Worten von Sabine Nuss, Politikwissenschaftlerin und Journalistin, zu sagen:

- » Die Menschen kontrollieren nicht die Produktionsverhältnisse, die Produktionsverhältnisse kontrollieren die Menschen.«³⁰

Genau an dieser Stelle setzt Vergesellschaftung als radikale Transformationsstrategie an. Die bestehenden Eigentumsverhältnisse (nicht nur) im Energiesektor anzutasten, bedeutet im Umkehrschluss eine Dezentralisierung von Macht, wodurch wir als Gesellschaft Handlungsspielräume erschließen, um in Zukunft mehr Entscheidungen nicht nach profitorientierten, sondern nach sozialökologischen Maßstäben zu treffen.

Vergesellschaftung ist nicht nur als eine Antwort auf die multiplen Krisen der Gegenwart zu verstehen, die Einfluss auf die Lebensqualität der Gesellschaft nehmen. Auch folgende Fragestellungen werden davon angeregt: Welchen Zweck sollen Unternehmen verfolgen, und was soll der Inhalt von Arbeit sein? Wie wollen wir den Überschuss investieren, den wir erwirtschaften? Was ist das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, zwischen Individuum und Gemeinschaft? Wie sieht eine (Arbeits-)Welt aus, in der nicht nur die Produktion im Fokus steht, sondern eine, die unmittelbar mit der (sozialen) Reproduktion verbunden ist?

Gemeinschaftseigentum erlaubt es uns, solidarische Beziehungsweisen zu kultivieren. Eben hier liegt die Stärke von Vergesellschaftung: Sie eröffnet die Möglichkeit, statt der Verwertbarkeit von Ressourcen die Versorgung und Fürsorge aller in den Mittelpunkt unserer Tätigkeiten zu stellen.

Vergesellschaftung bedeutet also nicht nur eine Umstrukturierung unserer Wirtschaft und einen Wandel der Eigentumsverhältnisse, sondern vielmehr die gemeinsame Übernahme von Verantwortung, nicht nur für uns und unsere Umgebung, sondern für unseren Planeten und seine Ökosysteme. Vergesellschaftung muss als emanzipatorisches und herrschaftskritisches Projekt verstanden werden. Sie bringt nicht nur die Klimagerechtigkeitsbewegung

in die Offensive und lässt sie aktiv öffentliche Diskussionen prägen, sie stellt auch einen tatsächlichen Bruch mit den herrschenden Verhältnissen in Aussicht und ermöglicht es, konkret über sozial und ökologisch gerechte Transformationswege und Organisationsformen abseits von Profitzwang nachzudenken. Vergesellschaftung öffnet den Raum für Ideen einer Welt, »in der wir pflegen, statt zu beherrschen, teilen, statt zu verwerten, regenerieren, statt zu erschöpfen und retten, statt zu zerstören«. ³¹ Unsere Kampagne soll als Einladung verstanden werden, gemeinsam für einen solchen Raum zu kämpfen und ihn mitzugestalten.

Anmerkungen

- 1 Die Bewegung ist ein Zusammenschluss von politischen und aktivistischen Gruppen, die den Klimawandel als ein Produkt sozialer Ungerechtigkeit und des kapitalistischen Systems betrachten.
- 2 TAZ (2023, 24. Januar): »Der Kampf ist nicht vorbei« [<https://taz.de/Klimaaktivist-ueber-Luetzerath/!5909751/>].
- 3 Einige Beispiele aus dem Jahr 2023: Verteidigung von Lützerath, Blockade der Gaskonferenz in Wien, Aktionstag zur Blockade der LNG-Terminals auf Rügen, Blockade der IAA und mehr.
- 4 Ein über die bestehenden Verhältnisse hinausweisender Ansatz, der nicht in bloßen Reformen verhaftet bleibt, sondern eine neue Art des Wirtschaftens begründen soll, kann als radikal-transformativ bezeichnet werden.
- 5 Eine solche Verknüpfung von Kämpfen sehen wir zum Beispiel schon bei der Kampagne »Wir fahren zusammen« von Fridays for Future und Ver.di.
- 6 Rackete, Carola und Petznik, Janus (2022): Wir brauchen die Vergesellschaftung der Klimagerechtigkeitsbewegung [<https://www.klimareporter.de/protest/wir-brauchen-die-vergesellschaftung-der-klimagerechtigkeitsbewegung>].
- 7 Fraser, Nancy (2023): Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt. Suhrkamp Berlin, S. 21.
- 8 Nuss, Sabine (2019): Keine Enteignung ist auch keine Lösung. Karl Dietz, Berlin, S. 93.
- 9 Unter »demokratisieren« verstehen wir, den Menschen wieder Mitbestimmung zu ermöglichen, wo, wie viel und zu welchem Preis Energie produziert und verteilt wird. Gerade im Energiesektor bedeutet es aber auch, den Einfluss der Lobbyisten zurückzudrängen.

- 10 Unter der Warenförmigkeit versteht Marx die Eigenschaft eines Gegenstandes sowohl als Gebrauchsgegenstand als auch als Tauschgegenstand mit Tauschwert (Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, in: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Band 23, 24. Auflage, Berlin 2013).
- 11 Berliner Energietisch [<https://berliner-energietisch.net/>].
- 12 Unser Hamburg unser Netz [<https://unser-netz-hamburg.de/index.html>].
- 13 RWE & Co enteignen: Energieproduktion vergesellschaften [<https://rwe-enteignen.de/>].
- 14 Hambi Bleibt [<https://hambacherforst.org/>].
- 15 Alle Dörfer Beliebeneihttps://www.alle-doerfer-bleiben.de/].
- 16 Bundesministerium für Justiz: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 15 [https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_15.html].
- 17 Recht.NRD.DE bestens informiert: Geltende Gesetze und Verordnungen (SGV. NRW.) mit Stand vom 9.2.2024. Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (VIVBVEG); Bekanntmachung der Neufassung [https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=2220041027082130082].
- 18 Ende Gelände 2024 [<https://www.ende-gelaende.org/news/aufruf-zur-grossdemonstration-enteignen-statt-krise/>].
- 19 End fossile occupy [https://endfossil.de/mitmachen_besetzen/].
- 20 Genug ist genug: Forderungen [<https://www.wirsagengenug.de/forderungen/>].
- 21 Ich bin Armutsbetroffen [<https://ichbinarmutsbetroffen.start.page/>].
- 22 Bedarf insofern, als dass der Energiesektor massiv umstrukturiert werden muss, um eine klimagerechte und soziale Energieproduktion zu gewährleisten. Druck insofern, als dass eine solche Umstrukturierung des Sektors Lösungen bedarf, die innerhalb der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht umsetzbar sind.
- 23 Das Prinzip besagt, dass Aufgaben möglichst von den kleinsten Einheiten übernommen werden sollen. Eine höhere gesellschaftliche oder staatliche Einheit darf erst dann unterstützend eingreifen, wenn die Kräfte der kleinsten Einheiten nicht ausreichen [<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20791/subsidiaritaetsprinzip#:~:text=Prinzip%2C%20nach%20dem%20eine%20oh%3%B6here,nicht%20ausreichen%2C%20die%20Funktion%20wahrzunehmen>].
- 24 Weitergehende Betrachtungen finden sich im Artikel von Communia im vorliegenden Band (S. 209–222).
- 25 Bundesnetzagentur: Rechnungen und Sperrungen [<https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Vportal/Energie/RechnungenSperrungen/start.html>].
- 26 Seltzer, Molly (2022, 24. August): Fighting climate change is wildly popular, but most Americans don't know that other people feel the same way [<https://www.princeton>].

edu/news/2022/08/24/fighting-climate-change-wildly-popular-most-americans-dont-know-other-people-feel].

- 27 So schaffte es die BILD-Zeitung schnell, mit »Habecks Heiz-Hammer« den Ton der Debatte zu prägen, dem sich die CDU mit »Energie-Stasi« anschloss. Hier zeigt sich, wie Klimaschutzmaßnahmen erfolgreich torpediert werden, indem suggeriert wird, der einzelnen Bürgerin werde die Freiheit genommen und sie werde mit den Kosten der Anpassung alleingelassen [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100181070/-energie-stasi-cdu-uebt-kritik-an-habecks-heizungsgesetz-gruene-reagieren.html].
- 28 Konzeptwerk Neue Ökonomie (2022): Energiepreise: Transformative Wege aus der Krise [https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2022/09/Dossier_Energietarife_KNOE_2022.pdf].
- 29 Redecker, Eva von (2020): Revolution für das Leben. Suhrkamp Verlag, S. 22f.
- 30 Nuss, Sabine (2019): Keine Enteignung ist auch keine Lösung. Karl Dietz Berlin, S. 126.
- 31 Redecker (2020), S. 287.

Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung

Tilman Wendelin Alder

Abstract

Dies ist ein Gespräch unter Kampagnenteilnehmenden von »Deutsche Wohnen & Co enteignen« (DWE) mit der Ausgangsfrage, inwiefern die Organizing-Methoden von DWE bereits das umsetzen, was mit der Vergesellschaftungs-idee angestrebt wird. Sind sie der Anfang und die Voraussetzung? Colleen, Leonie, Lukas, Tanja und Tilman sprechen über den Basisaufbau im Kiez sowie in einzelnen Siedlungen und die damit zusammenhängenden Herausforderungen wie die Einbindung von Migrant*innen, Sprachgerechtigkeit, demokratische Teilhabe, Klimagerechtigkeit und Mitbestimmung. Es wird betont, dass diese Themen nicht auf einen ungewissen Tag danach verschoben werden können, sondern dass es Synergien braucht und das Vernetzung und die Organisierung eine Grundlage schaffen, um langfristige politische Veränderungen zu bewirken.

Einführung

Ein Aspekt der gegenwärtigen Krisenphänomene ist die zunehmende Eigentumskonzentration auf einen winzigen Bevölkerungsanteil, was diesen Teil ermächtigt und einem riesigen anderen Teil den Zugang zu gesellschaftlichem Reichtum und dessen Herstellung verwehrt.¹ Dieser Zustand ist nicht statisch, sondern ein fortwährender Prozess: Das Kapital² sucht nach immer neuen Anlagemöglichkeiten und entdeckte zum Beispiel um die 2000er-Jahre

herum Immobilien. Städte wie Berlin öffneten ihren Immobiliensektor dem Markt³. Das heißt, seitdem wird spekulatives Kapital aus der ganzen Welt⁴ in den Kauf von teilweise ganzen Wohnblöcken investiert, die Miete wird maximal gesteigert, die Verwaltung auf ein Minimum verschlankt, nur das Nötigste wird in Instandhaltung investiert, und Leistungen um das Wohnen herum (wie Hausmeistertätigkeiten, Modernisierungen und teilweise auch Energieversorgung, Gartenarbeiten etc.) werden an Tochterfirmen vergeben; mit horrenden Kosten, die in den Nebenkostenabrechnungen an die Mieter*innen weitergereicht werden.⁵ Außerdem wird vorrangig modernisiert, um dann die Kosten dafür dauerhaft auf die Miete umzulegen.⁶ Für all das hat sich der Begriff des Mietenwahnsinns etabliert, weil die Vervielfachung der Mieten⁷ sehr viele Menschen in existenzielle Bedrängnis bringt.⁸

In Berlin entstanden daraufhin verschiedene Mieter*inneninitiativen, und 2019 kristallisierte sich die Kampagne »Spekulation bekämpfen – Deutsche Wohnen & Co enteignen« (DWE) heraus, die seitdem das Stadtgespräch prägte und 2021 einen Volksentscheid gewann. Zwar wurden die großen Immobilienkonzerne trotz mehrmaliger Bestätigung der Machbarkeit noch nicht enteignet⁹ und vergesellschaftet, aber die Option liegt als beste Lösung¹⁰ für Berlin nach wie vor auf dem Tisch. Und für die gesamte Bundesrepublik und den deutschen Bewegungskontext ist Artikel 15 des Grundgesetzes aus der Mottenkiste:¹¹ ein Mittel, um Privat- in Gemeineigentum (nicht Staatseigentum) zu überführen. Es ist auch eines, dem Faschismus zu begegnen¹² und Demokratie auszubauen. Das Zauberwort lautet Vergesellschaftung.

Sowohl die Blockadehaltung des Berliner Senats wird von DWE als Demokratiekrise gewertet¹³ als auch der Status quo bereits als undemokratisch beurteilt. Denn Menschen können nicht über ihren Wohnraum verfügen; und darüber, wer kommen und bleiben darf oder eben verdrängt wird, entscheidet aktuell die individuelle Zahlungsfähigkeit.

Die Ereignisse (die fortschreitende Mietenkrise und die politische Blockadehaltung des Berliner Senats) haben dazu geführt, dass DWE nun den Vergesellschaftungsprozess selbst in die Hand nimmt.¹⁴ Das heißt zum einen: Wir als Berliner Stadtbevölkerung schreiben selbst ein Gesetz – anders als vor fünf Jah-

ren gibt es inzwischen weit mehr Expertise, und so sind die Chancen, ein waserdichtes Gesetz zu entwerfen, viel höher. Andererseits gehen wir in die Siedlungen von Enteignungskandidaten und bauen Mieter*innenversammlungen auf. Denn sowohl für das Erreichen beziehungsweise Durchsetzen von Vergesellschaftung als auch für die Übernahme der Häuser in Gemeineigentum müssen vielerorts Strukturen aufgebaut werden, um die rund 250 000 vergesellschafteten Wohnungen gemeinschaftlich zu verwalten. Für diese Demokratisierung des Wohnens betreibt die Kampagne unter anderem Organizing.¹⁵

In dem folgenden Gespräch unterhalten sich Aktivist*innen aus unterschiedlichen Bereichen der Kampagne darüber, inwiefern in unserem Tun bereits der Charakter unseres Ziels der Vergesellschaftung steckt. Inwiefern wird bereits das umgesetzt, was in der Utopie angestrebt wird? Und wie werden Organizing-Methoden dazu genutzt, den gewünschten gesellschaftlichen Veränderungen näher zu kommen? Ist Organizing präfigurativ¹⁶, ist es also eine Keimform¹⁷? Mit Bezug auf Basisaufbau, Vernetzung, Mitbestimmung, Klimagerechtigkeit, Sprachgerechtigkeit sowie Vielfalt spricht Tilman (DWE-Kiezteam-Neukölln)¹⁸ mit Colleen (Right-to-the-City-AG)¹⁹, Leonie (Samel-AG)²⁰, Lukas (AG-Starthilfe)²¹ und Tanja (Kiezprojekt)²².

- » TILMAN: Schön, dass ihr hier seid. Angesichts multipler Krisen geben mir DWE und Organizing Hoffnung, eine bessere Welt aufzubauen. Wie erlebt ihr das?«
- » LUKAS: Viele Dinge passieren, es läuft auch ohne meine Beteiligung, Leute sind aktiv, und Neue kommen dazu. Das macht Mut. Langfristig passieren Dinge, die uns helfen könnten, mit aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen umzugehen.«
- » COLLEEN: In der Right-to-the-City-AG²³ (RzC) gibt es viel Energie. Viele neue Leute kommen jede Woche. Es gibt vielfältige Perspektiven und Ideen für die Zukunft, besonders im Hinblick auf die Einbindung von Migrant*innen jetzt und nach der Vergesellschaftung. Wir arbeiten an Sprachgerechtigkeit,²⁴ und ich hoffe, die Energie bleibt erhalten.«

Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung

- » TANJA: Aus Kiezprojekt-Perspektive motiviert mich, zu sehen, wie unterschiedliche Leute zusammenkommen und sich kollektiv organisieren. Besonders ermutigend ist, wenn anfangs skeptische Personen erkennen, dass es effektiver ist, sich zusammenzuschließen. *Organizing* kann aktuelle Themen wie Rassismus auf dem Wohnungsmarkt angehen, indem sich Nachbarschaften vernetzen und gemeinsam gegen Diskriminierung vorgehen. Das macht mir Hoffnung.«
- » LEONIE: Kürzlich gab es ein Treffen mit 125 neuen Personen, was vielversprechend ist. Auch wenn ich mich darauf nicht ausruhen kann, ist das schön.«

Lokaler Basisaufbau

- » TILMAN: Weil es beim *Organizing* auch um die langfristige Einbindung von Menschen geht, finde ich die Geschichte von DWE beispielhaft: Als DWE 2018 gegründet wurde, bestand die Initiative noch aus einer überschaubaren Gruppe mit ein paar Arbeitsgruppen (AGs)²⁵. Erst im Jahr 2020 wurden die sogenannten Kiezteams gegründet, womit die Initiative immens wuchs. Viele hatten sich darüber erstmals politisch organisiert. Ein Großteil ist nach wie vor dabei und es kommen fortlaufend neue Menschen dazu. Darüber hinaus sehe ich in den Kiezteams die Vorläufer von Gebietsräten²⁶, wie wir sie für die *Anstalt öffentlichen Rechts* (AÖR)²⁷ vorsehen. Leonie, wie habt ihr diese Kiezteams aufgebaut, welche Herausforderungen gab es und war dieser Basisaufbau ein Erfolgsfaktor für den DWE-Volksentscheid 2021?«
- » LEONIE: Kurz vorweg: Viele der Mieter*innen-Initiativen waren 2018, als es mit DWE losging, tragende Säulen der Enteignungsforderung. Ohne diese Initiativen hätte DWE niemals entstehen können. Den erst viel späteren Aufbau der Kiezteams würde ich vom klassischen *Organizing* unterscheiden. *Organizing*, wie wir es derzeit praktizieren, dreht sich um konkrete Probleme in der Nachbarschaft und entzündet sich an einem Konflikt. Wir sprechen Leute zum Teil an ihren Haustüren darauf an, bringen Mietende zusammen. Darüberhinausgehende Anliegen sind anfangs noch weniger präsent. Beim Kiezteamaufbau hingegen sprechen wir bisher von Organisierung, weil es

eher auf politischer Einstellung basiert. Menschen kommen in die Kiezteams, weil es eine Mietenkrise gibt, sie links sind und die Gesellschaft von ihrem Kiez aus verändern wollen und so weiter. Beiden Fällen ist gemeinsam, dass sich Menschen aus eigener Betroffenheit heraus organisieren.

Zurück zur Frage: DWE begann mit Kernarbeitsgruppen, darunter die Sammel-AG für die Unterschriftensammlung in der ersten Phase (Beantragung des Volksbegehrens). Eine Mitstreiterin aus der AG entwickelte dann das Modell der Kiezteams; Auftakt dafür war die Mietenwahnsinndemo 2019²⁸ mit 40 000 Menschen. Durch unser klares Ziel und die Medienaufmerksamkeit der Demo erkannten wir, dass viele Menschen mitmachen wollten. Hier ergab sich ein großes Potenzial, sodass die nächste große Unterschriftensammlung (die Durchführung des Volksbegehrens)²⁹ ein Organisationsprozess wurde. Sowieso ein seltsames Verhältnis, in dem der Staat uns vorschreibt, was zu tun ist, und wir dies nutzen, um unsere Bewegung zu stärken (gemeint ist, dass ein Volksentscheid vorgibt, Unterschriften in bestimmten Zeitfenstern zu sammeln).

Die Frage war dann, wie wir Mitmachmöglichkeiten schaffen. Eine Mitstreiterin schlug lokale Basisgruppen vor. Alternativ gab es die Idee von »DWE der Tausend«: Tausend Aktivist*innen sammeln autonom je 200 Unterschriften. Es gab unterschiedliche Meinungen darüber, wie politisch das ist. Viele sahen es als Dienstleistung, nicht als politische Handlung. Unsere Vorstellung war, dass es auf jeden Fall ein politischer Prozess ist, sich in den Kiezteams zu organisieren.

Dafür sprachen wir mit Bernie-Sanders-Aktivist*innen³⁰ und *organizi*,³¹ sammelten Ideen und führten eine Potenzialanalyse für Berlin durch. Um relevante Aspekte für den Strukturaufbau zu identifizieren, berücksichtigten wir das Wahlverhalten und bestehende Initiativen. In der Sammel-AG erstellten wir Konzepte zum Aufbau von Kiezteams, schulten Menschen und befähigten sie, diese Teams zu gründen sowie selbst Workshops zu geben. In einigen Kiezen – wie in Kreuzberg – organisierten wir ein Treffen, und dann gab es da ein Kiezteam. Da wir in Marzahn-Hellersdorf viel weniger Kontakte hatten, es keine ähnlichen Initiativen oder Orte des Zusammenkommens gab, war es dort ein herausfordernder Prozess, und wir fragten die AG Starthilfe, dort ein Kiezteam aufzubauen.

Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung

Der Aus- und Selbstbildungsprozess der Kiezteams war die Basis für alles Weitere. So ist zum Beispiel erkennbar, dass die Abstimmungsergebnisse dort, wo wir Haustürgespräche (HTG) geführt haben, signifikant zu unseren Gunsten ausgefallen sind.«

Mieter*innen-Organizing

» TANJA: Beim Kiezprojekt sind wir in fünf Berliner Bezirken aktiv: in Tempelhof-Schöneberg, Neukölln, Pankow-Prenzelberg, Lichtenberg und Steglitz-Zehlendorf. Als Kiezprojekt nutzen wir unsere drei bezahlten Stellen, um Aktivist*innen und Mietende zu unterstützen, indem wir das übernehmen, was sie in ihrem Alltag nicht schaffen.

In Mariendorf hat das Kiezteam Tempelhof-Schöneberg vor dem Zusammenkommen des Kiezprojekts einen Organisationsprozess begonnen. Durch HTG in einem Teil der Vonovia-Siedlung (ehemals Deutsche Wohnen) erkannten sie, dass es viele Probleme mit dem Vermieter gibt – vor allem in Bezug auf die Betriebskostenabrechnung.³² Im Laufe des Jahres haben sie die erste Mieter*innenversammlung einberufen, zu der 70 bis 80 Leute erschienen. Obwohl viele HTG geführt wurden, deckten sie noch lange nicht die gesamte Siedlung ab. Es bildete sich eine Kerngruppe, und die dritte Versammlung wurde dann sogar von Mieter*innen selbst moderiert, inklusive einer von ihnen vorbereiteten Präsentation, die über Rechte und Pflichten bezüglich der Betriebskosten informierte. Der Großteil dieser Initiative wird mittlerweile von den Mieter*innen vor Ort selbst gestaltet. Das ist erfolgreich, da unser Ziel darin besteht, uns überflüssig zu machen. Wir unterstützen noch als Schnittstelle zu bestimmten Partner*innen.³³ Das ist Organizing: langsam, aber nachhaltig und lohnenswert.

Eine ganz andere Geschichte haben wir in Pankow, da stehen die auslaufenden Sozialbindungen³⁴ bevor. Tausende Menschen werden davon in den nächsten Jahren betroffen sein. Obwohl rechtlich nichts dagegen zu machen ist, hat das Projekt dort starken Anklang gefunden aufgrund vorhandener Gruppen wie auch des Kiezteams, das sich unter dem Namen »Pankow gegen Verdrängung« zusammengeschlossen hat. Sie erzeugen politischen

Druck durch viele Eins-zu-eins-Gespräche mit Betroffenen, die sich weiter vernetzen (zum Beispiel in regelmäßigen Plenen und Aktionen, wie Kundgebungen vor der Bezirksverordnetenversammlung). Hier zeigt sich, dass trotz fehlender rechtlicher Lösungen Organizing Sinn ergibt, um langfristige politische Veränderungen zu bewirken.

In Neukölln in der »Weißen Siedlung« läuft bereits ein fortgeschrittener Organisationsprozess. Hier stehen nicht nur die Wohnungsnot, sondern auch der Rassismus auf dem Wohnungsmarkt im Fokus. Wohl aufgrund der prekären Wohnsituation beschuldigen sich Nachbar*innen gegenseitig für den Zustand des Hauses, wobei auch Rassismus eine Rolle spielt, die noch offensichtlicher scheint, wenn der Vermieter Menschen mit nicht typisch deutschen Namen benachteiligt, indem er sich nicht zurückmeldet, Anfragen ignoriert, höhere Betriebskosten verlangt etc. Das ist noch mal eine ganz andere Schnittstelle und Art, da zu organisieren. Denn die Frage ist, wie ich hier anfangen zu organisieren, wenn wir oder das Kiezteam kaum bis gar nicht zum Beispiel Türkisch, Arabisch oder eine andere vor Ort vertretene Sprache sprechen. Daher ist es wichtig zu prüfen, welche Initiativen dort bereits existieren, was es für Zusammenschlüsse gibt und mit wem wir reden können, um Multiplikator*innen für den Organisationsprozess zu gewinnen. Du, Tilman, kannst wahrscheinlich noch besser davon berichten.«

- » TILMAN: Für Neukölln kann ich ergänzen, dass wir uns nach ersten Gesprächen vor Ort und nachdem sich daraufhin eine Kerngruppe von engagierten Mieter*innen gefunden haben, zusammen dafür entschieden, alle Mängel in einem Brandbrief an den Vermieter (Adler Group) kollektiv aufzuschreiben. Da geht es um kaputte Aufzüge in 13-stöckigen Häusern, Müll, undichte Fenster oder Schimmel – die Liste ist erschreckend lang. Ziel ist einerseits, den Brief öffentlichkeitswirksam mit vielen Unterschriften zu überreichen, um Druck zu erhöhen. Andererseits dienen uns der Brief und die damit verbundene Unterschriftensammlung an den Haustüren vor allem dazu, die Mieter*innenversammlung zu stärken.

Je vernetzter, desto besser kann Mitbestimmung funktionieren

- » COLLEEN: Ich habe dazu eine Frage. Wenn wir diese AöR gründen, können die Leute dann wirklich mehr demokratische Teilhabe erwarten, beziehungsweise wollen sie dies überhaupt?«
- » TANJA: Ich weiß nicht, ob man das klar mit Ja oder Nein beantworten kann, aber was wir sehen, ist, dass Organizing helfen kann, Strukturen aufzubauen und Personen zu identifizieren, die aktiv sind. In einem 13-stöckigen Haus wird wohl kaum jede*r gleich aktiv sein, aber je besser ein Haus vernetzt ist, desto besser kann die demokratische Struktur funktionieren. Das ist, wo Organizing vielleicht nicht etwas vorwegnimmt, aber die Basis schafft, um dann diesen Weg von Mitbestimmung und demokratischer Teilhabe zu beschreiten, indem sich Menschen vernetzen, aktiv werden, Hausverantwortliche haben, Gemeinschaften und Initiativen bilden. Das ist der Kern.
- Es gibt Initiativen – wie in Lichtenberg –, wo es für viele auch um persönliche Vernetzung geht. Das wiegt fast genau gleich mit den Problemen. Die soziale Komponente sollte also nicht vergessen werden. Das ist vielen wichtig. Es hilft auch, denn je besser sich die Leute kennen, desto mehr Verankerungs- und Verantwortungsgefühl entsteht, und Menschen kümmern sich umeinander. In Mariendorf gibt es eine WhatsApp-Gruppe, und jemand schrieb einmal: »Hey, hier ist bei dem alten Ehepaar XY ein Fenster schon seit fünf Tagen offen. Weiß da jemand Bescheid?« Alle waren direkt so: »Oh, ich gehe heute da vorbei und schaue nach.« Klar, das ist keine demokratische Struktur, aber es hilft, wenn man sich vernetzt und kennt.«
- » TILMAN: Meine Nachbarschaft kennenzulernen, war auch für mich ein Grund, bei DWE im Kiezteam einzusteigen. Aus dieser sozialen Komponente können viel Kraft und Struktur erwachsen, aber klar ging es mir auch um die Sache. Vergesellschaftung mit Gemeineigentum (wie im Artikel 15 Grundgesetz)³⁵ ist meines Erachtens die Antwort auf die sich zuspitzende Ungleichverteilung von Eigentum, die Privatisierung und den damit einhergehenden Ausschluss der Allgemeinheit von Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen, der der Demokratie ja zuwiderläuft. Vernetzung ist da ein erster Schritt.

Aber wie garantieren, dass Leute – vor allem Marginalisierte – mitmachen wollen und können, bleibt eine zentrale Frage. Ja, Organizing legt die Basis. Und es ist bereits motivierend, wenn wir erleben, etwas gestalten zu können – bestenfalls so, dass es Spaß macht oder sich zumindest fair anfühlt. Und dazu gehört auch, dass wir uns gemeinsam bilden, wie bei den Kiezteams mit Skillsharing, was Leonie beschrieb. Aber es bleibt eine offene Frage.«

- » LEONIE: Ich frage mich das auch oft. Gerade wenn man überlegt, dass alles teurer wird, Leute immer mehr arbeiten müssen. Wo soll man noch Kraft und Energie finden, um eine AöR mitzugestalten, die davon ausgeht, dass Tausende Menschen sich ehrenamtlich engagieren? Wir wissen es noch nicht, weil es so etwas noch nicht gibt. Eine Sache ist aber, dass es nicht von allein passiert, sondern mit bezahlten Organizer*innen, die im AöR-Konzept vorgesehen sind, um diese Prozesse zu begleiten. Nicht top-down, sondern Leute dabei zu unterstützen und die Bedingungen zu schaffen, wie sie sich engagieren wollen. Es ist eine schöne Vorstellung, wenn das politisch gewollt wäre, dass wir als Mieter*innen aktiv werden. In den Landes-eigenen Wohnungsunternehmen (LWUs) haben manche Mieter:innen das Gefühl, dass die Mitbestimmung nicht wirklich gewollt ist. Es gibt zwar auch Mitbestimmungsstrukturen, aber diese scheinen mir nur alibimäßig ange-dockt, vielleicht damit die LWUs ihre Vorgaben erfüllen. Wenn es jedoch gewünscht ist, wenn es Geld dafür gibt, diese Leute zu unterstützen, ent- stehen viele neue Möglichkeiten.«

Bringt Vergesellschaftung mehr Klimagerechtigkeit?

- » TILMAN: Solche Vorstellungen sind wichtig, sie spenden Hoffnung und sollten kritisch geprüft werden. Du bist auch bei Mieter*innen for Future.³⁶ Siehst du Potenzial, dass durch diese Vergesellschaftung die Gesellschaft klimagerechter wird?«
- » LEONIE: Da sind wir noch am Anfang, und das ist noch mal eine andere Sache, weil Mieter*innenkämpfe sich eigentlich um Abwehr von Klimaschutz

Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung

organisieren. Es geht ja meistens darum, die Modernisierung zu verhindern. Das ist erstens extrem angstbesetzt durch die Mieterhöhungen und zweitens auch einfach eine riesige Unannehmlichkeit. Also wenn ich ein kleines Kind habe, und nun soll da eine Baustelle in meine Wohnung, dann ist das einfach Mist. Mal sehen, ob es zukünftig funktioniert, sich mit Mieter*innen für Klimaschutz einzusetzen. Dafür braucht es Mitbestimmungsmöglichkeiten, um zu sagen, »es passt mir jetzt wirklich gerade nicht, mein Kind ist ein Jahr alt, ich möchte das erst in zwei Jahren« oder »ich möchte irgendwie dann in diese oder jene Wohnung ziehen, weil mein Partner da auch wohnt«. Die AöR bietet viele Optionen, Unannehmlichkeiten aufzufangen, die mit diesen Modernisierungsmaßnahmen einfach technisch einhergehen. Ein Problem beim Klimaschutz ist, dass die Leute Kontrollverlust fühlen: Dinge werden verordnet, und sie können nicht mehr mitbestimmen.

Und es ist wichtig, dass Maßnahmen gut kommuniziert werden: wie lange sie dauern, was passiert und wann es vorbei ist. Die AöR bietet außerdem die Möglichkeit, eigene Ideen einzubringen. Und es ist wichtig zu betonen, dass das erwünscht ist: Wir als Mieter*innen könnten dann schauen, wie wir zum Beispiel unseren Hof begrünen oder wo das größte Hitzeproblem besteht und wie wir das sinnvoll gemeinsam lösen können. Es gibt viele Möglichkeiten.«

- » LUKAS: Es ist entscheidend, Umwelt- und soziale Belange nicht mehr gegeneinander auszuspielen (wie bei der gesetzlichen Modernisierungsumlage)³⁷, sondern Synergien erkennen zu lassen. So können sich klimagerechte Positionen durchsetzen.«

Alle mitnehmen: Mitsprache ermöglichen

- » TILMAN: In der R2C wird versucht, Migrant*innen in die Kampagne einzubeziehen. Colleen, wie kam es zur Gründung von R2C, und wie läuft die Zusammenarbeit mit der Gesamtkampagne?«
- » COLLEEN: Das hat auch mit dem Organizing zu tun. Die Sammel-AG und die AG-Starthilfe waren in einer Siedlung im Anton-Saefkow-Kiez in Lichtenberg, wo es viele südeuropäische Menschen gab.«

- » LUKAS: Ja, ich erinnere mich.«
- » COLLEEN: Es gab ein Problem: Die Menschen aus der Siedlung verstanden sich nicht und beschuldigten jeweils die andere Gruppe, für die hohe Miete verantwortlich zu sein. So dachten die einen: »Okay, das liegt an all den Spaniern, die hierhergekommen sind, deshalb steigt meine Miete«, und die aus Spanien sagten: »Das ist verrückt, wir können die Miete nicht bezahlen.« Und niemand kam zu den anderen durch.«
- » LUKAS: Das war ein Anstoß, um in der AG Starthilfe darüber zu sprechen, wie wir eigentlich mit diesen Rassismen umgehen, wenn wir in die konkrete Arbeit vor Ort gehen. Gleichzeitig war es auch ein Anstoß, darüber nachzudenken, warum denn eigentlich die ganze Kampagne so deutsch und so weiß ist. Die Gründung der R2C war dann ein erster Schritt, um wenigstens die Leute, für die es komfortabler wäre, auf Englisch mitzumachen, einzubinden.«
- » COLLEEN: Und auch im DWE-Gesamtplenium gab es damals ähnliche Probleme: Es ist sehr schwierig, in ein deutsches Plenum zu gehen, wenn man nicht perfekt Deutsch spricht oder versteht.
- Es gibt so viele motivierte Menschen mit sehr guten Ideen in der R2C, und es gibt wirklich keinen Weg, dass unsere Ideen in die Kampagne kommen. Wir haben versucht, zum Beispiel Flüsterübersetzung³⁸ im Gesamtplenium zu machen. Aber es ist schwer, in einem großen deutschen Onlineplenium etwas auf Englisch zu sagen. Man muss viel Mühe und Mut haben, das zu machen. Wir wollen, dass diese Kampagne mehrsprachig ist, nicht nur für uns, sondern weil wir das als Kampagne brauchen, um wirklich legitim zu sein. Ich wünsche mir, dass DWE uns fragt, was wir wollen, und finde, dass auch andere Gruppen gefragt werden sollten. Wir wissen, dass wir involviert sein wollen.«
- » LUKAS: Das ist super zentral, wie wir das schaffen können, mit weiteren Sprachen dahin zu kommen, dass Leute auf einem Plenum das Gefühl haben, sie treffen informierte Entscheidungen und sind Teil dieses Prozesses.«
- » COLLEEN: Darüber reden wir viel in R2C, wie wir noch andere Sprachen integriert bekommen. Und wie wir sie in die Kampagne bringen. Wenn man sich die Zukunft der AöR vorstellt, und dann ist sie genau wie jede andere deut-

sche Institution, an die wir nicht herankommen, weil die Sprache nicht da ist, dann wäre das ein großer Misserfolg für uns. Wenn man sich diese Zukunft vorstellt, was hat es dann für einen Sinn, wenn wir immer noch keine gute Möglichkeit haben, daran teilzuhaben? So fühlt es sich an, in diesem Land zu leben, denn es ist wegen der Sprache sehr schwer, irgendwo teilzuhaben. Für uns ist das ein wirklich wichtiger Punkt, an der Sprachgerechtigkeit zu arbeiten, denn wenn man sich vorstellt, was dabei herauskommen könnte: Es könnte ein sehr guter, gleichberechtigter Ort sein, an dem die Menschen tatsächlich alle teilhaben können.«

Schlussworte

- » LEONIE: Die nächste DWE-Phase wird sich stark von der vorherigen unterscheiden, da wir bereits eine umfangreiche Kampagnenstruktur haben und nicht mehr unter dem enormen zeitlichen Druck stehen. Daher bietet dies viele Chancen, um über neue, tiefere und langfristige Organisationsmöglichkeiten nachzudenken, auch innerhalb von DWE.

Für mich, Tilman, zeigt das Gespräch noch mal, dass wir mit gewissen Herausforderungen nicht warten können. Es ist zwar ein Spannungsverhältnis, wann sich eine Gruppe mit was beschäftigen kann, aber sie kommt nicht drum herum, alsbald das im Keim bereits zu verwirklichen, was sie letztlich verwirklicht sehen will. Wir haben das am Beispiel der Einbindung der Migrant*innen mittels Sprachgerechtigkeit unter anderem beleuchtet. Es sind Dinge, die kollektiv eingeübt werden müssen. Und auch die Mieter*innenversammlungen sind voraussetzungsvoll – wir müssen lernen, wie wir angenehme und gelingende Treffen abhalten, wie wir inklusiv sind und möglichst alle Menschen einbinden können. Vergesellschaftung, bei der es um maximale Demokratisierung geht, kann nicht nur von oben via Gesetz beschlossen werden, sondern muss auch an der Basis jetzt aufgebaut und erlernt werden. Organizing ist oftmals ein Knochenjob: sehr anstrengend und langwierig. Aber langfristig sehr transformativ und mit der Perspektive auf Wiederaneignung von »Grund und Boden, Naturschätze[n] und Produktionsmittel[n]«, wie es in Artikel 15 des Grundgesetzes heißt, ein wahrer Hoffnungsschimmer. Die Privatisierungs-

weisen sind Kernelement des Kapitalismus, und dass Privateigentümer über den Markt getauscht werden, entfacht den Wachstumszwang. Dieser kann nur durchbrochen werden, wenn wir das Kernelement auswechseln. Und genau das verspricht Vergesellschaftung: Privat- in Gemeineigentum zu überführen. Und weil Eigentum immer die Beziehung zwischen Menschen beschreibt, verlangt Gemeineigentum neue Beziehungsweisen³⁹, die wir mit Organizing jetzt vorzubereiten und aufzubauen versuchen.«

Anmerkungen

- 1 Deutschland liegt bei der Ungleichverteilung des Vermögens in Europa vorne: Soziale Situation in Deutschland. Vermögensverteilung [<https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61781/vermoegensverteilung/>]. Auch weltweit besteht diese sog. Reichtumspyramide; ergo: »Ende 2022 besaß 1,1 Prozent der Weltbevölkerung rund 45,8 Prozent des weltweiten Vermögen. Rund 52,5 Prozent der Weltbevölkerung besaßen hingegen lediglich 1,2 Prozent des weltweiten Vermögens«: Turulski, Anna-Sofie (2024): Reichtumspyramide. Verteilung des Reichtums auf der Welt im Jahr 2022 [<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/384680/umfrage/verteilung-des-reichtums-auf-der-welt/>].
- 2 Das Kapital meint den Prozess bzw. stummen Zwang, aus Geld mehr Geld zu machen. Dahinter stecken zwar Menschen, dennoch legen Strukturen und Mittel bestimmte Handlungsweisen nahe, weswegen hier vom Kapital als Subjekt gesprochen wird.
- 3 Zur Entwicklung des Wohnungssektors Berlins siehe Vollmer, Lisa / Kadi, Justin (2018). Wohnungspolitik in der Krise des Neoliberalismus in Berlin und Wien. Postneoliberaler Paradigmenwechsel oder punktuelle staatliche Beruhigungspolitik? [<https://www.prokla.de/index.php/PROKLA/article/download/83/69/140>]. Holm, Andrej (2021): Wohnen zwischen Markt, Staat und Gesellschaft. Ein sozialwissenschaftliches Handbuch: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Holm_ua_Wohnen_zwischen_Markt_Staat_und_Gesellschaft_RLS.pdf]. Betz, Johanna (2021): Bezahlbar Wohnen. Chronik eines angekündigten Zerfalls [https://www.researchgate.net/publication/359296338_Bezahlbar_Wohnen_Chronik_eines_angekue_digten_Zerfalls/link/623356f0b4db545f4731fc70/download].
- 4 Siehe Trautvetter, Christoph (2020): Wem gehört die Stadt? [https://www.wemgehoe_rtdiestadt.de/documents/Studie_Wem_gehoert_die_Stadt_de.pdf].
- 5 Instandhaltung darf eigentlich nicht umgelegt werden. Der Deutsche Mieterbund beschreibt hier die Intransparenz und z. T. systematische Verstöße gegen gesetzliche

- Vorgaben: o. A. [https://www.mieterbund.de/app/uploads/fileadmin/public/Gesetze_Positionen/20211105-Wohnungskonzerne.pdf]; zum Insourcing von Handwerks und Modernisierungsmaßnahmen: Gerrard, Jorim / Zöllner, Uwe / Peters, Michael (2023): Rendite mit der Miete – Wie die Finanzmärkte die Wohnungskrise in Deutschland befeuern [https://www.finanzwende-recherche.de/wp-content/uploads/Immobilien_Report_20231107-1.pdf]. Auch in der Studie von Trautvetter werden die Geschäftspraktiken der Aktienkonzerne beschrieben, siehe Trautvetter (2020). Dass Konzerne wie Vonovia damit nicht immer durchkommen und Organizing erfolgreich ist, zeigt beispielhaft dieses kürzliche Ereignis: Latz, Christian (2024): Bis zu 9000 Euro Nachzahlung: Deutsche Wohnen gibt Fehler zu – und überprüft Heizkosten-Abrechnungen in Berlin, in: Tagesspiegel, 12.01.2024 [<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bis-zu-9000-euro-nachzahlung-deutsche-wohnen-gibt-fehler-zu--und-ueberpruft-heizkosten-abrechnungen-in-berlin-11042833.html>].
- 6 Es geht hier um die gesetzlich verankerte Modernisierungsumlage als sog. Anreiz für Konzerne (siehe auch vorherige Endnotes). Argumente für klimagerechtes Wohnen durch Vergesellschaftung siehe außerdem: Deutsche Wohnen & CO enteignen (2023): Wohnen, klimagerecht! Fünf Argumente, warum das nur mit einer gemeinwirtschaftlichen Wohnraumversorgung zu schaffen ist [https://content.dwenteignen.de/uploads/231023_Broschuere_313001c315.pdf].
 - 7 Eine Statistik dazu: Statista Research Department (2024): Entwicklung des Wohnungsmietindex für Deutschland in den Jahren von 1995 bis 2023 [<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/70132/umfrage/mietindex-fuer-deutschland-1995-bis-2007/>]; und zur Frage, Muss Wohnen immer teurer werden? Mythen und Behauptungen über Wohnen, Miete, Kaufen (2021): [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_15_Wohnen.pdf].
 - 8 Zur Gentrifikation in Berlin: Holm, Andrej (2011): Gentrification in Berlin. Neue Investitionsstrategien und lokale Konflikte, in: Herrmann, Heike / Keller, Carsten / Neef, Rainer / Ruhne, Renate (Hrsg.): Die Besonderheit des Städtischen [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-93338-2_11].
 - 9 Enteignungen sind in Deutschland eigentlich keine Seltenheit. So werden jährlich, v. a. unter konservativen Parteien, Privatpersonen vorrangig für den Straßenbau ins Hundertfache enteignet: So viele Enteignungen gibt es in Deutschland für den Straßenbau (2020), in: RedaktionsNetzwerk Deutschland, 18.02.2020 [<https://www.rnd.de/politik/so-viele-enteignungen-gibt-es-in-deutschland-fur-den-strassenbau-WEIFUKTDVFF77JMAENZ3JB6FA4.html>]; oder: CDU – Die Enteignungspartei (o. D.): [<https://www.enteignungspartei.lol/>]: Allerdings nicht zum Zwecke der Vergesellschaftung, das ist der Unterschied.
 - 10 Zu diesem Schluss kommt (auch) die vom Berliner Senat eingesetzte Expert*innenkommission 2023: Expert*innenkommission stellt Abschlussbericht vor (2023) [<https://>

dwteignen.de/aktuelles/neuigkeiten/expertinnenkommission-stellt-abschlussbericht-vor].

- 11 Inzwischen wird Vergesellschaftung, wie hier in diesem Sammelband, auch in anderen Kontexten diskutiert: von Landwirtschaft über Energie bis hin zur Mobilität und zum Care-Sektor. Siehe z. B. diese Konferenz [<https://Vergesellschaftungskonferenz.de>].
- 12 Entstanden ist der Artikel 15 u. a. aus der Lehre nach 1945, dass Großgrundbesitzer in der Weimarer Republik maßgeblich die Nazis finanziell unterstützt und sie zu ihrer Macht verholfen hatten. Außerdem zeigt eine im Dezember 2023 veröffentlichte Studie, dass Menschen, die v. a. im Berufsleben mitbestimmen dürfen, deutlich weniger rechtsextrem sind: Kiess, Johannes / Wesser-Saalfrank, Alina / Bose, Sophie / Schmidt, Andre / Brähler, Elmar Brähler / Decker Oliver (2023): Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland [<https://www.otto-brenner-stiftung.de/arbeitswelt-und-demokratie-in-ostdeutschland/>].
- 13 Vgl. Neue Dokumente zeigen: Senator Geisel handelte rechtswidrig bei Verzögerung des Volksbegehrens (2022) [<https://dwteignen.de/aktuelles/neuigkeiten/neue-dokumente-zeigen-senator-geisel-handelte-rechtswidrig-bei-verzoegerung-des-volks-begehrens>].
- 14 Vgl. Deutsche Wohnen & Co enteignen (2023): Initiative kündigt Gesetzesvolksentscheid an [<https://dwteignen.de/aktuelles/neuigkeiten/initiative-kuendigt-gesetzesvolksentscheid-an>].
- 15 Beim Organizing, besonders dem Community Organizing, geht es darum, möglichst viele Menschen und Organisationen (organize the organizations) zusammenzubringen, um gemeinsam stärker zu werden und, wie mit dem sog. Transformative Organizing hervorgehoben, um eine tiefgreifende Veränderung. Warum Organizing eine so wesentliche Rolle für die Demokratisierung spielt, ist Teil des Gesprächs.
- 16 Präfiguration ist die Vorgestalt von etwas; Präfigurieren, das Vorgestalten. Es bedeutet, etwas im Voraus zu gestalten, anzudeuten oder vorwegzunehmen. Es bezieht sich darauf, dass bestimmte Merkmale, Eigenschaften oder Strukturen im Vorfeld vorhanden oder erkennbar sind, bevor etwas tatsächlich stattfindet oder entsteht.
- 17 Keimform beschreibt die Vorform von etwas Neuem, das der alten Form zwar dienlich ist, aber gleichzeitig in ihrem Wesenskern dem Alten widerspricht. Genaueres: Meretz, Stefan (2014): Keimform und gesellschaftliche Transformation [<https://keimform.de/2014/keimform-und-gesellschaftliche-transformation/>].
- 18 Kiezteams sind in zwölf Berliner Bezirken vertreten und machen dort die DWE-Basisarbeit.
- 19 Die R2C ist der Versuch, Migrant*innen zu involvieren, für die es komfortabler ist, auf Englisch mitzumachen. Colleen hat auch einen migrantischen Hintergrund.

Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung

- 20 Sammel-AG hat lokale Basisorganisation von DWE aufgebaut und koordiniert Unterschriftensammlungen.
- 21 Die AG-Starthilfe hilft über DWE hinaus, Mieter*innengruppen zu initiieren.
- 22 Das Kiezprojekt hat seit 2023 drei bezahlte Organizer*innen in Kooperation mit den DWE-Kiezteams, der AG-Starthilfe, dem Movement-Hub und dem Berliner Mieterverein.
- 23 Hier der Instagram-Account von R2C [<https://www.instagram.com/r2c.berlin/?hl=de>].
- 24 Sprachgerechtigkeit oder oft auch *Language Justice* genannt, basiert auf der Idee, dass eine Person in der Sprache kommunizieren, verstehen und verstanden werden kann, die sie bevorzugt und in der sie sich am verständlichsten und kraftvollsten fühlt.
- 25 Die Arbeitsgruppen von heute findest du hier [<https://dwenteignen.de/mitmachen>].
- 26 Sobald die Wohnungsbestände enteignet werden, müssen sie in eine neue Rechtsform übergehen: Dafür eignet sich die sog. Anstalt des öffentlichen Rechts. Wie diese genau funktionieren soll, wurde in der Broschüre ausbuchstabiert (siehe folgende Endnote), und aktuell wird dazu ein Gesetz geschrieben. Darin enthalten ist ein Rätssystem mit Räten auf unterschiedlichen Ebenen. Eine ist die Gebietsebene, die sich auf jeweils einen der zwölf Berliner Bezirke bezieht.
- 27 Eine Skizze, wie die AöR strukturiert sein soll, ist in der DWE-Broschüre Gemeingut Wohnen (2023) zu finden [https://content.dwenteignen.de/uploads/Gemeingut_Wohnen_3a03fa4c87.pdf].
- 28 Ein Zitat, das den Andrang beschreibt: »Die Menschen stehen hier Schlange und unterschreiben die ganze Zeit« aus Bockenheimer, Johannes, C. (2019): Mietenwahn-sinn-Demo in Berlin. Einig im Protest, gespalten bei Enteignungen, in: Tagesspiegel 06.04.2019 [<https://www.tagesspiegel.de/berlin/einig-im-protest-gespalten-bei-enteignungen-5937058.html>].
- 29 Ob Beschlussvolksentscheid, wie der von DWE 2021, oder auch Gesetzesvolksentscheid, es gehen ihnen zwei Phasen voraus, in denen zuerst Unterschriften gesammelt werden müssen, um ein Volksbegehren zu beantragen, dann um es durchzuführen, und wenn auch das erfolgreich war, kommt es zu einem Volksentscheid.
- 30 Es gab Austausch mit Aktivist*innen, die von Bernie-Aktivist*innen gelernt haben, die also vor allem Seminare von Jane McAlevey besucht hatten. Da war die wichtigste Losung: mehr werden und Unterschriebene fragen, ob sie auch aktiv werden wollen oder ob sie Unterschriftenlisten mitnehmen wollen.
- 31 Eigentlich heißt es Organizi.ng. Dies ist ein Team aus Organizer*innen, die in gewerkschaftlichen Tarifaueinandersetzungen unterstützen.

- 32 Hier konnte kürzlich ein Erfolg verzeichnet werden: Deutsche Wohnen & Co enteignet (2024): Vonovia scheitert mit illegaler Heizkosten-Abzocke [<https://dwenteignen.de/aktuelles/neuigkeiten/vonovia-scheitert-mit-illegaler-heizkosten-abzocke9>].
- 33 Weil das Projekt aus mehreren Projekt- und Kooperationspartner*innen besteht, bilden wir oftmals die Schnittstelle, wie etwa zum Berliner Mieterverein oder zur AG Starthilfe.
- 34 Was in Pankow genau passiert und was Sozialbindungen sind, wird hier erläutert: Hönicke, Christian (2023): Protest gegen Verdrängung. Sozialbindung für Tausende Mieter in Berlin-Pankow läuft aus, in: Tagesspiegel, 28.07.2023 [<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/protest-gegen-verdrangung-sozialbindung-fur-tausende-mieter-in-berlin-pankow-lauft-aus-10228342.html>].
- 35 Artikel 15 GG: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.«
- 36 Zur Homepage der Gruppe [<https://mieterinnenforfuture.org/>].
- 37 Soziales und Klima werden politisch damit gegeneinander ausgespielt, dass Konzerne die Modernisierungskosten auf die Miete dauerhaft umlegen können. Aus der Forderung, diese sog. Modernisierungumlage abzuschaffen, entstand die Initiative Mieter*innen for Future. Als DWE haben wir in der AöR ein anderes Finanzierungsmodell vorgesehen. So bestünde dieser Zielkonflikt, der durch die Umlage geschaffen wird, nicht mehr.
- 38 Simultanes Dolmetschen. Die Übersetzung wird ins Ohr geflüstert.
- 39 Zur Vertiefung des Begriffs, siehe: Adamczak, Bini: Beziehungswise Revolution. 1917, 1968 und kommende. Suhrkamp Verlag, Berlin 2017.

Vergesellschaften kann mehr

Über einen vernachlässigten Aspekt in der Umweltdebatte

Marie-Luisa Wahn

Abstract

Die multiplen sozialökologischen Krisen schreiten ungebremst voran und verleihen der Forderung nach echten gesellschaftlichen Alternativen einen neuen Imperativ. Vergesellschaftung könnte eine solche Alternative sein. In einer Umweltdebatte, die Eigentums- und Machtverhältnisse mitsamt ökologischer Konsequenzen weitestgehend ausblendet, fand sie bis zuletzt jedoch kaum Berücksichtigung. Der Beitrag versteht sich als Mut machendes Plädoyer für zivilgesellschaftliche Akteur*innen in der Umweltbewegung, Vergesellschaftung als Transformationsstrategie (wieder) stärker in den Blick zu nehmen und in konkrete Forderungen zu übersetzen. Er beleuchtet die vielfältigen Potenziale von Vergesellschaftungen in der sozialökologischen Transformation und räumt dabei mit einigen Vorurteilen auf. Am Beispiel der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Industrietransformation werden abschließend zwei aus ökologischer Sicht besonders vielversprechende Anwendungsfelder skizziert. Die übergeordnete Frage lautet: Wie kann gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zurückgewonnen werden, um langfristig Zukunftsfähigkeit zu sichern?

Einleitung

Übernutzte Böden, Klimawandel und eine öffentliche Daseinsvorsorge, die ihr Versprechen nicht hält – dass die Forderung nach Vergesellschaftung aktuell wieder einen Aufschwung erlebt, ist nicht zuletzt der Krisenhaftigkeit his-

torischen Ausmaßes geschuldet, mit der wir uns zurzeit konfrontiert sehen. Dennoch sorgt in Teilen der deutschen Umweltbewegung mitunter allein die Erwähnung der Wörter »Eigentum« und »Vergesellschaftung« noch immer für Stirnrunzeln. Dies ist ein Plädoyer, warum sich das dringend ändern sollte, welche konkreten Ansatzpunkte es aus ökologischer Sicht gibt und was wir von Initiativen wie »Deutsche Wohnen und Co enteignen« (DWE)* lernen können.

Eigentumsverhältnisse als Transformationshemmer

Eigentum beschreibt in der deutschen Rechtsordnung die schier unantastbare und exklusive Verfügungsmacht¹ zur (Über-)Nutzung natürlicher Lebensgrundlagen. Legitimiert wird dieser Schutzstatus mit einer Reihe falscher Versprechen: »Eigentum, Freiheit, Markt und Wettbewerb [fördern] breiten Wohlstand«, so das einhellige Mantra.² Während »Wohlstand durch Wachstum« für viele ein ewig unerfüllter Traum bleibt, bildet Eigentum an Produktionsmitteln für andere die Grundlage, Profite und gesellschaftlichen Einfluss weiter auszubauen. Multimilliardengewinne aus umweltschädlicher Produktion sind unhinterfragt privat, die sozialökologischen Kosten tragen alle, insbesondere marginalisierte Gruppen³ – sie werden im Gegensatz zu den Gewinnen vergesellschaftet.

Besonders risikoreich wird es für Mensch und Umwelt, wo privates Eigentum auf die für kapitalistische Systeme charakteristische Verwertungs- und Wettbewerbslogik trifft.⁴ Denn diese kennt im Wesentlichen nur ein unternehmerisches Ziel: die kurzfristige Profitmaximierung. Konkurrenzfähig bleibt folglich, wer sich Arbeit und natürliche Ressourcen möglichst »effizient« aneignet,⁵ also immer mehr beziehungsweise zu höheren Gewinnmargen produziert. Wirtschaftliche Aktivitäten in zentralen Lebensbereichen wie Wohnen, Landwirtschaft und Gesundheit müssen sich damit in erster Linie ökonomisch rechnen. Dringend notwendige Zukunftsinvestitionen bleiben zugunsten kurzfristiger Gewinne aus.

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Tilman Wendelin Alder: Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung.

Aus den gegenwärtigen Eigentums- und Produktionsverhältnissen erwächst nicht zuletzt ein erhebliches Demokratiedefizit.⁶ Denn privatwirtschaftliche Entscheidungen wie die Frage, was für wen produziert beziehungsweise bereitgestellt wird, sind trotz ihrer Reichweite größtenteils vor öffentlichem Einfluss geschützt. Lediglich die Rahmenbedingungen, unter denen diese Entscheidungen getroffen werden, werden öffentlich verhandelt. Diejenigen, die wie Mietende oder Arbeitnehmende direkt von Produktionsentscheidungen und ihren Konsequenzen betroffen sind, haben hingegen kaum formales Mitspracherecht. Nicht selten sind sie vor allem mit den negativen Konsequenzen höherer Umweltauflagen konfrontiert (steigenden Verbrauchskosten, Produktionsverlagerung ins Ausland). Das führt notwendigerweise zu Transformationskonflikten.⁷

Während die Zerstörung der Ökosysteme in bisher unbekanntem Ausmaß voranschreitet,⁸ bleiben echte sozialökologische Alternativen auf der Strecke. Statt vorhandenen Wohnraum gerecht zu verteilen – öffentliches Eigentum und Wohnungsaustauschprogramme⁹ könnten das möglich machen –, soll neu gebaut werden. Statt massiv in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu investieren, werden teure E-Autos entwickelt und weiter Flächen versiegelt. Wie planetare Grenzen¹⁰ eingehalten und gesellschaftliche Teilhabe gesichert werden soll, bleibt dabei völlig unklar. Kurzum: Die gegenwärtigen Eigentums- und Produktionsverhältnisse treiben nicht nur die sozialökologischen Krisen unweigerlich voran. Sie gefährden auch gleich in mehrfacher Hinsicht die gesellschaftliche Transformationsfähigkeit.

Blinder Fleck in der Umweltdebatte

Dass die ökologische Krise sozialverträgliche Lösungen erfordert, wird heute kaum noch offen angezweifelt. Zugrunde liegende Eigentums- und Machtverhältnisse stehen dabei jedoch bislang, so scheint es, nicht zur Disposition.¹¹ Dem ökologischen Mainstreamdiskurs zufolge sollen es vor allem technologische Innovationen,¹² individuelle Verhaltensänderungen und staatliche Anreize richten (ökologische Modernisierung).¹³ Als »eingriffsintensivstes Mittel des Staates«¹⁴ im Rahmen der (öko-)sozialen Marktwirtschaft

sieht sich auch die Forderung nach Vergesellschaftung mit einiger Kritik konfrontiert.

Vergesellschaftete Unternehmungen seien nicht automatisch ökologischer, so ein häufiges Argument derer, die vor allem auf freie Märkte zur »effizienten«¹⁵ Lösung sozialökologischer Herausforderungen setzen. Quasi diametral wird dabei zwischen »effizienten« privaten und »ineffizienten« öffentlichen Unternehmen unterschieden.¹⁶ Kollektives Eigentum als dritte mögliche Eigentumsform innerhalb der Marktwirtschaft findet in dieser neoliberalen Logik keine Berücksichtigung.¹⁷ Stattdessen wird oft recht pauschal auf diejenigen (teil-)öffentlichen Unternehmungen verwiesen, die eben keine nachhaltigeren Ergebnisse hervorgebracht haben. So zum Beispiel auf die Energie Baden-Württemberg (EnBW) AG¹⁸, die als börsennotierte Aktiengesellschaft im Wesentlichen unter denselben Marktbedingungen wie ihre privatwirtschaftliche Konkurrenz agiert. Die vielen lokalen Initiativen, die bereits heute erfolgreich in Koproduktion sozialökologisch wirtschaften, werden dabei systematisch ausgeblendet.

Vergesellschaftung nach Artikel 15 Grundgesetz (GG) ist in ihrer Zielsetzung gegenüber anderen Formen öffentlichen Eigentums viel dezidierter – ohne dabei eine konkrete Organisationsform vorzugeben. Sie soll »eine wirtschaftliche Betätigung [ermöglichen], die ohne die für die Marktwirtschaft typische Gewinnerzielungsabsicht erfolgt und stattdessen die Bedürfnisse der Allgemeinheit befriedigen soll.«¹⁹ Entscheidend ist also, ob es gelingt, öffentliche Interessen über geeignete Organisationsformen und regulatorische Rahmenbedingungen auch durchzusetzen. Vergesellschaftung heißt im Umkehrschluss auch nicht, dass künftig alles kollektiv organisiert wird.²⁰ Dort, wo aber öffentliche Interessen berührt sind, muss auch im Sinne der Öffentlichkeit entschieden werden. Die Debatte um Vergesellschaftung und ökologische Nachhaltigkeit muss also viel differenzierter geführt werden: Welche Sektoren sollen wie vergesellschaftet werden, um langfristig Zukunftsfähigkeit zu sichern?

Eine solche tiefergehende Auseinandersetzung ist auch innerhalb der deutschen Umweltbewegung bis zuletzt weitestgehend ausgeblieben. Bewegungsakteur*innen wie Fridays for Future (FFF) setzen auf altbekannte Managementansätze wie die Erhöhung des CO₂-Preises²¹ – und reproduzieren damit,

völlig unbewusst, eine technokratische und neoliberale Lesart des Nachhaltigkeitsdiskurses. Begriffe wie »1,5-Grad-Celsius-Grenze« und »Klimaneutralität« abstrahieren die für viele Menschen existenzielle Frage der ökologischen Krise und begünstigen ihre gefährliche Engführung auf Maßnahmen zur Emissionsreduktion. Viel zu lange wurde darüber hinaus außer Acht gelassen, dass Umweltschutz – ganz zentral – auch eine Frage der nationalen Gerechtigkeit ist. Das spielt vor allem denjenigen in die Karten, die gesellschaftliche Veränderungen mit Debatten über sozialökologische Scheinwidersprüche vehement zu verhindern versuchen.

Progressive Umweltakteur*innen haben früh erkannt, dass eine gerechte und ökologisch ambitionierte Transformation auf lange Sicht nur über starke demokratische Beteiligung gelingen wird.²² Wie genau eine wirkmächtige Beteiligung aussehen soll, wurde jedoch viel zu wenig erörtert. Vielversprechende Ansätze, wie zum Beispiel in den 1980er-Jahren unter dem Schlagwort der Wirtschaftsdemokratie²³ diskutiert, sind zum Teil wieder in Vergessenheit geraten. Neue demokratische Institutionen, wie die viel zitierten Bürger*innenräte, drohen ohne formale Entscheidungsbefugnisse zum zahnlosen Beratungsgremium zu verkommen.²⁴ Vergesellschaftung als dezidierte ökologische Transformationsstrategie hat hingegen überraschend wenig Aufmerksamkeit erfahren. Neue Initiativen wie »RWE und Co enteignen«* machen Hoffnung, dass sich das gegenwärtig wieder ändert.

Demokratisch = ökologisch? Vergesellschaftung kann mehr!

Vergesellschaftung kann sowohl im engeren Sinne – als verfassungsgemäßes Instrument (Artikel 15) – als auch größer gedacht, als »Realutopie«²⁵ verstanden werden. Bei genauerer Betrachtung wartet sie dabei mit unterschiedlichen ökologischen Potenzialen auf. Diese sollen nachfolgend kurz skizziert und anschließend am Beispiel zweier Anwendungsfelder verdeutlicht werden.

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Leonie Melcher, Tristan Crampe und Selma Hornemann: Vergesellschaften statt Krise. Die Kampagne »RWE & Co enteignen«.

1. Vergesellschaftung ermöglichen, gesellschaftliche Ziele neu verhandeln

Dreh- und Angelpunkt einer sozialökologischen Transformation muss die Frage sein, wie gesellschaftliche Bedürfnisse im Rahmen planetarer Grenzen auch in Zukunft bestmöglich erfüllt werden können.²⁶ Die Maßgabe zur »kollektiven Selbstbeschränkung«²⁷ (Was können und wollen wir uns noch leisten? Welcher Mindest- und Maximalstandard soll wie sichergestellt sein?) macht den gesellschaftlichen Umbau zu einem inhärenten Aushandlungs- und Planungsprozess,²⁸ der sich über anonyme, wachstumsorientierte Märkte nicht realisieren lässt. Vergesellschaftung wirkt wie eine Art »deliberatives« Forum,²⁹ das diese Aushandlung überhaupt erst möglich macht. Statt wie bislang vor allem passiv – als Kund*innen oder abhängig Beschäftigte – in Erscheinung zu treten, nehmen von Produktionsentscheidungen Betroffene in demokratisch organisierten vergesellschafteten Unternehmen selbst eine aktive Gestaltungsrolle ein. Sie bestimmen mit, welche Bedürfnisse es künftig wie zu erfüllen gilt. Dabei bringen sie wertvolle persönliche Erfahrungen und Wissen aus der Praxis ein. Unterschiedlichste Akteur*innen von vornherein einzubeziehen, senkt die Gefahr, soziale Ausgrenzungen in Produktions- und Versorgungsentscheidungen zu reproduzieren.³⁰ Auch ökologische Fehlentscheidungen bleiben dabei nicht aus. Sie werden aber unwahrscheinlicher, da ihre Kosten von allen zu tragen, also internalisiert wären.³¹

2. Durch Vergesellschaftung können Lösungen gefunden werden, die profitorientierte Unternehmen nicht realisieren würden

Gegenüber der »radikale[n] Kurzfristigkeit«³² der Shareholderlogik sind vergesellschaftete Unternehmungen in erster Linie langfristigen gesellschaftlichen Zielen verpflichtet. Während profitorientierte Unternehmen Gewinne regelmäßig an Anteilseigner*innen ausschütten, können Überschüsse so reinvestiert werden, dass sie allen zugutekommen. Nicht nur die Risiken, sondern auch die Gewinne von Transformationsprozessen würden somit sozialisiert. Dadurch werden auch risikoreichere oder für einzelne Marktakteur*innen

zunächst wenig profitable Investitionen (beispielsweise in den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen, Umweltschutzmaßnahmen oder die (Re-)Qualifizierung von Beschäftigten) möglich. Negative Auswirkungen auf Beschäftigte können – zum Beispiel über Arbeitszeitverkürzungen – zumindest kurzfristig abgefedert werden. Die Ausrichtung auf langfristige Steuerung und demokratische Planung ermöglicht, vorausschauender auf Veränderungen und krisenhafte Entwicklungen zu reagieren (adaptive Effizienz).³³ Entscheidungen lassen sich von vornherein in eine größere sozialökologische Transformationsstrategie (zum Beispiel nationale Nachhaltigkeitsziele) einbetten. Zukunftsrisiken können entlang der gesamten Wertschöpfungskette antizipiert und regionale Herausforderungen und Chancen im Gesamten in den Blick genommen werden.³⁴

3. Vergesellschaftung schafft Akzeptanz für tiefgreifende Veränderungen und ermöglicht neue Allianzen für die sozialökologische Transformation

Als demokratisches »Einstiegsprojekt«³⁵ macht Vergesellschaftung Solidarität, Koproduktion und Mitbestimmung auf der Makro- und Mikroebene erlebbar.³⁶ Damit bildet sie einen klaren Gegenpol zum gegenwärtigen technokratischen und »depolitierten«³⁷ Transformationsverständnis. Vergesellschaftungsprojekte wecken Vertrauen und tragen langfristig dazu bei, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse im Sinne einer ökologisch ambitionierten Transformation zu verschieben. Kollektives Eigeninteresse, soziale Sicherheitsgarantien und wirkmächtige Beteiligung erhöhen die Chance, dass auch tiefgreifende Veränderungen in der Breite der Gesellschaft mitgetragen werden.³⁸ Sie machen diejenigen zum Subjekt, die von der Transformation bisweilen am stärksten betroffen sind. Langfristig zielt Vergesellschaftung auf zukunftsfähige Unternehmensmodelle, die gute Arbeit, gesellschaftliche Bedürfnisse und Umweltschutz miteinander verbinden. Sie kann damit einen essenziellen Beitrag dazu leisten, den systemimmanenten – und für die Transformation zentralen – Widerspruch zwischen fossiler Arbeit und Umweltschutz ein für alle Mal zu überwinden.

Die »kleine Wiederaneignung«:³⁹ Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand

Lange Zeit war der Zugang zu lebensnotwendigen Versorgungsinfrastrukturen – etwa Wasser, Strom, Gas – durch Gebühren oder kostendeckende Preise geregelt. Gewinnerwartungen durften keine Rolle spielen. Mit der in den 1980er-Jahren beginnenden Neoliberalisierung folgte die Kehrtwende: Immer mehr Sektoren wurden an private Anbieter*innen veräußert – Qualitätsgewinne und Preisstabilität sind jedoch ausgeblieben. Mit verheerenden Folgen: Obwohl der Umweltverbrauch weiter steigt, können grundlegende Bedürfnisse wie Wohnen, Energie und Mobilität für viele Menschen nicht mehr ausreichend erfüllt werden.⁴⁰ Dieser zentrale Widerspruch kann Grundlage für eine breit getragene Forderung nach Vergesellschaftung der öffentlichen Daseinsvorsorge sein.

Von Wohlfahrts- über Umwelt- bis zu Verbraucher*innenschutzverbänden sprechen sich zuletzt immer mehr Akteur*innen für eine Rückkehr vom Gewährleistungsstaat⁴¹ hin zu einem umfassenderen Sozialstaatsverständnis aus.⁴² Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Paritätische Wohlfahrtsverband haben diesen Anspruch 2021 so formuliert: »Insbesondere in Krisen- und Umbruchszeiten müssen alle auf eine solide Daseinsvorsorge und ein stabiles soziales Sicherheitsnetz vertrauen können.«⁴³ Anders gesagt: Alle Menschen müssen in allen Lebenslagen bedingungslos mit allem Lebensnotwendigen abgesichert sein, um an einer gerechten sozialökologischen Transformation teilzuhaben. Das schließt lebensnotwendige Güter und Leistungen genauso wie die Bereitstellung von Infrastrukturen mit ein.⁴⁴

Die Privatisierung der Daseinsvorsorge wird auch auf lokaler Ebene schon lange nicht mehr unwidersprochen hingenommen. Vielerorts haben sich breite zivilgesellschaftliche Bündnisse formiert, die demokratische, soziale und ökologische Alternativen in Bürger*innenhand einfordern. Zu den frühen lokalen Meilensteinen zählen etwa die vom *Berliner Wassertisch* 2011 erwirkte Rekommunalisierung⁴⁵ der Berliner Wasserwerke oder der Rückkauf der Hamburger Energienetze 2013.⁴⁶ Inzwischen gibt es in Deutschland wieder über

1000 Stadtwerke, was etwa dem Stand vor der Marktliberalisierung im Energiesektor entspricht.⁴⁷ Auch gegen die laut Koalitionsvertrag (2021)⁴⁸ geplante Aufspaltung der Deutschen Bahn AG in einen gemeinwohlorientierten Netzbetrieb und einen gewinnorientierten Bahnverkehr regt sich zusehends zivilgesellschaftlicher Widerstand.⁴⁹ Erfahrungen aus Ländern wie Großbritannien zeigen, dass die Qualität des Bahnfahrens durch eine solche Aufspaltung oft deutlich sinkt. Bereits erzielte Tariffortschritte gehen wieder verloren.⁵⁰

Das Beispiel der Bürger*innenenergie zeigt: Wer die Infrastrukturen besitzt, hat mehr Spielraum, die Energiewende vor Ort umzusetzen und sie sozial ausgewogen zu gestalten. Lokale Potenziale (zum Beispiel industrielle Abwärme oder Geothermie) können dabei in besonderem Maße einbezogen und komplementäre Infrastrukturen aus einer Hand geplant werden. Über Genoss*inenschaften und kommunale Unternehmen lassen sich verschiedene lokale Interessen bündeln. Einnahmen – zum Beispiel aus Netzentgelten – fließen als regionale Wertschöpfung direkt in die Kommunen zurück und können im öffentlichen Interesse reinvestiert werden. Über die gezielte Förderung – zum Beispiel von sozialökologischen Quartierslösungen – kommen sie vor allem denjenigen zugute, deren Zugang zu nachhaltiger und bezahlbarer Energie bislang nur unzureichend abgesichert ist.⁵¹ Zentrale wohnungs- und energiepolitische Herausforderungen können so gemeinsam angegangen werden. Es wäre interessant zu prüfen, inwiefern sich diese Erfahrungen auch auf andere Bereiche wie zum Beispiel die kommunale Wärme-, Bau- und Mobilitätswende übertragen ließen.

Den Umbau von Industrie und Unternehmen gemeinsam voranbringen

Vergesellschaftung kann auch als wirtschafts- und strukturpolitisches Instrument zur Transformation fossiler Schlüsselindustrien fungieren. Bereits heute zeichnet sich ab, dass bestimmte Güter in Zukunft nicht mehr gebraucht werden oder dass ihre Produktion deutlich schrumpfen muss,⁵² um mit planetaren Grenzen kompatibel zu sein.⁵³ Andere Branchen wie die Stahl- und zuletzt die Kohleindustrie werden schon jetzt vor allem durch milliarden-

schwere steuerfinanzierte Subventionen künstlich am Leben gehalten. Politisch gilt der Rückbau von Schlüsselindustrien als wenig opportun – zu groß sind der Lobbyeinfluss der fossilen Industrie und die wirtschaftliche Abhängigkeit. Dabei besteht eigentlich kein Grund zur Sorge: Industrielle Produktion wird auch in Zukunft nicht obsolet. Sie wird nur anders: Statt wie bisher vor allem Konsumgüter für den privaten Verbrauch herzustellen, muss vor allem die Produktion von Gebrauchsgütern für den gemeinschaftlichen Besitz in den Vordergrund rücken.⁵⁴

Was oft verschwiegen wird: Nicht die umfassende sozialökologische Transformation der fossilen Industrie, sondern ihre Verzögerung wird am Ende viele Jobs kosten. Deutlich wird das am Beispiel der Automobilindustrie: Mit der reinen Antriebswende hin zu immer größeren Elektro-SUVs drohen bundesweit mittelfristig 230 000 Stellenkürzungen.⁵⁵ Wird die Transformation der Branche im Sinne einer umfassenden Mobilitätswende jedoch größer gedacht und verstärkt auf die Produktion von Schienenfahrzeugen und Bussen gesetzt, könnten Standortschließungen hingegen vollständig abgewendet werden.⁵⁶ Aus ökologischer Sicht wäre eine solche Verlagerung von Produktion und Arbeitskräften mehr als geboten.⁵⁷ Denn anders als in anderen Sektoren wurden im Mobilitätsbereich bislang kaum umweltpolitische Fortschritte erreicht.⁵⁸ Solange aber vor allem für einen hochkompetitiven Weltautomarkt produziert wird, stehen nicht Nachhaltigkeit und Arbeitsplätze, sondern Profitabilität und Expansion an erster Stelle.⁵⁹ Eine durch Beschäftigte getragene Überführung in einen »ökologisch orientierten Dienstleister für öffentliche Mobilität«⁶⁰ (Konversion) könnte ein möglicher Ausweg aus dieser Sackgasse sein.

Eine vollständige Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, wie zum Beispiel von »RWE und Co.« enteignen anvisiert, erfordert signifikante Gegenmacht zu (globalisierten) Kapitalinteressen. Sie ist ohne breiten gesellschaftlichen Konsens und starke gewerkschaftliche Akteur*innen⁶¹ nicht zu erreichen. Einer aktuellen Umfrage zufolge geben zwei Drittel der Beschäftigten an, »dass mit hoher bzw. äußerster Dringlichkeit gegen den Klimawandel vorgegangen werden muss«.⁶² Daran ließe sich durchaus anknüpfen. In Ansätzen ist Vergesellschaftung auch heute schon denkbar: Regionale Transformations-

räte, wie sie BUND und IG Metall vorschlagen,⁶³ könnten als Begleitgremien auf regionaler Ebene fungieren, branchenübergreifende Herausforderungen in den Regionen analysieren und auf dieser Grundlage Maßnahmen für eine Konversion der Konzerne erarbeiten. Über demokratisch organisierte Transformationsfonds könnten Mittel zur Förderung des Umbaus, für die Qualifizierung von Mitarbeitenden und für neue Mobilitätskonzepte bereitgestellt werden.

Fazit: Schluss mit falscher Zurückhaltung

Vergesellschaftung verändert die Art und Weise, wie Produktion und Konsum organisiert werden. Sie greift in die Verteilung von Transformationsgewinnen und -risiken ein. Und sie trägt dazu bei, die für vulnerable Ökosysteme so riskante Ausrichtung auf Profit- und Wachstumsorientierung Schritt für Schritt zurückzudrängen. Indem sie den Blick für die tieferliegenden Ursachen der »Nicht-Nachhaltigkeit«⁶⁴ schärft, hilft Vergesellschaftung, einen rein »ökologischen Bias zu überwinden«⁶⁵ und sozialökologische Kämpfe neu zusammenzudenken. Statt die gegenwärtigen Eigentums- und Produktionsverhältnisse als naturgegebene Ordnung zu begreifen, zielt sie darauf ab, Ökonomie für eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft aktiv gestaltbar zu machen. Dieser Gestaltungsanspruch setzt sich aber nicht von allein durch. Er muss von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aktiv eingefordert werden.

Mit erfolgreichem Community-Organizing und detailliert ausgearbeiteten Vorschlägen hat DWE Vergesellschaftung für den kommunalen Wohnsektor vorstellbar und mehrheitsfähig gemacht. Dabei ist es gelungen, Menschen über verschiedenste soziale Milieus hinweg zu mobilisieren. DWEs Engagement hat entschieden dazu beigetragen, Vergesellschaftung zurück auf die Agenda zu holen – und so die Diskussion über das verfassungsgemäß Machbare und Notwendige wiederzubeleben. Vom wegweisenden Urteil zum Artikel 15 kann am Ende die gesamte Bewegung profitieren. Für Akteur*innen innerhalb der Umweltbewegung muss das Inspiration und Auftrag zugleich sein: Nur wenn es gelingt, die Forderung nach Vergesellschaftung für verschiedene Sektoren möglichst konkret zu machen, wird Vergesellschaftung

als politische Alternative durchsetzbar. Und nur wenn gesellschaftliche Verfügungsmacht über zentrale Lebensbereiche zurückgewonnen wird, kann ein »gutes Leben für alle«⁶⁶ Realität werden.

Anmerkungen

- 1 Nuss, Sabine (2019): Keine Enteignung ist auch keine Lösung, Dietz, S. 9.
- 2 Vgl. z. B. Solms, Hermann Otto (2019): Ein Appell für das Eigentum, in: Handelsblatt, 15.04.2019.
- 3 FÖS / Öko-Institut (Hrsg.) (2021): Verteilungswirkungen eines fortschreitenden Klimawandels. Forschungsbericht 582. Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Berlin/Freiburg.
- 4 Malm, Andreas (2016): Fossil Capital. The Rise of Steam Power and the Roots of Global Warming, Verso.
- 5 Fraser, Nancy (2023): Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt, Suhrkamp Verlag.
- 6 Colliot-Thélène, Catherine (2016): Demokratie, Eigentum und soziale Rechte, in: Leviathan, 44 (2), S. 328–342.
- 7 Dörre, Klaus / Liebig, Steffen / Lucht, Kim / Sittel, Johanna (2023): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie, in: Berliner Journal für Soziologie.
- 8 IPCC (2023): Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change.
- 9 So gibt es in zahlreichen Genoss*innenschaften sowie in den Wohnungen der Stadt Zürich eine Mindestbelegungsquote. Ausnahme- und Umzugsregeln federn die Regelung sozial ab.
- 10 Rockström, Johan / Will, Steffen et al. (2009): A safe operating space for humanity, in: Nature, 461, S. 472–475.
- 11 Hajer, Maarten A. (1997): The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process, Oxford University Press.
- 12 Für eine Kritik an technologischen Scheinlösungen wie Kohlenstoffspeicherung (Carbon Capture and Storage, CCS). Vgl. z. B. BUND (o. J.): Klimaschutz statt CO₂-Endlager! [<https://www.bund.net/klimawandel/ccs/>].

- 13 Bemann, Martin / Metzger, Birgit / Detten, Roderich von (Hrsg.) (2014): Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften, Campus Verlag.
- 14 Petersen, Julia / Maier, Moritz: Vergesellschaftung als Rekommunalisierung, in: Zeitschrift für Immobilienrecht 2019, S. 739.
- 15 Für eine umfassende Kritik. Vgl. Ötsch, Walter Otto (2019): Mythos Markt. Mythos Neoklassik. Das Elend des Marktfundamentalismus, Metropolis.
- 16 Vgl. z. B. BDI (Hrsg.) (2007). Daseinsvorsorge: Nutznießer Staat? Für einen fairen Wettbewerb zwischen Staat und Privatwirtschaft und mehr Investitionen, höhere Effizienz und Gebührenoptimierung, Berlin.
- 17 Communia (2021): Jenseits von Markt und Staat [<https://communia.de/jenseits-von-markt-und-staat/>].
- 18 EnBW befindet sich seit über zehn Jahren nahezu vollständig in staatlicher und kommunaler Hand. Sie unterhält in Baden-Württemberg zahlreiche Kohlekraftwerke und plant aktuell den Einsatz neuer Gaskraftwerke.
- 19 Wieland, Joachim (2013): Art. 15 Rn. 19, in: Dreier, Horst (Hrsg.): Grundgesetz. Kommentar, Band I Art. 1–19, 3. Aufl., Mohr Siebeck, S. 1–32.
- 20 Anwendbar ist Artikel 15 GG nach konservativer Rechtsauffassung ohnehin nur dann, wenn der Markt versagt, wenn also die wettbewerbsförmige Organisation nicht mehr zu den gewünschten Ergebnissen führt. Auch die Externalisierung von Umweltkosten stellt ein solches Marktversagen dar.
- 21 Der CO₂-Preis wirkt als Abgabe regressiv. Das heißt, dass er einkommensschwächere Haushalte, die einen größeren Anteil des Haushaltseinkommens für Grundversorgung ausgeben, proportional stärker belastet. FFF schlägt vor, dieses Defizit über ein sozial gerechtes Klimageld zu kompensieren.
- 22 Auch der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderung der Bundesregierung (WGBU) bezeichnete politische Partizipation 2011 als eine von drei zentralen Säulen eines »zukunftsfähigen Gesellschaftsvertrags«. Vgl. WGBU (Hrsg.) (2011): Welt im Wandel Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin.
- 23 So wurde zum Beispiel Mitte der 1980er-Jahre diskutiert, Umwelt- und andere öffentliche Interessen über die Einrichtung einer »dritten Bank« im Aufsichtsrat institutionell in Unternehmensscheidungen zu integrieren.
- 24 Rucht, Dieter (2023): Die fünf Probleme mit einem Klimagesellschaftsrat, in: ZEIT, 07.05.2023.
- 25 Wright, Erik Olin (2010): Envisioning Real Utopias, Verso.
- 26 Raworth, Kate (2012): A Safe and Just Space for Humanity, Random House.

- 27 Brand, Ulrich / Muraca, Barbara et al. (2021): From Planetary to Societal Boundaries: An Argument for Collectively Defined Self-Limitation. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 17 (1), S. 265–292.
- 28 Durand, Cédric / Hofferberth, Elena / Schmelzer, Matthias (2024): Planning beyond growth: The case for economic democracy within ecological limits, in: *Journal of Cleaner Production*, 437, 140351.
- 29 Hammond, Marit (2020): Democratic deliberation for sustainability transformations: between constructiveness and disruption, in: *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 16 (1), S. 220–230.
- 30 Ein Beispiel ist die überwiegend androzentrische Infrastruktur- und Mobilitätsplanung, die die Mobilitätsbedürfnisse von Flinta*-Personen und anderen gesellschaftlichen Gruppen weitestgehend vernachlässigt. Klaas, Katharina (2021): Mobilität von Frauen für Frauen: Warum eine ökologische Verkehrswende auch feministisch sein muss [<https://www.vcd.org/artikel/feministischeverkehrspolitik/>].
- 31 Wissen, Markus (2019): Der sozialökologische Umbau als Demokratiefrage. Dilemmata und Chancen einer gewerkschaftlichen Transformationspolitik, in: *Prokla*, 49 (3), S. 479.
- 32 Janz, Vincent / Warning, Lukas / Wilken, Max (2021). Die Autoindustrie demokratisieren? [<https://www.exploring-economics.org/de/entdecken/die-autoindustrie-demokratisieren/>].
- 33 Atmaca, Delal (2014): Genossenschaften in Zeiten raschen Wandels – Chancen einer nachhaltigen Organisationsform, in: Schröder, Carolin / Walk, Heike (Hrsg.): *Genossenschaften und Klimaschutz Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte*, Springer VS, S. 49–72.
- 34 Knierim, Bernhard (2022): Öffentliche Unternehmen als Einstiege für eine Konversion der Mobilitätsindustrien und gute Arbeit, Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- 35 Klein, Dieter / Brie, Michael (Hrsg.) (2007): Elementare Fragen neu bedenken. Kapitalismus, Sozialismus, Eigentum und Wege der Veränderung, in: *Standpunkte 2/2007 der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, S. 6.
- 36 Mono, René / Bandt, Olaf (2020): Klimaschutz als sozialökologisches, gemeinwirtschaftliches Projekt. Wikipedia und die Bürgerenergie, in: Schneider, Ulrich (Hrsg.): *Für alle, nicht die Wenigen. Warum wir unsere Zukunft nicht den Märkten überlassen dürfen*, Westend, S. 125–140.
- 37 Swyngedouw, Erik (2011): Depoliticized Environments: The End of Nature, Climate Change and the Post-Political Condition, in: *Royal Institute of Philosophy Supplement*, 69, S. 253–274.

- 38 Dezentrale Bürger*innenenergie gilt hierfür als Paradebeispiel. Durch Möglichkeiten zur finanziellen Beteiligung ist es gelungen, die Akzeptanz für Windkraft in den Kommunen deutlich zu steigern. Auch in Energieeffizienz wird in Energiegenoss*innenschaften überdurchschnittlich viel investiert, vgl. Agentur für Erneuerbare Energien e. V. (Hrsg.): Die Energiewende in Kommunen. Zusammenhänge von regionaler Wertschöpfung, lokaler Akzeptanz und finanzieller Beteiligung, in: RENEWS Spezial, 92.
- 39 Nussbaum, Sabine (2019): Keine Enteignung ist auch keine Lösung, Dietz, S. 108.
- 40 Während die Ausgaben für die Erfüllung von Grundbedürfnissen steigen, ist das verfügbare Haushalteinkommen für soziale Teilhabe zuletzt weiter gesunken. Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hrsg.) (2023): Der Paritätische Armutsbericht 2022. Zwischen Pandemie und Inflation, 2. aktualisierte Auflage.
- 41 Von einem Gewährleistungsstaat wird gesprochen, wenn ein Staat sich in seiner Aufgabenwahrnehmung auf staatliche Kernaufgaben beschränkt und die Leistungserbringung privaten Akteur*innen überlässt.
- 42 Vgl. z. B. SOVD (Hrsg.) (2024): Sozialpolitisches Programm, Berlin, S. 29.
- 43 BUND / Paritätischer Wohlfahrtsverband: Eine Zukunftsagenda für die Vielen [https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/Broschuere_Zukunftsagenda_BUND-PARITAET_web.pdf], S. 10.
- 44 Siehe die Debatten um »Universal Basic Services«, »Fundamentalökonomie«: BUNDjugend / communia (Hrsg.) (2023): Öffentlicher Luxus, Dietz; Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik, Suhrkamp; Gough, Ian (2019): Universal Basic Services: a theoretical and moral framework, London School of Economics and Political Science.
- 45 Rekommunalisierung kann – sofern sie in eine gemeinwohlorientierte und demokratische Unternehmensform mündet – beinahe als Form der Vergesellschaftung verstanden werden. Sie geschieht allerdings auf einem anderen rechtlichen Weg, bei dem Kommunen als Marktteilnehmende auftreten. Der Rückkauf erfolgt dann in der Regel zum aktuellen Marktwert. Zwar wird auch bei einer Vergesellschaftung nach Artikel 15 GG eine »angemessene Entschädigung« fällig, wie genau sich diese bemisst, ist aber mit dem Verweis auf eine »[gerechte] Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten« nicht weiter definiert. Ein möglicher Kompromiss zwischen öffentlichen und Privatinteressen könnte deutlich unter dem aktuellen Marktwert liegen und sozialökologische Folgekosten von vornherein miteinbeziehen. Siehe z. B. Becker, Maximilian (2020): Vergesellschaften wir den Energiesektor [<https://jacobin.de/artikel/vergesellschaften-wir-den-energiesektor-energiepreise-gasumlage-uniper-habeck-klima-krise-maximilian-becker>].

- 46 Berliner Wassertisch [<https://berliner-wassertisch.net/>] / Unser Hamburg – Unser Netz [<https://unser-netz-hamburg.de/index.html>].
- 47 Fraunhofer UMSICHT (Hrsg.) (2020). Abschlussbericht des Forschungsvorhabens TrafoSW. Transformation von Stadtwerken als wichtige Säule der Energiewende, Oberhausen.
- 48 Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. 20. Legislaturperiode (2021–2025), S. 39.
- 49 Vgl. z. B. Bündnis Bahn für Alle [<https://bahn-fuer-alle.de/>]. Waßmuth, Carl (2022): Die Bahn in Deutschland: Trennung von Netz und Betrieb zu Lasten von Klima, Fahrgästen und Beschäftigten? Kurzstudie im Auftrag des Bündnisses »Bahn für Alle«.
- 51 Dunkelberg, Elisa; Weiß, Julika (2023): Die Rolle von Kommunen in der Entwicklung und Umsetzung von Quartiersprojekten. Working Paper. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) / RWTH Aachen.
- 52 Hickel, Jason / Kallis, Giorgos (2020): Is Green Growth Possible?, in: *New Political economy*, 25 (4), S. 469–486.
- 53 Ein Beispiel ist die Chemieindustrie, die zur Produktion von umweltschädlichen Substanzen und Plastikverpackungen enorme Mengen knapper werdender Rohstoffe und Stoffe verschlingt. BUND (Hrsg.) (2023): Blackbox Chemieindustrie [<https://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/blackbox-chemieindustrie/>].
- 54 Wissen, Markus (2022): Planen gegen die Klimakrise [<https://www.postwachstum.de/planen-gegen-die-klimakrise-vergesellschaftung-rueckbau-und-demokratische-konversion-20221031>].
- 55 IG Metall (2020): #FAIRWANDEL jetzt! [www.igmetall.de/tarif/tarifrunden/metall-und-elektro/fairwandel-jetzt-argumentezur-tarifrunde].
- 56 Candeias, Mario (2022): Das braucht unglaublich viel Arbeitskraft! Beschäftigungspotenzial alternativer Produktion als Basis der Mobilitätswende, in: Candeias, Mario / Krull, Stephan. *Spurwechsel. Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 385–402.
- 57 Bereits 1992 haben IG Metall und Deutscher Naturschutzring eine alleinige Fokussierung auf E-Mobilität als ökologischen und beschäftigungspolitischen Irrweg infrage gestellt. IGM/DNR (Hrsg.) (1992): *Auto, Umwelt, Verkehr: Umsteuern, bevor es zu spät ist*, Bund-Verlag.
- 58 UBA (Hrsg.): Emissionen im Verkehr [<https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/emissionen-des-verkehrs#verkehr-belastet-luft-und-klima-minderungsziele-der-bundesregierung>].

- 59 BÜchling, Carsten / Liebig, Steffen / Dörre, Klaus / Lucht, Kim (2023). Innovation durch Mitbestimmung – auch in der Transformation?, in: Sozialismus.de, 9/2023, S. 52.
- 60 Candeias, Mario (2011). Konversion – Einstieg in eine öko-sozialistische Reproduktionsökonomie, in: Candeias, Mario / Rilling, Rainer / Röttger, Bernd / Thimmel, Stefan (Hrsg.): Globale Ökonomie des Autos. Mobilität. Arbeit. Konversion, VSA, S. 253–272, 262.
- 61 Die Satzung der IGM (Art. 2) sieht seit 1949 eine Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeingut vor.
- 62 Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) (2023): Erwartungen von Beschäftigten an die sozial-ökologische Transformation. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu Klimawandel und Arbeitswelt, Berlin.
- 63 BUND/IG Metall (2021): Energie- und Mobilitätswende. Die kommende Bundesregierung muss zügig handeln! [https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/bundestagswahl/bund_forderungspapier_energie_mobilitaetswende_igmetall_bundestagswahl.pdf].
- 64 Blühdorn, Ingolfur / Butzlaff, Felix / Deflorian, Michael / Hausknost, Daniel / Mock, Mirijam (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet, Transcript.
- 65 Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2012): Green Economy oder Great Transformation? Konflikte über die Gestaltung des sozial-ökologischen Fortschritts, in: WISO 25(3), S. 20–32, 27.
- 66 I.L.A. Kollektiv (2019): Das Gute Leben für Alle. Wege in die solidarische Lebensweise, oekom.

Vergesellschaftung und Energie

Vergesellschaftung im Energiesektor als notwendiges sozialökologisches Transformationsprojekt¹

Maximilian Becker

Abstract

Die Energiepreiskrise des Jahres 2022, die horrenden Gewinne der Energiekonzerne der letzten Jahrzehnte sowie die immer stärker werdende Dringlichkeit einer Reaktion auf die Klimakatastrophe haben das Thema Vergesellschaftung im Energiesektor auf die Agenda geholt. Klar ist, um die ökonomisch-ökologische Zangenkrise² zu überwinden, muss auch unsere Energieversorgung neu gedacht werden, insbesondere bei uns im Globalen Norden. Wir können uns weder Millionen Menschen in Energiearmut noch die Verbrennung fossiler Energieträger länger leisten, wenn der gesellschaftliche Wandel hin zu Klimagerechtigkeit noch gelingen soll. Stattdessen braucht es eine demokratische Organisation der Energieversorgung, die das Wohl der Menschen und der Natur in den Mittelpunkt stellt anstatt die Profite von Konzernen.

Nach jahrzehntelangem neoliberalen Umbau der Energieversorgung sowie aufgrund stark verflochtener Strukturen zwischen Politik und Konzernen stellt dies jedoch eine enorme Aufgabe dar, die breite gesellschaftliche Allianzen erforderlich macht. Darüber hinaus sind ein grundlegendes Verständnis, wie unser Energiesektor funktioniert, und die Identifikation möglicher zu politi-

sierender Schwachpunkte erforderlich. Daran soll sich der vorliegende Beitrag beteiligen, indem er die derzeitigen Strukturen des Energiesektors beleuchtet und daraus Ansätze für die noch weiter zu entwickelnde Vergesellschaftungsdebatte liefert.

Der marktförmige Energiesektor und die Perspektive der Vergesellschaftung

Der Aufbau und die Funktionsweise des Energiesektors sind komplex und können hier nur schematisch dargestellt werden. Klar ist jedoch: Der Sektor ist geprägt von jahrzehntelangen neoliberalen Einflüssen und tief verankerten Verwertungslogiken. Vielmehr als Teil einer öffentlichen Daseinsvorsorge ist der Energiesektor für zahlreiche Akteur*innen ein lukratives Geschäftsmodell, wie an späterer Stelle noch ausgeführt wird. Es gibt verschiedene Zugänge, den Aufbau des Energiesektors zu erklären. Nachfolgend geschieht dies anhand von vier Stufen der (Mehr-)Wertschöpfung. Damit wird gezeigt, welche grundlegenden Schritte in der Energieproduktion bestehen und wie diese funktionieren.

Die Gewinnung der Energie

Die erste Stufe der (Mehr-)Wertschöpfung ist die Gewinnung der Energieträger. Diese erfolgt bei den fossilen Energien über Tagebaue, Bohrseln oder andere Förderanlagen. Die meisten der in Deutschland verbrauchten fossilen Energieträger werden nicht hierzulande gefördert, sondern kommen aus anderen Teilen der Erde, wo sie oft unter sozial und ökologisch destruktiven Bedingungen extrahiert werden. Insbesondere bei Steinkohle, Mineralöl und Erdgas ist Deutschland nahezu vollständig von den Importen aus anderen Ländern abhängig.³ Die Gewinnung fossiler Energieträger geht dabei häufig mit Umweltzerstörung und Vertreibung der indigenen Bevölkerung einher.⁴ Die Nutzung fossiler Rohstoffe ist daher nicht nur unter ökologischen Aspekten problematisch, sondern ebenso unter neokolonialen. Während der »Klimaweltmeister« Deutschland offiziell aus der Steinkohle

ausgestiegen ist, wird die dreckige Steinkohle für das Kraftwerk Datteln 4 aus Kolumbien importiert. Denken wir Vergesellschaftung im Energiesektor zunächst über einen nationalen Rahmen heraus, ist diese aufgrund der weitgehenden Importabhängigkeit Deutschlands bei fossilen Rohstoffen kaum möglich.

Die Gewinnung erneuerbarer Energien hingegen ist anders organisiert und findet dezentraler über Solar- oder Windkraftanlagen statt. Die Produktionsstrukturen sind hier kleinteiliger als bei den fossilen Energien. Im Rahmen der Energiewende – also des Übergangs von fossilen zu erneuerbaren Energien – eröffnen sich Chancen, die Energieproduktion zukünftig stärker unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Denn die Energiewende ist nichts weniger als eine vollständige Neuorganisation unserer Energieversorgung, und dabei geht es um nicht weniger als die Frage, wer unsere Energie in Zukunft mit welchem Interesse produzieren soll.

Mittlerweile haben die fossilen Konzerne das Feld der Erneuerbaren jedoch auch für sich entdeckt und drängen massiv auf diesen Markt. Ebenso werden erneuerbare Energien für branchenfremde Konzerne zunehmend attraktiv: Der Versicherungs- und Finanzdienstleistungskonzern Signal Iduna beispielsweise baut im Süden Leipzigs auf einer ehemaligen Tagebaufläche den größten Solarpark Europas.⁵

Die Ausgestaltung der Eigentumsordnung bei der Energieproduktion wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ein zentrales Kampffeld sein, auf dem zwischen Gemeinwohl und privaten Profiten entschieden wird. Es geht bei den erneuerbaren Energien zum einen darum, bestehende Strukturen zu vergesellschaften und zum anderen neu entstehende Anlagen zur Energiegewinnung von vornherein einer Marktlogik zu entziehen und stattdessen zum Wohle der Gesamtbevölkerung zu betreiben.

Der Handel mit Energie

Die zweite Stufe der (Mehr-)Wertschöpfung im Energiesektor ist der Handel mit Energie. Strom wird über ein bestimmtes Marktdesign (das sogenannte Merit-Order-Prinzip) warenförmig an Börsen gehandelt und ist somit dem

freien Spiel der Märkte ausgesetzt.⁶ Oftmals bestimmen also Spekulationen die Preise. In erster Linie braucht es hier ordnungsrechtliche Maßnahmen in Form von Gesetzen, um diese Spekulationen einzudämmen. Langfristig muss es das Ziel sein, das Strommarktdesign und die Preisbildung am Strommarkt so umzubauen, dass das Wohl der Gesellschaft und die ökologische Dimension im Mittelpunkt stehen. Preiskontrollen und Preisdeckel könnten in diesem Sinne Lösungen sein. Auch radikalere Ideen sollten berücksichtigt werden: So wäre es beispielsweise möglich, den gesamten Stromhandel nicht mehr privatwirtschaftlich organisiert über Börsen abzuwickeln, sondern unter Kontrolle einer zentralen politischen Instanz auf europäischer Ebene. Der Handel würde dann nicht mehr über Börsen zwischen Anbietenden und Nachfragenden laufen, sondern vielmehr würden die Anbietenden ihre Angebotsmenge an die Behörde melden, und diese würde dann entsprechend an diejenigen verteilen, die Strom nachfragen. Darüber hinausgehender privater Handel mit Strom könnte in der Folge verboten werden. Die europäische Stromhandelsbehörde hätte die Möglichkeit, die Preise weitgehend stabil zu halten – auf einem Level, das politisch bestimmt und sowohl für die Menschen als auch für die Unternehmen tragbar ist.

Die Preissetzung einer solchen Behörde könnte angelehnt sein an die sogenannten leicht-schwer Prinzipien der Preisregulierung, die in der chinesischen Wirtschaftsgeschichte bereits verschiedentlich angewandt wurden.⁷ In Zeiten hoher Produktion und niedriger Nachfrage, in denen die Energiebehörde den Strom zu niedrigen Preisen ankaufen kann, sollte sie die Verkaufspreise dennoch stabil halten und nicht absenken. Die Differenz zwischen niedrigen Einkaufs- und höheren Verkaufspreisen könnte als Reserve zurückgelegt werden. In Zeiten hoher Nachfrage und niedrigen Angebots, wenn die Preise für Strom steigen würden, könnte die Behörde die Verkaufspreise dann weiterhin stabil halten. Sie würde den Anbietenden die höheren Preise zahlen und ihre Reserven einsetzen, um den Preis für die Nachfragenden zu drücken und damit konstant zu halten. Durch diese antizyklische Preispolitik einer öffentlichen Handelsbehörde könnten sowohl die Spekulation mit Strom bekämpft werden als auch für die Bevölkerung und die Unternehmen dauerhaft bezahlbare Energiepreise garantiert werden.

Der Handel im Bereich der Wärmeversorgung funktioniert anders: Die fossile Wärmeversorgung wird zumeist über langfristige Lieferverträge abgewickelt. Unternehmen schließen mit Gas- und Öllieferanten Verträge ab, in denen die zu liefernden Mengen weitgehend feststehen, die Preise aber oft flexibel sind und in der Zukunft anhand von Börsenkursen bestimmt werden. Auch dieses Modell ist anfällig für Spekulationen, wie insbesondere bei der Krise des Gaslieferanten Uniper deutlich wurde.⁸ Im Zuge der Energiewende wird die Wärmeversorgung der Zukunft jedoch grundlegend anders organisiert sein. Die flächendeckende Versorgung mit Wärme über Wasserstoff wird ein neoliberaler Traum bleiben. Wasserstoff wird immer ein Nischenprodukt bleiben, da seine Produktion schlicht zu energieintensiv ist.⁹ Eine Wärmeversorgung, die anstatt auf fossile Heizungen hauptsächlich auf Wärmepumpen und erneuerbare Fernwärme setzt, verringert die Abhängigkeit von internationalen Handelsbeziehungen sowie kurzfristigen Preisschwankungen an der Börse und bietet somit einen Einstieg in eine gemeinwohlorientiertere Wärmeversorgung. Genau aus diesem Grund waren und sind die Kämpfe der fossilen Lobby und ihrer parlamentarischen Arme in Gestalt von CDU und FDP gegen das Gebäudeenergiegesetz so erbittert.¹⁰

Strom- und Gasnetze

Der Transport von Gas und Strom ist die dritte Stufe der (Mehr-)Wertschöpfung im Energiesektor und erfolgt über Netze. Beim Strom sorgen die Übertragungsnetze für eine überregionale Verteilung. Über die Verteilnetze wird sichergestellt, dass der Strom zu den Verbrauchenden gelangt. Bei der Gasversorgung wird zwischen Fernleitungs- und Verteilnetzen unterschieden. Große Teile der Netze sind im Eigentum privater Konzerne, insbesondere die Übertragungsnetze für Strom und die Fernleitungsnetze für Gas. Der Betrieb von Netzen ist ein gutes Geschäft, mit dem sich über die Netzentgelte viel Geld verdienen lässt.

Die Netzbetreiber können diese Entgelte jedoch nicht frei bestimmen, da die Bundesnetzagentur sogenannte Erlösobergrenzen vorgibt. Der Staat setzt den Rahmen, wie viel Gewinn die Unternehmen mit dem Betrieb von Netzen machen dürfen. Erst kürzlich stellte die Bundesnetzagentur eine Erhö-

hung der erlaubten Eigenkapitalverzinsung für Neuanlagen von knapp fünf Prozent pro Jahr auf mehr als sieben Prozent in Aussicht.¹¹ Was unglaublich klingt, ist auf den liberalisierten Energiemärkten Realität: Der Staat gibt privaten Netzbetreibenden die Erlaubnis, durch den Betrieb kritischer Infrastruktur Gewinne weit über dem aktuell marktüblichen Zinssatz einzufahren. Bezahlt wird dieses Versprechen von der Bevölkerung. Für die Konzerne ist dies überaus attraktiv: Der Übertragungsnetzbetreiber Ampiron hat in den Jahren 2013 bis 2022 einen Gewinn von circa 2,6 Milliarden Euro gemacht.¹² Ein anderer großer Netzbetreiber, 50Hertz, wies im Jahr 2020 einen Gewinn von 193 Millionen Euro aus.¹³ Dies zeigt: Der private Betrieb von Strom- und Gasnetzen lässt sich als eine dauerhafte, staatlich organisierte Umverteilung von unten nach oben verstehen.

Doch damit nicht genug: Auch unter ökologischen Gesichtspunkten ist die derzeitige Organisationsform unserer Netze schädlich und bedarf grundlegender Veränderungen. Der Ausbau des Gasnetzes geschieht nicht etwa auf Anweisung der Bundesnetzagentur, sondern auf Grundlage des sogenannten Netzentwicklungsplans Gas. Dieser wird von den Gasnetzbetreibenden auf Grundlage von verschiedenen Szenarien aufgestellt. Die Bundesnetzagentur prüft und genehmigt diesen Netzentwicklungsplan dann nur noch. Studien zeigen, dass die Gasnetzbetreibenden den zukünftigen Bedarf an fossilem Gas systematisch überschätzen, um das Gasnetz weiter ausbauen zu dürfen und mehr Netzentgelte zu kassieren.¹⁴ Darüber hinaus gibt es im Netzentwicklungsplan Gas keine gesetzlichen Vorgaben zur Berücksichtigung von Klimaschutzziele. So planen die Gasnetzbetreibenden bis 2030 den Zubau von Erdgasleitungen im Wert von acht Milliarden Euro, obwohl klar ist: Um die Klimaziele zu erreichen, darf keine fossile Infrastruktur zugebaut werden.¹⁵

Die Schlussfolgerungen in Richtung Vergesellschaftung liegen deutlich auf der Hand: Der private Betrieb von Strom- und Gasnetzen bürdet Millionen Menschen zusätzliche Milliardenkosten auf, während nur einige wenige Konzerne profitieren. Dieses klima- und sozialpolitische Desaster ist nicht länger hinnehmbar. Strom und Gasnetze müssen vergesellschaftet werden.

Die Energieversorgung

Die vierte hier betrachtete (Mehr-)Wertschöpfungsstufe im Energiesektor ist die Versorgung der Kund*innen mit Energie. Diese Wertschöpfungsstufe ist diejenige, mit der wir im Alltag am ehesten in Berührung kommen, sei es durch unsere Stromanbieter oder unsere Wärmeversorgung. Auch die Energieversorgung ist größtenteils privat organisiert und in den Händen weniger Konzerne. So hatten die großen Stromversorger RWE, E.ON, Vattenfall, EnBW und die LEAG im Jahr 2020 auf dem Strommarkt einen Marktanteil von knapp 70 Prozent.¹⁶ Der Gasmarkt ist diversifizierter – dennoch besitzen RWE, E.ON, Vattenfalls und EnBW hier einen Marktanteil von circa 25 Prozent.¹⁷ Für die Konzerne ist die Versorgung mit Strom und Wärme ein einträgliches Geschäft: Der größte Energiekonzern RWE verbuchte allein im ersten Quartal des Jahres 2023 einen Gewinn von 1,7 Milliarden Euro.¹⁸ Auch auf dieser Stufe der (Mehr-)Wertschöpfung im Energiesektor zeigt sich also: Die Versorgung mit Energie darf nicht länger in den Händen einiger weniger Konzerne liegen. Auf Kosten von Klima und Menschen verdienen sie Milliarden.

Insbesondere bei den Stromversorgern gab es in den letzten Jahrzehnten immerhin bereits massive Strukturveränderungen. Hatten die vier großen Stromversorger RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW im Jahr 2007 noch einen Marktanteil von etwa 90 Prozent, betrug er im Jahr 2020, wie bereits erläutert, wenigstens nur noch knapp 70 Prozent. Uwe Witt, Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Energiepolitik, äußert sich entsprechend kritisch gegenüber Vergesellschaftung im Energiesektor, da die Energiewende seiner Einschätzung nach bereits dazu beitrage, dass die großen Konzerne ihre Marktmacht einbüßen. Eine Vergesellschaftung würde dadurch überflüssig werden, vielmehr sollte passendes Ordnungsrecht die Energiewende besser lenken.¹⁹

Werden nur die Marktanteile der Konzerne betrachtet, erscheint diese Argumentation schlüssig. Jedoch ignoriert sie grundlegende Mechanismen der kapitalistischen Verwertungslogik: Das Kapital sucht sich stets den Weg des größten Profits. Für die großen Konzerne war über lange Zeit und ist bis heute weiterhin die Verbrennung fossiler Energieträger das lukrativste Geschäft. Hinzu kommt, dass die parlamentarischen Arme der fossilen Indus-

trie den notwendigen Ausstieg aus Kohle, Gas und Öl seit Jahren verschleppen und die Klimaziele dadurch unerreichbar machen. Die Folge: Trotz sinkender Stromnachfrage in Deutschland und sinkendem Marktanteil für die großen Konzerne konnten diese durch massiv steigende Strompreise ihre Gewinne aus der Verbrennung fossiler Energieträger stabil halten und teilweise sogar ausbauen.

Jedoch zeichnet sich mittlerweile eine neue Doppelstrategie der Konzerne ab: Sie versuchen vehement, die Verbrennung fossiler Energieträger so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, um noch möglichst lange fossile Profite generieren zu können. Ob Zubau fossiler Gasinfrastruktur oder Deals, kurzfristig mehr dreckige Braunkohle verbrennen zu dürfen, das Ziel ist stets dasselbe: maximale Gewinne aus fossilen Energien erzielen. Der andere Teil der Doppelstrategie besteht darin, zunehmend auf die Märkte für erneuerbare Energien zu drängen. Denn mittlerweile lassen sich auch mit erneuerbaren Energien Milliardenprofite machen. Der Energieriese RWE plant beispielsweise in den kommenden Jahren, 50 Milliarden Euro in den Ausbau erneuerbarer Energien zu stecken, die Firma LEAG will ehemalige Tagebaue mit Solaranlagen zubauen.²⁰ Die Konzerne haben also erkannt, dass ihr fossiles Geschäftsmodell endlich ist, und beginnen nun, den Markt für erneuerbare Energien zu erobern. Hier werden sie in den kommenden Jahren ebenso unerbittlich um Marktanteile kämpfen. Die Zeit der Energieriesen ist demnach nicht vorbei. Vielmehr laufen neben den Kämpfen um den Ausstieg aus den fossilen Energien längst Verteilungskämpfe bei den Erneuerbaren.

Den Energiesektor neu organisieren!

Die These, dass die Energiewende automatisch den Niedergang der großen Energiekonzerne besiegeln und damit die Forderung nach Vergesellschaftung obsolet machen würde, lässt sich also nicht belegen. Vielmehr braucht es angesichts der sich weiter verschärfenden Klima- und Vielfachkrise eine Doppelstrategie: Der Kampf gegen die Verbrennung fossiler Energieträger muss entschlossen weitergeführt werden. Daher ist jetzt gesellschaftli-

che Kontrolle über unsere Energieversorgung notwendig, damit die Energiewende nicht weiterhin im Interesse der Konzerne verschleppt, sondern zum Wohle von Mensch und Natur beschleunigt wird. Zudem muss in den Kampf um die Energieversorgung der Zukunft eingestiegen werden. Damit die Zukunft besser werden kann und nicht weiter Großkonzerne Milliarden an unserer Energieversorgung verdienen, braucht es schnellstmöglich einen grundlegenden Wechsel der Eigentumsordnung im Energiesektor. Und zwar auf allen vier oben skizzierten Wertschöpfungsstufen: in der Energieproduktion, beim Energiehandel, in der Energiedistribution und bei der Versorgung der Kund*innen.

Dazu bleibt eine Reihe offener Fragen, die in der zukünftigen Debatte zu diskutieren sind. Unter anderem bleibt auszubuchstabieren, was genau mit dem Begriff der Vergesellschaftung gemeint ist und wie eine vergesellschaftete Energieversorgung demokratisch und gemeinwohlorientiert organisiert werden kann. Zudem muss in der weiteren Debatte nach gesellschaftlichen Allianzen, rechtlichen Rahmenbedingungen und der politischen Durchsetzungsperspektive gefragt werden. Daraus folgend, braucht es konkrete Kampagnenideen, damit die Utopie der Vergesellschaftung zu einem mehrheitsfähigen Projekt wird. Dieser Diskurs steht erst an seinem Beginn. Im Sinne der Menschen und des Klimas ist es jedoch notwendig, ihn weiterzuführen.

Anmerkungen

- 1 Teile des nachfolgenden Textes erschienen bereits im August 2023 in der Zeitschrift *Oxi*. Die Zweitverwertung erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Redaktion. Der Text wurde grundlegend überarbeitet. Insbesondere wurden die konstruktiven Anmerkungen in die ursprüngliche Version eingearbeitet.
- 2 Der Begriff »ökonomisch-ökologische Zangenkrise« wurde von Klaus Dörre geprägt. Er besagt, dass zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems permanentes Wirtschaftswachstum erforderlich ist. Dieses ist jedoch spätestens seit der Finanzmarktkrise ab 2008 unter Druck geraten. Dies ist die eine Seite der Zange. Die andere Seite ist die ökologische Krise, die sich unter anderem durch den Klimawandel oder das Artensterben zeigt. Einzigartig in ihrer Gestalt ist die ökonomisch-ökologische

Zangenkrise, weil sich die beiden Krisentendenzen gegenseitig verstärken: Dauerhaftes Wirtschaftswachstum kann nur mittels einer immer tiefer gehenden ökologischen Zerstörung gewährleistet werden (Dörre, Klaus: Die Utopie des Sozialismus. Matthes & Seitz Berlin, 2021, S. 59–63).

- 3 Umweltbundesamt (2022): Primärenergiegewinnung und -importe [<https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/primaerenergiegewinnung-importe/>].
- 4 Stopp Datteln 4: Herkunft der Blutkohle [<https://stoppdatteln4.de/kohle/>].
- 5 Solarserver (2022): Größter Photovoltaik-Solarpark Europas südlich von Leipzig geplant [<https://www.solarserver.de/2022/06/13/groesster-photovoltaik-solarpark-europas-suedlich-von-leipzig-geplant/>].
- 6 Deutscher Bundestag (2022): Merit-Order-Prinzip am Strommarkt [<https://www.bundestag.de/resource/blob/918822/abb4747668630cbe6d457512d42265c4/WD-5-121-22-pdf-data.pdf>].
- 7 Ausführlich dazu Isabella M. Weber: Das Gespenst der Inflation. Wie China der Schocktherapie entkam. Suhrkamp 2023, S. 37–68.
- 8 Becker, Maximilian (2023): Energie. Die Netze denen, die sie nutzen [<https://www.freitag.de/autoren/maximilian-becker/energie-die-netze-denen-die-sie-nutzen/>].
- 9 Becker, Maximilian; Beutin, Lorenz Gösta (2023): Von Heizdiktaten, Markthörigkeit und linken Alternativen [<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1173575.waermewende-von-heizdiktaten-markthoerigkeit-und-linken-alternativen.html>].
- 10 Ebd.
- 11 Merkur (2023): Renditeplus soll für mehr Investitionen sorgen [<https://www.merkur.de/wirtschaft/renditeplus-soll-fuer-mehr-netz-investitionen-sorgen-zr-92328524.html>].
- 12 Statista (2023): Ergebnis vor Steuern der Amprion GmbH in den Jahren 2013 bis 2022 [<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1279730/umfrage/betriebsergebnis-von-amprion/>].
- 13 Finanznachrichten.de (2021): Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz steigert 2020 Gewinn [<https://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2021-03/52207555-uebertragungsnetzbetreiber-50hertz-steigert-2020-gewinn-015.htm>].
- 14 Ahmels, Peter et al. (2021): Am Klimaschutz vorbei geplant – Klimawirkung, Bedarf und Infrastruktur von Erdgas in Deutschland [https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energiewende/diwkompakt_2021-166.pdf], S. 15–18.
- 15 Ebd., S. 6.
- 16 Strom-Report: Alle deutschen Stromanbieter auf einen Blick vergleichen [<https://strom-report.com/stromanbieter-deutschland/>].

- 17 Bundesnetzagentur: Monitoringbericht 2022 [https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Mediathek/Monitoringberichte/MonitoringberichtEnergie2022.pdf?__blob=publicationFile&v=3], S. 364.
- 18 Handelsblatt (2023): RWE steigert Gewinn deutlich [<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energiekonzern-rwe-steigert-gewinn-deutlich/29119020.html>].
- 19 Institut Solidarische Moderne (2023): Transit Talk – Energie mit links. RWE und Co vergesellschaften? [<https://www.solidarische-moderne.de/de/article/665.transit-talk-6-energie-mit-links-rwe-co-vergesellschaften.html>].
- 20 Manager Magazin (2021): RWE will 50 Milliarden Euro in Erneuerbare investieren [<https://www.manager-magazin.de/unternehmen/energie/rwe-50-milliarden-euro-bis-2030-fuer-gruene-energie-und-gaskraftwerke-a-d88f3b27-e662-44c7-a795-b7dd9892f7ff>].

Vergesellschaften konkret

Ein Vergesellschaftungsmosaik für die Stromwirtschaft

Thomas Eberhardt-Köster

Abstract

Im Beitrag wird argumentiert, dass die Vergesellschaftung der Energiewirtschaft eine notwendige Voraussetzung dafür ist, die Energieversorgung nach sozialen und ökologischen Kriterien umzugestalten. Seit ab Ende der 1990er-Jahre der Energiebereich innerhalb der Europäischen Union liberalisiert wurde, ist Energie zur Ware geworden. Soziale und ökologische Folgen werden weitgehend ausgeblendet. Begründet wurde die Privatisierung des Energiesektors unter anderem damit, dass so die Stromkosten sinken und erneuerbare Energien sich schneller durchsetzen würden. Diese Entwicklung ist nicht eingetreten. Stattdessen wurden mit der Privatisierung der Energieversorgung neue Anlagemöglichkeiten für Vermögende geschaffen. Um die Energieversorgung sozial und ökologisch zu gestalten, muss die profitorientierte Marktsteuerung zurückgedrängt und die demokratische Steuerung in den Vordergrund gestellt werden. Stadtwerke, Netzanstalten und Kraftwerke sollen so organisiert werden, dass neben den Kommunen auch Umwelt- und Sozialverbände sowie Stromkund*innen und Beschäftigte in den Entscheidungsgremien vertreten sind, damit die Unternehmen nach sozialen und ökologischen Kriterien gesteuert werden. Die Vergesellschaftung soll nicht in Form eines einzigen Staatskonzerns erfolgen, sondern in Form einer gesellschaftlich gestalteten und demokratisch kontrollierten Netzstruktur mit unterschiedlichen Organisationsformen und Akteur*innen. Bei der Vergesellschaftung deutscher Energieunternehmen müssen

deren Vermögensteile in Regionen und Ländern des Globalen Südens an die lokale Bevölkerung übertragen werden, um postkoloniale Abhängigkeitsverhältnisse abzubauen.

Die Vermarktlichung¹ der Stromversorgung

Mit der Liberalisierung der Stromwirtschaft durch die Europäische Union (EU) vor über 20 Jahren ist Strom auch in Deutschland zur Ware geworden, mit der sich viel Geld verdienen lässt.

Begründet wurde die Privatisierung des Energiesektors damit, dass dadurch die Stromkosten sinken und erneuerbare Energien sich schneller durchsetzen würden.² Beides ist nicht eingetreten. Nach einem kurzen Rückgang von 1998 bis 2000 stieg der Strompreis stetig an. 2023 lag er 281 Prozentpunkte höher als 1998.³ Dafür wurde öffentliches Vermögen, insbesondere der Kommunen, an private Energiekonzerne verschertelt und damit neue Anlagemöglichkeiten für das Kapital von Vermögenden geschaffen. Zur Durchsetzung der erneuerbaren Energien hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)⁴ mehr beigetragen als der Markt. Darauf weist Claudia Kemfert hin, eine ausgewiesene Expertin für das Thema Energiewende. Seit Einführung des EEG sind die Kosten für erneuerbare Energien enorm gesunken und inzwischen niedriger als die für konventionelle Energieträger. Das Gesetz hat die erneuerbaren Energien erst richtig in den Markt gebracht.⁵ Marktmechanismen hingegen eignen sich kaum für die erfolgreiche Förderung von erneuerbaren Energien.⁶

Die Liberalisierung vieler Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, nicht nur in der EU, war eine Reaktion auf die ökonomische Krise der 1980er-Jahre.⁷ Eine Ausweitung der Marktsteuerung auf immer mehr Bereiche der Gesellschaft war der Versuch, mit Instrumenten der neoliberalen Theorie diese Krise zu überwinden.⁸ Der Mangel an renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten für das anwachsende Kapital auf den internationalen Finanzmärkten trug indirekt zu einer Erlahmung der Konjunktur bei. Zudem galten öffentliche Dienste als ineffizient und im Vergleich zur Privatwirtschaft als zu teuer.⁹ Als eine Maßnahme in diesem Zusammenhang leitete die EU mit ihren Binnen-

marktrichtlinien für Elektrizität (1996) und Gas (1998) die Privatisierung des Energiemarkts ein. In der Folge wurden in Deutschland 1998 mit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes die Weichen Richtung Privatisierung der Stromversorgung gestellt.¹⁰ Vor dem Hintergrund der stark angestiegenen Verschuldung der Kommunen in den 1990er- und Anfang der 2000er-Jahren sahen sich viele von ihnen gezwungen, ihre Stadtwerke ganz oder teilweise zu verkaufen, um die Haushalte zu sanieren.

Warum sind Investitionen von Privaten in den Strommarkt so lohnend? Um das zu verstehen, müssen wir uns den Strommarkt genauer ansehen. Strom muss erzeugt, gespeichert, transportiert und verteilt werden. Bevor er bei den Verbraucher*innen ankommt, verdienen Händler*innen daran, dass sie zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen vermitteln. Im Jahr 2022 gab es in Deutschland 1 156 Unternehmen, die Strom erzeugten, 1 354 Unternehmen, die mit Strom handelten, 1 359 Unternehmen, die Strom lieferten, vier Unternehmen, die die überregionalen Übertragungsnetze, und 895 Unternehmen – oft Stadtwerke –, die die regionalen Verteilnetze betrieben.¹¹ Dabei können die unterschiedlichen Rollen auch in einem Unternehmen zusammengefasst sein: RWE ist beispielsweise am Übertragungsnetzbetreiber Amprion beteiligt, besitzt Kraftwerke, Kohlegruben und Speicher und hält Beteiligungen an Verteilnetzen. Viele Stadtwerke betreiben nicht nur das regionale Verteilnetz, sondern auch Kraftwerke, Solaranlagen und Windparks und verkaufen Strom direkt an Endkund*innen. Um die verschiedenen Geschäftsfelder zu bedienen, sind sie meist in unterschiedliche Gesellschaften aufgespalten. Eine kümmert sich um den Betrieb des Verteilnetzes und eine andere um den Verkauf von Strom. Insbesondere die Privatisierung der Strominfrastruktur, also der Anlagen zur Erzeugung und Speicherung von Strom und der Netze für Transport und Verteilung, hat für institutionelle Kapitalanleger*innen in großem Umfang Anlagemöglichkeiten geschaffen. In Zeiten niedriger Zinsen ist das Investment in ein privatisiertes Stadtwerk oder in eines der großen Übertragungsnetze lohnend.

Warum ist das so? Es gibt viele regionale und vier überregionale Netzmonopole (50Hertz, Amprion, TenneT und TransnetBW). Da Strom netzgebunden ist, sind die für die Durchleitung des Stroms festgelegten Mono-

polpreise (Netzentgelte) garantierte Einnahmen mit sicheren Gewinnen. Die Bundesnetzagentur überwacht die Preisbildung und soll eigentlich darauf achten, dass die Monopole nicht dazu genutzt werden, übermäßige Gewinne zu erzielen. Faktisch trägt sie aber dazu bei, dass Konzerne teilweise genau dies tun. Während Kommunen, wenn sie Beiträge für die Unterhaltung öffentlicher Netze erheben, damit keine Gewinne erzielen dürfen,¹² ist dies im Strombereich den Konzernen und Stadtwerken ausdrücklich erlaubt und bei den Netzentgelten sogar staatlich garantiert.

2021 wurde festgelegt, dass Netzbetreibende ihre Entgelte so berechnen dürfen, dass sie ihr eingesetztes Kapital mit 5,07 Prozent für Neuanlagen und 3,51 Prozent für Altanlagen verzinst bekommen.¹³ Stand November 2023 ist sogar geplant, die Verzinsung 2024 für Neuanlagen auf rund acht Prozent anzuheben.¹⁴ Arbeitet ein Unternehmen effektiver als andere, darf der zusätzliche Gewinn eingestrichen werden. Angesichts dieser traumhaften Renditen ist es kein Wunder, dass sich institutionelle Kapitalanleger*innen wie Blackrock und Versicherungsunternehmen in die Netze eingekauft haben. Im Jahr 2000 haben die Stromkund*innen im Schnitt rund 15 Cent pro Kilowattstunde Strom bezahlt, im Sommer 2022 rund 33 Cent, Mitte 2023 dann schon rund 46 Cent. Dieser Strompreis setzt sich wie folgt zusammen:

- 27 Prozent machen Steuern (Mehrwertsteuer, Stromsteuer) und Abgaben (Konzessionsabgabe für den Betrieb regionaler Netze) aus,
- 20 Prozent entfallen auf Netzentgelte (Übertragungs- und Verteilnetze) und
- 53 Prozent auf die Energieerzeugung selbst.¹⁵

Anders als bei den Netzentgelten werden die Preise für Stromerzeugung nicht von staatlichen Stellen überwacht, sondern in Verträgen zwischen Stromhändler*innen und Stromerzeugenden vereinbart und an den Strombörsen in Paris und Leipzig¹⁶ gebildet. Dass diese Preisfindung sehr krisenanfällig ist, hat das Jahr 2022 gezeigt. Die Preise schossen in die Höhe, und dies nicht nur wegen der Gaskrise nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine, sondern auch aufgrund der Preisfindungsmechanismen an den Börsen. Das dort geltende Merit-Order-Prinzip¹⁷ führt dazu, dass für die aktuell angefragte Strommenge

immer der Preis des teuersten Anbieters gezahlt werden muss, obwohl ein großer Teil der Nachfrage zu einem günstigeren Preis gedeckt werden könnte.

Der Markt ist gegen soziale und ökologische Probleme blind: In der Regel interessieren nur die Kosten und der Nutzen eines Gutes oder einer Dienstleistung und die Zahlungsfähigkeit der Kund*innen. Wer zu wenig Geld hat, wird von der Nutzung ausgeschlossen. So gab es 2022 in Deutschland 235 000 Stromsperren, weil Menschen ihre Stromrechnung nicht bezahlen konnten.¹⁸ Auch Umweltschäden fließen in den Strompreis nicht ein, es sei denn, dies wird durch staatliche Regulierung – beispielsweise in Form von CO₂-Zertifikaten – erzwungen.

Um unerwünschte soziale und ökologische Folgen zu vermeiden, muss der Staat also regulierend in den Strommarkt eingreifen. Würde er selbst die Versorgung der Bürger*innen mit nachhaltigem und günstigen Strom übernehmen, käme ihn das häufig günstiger – denn in der aktuellen Gestaltung des Strommarkts besteht immer die Gefahr, mit den staatlichen Transferleistungen und Subventionen die Renditen der Energiekonzerne mitzufinanzieren.

Was heißt Vergesellschaftung der Energieversorgung?

Damit die Energieversorgung sozial und klimagerecht ausgestaltet werden kann, muss sie wieder gesellschaftlich organisiert werden, anstatt sie weiterhin dem Markt und den Renditeerwartungen von Konzernen zu überlassen. Allerdings nicht in Form eines einzigen Staatskonzerns, der die gesamte Stromversorgung organisiert, sondern in einer gesellschaftlich gestalteten und demokratisch kontrollierten Struktur mit unterschiedlichen individuellen und kollektiven Akteur*innen.

Es geht also um Vergesellschaftung. Aber was bedeutet das konkret? In der öffentlichen Debatte wird Vergesellschaftung aufgrund der Geschichte des Begriffs, der historischen Kämpfe um das Thema und auch wegen der Formulierungen im Grundgesetz in erster Linie auf die Vergesellschaftung großer Konzerne bezogen.¹⁹ Dies ist zwar ein wichtiges Feld auch im Bereich der Energieversorgung – wenn zum Beispiel über die Enteignung oder Vergesell-

schaftung des RWE-Konzerns* gesprochen wird –, umfasst aber nur einen Teil dessen, was die Stromwirtschaft heute ausmacht. Auch wenn Konzerne eine wesentliche Funktion darin ausüben, gibt es daneben ein breites und buntes Spektrum von Akteur*innen, das ebenfalls in den Blick genommen werden sollte. Dies aus zwei Gründen: zum einen, um die Energieversorgung so dezentral und demokratisch wie möglich zu organisieren. Was kleine Einheiten gut erledigen können, braucht nicht auf große Strukturen verlagert zu werden. Konzerne sollten auch in ihrer vergesellschafteten Form in einer zukünftigen Ökonomie keine so zentrale Rolle mehr spielen wie heute. Zum anderen entwickeln sich bereits heute vielfältige Alternativen wie Energiegenossenschaften und Stadtwerke in kommunaler Hand. Gerade Genossenschaften sind ein gutes Beispiel für kleine Formen vergesellschafteter Strukturen. Wobei auch diese nicht per se gut sind: Es kommt immer darauf an, wie demokratisch sie organisiert sind.²⁰

Wird von Vergesellschaftung der Stromwirtschaft gesprochen, spielen zwei Dimensionen von Eigentum eine Rolle: die damit verbundenen Ansprüche auf die Aneignung des erzeugten Mehrwerts und die Rolle des Markts bei der Zuteilung von Strom. Es geht also nicht nur darum, wie mehr kollektive Formen von Eigentum an Anlagen zur Energieerzeugung und Netzen geschaffen werden können. Ebenso wichtig ist die Frage, wie die Rolle von Märkten bei der Zuteilung von Strom verringert werden kann und im Gegenzug demokratische Aushandlungsprozesse eine größere Rolle spielen können.

Ich plädiere für einen erweiterten Begriff der Vergesellschaftung: Er nimmt nicht nur Konzerne in den Blick, sondern auch andere Formen kollektiven Eigentums wie Genossenschaften und ähnliche. Die zukünftige Landkarte der Stromerzeugung wird als Mosaik unterschiedlicher vergemeinschaftlichter²¹ Strukturen gedacht und nicht nach einheitlichem Muster organisiert. Zu diesen vergemeinschaftlichten Strukturen gehören dann sowohl Produzierende als auch Konsumierende. Häufig werden sie in solchen Strukturen gleichzeitig beides sein.

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Tilman Wendelin Alder: Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung.

Die Stromwirtschaft erfüllt sehr unterschiedliche Funktionen: Strom muss erzeugt, gespeichert und verteilt werden. Dabei hat die Verteilung eine technische Komponente, nämlich den Transport mittels Übertragungs- und Verteilnetzen, und eine organisatorische, nämlich den Handel, für den Händler*innen Lieferverträge mit Konsumierenden abschließen. Wie könnten die Rollen zur Gewährleistung der unterschiedlichen Funktionen in einer vergesellschafteten Stromwirtschaft aussehen? Die regionalen Verteilnetze können von kommunalen Stadtwerken organisiert werden. Diese sollten nicht nur die Netze zur Verfügung stellen, sondern auch eine reibungslose Einspeisung erneuerbarer Energie durch private Haushalte, kleine Genossenschaften oder Hausgemeinschaften organisieren, inklusive eines Speichermanagements, das sich am Bedarf einer dezentralen Stromerzeugung orientiert. Die kommunalen Stadtwerke hätten nicht nur die Aufgabe, Strom zu produzieren und zu verteilen, sondern auch ihre Kund*innen bei der Energieeinsparung zu beraten. Die Übertragungsnetze, die sich zurzeit in den Händen von drei privaten Monopolisten – der vierte Monopolist EnBW ist in öffentlicher Hand – befinden, könnten in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts unter Federführung der Länder vergesellschaftet werden. In diese Anstalt muss auch das Netz der EnBW überführt werden. Städte, Gemeinden und Kreise sollen nicht nur wieder über eigene Netze verfügen, sondern auch öffentliche Gesellschaften zur Energieerzeugung betreiben. Auf jedem geeigneten Dach eine Solaranlage, egal ob auf städtischen Gebäuden, Wohnhäusern oder auf Gewerbegebäuden – das muss das Ziel sein, im Gegensatz zu großtechnischen Anlagen, die weite Transportwege und damit Eingriffe in die Natur notwendig machen und neue Abhängigkeiten schaffen.

Die vergesellschafteten Strukturen müssen auch demokratisch gestaltet werden, damit soziale und ökologische Anliegen darin Geltung bekommen können. Das heißt: Stadtwerke, Netzanstalten und Anlagen zur Energieerzeugung müssen so organisiert werden, dass neben den Kommunen auch Umwelt- und Sozialverbände sowie Stromkund*innen in den Entscheidungsgremien vertreten sind, um die vergesellschafteten Unternehmen nach sozialen und ökologischen Kriterien zu steuern. Und selbstverständlich müssen auch die Beschäftigten angemessen in den Entscheidungsgremien vertreten sein.

Wie Vergesellschaftung und Vergemeinschaftlichung durchsetzen?

Die Privatisierung des Strommarkts hat bereits in den 1990er-Jahren Widerstand hervorgerufen: lokal in Form von Initiativen gegen die Privatisierung kommunaler Stadtwerke, aber auch überregional. Beispielsweise forderte Attac 2008 mit der Kampagne »Power to the People«, die »Stromkonzerne zu enteignen, zu zerlegen und in viele kleine Einheiten zu überführen, die demokratisch kontrollierbar sind.«²²

So wie die kapitalistische Marktwirtschaft nicht in einem Schritt entstanden ist, wird auch ihre Überwindung viele Initiativen und Veränderungen auf unterschiedlichen Ebenen benötigen. Bezogen auf den Bereich der Stromwirtschaft, ließen sich allerdings schnell Maßnahmen in Richtung Vergesellschaftung und Vergemeinschaftlichung durchsetzen. Die Vermarktlichung des Stromsektors in der EU wurde innerhalb von wenigen Jahren umgesetzt. Ebenso schnell ließe sich eine Gegenbewegung in Gang setzen, wenn es die gesellschaftlichen und politischen Mehrheiten dafür gäbe. Die Überführung der drei privaten Konzerne im Bereich der Übertragungsnetze in eine Anstalt öffentlichen Rechts ließe sich über Artikel 15 des Grundgesetzes durchsetzen, nach dem »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel [...] zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden«²³ können. Zudem gibt es bei den Verteilnetzen bereits vergesellschaftete Bereiche: Die Stadtwerke, die sich komplett in kommunaler Hand befinden. Sie müssen zwar noch demokratisiert werden – aber ein Anfang ist gemacht. Dasselbe gilt für die Energiegenossenschaften im Bereich der Stromerzeugung. Darüber hinaus können die privatisierten Stadtwerke rekommunalisiert werden. Seit 2000 fanden in Deutschland bereits 279 Rekommunalisierungen im Energiesektor statt.²⁴

Den vergesellschafteten Stromsektor für die sozialökologische Transformation nutzen

Die Vergesellschaftung und Vergemeinschaftlichung der Stromwirtschaft ist eine notwendige Voraussetzung für eine sozialökologische Transformation, aber keine hinreichende. Um sie auf soziale und ökologische Ziele auszurichten, müssen die vergesellschafteten Einheiten auch demokratisiert, politisiert und institutionell in den gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess eingebunden werden. Mit der Vergesellschaftung der Strukturen der Stromwirtschaft wäre nur der erste Schritt getan, um befreit von Profitinteressen und Marktmechanismen gesellschaftlich auszuhandeln, wie viel Strom gebraucht wird und wie er erzeugt und verteilt werden soll. Dafür braucht es sowohl in den vergesellschafteten Organisationseinheiten selbst als auch im politischen Feld demokratische Strukturen, die die Aushandlung der unterschiedlichen Interessen unter Berücksichtigung der planetaren Grenzen²⁵ möglich machen. Vergesellschaftung allein schafft noch keine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Stromwirtschaft,²⁶ und die Aushandlungsprozesse, die anstelle von Marktmechanismen treten werden, dürften alles andere als konfliktfrei sein. Aber: Je dezentraler die Energieversorgung ist und damit näher an den Betroffenen, desto eher werden diese darauf achten, dass die Eingriffe in ihre natürliche Umgebung so gering wie möglich gehalten werden. Und wenn Bürger*innen an lokalen Windparks beteiligt sind, erhöht dies die Akzeptanz von Neuanlagen.²⁷

Eine Vergesellschaftung der Energiekonzerne in Deutschland wird auch andere Fragen aufwerfen: Beispielsweise gehen die Vorstellungen darüber auseinander, wofür Wasserstoff eingesetzt werden soll. Für die Bundesregierung ist die Nutzung von Wasserstoff ein wesentlicher Baustein in der Energiewende.²⁸ Sie will damit fossile Energieträger ablösen, ohne an der vorherrschenden, auf Wachstum und Wettbewerb ausgerichteten Wirtschaftsweise etwas ändern zu müssen. Umweltverbände sehen dies kritisch. Der Einsatz von Wasserstoff soll auf besondere Bereiche beschränkt werden, beispielsweise wo bei der industriellen Produktion, etwa im Stahlbereich, viel Energie benötigt wird.²⁹

Die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung beinhaltet den Import von Wasserstoff aus Regionen und Ländern des Globalen Südens. So investiert die brandenburgische ENERTRAG in Namibia gerade in Infrastruktur für den Export nach Europa, und mit dem deutschen Energieriesen RWE sind bereits erste Vereinbarungen zur Verwertung des Wasserstoffs geschlossen.³⁰ In diesem Modell werden Länder wie Namibia im Wesentlichen auf die Rolle reduziert, Energie für die Industrien der Länder des Globalen Nordens zu liefern. Die Eingriffe in die Natur durch Windkraftanlagen, Solaranlagen und die Infrastruktur zur Umwandlung der Energie in Wasserstoff findet bei ihnen statt. Naturzerstörung bei der Energiegewinnung für den Globalen Norden wird damit in Regionen und Länder des Globalen Südens verlagert. Und weil sie nur Wasserstoff exportieren und die Fertigung hochwertiger Exportgüter woanders erfolgt, bleiben ihnen nur wenige Erlöse. Hamza Hamouchene, algerischer Forscher und Aktivist, kritisiert dieses Modell als »grünen Kolonialismus« und fordert einen gerechten Übergang in ein System, das auf die Regeneration bereits geschädigter Gebiete abzielt und gleichzeitig die Rechte und die Würde der lokalen Bevölkerung wahrt.³¹

Wie soll mit den Investitionen zur Gewinnung von Wasserstoff wie der von ENERTRAG in Namibia³² oder mit denen anderer deutscher Firmen in den arm gemachten Ländern des Globalen Südens umgegangen werden? Abwickeln oder an die Menschen, die dort leben, übertragen? Eine sozialökologische Praxis muss sich auch daran messen lassen, wie ernst sie es mit der Beendigung neokolonialer Ausbeutungsverhältnisse meint. Werden Regionen und Länder des Globalen Südens auf die Rolle reduziert, Energie für grüne industrielle Produktion in den Ländern des Globalen Nordens zu liefern, statt sie für die Versorgung der eigenen Bevölkerung und die eigene Entwicklung zu nutzen, knüpft dies an koloniale Ausbeutungsverhältnisse an. Vergesellschaftung kann hier also nur heißen: Übertragung der Infrastruktur zur Energiegewinnung an die Länder, in denen sie errichtet wurde, und Entschädigung für entstandene Umweltschäden.

Anmerkungen

- 1 Vermarktlichung beschreibt den Prozess, in dem eine bisher von der öffentlichen Hand – hier vor allem kommunalen Stadtwerken – organisierte Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen – hier die Stromversorgung – in den Markt integriert und damit seinen Gesetzen unterworfen wird.
- 2 Bontrup, Heinz-J. / Marquardt, Ralf-M. (2011): Kritisches Handbuch der deutschen Energiewirtschaft, edition sigma, S. 2.
- 3 Statista (2023): Index zur Entwicklung des Strompreises für Haushalte in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2023 [<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/234370/umfrage/entwicklung-der-haushaltsstrompreise-in-deutschland/>].
- 4 Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist erstmals 2000 in Kraft getreten und seither mehrmals novelliert worden. Das Gesetz ist ein Instrument zur Förderung des Stroms aus erneuerbaren Energien [<https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Dossier/eeg.html>].
- 5 Kemfert, Claudia (2023): Erfolg oder Misserfolg des EEG – eine persönliche Einordnung [<https://energiewende.eu/erfolg-oder-misserfolg-des-eeg-eine-persoeliche-einordnung-claudia-kemfert/>].
- 6 Weghmann, Vera (2022): Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung. Eine Handreichung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 50.
- 7 Altvater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, Westfälisches Dampfboot, S. 109ff.
- 8 Bierbricher, Thomas (2021): Die politische Theorie des Neoliberalismus, Suhrkamp Verlag.
- 9 Budäus, Dietrich (1998): Public Management. Konzepte und Verfahren zur Modernisierung öffentlicher Verwaltung, Edition Sigma.
- 10 Linnemann, Marcel (2021): Energiewirtschaft für (Quer-)Einsteiger. Einmaleins der Stromwirtschaft, Springer Vieweg.
- 11 Statista (2022): Anzahl der Unternehmen am Energiemarkt in Deutschland nach Bereichen im Jahr 2022 [<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/173884/umfrage/zahl-der-unternehmen-in-den-einzelnen-marktbereichen-des-energiemarktes/>].
- 12 § 6 Kommunalabgabengesetz für das Land NRW (KAG).
- 13 Bundesnetzagentur (2021): Bundesnetzagentur veröffentlicht Entwürfe für zukünftige Eigenkapitalverzinsung für Strom- und Gasnetze [https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Allgemeines/Presse/Pressemitteilungen/2021/20210714_EKZins.pdf?__blob=publicationFile&v=2].

- 14 Bundesnetzagentur (2023): Festlegungsentwurf zur Eigenkapitalverzinsung im Strom- und Gasbereich [https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/20231122_Konsultation_EKZ.html?nn=659670].
- 15 Stromreport (2023): Strompreiszusammensetzung 2023 in Deutschland [<https://stromreport.com/strompreise/strompreis-zusammensetzung/>].
- 16 Die European Energy Exchange (EEX) ist eine der größten Strombörsen in Europa und hat ihren Sitz in Leipzig. Sie spielt eine Schlüsselrolle bei der Preisbildung für Strom in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Die EEX deckt sowohl den Spotmarkt (kurzfristige Lieferungen) als auch den Terminmarkt (langfristige Lieferungen) für Strom ab. Die EPEX SPOT ist eine weitere wichtige Strombörse, die in Paris ansässig, aber auch für den deutschen Markt von Bedeutung ist. Sie betreibt den Spotmarkt für Strom in mehreren europäischen Ländern, darunter Deutschland.
- 17 Das Merit-Order-Prinzip beschreibt die Preisbildung an der Strombörse. An der Börse wird eine bestimmte Menge Strom zu einem bestimmten Lieferzeitpunkt nachgefragt. Auf diese Nachfrage werden Angebote für Teilliefermengen gemacht. Strom aus Erneuerbaren ist dabei günstiger als Strom aus Kohle oder Gaskraftwerken. Wenn die Menge des angebotenen Stroms die nachgefragte Strommenge erreicht hat, wird die Auktion abgeschlossen und die gesamte nachgefragte Menge zum Preis des höchsten abgegebenen Angebots abgerechnet.
- 18 dpa-Meldung (2023): Schuldenberater: Weniger Stromsperrern für säumige Kunden [<https://www.zeit.de/news/2023-05/07/schuldnerberater-weniger-stromsperrern-fuer-saeumige-kunden>].
- 19 Schmidt, Christopher (2023): Vergesellschaftung, Sozialisierung, Gemeinwirtschaft. Transformationspfade in eine andere Gesellschaft, Westfälisches Dampfboot.
- 20 Gennburg, Katalin / Carolin Moje / Denis Petri / Jannis Hertel (2021): Selbstverwaltet und solidarisch Wohnen. Genossenschaften und ihre Bedeutung für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- 21 Unter Vergemeinschaftlichung im Bereich der Energieversorgung verstehe ich alle Formen kollektiven Eigentums an Produktionsmitteln für die Erzeugung und Verteilung von Energie. Das kollektive Eigentum kann in Form von öffentlich-rechtlichen Organisationen bestehen (Anstalt öffentlichen Rechts, Eigenbetriebe von Kommunen) oder in privatrechtlichen Formen (Genossenschaft oder GmbH). Wichtig ist, dass das gemeinsame Eigentum ohne Gewinninteresse und zum gemeinsamen Nutzen eingesetzt und demokratisch verwaltet wird.
- 22 Methmann, Chris / Sander, Hendrik / Sundermann, Jutta (2008): Power to the People! Den Stromkonzernen den Stecker ziehen, VSA-Verlag, S. 76.
- 23 Artikel 15 Grundgesetz (GG).

- 24 Wegmann, Vera (2021): Daseinsvorsorge und Kommunalisierung. Eine Handreichung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 20.
- 25 Mit planetaren Grenzen oder Belastungsgrenzen der Erde sind ökologische Grenzen der Erde gemeint. Werden diese überschritten, ist die Stabilität des Ökosystems der Erde und damit das Vorankommen der Menschheit gefährdet. Das Konzept der planetaren Grenzen beschreibt Zukunftsszenarien bezüglich der globalen Umweltveränderungen. Es wurde ursprünglich von einer 28-köpfigen Gruppe von Erdsystem- und Umweltwissenschaftlern unter Leitung von Johan Rockström (Stockholm Resilience Centre) entwickelt und 2009 erstmals veröffentlicht; Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (2009): Planetarische Grenzen. Ein sicherer Handlungsraum für die Menschheit [<https://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/archiv/2009/planetarische-grenzen-ein-sicherer-handlungsraum-fuer-die-menschheit>].
- 26 Witt, Uwe (2022): Wie viel Staat braucht der Energiesektor? Ist Vergesellschaftung immer die beste Antwort? In der Klimapolitik braucht es differenzierte Strategien. [<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wie-viel-staat/>].
- 27 Süddeutsche Zeitung (2023): Finanzielle Beteiligung erhöht Akzeptanz von Windkraft [<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-wiesbaden-finanzielle-beteiligung-erhoeht-akzeptanz-von-windkraft-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230802-99-655733>].
- 28 Bundesregierung (2023): Nationale Wasserstoffstrategie – Energie aus klimafreundlichem Gas [<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/wasserstoff-technologie-1732248>].
- 29 Deutsche Umwelthilfe (2020): Heilsbringer Grüner Wasserstoff? Eine nüchterne Bewertung [<https://www.duh.de/aktuell/nachrichten/aktuelle-meldung/heilsbringer-gruener-wasserstoff-eine-nuechterne-bewertung/>].
- 30 Spiegel (2023): Hier soll grüner Wasserstoff in gigantischem Ausmaß produziert werden [<https://www.spiegel.de/ausland/luederitz-namibia-hier-soll-gruener-wasserstoff-in-gigantischem-ausmass-produziert-werden-a-a160205b-2215-4c98-8300-969eba4d3a5e>].
- 31 Hamouchene, Hamza (2022): Grünen Kolonialismus überwinden [<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/gruenen-kolonialismus-ueberwinden/>].
- 32 ENERTRAG (2023): ENERTRAG realisiert Power-to-X-Projekte in der ganzen Welt [<https://enertrag.com/leistungen/gruener-wasserstoff/projekte-weltweit>].

Vergesellschaftung und Wohnen

Von der Marktabhängigkeit zum Commoning: das Potential der Vergesellschaftung

*Wenn Governance, Naturverbunden
Sein und das Grundbedürfnis Wohnen
zusammenkommen*

Nikolas Kichler und Sigrun Preissing

Abstract

Im Beitrag wird mit einer Analyse des strukturellen Dilemmas zwischen Markt und Staat im Bereich der Wohnraumversorgung und den damit verknüpften ökologischen Folgen begonnen. Dabei werden die negativen Auswirkungen der Privatisierung öffentlicher Wohnungen in Deutschland seit den 1990er-Jahren auf bezahlbaren Wohnraum und soziale Gerechtigkeit dargelegt.

Anschließend wird die Bürgerinitiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« in Berlin als wegweisendes Beispiel für die Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen vorgestellt. Diese Initiative kämpft auf Grundlage von Artikel 15 des Grundgesetzes gegen die Profitorientierung des »Marktstaats« im Bereich Wohnen und erlangte im Jahr 2021 vor allem durch einen erfolgreichen Volksentscheid große Aufmerksamkeit. Ihr Konzept sieht vor, die Verwaltung der vergesellschafteten Wohnungen künftig über Anstalten öffentlichen Rechts zu organisieren.

Die Autor*innen bringen für die Gestaltung dieser neuen Strukturen Erfahrungen aus unterschiedlichen Commons-Projekten im deutschsprachigen Raum ein. Werden diese miteinbezogen, könnte die Anstalt öffentlichen Rechts in eine Public-Commons-Partnership münden und einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Daseinsfürsorge einläuten.

Im Weiteren wird das große Potenzial, das sich hinter Commoning verbirgt, anhand der Projekte Neustart Schweiz (Zürich), Haus des Wandels (Ostbrandenburg), vivihouse (Wien) und Inseln mit Hafen (Tübingen) aufgezeigt. Alle vorgestellten Projekte setzen auf die aktive Teilhabe der Beteiligten an Entscheidungsprozessen und auf fürsorgendes Wirtschaften. Sie reduzieren ökologische Zerstörung und fördern ökologische Nachhaltigkeit.

Im Resümee wird schließlich das Potenzial der Vergesellschaftung von Wohnraum herausgearbeitet: Sie könnte als Instrument dienen, die Rolle des Staats grundsätzlich neu zu denken – weg vom Marktstaat hin zu einem »Partnerstaat«. Ein Staat, der bedürfnisorientierte, fürsorgende Strukturen in Kooperation mit Bürger*innen ermöglicht und sich für eine fairere, lebendigere, aber auch wehrhaftere Gesellschaft einsetzt.

Vergesellschaftung im Bereich Wohnen – eine Bestandsaufnahme

Es gibt ein strukturelles Dilemma zwischen Markt und Staat. Der Staat ist darauf angewiesen, die Wirtschaft am Laufen zu halten, um Steuereinnahmen zu generieren und die Sozialkassen zu füllen, selbst wenn es den Interessen der Gesellschaft widerspricht. Diese Abhängigkeit ist mitverantwortlich dafür, dass der Marktstaat vorwiegend »reaktiv, stellenweise passiv oder gar kontraproduktiv«* auf die bestehenden multiplen Krisen¹ reagiert – etwa bei der Reduzierung von CO₂-Emissionen, der Eindämmung des Artensterbens oder der Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum.

* Siehe dazu auch folgenden Beitrag in diesem Band: Tilman Wendelin Alder: Ein Gespräch über Organizing bei DWE auf dem Weg zur Vergesellschaftung.

Als Beispiel kann die Privatisierung von öffentlichen Wohnungen² in den letzten Jahrzehnten genannt werden. Städte und Gemeinden agieren im Wettbewerb zueinander und wetteifern um die Gunst der Investor*innen. Die Wirtschaft soll angekurbelt und der Staatshaushalt saniert werden. In Deutschland wurden seit den 1990er-Jahren über zwei Millionen öffentliche Wohnungen privatisiert, wodurch ein wesentliches Stück Kontrolle über bezahlbaren Wohnraum an profitorientierte Akteur*innen abgegeben wurde.³

Zu den Konsequenzen gehören stark gestiegene Mieten, die viele Bewohnende unter Druck setzen. Als Reaktion darauf ist es der Berliner Bevölkerung im Jahr 2021 gelungen, ein bedeutendes Gegenmoment zu schaffen: Die Bürgerinitiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen«⁴ (DWE) führte einen erfolgreichen Volksentscheid zur Enteignung und Vergesellschaftung der Wohnungen großer Wohnungsunternehmen durch. Sie stützte sich dabei auf Artikel 15 des Grundgesetzes, der es erlaubt, »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz [...] in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft«⁵ zu überführen. DWE veröffentlichte Anfang 2023 einen Vorschlag⁶, wie die etwa 243 000 betroffenen Wohnungen in Berlin nach der Vergesellschaftung konkret verwaltet werden könnten. Ihr 50-seitiges Konzept sieht vor, zur Verwaltung der Wohnungen eine neue öffentliche Einrichtung, eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR), zu schaffen. An den demokratischen Entscheidungsprozessen der AöR sollen Nutzende, Mietende, aber auch Mitarbeitende und Vertreter*innen der Stadtgesellschaft beteiligt sein.

Nach dem Volksentscheid beauftragte die rot-rot-grüne Berliner Regierung eine Expert*innenkommission, um unter anderem die grundsätzliche Rechtmäßigkeit der Vergesellschaftung zu prüfen. Im Juni 2023 bestätigte die Kommission die juristische Durchführbarkeit dieses Vorhabens.⁷ Nun liegt es an der neuen schwarz-roten Regierung, den Willen der Wähler*innen umzusetzen. Aktuell verfolgt sie Wege, die als verzögernd bis hin zu verfassungswidrig beurteilt werden können, anstatt ein Gesetz zur Vergesellschaftung zu verabschieden, das zur Befriedigung des Grundbedürfnisses nach Wohnraum beiträgt.⁸

Die Vergesellschaftung würde jedoch einen wichtigen Paradigmenwechsel mit sich bringen. Hunderttausende ehemals passive Mietende teurer Woh-

nungen könnten nun aktiv die Belange rund um ihren Wohnraum mitgestalten. Basierend auf ihren Bedürfnissen, können sie in Aushandlungsprozessen mit ihren Nachbar*innen gemeinsam zu Lösungen für Probleme beitragen, die mit dem Sektor Wohnen verknüpft sind.

Erfahrungen, die den Autor*innen aus Commons-Projekten bekannt sind, zeigen: In selbstorganisierten Strukturen enden weder die Bedürfnisse noch die gemeinsamen Aushandlungsprozesse bei Themen wie bezahlbarem Wohnraum oder Instandhaltung. »Wohnen« wird viel mehr, wenn die direkt Betroffenen mitentscheiden können.

Unter Commons⁹ verstehen wir gemeinsam hergestellte, genutzte, gepflegte und verwaltete Ressourcen, wobei die soziale Praxis den Unterschied ausmacht: Wohnraum, aber auch Wälder oder eine Wissensplattform können ein gemeinsam genutztes Gut zur Erfüllung von Bedürfnissen sein oder eine Ware, die der Verwertungslogik¹⁰ unterliegt. Commoning nennen wir den sozialen Prozess, mit dem wir Commons erhalten, nutzen, pflegen und verwalten. Er basiert auf bedürfnisorientiertem Wirtschaften, gemeinschaftlicher Selbstorganisation auf Augenhöhe (Governance) und einem fairen, aufeinander bezogenen Miteinander zwischen Menschen und Mitwelt. Die grundlegend andere Perspektive auf das Leben eröffnet Raum für kreative und alternative Lösungsansätze, die sich wesentlich von den Mechanismen des Markts unterscheiden.¹¹ Der Prozess ermöglicht es den Betroffenen, treffsicher, unter Berücksichtigung lokaler Besonderheiten und selbstbestimmt Konflikte zu bewältigen und Bedürfnisse zu erfüllen.

Solche Strukturen wurden vielerorts untersucht, vor allem aber durch die Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom, die mit ihrer Arbeit bestätigt, dass Commoning meistens zu »nachhaltigen, robusten und langfristigen Lösungen«¹² führt. Für den Staat selbst sind solche Lösungswege in seiner Rolle als Marktstaat so gut wie nicht erschließbar.¹³

Der bereits erwähnte Artikel 15 eröffnet aber dem Staat als Partner die Möglichkeit, sich von alten Zwängen zu lösen und seine Rolle neu zu erfinden. Statt auf Public-private-Partnerships könnte man nun auf Public-Commons-Partnerships (PCP) setzen, zu denen je nach ihrer Ausgestaltung auch die von der DWE-Initiative vorgeschlagene AöR gehören könnte. PCPs ent-

stehen, wenn Commoning-Gemeinschaften Verträge mit öffentlichen Institutionen zum Beispiel in Kommunen eingehen. Ziel dabei ist es, auf Augenhöhe gemeinsam die Bereitstellung von Land und Ressourcen zu regeln und das Commoning langfristig zu fördern.

Im Folgenden werden ein paar inspirierende Beispiele für Commons-Projekte im Bereich Wohnen vorgestellt, die das Potenzial hinter der Vergesellschaftung verdeutlichen.

Neustart Schweiz, Zürich: Aus der Mitte der Gesellschaft heraus den ökologischen Fußabdruck reduzieren

Neustart Schweiz basiert auf einem Konzept, das sich als Antwort auf das wachstumsorientierte Wirtschaftssystem versteht. Es legt seinen Fokus auf die Schaffung von Nachbarschaften in der Größenordnung von etwa 500 Personen.¹⁴ Innerhalb dieser Nachbarschaften wird eine Vielzahl von Dienstleistungen wie Begegnungszentren oder Secondhand-Depots angeboten, um das tägliche Leben angenehm und einfach zu gestalten. Das Ziel ist, die Notwendigkeit für Mobilität außerhalb der Nachbarschaft für Einkäufe und Freizeitaktivitäten so gering wie möglich zu halten. Die Nachbarschaften fungieren als Schlüsselmodul zur Schließung lokaler Kreisläufe, Förderung von Kooperation und gemeinschaftlicher Nutzung von Ressourcen. Zudem soll für eine breite Palette an Wohnformen gesorgt sein, um unterschiedlichen Lebensstilen und Generationen gerecht zu werden.

Ein komplementäres Element dazu ist das Mikro-Agro-Konzept. Die Nachbarschaften werden mit nahe gelegenen Landwirtschaftsgebieten verknüpft, die maximal 40 Kilometer entfernt sind. In dieser landwirtschaftlichen Gemeinschaft arbeiten Stadtbewohnende und Landbewohnende gemeinsam daran, Lebensmittel nachhaltig anzubauen und zu ernten. Dabei werden Permakulturprinzipien¹⁵ angewendet, um die schädlichen Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft zu vermeiden. Neustart Schweiz zielt dabei auf die Ernährungssouveränität ab und will so die politische Macht über die Lebensmittelversorgung dezentralisieren. Die Planung und Produktion von Gütern inklusive der Lebensmittelverarbeitung erfolgen umwelt-

freundlich. Rückgekoppelt mit den Bedarfen und Bedürfnissen, vermeiden sie letztendlich auch Müll. Die Mitbestimmungsmöglichkeit aller Bewohnenden innerhalb der Nachbarschaften bildet dabei die Basis dieses demokratischen Ansatzes. Mikrozentren¹⁶ sichern eine reibungslose Nahversorgung, während Quartierszentren¹⁷ eine breitere Palette an Dienstleistungen anbieten. Diese umfassende Vision ermöglicht Menschen, gemeinsam für Veränderungen einzutreten und Institutionen zu schaffen, die eine taugliche Alternative zu den bestehenden krisengebeutelten Mechanismen darstellen.

Auch wenn diese Vision noch nicht vollständig umgesetzt ist, gibt es bereits zahlreiche Bau- und Wohngenosenschaften sowie Initiativen, die sich darauf beziehen und lebendige und solidarische Nachbarschaften schaffen. Dabei versuchen sie, unter Berücksichtigung der ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten neue Lebensweisen zu erproben.¹⁸

Das Haus des Wandels in Ostbrandenburg: Soziale Integration auf dem postlokalen Dorfplatz

Ein Commons-Projekt in Ostbrandenburg verdeutlicht, wie sich das oft isoliert gedachte Wohnen mit anderen Aktivitäten verbinden lässt. Der Verein Haus des Wandels e. V. (HdW) erwarb 2018 das Gebäude einer Berufsschule auf einem 1,7 Hektar großen Areal in Heinersdorf und transformiert dieses kontinuierlich in ein Kultur- und Wohnquartier. HdW beschreibt sich selbst wie folgt: »Feministische Beziehungen, utopische Gastfreundschaft, intersektionale Analysen, transformative Aktionen, künstlerische Strategien, strukturell nachhaltige Infrastrukturen und antiautoritäre Organisationsformen sind die Grundlagen unserer Praxis.«¹⁹ Dabei sollen Brücken zwischen Stadt, Land und der globalen Gemeinschaft geschlagen werden, indem die urbane Vielfalt mit lokalen Traditionen und internationale Gäst*innen mit Bewohner*innen in einen Austausch treten.

Gezielt wird hier der ländliche Raum belebt, teilweise gemeinsam mit schon länger existierenden Dorfinitiativen. Das Haupthaus beherbergt den sogenannten postlokalen Dorfplatz mit Töpferstübchen, Dorfbibliothek, Sportraum, Umsontschrank und Werkstätten. Im Obergeschoss gibt es

Räume für Gäst*innen, das zweite Obergeschoss bietet Wohnraum für die dauerhaft Wohnenden. Der postlokale Dorfplatz dient als konkreter, zugänglicher, verbindender und widerständiger Ort, an dem Menschen respektvoll miteinander in Kontakt treten können. Das HdW legt besonderen Wert darauf, die Teilhabe an den Räumen und Prozessen intersektional²⁰ und intergenerational zu ermöglichen, weshalb die Räume kontinuierlich umgestaltet und angepasst werden können.²¹ Erfahrungen und Perspektiven werden ausgetauscht, auch vermittelt durch Kunst und Kultur. Dies geschieht in Aktivitäten wie der Nähgruppe, Jahresausflügen oder der Geflüchtetengruppe. Im Sommer 2023 wurde in Zusammenarbeit mit dem FLINTA*²²-Skatekollektiv Hera ein DIY-Skatepark auf dem Gelände errichtet, inklusive Skate-Workshops für lokale Kinder und Jugendliche.²³

Die Gebäude und das Gelände sind im Besitz des Vereins, dem alle Bewohnenden angehören. Gegenwärtig zählt der Verein etwa 15 Erwachsene und einige Kinder, alle mit vielfältigen Lebenshintergründen. Zu den Herausforderungen gehören die ökologisch nachhaltige energetische Sanierung der Gebäude und die Pflege des Geländes. Kreative Lösungen werden laufend erarbeitet, die mit einem selbstfürsorgenden Ansatz vereinbar und dabei bezahlbar sind.²⁴

vivihouse aus Wien: Gemeinsam mehrgeschossige Gebäude erzeugen und nutzen

Inspirierend für den Neubau von Gebäuden ist die vivihouse-Bauweise.²⁵ Sie wurde im Jahr 2017 entwickelt, um ökologisches Bauen für die breite Bevölkerung zugänglich zu machen. Menschen werden hier in die Lage versetzt, Bauelemente für bis zu sechsgeschossige Gebäude selbst herzustellen. Dies kann mit einfachen Werkzeugen in einer etwas größeren Garage, aber auch genauso mit einer vollautomatisierten industriellen Fertigungsstraße erfolgen. Hierbei werden natürliche Materialien wie Stroh, Lehm und Holz verwendet. Die produzierten Bauteile bleiben unabhängig von ihrem angepassten Design, ihrer Herkunft, den verwendeten Werkzeugen oder Materialien miteinander kompatibel. Sie können für verschiedene Gebäude zusammengesetzt, zerstörungsfrei demontiert und an einem anderen Ort wiederverwendet werden. So wird

eine nachträgliche Anpassung an sich ändernde Lebensumstände und Bedürfnisse ermöglicht und nebenbei CO₂ langfristig in den Bauelementen gebunden. Das Projekt wurde in Wien von drei Architekten²⁶ mit dem Ziel ins Leben gerufen zu prüfen, inwiefern die Gebäudeproduktion auch außerhalb von Marktzwängen realisiert werden kann. Innerhalb von 17 Wochen konnten über hundert Menschen ohne professionelle Erfahrung, begleitet von Fachleuten, Bauteile für zwei Gebäude im Rahmen von Bauworkshops herstellen. vivihouse ist somit ein Beispiel, wie die Interessen und Bedürfnisse der Menschen auch in Bezug auf die Produktionskultur und den Rohstoffbezug in den Mittelpunkt gestellt werden können. Die Produktionsprozesse können auch mit anderen gemeinschaftlichen Initiativen wie Waldallmenden und Acker-syndikaten zur Strohproduktion sowie offenen Produktionshallen verknüpft werden, um die Commoning-Praxis auszuweiten. Die großflächige oder mehrgeschossige Umsetzung von vivihouse hängt von der Anzahl der Commoner in einer Gesellschaft ab. Die weitreichende Vergesellschaftung von Wohnraum hat das Potenzial, neue soziale Praktiken hervorzubringen. Mit vivihouse könnten diese nicht nur in der Planung oder Nutzung von Wohnraum grundlegend sein, sondern auch im Zuge der Bau- und Produktionsprozesse.

Inseln mit Hafen aus Tübingen: Commonsgemäß finanzieren

In unserer derzeitigen Gesellschaft hat die Finanzierung von Wohnraum weitreichende sozioökonomische und ökologische Folgen. Deswegen möchten wir hier ein Fallbeispiel vorstellen, das diesen Bereich aus Commons-Perspektive in den Blick nimmt, sich allerdings noch in der Entwicklungsphase befindet. Das Projekt Inseln mit Hafen (ImH)²⁷ wurde im Jahr 2019 ins Leben gerufen, um der systeminhärenten Wachstumslogik im Wohnbereich mithilfe einer Genossenschaftsstruktur ein Schnippchen zu schlagen.

Dabei soll die »Nutzungsgebühr« in zukünftigen Wohnhäusern, den sogenannten Inseln, außergewöhnlich niedrig gehalten werden, indem das Mehrwertversprechen und das Verdienen aneinander und für Dritte konsequent ausgeschlossen werden. Dies wird erreicht, indem Menschen (sogenannte Geldableger*innen) über Genossenschaftsanteile den Erwerb von Gebäu-

den und Grundstücken finanzieren, ohne einen monetären Mehrwert zu erwarten. Dadurch können die Lebensräume in den Besitz der Genossenschaft ImH übergehen, ohne dass daran eine Kreditrückzahlung gekoppelt ist. Stattdessen zahlen die Nutzenden Gebühren, die sich an der anteiligen geschätzten Abnutzungsdauer der Gebäude orientieren.

Grund und Boden hingegen nutzen sich nicht ab, daher müssen sie nicht abbezahlt werden. Wenn Geldableger*innen (die Genoss*innen) wieder Zugriff auf ihr Geld benötigen, können ihre Anteile durch neue Anteile einer anderen Person ersetzt werden. ImH betrachtet sich als eine Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, in der »Wirtschaften« als gemeinsame Sorge für die Grundbedürfnisse aller verstanden wird. Die Geldablegenden sind Teil dieser Gemeinschaft und keine externen Kreditgebenden. So kann gemeinsam »kostengünstiges Wohnen« und darüber hinaus ein Freiraum geschaffen werden, in dem die Fürsorge für Menschen und ihre Mitwelt im Mittelpunkt stehen – jenseits der äquivalenten Tauschlogik.²⁸

Dies markiert den zweiten wesentlichen Teil des Projekts, die »Häfen«. Diese Räume stehen allen offen, einschließlich Genoss*innen, Nachbar*innen oder »Dahergelaufenen«. Die Bewohnenden der Inseln können hier vielfältige, geldlose Angebote schaffen, wie beispielsweise einen Seminarraum, einen Fairteiler fürs Foodsharing oder ein Backhaus, in dem alle Brot backen können. So entsteht eine Schnittstelle, über die Menschen hier anknüpfen, Beziehungen aufbauen und ihre eigenen Beiträge zur Pflege und Gestaltung des »Hafens« leisten können. Das Ziel von ImH ist es, Raum für neue Narrative zu schaffen, neue Werte zu kultivieren und über Erfahrungsräume die grundlegende Weltanschauung²⁹, die all unserem Denken, Fühlen und Handeln zugrunde liegt, zu transformieren.

Die Muster des Commoning als Orientierungshilfe für die Vergesellschaftung

Diese vier Beispiele zeigen eindrucksvoll, wie Commoning tiefgreifende Veränderungen in der Art und Weise, wie wir Wohnen verstehen und umsetzen, bewirken kann. Trotz der unwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

der Verwertungslogik gelingt es diesen Projekten, die aktive Teilhabe der Bewohnenden an Entscheidungsprozessen zu ermöglichen, ökologische Nachhaltigkeit zu fördern, die soziale Integration zu stärken und alternative Finanzierungsmodelle zu entwickeln. Commoning birgt das Potenzial, einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung einer nachhaltigeren und fairen Gesellschaft zu leisten.

Silke Helfrich und David Bollier haben zahlreiche Commons-Projekte untersucht und dabei 33 Muster gelungener Praktiken gesammelt. Diese haben Silke Helfrich und Julia Petzold 2021 in Form eines Kartensets veröffentlicht.³⁰ Sie enthalten die Essenzen guter Lösungen, wie sich bestehende Commoning-Projekte erfolgreich gegründet haben, sich erhalten, entwickeln und gegen Profit- und Verwertungslogik verteidigen.³¹ Einige dieser Muster finden sich in den vorgestellten Projekten wieder:

Ohne Zwänge beitragen

Wie kommen die nötigen Beiträge materieller und immaterieller Art zusammen?

Beiträge erfolgen freiwillig – zwischen Lust und Notwendigkeit – oder werden gemeinsam beschlossen. Sie sind keine Reaktion auf äußeren Druck oder Sanktionen. Dabei werden Leistungen nicht genau gegeneinander aufgerechnet. Es ist wichtig zu verinnerlichen, dass nicht alle Commons zu jeder Zeit gleich viel beitragen können. Ihre unterschiedlichen Möglichkeiten transparent zu machen, hilft, empfundene Fairness im gegenseitigen Austausch herzustellen. Oft sind Beiträge unsichtbar.

- Menschen bringen leckere Gerichte zu einem Buffet mit, tragen Geld zu einem Crowdfunding bei, bringen sich vielfältig im klassischen Ehrenamt ein und geben Wissen und Fertigkeiten weiter (Fahrräder reparieren, Fliesen legen oder in der Wikipedia schreiben).

Ohne Zwänge beitragen

Geldunabhängige Sicherheit schaffen

Gegenseitigkeit behutsam ausüben

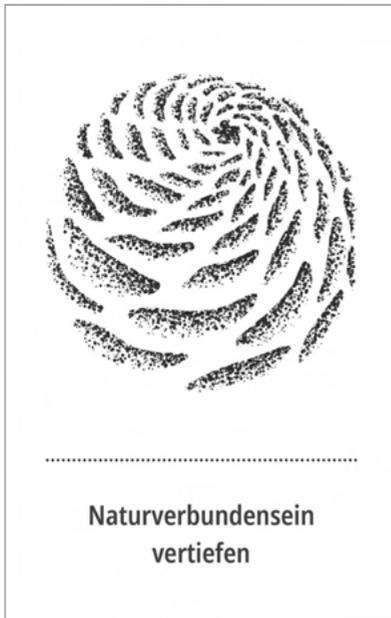
Commoning gemäß finanzieren

Pools deckeln & aufteilen

Pools deckeln & umlegen

Beitragen & verbreiten

1 *Ohne Zwänge beitragen* – eine von derzeit 33 Musterkarten des Commoning.
Quelle: Helfrich, Silke / Petzold, Julia (2021).



Naturverbundensein vertiefen

Wie wird der Naturbezug gelebt?



Commoners agieren so, dass sie lebensdienlich handeln und sich als pflegnutzender Teil der Natur erfahren können. Damit überwinden sie die Wahrnehmung, das Menschsein sei getrennt von der Natur. Die Bezogenheit auf natürliche Rhythmen, wie etwa die Jahreszeiten, kann dabei helfen.

- Die Wildnispädagogik stellt klar: Menschen brauchen einen emotionalen Bezug zur Natur, um sich als deren Teil zu begreifen.
- Das erste Permakulturprinzip ist die Beobachtung und die Interaktion mit der Natur.
- Naturreservate werden oft an den dort lebenden Menschen vorbei geplant. Manche Naturschützerinnen denken, die Natur wäre ohne die Menschen besser dran. So negieren sie uns auch als Naturwesen. Das Volk der *San* in Botswana hat mit dem Programm *Der Mensch und die Biosphäre* von 2007 das Gegenteil bewiesen.

Poolen, deckeln & aufteilen

Situierendem Wissen vertrauen

Rituale des Miteinanders etablieren & pflegen

2 *Naturverbundensein vertiefen* – eine von derzeit 33 Musterkarten des Commoning.
Quelle: Helfrich, Silke / Petzold, Julia (2021).

Die Muster »Commonsgemäß finanzieren« und »Ohne Zwänge beitragen« sind beispielsweise bei *Inseln mit Hafen* zu erkennen. Hier wird im Wohnbereich der sozioökonomische Ausschluss aufgelöst, den die Marktlogik erzeugt.

Das Muster »Sich in Vielfalt gemeinsam ausrichten«, wie es bei Neustart Schweiz und im Haus des Wandels eindrucksvoll praktiziert wird, fördert Vielfalt und Aushandlungskompetenzen in einer Gesellschaft, die oft von Trennung und Diskriminierung geprägt ist. Die Muster »Gemeinsam erzeugen & nutzen« und »Auf konviviale Werkzeuge setzen« finden sich im Do-it-together-Ansatz von vivihouse wieder und reduzieren den Ressourcenverbrauch enorm. Das Muster »Naturverbundensein vertiefen« ist in all diesen Beispielen verankert, am deutlichsten bei vivihouse und Neustart Schweiz.

Von der Marktabhängigkeit zum Commoning: das Potential der Vergesellschaftung

Wenn Menschen, die mit den betroffenen Orten verbunden sind, entscheidend mitwirken, steigen die Chancen, dass die Bedürfnisse künftiger Generationen und anderer Mitbewesen berücksichtigt werden und zwischen ihnen sinnstiftende Beziehungsformen entstehen.

Resümee und Ausblick

Eine mögliche Vergesellschaftung von Wohnraum in Berlin bietet die Chance, Erfahrungen zu sammeln und zu lernen, wie Ressourcen in großem Maßstab gemeinschaftlich verwaltet, umweltbewusst gehandelt und soziale Gerechtigkeit hergestellt werden kann. Die dabei erprobten Konzepte könnten weiterhin auf andere Lebensbereiche übertragen werden und somit als Vorbild für ähnliche Herausforderungen in anderen Städten und Gemeinden dienen.

Die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« verteidigt auf beeindruckende Art und Weise die Option einer staatlichen Daseinsfürsorge. Ihrer Standhaftigkeit gegenüber dem Taktieren und Verzögern der aktuellen Berliner Regierung ist zu verdanken, dass dieser Möglichkeitsraum derzeit noch offenbleibt. Die vorgeschlagene AöR ist ein erster Schritt, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wenn bei der Verwaltung des vergesellschafteten Wohnraums die Erfahrungen aus bestehenden Commons-Projekten miteinbezogen werden, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit erheblich, dass größere Teile der Gesellschaft die ökologische Zerstörung und ihre Folgen angehen.

Es wäre essenziell, dass der Rahmen der AöR ein Mindestmaß an Selbstorganisation auch für Bewohner*innen vorsieht, die sich nicht in höherem Maße einbringen möchten oder können. Zugleich sollte jegliche Form der stärkeren Selbstorganisation unterstützt und entsprechende Entscheidungsfreiheiten gewährt werden.

Schließlich liegt im Artikel 15 des Grundgesetzes und in der AöR die Chance, dass wir als Bürger*innen im Rahmen von Public-Commons-Partnerships mit dem Staat gemeinsam dessen Rolle und Ausrichtung neu gestalten. Der Staat, also jene Institution, die mitten im Klimaendspiel³² ökologische Zerstörung zugunsten von Wachstum und Profit fördert, erfährt im Artikel 15 ein völlig anderes Verständnis seiner Rolle: Hierin liegt die Chance,

den Marktstaat perspektivisch durch einen Partnerstaat zu ersetzen, der seinen Bürger*innen bei der Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse als Ermöglicher zur Seite steht. Das schafft Grundlagen für ein bedürfnisorientiertes, fürsorgendes Wirtschaften, ein faires Miteinander und die Regeneration unserer Beziehungen – unter uns Menschen und mit unserer Mitwelt.

Anmerkungen

- 1 Der Begriff Multiple Krise bezieht sich auf eine historisch spezifische Konstellation verschiedener, sich wechselseitig beeinflussender Krisenprozesse im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus. Er umfasst das gemeinsame Auftreten ökonomischer, ökologischer, sozialer und politischer Krisenkomplexe, einschließlich der erzwungenen Migration, der Krise der Geschlechterverhältnisse, der hegemonialen Männlichkeit, der sozialen Integration und Ernährungssicherheit. Die Verwendung des Begriffs Multiple Krise ermöglicht es, über eine rein ökonomische Perspektive hinauszugehen und die vielfältigen Aspekte der Krisenerscheinungen in ihrer Gesamtheit zu erfassen; Demirović, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian / Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, VSA.
- 2 Gemeint sind Wohnungen, die – durch öffentliche Mittel finanziert – ursprünglich im Eigentum und unter der Kontrolle ihrer Gemeinde standen und schließlich durch den Verkauf an Unternehmen privatisiert wurden.
- 3 Holm, Andrej (2018): Rückkehr der Wohnungsfrage [<https://www.bpb.de/themen/stadt-land/stadt-und-gesellschaft/216869/rueckkehr-der-wohnungsfrage/>].
- 4 Jerchel, Paul / Pape, Judith (2021): Commons-Public Partnerships. Neue Kooperationsformen für die sozialökologische Transformation [https://publications.rifs-potsdam.de/rest/items/item_6002376_5/component/file_6002391/content].
- 5 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 15 [https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_15.html].
- 6 Deutsche Wohnen und Co enteignen: Gemeingut Wohnen. Eine Anstalt öffentlichen Rechts für Berlins vergesellschaftete Wohnungsbestände [<https://berlin-plattform.de/wp-content/uploads/2023/06/Gemeingut-Wohnen.pdf>].
- 7 Expertenkommission zum Volksentscheid (2023): Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen [<https://www.berlin.de/kommission-vergesellschaftung/downloads/>].
- 8 Die neue schwarz-rote Berliner Regierung möchte ein Vergesellschaftungsrahmengesetz verabschieden, welches rechtlich nicht notwendig ist und von einigen Jurist*innen als verfassungswidrig eingestuft wird. Freiß, Georg / Laven, Timo (2023): Vergesell-

Von der Marktabhängigkeit zum Commoning: das Potential der Vergesellschaftung

- schaftungsverzögerungsgesetz [<https://verfassungsblog.de/vergesellschaftungsverzoegerungsgesetz/>]. DWE kündigte deshalb einen Gesetzesvolksentscheid an, um die Verschleppungsstrategien der Regierung zu durchkreuzen. DWE (2023): Initiative kündigt Gesetzesvolksentscheid an [<https://dwenteignen.de/aktuelles/neuigkeiten/initiative-kuendigt-gesetzesvolksentscheid-an>].
- 9 Vergleiche die Definition des Commons Instituts e. V. [<https://commons-institut.org/>].
 - 10 Verwertungslogik als Prinzip des neoliberalen Kapitalismus im Gegensatz zu Bedürfnisorientierung, Versorgungs- und Schutzlogik als Prinzipien einer Ökonomie ohne Profitorientierung.
 - 11 Zum Vergleich der Ontologie von Commoning und Kapitalismus vgl. Euler, Johannes / Preissing, Sigrun (2022): Mustersprache des Commoning. Theorie, Methodik, Praxis, in: ZGuG, 45(2), S. 266–294.
 - 12 Ostrom, Elinor (1990): *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action*, Cambridge University Press.
 - 13 Helfrich, Silke / Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2012): *Commons. Für eine Politik jenseits von Markt und Staat*, Transcript.
 - 14 Neustart Schweiz / Idee [<https://www.neustartschweiz.ch/idee/>].
 - 15 Permakultur ist ein Gestaltungskonzept, das auf Prinzipien aus der Natur- und Umweltökologie basiert. In den 1970er-Jahren entwickelt, strebt die Permakultur ökologisch stabile, tragfähige und sozial gerechte Systeme an. Besondere Bedeutung kommen Prinzipien wie der Beobachtung natürlicher Systeme, das Sich-zunutzen-Machen von Synergien und der Förderung von Diversität zu. Übergeordnetes Ziel ist es, nachhaltige und sich selbst erhaltende Systeme in Bereichen wie Landwirtschaft, Gartenbau und Siedlungsgestaltung zu schaffen.
 - 16 Mikrozentren stellen Räume innerhalb eines Quartiers dar, die den Bewohner*innen einer Nachbarschaft rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Dort befinden sich ein Lebensmitteldepot und Verarbeitungsräume, Bibliothek sowie haushaltsnahe Dienstleistungen. Diese Mikrozentren setzen auf Einsparung von Hausarbeit und Senkung der Lebenskosten durch freiwillige Mitwirkung der Nachbar*innen und fördern dabei soziale Synergie und kulturelle Belebung. Neustart Schweiz (2016): *Nach Hause kommen. Nachbarschaften als Commons*, Edition volles Haus, S. 113.
 - 17 Quartier meint hier den Zusammenschluss mehrerer Nachbarschaften. Im Quartierszentrum finden sich übergeordnete Angebote, wie zum Beispiel Zahnärzt*in, Post, Versammlungsräume oder Kino. Sie sind von mehreren Nachbarschaften fußläufig erreichbar. Neustart Schweiz (2016): *Nach Hause kommen. Nachbarschaften als Commons*, Edition volles Haus, S. 30.
 - 18 Neustart Schweiz / Projekte [<https://www.neustartschweiz.ch/mitmachen/>].

- 19 Haus des Wandels [<https://hausdeswandels.org/>].
- 20 Eine intersektionale Perspektive erkennt an, dass Menschen nicht allein durch eine einzelne Dimension ihrer Identität, wie Geschlecht, Rasse, Klasse oder Sexualität, definiert werden, sondern durch das komplexe Zusammenspiel verschiedener gesellschaftlicher Positionierungen. Diese beeinflussen sich gegenseitig und sind miteinander verflochten, was die Vielfalt und Komplexität individueller Lebenserfahrungen treffender widerspiegelt. Der Ansatz zielt darauf ab, Diskriminierung und Ungleichheit in all ihren Facetten besser zu verstehen und anzugehen.
- 21 RaumUmOrdnung Kulturquartier Heinersdorf [<https://hausdeswandels.org/raumumordnung/>].
- 22 FLINTA* steht für Frauen, Lesben, Intersexuelle, Nicht-binäre Personen, Transgender und asexuelle Personen. Der Stern (*) betont die Vielfalt der Geschlechtsidentitäten und -ausdrücke, damit die Abkürzung auch jene Menschen einschließt, die sich in keinem der Buchstaben wiederfinden, aber dennoch von Marginalisierung bzw. Ausgrenzung betroffen sind.
- 23 Skate and Create Camp 2023, HDW [<https://hausdeswandels.org/hera/>].
- 24 Haus des Wandels: HDW Care Book [https://hausdeswandels.org/wp-content/uploads/2023/02/Care_Book_druck-Kopie.pdf].
- 25 vivihouse [<https://www.vivihouse.cc/>].
- 26 Ebd.
- 27 Inseln mit Hafen [<https://inselnmithafen.org/>].
- 28 Preising, Sigrun (2016): Beitragen und äquivalentes Tauschen, Ulrike Reimer.
- 29 Mit grundlegender Weltanschauung ist hier Ontologie gemeint. Helfrich, Silke (2018): Für eine ontologische Wende, in: Oya, Ausgabe 18(47).
- 30 Helfrich, Silke / Petzold, Julia (2021). Commoning oder wie Transformation gelingt. Auftakt einer Mustersprache, Selbstverlag.
- 31 Helfrich, Silke / Bollier, David (2019): Frei, Fair und lebendig. Die Macht der Commons. Transcript.
- 32 Kemp, Luke / Xu, Chi / Depledge, Joanna / et al. (2022): Climate Endgame: Exploring catastrophic climate change scenarios [<https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2108146119>].

Konvivialität und Commons¹

Solidarische Bau- und Wohnweisen am Beispiel des Wiener Architekturprojekts

Josef Mühlbauer

Abstract

Dieser Beitrag fokussiert sich auf solidarische Bau- und Wohnweisen, konkret am Beispiel des Wiener Architekturprojekts vivihouse. Da die herkömmliche Bauweise auf große Mengen Sand und Beton angewiesen ist und einen enorm hohen CO₂-Fußabdruck aufweist, sind alternative Bau- und Wohnweisen gefragter denn je. Gerade in Zeiten der multiplen Krisen braucht es konkrete Ansätze, die das Soziale mit dem Ökologischen zusammendenken und somit eine gerechte, sozialökologische Transformation anstoßen können. Obwohl vivihouse (noch) ein Nischenprojekt ist, kann es als Paradebeispiel für nachhaltiges Bauen betrachtet werden.

Einleitung und Problemstellung

Wohnen ist eines der zentralen menschlichen Bedürfnisse. Dieses wird aufgrund der wirtschaftlichen Krisen, Inflation, (Miet-)Spekulationen, Teuerungen und durch neoliberale Einsparungspolitikern zunehmend gefährdet. Die Mietpreise sind in den letzten Jahren massiv gestiegen. Aufgrund des Beschlusses der Bundesregierung wurden allein 2022 in Wien die Mieten insgesamt dreimal erhöht.² Gerade in diesen Zeiten der Krise und in Zeiten der Mietspekulation wird die Frage laut, inwiefern Wohnen ein Marktpro-

dukt oder eine öffentliche Aufgabe ist bzw. sein sollte. Damit einhergehend, wird auch die Forderung eingebracht, dass Wohnen ein Grundrecht für alle darstellen solle. Das einstige solidarische Vorbildmodell, nämlich der Wiener Gemeindebau, könnte durch die Mobilisierung von privatem Kapital wie etwa durch Public-private-Partnerships (PPP) zunehmend in Richtung einer Privatisierung dieser öffentlichen Dienstleistung führen. Doch müssen alle Bereiche des Lebens der Profitlogik unterliegen? Gerade im Bereich des Wohnens sticht die Klassendimension hervor. Es ist eine eindeutige Korrelation zwischen der Höhe des Durchschnittseinkommens und der Größe der Wohnfläche festzuhalten. In den Bezirken mit den höchsten Durchschnittseinkommen in Wien (im 1., 7. und 14. Bezirk) sehen wir gleichzeitig den höchsten durchschnittlichen Verbrauch von Wohnfläche. In den »Arbeiter*innenbezirken«, wie z. B. dem 10. Wiener Gemeindebezirk, sehen wir hingegen die gegenteilige Konstellation. Niedrige Einkommen korrelieren mit geringen Wohnflächen.³ Gerade in Zeiten der Covid-19-Pandemie und damit einhergegangenen Ausgangsrestriktionen wurde vor allem im Bereich des Wohnens eine Verwobenheit von Gesundheit und Vermögen sichtbar. Diejenigen, die sich ein Ferienhaus bzw. ein Haus auf dem Land oder eine größere Wohnung leisten konnten, hatten einen größeren Bewegungsraum und waren somit weniger von den Ausgangsbeschränkungen betroffen. Die soziale Dimension und die Konflikte im Bereich des Wohnens hat die Architektin und Universitätsprofessorin Gabu Heindl in ihrem Buch *Stadtkonflikte* aufgezeigt: Durch Gentrifizierung, autoritäre Sicherheitsmaßnahmen und nicht zuletzt durch Anpassung an Investmentinteressen werden hohe Gewinne gemacht, und zwar mit Wohnungsnot, Betongeld und mit dem urbanen Raum als Kapitalwertanlage.⁴ Für sie gibt es keinen Grund die Mieten jetzt zu erhöhen. Heindl kritisiert zudem, dass der geförderte Wohnbau nicht ausnahmslos und dauerhaft sozial gebunden ist: »Das verunsichert Mieter – und das ist es, was der Markt sich wünscht. Dass private Konzerne wie Vonovia zuerst sozialen Wohnraum privatisieren und danach in Wien »sozialen« Wohnneubau mit anbieten können, ist skandalös.«⁵ Städte können auch durch Gesetze für gerechtere Wohnverhältnisse sorgen. Barcelona hat zum Beispiel ein älteres Gesetz reaktiviert, mit dem leer stehende bezie-

ungsweise nicht genutzte Wohnungen wieder bewohnbar gemacht werden können.

Im roten Wien gab es ein ähnliches Wohnungsanforderungsgesetz, das verhindern sollte, dass Wohnungen leer stehen (z. B. aufgrund von Mietspekulationen). In Deutschland gibt es diesbezüglich das Zweckentfremdungsgesetz, wonach leer stehende Wohnungen als Zweckentfremdung dargestellt werden.

Doch nicht nur ökonomische und soziale Aspekte spielen beim Wohnen eine Rolle. Neben dem persönlichen Wohlbefinden, also neben der gesundheitlichen Dimension, ist auch die ökologische Dimension ein sehr relevanter Aspekt. Die Bauindustrie trägt signifikant zum derzeitigen CO₂-Fußabdruck bei. Weltweit werden jährlich über 4,6 Milliarden Tonnen Zement verbaut, bei dessen Herstellung rund 2,8 Milliarden Tonnen CO₂ ausgestoßen werden; das sind fast acht Prozent der weltweiten Emissionen.⁶ Damit belastet die Baubranche unsere Ökosysteme deutlich mehr als der Flugverkehr und die Rechenzentren. Rechenzentren kommen auf einen Ausstoß von etwa 100 bis 500 Millionen Tonnen CO₂.⁷ Aufgrund von Zersiedelung werden immer mehr Wohnungen und Häuser gebaut, Landflächen, die für die Landwirtschaft und Ähnliches wichtig sind, werden unbrauchbar gemacht. Allein in Österreich werden im Durchschnitt täglich rund 11,3 Hektar Land versiegelt.⁸

Das entspricht einer Fläche von über acht Fußballfeldern, welche täglich dem natürlichen Ökosystem entnommen und mit Beton und Zement zugeschüttet wird.

Das Wohnen spiegelt die derzeitigen multiplen Krisen wider. Die Faktoren von Umwelt und sozialer Ungleichheit bedingen sich wechselseitig, wobei diejenigen mit höheren Durchschnittseinkommen größere Wohnflächen, eine höhere Lebenserwartung und direkt oder indirekt einen höheren Anteil am CO₂-Fußabdruck aufweisen.

Angesichts dieser Problematik im Bereich des Bauens und Wohnens haben sich die Architekt*innen des vivihouse-Projekts an der Technischen Universität Wien gefragt, wie man dies vermindern oder gar lösen könnte. Im Rahmen eines Forschungspraktikums am Institut der Politikwissenschaft in Wien analysierte ich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive und mittels einer Methodentriangulation⁹, bestehend aus Interviews, Website- und Inhaltsanalyse,

dieses TU-Projekt namens vivihouse. Ein kurzer Ausschnitt meiner Untersuchung wurde im Sammelband *Zur imperialen Lebensweise* veröffentlicht. Doch bevor ich auf die zentralen Erkenntnisse dieser Studie eingehe, möchte ich die zentralen Begriffe und Konzepte dieser Arbeit erläutern.

Commons & Konvivialität

Initiiert wurde vivihouse von der Initiative for Convivial Practices an der Technischen Universität in Wien. Da »Convivial Practices« bereits im Namen des Projektes erscheint, wird deutlich, dass das Konzept der Konvivialität von Ivan Illich im Zentrum dieses Projektes steht. Konvivial oder lebensgerecht bzw. solidarisch zusammenlebend ist für den österreichischen Autor jene Gesellschaft, in der der Mensch das Werkzeug (das heißt die Produktionsmittel) durch politische Prozesse kontrolliert und gemeinschaftlich einsetzt.¹⁰ Damit wollte Illich die Kooperationsneigung der Menschen verdeutlichen. Vor allem das Bauen kann das Verhältnis der Menschen zueinander befördern. Mit diesem Konzept wird zudem deutlich, dass wir Menschen soziale Wesen sind, die voneinander abhängig sind, voneinander lernen können und miteinander in solidarische Beziehungen treten können.¹¹ Ein solidarisches Bauen wirkt Entfremdungsprozessen (zu seinen Mitmenschen, zur Natur oder zur eigenen Arbeit) entgegen und fördert sowohl Inklusion als auch Partizipation.

Ein weiterer zentraler Gedanke durchzieht dieses Architekturprojekt. Es handelt sich hierbei um den Begriff des »Commoning« beziehungsweise der »Commons«, der ursprünglich aus dem lateinischen *communis* stammt. Es bezeichnet jene Ressourcen (auch Dienstleistungen und Wissen), welche aus selbstorganisierten und demokratischen Prozessen des gemeinschaftlichen und vor allem des bedürfnisorientierten Herstellens, Verwaltens, Pflegens und Nutzens entstammen.

Im Handbuch misst vivihouse diesem Konzept folgende Bedeutung zu:

- » Das vorliegende Toolkit [Buch] zeigt die dabei erlangten Erkenntnisse und gibt einen Einblick, wie durch Partizipation und Selbstorganisation unsere gebaute Umwelt im Selbstbau gestaltet werden kann. [...] Zu den sozialen

Innovationen zählen wir vor allem Commons bzw. Commoning sowie das ›Do it yourself‹-Prinzip (DIY).«¹²

Sozialökologisches Bauen und Wohnen

Die Art und Weise, wie wir bauen und wohnen, ist ausschlaggebend dafür, wie wir mit unserer Umwelt (Ressourcenverbrauch) und unseren Mitmenschen (Individualisierung) umgehen. Diese Aspekte werden deutlich vom TU-Projekt vivihouse unterstrichen. Die Autor*innen der Studie und Initiator*innen des Projekts haben ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse im Format des Open Source veröffentlicht. Ihre Intention war es, dass sich so viele Menschen wie möglich selbst durch dieses Wissen ermächtigen. Diese Logik läuft dem eigennützigen Gedanken der Profitmaximierung und Privatisierung entgegen.

Im Bereich des Ökologischen thematisieren die Autor*innen der Studien die Abfallhierarchie und sprechen somit von den 3R (*reuse, reduce, recycle*). Aufgrund der Grundrissflexibilität können Materialien eingespart (*reduce*) und wiederverwendet (*reuse*) werden. Die einzelnen Wände von vivihouse können sich den Lebensphasen des Menschen und somit seinen Wohnbedürfnissen flexibel anpassen. Wenn beispielsweise Nachwuchs erwartet wird oder wenn aus einem Schlafzimmer ein Atelier werden soll, dann sind die Grundrisse von vivihouse derart beschaffen, dass der Wohnraum an die neuen Lebenssituationen angepasst werden kann. Diese Grundrissflexibilität verdankt vivihouse dem Modularsystem. Das Haus besteht aus verschiedenen einzelnen Modulen, die man wie »Legobausteine« zusammenfügen oder auseinandernehmen kann. Dadurch muss man nicht gleich ein Haus abreißen und ein völlig neues hinstellen, und man muss nicht ausziehen, wenn ein weiteres Zimmer benötigt wird. Diese zusätzliche Option, die man bei dieser Art des Bauens und Wohnens hat, beinhaltet nicht nur eine persönlich-individuelle, sondern auch eine umweltschonende und somit auch gesamtgesellschaftliche Dimension. Angesichts der Tatsache, dass es eine starke Migration aus dem ländlichen Raum in Richtung Stadt gibt, kommt es zu einer strukturellen Veränderung der Gesellschaft. Häuser und Wohnungen auf dem Land stehen leer und kön-

nen in vielen Fällen nicht verwendet werden. Mit dem genannten Modularsystem könnte man diesem Prozess entgegensteuern, indem das gesamte Haus oder die Wohnung in seine einzelnen Bauteile zerlegt und an einem anderen Ort wieder aufgebaut wird. Das spart nicht nur Ressourcen, sondern auch Abfälle. Mineralische Bau- und Abbruchabfälle stellen mit etwa einem Fünftel des Gesamtabfallaufkommens einen wesentlichen Anteil (11,7 Millionen Tonnen in 2017 exklusive Aushubmaterialien) der insgesamt in Österreich anfallenden Abfälle dar (64,2 Millionen Tonnen in 2017).¹³ Das Material, aus dem ein vivihouse gebaut wurde bzw. gebaut wird, besteht aus erneuerbaren und rascher regenerierbaren Materialien wie Holz, Stroh und Lehm. Lediglich das Fundament des Hauses besteht aus Beton. Holz, Stroh und Lehm sind landwirtschaftliche Produkte, die einfacher zu recyceln sind als Baustoffe der herkömmlichen Bauindustrie (z. B. Zement). Das Konzept der Konvivialität wird bereits im Namen des TU-Projekts emblematisch¹⁴ angeführt. Das Ziel dieser Bauweise sind ein möglichst hierarchiearmer Bauprozess sowie die Etablierung von autonomen Ermächtigungsprozessen im Bau- und Wohnsektor. Das explizit geäußerte und ausbuchstabierte Ziel ist es, eine Bauweise mit flachen Hierarchien zu etablieren, wo Ingenieur*innen, Baumeister*innen, Rohstofflieferant*innen und Bewohner*innen bzw. Eigentümer*innen gemeinsam arbeiten und sich gegenseitig unterstützen, beraten und helfen. Dadurch soll ein solidarisches Miteinander geschaffen werden. Dieses »Teilen vom Hammer« – wie es Ivan Illich beschrieben hat – schafft Freund*innenschaften, engere Beziehungen, offenere Kommunikation und steuert dem Prozess der Entfremdung entgegen. Ivan Illichs Konzept greift das Problem der kapitalistischen Entfremdung auf. Die Wohnblöcke (auch »Wohnbaumaschinen« genannt), die schnell, kostengünstig und »effizient« gebaut werden, zeigen den entpersonalisierten und somit auch entfremdeten Charakter wieder, da Menschen quasi anonym wohnen und keine funktionierende und integrierte Nachbarschaft und Stadtteilgemeinschaft hervorbringen.¹⁵ Auf zwei Weisen begegnen die Architekt*innen von vivihouse dieser Problematik. Einerseits fördert ihr Projekt das gemeinschaftliche Bauen, wodurch der Entfremdung vom eigenen Produkt entgegengesteuert wird. Andererseits ermöglicht dieser Modularbau, der sozialen Entfremdung (Atomisierung, Individualisierung etc.) eine soli-

darische Antwort zu liefern, da Mehrgenerationenhäuser entstehen können und der Raum sich den Bedürfnissen und den Lebensrealitäten anpassen kann.

Wie bereits im konzeptionellen Teil der Arbeit erwähnt, bezieht sich Commons auf Güter, Produkte und Werkzeuge, die gemeinschaftlich und solidarisch genutzt werden. Es bedarf somit nicht mehrerer Hämmer, Einbauküchen, technischer Geräte für jede Person, sondern mehrere Haushalte teilen und koordinieren all diese Geräte. Vor allem dieses Prinzip des Commoning zeigt sowohl die ökologische Dimension, da Ressourcen gespart werden, als auch die soziale Dimension, da das Teilen und Gebrauchen in Abgrenzung zum Privatisieren und Besitzen in den Vordergrund tritt.¹⁶ Das Prinzip der Commons ist explizit im Interview mit dem Architekten Paul Schulz und implizit in der Arbeit von vivihouse sichtbar.¹⁷

Zum Abschluss soll noch der Aspekt der Kreislaufwirtschaft erwähnt werden. Da die Materialien zum Wohnbau bei vivihouse überwiegend nicht aus Zement und Beton bestehen, verbraucht ein vivihouse-Gebäude weniger Sand, der meist aus Regionen und Ländern des Globalen Südens importiert wird. Die konventionelle und derzeitig hegemonial etablierte Bauindustrie trägt signifikant dazu bei, dass Sand abgetragen wird. Ganze Küstengebiete und somit wichtiger Lebensraum für Menschen und Tiere verschwinden vor unseren Augen (Küstenerosion).¹⁸ Nach konservativen Schätzungen werden jährlich rund zehn Milliarden Tonnen Sand verbraucht. »Rund 92 Prozent des indonesischen Fischbedarfs werden durch die traditionelle Fischerei gedeckt. Durch den Sandabbau verlieren wir unsere Korallenriffe und unsere Fische. Die Fischer verlieren ihre Lebensgrundlage, ihre Familien haben kein Einkommen mehr, wir verlieren alles«, so Riza Damanik, Leiterin einer lokalen indonesischen Naturschutzorganisation.¹⁹

Daher versucht vivihouse, natürliche Materialien aus der näheren Umgebung in den Bauprozess einzubinden und zirkulieren zu lassen. Lokale Bäuerinnen und Bauern können das notwendige Stroh liefern, und Holz kann ebenfalls aus der Region stammen bzw. entnommen werden.

Schlussfolgerungen

Das TU-Projekt vivihouse zeigt nicht nur ein präzises Verständnis von den Ursachen von Zersiedelung, Ressourcenverbrauch und sozialer Atomisierung. Darüber hinaus zeigt es, wie mit wiederverwendbaren natürlichen Materialien gebaut und solidarisch miteinander gewohnt werden kann. In der Studie, auf der Website und im Interview mit dem Architekten Paul Schulz wurden u. a. folgende Begriffe bzw. theoretische Konzepte erläutert: Open Source, 3R, Konvivialität, Commoning und Kreislaufwirtschaft. Explizit verbinden die Autor*innen der Studie die soziale mit der ökologischen Dimension und bieten dadurch eine solidarische Art des Bauens an. In Zeiten der multiplen Krisen ist das Zusammendenken von sozialen und ökologischen Aspekten von großer Bedeutung, da es der komplexen Problemstellung gerecht wird. Gerade der ressourcenintensive Bereich des Bauens trägt maßgeblich zur menschengemachten Umweltkatastrophe bei, somit kann die gesellschaftliche Bedeutung solcher Initiativen nicht hoch genug gepriesen werden. Dieses Projekt kann darüber hinaus im Bereich von Degrowth/Postwachstum verortet werden, da es entgegen der Profitlogik auf Prinzipien wie DIY und Open Source setzt. Solidarisches Bauen und Wohnen inkludiert somit nicht nur individuelle Aspekte des Wohlbefindens (Salutogenese) und soziale Aspekte (leistbares Wohnen), sondern inkludiert zudem das Ökologische (3R, Commoning, Kreislaufwirtschaft). Durch das Commonsprinzip stellt sich vivihouse gegen die Ausbreitung und Etablierung kapitalistischer Wertschöpfungslogiken, die im Eigentumsprinzip historisch verankert sind. Im Sinne einer sozial gerechten Transformation können solche Nischenprojekte ein wichtiges Fundament für größere Projekte und sogar gesamtgesellschaftliche Veränderungen darstellen.

Anmerkungen

- 1 »Konvivialität« ist ein aus Frankreich stammender Begriff und wurde maßgeblich von Ivan Illich geprägt. Der Begriff deutet auf den sozialen Aspekt, also auf das Gemeinschaftliche, im Bauen und in der Produktivität hin. Darüber hinaus geht es Ivan Illich um die technische Selbstbegrenzung, d. h. um den sozialökologischen Einsatz von Technologien. Der Begriff »Commons« bezieht sich ebenfalls auf die gemeinsam hergestellten und genutzten Produkte bzw. Ressourcen. Es bezeichnet selbstorganisierte und bedürfnisorientierte Formen des Handelns, Produzierens und Konsums. In beiden Begriffen steckt eine grundlegende Wachstumskritik, d. h. auch Kapitalismuskritik.
- 2 Mietervereinigung (2023): Mietzinserhöhung und Indexanpassung 2023 [<https://mietervereinigung.at/News/841/60247/Mietzinserhoehung-und-Indexanpassung-2023>].
- 3 Mühlbauer Josef / Hafner, Jana / Pflug-Hofmayr, Walentina / Marjanovic, Andrea (2022): Degrowth als mögliche Überwindungsstrategie der imperialen Lebensweise, in: Josef Mühlbauer & Leo Gabriel (Hrsg.): Zur imperialen Lebensweise, Wien, S. 95–120.
- 4 Heindl, Gabu (2022): Stadtkonflikte. Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung. Mandelbaum Verlag.
- 5 Heindl, Gabu (2023): »In Wirklichkeit dürfte die Miete nie steigen« [<https://mietervereinigung.at/News/841/60255/In-Wirklichkeit-duerfte-die-Miete-nie-steigen>].
- 6 Witsch, Kathrin (2020): Klimakiller Beton. So will die deutsche Zementindustrie CO₂-neutral werden [<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/klimaschutz-klimakiller-beton-so-will-die-deutsche-zementindustrie-co2-neutral-werden/-26652040.html#:~:text=Global%20werden%20j%C3%A4hrlich%20%C3%Bcber%204,Flugverkehr%20und%20Rechenzentren%20zusammen%20aussto%C3%9Fen>].
- 7 Umweltbundesamt (2022): Rechenzentren [<https://www.umweltbundesamt.de/themen/digitalisierung/gruene-informationstechnik-green-it/rechenzentren#undefined>].
- 8 Science ORF (2022): Jeden Tag acht Fußballfelder [<https://science.orf.at/stories/3216384>].
- 9 »Triangulation« nennt man in der Forschung jene Herangehensweise, bei der eine Kombination aus mehreren unterschiedlichen Perspektiven und Untersuchungsmethoden verwendet wird.
- 10 Ivan Illich zit. n. Fürst, Michael / Kichler, Nikolas / Schulz, Adrian (2018) (Hrsg.): Ein Toolkit für urbanen Selbstbau [https://issuu.com/vivihouse/docs/f__rst-kichler-schulz_toolkit_f__r_].
- 11 Adloff, Frank (2016): Degrowth trifft Konvivialismus: Wege in eine konviviale Gesellschaft [<https://degrowth.info/en/blog/degrowth-trifft-konvivialismus-wege-in-eine-konviviale-gesellschaft-2>].

- 12 Fürst, Michael / Kichler, Nikolas / Schulz, Adrian (2016): Ein Toolkit für urbanen Selbstbau [https://issuu.com/vivihouse/docs/f__rst-kichler-schulz_toolkit_f__r_].
- 13 Umweltbundesamt (2019): Behandlung von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen. Detailstudie Österreich, S. 6.
- 14 »Emblematisch« steht auch für sinnbildlich, metaphorisch, beschreibend und kennzeichnend.
- 15 Jacob, Rüdiger / Kopp, Johannes / Hafke, Jan-Henrik / Thum, Robert (2020): Gemeinschaftliche Wohnformen zwischen Entfremdung und Resonanz. Zur Lage der wohnenden Klasse in Trier, Springer Verlag, S. 14.
- 16 Habermann, Friederike (2016): Ecommony. UmCare zum Miteinander. Ulrike Helmer Verlag.
- 17 Adrian Paul, Schulz (2020): vivihouse, Sozialökologisches Bauen und Wohnen, Kreislaufwirtschaft [<https://www.youtube.com/watch?v=tOJPIEX378I&t=30s>].
- 18 Kandarr, Jana (2018): Folgen des Sandabbaus [<https://themenspezial.eskp.de/metropolen-unter-druck/natuerliche-ressourcen-unter-druck/folgen-des-sandabbaus-93767>].
- 19 ARDAalpha (2021) [<https://www.ardalpha.de/wissen/umwelt/nachhaltigkeit/sand-rohstoff-abbau-straende-strand-100.html>].

Vergesellschaftung, Ernährungssystem und Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Lebensgrundlagen erhalten

Boden, Wasser, Saatgut vergesellschaften

Anne Klingenmeier

Abstract

Soziale und ökologische Probleme in der landwirtschaftlichen Lebensmittelproduktion und damit verbundene Gerechtigkeitsfragen verschärfen sich kontinuierlich, und der Konflikt um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Saatgut spitzt sich immer weiter zu. Die Missstände in der Landwirtschaft wurzeln in den ökonomischen Rahmenbedingungen, die auf dem Sektor lasten. Es braucht daher lokale und globale Veränderungen der Strukturen in der Landwirtschaft, um die Anpassungsfähigkeit der Landwirtschaft an die Klimakatastrophe zu erhöhen und die bedarfsgerechte Ernährung der Menschen sicherzustellen. Die Probleme können dabei nicht adressiert werden, solange die Bodennutzung und die Landwirtschaft insgesamt der Willkür ökonomischer Zwänge unterworfen sind. Ein Weg aus dieser Willkür ist Vergesellschaftung. Eine Reformperspektive für die Vergesellschaftung von Boden in Deutschland kann die Überführung der Landgesellschaften (LGs) und der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) in Anstalten

des öffentlichen Rechts (AöR) sein. Die Vergesellschaftung der Nahrungsmittelversorgung, von der landwirtschaftlichen Primärproduktion bis hin zu Verarbeitungs- und Verteilungsprozessen, bildet die Grundlage für zukünftige Ernährungssicherheit und -souveränität.

Heruntergewirtschaftete Landwirtschaft

Soziale und ökologische Probleme in der landwirtschaftlichen Lebensmittelproduktion und damit verbundene Gerechtigkeitsfragen verschärfen sich kontinuierlich, und der Konflikt um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Saatgut spitzt sich immer weiter zu. Monokulturen manifestieren die gegenwärtige Bedrohung für die Biodiversität und zerstören diese seit Jahren.¹ Die Lebensgrundlage Boden schwindet kontinuierlich durch Versiegelung, Erosion und Verwüstung, und die Bodenfruchtbarkeit auf den verbleibenden Flächen nimmt dramatisch ab. Die Verfügbarkeit von nutzbarem Süßwasser wird bedrohlich knapp, und die Vielfalt von Kulturpflanzen, die über Jahrtausende hinweg gemeinschaftlich gezüchtet wurden, geht durch moderne Technologien, Gesetze, Lizenzen und Patentrechte drastisch zurück.² Insbesondere Patentrechte an pflanzlichen Gensequenzen verhindern den freien Zugang zu Saatgut und erzeugen eine Abhängigkeit der Bäuer*innen von Saatgutkonzernen wie Monsanto (Bayer), Syngenta und Co. Gleichzeitig trägt der Klimawandel zusätzlich zu Ertragsausfällen bei, wodurch die bereits bestehenden Herausforderungen in der Landwirtschaft noch gravierender werden.³

Die sozialen Missstände, wie unmenschliche Arbeitsbedingungen, Ausbeutungsverhältnisse und das Höfesterben, sowie die Mitschuld der Landwirtschaft an Biodiversitätsverlust, Klimakatastrophe, Bodendegradation, Wasserverschmutzung und allgemein an der Übernutzung von Ressourcen wurzeln in den ökonomischen Rahmenbedingungen, die auf dem Sektor lasten. Der unaufhaltsame Wachstums- und Verwertungszwang sowie die Exklusionslogik des Marktes, die zu einer permanenten Konkurrenz unter den Akteur*innen führt, prägen die alltägliche Praxis in der Landwirtschaft. Soziale Ausbeutungsverhältnisse wie die Aneignung von migrantischer und weiblicher

Arbeitskraft bilden neben der Ausbeutung von Ökosystemen die Grundpfeiler, die die Profitmaximierung der Agrarindustrie tragen.

In der Folge können immer mehr kleine und mittlere Betriebe dem finanziellen Druck nicht mehr standhalten und geben auf: In Deutschland schlossen zwischen 2010 und 2022 durchschnittlich 278 Betriebe pro Monat ihre Tore.⁴ Zwischen 2005 und 2020 stellten fast 40 Prozent der Höfe in der EU ihren Betrieb ein.⁵ Immer mehr Fläche konzentriert sich dadurch in immer weniger Händen: »3 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe gehören 50 Prozent des europäischen Agrarlandes.«⁶ Zudem schreitet der Aufkauf von Boden als Spekulationsobjekt durch außerlandwirtschaftliche Investoren schnell voran.⁷

Vergesellschaftung auf dem Acker

Die Notwendigkeit, diese Probleme anzugehen und nachhaltige Praktiken zu fördern, wird immer drängender, um die Zukunft der Landwirtschaft und die Sicherung unserer Nahrungsgrundlagen zu gewährleisten. Es braucht lokale und globale Veränderungen der Strukturen in der Landwirtschaft, um unsere Lebensgrundlagen – Boden, Wasser, Saatgut – zu erhalten, die Anpassungsfähigkeit der Landwirtschaft an die Klimakatastrophe zu erhöhen und die bedarfsgerechte Ernährung von Menschen sicherzustellen. Die sich zuspitzenden existenziellen Probleme können dabei nicht adressiert werden, solange die Bodennutzung und die Landwirtschaft als Ganzes der Willkür ökonomischer Zwänge unterworfen sind. Ein Weg aus diesen Zwängen ist Vergesellschaftung. Jenny Stupka definiert Vergesellschaftung treffend als die »Verschiebung der Verfügungsmacht (von privatem in Gemeineigentum), eine Verwandlung der Verfügungsweise (von Marktmechanismen in demokratische Strukturen) und eine Aneignung des Verfügungszwecks (von Profit- zu Bedürfnisorientierung)«.⁸

Im Bereich der Landwirtschaft ist Vergesellschaftung kein explizit linkes Projekt, sondern aufgrund der Notwendigkeit, menschliche Lebensgrundlagen zu erhalten, auch aus liberaler Perspektive alternativlos. Selbst der Gründervater des Liberalismus Adam Smith meinte, »die Kultivierung und Ver-

besserung des Bodens, der für uns den Lebensunterhalt liefert«,⁹ sei wichtiger als die Produktion von Waren und Gegenständen.

Der Vorgang, Gemeingüter wie Boden, Wasser und Saatgut in eine Profit- und Eigentumslogik zu pressen, sie zu privatisieren und zu kapitalisieren, wird Einhegungsprozess genannt.¹⁰ Existenzielle Ressourcen werden in ihrer Nutzung und ihrem Zugang exklusiv, und der Fokus der Bewirtschaftung liegt weniger in der Versorgung von Menschen mit Lebensmitteln als vielmehr im Streben nach Profitmaximierung. Diese Prozesse und der damit einhergehende Wachstumszwang führen zum ökologischen Kollaps, da Ressourcen weit über die planetaren Grenzen hinaus ausgebeutet und irreversibel vernichtet werden. Im Gegensatz dazu zielt Vergesellschaftung darauf ab, den Zugang und die Nutzung der Ressourcen sozial gerecht und ökologisch nachhaltig zu gestalten. Vergesellschaftung begünstigt die bedarfsgerechte und kooperative Nutzung von Ressourcen sowie demokratische Kontrolle und Teilhabe. Auch Kleinbetriebe könnten von Vergesellschaftung profitieren, denn demokratische Entscheidungsprozesse würden ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an Entscheidungen teilzunehmen und ihre Interessen zu vertreten. Darüber hinaus kann die Vergesellschaftung der Ressource Boden durch faire Pachtpreise den Zugang zu weiteren Flächen ermöglichen und vor Spekulation schützen. Durch gemeinschaftliche Strukturen könnten die Betriebe fairere Vermarktungsmöglichkeiten nutzen, was ihre Einkommenssicherheit verbessern würde.

Wie soll die Gesellschaft von toter Erde leben?

Die ökologischen Auswirkungen der aktuellen Flächennutzung erstrecken sich jedoch weit über die unmittelbare Landwirtschaft hinaus. Dies bedeutet, dass eine Vergesellschaftung in der Landwirtschaft neben einer Umstellung auf eine ökologisch nachhaltige Bewirtschaftungsweise auch den Erhalt der Selbstregenerationsfähigkeit der Natur beinhalten muss. Boden regeneriert sich zum Beispiel – wenn man ihn denn lässt.¹¹ Veränderungen in der Bodenpolitik und -bewirtschaftung sind unmittelbar erforderlich, denn die Regeneration von einem Zentimeter degradiertem Boden braucht durchschnittlich

100 bis 300 Jahre, und versiegelter Boden ist irreversibel verloren.¹² Dabei ist der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit durch angepasste Bewirtschaftungsformen existenziell für Ernährungssicherheit.

Vergesellschaftung meint daher eine Umstellung der Landwirtschaft von profitorientierter Produktionsarbeit hin zu bedarfsgerechter Reproduktionsarbeit, also einer bedürfnisorientierten Erzeugung von Lebensmitteln. Das heißt, der Bedarf an Lebensmitteln, die Ernährungssouveränität und die Regenerationsfähigkeit von Boden, Wasser, Saatgut und Arbeitskräften stehen im Mittelpunkt und nicht der Profit. Es geht darum, dass alle satt werden, und nicht darum, das Maximum an Erträgen aus unseren Böden herauszuquetschen, während diese Lebensgrundlage irreversibel zerstört wird. In einem vergesellschafteten Agrarsektor könnten Nahrung und landwirtschaftliche Produktionsmittel bedarfsgerecht, ökologisch, innerhalb der planetaren Grenzen und unter fairen Arbeitsbedingungen (re)produziert und gerecht verteilt werden. Dies kann in der konkreten Ausarbeitung nur zusammen mit Bäuer*innen und unter der Berücksichtigung ostdeutscher Betroffenheitsperspektiven funktionieren.¹³

Wie kann's anders gehen und wer macht's?

Eine Reformperspektive für die Vergesellschaftung von Boden in Deutschland kann die Überführung der Landgesellschaften (LGs) und der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) in Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR) sein. Die dem Finanzministerium untergeordnete BVVG ist eine Nachfolgegesellschaft der ehemaligen Treuhand, die gegründet wurde, um die ehemals enteigneten Flächen der DDR zu privatisieren. Ursprünglich ging es um eine Million Hektar, heute sind davon noch knapp 100 000 Hektar übrig. Nachdem die Flächen jahrelang zugunsten von Großbetrieben und außerlandwirtschaftlichen Investoren verscherbelt wurden, wurde im aktuellen Koalitionsvertrag (2021) vereinbart, die Privatisierung zu stoppen und die verbliebenen Flächen nach Gemeinwohlkriterien zu verpachten. Wie genau die gemeinwohlorientierte Verpachtung aussehen kann, hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) anhand eines Kri-

terienkatalogs¹⁴ beispielhaft herausgearbeitet. Dies ist zweifelsfrei ein Schritt in die richtige Richtung, denn er stärkt die demokratische Kontrolle über landwirtschaftliche Flächen und fördert eine nachhaltige, sozial verantwortliche Nutzung. Aber es bedarf weiterer Maßnahmen, um sicherzustellen, dass lokale Gemeinschaften und kleinere Betriebe angemessen in den Entscheidungsprozess einbezogen werden und von den getroffenen Vereinbarungen profitieren können.

Landgesellschaften oder Landsiedlungen sind ebenfalls privatrechtlich organisierte Gesellschaften in manchen Bundesländern, die mit dem allgemeinen Ziel der ländlichen Entwicklung und mit Strukturverbesserungsmaßnahmen in der Landwirtschaft befasst sind. Dabei stehen die Verwertung und Beschaffung von Boden im Mittelpunkt, aber auch Wasserangelegenheiten und Vertragsnaturschutz werden teilweise von den LGs geregelt. Doch die Realität zeigt leider immer wieder, dass die LGs auf Profitmaximierung ausgerichtet sind. Wie beispielsweise die Hessische Landgesellschaft (HLG): In der kleinen Gemeinde Neu-Eichenberg plante die HLG auf 80 Hektar fruchtbarstem Ackerboden ein Logistikgebiet und verhandelte dabei mit großen außerlandwirtschaftlichen Investoren, statt die Flächen langfristig und gemeinwohlorientiert für landwirtschaftliche Nutzung zu sichern. Das geplante Logistikgebiet, welches zahlreiche negative Umweltauswirkungen und ein immenses Verkehrsaufkommen für die kleine Gemeinde bedeutet hätte, konnte durch eine Bürger*inneninitiative, eine Ackerbesetzung und eine Neuaufstellung des Gemeinderats zum Glück verhindert werden.¹⁵

BVVG und LGs zu AöRs umzubauen, sie also in öffentliche, gemeinwohlorientierte Betriebe zu überführen, bedeutet, den Zugang zu Land für Landwirt*innen sicherzustellen und eine demokratische Aushandlung der Nutzungsformen zu etablieren: Landwirt*innen müssen die Möglichkeit haben, Land zu angemessenen Bedingungen zu bewirtschaften. Dies ist besonders wichtig, da der Zugang zu Land für Landwirt*innen die grundlegende Voraussetzung für die Ausübung ihres Berufs und ihre Existenzsicherung ist. Es braucht daher eine demokratische Kontrolle der Gemeinwohlorientierung von BVVG und LGs, damit eine bedarfsgerechte Landnutzung und der öko-

logische Erhalt der Lebensgrundlage Boden Realität werden. Die vergesellschafteten LGs und die BVVG könnten ein Prototyp für einen vergesellschafteten Bodenfonds sein. Ein Bodenfonds dient dazu, landwirtschaftliche Flächen zu erwerben, zu bewirtschaften und zu verwalten. Sein Ziel ist, eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte und demokratische Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen, insbesondere von Boden, zu fördern.

Mit Essen spielt man nicht

Mit Essen spielt man nicht. Es hat einen Grund, dass Nahrung als Lebensmittel bezeichnet wird, denn ohne Essen ist menschliches Leben nicht möglich. Reale Knappheitssituationen wie Krisen, Kriege und Ernteausfälle werden ausgenutzt, um die Profite auf Kosten des Lebens der Ärmsten zu maximieren. Umwelteinflüsse, Kriege und Missernten beeinflussen die Preisbildung, doch maßgeblich bestimmen Aktienkurse, Risikobereitschaft und Zinshöhe, ob Lebensmittel für Menschen bezahlbar sind oder nicht – ob Menschen (ver)hungern oder nicht.

Bedingung für eine umfassende Vergesellschaftung der Landwirtschaft ist auf globaler Ebene daher die Entkopplung der Lebensmittelproduktion von Weltmarkt und Rohstoffbörse. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse dürfen nicht vom Weltmarkt bestimmt werden, wenn Produktionskosten, Umwelt- und Sozialstandards, gerechte Arbeitsbedingungen, eine angemessene Entlohnung sowie die Interessen der Verbraucher*innen berücksichtigt werden sollen. Eine bedarfsgerechte und demokratische Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung auf lokaler und globaler Ebene setzt ein Ende der Spekulation auf Grundnahrungsmittel an den Rohstoffbörsen voraus. Die Perversität des Strebens nach Profitmaximierung wird hier offensichtlich, denn Profite zählen am Ende mehr als Menschenleben: Während das Angebot an Nahrungsmitteln künstlich verknappt wird, um die Preise in die Höhe zu treiben, hungern derzeit mehr als 815 Millionen Menschen.¹⁶

Mahlzeit. Veränderung kann sich säen lassen

Eine Studie aus dem Jahr 2023 zeigt, dass eine mangelfreie Ernährung von bis zu zehn Milliarden Menschen auch in Zukunft trotz der Klimakatastrophe möglich ist.¹⁷ Dafür braucht es jedoch dringend eine grundlegende Umstrukturierung der Landwirtschaft für eine bedarfsgerechte, ökologische Lebensmittelproduktion innerhalb der planetaren Grenzen und unter fairen Arbeitsbedingungen. Die Vergesellschaftung der Nahrungsmittelversorgung, von der landwirtschaftlichen Primärproduktion bis hin zu Verarbeitungs- und Verteilungsprozessen, bildet dabei die Grundlage für zukünftige Ernährungssicherheit und -souveränität. Denn wie gezeigt wurde, vernichten aktuelle Formen der Landbewirtschaftung unter den gegebenen ökonomischen Zwängen und Eigentumsverhältnissen die menschlichen Lebensgrundlagen. Vergesellschaftung, die einen demokratisch verhandelbaren Zugang zu Boden, Wasser und Saatgut ermöglicht, bildet die Voraussetzung für den ökologischen Erhalt dieser Ressourcen. Denn nur losgelöst vom ökonomischen Wachstumszwang wird eine ökologisch und sozial nachhaltigere Landwirtschaft umsetzbar. Es ist an der Zeit zu differenzieren, was Vergesellschaftung für welche Bereiche in der Landwirtschaft genau bedeutet, und Maßnahmen auszuarbeiten, wie konkrete Schritte der Demokratisierung des Agrarsektors aussehen können.

Anmerkungen

- 1 Busse, Tanja (2019): Das Sterben der Anderen. Wie wir die biologische Vielfalt noch retten können, Blessing.
- 2 Dobner, Petra (2016): Wasserpolitik. Zur politischen Theorie, Praxis und Kritik globaler Governance, Suhrkamp.
- 3 Banzhaf, Anja (2016): Saatgut. Wer die Saat hat, hat das Sagen, oekom.
- 4 Deter, Alfons (2023): Es gibt nur noch 254.300 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland [<https://www.topagrar.com/betriebsleitung/news/es-gibt-nur-noch-254-300-landwirtschaftliche-betriebe-in-deutschland-13559339.html>].

- 5 Graf, Ulrich (2023): Höfesterben extrem. Mehr als 5 Millionen Landwirte in der EU geben auf [<https://www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/hoefesterben-extrem-mehr-5-millionen-landwirte-eu-geben-605590>].
- 6 Die Essenmacher. Das täglich Brot, in: LE MONDE diplomatique: 2019 (24), S. 6.
- 7 Langlotz, Gesine / Mahnke, Eva / Talanow, Katharina (2023): Bausteine für Klimagerechtigkeit. Dossier Gerechte Bodenpolitik [https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2023/04/Dossier_Bodenpolitik_KNOE2023.pdf].
- 8 Stupka, Jenny (2023): Die politisch-strategischen und theoretischen Potenziale von Vergesellschaftung [<https://communia.de/download-broschuere-zur-vergesellschaftungskonferenz-2022/>], S. 12–17.
- 9 Smith, Adam (2022): Wohlstand der Nationen, Nikol Verlag.
- 10 Federici, Silvia (2020): Die Welt wieder verzaubern. Feminismus, Marxismus & Commons, kritik & utopie.
- 11 Näser, Dietmar (2021): Regenerative Landwirtschaft. Bodenleben und Stoffwechsel verstehen, Ulmer.
- 12 UBA (2013): Entwicklung des Bodens [<https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-flaeche/kleine-bodenkunde/entwicklung-des-bodens>].
- 13 Langlotz, Gesine (2023): Ackerland gerecht verteilen. Was blüht im Osten?, in: LuXemburg, 2023 (1), S. 84–89.
- 14 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (2022): Gemeinwohlorientierte Verpachtung. Kriterien für die Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen in öffentlicher und privater Hand [https://www.abl-ev.de/fileadmin/Dokumente/AbL_ev/Publicationen/2022_AbL_Gemeinwohlverpachtung.pdf].
- 15 Demmer, Nicole (2021): Neu-Eichenberg: Die Wahlergebnisse in den einzelnen Bezirken [<https://www.hna.de/lokales/witzenhausen/neu-eichenberg-ort81650/neueichenberger-waehlen-nicht-homogen-90247193.html>], in: HNA, 17.03.2021. Miteinander für Neu-Eichenberg: Sondergebiet Logistik [<https://www.miteinanderneb.de/seite/495163/sondergebiet-logistik.html>].
- 16 Die Essenmacher. Das täglich Brot, in: LE MONDE diplomatique: 2019 (24), S. 7. Klingensmeier, Anne / Langlotz, Gesine (2023): Öffentlicher Luxus. Warum wir als Gesellschaft wieder Land gewinnen müssen. Mit Essen spielt man nicht, Karl Dietz Verlag Berlin, S. 110–133.
- 17 Arneht, Almut / Bayer, Anita D. / Lautenbach, Sven (2023): Benefits and trade-offs of optimizing global land use for food, water, and carbon [<https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2220371120>].

CSX – Community Supported Economy

Oder wie Wirtschaften auf mehreren Schultern liegt

Julia Rothamel und Janna Jung-Irrgang

Abstract

Im vorliegenden Beitrag wird Community Supported Economy (CSX, deutsch: Gemeinschaftsgetragenes Wirtschaften) als eine alternative Versorgungsform vorgestellt. Bei dieser Wirtschaftsform werden Produktion und Konsum über Verantwortungsgemeinschaften statt über einen Markt realisiert. Die gesamten laufenden Kosten eines Jahres werden durch die Beiträge der Mitglieder gedeckt. Die Produkte und Dienstleistungen werden nicht mehr verkauft, sondern gezielt auf die Bedürfnisse der Mitglieder hin produziert und verteilt. Produzierende gewinnen Sicherheit, Verbrauchende gestalten ihre Versorgung aktiv mit, und beide profitieren von einer wertschätzenden Kooperation. Bisher ist vor allem die Community Supported Agriculture (CSA, deutsch: Solidarische Landwirtschaft/Solawi) verbreitet, aber Anwendungsfälle reichen von Bäckereien über Fahrradwerkstätten bis zu Energieversorgung. CSX-Verantwortungsgemeinschaften beabsichtigen keinen finanziellen Profit und sind deshalb weniger unter Druck, soziale und ökologische Konsequenzen der Produktion zu externalisieren. Bei CSX tritt Privateigentum im geteilten Produktions- und Verteilungsprozess in den Hintergrund; gleichzeitig bietet sich Gemeinschaftseigentum an Produktionsmitteln an. Als Modell, das parallel zur aktuellen Wirtschaftsweise bestehen kann, kann CSX nützlich zum Einüben eines anderen Umgangs mit Eigentum und der Deckung von Bedürfnissen außerhalb einer destruktiven markt- und profitorientierten Struktur sein. Im Beitrag werden die Merkmale gemeinschafts-

getragenen Wirtschaftens beschrieben, der Bezug zu Eigentum und Vergesellschaftung hergestellt und ein Ausblick über den aktuellen Stand und die Potenziale der CSX-Bewegung gegeben.

Was wäre, wenn?

Stell dir vor, an der Ecke macht eine neue Bäckerei auf – der Geruch frischen Brots zieht dich in den Laden. Drinnen erklären sie dir, dass du hier kein Brot kaufen kannst – wer Brot bekommt, ist Mitglied in der gemeinschaftsgetragenen Backstube. Dieses Brot hat keinen Preis. Stattdessen trägt eine Gruppe von Menschen, die gerne Brot möchten, die Kosten für die Bäckerei und erhält dafür die Produkte. Mit einem geschenkten Probekuchen und vielen Fragen gehst du nach Hause.

In diesem Beitrag wird dazu eingeladen, gemeinschaftsgetragenes Wirtschaften als radikale Alternative zu unserem derzeitigen Wirtschaftssystem kennenzulernen. Nicht nur als theoretisches Modell, sondern als spürbar andere Art und Weise, die Herstellung und Verteilung von Produkten oder Leistungen zu gestalten. Anekdoten wie oben, Szenen aus einer fiktiven gemeinschaftsgetragenen Backstube, sollen dieses Nachspüren erleichtern.

Markt, Preise und individueller wirtschaftlicher Erfolg spielen beim gemeinschaftsgetragenen Wirtschaften (CSX – Community Supported Economy) eine nachgeordnete Rolle. Statt um finanziellen Profit und Eigentum Einzelner geht es beim CSX um das gemeinsame Erfüllen von (Grund-)Bedürfnissen.

Damit dienen Modelle des CSX als Beispiele und Reallabore für den Umstellungsprozess weg von einer profitorientierten Wirtschaftsweise hin zu einer menschen- und ökosystemzentrierten Art der Versorgung. Gemeinschaftsgetragene Modelle bilden eine Brücke zwischen der heutigen Normalität von markt- und kapitalbasierten Unternehmen und beispielsweise einer Schenkökonomie, in der Objekte verschenkt statt getauscht oder verkauft werden. Im Sinne des Commoning können bereits jetzt in und durch CSX-Räume entstehen, die parallel zu bestehenden Systemen ohne den Druck von

Privateigentum auskommen. Das schafft Freiräume für die Ausrichtung auf nachhaltige oder regenerative Ziele, wie zum Beispiel umweltfreundliche Produktion oder sozial gerechte Verteilung von Produktion.

Die wohl bekannteste und am weitesten verbreitete Form des gemeinschaftsgetragenen Wirtschaftens ist die Community Supported Agriculture (CSA, deutsch: Solidarische Landwirtschaft/Solawi)¹. Dabei schließen sich Konsumierende und Produzierende zu Versorgungsgemeinschaften zusammen, um Lebensmittel anzubauen. Die Produkte sind dekommodifiziert, also nicht mehr als Ware mit Preis zu betrachten.² Stattdessen werden sie gemeinsam durch den Einsatz von Planung, Fähigkeiten und Ressourcen der Mitglieder hergestellt und ohne Marktpreis oder Verkauf unter diesen verteilt.

Was hat Vergesellschaftung mit CSX zu tun?

CSX kann einen hilfreichen Rahmen für die Neuordnung von Eigentumsfragen bieten.³ Zum einen setzen gemeinschaftsgetragene Projekte oft auf gemeinschaftliches Eigentum, zum Beispiel von Boden, Gebäuden und anderen Produktionsmitteln (siehe Merkmale von gemeinschaftsgetragenen Unternehmen unten). Zum anderen führt die Dekommodifizierung der Produkte zwangsläufig zu anderen Besitz- und Eigentumsformen innerhalb der Versorgungsgemeinschaft aus Produzierenden und Konsumierenden. Kostendeckung und Bedürfniserfüllung als Ziele vermehren keine Vorteile einzelner Eigentümer*innen oder Shareholder*innen. Stattdessen wachsen Wissen und Netzwerk des gesamten CSX. Die Gemeinschaft ist an direkte Beziehungen und ein gemeinsames Verständnis der Ziele der Unternehmung gebunden.⁴

Merkmale gemeinschaftsgetragenen Wirtschaftens

*Stell dir vor, es ist November, und der Finanzplan für das nächste Jahr wird besprochen. Es geht um neue Brotformen, mehr Bäcker*innen in Teilzeit und gestiegene Energiekosten. Alle anfallenden Kosten werden offengelegt und berücksichtigt, und wie jedes Jahr wird ein finanzieller Puffer für unerwar-*

tete Ausgaben kalkuliert. Ein Profit ist nicht nötig und nicht vorgesehen. Auf Basis des Kostenplans werden die durchschnittlichen Beiträge der Mitglieder berechnet.

Ein Großteil menschlicher (Grund-)Bedürfnisse wird heute durch käufliche Güter und mithilfe von Marktbeziehungen zwischen Produzierenden, Zwischenhändler*innen und Konsumierenden erfüllt. Aus historischer Sicht ist so eine Austauschform keine Notwendigkeit, sondern nur eine Möglichkeit neben zum Beispiel hierarchischer Verteilung von Gütern oder unkommerziellen Alternativen, wie Tausch- oder Schenkökonomie.⁵



1 Charakterisierungsmerkmale von CSX-Unternehmen. Quelle: Rommel et al. (2024)

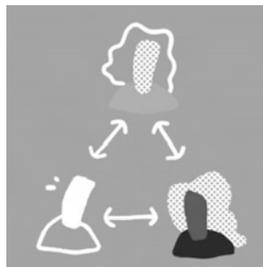
Dennoch ist das gemeinschaftsgetragene Modell für die Versorgung in verschiedenen Bereichen etwas Neues und global unter dem Begriff *solidarity economy*⁶ bekannt. Anstelle einer Subsistenzwirtschaft, in der es um die Bedürfnisse einer bestehenden Gruppe wie zum Beispiel einer Familie geht,⁷ werden bewusst Gemeinschaften gegründet und Muster entwickelt, um Nutzung und Erzeugung zusammenzufassen.

Dies wird durch die wissenschaftliche Beschäftigung mit CSX als Weiterentwicklung von Solawi unterstützt – siehe die Arbeiten von Marius Rommel zu CSX-Prinzipien⁸ oder von Sophie Löbbering zu Community Supported Bakery (CSB, deutsch: Gemeinschaftsgetragene Bäckerei⁹).

Allerdings steckt die Forschung dazu noch in den Kinderschuhen, und viele Erkenntnisse sind praktischer Natur und nicht formalisiert. Um ein gemeinsames Verständnis zu schaffen, schlagen Rommel et al. (2024)¹³ in einem Grundlagenpapier Merkmale gemeinschaftsgetragenen Unternehmertums vor. Zentral ist eine Umlagefinanzierung über einen definierten Zeitraum durch feste Mitgliedsbeiträge, was in den folgenden drei Kernmerkmalen deutlich wird:

Mitgliedschaft und direkte Wertschöpfungsbeziehungen:

- » Sowohl Anbieter/innen als auch Verbraucher/innen gelten als Teil des Unternehmens. [...] So entsteht eine unmittelbare bedürfnisorientierte Austauschbeziehung, die ohne Markt, Zwischenhandel, Marketing, Logistik, industrielle Verarbeitung et cetera auskommt.«¹⁰



2 Mitgliedschaft und direkte Wertschöpfung. Quelle: Claudio Como / CSX-Netzwerk e.V.

Beitragsfinanzierung und Risikoteilung:

- » Durch die Beitragsfinanzierung verbinden sich Anbieter/innen und Mitglieder [...] zu einer Risikogemeinschaft. Die [...] betriebswirtschaftliche Sicherheit ermöglicht ein angemessenes Einkommen für die Anbietenden, erhöht die Liquidität und mindert die Notwendigkeit einer Vorfinanzierung der Produktion durch Eigenkapital oder zu verzinsendes Fremdkapital.«¹¹



3 Beitragsfinanzierung und Risikoteilung. Quelle: Claudio Como / CSX-Netzwerk e.V.

Kostendeckung und Transparenz:

- » Anstelle der üblichen Profitmaximierung wird in CSX-Unternehmen eine Kostendeckung angestrebt, was eine Offenlegung der Finanzstruktur und betrieblicher Prozesse voraussetzt. Dadurch entsteht eine Vertrauensbasis, die Vereinbarungs-, Überwachungs- und Durchsetzungskosten verringert.«¹²



4 Kostendeckung. Quelle: Claudio Como / CSX-Netzwerk e.V.

Julia Rothamel und Janna Jung-Irrgang

Aus diesen Kernmerkmalen lassen sich einige Muster insbesondere für das wirtschaftliche Miteinander im CSX erkennen. CSX-Unternehmungen schaffen Versorgungsgemeinschaften, in denen Menschen für einen festen Zeitraum finanzielle oder andere Ressourcen beitragen und direkte Beziehungen zwischen Produzierenden und Konsumierenden eingehen. Da der Produktionsaufwand in der Gemeinschaft verteilt ist, werden Instabilitäten von den Konsumierenden und den Produzierenden gemeinsam getragen. Anstatt individuell Produkte zu kaufen, finanzieren die Mitglieder die Produktion selbst mit und erhalten den Ertrag – ohne dass Mehrertrag als Profit für die Produzierenden abgeschöpft wird. Verglichen mit einer einmaligen Kauftransaktion erfordert das ein hohes Maß an Transparenz und Vertrauen innerhalb der Gemeinschaft.¹³

Abgesehen von diesen Kernmerkmalen, ist die Ausgestaltung variabel. Bestehende CSX-Unternehmungen weisen in zahlreichen Bereichen unterschiedliche Organisationsformen und Ausrichtungen auf. Dazu gehören laut Rommel et al. (2024)¹³ Mitbestimmung, Koproduktion, Bildungsangebote, ökologische Produktion, geringerer Einsatz von Technologie, Regionalität und solidarische Mitgliedsbeiträge. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal ist gemeinschaftliches Eigentum: »Stärkere Mitbestimmung geht vielfach einher mit der Vergemeinschaftung von Produktionsmitteln (Land, Betriebsvermögen, Gebäude, Maschinen et cetera), welche meist in der Rechtsform der Genossenschaft oder des Vereins umgesetzt wird.«¹⁴

Diese Unterscheidungsmerkmale zeigen unter anderem, wie marktnah eine CSX-Unternehmung gestaltet ist und wie sehr es um den Einbezug weiterer ökologischer oder sozialer Dimensionen geht. Das ist oft in ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer gesellschaftlichen Positionierung begründet sowie in ihren weiteren Zielen, zum Beispiel in Bezug auf umweltfreundliche, sozial faire und menschenzentrierte Arbeitsweisen. Die CSX-Unternehmungen haben gemeinsam, dass sie Bedürfnisse ihrer Mitglieder decken und Absicherung nicht durch Profit, sondern durch gestärktes Vertrauen innerhalb der Gemeinschaft entsteht.

Die Modelle von CSX werden aber nicht zuletzt in der Praxis umgesetzt und weiterentwickelt. So arbeiten aktuell über 450 Solawis in Deutschland

entsprechend ihren verschiedenen Interpretationen von Solidarischer Landwirtschaft.¹⁵ Netzwerke wie der CSX-Netzwerk e.V.¹⁶ und das Myzelium¹⁷ unterstützen die Gründung gemeinschaftsgetragener Organisationen und bieten eine Plattform für Austausch. Ein großer Teil dieser Erfahrung und des gesammelten Wissens wird außerhalb wissenschaftlicher Räume geteilt – in Podcasts¹⁸, Reallaboren¹⁹ oder Diskussionsveranstaltungen²⁰.

Gemeinschaftsgetragene Freiräume für Eigentum

Stell dir vor, du würdest morgens zu deiner Bäckerei radeln und dein Brot abholen. Dein Geld lässt du zu Hause, denn Mitglied geworden bist du schon. Drinnen lässt du dir Zeit, du bist neugierig auf den neuen Holzbackofen. Nachdem der alte kaputtgegangen ist, wurde gemeinsam entschieden, diesen über die Einlage aller Mitglieder zu finanzieren. »Gut, dass wir das über die Direktkredite abfangen können«, denkst du dir und betrachtest stolz den gusseisernen Ofen.

Privates Eigentum im engeren Sinn ist bei CSX nicht ausgeschlossen. Im Falle von Solawis können Land und Produktionsmittel den Produzierenden gehören oder wie für landwirtschaftliche Betriebe üblich gepachtet sein. Damit einher geht »ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Freiheit, nämlich Produzent/innen- und Konsument*innensouveränität«. ²¹ So können sich CSX-Betriebe in bestehende wirtschaftliche Systeme einfügen und eine weitere Option für Gründer*innen bei der Wahl eines Geschäftsmodells sein. Die Anschlussfähigkeit zeigt sich nicht zuletzt darin, dass hybride Lösungen – teils gemein-



4 Gemeinschaftseigentum. Quelle: Claudio Como / CSX-Netzwerk e.V.

schaftsgetragene Verteilung, teils marktbasierter Verkauf – in vielen Bereichen üblich sind. Gerade wenn Erzeuger*innen CSX-Unternehmen selbst führen, wählen sie oft diesen Zugang zu gemeinschaftsgetragenen Modellen.

Gemeinschaftliches Eigentum wird als Unterscheidungsmerkmal gesehen, denn CSX-Modelle können auch ohne Eigentum auskommen. Beispiele dafür sind bei Solawis die Zusammenarbeit mit Mietshäuser Syndikat, Ackersyndikat und Landkaufgenossenschaften wie Kulturland und BioBoden²² sowie die Organisation der gesamten Produktion in Vereinen oder Genossenschaften (siehe Solawi-Genossenschaften)²³. Ein Verein oder eine Genossenschaft kann die Mitgliedschaften rechtlich abbilden, Personen anstellen und formal Eigentümerin der Produktionsmittel sein. Rechtliche Modelle wie Syndikat oder Verantwortungseigentum sichern langfristig die Unverkäuflichkeit und Dekommodifizierung des Gemeineigentums. Solche Ansätze setzen in der Regel auch mehr geteilte Verantwortung in der Organisation und in der Produktion voraus.

In einer CSX wird kein Eigentum hergestellt

Spannender für die Diskussion der Vergesellschaftung ist allerdings das Verständnis von CSX als marktfreiem Raum. Durch den Grundsatz der Kostendeckung und die Beitragsfinanzierung von Mitgliedern, die zugleich Teil der Versorgungsgemeinschaft sind, entstehen weder aufseiten der Produzierenden noch aufseiten der Konsumierenden Profite.²⁴

Um Eigentum zu definieren, wird oft auf die Idee eines Bündels von Rechten und Pflichten zurückgegriffen – beispielsweise Zugangs- oder Verfügungsrechte, aber auch die Entscheidungsgewalt über diese. Ausschließlich Eigentümer*innen haben das Recht, das Objekt zu veräußern.²⁵

Wichtig ist diese Definition, um zu erkennen, dass im marktfreien Raum, der innerhalb einer gemeinschaftsgetragenen Unternehmung entsteht, Eigentumslogik keine Anwendung findet. Die Bedürfnisse der Mitglieder werden erfüllt, ohne dass eine veräußerbare Ware im Spiel ist. Keine Person hat die Entscheidungsmacht, die entstehenden Produkte oder Leistungen zu veräußern – die Eigentumsrechte sind innerhalb der Gemeinschaft verteilt.

In einer Solawi beispielsweise findet eine Übergabe der Lebensmittel statt. An einer Abholstation geht der Besitz auf die Verbrauchenden über. Aber da der Produktionsprozess geteilt ist, haben weder Landwirt*innen noch Konsument*innen Entscheidungsrechte über das Veräußern aller produzierten Lebensmittel. Noch stärker verwischen die Grenzen, wenn Mitbestimmung oder Koproduktion stattfindet und Mitglieder zum Beispiel ihre Arbeitszeit einsetzen, die wiederum nicht direkt entlohnt wird, sondern in die Gemeinschaft fließt.

Ohne Markt löst sich innerhalb der Gemeinschaft die Rolle von Privateigentum auf, während der Gemeinschaft als Ganzer etwas gehört. Das kann als Prozess des Commoning²⁶ verstanden werden, wo sich die »Beziehungshaftigkeit des Habens«²⁷ verankert. Wenn Bedürfnisse gemeinschaftsgetragen erfüllt werden können, ist Privateigentum als Sicherheit und als Tauschobjekt nicht nötig – es wird aber auch nicht durch Vergesellschaftung im Sinne von öffentlichem Eigentum ersetzt, sondern vielmehr durch Formen des Gemeineigentums.

Ausblick

Aktuell ist die CSX-Bewegung ein Nischenphänomen. Vorreiter*innen erproben die Prinzipien in verschiedenen Branchen: gemeinschaftsgetragene Energieversorgung, Fahrradwerkstätten, Olivenölherstellung, Familienabenteuer, Imkerei, Käserei, Schneiderei, Secondhandläden und Co-Working-Räume.²⁸

2020 wurde der Verein CSX-Netzwerk²⁹ gegründet, um Heimathafen für gemeinschaftsgetragene Projekte zu sein, Wissen zu sammeln und zu verbreiten und Sichtbarkeit für solidarisches Wirtschaften zu erzeugen. Es gibt erste CSX-Kurse an Universitäten, Handbücher und Leitfäden zur leichteren Gründung von CSX-Projekten und jährliche Treffen. Der Austausch findet online statt und ist für alle zugänglich.

CSX kann bei der Transformation zu sozialökologischen Formen des Wirtschaftens eine Übergangsform sein, die an bestehende Systeme anschließen kann – ein Puzzlestück, das durch schrittweise Marktunabhängigkeit Freiheit für Räume ohne Privateigentum und Profitdruck schafft. In der

Transformationslandschaft sind CSX-Projekte »Nowtopias«, die Zwischenräume ausnutzen, um schon bei bestehenden (politischen) Strukturen veränderte Realitäten umzusetzen.³⁰ Für die Eigentumsfrage schafft CSX eine Produktions- und Konsumorganisation, die weder privates noch öffentliches Eigentum voraussetzt.

Durch CSX können abstrakte Konzepte praktisch umgesetzt und verbunden werden: von regionaler Wertschöpfung über Postwachstum³¹ bis zu Commoning³². In der Weiterentwicklung der Modelle, von Solawi und gemeinschaftsträger Bäckerei zu möglichst vielen Lebensbereichen, entstehen Experimentier- und Lernräume für andere Arten des Wirtschaftens innerhalb eines »safe and just operating space«³³: innerhalb der planetaren Grenzen, aber oberhalb sozialer Mindeststandards für ein »gutes Leben für alle«³⁴.

Anmerkungen

- 1 Netzwerk Solidarische Landwirtschaft (2023): Was ist Solidarische Landwirtschaft? [<https://www.solidarische-landwirtschaft.org/>].
- 2 Vandenbroeck, Emma (2019): Food: to feed or to profit? (De) commodification in the food system and Community Supported Agriculture.
- 3 Gibson-Graham, Julie / Katherine, Jenny Cameron / Healy, Stephen (2013): Take back the economy: An ethical guide for transforming our communities. U of Minnesota Press.
- 4 Cameron, Jenny (2015): Enterprise innovation and economic diversity in community supported agriculture: Sustaining the agricultural commons. Making other worlds possible: Performing diverse economies, S. 53–71.
- 5 Graeber, David (2010): On the Moral Grounds of Economic Relations.
- 6 URGENCI Network (2023): Vision and Mission [<https://urgenci.net/vision-and-mission/>].
- 7 Wharton, Clifton R. (2017). Subsistence agriculture: concepts and scope, in Subsistence agriculture and economic development, Routledge, S. 12–20.
- 8 Rommel, Marius (2017): Zukunftsfähige Wirtschaftsgemeinschaften (CSX). Übertragung der CSA-Logik auf andere Versorgungsfelder. Masterarbeit. Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.
- 9 Löffbering, Sophie (2018): Zukunftsfähige Wirtschaftsgemeinschaften. Übertragung des Community Supported Agriculture-Ansatzes (CSA) auf das Bäckerhandwerk (CSB), Masterarbeit FH Münster.

- 10 Rommel et al. (2024)¹³.
- 11 Rommel et al. (2024)¹³.
- 12 Rommel et al. (2024)¹³.
- 13 Gruber, Sabine (2020): Personal trust and system trust in the sharing economy: a comparison of community-and platform-based models. *Frontiers in psychology*, S. 3436.
- 14 Rommel, Marius / Mewes, Sarah / Wulffen, Charlotte von / Paech, Niko / Reiß, Kristin (2024): Grundzüge gemeinschaftsgetragenen Unternehmertums. *Ökologisches Wirtschaften – Fachzeitschrift* 39 (1): S. 30–36. [DOI: <https://doi.org/10.14512/OEW390130>].
- 15 Ebd.
- 16 CSX Netzwerk e.V. (2023): Prosumieren statt Konsumieren [<https://gemeinschaftsgetragen.de/>].
- 17 Myzelium (2023): Das Ökosystem für gemeinschaftsbasierte Unternehmer*innen [<https://www.myzelium.com>].
- 18 Myzelium Podcast [<https://www.myzelium.com/podcast>].
- 19 Reallabor GutAlaune [<https://gutalaune.de/2022/01/11/reallaborgutalaune-infotag/>].
- 20 Zum Beispiel der Zukunftsdialog – gemeinschaftsgetragenes Wirtschaften am 7.12.2023, <https://nexteconomylab.de/de/veranstaltungen/eintaegiger-zukunftsdialog-gemeinschaftsgetragen-wirtschaften>.
- 21 ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Freiheit, nämlich Produzent/ innen- und Konsument*innensouveränität« dieselbe: Rommel et al. (2024)¹³.
- 22 Kulturland Genossenschaft (2023) [<https://www.kulturland.de>]; BioBoden Genossenschaft [<https://bioboden.de/startseite/>].
- 23 Solawi-Genossenschaften (2023) [<https://solawi-genossenschaften.net>].
- 24 Vandenbroeck, Emma (2019): Food: to feed or to profit? (De) commodification in the food system and Community Supported Agriculture.
- 25 Schlager, Edella / Ostrom, Elinor (1992): Property-rights regimes and natural resources: a conceptual analysis. *Land economics*, S. 249–262.
- 26 Commoning kann verstanden werden als ein Prozess, bei dem Einhegung von Eigentum umgekehrt wird – und gemeinsame Nutzung und Pflege von Ressourcen in den Mittelpunkt gestellt werden. Siehe Helfrich, Silke / Euler, Johannes (2021): Die Neufassung der Commons. Commoning als gemeinwohlorientiertes Gemeinwirtschaften, in: *Zeitschrift für Gemeinwirtschaft und Gemeinwohl*, Jg. 44, Heft 1.
- 27 Helfrich, Silke / Bollier, David (2019): *Frei, fair und lebendig. Die Macht der Commons*, Bielefeld, Transcript.

- 28 Vgl. Verzeichnis auf der Karte von Morgen, gefiltert nach: CSX [<https://www.karte.vonmorgen.org/m/csx?c=50.1910%2C7.6465&z=5.00&tag=csx>].
- 29 CSX Netzwerk e. V. (2023): Prosumieren statt Konsumieren [<https://gemeinschaftsgetragen.de/>].
- 30 Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg, Junius.
- 31 Hickel, Jason (2020): Less is more: How degrowth will save the world. Random House.
- 32 Euler, Johannes (2019): The Commons: A Social Form that Allows for Degrowth and Sustainability, *Capitalism Nature Socialism*, 30:2, S. 158–175 [DOI: 10.1080/10455752.2018.1449874].
- 33 Raworth, Kate (2018): Doughnut Economics: Seven Ways to Think Like a 21st Century Economist. London: Random House Business.
- 34 Muraca, Barbara (2014). Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums, Berlin, Wagenbach.

Solidarische Landwirtschaft in einer Welt voller Krisen

Baldur Kapusta

Abstract

Der Beginn dieses Jahrzehnts ist von vielfältigen Krisen geprägt: Klimakrise, massives Artensterben, globale Pandemie und Kriege verstärken bereits bestehende gesellschaftliche und ökologische Herausforderungen. Seinen Beitrag dazu leistet das vorherrschende agrarindustrielle Ernährungssystem: Dieses hat negative Effekte auf die Ökosysteme, einen zu hohen Energieeinsatz, ist aufgrund der Verwendung von Kunstdüngern und fossilen Brennstoffen von autokratischen Staaten abhängig und spielt die Produzierenden zugunsten von Profiten gegeneinander aus. Es funktioniert nur durch eine globale Vertriebsstruktur, in der Störungen massive Effekte erzeugen. Dieses System ist aus den Konkurrenzanforderungen der Marktwirtschaft und der gezielten Subventionierung großer Betriebe erwachsen und hat zum Verlust kleinbäuerlicher Landwirtschaft beigetragen, die in der Regel eine regionale Lebensmittelversorgung sichergestellt hat. Einen alternativen Lösungsansatz für nachhaltige Ernährungssysteme stellen Solidarische Landwirtschaften (Solawi) dar. Im Beitrag wird deren Potenzial, aktuellen Krisen und Herausforderungen zu begegnen, beschrieben. Die verwobenen Herausforderungen unserer Zeit werden dabei jeweils unter dem ökologischen, sozialen und ökonomischen Blickwinkel betrachtet. Doch auch einige interne Herausforderungen der Solawi-Bewegung werden in den Blick genommen. Als These wird der Standpunkt vertreten, dass regionale Ernährungssysteme einen wesentlichen Beitrag leisten können, um den aktuellen Krisen zu begegnen. Im Kontrast zu agrarindustriellen Ernährungssystemen wirken sich regionale Ernährungssysteme positiv auf

Biodiversität und sozialen Zusammenhalt aus und reduzieren durch den viel geringeren Transportbedarf den Gebrauch von fossilen Energieträgern massiv.

Einleitung

Landwirtschaft ist eine der ältesten kulturellen Betätigungen der sesshaften Menschen. Sie beeinflusste stets die Umwelt und formte so die Oberfläche der Erde. In der Menschheitsgeschichte gibt es einige Beispiele für die Übernutzung regionaler Ressourcen. Die aktuelle Dimension ist jedoch global: Schwindende Bodenfruchtbarkeit durch nicht nachhaltige Bearbeitungsmethoden, der Einsatz von Düngemitteln, der zu problematisch hohen Nitratreinträgen in Boden und Gewässern führt, sowie der Einsatz von Pestiziden, die zum massiven Artensterben beitragen, sind Konsequenzen agrarindustrieller Nahrungsmittelproduktion.¹ Neben den ökologischen Problemen trägt der globalisierte Rahmen der Agrarindustrie auch zu sozialen Krisen bei, denn die faktische Monopolisierung des Lebensmittelhandels in den Händen weniger transnationaler Unternehmen² macht aus Nahrung Handelswaren. Bei diesen sind logistische und wirtschaftliche Aspekte zentral und nicht der Nährstoffgehalt oder der Beitrag zur Artenvielfalt. Profitinteressen der Konzerne – und nicht der Wunsch der Konsumierenden nach gesunden und nahrhaften Lebensmitteln – sind der Grund, warum gleichzeitig Übergewicht in einem Teil und Hunger in einem anderen Teil der Welt zunehmen.³ Es ist festzuhalten, dass die Industrialisierung der Landwirtschaft maßgeblich zu einer Vielzahl aktueller Krisen beigetragen hat und sich als globalisierter Markt demokratischer Kontrolle entzieht.

Solidarische Landwirtschaft⁴ hingegen ist als Teil kooperativer Wirtschaft⁵ zu begreifen, die unter anderem an Gemeinwohl, demokratischer Mitwirkung, Selbstbestimmung und Bedarfswirtschaft orientiert ist. Sie verabschiedet sich von marktwirtschaftlicher Konkurrenzlogik und Wachstumsdrang – ihr dezentraler Charakter erteilt jedoch zugleich der Planwirtschaft eine Absage. An welchen Stellen dieses regionale Ernährungssystem den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen unserer Zeit begegnen kann, wird im Folgenden näher beleuchtet.⁶

Ökologische Herausforderungen

Die eingangs skizzierten Probleme, die aus der Entwicklung der Landwirtschaft, vor allem nach der sogenannten Grünen Revolution, erwachsen, sind vielfältig und beeinflussen einander. Da diese jedoch aus den politisch geformten Agrarstrukturen entstanden sind, ist die Landwirtschaft nicht nur Teil des Problems, sondern auch Teil der Lösung – wenn bei Anbau und Vertrieb andere Wege eingeschlagen werden. Einen Ansatz dazu bietet die Solidarische Landwirtschaft, in der saisonal und nachhaltig angebaut und regional vertrieben wird.

So beackern die meisten Solawis ihre Flächen unter ökologischen Gesichtspunkten, verzichten allerdings oft auf kostspielige Zertifizierungen, da die Mitglieder die Anbauweise legitimieren und überprüfen können. Manche Betriebe betreiben den Boden regenerierende Landwirtschaft, um die Fruchtbarkeit des Bodens und seinen Humusgehalt zu erhöhen, andere verwenden explizit verschiedene Sorten von Feldfrüchten und züchten alte Tierrasen, damit diese nicht aussterben. So wird ein reichhaltiges und vielseitiges Lebensmittelangebot bewahrt.

Die Landwirtschaft ist global für etwa ein Viertel der Treibhausgase verantwortlich, da agrarindustrielle Ernährungssysteme stark von fossilen Energieträgern und petrochemischen Prozessen zur Düngerherstellung abhängig sind.⁷ Die ökologische Bewirtschaftung einer Solawi senkt durch den Verzicht auf Kunstdünger nicht nur die Treibhausgasemissionen, sondern führt außerdem durch geringere Einträge auch zu einer geringeren Belastung von Böden und Gewässern, was sich positiv auf die lokale Biodiversität auswirkt. Der regionale Direktvertrieb reduziert transportbedingte Emissionen: Anstatt über einen globalisierten Markt eine ressourcenintensive Verteilung von Lebensmitteln durchzuführen, wird in der jeweiligen Region die saisonale Ernte an Depots geliefert und dort von den Mitgliedern abgeholt. So wird auch Verpackungsmüll vermieden. Somit können Solawis durch ihre kurzen Versorgungsketten und unabhängigen, nachhaltigen Anbauweisen dazu beitragen, den vielfältigen ökologischen Krisen in der Landwirtschaft zu begegnen.

Soziale Herausforderungen

Die Marktwirtschaft sorgt auch in der Nahrungsmittelindustrie für große Machtkonzentration bei wenigen transnationalen Konzernen, die weite Bereiche des Sektors unter ihrer Kontrolle haben. Der Großteil der Gewinne fließt an diese Unternehmen, von denen sowohl Produzierende als auch Konsumierende abhängig sind, da sie entscheiden, was auf dem globalen Lebensmittelmarkt verkauft wird.⁸ Wirtschaftliche Ansprüche sind dabei sozialen und ökologischen Belangen übergeordnet.⁹

Durch die direkte Beziehung zwischen Produzierenden und Konsumierenden in Solawis wird die lange Kette des Zwischenhandels umgangen, und die Wertschöpfung verbleibt direkt regional. Da nicht die Profitmaximierung, sondern die gemeinwohl- und kreislauforientierte Versorgung von Menschen mit regionalen und saisonalen Lebensmitteln im Fokus steht, bleiben wirtschaftliche Belange in das soziale Gefüge eingebettet: Der Betrieb wird von den Mitgliedern finanziert, die gemeinsam für die notwendigen Kosten der gesamten Produktion aufkommen, anstatt nur einzelne Produkte zu kaufen. Zwar muss die Gewinnerzielungsabsicht eines landwirtschaftlichen Betriebs aus steuerrechtlichen Gründen gewährleistet sein. Trotzdem ist für Solawis eine Orientierung am Wachstumscredo nicht notwendig, denn zentral ist die Deckung der Kosten – und nicht das stete Generieren von Gewinnen.

Die direkten Beziehungen und der regelmäßige Austausch der Mitglieder wirken der Entfremdung von der Lebensmittelproduktion entgegen. Die Mitglieder stellen eine Verbindung zum Produktionsort und zu den zugehörigen Menschen und Tieren her. Sie können aufgrund der Möglichkeit, selbst auf dem Betrieb mitzuarbeiten, landwirtschaftliche Arbeit besser kennen- und wertschätzen lernen. Aus dieser Beziehung erwächst ferner die höhere Zahlungsbereitschaft für nachhaltige Lebensmittel. Aus Konsumierenden werden Prosumierende¹⁰, die bewusst Verantwortung für ihre nachhaltige Lebensmittelproduktion übernehmen und sich aktiv in diese einbringen.

Um der Tatsache zu begegnen, dass Menschen unterschiedlich hohe Einkommen haben, nutzen einige Solawis die sogenannte Beitragsrunde. Das notwendige Budget wird an die Mitglieder kommuniziert, und diese nen-

nen einen für sie möglichen monetären Beitrag. So werden die Kosten nicht auf alle Ernteteilenden gleich verteilt, sondern die Mitgliedsbeiträge werden solidarisch angepasst. Für den Fall, dass die Budgetdeckung nicht beim ersten Anlauf zustande kommt, wird das Beitragsverfahren wiederholt, bis eine

	Versorgungslogik industrieller Landwirtschaft	Versorgungslogik Solidarischer Landwirtschaft
Technisch-Ökonomische Struktur	<ul style="list-style-type: none"> _ industrielle Massenproduktion _ hohe Spezialisierung _ (internationale) Arbeitsteilung / Fertigungstiefe _ Technologie kompatibel mit Größenvorteilen _ hohe Kapitalintensität _ an der Einhaltung von Grenzwerten orientiertes _ Verständnis von Produktqualität _ Prozessqualität fokussiert auf technische und logistische Abläufe 	<ul style="list-style-type: none"> _ Kleinstrukturierte Kreislaufwirtschaft _ Vielfalt, Diversifizierung & Multifunktionalität _ autonome / regionale Wertschöpfungsketten _ mittlere Technologien, abnehmende bis konstante Skalenerträge _ hohe Arbeitsintensität _ auf Steigerung der gesundheitlichen Wirkung orientiertes Verständnis von Produktqualität _ Prozessqualität fokussiert auf Umgang mit beteiligten Menschen und Umwelt
Größe & Geografische Ausrichtung	<ul style="list-style-type: none"> _ Wachstumszwang; optimale Betriebsgröße als Resultat von Wettbewerb und Kostendegression _ regionale bis interregionale Wertschöpfungsketten _ Markt als indirektes Distributionssystem _ Anonymität hinsichtlich Verbrauchern und Partnern 	<ul style="list-style-type: none"> _ Wachstumsunabhängigkeit und -begrenzung; optimale Betriebsgröße sozial und ökologisch determiniert _ lokale bis regionale Wertschöpfungsräume _ Direktvermarktung als Teilen der Ernte durch Endverbraucher _ direkte Beziehungen, Sinnstiftung und Selbstwirksamkeitserfahrung
Gewinnorientierung	<ul style="list-style-type: none"> _ Leistungsprinzip _ Monetarisierung _ direkte Reziprozität _ auf finanzielle Rendite ausgerichtete Gewinnmaximierung 	<ul style="list-style-type: none"> _ bedürfnisorientierte Zuteilung und solidarische Anpassung _ Dekommodifizierung _ Entnahme ohne (direkte) Gegenleistung _ politische Ziele (bzw. Bedürfnisorientierung) unter der Restriktion der Kostendeckung
Preisbildung & Wettbewerb	<ul style="list-style-type: none"> _ Preismechanismus regelt produktbezogene Preis _ Markt als Allokationssystem _ Preisnehmer in einem anonymen, durch Großhandel dominierten Markt _ Konkurrenz im Preiswettbewerb 	<ul style="list-style-type: none"> _ solidarische Umlagefinanzierung für Ernteanteile _ partizipative Aushandlung _ Preisgeber trotz polypolistischen Wettbewerbs _ Kooperation durch über informell aufgeteilte lokale »Märkte«
Eigentum & Mitbestimmung	<ul style="list-style-type: none"> _ Privateigentum an eingesetztem Kapital _ Hierarchische Organisation _ Trennung Produzent*innen- / Konsument*innenrolle 	<ul style="list-style-type: none"> _ Privat- und Gemeinschaftseigentum (Teilhabe) _ basisdemokratische Partizipationspraktiken _ Prosument*innenentum; Ko-Produktion

1 Gegenüberstellung industrielle und Solidarischer Landwirtschaft. *Quelle: nach Rommel, Marius / Paech, Niko / Antoni-Komar, Irene / Posse, Dirk / Wittkamp, Moritz (2022): Forschungsverbundbericht nascent 2 – Beiträge Solidarischer Landwirtschaftsbetriebe zur Entwicklung transformativer Wertschöpfungsräume: Schlussbericht. Berichtszeitraum: 01.01.2020 bis 30.06.2022. Universität Siegen und Universität Oldenburg.*

Deckung erreicht ist. Die konkrete Ausgestaltung kann sich dabei unterscheiden. So können zum Beispiel die Beitragshöhen gestaffelt, an Richtwerten orientiert oder ganz offen sein.¹¹

Ein zweiter solidarischer Aspekt wird hier deutlich: Neben der Solidarität mit der Landwirtschaft, die das Gesamtkonstrukt ermöglicht, öffnet sich der solidarische Raum der Ernteteilenden untereinander. Dennoch darf nicht unerwähnt bleiben, dass sich in Solawis nicht die gesamtgesellschaftliche Diversität widerspiegelt, weil vorwiegend ökonomisch bessergestellte Personen mit Interesse an ökologischen Themen beteiligt sind. Für die Einbindung unterrepräsentierter Gruppen gilt es zukünftig, einladende Beteiligungsverfahren zu finden. So könnte gewährleistet werden, dass die Bewegung diverser und inklusiver wird, als sie es bereits ist.

Ökonomische Herausforderungen

In der Solidarischen Landwirtschaft werden die Kosten der Produktion offengelegt. Die Kalkulation bezieht sich dabei jedoch nicht auf das einzelne Produkt, sondern auf den gesamten Anbau im Laufe eines Jahres: Es wird nicht der Kaufwert eines einzelnen, zur Handelsware gemachten Lebensmittels bestimmt, sondern der Preis für dessen Produktion berechnet. Dieser Ansatz führt dazu, dass die Lebensmittel ihren Preis verlieren und ihren Wert zurückbekommen,¹² da der Aufwand für die Herstellung beziffert wird – und nicht ein Preis für Ware.

Dass der Zugang zu Land schwierig ist, ist ein allgemeines Problem der Landwirtschaft, das nur politisch gelöst werden kann. Dass die Verpachtung an ökologische und soziale Auflagen gekoppelt werden sollte, um Solawis und andere nachhaltige wirtschaftende Betriebe zu fördern, ist ein wesentlicher Aspekt der anstehenden Agrarwende, wie er von entsprechenden Verbänden gefordert wird.¹³ Speziell für Neugründungen ist es schwierig, geeignete Flächen zu finden, insbesondere, wenn die Solawi von den Mitgliedern und nicht von Landwirt*innen initiiert wird.

Für bestehende Familienbetriebe oder Betriebe im Nebenerwerb ist die Betriebsform der Solidarischen Landwirtschaft eine Option, um mit der gerin-

gen Betriebsgröße zu bestehen und sich nicht spezialisieren zu müssen und damit eine vielfältige und artenreiche Kulturlandschaft erhalten zu können. Die größten Solawis in Deutschland sind wiederum als Genossenschaften aufgestellt. Im Kartoffelkombinat eG gehört den beteiligten Genoss*innen der sieben Hektar große Betrieb gemeinschaftlich,¹⁴ bei der KoLa Leipzig eG werden 35 Hektar von der evangelischen Kirche gepachtet.¹⁵ So vielfältig die Ausprägungen Solidarischer Landwirtschaft sind, so divers sind auch die Besitzverhältnisse ausgestaltet.

Viele Solawis erhalten aufgrund ihrer geringen Betriebsgröße keine (Agrar-) Subventionen und sind auch von anderen Förderungen ausgenommen. Die Kosten werden vorwiegend durch die Mitgliedsbeiträge, Spenden und ehrenamtliches Engagement gedeckt. Vorhersehbare, unterjährige Preisfluktuationen können bedacht und in der Betriebskostenrechnung zum Saisonbeginn berücksichtigt werden. Steigen jedoch im laufenden Wirtschaftsjahr die Kosten für die Betriebsmittel, wie Treibstoffe, unvorhersehbar, kann dies die Jahreskalkulation der Solawi invalidieren. Diese sollte also idealerweise entsprechende Puffer oder Rücklagen beinhalten. Alternativ können die gestiegenen Kosten an die Mitglieder kommuniziert werden, um gemeinsam Lösungen zu finden.

Solidarische Landwirtschaft erweist sich hier als besonders resilient. Denn die in der Landwirtschaft steigenden Betriebskosten – vor allem Energiekosten für Trecker und Kühlungen, aber auch Düngemittel, Baustoffe und Saatgut – fallen in Solawis in geringerem Maße an. Die Nutzung von leicht beherrschbarer und erschwinglicher Technik, die menschliche Arbeitskraft maßvoll zu ergänzen versucht, anstatt sie durch kapitalintensive Investitionen zu ersetzen, wird angestrebt. Diese konvivialen oder lebensdienlichen Technologien¹⁶ werden durch die Anwendenden kontrolliert, sind leichter erlernbar und können nicht monopolisiert werden – wie es bei agrarindustriellen Technologien häufig der Fall ist. Da eher arbeits- als kapitalintensive Technologien und Prozesse genutzt werden, gibt es meist wenig große Investitionen, dafür mehr Mitarbeitende.

Alles, bei dem die Mitglieder die Finanzierung mittragen, kann ausprobiert werden, weshalb häufig ökologische und soziale Mehrwerte in den Vor-

dergrund treten. So kann mit bodenregenerierenden Anbaumethoden, elektrischen Maschinen¹⁷, soziokratischen Organisationsstrukturen oder mit flexiblen Arbeitszeitmodellen experimentiert werden, um ganz praktisch erfolgreiche Wege von Irrwegen trennen zu lernen.

Die strukturelle Unabhängigkeit vom kapitalistischen Wachstumsdruck ermöglicht insbesondere kleinbäuerlichen Betrieben ein Überwinden des sogenannten Wachsen-oder-Weichen-Dilemmas, wodurch regionale Verortung und die direkte Beziehungen gestärkt werden. Solidarische Landwirtschaft bietet eine Perspektive für kleinere Höfe, von denen viele in den letzten Jahr(zehnt)en schließen mussten. Und letztlich ist eine Vielfalt kleinerer Betriebe flexibler und anpassungsfähiger gegenüber Krisen als wenige große Unternehmen, bei denen weite Zusammenhänge betroffen sind, sobald es an einer Stelle hakt.¹⁸

Interne Herausforderungen

Ein wesentlicher Aspekt für das Gelingen und die Beständigkeit einer Solawi ist eine gute und ehrliche Budgetkalkulation, die faire Löhne beinhaltet und transparent ist, damit Mitarbeitende nicht niedrige Löhne bzw. unbezahlte Überstunden in Kauf nehmen, um die Mitgliedsbeiträge möglichst gering zu halten. Wenn nicht direkt zu Beginn offen und ehrlich die verschiedenen, speziell finanziellen Bedürfnisse kommuniziert und berücksichtigt werden, wird es im laufenden Betrieb herausfordernd, Veränderungen wie Lohnsteigerungen umzusetzen.

An diesem Punkt wird die herausragende Rolle von Kommunikation in Solidarischer Landwirtschaft deutlich. Die Energie, die sonst für Vermarktung aufgebracht wird, muss bei Solawis in die Mitgliederkommunikation und -betreuung fließen. Dafür müssen Kapazitäten kalkuliert werden, die vom Betrieb oder aus der Gruppe der Mitglieder getragen werden. Wichtig dabei ist jedoch, dass die Kommunikation dialogisch erfolgt und die Beziehungsebene ausgebaut wird, um ein gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Perspektiven zu ermöglichen. Im Sinne dieses neuen Miteinanders geht es darum, nicht nur die harten wirtschaftlichen Fakten wie Anbaukosten und

Produktionsweise transparent zu machen, sondern auch von Betriebsseite Sorgen und Nöte an die Mitgliedergruppe herantragen zu können. So können Probleme gemeinsam gelöst werden, und gleichzeitig können die Mitglieder Feedback zu Auswahl und Qualität der Anbauprodukte geben. Da die Gruppe zusichert, die Ernte so abzunehmen, wie sie kommt, und sie am Wohlergehen des Betriebs interessiert ist, lässt sich dieser mit weniger Stress führen. Durch das gemeinsame Übernehmen der Verantwortung und des Risikos verschwindet die klassische Kundenbeziehung. Somit ist Solidarische Landwirtschaft nicht einfach ein anderer Vermarktungsweg, sondern Teil eines kulturellen Wandels im Miteinander der Lebensmittelproduktion, da kooperatives Wirtschaften und kooperative Beziehungen als verschiedene Ebenen der gleichen kulturellen Transformation gelten können.

Eine erfolgreiche Solawi besteht länger als eine Saison, weshalb Anstrengungen in der Kommunikation relevant sind, um Beständigkeit zu erreichen. Die Beziehungsarbeit ist es, die die langfristige Bindung der Mitglieder an die Solawi bedingt.

Wie oben schon erwähnt, decken die Mitgliedsbeiträge zwar das zuvor kalkulierte Jahresbudget ab, diese Methode ist jedoch relativ unflexibel hinsichtlich Preissteigerungen im Saisonverlauf. Weiterhin muss die Notwendigkeit der langfristigen vertraglichen Verbindlichkeit von einem Jahr vermittelt werden (aus Betriebsperspektive idealerweise noch länger), was der aktuellen Tendenz, eher unverbindlichere Beziehungen einzugehen, entgegenläuft, für das Bestehen von Solidarischer Landwirtschaft jedoch notwendig ist. Außerdem muss auch die Bereitschaft, mehr Geld für gute Lebensmittel auszugeben, angesprochen werden, um dem Trend, Lebensmittel möglichst günstig einzukaufen, entgegenzuwirken. Der Mehrwert einer Solawi-Beteiligung, wie Umweltschutz, Ernährungswende oder Bildungsarbeit, muss den Mitgliedern vermittelt und von diesen angenommen werden, damit sie sich über Jahre hinweg beteiligen. Wenn es den Mitgliedern nur um günstige Lebensmittel geht, werden sie die Solawi wieder verlassen. Wenn ihnen jedoch auch die gesellschaftliche Transformation wichtig ist, bleiben sie längerfristig dabei.

Die durch die Klimakrise zunehmenden extremen Witterungen tragen zu Katastrophen wie Überschwemmungen oder Dürren bei. Das kann zu Ernte-

einbußen bis hin zu kompletten Ernteausfällen führen.¹⁹ Aktuell können die Mitglieder in diesem Fall nach wie vor in Supermärkten ihren Bedarf an Nahrungsmitteln decken. Für umfassende regionale Ernährungssysteme ist die Vernetzung der Solawis untereinander von großer Bedeutung, da die wenigsten eine Vollversorgung anbieten. Durch Kooperationen können sich Betriebe spezialisieren, was den Anbau von Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln effizienter machen kann. Für eine Vollversorgung kann dann von weiteren Betrieben zum Beispiel Brot, Eier oder Fleisch bezogen werden. Dabei muss beachtet werden, die Kernidee der kleinen Einheiten²⁰ und die gesellschaftliche und ökologische Verantwortung der Landwirtschaft nicht erneut mit Monokulturen und zu großen Schlägen zu unterlaufen. Das Einbeziehen etablierter Höfe eröffnet das Potenzial in der wichtigen Gruppe der erfahrenen Landwirt*innen, denn nicht jede Solawi kann sich neu gründen.

Dem allgemein grassierenden Fachkräftemangel begegnet die Solawi-Bewegung im gartenbaulichen Bereich durch die gut angenommene selbstorganisierte Solawi-Gemüsebau-Ausbildung²¹, die den gewandelten Ansprüchen nachkommt und fähige Betriebsnachfolger*innen hervorbringt. Die Wertschätzung und Attraktivität von landwirtschaftlicher Betätigung sind jedoch eine gesellschaftliche Aufgabe, um die Ausbeutung unterbezahlter Arbeitsmigrant*innen zu reduzieren und der Produktion von Lebensmitteln wieder die zentrale gesellschaftliche Stellung zu verschaffen, die ihr gebührt: Als Grundlage des Lebens, ohne die weiteres Wirtschaften nicht möglich ist. Solidarische Landwirtschaft bietet durch ihre Transparenz Planungssicherheit für Betriebe und die regionale Beziehungsarbeit einen wertvollen Beitrag, um gesellschaftliche Herausforderungen anzugehen.

Ausblick

Solidarische Landwirtschaft bietet Lösungsansätze für einige Herausforderungen unserer Zeit. Während die Agrarindustrie mit Ernährung Umsatz und möglichst viel Gewinn generieren will, geht es in der Solidarischen Landwirtschaft darum, regional eine gesunde und nachhaltige Ernährung anzubieten. Durch die Regionalität und Saisonalität werden unliebsame Folgen

der Landwirtschaft vermindert. Für die eingangs im Beitrag erwähnten – und in der Agrarindustrie meist externalisierten – Folgen wie Bodendegradation oder das massive Artensterben wird die Verantwortung übernommen, dementsprechend das Land bewirtschaftet und in der Kostenkalkulation berücksichtigt. Die grundlegende Ausrichtung am Gemeinwohl und am kooperativen Wirtschaften wandelt die Beziehungen der Beteiligten untereinander, und gleichzeitig entsteht für die Erzeugnisse eine höhere Wertschätzung. Regionales Wirtschaften sorgt für eine stärkere Unabhängigkeit vom internationalen Markt, auch wenn natürlich keine absolute Autonomie erreicht (oder angestrebt) wird. In Solidarischer Landwirtschaft wird die Wirtschaft in soziale und ökologische Gefüge eingebettet und ihnen nicht übergeordnet.²² Der undogmatische Ansatz schafft die Möglichkeit, mit ungewohnten Methoden in Anbaupraxis und Organisation zu experimentieren und den Raum des Möglichen zu erweitern. Insbesondere durch die Nutzung nachhaltiger Anbaumethoden begegnet Solidarische Landwirtschaft den miteinander verschränkten Krisen wie dem Biodiversitätsverlust, der Bodendegradation und der Gewässerverschmutzung. Diese resultieren schlussendlich aus der räuberischen Ausrichtung des kapitalistischen Wirtschaftsmodells, das auf Ausbeutung von Mensch und Umwelt basiert. Ihnen kann folglich nur mit integralen Ansätzen und einer anderen Form des Wirtschaftens begegnet werden, die auf Kooperation statt Konkurrenz setzt.

Während die meisten Solawis derzeit auf die Versorgung mit Gemüse ausgerichtet sind, gibt es die Vision, in Zukunft zu einer Vollversorgung über Solawi-Strukturen zu kommen sowie das Wirtschaftsprinzip darüber hinaus auf andere Bereiche zu übertragen.²³ Dafür ist eine Zunahme an Kooperationen ebenso relevant wie die Umstellung von Höfen mit Ackerbau und Tierzucht auf Solidarische Landwirtschaft. Zentral für die weitere Entwicklung dürfte sein, ob es auch in Krisenzeiten gelingt, die gesellschaftliche Wertschätzung und Verantwortungsbereitschaft für die Nahrungsproduktion weiter zu steigern und für die (Selbst-)Versorgung der Bevölkerung die politische Unterstützung im Sinne der Ernährungssouveränität zu bekommen.

Anmerkungen

- 1 Heinrich-Böll-Stiftung / BUND / PAN- Germany / Le Monde diplomatique (Hrsg.) (2022): Pestizidatlas. Daten und Fakten zu Giften in der Landwirtschaft, S. 22–30.
- 2 Vgl. Patel, Raj (2007): Stuffed and starved. Markets, power and the hidden battle for the world food system.
- 3 Ebd.
- 4 Solidarische Landwirtschaft wird im Artikel als Bezeichnung für die Wirtschaftsweise genutzt, Solawi als Bezeichnung für die Betriebe.
- 5 Bloome-Drees, Johannes / Degens, Philipp / Flieger, Burghard / et al. (2021): Kooperatives Wirtschaften für das Gemeinwohl in der Zivilgesellschaft. In: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft und Gemeinwohl 44 (2021), S. 455–485.
- 6 Vgl. Wellner, Maria (2018): Landwirtschaft und Gesellschaft. Community Supported Agriculture als innovative Nische. Dissertation der Georg-August-Universität Göttingen; Rommel, Marius / Posse, Dirk / Wittkamp, Moritz / Paech, Niko (2022): Cooperate to transform? Regional cooperation in Community Supported Agriculture as a driver of resilient local food systems.
- 7 Heinrich-Böll-Stiftung, BUND, Le Monde Diplomatique (Hrsg.) (2019): Agrar-Atlas: Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft, Berlin, S. 44.
- 8 Vgl. Patel, Raj (2007): Stuffed and starved. Markets, power and the hidden battle for the world food system, London.
- 9 Vgl. Polanyi, Karl ([1944] 1977): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Suhrkamp.
- 10 Rommel, Marius / Posse, Dirk / Paech, Niko / et al. (Hrsg.) (2023): Handbuch Solidarische Landwirtschaft. Solawis erfolgreich gründen und gestalten, S. 20.
- 11 Ebd., S. 94.
- 12 Ebd., S. 28.
- 13 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (2022): Ackerland in Bauern- und Bäuerinnenhand! [<https://www.abl-mitteldeutschland.de/mitmachen/gemeinwohlkampagne>].
- 14 Kartoffelkombinat (2022): Was bisher geschah ... Eine Chronik des Kartoffelkombinats [<https://cloud.kartoffelkombinat.de/index.php/s/LA6BfC6roqBP3rw>].
- 15 Kola Leipzig (2023): Was bisher geschah ... [<https://kolaleipzig.de/unsere-geschichte/>].
- 16 Vetter, Andrea (2023): Konviviale Technik. Empirische Technikethik für eine Postwachstumsgesellschaft, Berlin.
- 17 Vgl. Kola Leipzig (2023).

- 18 Vgl. Kohr, Leopold ([1957] 2002): Das Ende der Großen. Zurück zum menschlichen Maß, Salzburg/Wien.
- 19 Biotop Oberland (2023): Verwüstung im Biotop – Hagel-Totalschaden [<https://biotop-oberland.de/allgemein/hagel-totalschaden-im-biotop/>].
- 20 Vgl. Kohr ([1957] 2002).
- 21 Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e. V. (2023): Selbstorganisierte Solawi-Gemüsebau-Ausbildung [<https://www.solidarische-landwirtschaft.org/das-netzwerk/arbeitskreise/gemuesebau-ausbildung/>].
- 22 Vgl. Polanyi, Karl ([1944] 1977): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Suhrkamp.
- 23 Vgl. Rommel, Marius und Knorr, Mona (2021): Wirtschaften ohne Marktpreise? Vom Unternehmensmodell Solidarische Landwirtschaft zu einer gemeinschaftsgetragenen Versorgungsökonomie. In: Der kritische Agrarbericht 2021, S. 196–200.

KURZBIOGRAFIEN

Über die Autor*innen und Lektor*innen

Autor*innen

Tilman Wendelin Alder lebt in Berlin und engagiert sich in der Vergesellschaftungsbewegung bei »Deutsche Wohnen & Co enteignen«. Er arbeitet im Movement-Hub und ist im Commons-Institut vernetzt.

Lemon Bahierl hat Philosophie und politische Ökonomie studiert. Lemon ist Gründungsmitglied von *communia*, forscht zum Verhältnis von Staat und sozialen Bewegungen und arbeitet an Vergesellschaftungsperspektiven für die Bereiche Energie und Wohnen.

Maximilian Becker ist Ökonom und seit vielen Jahren in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv. Er war lange Zeit im Bündnis *Ende Gelände* organisiert und von 2019 bis 2020 Sprecher des Bündnisses *#unteilbar*. Maximilian ist Mitglied der Partei Die Linke.

Benjamin Best ist Politikwissenschaftler, lebt in Köln und hat die Nachwuchsgruppe *Die Rolle von Energiesuffizienz in Energiewende und Gesellschaft* geleitet. Ben war 14 Jahre Wissenschaftler am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, hat 2014 die Degrowth Conference in Leipzig mitorganisiert und 2018 zum Modellprojekt »InnovationCity Ruhr« promoviert. Heute arbeitet er im kommunalen Klimaschutz.

Eva Brunnenmann investiert ihre Zeit aktiv bei »WirFahrenZusammen«. Seit ihrem Eintritt in die Rente beschäftigt sie sich mit verschiedenen Aspekten der Verkehrswende, etwa dem öffentlichen Raum und der Mobilität aus feministischer Perspektive oder mit der Rolle von Gewerkschaften im sozial-ökologischen Umbau.

Stefan Campos Mühlenhoff hat einen Master in Global Political Economy and Development von der Universität Kassel. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich ökologischer Agrarwissenschaften. Sein Fokus liegt auf gerechten Ernährungssystemen und Hintergründen ökonomischer Theorien.

Tristan Crampe studiert den Bachelorstudiengang Ökonomie – Nachhaltigkeit – Transformation an der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung und war im Sommer 2023 Teil der »Deutsche Wohnen & Co enteignen«-Kampagne.

Solveig Degen studiert Socio-Ecological Economics and Policy und arbeitet am Institut für Multi-Level Governance und Development an der WU Wien. Sie forscht zu radikaler Demokratietheorie, demokratischer Wirtschaftsplanung und engagiert sich in der Kampagne OMV&Co vergesellschaften.

Indigo Drau ist Klimaaktivistin. Im Kampf gegen RWE im Hambacher Forst und in Lützerath wurde ihr klar, dass wir die Klimakrise nur aufhalten können, wenn wir den Kapitalismus überwinden. Seitdem sucht Indigo praktisch und theoretisch neue Wege in eine solidarische Gesellschaft. Im Zuge dessen veröffentlichte sie 2024 zusammen mit Jonna Klick das Buch *Alles für alle. Revolution als Commonisierung*.

Thomas Eberhardt-Köster lebt in Düsseldorf und ist Betriebswirt und Politikwissenschaftler. Er arbeitet in der Kommunalverwaltung und ist bei Attac Deutschland aktiv, unter anderem im bundesweiten Koordinierungskreis und in der Projektgruppe Energie.

Philip Euteneuer studiert Institutionsgestaltung an der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung in Koblenz. Bei Humanistic Management Practices gGmbH erarbeitet er ein Projekt zur Unternehmensdemokratie, wofür er das Thema seiner Masterarbeit im Bereich verantwortungsförderndes Institutionsdesign verortet.

Andrina Freitag ist Teil des selbstorganisierten Kippunkt Kollektivs in Berlin. Im solidarischen Miteinander gestaltet sie mit anderen Kollektivist*innen Bildungsarbeit zu Klimagerechtigkeit, die den Anspruch hat, sowohl inklusiv als auch machtkritisch und ermächtigend zu sein.

Friederike Habermann ist Ökonomin und Historikerin. Sie promovierte in Politischer Wissenschaft und ist seit über 40 Jahren Aktivistin sowie Autorin. Seit Jahrzehnten erforscht Friederike in Theorie und Praxis, wie eine solidarische Gesellschaft Wirklichkeit werden kann.

Justus Henze studierte Sozialökonomie und Urbanistik. Er ist bei Deutsche Wohnen & Co enteignen aktiv und arbeitet bei communia zur Vergesellschaftung der Energiewende. Justus forscht zusätzlich zu demokratischer und ökonomischer Planung.

Swetlana von Hindte hat einen Master in Global Political Economy and Development von der Universität Kassel. Sie interessiert sich für postkoloniale und feministische Perspektiven und setzt sich für Klimagerechtigkeit und das Recht auf Bewegungsfreiheit ein.

Christian Hofmann ist Koordinator im Bildungsbereich und schreibt für *emanzipation – Zeitschrift für ökosozialistische Strategie*. Mit Philip Broisted veröffentlichte er in *Goodbye Kapital* seine Alternative zu Geld und mit *PLANWIRTSCHAFT* eine Textsammlung zu originären Sichtweisen.

Selma Hornemann studiert Sozialwissenschaften in Köln und arbeitet seit zweieinhalb Jahren für die Kampagne »RWE & Co enteignen«. Lokale Klimagerechtigkeitsgruppen schließen sich durch gemeinsame Zielsetzungen zu einer gemeinsamen Kampagne zusammen, um große Energiekonzerne wie RWE zu vergesellschaften.

Janna Jung-Irrgang beschäftigt sich mit einigen Grundlagen für gesellschaftliche Transformation – Boden und Landwirtschaft, gemeinschaftlichem Wirtschaften und Erinnerungen an die Zukunft. Sie arbeitet unter anderem mit Lebensmittelhandwerk bei Die Gemeinschaft e.V., dem CSX-Netzwerk und Urban Heat Studio.

Baldur Kapusta interessiert sich als Sozial- und Kulturanthropologe für Ernährungssysteme. Er sieht in der modernen/kolonialen Mensch-Mitwelt-Beziehung eine grundlegende Ursache unserer aktuellen Krisen. Um darin aktiv etwas zu transformieren, engagiert er sich im Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V.

Matthias Kasper nennt sich Nonprofit-Ökonom und ist Bildungsreferent für globales Lernen und politische Bildung und Referent für gemeinwohlorientierte Organisationsberatung bei Humanistic Management Practices gGmbH.

Nele Klemann baut einen Commons-Verbund in Nordhessen auf – als eine Antwort auf die Notwendigkeit einer Vergesellschaftung im ländlichen Raum. Sie ist Teil des Commons-Instituts und gestaltet bei dem Verein Bewegungsakademie Bildungsräume zu ökonomischer Transformation.

Jonna Klick studiert Arbeitssoziologie in Göttingen und ist in linksradikalen Zusammenhängen sowie dem Commons-Institut aktiv. Gemeinsam mit Indigo Drau veröffentlichte sie 2024 das Buch *Alles für alle. Revolution als Commonisierung*.

Nikolas Kichler widmet sich als Architekt, Forscher und Entwickler ökologischen, selbstbaufähigen Gebäuden wie vivihouse, deren Schwerpunkt auf Kreislauffähigkeit liegt. Auch faszinieren ihn Commoning-Strukturen, besonders wenn sie Vielfalt, Resilienz und Überraschungen hervorbringen.

Anne Klingenmeier studierte Ökologische Landwirtschaft (BA) in Witzenhäusen und Transformationsstudien (MA) an der Europa-Universität Flensburg. Anne ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und befasst sich mit dem Potenzial von Commons-Theorien und Kommunalpolitik im ländlichen Raum für eine sozialökologische Transformation im Agrarbereich.

Heiner Koch ist Aktivist und Philosoph. Aktuell beschäftigt er sich intensiv mit Vergesellschaftung und Planwirtschaft. Philosophisch arbeitet Heiner zu Themen der Sozialphilosophie, Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften und zur Technikethik. Heiner arbeitet an der Universität Passau und lebt in Berlin. Dort ist er auch politisch aktiv.

Jonas Lage arbeitet am Norbert Elias Center for Transformation Design & Re-search an der Europa-Universität Flensburg zu Fragen der Suffizienzpolitik, der sozialökologischen Transformation und zu zukunftsfähiger Stadtentwicklung. Jonas promoviert an der TU Dortmund in der Umweltsoziologie.

Lukas Meisner studierte Philosophie, Soziologie und Komparatistik in London und Tübingen. Er promovierte zur Kritischen marxistischen Theorie, politischen Autonomie und zum radikalisierenden Projekt der Moderne in Venedig und Erfurt. Lukas ist Lehrbeauftragter an der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht sowie Fellow am Sonderforschungsbereich Strukturwandel des Eigentums der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Marcus Meindel ist am Commons-Institut aktiv und forscht im Rahmen des Projekts »Global Commoning System« an informationstechnischen Möglichkeiten, mit der Komplexität des Commonings umzugehen. Marcus hält zum Global Commoning System Vorträge und veröffentlicht aktuell gehaltene Texte.

Leonie Melcher schreibt ihre Masterarbeit im Studiengang Ökonomie – Nachhaltigkeit – Transformation an der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung und ist seit Februar 2023 in der »RWE & Co enteignen«-Kampagne in Köln aktiv.

Josef Mühlbauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Demokratiezentrum in Wien. Der Politikwissenschaftler publizierte 2022 sein Buch *Zur imperia-len Lebensweise* und engagiert sich ehrenamtlich im Bereich der Friedensforschung bei Empowerment for Peace und dem Varna Peace Institute.

Hannah Lucia Müller ist als ökologische Ökonomin im Forschungsbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik am Institut für Raumplanung der Technischen Universität Wien tätig. Sie arbeitet zu Themen wie Daseinsvorsorge, öffentliches Vermögen und Klimaschutz sowie Boden- und Wohnungspolitik.

Sabine Nuss ist Politologin und Publizistin. Nach ihrer Ausbildung zur Redakteurin an der Axel Springer Journalistenschule Hamburg studierte sie Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin und promovierte über Eigentum im informationellen Kapitalismus. Sie ist Herausgeberin und Autorin verschiedener Bücher zu den Themen Eigentum, Naturverhältnisse und Digitalisierung im Kapitalismus. Sie war Leiterin der Politischen Kommunikation bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und zuletzt Geschäftsführerin des Karl Dietz Verlags.

Michael Pfundst studiert im Bachelorstudiengang Ökonomie – Nachhaltigkeit – Transformation an der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung in Koblenz. In seinem Praxissemester bei der Humanistic Management Practices gGmbH beschäftigte er sich eingehend mit der Wirtschafts- und Organisationsdemokratie.

Laura Porak ist Doktorandin in Politikwissenschaften an der Johannes Kepler Universität. Zuvor hat sie Soziologie, Volkswirtschaft und politische Ökonomie studiert. Sie forscht zu Industriepolitik, Wettbewerbsfähigkeit und zur europäischen grünen Transformation.

Sigrun Preissing ist promovierte Wirtschaftsethnologin, Aktivistin und Bildungsschaffende. Sie hütet derzeit gemeinsam mit anderen die Commons-Sommerschule, publiziert und begleitet Projekte im Bereich Selbstorganisation mithilfe der Commons-Mustersprache.

Sascha Regier ist promovierter Soziologe, Lehrer und aktiv im Forum kritische politische Bildung. 2023 wurde sein Buch *Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der politischen Bildung* veröffentlicht. Zudem ist er in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig.

Juan C. Castillo Rivadeneira ist Promotionsstudent in Philosophie an der Universität Leipzig. Seine Dissertation beschäftigt sich mit dem Armutsproblem aus einer kritischen Perspektive. Seit 2021 ist er bei der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland als Projektreferent im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie Leben entstandenen Kompetenznetzwerks Anti-Schwarzer Rassismus tätig.

Vanita Römer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektkoordinatorin am Institut für Angewandte Informatik in Leipzig und forscht aktuell zur wertorientierten Transformation von gemeinwohlorientierten Organisationen. In ihrer Vision ermöglichen partizipative Ansätze inner- und außerhalb des digitalen Raums eine nachhaltige, lebenswerte Zukunft für alle.

Tobi Rosswog ist Aktivist, freier Dozent, Autor und Mitinitiator verschiedener Kollektive und Projekte für die sozialökologische Transformation. In der Verkehrswendestadt Wolfsburg kämpft er mit Arbeiter*innen und Aktivist*innen für die Konversion und Vergesellschaftung der Automobilindustrie.

Julia Rothamel ist Forscherin an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena, Prozessbegleitende bei *iniciato* und Teil des Arbeitskreises Sichtbarkeit im Netzwerk Gemeinschaftsgetragenes Wirtschaften. Sie setzt sich für offene Räume ein, in denen sich Menschen auf Augenhöhe begegnen können, um ein solidarisches Miteinander zu fördern.

Jakob Schäfer arbeitete jahrzehntelang in der Industrie und ist in der Klimaschutzbewegung sowie gewerkschaftlich aktiv. Zusammen mit Guenther Sandleben veröffentlichte er 2013 *Apologie von links. Zur Kritik gängiger linker Krisentheorien*. Weitere Buchveröffentlichungen: *Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise* und *Mellopolis '48. Eine Reportage. Vision einer Gesellschaftsordnung nach der Überwindung des Kapitalismus*.

Christopher Schmidt ist in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv. Als gewerkschaftlicher Organizer in der »Krankenhausbewegung NRW« und in der Kampagne *WirFahrenZusammen* arbeitete er zu gemeinsamen Streiks von ÖPNV-Beschäftigten. Sein Buch *Vergesellschaftung, Sozialisierung, Gemeinwirtschaft* erschien 2023.

Tatjana Söding ist Humanökologin. Sie forscht mit dem Zetkin Collective zu Zusammenhängen zwischen Rechtsextremismus, Klimakrise und Kapitalismus. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die zeitliche Dimension rechter Narrative, der Zusammenhang von rechter Mobilisierung und kapitalistischer Krisentendenz, rechte Wachstumskritik und die Rolle des Antifaschismus und des Ökosozialismus in der Klimagerechtigkeitsbewegung.

Niklas Stoll ist Sozialwissenschaftler und promoviert zu Staats- und Demokratievorstellungen im Diskurs der deutschen Klimabewegung. Er war bei »Deutsche Wohnen & Co enteignen« und ist derzeit in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv.

Simon Sutterlütti forscht und publiziert zum Thema gesellschaftliche Transformation und postkapitalistische Gesellschaften. Er ist aktiv im Commons-Institut und arbeitet in dem Verbundprojekt »Gesellschaft nach dem Geld«. Er ist Co-Autor von *Kapitalismus aufheben*.

Marie-Luisa Wahn ist Beisitzerin im Vorstand des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Postwachstum, neue Allianzen und sozialökologische Transformationsstrategien. Sie studiert im Master Environmental Governance an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Max Wilken hat politische Ökonomie studiert. Aktuell promoviert er zum Potenzial von Demokratisierung für eine sozialökologische Transformation der Automobilindustrie. Er ist Mitgründer von communia, um Strategien für eine demokratische Wirtschaft zu entwickeln.

Christopher Wimmer ist promovierter Soziologe an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschung konzentriert sich auf Armut und Marginalisierung, soziale Ungleichheit und Prekarität. Die neueste Publikation *Die Marginalisierten* handelt vom (Über-)Leben zwischen Mangel und Notwendigkeit.

Maximilian Ray Winkin studiert Socio-Ecological Economics and Policy an der WU Wien. Sein Forschungsinteresse liegt in der Untersuchung heterodox-ökonomischer Ansätze zur Bewältigung der sozialen Ungleichheiten, die durch die Klimakrise entstehen.

Lektor*innen

Jana Berthold ist Kommunikationsstrategin. Sie entwickelt Kommunikationskonzepte und Inhalte für Unternehmen. Damit Botschaften ihre Wirkung erzielen, vereint Jana die Markenstimme eines Unternehmens mit der Sprache des Marketings. Textoptimierung ist wesentlicher Bestandteil ihrer Arbeit.

Alma Höfler ist freie Lektorin im Nebenberuf. Seit dem Studium der Internationalen Wirtschaft und Entwicklung sind alternative Gesellschaftsformen, die auf lokales Potenzial und Umwelterhaltung setzen, ein Schwerpunkt ihrer Arbeit.

Anne und Arndt Jacobi sind Diplom-Mathematiker*in und ehemalige Business-Software-Entwickler*in. Seit 2014 sind sie in der Degrowth-Bewegung aktiv und engagieren sich ehrenamtlich unter anderem für die Ernährung- und die Verkehrswende.

Malte Nenninger ist freier Filmschaffender und politischer Aktivist. Er studiert Philosophie und Filmwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Seine Interessenschwerpunkte liegen in den Bereichen Politische und Gesellschaftstheorie, feministische Philosophie und moderne kritische Theorie.

Sascha Tobias von Hirschfeld ist freiberuflicher Texter und Fachbuchautor mit Schwerpunkt auf B2B-Marketing. Ehrenamtlich schreibt und lektoriert er regelmäßig für gemeinwohlorientierte Initiativen und Organisationen.

Weitere Autoren im oekom verlag

Annette Holländer

Schau mal, was da wächst

Nachhaltig gärtnern mit Kindern

Erscheinungstermin: 06.02.2024

160 Seiten, Klappenbroschur, vierfarbig mit zahlreichen Fotos und Illustrationen

Preis: 21 €, ISBN 978-3-98726-063-6

Gärtnern lässt Kinder die Natur entdecken. Ob im Garten, auf Balkon oder Terrasse – dieser liebevoll gestaltete Ratgeber bietet viele Ideen für gemeinsamen Spaß und eine tolle Ernte. Mit kindgerechten Experimenten und Anleitungen für Gärtner*innen ab 3 Jahren.

Sarah Maria Klamm

Sarahs wilde Küche

Meine besten Rezepte mit selbst gesammelten Kräutern, Früchten und Wurzeln. Bekannt vom Instagram-Kanal @erdretter

Erscheinungstermin: 06.02.2024

256 Seiten, gebunden, vierfarbig mit Abbildungen

Preis: 32 €, ISBN 978-3-98726-068-1

Raus an die frische Luft, leuchtende Beeren, knackige Wurzeln und saftige Kräuter sammeln und dann lecker kochen: Die bekannte Influencerin Sarah Maria Klamm hat für dieses Buch ihre besten Rezepte mit wilden Zutaten vor der eigenen Haustür zusammengestellt.

Weitere Autoren im oekom verlag

Ulrich Brand, Markus Wissen

Kapitalismus am Limit

Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. Von den Autoren des Bestsellers »Imperiale Lebensweise«

Erscheinungstermin: 26.03.2024

304 Seiten, Broschur

Preis: 24 €, ISBN 978-3-98726-065-0

Aktivistinnen des Wandels gegen Verteidiger des Status quo: Die ökologische Krise spaltet unsere Gesellschaft. Dieses Buch wirft einen hellsichtigen Blick auf die Kämpfe zwischen imperialer Lebensweise, grünem Kapitalismus und sozialökologischer Transformation.

David Gutensohn

Generation Anspruch

Arbeit ist nicht alles – und das ist auch gut so

Erscheinungstermin: 06.02.2024

192 Seiten, Broschur

Preis: 22 €, ISBN 978-3-98726-066-7

Nirgends ist der Generationenkonflikt so sehr spürbar wie beim Thema Arbeit. David Gutensohn, Teil der »Generation Anspruch«, verteidigt klug den radikal neuen Blick auf Care-Arbeit und Arbeitskräftemangel, Rentenarmut und Arbeitsfetisch, Burn-out und Feierabend.

Weitere Autoren im oekom verlag

Jørgen Randers, Till Kellerhoff

Tax the Rich

Warum die Reichen zahlen müssen, wenn wir die Welt retten wollen

Erscheinungstermin: 26.03.2024

112 Seiten, Klappenbroschur

Preis: 14 €, ISBN 978-3-98726-067-4

Zeit für eine unbequeme Wahrheit: Der grüne Wandel wird Geld kosten. Die Lösung: diejenigen zur Kasse bitten, die es sich leisten können und die zudem am meisten von Umweltschäden profitieren – die reichsten zehn Prozent. Eine provokante und überfällige Streitschrift.

Michael E. Mann

Moment der Entscheidung

Wie wir mit Lehren aus der Erdgeschichte die Klimakrise überleben können

Erscheinungstermin: 26.03.2024

384 Seiten, Hardcover

Preis: 34 €, ISBN 978-3-98726-069-8

Nur wenige Grad entscheiden über das Überleben der Menschheit: In dieser spektakulären Wanderung durch die Erdgeschichte stellt der renommierte Klimaforscher Michael E. Mann unmissverständlich klar, wie fragil der Moment ist, in dem die Menschheit sich gerade befindet.

Weitere Autoren im oekom verlag

D. Czybulka

Der Schutz unserer Meere

Gefährdungen, Chancen und Rechtslage eines einzigartigen Ökosystems

Erscheinungstermin: 04.04.2024

430 Seiten, Broschur, vierfarbig mit Abbildungen

Preis: 34 €, ISBN 978-3-96238-388-6

Wussten Sie, dass es unter Wasser mehr biologische Vielfalt gibt als an Land? Diese Vielfalt ist essenziell für die Überlebensfähigkeit des Planeten. Detlef Czybulka thematisiert die drängendsten Herausforderungen des Meeresnaturschutzes, liefert einen Überblick über Abkommen und Gesetze und erläutert, welche Chancen es gibt, die Vielfalt zu erhalten.

K. Hamann, P. Blumenscheid, E. Junge, S. Dasch, A. Wernke, J. Bleh

Klimabewegt

Die Psychologie von Klimaprotest und Engagement

Erscheinungstermin: 04.04.2024

276 Seiten, Broschur, vierfarbig mit Illustrationen

Preis: 25 €, ISBN 978-3-98726-070-4

Die Klimakrise kann nur durch einen Wandel im Kollektiv gelöst werden! Wie werden Menschen fürs Klimahandeln motiviert? Und wie entsteht eine kollektive Bewegung? Dieses Buch taucht ein in die menschliche Motivation und gibt Anregungen für erfolgreiches Klimaengagement.

Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit bleibt aktuell – auch und gerade in »modernen« europäischen Gesellschaften. Denn der Kapitalismus erzeugt neben Wohlstand für wenige auch viel Armut und Leid, in Deutschland und der ganzen Welt. Diese Ungerechtigkeit ist heute eng verbunden mit der Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen. Als Folge droht ein sozialökologischer Kollaps, der vor Ort und weltweit schwerwiegende Konsequenzen hätte.

Wie lässt sich so ein Zusammenbruch verhindern? Die Ungleichverteilung von Eigentum und Macht gilt als grundlegende Bedingung für den Kapitalismus: Wenige Mächtige treffen Entscheidungen, von denen sehr viele Menschen abhängig sind. Hier müssen wir ansetzen. Die Vergesellschaftung von lebenswichtigen Bereichen und profitgesteuerten Großkonzernen könnte dafür ein entscheidender Hebel sein.

In diesem Buch setzen sich 50 Autor*innen in 34 Beiträgen mit der Frage auseinander, ob und wie Vergesellschaftungsformen einen Beitrag zur Bearbeitung oder gar Lösung der sozialökologischen Frage unserer Zeit leisten können.

Tino Pfaff ist Umweltaktivist. Seine Themenschwerpunkte sind kritische Gesellschaftstheorie, sozialökologischer Kollaps, sozioökonomische Ungleichheiten und dekoloniale ökologische Gerechtigkeit. Er hat Gesellschaftstheorie (M.A./FSU Jena) und Soziale Arbeit (B.A./FH Erfurt) studiert und ist Herausgeber mehrerer Bücher, darunter »Ökozid. Wie ein Gesetz schwere Umweltschäden bestrafen und Lebensgrundlagen besser schützen kann« (2023).

